C 21734 D

Abrüstungsdemonstrationen am 20.5. S.37



Arbeiterkampf

Jg. 8, Nr. 129, 16.5.78 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** 2 DM

50 000 Stimmen: Dann wird's im Rathaus bunt

Die BUNTE LISTE / WEHRT EUCH, die in Hamburg zur Bürgerschaftswahl am 4. Juni kandidiert, hat die Hürde der Zulassung genommen. Rund 20 000 Menschen, das sind ca. 2 % der wählenden Bevölkerung in Hamburg, sind mit ihrer Unterschrift für die Kandidatur der BUNTEN LISTE eingetreten. Eine solche Unterstützung für eine erstmals kandidierende Gruppierung bereits im Vorfeld der Wahlen selbst ist bislang einmalig. Diese Unterschriftenzahl ist eine politische Demonstration: Die BUNTE LISTE hat deutlich gemacht, daß sie über einen großen Kreis aktiv engagierter und interessierter Unterstützer verfügt, daß sie gegen die vor der Zulassung unternommenen Wahlbehinderungen und „Rechtsunsicherheiten" eine geeignete politische Antwort zu wählen wußte – und daß sie schließlich eine reale Chance hat, die undemokratische 5 %-Hürde zu überspringen. Die Zahl der für die Zulassung der BUNTEN LISTE abgegebenen Unterschriften entspricht fast der Zahl der Stimmen, die bei der letzten Bürgerschaftswahl 1974 für die DKP als „stärkste" Gruppe neben den etablierten Parteien CDU, SPD und FDP abgegeben wurden (23 185 Stimmen = 2,2 %).

Das zweinhalb- bis dreifache der Unterschriften braucht die BUNTE LISTE nun, um am 4. Juni mit 6 fortschrittlichen Abgeordneten in die Bürgerschaft einzuziehen: Wenn die Wahlbeteiligung gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl ungefähr gleich bleibt (ca. 80 %), dann sind etwas mehr als 51 000 Stimmen nötig, damit es im Hamburger Rathaus bunt wird.

Die BUNTE LISTE hat es, gestützt auf vielfältige Aktivitäten der Bürger- und Basisinitiativen und trotz bislang nur sehr geringer Berichterstattung durch die auflagenstarke Lokalpresse, in relativ kurzer Zeit geschafft, einen gewissen Bekanntheitsgrad zu erreichen, ihren Namen und ihre Kandidatur „ins Gespräch zu bringen". Dies gilt zunächst vor allem für jugendliche Schichten, namentlich die jugendliche

Fortsetzung Seite 8

Filbinger muß zurücktreten!

Seit dem 6.5.78 muß sich Filbinger (CDU) wieder einmal öffentlich seine Vergangenheit vorhalten lassen. Diesmal hat Rolf Hochhuth ins Bräunlich-Schwarze getroffen. Und prompt bemühte Filbinger die Justiz: Der Schriftsteller Hochhut soll es in Zukunft unterlassen, folgende Textstelle einer in der „Zeit" vom 17.2.78, Seite 41, vorabgedruckten Erzählung zu wiederholen.

„Ist doch der amtierende Ministerpräsident dieses Landes, der sogar noch in britischer Gefangenschaft nach Hitlers Tod einen deutschen Matrosen mit Nazigesetzen verfolgt hat, ein so furchtbarer ‚Jurist' gewesen, daß man vermuten muß – denn die Marinerichter waren schlauer als die von Heer und Luftwaffe, sie vernichteten bei Kriegsende die Akten –, er ist auf freiem Fuß nur dank des Schweigens derer, die ihn kannten".

Was tat Filbinger als ehemaliger Nazi-Marinerichter?

1. Durch ein „Feldurteil" bestrafte Filbinger – schon in britischer Gefangenschaft! – am 29. Mai 45, **21 Tage nach der totalen Kapitulation des Deutschen Reiches**, einen Soldaten namens Kurt Petzold („FR", 10.5.78).

„Ein 24jähriger Obergefreiter wurde von diesem in der Gefangenschaft amtierenden Filbinger-Gericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er seinem ebenfalls kriegsgefangenen Batteriechef in betrunkenem

Fortsetzung Seite 2



Polizeiterror gegen Meinungsfreiheit



Lübeck, den 13. Mai '78: Zu kaum beschreibbaren Polizeiübergriffen gegen Lübecker Bürger kam es, als 20 bis 30 Polizeibeamte einen Informationsstand des KBW abräumen wollten (siehe unser Bild). Unbeteiligte Passanten wurden auf offener Straße ohne jeden erkennbaren Grund brutal mit Fausthieben und Fußtritten niedergestreckt, verhaftet, als sie gegen die gewaltsame Einschränkung der Meinungsfreiheit protestierten – und schließlich sogar auf der Polizeiwache krankenhausreif geschlagen und getreten (die Abdrücke der Polizeistiefel sind auf dem Körper des einen Mißhandelten noch Stunden später zu sehen!). Gegen diesen praktizierten Polizeistaat findet eine Demonstration statt – am Donnerstag, den 18. Mai um 16.30 Uhr (ab Marktplatz).

„NSDAP"-Gründungstreffen geplatzt

Am Pfingstsonntag flog ein als „Freundestreffen" des Nazi-Blatts „Unabhängige Nachrichten" getarntes „NSDAP"-Gründungstreffen in Scharzfeld/Südharz erst einmal auf.

Die anrückende Polizei traf dort auf ca. 400 (!) Nazis, von denen sie selbst nur 20 der nazistischen Terrorszene zurechnet; lediglich ein Nazi, der bewaffnet war, wurde vorübergehend festgenommen. Gleich kistenweise wurde „NSDAP"-Material beschlagnahmt, so:

- der **„NS-Kampfruf"**, „Zentralorgan" der von den USA aus operierenden „NSDAP/AO" des **Gary Rex Lauck**;
- der **„Völkische Beobachter"**, ein zum 20. April („Führers Geburtstag") erstmals erschienenes „NSDAP"-Blatt;
- ein „Buback-Nachruf"; wahrscheinlich ist damit die „NSDAP"-Zeitung **„Wille und Weg"** gemeint;
- ein „Moro-Nachruf", dessen Herkunft uns noch nicht bekannt ist.

Das jetzt „aufgeflogene" Treffen war **unter aktiver Mitarbeit der örtlichen Gemeindeverwaltung** und unter konspirativer Abschirmung gegen mögliche antifaschistische „Störungen" organisiert worden.

So hieß es in der Einladung: ...*„Diese Einladung ergeht daher nicht öffentlich. Alle weiteren Einzelheiten über Redner, Themen, Art der Arbeitskreise und die weitere Ausgestaltung des Treffens können wir nur an diejenigen verschicken, die aufgrund dieser Voranmeldung ihre Teilnahme anmelden."*

Weder diese konspirativen Vorbereitungen noch die Tatsache, daß die „Unabhängigen Nachrichten" des **Martin Voigt und H. Schimmelpfeng** zu den übelsten Nazi-Schmierblättern der BRD gehören (dem Kreis um Schönborn, Roeder und Christophersen nahestehend), konnten allerdings die Gemeinde Scharzfeld davon abhalten, die gesamte Organisation des Treffens zu übernehmen:

- Ganztägig diente das Dorfgemeinschaftshaus als **„Anlauf- und Verbindungsstelle"**;
- das Fremdenverkehrsamt Scharzfeld hatte die Quartiervermittlung übernommen und
- die Gemeinde hatte eine Wiese als Campingplatz zur Verfügung gestellt.

Wer im einzelnen Teilnehmer dieses Treffens war, ist noch unklar und soll wahrscheinlich von Polizei und Justiz wieder einmal verschwiegen werden. Auf alle Fälle anwesend war neben den Veranstaltern Thies Christophersen. Der übrige Teilnehmerkreis wird unter den Nazis zu finden sein, die seit Monaten die Gründung einer neuen „NSDAP" vorbereiten, so am

- 26.2.78 in Hamburg-Lurup mit **Schönborn**, der **„Hansa"-Bande**, **Christophersen**, **Rohwer** (mittlerweile in U-Haft) und **Hoffmann („Wehrsportgruppe")**;
- 22.4.78 in Köln mit **Schönborn**, der **„Hansa"-Bande** und der **„Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (Busse)**.

Diesem Kreis hinzuzurechnen sind außerdem u.a.:

- Die **„Deutsch-Völkische Gemeinschaft"** (Kontakt zu Schönborn);
- der **„Kampfbund Freiheit für Rudolf Heß"**;
- die **„NS-Kampfgruppe Mainz"** der **Familie Müller**;
- die **„NSDAP"-Gruppe Braunschweig unter Paul Otte**;
- die Bande um **Manfred Roeder**, der sich mittlerweile ins Ausland abgesetzt hat;

Fortsetzung Seite 2

Filbinger muß zurücktreten!

Fortsetzung von Seite 1

Zustand einige Schimpfworte ('Ihr Nazihunde') zugerufen und sich im übrigen demonstrativ das Hakenkreuz von Rock und Mütze gerissen hatte" („Spiegel", 8.5.78).

Filbinger kreidete dem Soldaten lt. Urteil an, daß *„der Angeklagte den Gehorsam durch Wort und Tat verweigert"* habe; er habe es *„bewußt darauf angelegt, sich gegen Zucht und Ordnung aufzulehnen. Seine Äußerungen stellen ein hohes Maß von Gesinnungsverfall dar"* („Spiegel", ebenda).

2. Durch ein „Feld-Urteil" vom 16. Januar 1945 in Oslo hat Filbinger als Marineoberrichter und Vertreter der Anklage den Marinesoldaten Walter Gröger **„wegen Fahnenflucht im Felde" zum Tode verurteilt** („Spiegel", ebenda). Das erste Urteil vom 14. März 1944 – an dem Filbinger nicht beteiligt gewesen war und das vom Flottenchef Admiral Otto Schniewind aufgehoben worden war – lautete auf acht Jahre Zuchthaus.

In der Kriegsstrafverfahrensordnung von 1938 (§ 7) heißt es: *„Hält ein richterlicher Militärjustizbeamter eine Weisung oder Entscheidung nicht für rechtmäßig, so hat er seine Bedenken vorzutragen und sie in den Akten zu vermerken, wenn seine Vorstellungen erfolglos bleibt. Der Gerichtsherr trägt dann allein die Verantwortung".*

Gibt es eigentlich solch ein Schriftstück, Herr Filbinger, das Sie juristisch (aber noch lange nicht menschlich!) aus der Verantwortung entläßt? – Bei der Schreibtischarbeit blieb es damals nicht. *„Sich selbst bestellte der Marinestabsrichter* (also Filbinger – Anm. AK) *zum Leitenden Offizier für das Vollstreckungsverfahren"* („Spiegel", ebenda):

Es ist schon sattsam bekannt, daß entlarvte bürgerliche Politiker alles nur Erdenkliche tun, um die braunen (und blutigen!) Flecken auf ihrer Weste überzupinseln. Filbinger sieht die Enthüllungen von Rolf Hochhuth, „Spiegel" und „Zeit" natürlich als einen *„ 'infamen wie untauglichen' Versuch, seine Person mit zweifelhaften (?!) Todesurteilen der NS-Zeit in Verbindung zu bringen"* („Süddeutsche Zeitung", 6./7.5.78).

Heute ist es einzig der Aufmerksamkeit einiger Demokraten zuzuschreiben, daß die Puvögel und Filbingers enttarnt werden. Es gibt noch viele von der Sorte. Die Liste der Enttarnten muß viel länger werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Feld-Urteil

Im Namen des Deutschen Volkes.

In der Strafsache gegen den Matr.II Walter G r ö g e r vom Kommando D. "Scharnhorst", geboren am 27. Juni 1922 in Mohrau Kreis Neisse/Ob.Schlesien,

wegen Fahnenflucht

hat das am 16. J a n u a r 1945 in O s l o

auf Befehl des Gerichtsherrn und Kommandanten der Seeverteidigung Oslofjord

als Vertreter der Anklage:

Marine-ober-stabsrichter Dr. F i l b i n g e r An Bord, den 23/5.45.

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle:

Marinejustizinspektor M.A.Ob.Gefr. Z e i n d l

Marinejustizoberinspektor

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Fahnenflucht im Felde zum T o d e, Verlust der Wehrwürdigkeit und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Gründe:

Hamburger Antifa-Prozeß: Kriminalisierung von Antifaschisten und Begünstigung der Neonazis

Vor der großen Strafkammer des Landgerichts Hamburg stehen seit dem 8.Mai 1978 neun Antifaschisten, Teilnehmer einer Demonstration gegen ein im Herbst 1976 unter großem Polizeiaufgebot durchgeführtes »Treffen der nationalen Kräfte«. Die damalige Provokation der Hamburger Bevölkerung, verstärkt durch ein freches Lob der NPD an die Adresse von Senat und Polizei: *»In Hamburg fühlen wir uns besonders geschützt«*, ließ den DGB gegen den rechten Aufmarsch protestieren und Gerhard Weber von der FDP erklären: *»Da hört die Toleranz auf.«* Jedoch weder die Gewerkschaften noch die Parteien im Hamburger Rathaus unternahmen etwas gegen das Faschistentreffen. Ihre politische Untätigkeit und administrative Duldung war daher die erste Stufe der Kriminalisierung von Antifaschisten, die, von scharf gemachten Polizisten teilweise verletzt und mißhandelt, strafrechtlich verfolgt werden. Vor Gericht stehen diese Angeklagten nahezu allein-mit einer Ausnahme Arbeiter, einige von ihnen Betriebsräte.

Die Anklageschrift wirft ihnen Landfriedensbruch, Widerstand, Körperverletzung vor. Helme der Demonstrationsteilnehmer haben der Justiz ausgereicht, diese schwere Anklage zu begründen. Die Willkür der Verhaftungen und der Strafverfolgung wird beispielhaft beschrieben durch einen Vermerk der Staatsschutzpolizei vom 29.9. 76 gegen einen der Demonstranten:

»Die einzelnen Phasen der Verhaltensweisen der Täter sind im Vorgang aus den Berichten der Polizeibeamten und den Lichtbilddarstellungen zu ersehen. Gegen den Beschuldigten liegt kein weiteres Beweismaterial vor. Er muß Teilnehmer an den Ausschreitungen gewesen sein, denn sonst wäre seine Festnahme nicht erfolgt. Gegen die Festnahme hat der Beschuldigte nicht protestiert. Aufgrund von Vorhaltungen zur Sache hat er die Aussage verweigert.«

Einen Monat nach diesem Vermerk war ein Polizist gefunden worden, der über diesen Beschuldigten aussagte:

»Ich sah, wie einer der Teilnehmer sich besonders hervortat.«

Seit der Anklageschrift vom August 1977 hatte das Landgericht Hamburg 10 Monate Zeit, um den ersten Prozeßtag am 8.5.78, dem Jahrestag der Zerschlagung der Nationalsozialistischen Herrschaft, stattfinden zu

Prozeßtag am 8.5.78, dem Jahrestag der Zerschlagung der Nationalsozialistischen Herrschaft, stattfinden zu

lassen. In die Kontroverse um den ersten, von den Angeklagten gestellten Antrag, das Verfahren wegen dieses historischen Datums zu vertagen, fiel eine Äußerung des Vorsitzenden der Strafkammer, die in diesem Prozeß die Qualität eines Leitsatzes als eine der politischen Bedingungen der Kriminalisierung von Antifaschisten erhalten wird:

»Man muß auch vergessen können.«

Abgelehnt wurde der Antrag mit der Begründung, der 8.5.78 sei kein gesetzlicher Feiertag. Wie wahr für die mit alten Faschisten restaurierte „freiheitliche demokratische Grundordnung" des westdeutschen Staates!

Das Landgericht selbst weckt die Erinnerung, läßt uns die Geschichte von Prozessen gegen Antifaschisten in der späten Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus studieren. Im Saal 237 des Landgerichts, Bestandteil des sogenannten Sicherheitstraktes seit den ersten Terroristenprozessen Anfang 1975 sitzt der Polizeistaat auf einer Waagschale der Justitia. Ständig sind etwa 60 mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten im Gerichtsgebäude. Angeklagte und Zuhörer müssen sich durchsuchen lassen. Die Ausweise der Zuhörer werden fotokopiert, selbst Kugelschreiber werden ihnen abgenommen. Angeklagte und Zuhörer sind durch Panzerglas voneinander getrennt, eine Verständigung zwischen ihnen ist nur durch Handzeichen oder durch eine Mikrophonanlage möglich. Diese Verständigung kann das Gericht durch Knopfdruck und Ordnungsstrafen unterbrechen.

Es wurde mehrmals beantragt, die Verhandlung in einen anderen Gerichtssaal zu verlegen. Die Behandlung dieser Anträge war ein Lehrstück politischer Strafjustiz. Für das Gericht war sie verbunden mit einem rapiden Verfall seines Anscheins von Glaubwürdigkeit.

1. Ablehnungsbegründung:

»Wegen der zu erwartenden und eingetretenen Zuschauerzahl war es im Interesse der Öffentlichkeit geboten, den größten zur Verfügung stehenden Saal zu bestimmen.«

Dem Vorsitzenden wird nachgewiesen, daß es andere, gleichgroße Säle im Landgericht gibt.

2. Ablehnungsbegründung:

»Der Plenarsaal des Landgerichts ist zur Zeit von einer anderen Strafkammer belegt«.

Dem Vorsitzenden wird nachgewiesen, daß es bei bisher 17 vorgesehenen Verhandlungstagen nur an zwei Tagen Überschneidungen geben würde.

3. Ablehungsbegründung:

»Die Auswahl des Verhandlungssaales bestimmt der Vorsitzende kraft seiner sitzungspolizeilichen Gewalt. Diese Entscheidung bedarf keiner Begründung.«

Gegenwärtig bei diesem Ablehnungsverfahren war im vorderen Teil des Verhandlungssaales ein Referent des Landgerichtspräsidenten. Der Vorsitzende ist nach dem Grund der Anwesenheit des Referenten gefragt

Vorsitzende ist nach dem Grund der Anwesenheit des Referenten gefragt

worden. Für ihn antwortete dieser selbst:

»Aus rein privatem Interesse«. Und der Vorsitzende sekundierte: *»Die Verhandlung ist öffentlich«*. In der Tat, die Justiz definiert Öffentlichkeit in erster Linie als staatliches Interesse an ordnungsgemäßer Strafverfolgung und zu diesem Zweck der Erhaltung der von ihr bestimmten Bedingungen eines Prozesses. Ein Justizangestellter hat die Sache auf den Begriff gebracht, als er zu einem Verteidiger sagte:

»Das viele Drumherum hat man gemacht, damit aus der Sache auch etwas herauskommt.«

Dennoch: Die Reihen der Justiz sind nicht so fest geschlossen. Als das Strafgericht eine Verantwortung für die Ausweiskontrollen der Zuhörer von sich wies und dem Generalstaatsanwalt zuschob, war der Prozeßweg zum Verwaltungsgericht frei. Dieses Gericht verbot am 9.5.78 der Justizbehörde, *»bei Personen, die an der Hauptverhandlung in der Strafsache ... als Zuhörer teilnehmen möchten, die Personalien festzustellen.«* Was seit drei Jahren im Landgericht Hamburg gegen Zuhörer von Staatsschutzprozessen praktiziert worden ist und nachweislich zu Nachteilen aufgrund Registrierung geführt hatte, erfuhr folgende Belehrung:

»Es ist nicht ersichtlich, auf welcher Rechtsgrundlage die angegriffene Personalienfeststellung beruhen könnte«.

Nach Verlesung der Anklageschrift beantragten die angeklagten Antifaschisten und ihre Verteidiger die Einstellung des Verfahrens. Der wesentliche Teil des Antrags lautete:

»Im Potsdamer Abkommen und im Kontrollratsgesetz Nr. 8 ist als Verpflichtung festgelegt, daß 'jeder nazistischen Betätigung und Propaganda vorzubeugen' ist und daß 'schriftlich, mündlich oder anderweitig betriebene Propaganda oder Agitation, die darauf abzielt, militärischen oder nationalsozialistischen Geist oder derartige Einrichtungen zu erhalten, wieder ins Leben zu rufen oder zu fördern ..., verboten ist' und daß 'wer irgendeiner Bestimmung dieses Gesetzes zuwiderhandelt, sich strafrechtlicher Verfolgung aussetzt'... Mit diesem Angriff auf die Demonstration antifaschistischer Kräfte am 7.8.76 unterstützte der Hamburger Senat durch seine Polizei die Verbreitung neofaschistischer Propaganda der NPD, die als Partei heute für die ideologischen Positionen des Hitlerfaschismus eintritt ... Der Hamburger Innensenator ließ wenige Tage vor der angekündigten Großkundgebung der NPD erklären, es gebe keine rechtliche Grundlage für ein Verbot des Kongresses. Darüberhinaus werden starke Polizeikräfte zusammengezogen, um das Treiben der NPD zu schützen. Der Sache nach ist das nichts anderes gewesen als die nach dem Kontrollratsgesetz verbotene Förderung nationalsozialistischer Propaganda. Der Polizeieinsatz gegen die Demonstration von Antifaschisten wie auch die Durchführung dieses Verfahrens verstoßen offen gegen die genannten Bestimmungen, in welchen dem Volk der BRD das Recht zugestanden werden mußte, sich gegen die Gefahr eines neuen Faschismus zur Wehr zu

der BRD das Recht zugestanden werden mußte, sich gegen die Gefahr eines neuen Faschismus zur Wehr zu

setzen. Diese Vorschriften stellen zugleich ein Prozeßhindernis dar für dieses Verfahren, das daher sofort eingestellt werden muß. Widerstand gegen aufkommenden Faschismus ist nicht strafbar, sondern Pflicht!«

Wehrt Euch, leistet Widerstand!
Sofortige Einstellung
des Antifa-Prozesses!

Fortsetzung des Prozesses am Donnerstag, den 18.5.1978 um 9 Uhr mit der Entscheidung über den Einstellungsantrag und bei Ablehnung mit dem Beginn der Erklärungen der Antifaschisten.

Uwe Maeffert

NSDAP-Gründungstreffen geplatzt

Fortsetzung von Seite 1

- die **„NS-Kampfgruppe Großdeutschland"**;
- die **„NSDAP" Westberlin** und die dort angesiedelte **„Kampfgruppe Priem"** (ehemals Freiburg).

Alle diese Banden haben, teilweise seit Jahren, ihr Unwesen mit vollem Wissen des Staatsapparats treiben können; sie haben nahezu regelmäßig jede nur erdenkliche Unterstützung und Deckung – bis hin zu massivem Polizei s c h u t z – erfahren. Dutzende von Strafverfahren sind gegen diese Nazi-Bandidaten bislang angestrengt worden, ohne daß auch nur einer der führenden Köpfe dafür bisher wirkungsvoll bestraft worden wäre.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zwei, drei, viele Puvögel!

Nach dem Rücktritt des niedersächsischen Justizministers Puvogel (CDU) wegen seiner Dissertation aus den 30er Jahren, die eindeutig nazistisches Gedankengut zum Inhalt hat, suchte die CDU sogleich nach einem ähnlichen Fall in der SPD – denn es ist Wahlkampfzeit. CDU-MdB Reddemann fand heraus, daß der SPD-Fraktionsvorsitzende Friedrich Schäfer, *„ebenfalls in den braunen Jahren eine Dissertation voll des antisemitischen Ungeists verfaßt"* hat („Tagesspiegel", 30.3.78). Die faschistische „Nationalzeitung" zitierte aus der Doktorarbeit von Schäfer: **„Bei öffentlichen Körperschaften dürfte die Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse immer ein wichtiger Grund zur Kündigug sein... Weiterist dem Unternehmer auch das Recht zuzuerkennen, das Ruhegeld dann zu versagen, wenn der Ruheständler sich gegen die Volksgemeinschaft schwer vergangen hat und deshalb bestraft wurde... Wohl steht der Beamte in einem besonders gestalteten Treueverhältnis zum Führer und zum Reich, es ist aber m.E. durchaus begründet, eine solche Regelung auch auf die privaten Dienstverhältnisse zu übertragen, denn wer sich hoch- oder landesverräterisch betätigt, der gefährdet die Sicherheit unseres Volkes und Reiches, stellt sich daher außerhalb j e d e r Gemeinschaft und kann daher seinerseits keinerlei Rechte mehr herleiten aus einer Zeit, in der er noch zu dieser Gemeinschaft gehörte."** (31.3.)

Die „DNZ" („Nationalzeitung") folgert aus den Fällen Puvogel und Schäfer: *„Es wäre gut, wenn man allgemein davon absehen würde, frühere Betätigungen im NS-Sinne heute noch als Diffamierungsknüppel herzunehmen".* Und die „Welt" trauert den Zeiten der Großen Koalition nach, denn dort *„waren vereint die ehemaligen Parteigenossen der NSDAP, Kurt Kiesinger (CDU) un Karl Schiller (SPD), die einstigen SA-Männer Gerhard Schröder (CDU) und Lauritz Lauritzen (SPD)"* (1.4.).

Ach ja, d a s war'n noch Zeiten! Damals gab es sogar noch einen Bundespräsidenten, der den Verdacht nie ganz los wurde, er habe im Nazi-Reich KZ's gebaut!...

...und noch so ein Puvogel!....

Der Rache-Feldzug der CDU wegen ihres gekippten Puvogels brachte noch einen weiteren Fall ans Licht. Am 15.4. veröffentlichte der Geschäftsführer der Arbeitgeberverbände Südniedersachsen einen Leserbrief im „Göttinger Tageblatt", in dem ebenfalls die Dissertation eines hohen Würdenträgers zitiert wurde. Wie Puvogel ein 'Dr. jur", wie Puvogel ein Mann, dessen steile Karriere mit einer wissenschaftlich verbrämten Hymne auf den Rassismus begann. **Der Mann heißt Hanns Gustav Joachim, SPD-Mitglied und ist von Beruf Präsident des hessischen Landesarbeitsgerichts.** Er schrieb 1937 an der Juristischen Fakultät zu Königsberg eine Preisschrift mit dem Titel *„Vorschläge Deutschlands zur Herstellung einer wahren Völkergemeinschaft"*, die 1939 als Dissertation angenommen und auch unter dem Titel *„Die europäische Völkergemeinschaft"* publiziert wurde.

Der Titel hält, was er verspricht. Im ersten Teil unter III befindet sich auf Seite 32 folgendes glühende Bekenntnis zur „Ausmerzung von Juden und Negern": **„Eins ergibt sich jedoch mit zwingender Notwendigkeit: wo dieser größte biologisch nachweisbare Rassenkreis endet, dort endet auch die Möglichkeit einer Gemeinschaft. Das trifft genauso für Neger wie auch für Juden zu. Und wer aus Gründen seiner Rasse nicht von der deutschen Volksgemeinschaft erfaßt wird, gehört auch nicht zur Gemeinschaft der Völker. Diese 'Gemeinschaftsfreien' sind notwendigerweise Fremdkörper, die, wie jeder gesunde Organismus das Bestreben und die Kraft hat, Fremdkörper auszuscheiden und abzustoßen, auch aus der Gemeinschaft der Völker ausgestoßen sind und ausgestoßen werden. 'An der Spitze steht eine Forderung, ohne deren Erfüllung alles umsonst ist. Die Ausscheidung der Juden aus allen Staaten Europas' (Rosenberg Blut und Ehre aaO., S. 269)".**

Puvogel hatte zu den nazistischen Tiraden in seiner Doktorarbeit erklärt, sie seien bloß ein *„damals notwendiges Beiwerk"* gewesen, ein ganz harmloses *„Zugeständnis an das herrschende geistige Klima".*

Ebenso wollte sich auch Joachim zunächst herausreden: seine Doktorarbeit sei an sich *„pazifistisch"*. Die *„rassistischen Ausrutscher"* seien ihm bloß aufgezwungen worden, weil sein Doktor-Vater Prof. Forsthoff *„mit Schwierigkeiten gerechnet hätte, falls in der rund 60seitigen Abhandlung nicht auch kurz die nationalsozialistische Rassentheorie erwähnt würde".* Und: *„Da ich damals den Berufswunsch hatte, Fachanwalt für internationales Recht zu werden, war ich auf ein solches Thema festgelegt"* („FR", 3.5.).

Man sah dann aber wohl ein, daß Joachim mit d i e s e r Art von Argumentation das Schicksal Puvogels (Rücktritt!) nicht erspart bleiben könnte. Und siehe da, Joachim konnte plötzlich auch anders. Er gab an den Bezirksvorstand der SPD Südhessen eine öffentliche Erklärung ab, in der es hieß: *„Ich kann Euch versichern, daß ich den Inhalt der Doktorarbeit t i e f b e d a u r e und mich von den rassistischen Äußerungen klar distanziere. Ich habe als damals junger Mann ... zum Teil die Tragweite meiner Gedanken nicht übersehen, zum Teil mich dem Druck bzw. den Ratschlägen meiner akademischen Lehrer gebeugt"* („FR", 9.5.). „Tief bedaure" – das reichte erstmal: Joachim soll im Amt bleiben dürfen!...

Antifa-Kommission Hamburg,
KHB Göttingen und
AK-Redaktion

Schleyer-Entführung: Ein politisches Delikt!

Am 8.Mai entschied die höchste gerichtliche Instanz der Niederlande, der Hohe Rat, daß die von der BRD beantragte Auslieferung der in den Niederlanden gefangengehaltenen RAF-Genossen Knut Folkerts, Christoph Wackernagel und Gert Schneider „zulässig" sei. Die Entscheidung liegt jetzt bei Justizminister De Ruiter, der ebenfalls noch darüber zu befinden hat, ob Knut, der in den Niederlanden zu 20 Jahren Haft wegen Tötung eines Polizisten verurteilt wurde, vorübergehend oder endgültig in die BRD übergestellt wird. Weiter muß der Rat des Staates noch über den Antrag der drei Gefangenen über politisches Asyl entscheiden – die Staatssekretärin im Justizministerium, Frau Haars, hatte im März den Anwälten der Gefangenen bereits zugesagt, daß eine Auslieferung nicht vor der Entscheidung über den Asylantrag erfolgen werde („de Volkskrant", 9.5.).

Was das Urteil über die „Zulässigkeit" der Auslieferung angeht, also nichts anderes als die erwartete Verbeugung der niederländischen Justiz vor dem BRD-Staat und die offensichtliche Absicht des niederländischen Staates, die strafrechtliche Verfolgung der Christoph und Gert zur Last gelegten Delikte (sie waren im Dezember in Amsterdam von niederländischer und vermutlich auch westdeutscher Polizei in eine Schießerei verwickelt worden) an die BRD-Justiz abzutreten.

In einem wesentlichen Punkt weicht jedoch die Entscheidung des Hohen Rates von dem Auslieferungsbegehren des BRD-Staates und dem erstinstanzlichen Urteil der Gerichte in Maastricht und Den Haag ab, die keinem der den Gefangenen zur Last gelegten Delikte einen politischen Charakter – und damit eine der Auslieferung entgegenstehende Begründung – zuerkennen wollten.

Der Hohe Rat widersprach Auslieferungsbegehren und erstinstanzlichem Urteil gerade in dem politisch „heißesten" Punkt: Die „Auslieferung aufgrund des Verdachtes, daß er (Folkerts – Anm.AK) an der Entführung des Arbeitgebervorsitzenden Hans-Martin Schleyer beteiligt gewesen ist, hält der Rat nicht für zulässig. Es war ein politisches Delikt im Sinne des europäischen Auslieferungsvertrages" (ebd.).

„Der Skandal von Den Haag"

Dieser Urteilsspruch des Hohen Rates trieb bundesdeutschen Kommentatoren wie Politikern den Schaum vors Maul. So geiferte Enno v. Loewenstern in Springers „Welt" (9.5.), daß diese Entscheidung *„ein Skandal (ist), der seinesgleichen sucht. Die Feststellung des Hohen Rates, daß die Schleyer-Entführung ein ‚politisches Delikt' sei, ist der bisher größte Erfolg der Terroristen in ihrer kurzen blutigen Geschichte; er übertrifft bei weitem die französischen Geistesverwirrungen im Falle Abu Daud und Croissant* (Abu Daud – ein palästinensischer Freiheitskämpfer, der von Frankreich nicht an Israel ausgeliefert wurde – Anm.AK). *Die Einstufung der Tat als ‚politisch' in diesem Zusammenhang verschafft ihr eine Aura der Schutzwürdigkeit, der Legitimität, die für die Banditen unbezahlbar ist und zweifellos mehr für den Zulauf der Bande und mehr für die Begehung neuer Morde tun wird, als es die leidenschaftlichsten Appelle der Sympathisanten vermochten".*

Für u.a. „Frankfurter Rundschau", „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (10.5.) wie für das Bundesjustizministerium war die Entscheidung des Hohen Rates erneut Anlaß, lauthals die baldige Unterzeichnung der „Anti-Terror-Konvention" durch alle Mitgliederstaaten des Europarates zu fordern (die von der BRD in den Europarat eingebrachte „Konvention" ist bisher erst von Österreich, Schweden und der BRD ratifiziert worden). Die „Welt" vom 10.5. weiß überdies von der *„Bestürzung der zuständigen Bonner Regierungsstellen"* zu berichten und von *„hohen Beamten"* die *„uferlose Folgerungen' für die künftige Strafverfolgung und Aburteilung terroristischer Gewalttäter"* fürchten würden.

Eigentor!

Ohne eine etwaige, rudimentär vorhandene Zivilcourage und eine gewisse Achtung vor bürgerlichem Recht bei den Mitgliedern des Hohen Rates gänzlich in Abrede stellen zu wollen, ist jedoch nicht zu übersehen, daß die Qualifizierung der Schleyer-Entführung als politischer Tat nicht unabhängig von der Formulierung des bundesdeutschen Haftbefehls gegen Knut Folkerts ist. In diesem Haftbefehl, der die Grundlage des Auslieferungsbegehrens bildete, war Knut nämlich vorgeworfen worden, er habe durch die Schleyer-Entführung versucht *„die Regierung der Bundesrepublik Deutschland rechtswidrig mit Gewalt und durch Drohung mit Gewalt zu nötigen, ihre Befugnisse in einem bestimmten Sinn auszuüben"* (gemeint politische Gefangene freizulassen). Diese Beschuldigung aber mußte von dem Hohen Rat nach niederländischem Recht wie nach dem Europäischen Auslieferungsgesetz als politisch motivierte Straftat angesehen werden. Die Tötung der Leibwächter Schleyers sei geschehen, *„um die Entführung zu ermöglichen und hängt damit mit dem politischen Delikt zusammen"* („FR", 10.5.; „de volkskrant", 11.5.). Logisch!

„Zweifelsfrei Selbstmord"

Und wieder einmal hat der bundesdeutsche Staat, zum nunmehr x-ten mal, ganz offiziell und hoch und heilig „festgestellt", daß es sich bei den „Selbstmorden" des letzten Herbstes in Stammheim und Stadelheim ganz zweifelsfrei um wirkliche und wahrhaftige Selbstmorde gehandelt habe:

–9.5.: Unter der Überschrift **„Zweifelsfrei Selbstmord"** meldet die „Frankfurter Rundschau", daß die Stuttgarter Staatsanwaltschaft ihr „Ermittlungsverfahren" über den Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe eingestellt habe. *„Nach umfassenden Ermittlungen"* stehe nun *„zweifelsfrei"* fest, daß es Selbstmord war.

–10.5.: Unter der Überschrift **„Kein Fremdverschulden"** meldet die FR, daß die Staatsanwaltschaft München ihre „Ermittlungen" über den Tod von Ingrid Schubert eingestellt habe. *„An dem Selbstmord gibt es keinen Zweifel"* zitiert die FR einen Sprecher der Staatsanwaltschaft München.

Also, wieder einmal ist endlich alles klar, und wer jetzt noch am Selbstmord der Gefangenen zweifelt, ist selber einer. Nebenbei: Man beachte das phantastische Timing zwischen den Staatsanwaltschaften von Stuttgart und München!

ZANU-Spendengelder

ZANU-Spendengelder

beschlagnahmt!

Unter dem Vorwand des „Verstoßes gegen das Grundgesetz" und der „Gefährdung von Recht und Ordnung" ließ das Regierungspräsidium Tübingen am 7. März 78 eine Spendensammlung des KBW in Höhe von 105.000 DM die für die Ausrüstung einer ZANLA-Kompanie der ZANU verwendet werden sollte, beschlagnahmen.

Zusätzlich wurde Ende April einer ZANU-Delegation am Frankfurter Flughafen die Einreise in die BRD verweigert.

Abgesehen von der Unverblümtheit, mit der hier von staatlicher Seite einer international anerkannten Befreiungsbewegung die finanzielle Unterstützung und das Aufenthaltsrecht verweigert wird, dokumentiert dieses Vorgehen mit einer – selbst für westdeutsche Verhältnisse erschreckenden Deutlichkeit – die Komplizenschaft des BRD-Imperialismus mit dem faschistischen Smith-Regime. Bislang haben sich die Spitzenpolitiker aller Fraktionen auf internationalem diplomatischen Parkett allzu offener Sympathiebekundungen gegenüber den Rassistenstaaten im südlichen Afrika weitgehend enthalten. Mit Rücksicht auf die fortschrittlichen afrikanischen Staaten wurde zumindest v e r b a l eine Liberalisierung der Verhältnisse gefordert.

In der schriftlichen Begründung des Regierungspräsidiums zum Sammlungsverbot, das wir im folgenden auszugsweise zitieren werden, wird in der Argumentationsweise nicht einmal mehr der Anschein einer Abgrenzung aufrechterhalten.

Darüberhinaus läßt die Begründung klar erkennen, daß hier exemplarisch und unter indirekter Anwendung des Maulkorbparagraphen 88a in Zukunft jede Befreiungsbewegung als „terroristisch", „friedensstörend" und „aggressiv" diffamiert und im gleichen Atemzug schon jede Unterstützung dieser Organisationen als verfassungsfeindlich erklärt und damit verboten werden kann.

So heißt es in der Begründung u.a.: *„Auf Grund der dem Bund gegenüber bestehenden Treuepflicht sind die Länder verpflichtet, gegen Aktionen innerstaatlicher Gruppierungen vorzugehen, die geeignet sind, die Beziehungen des Bundes gegenüber anderen Staaten (!) in schwerwiegendem Maße zu stören. Die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA mit Waffen und anderem Kriegsmaterial stellt einen massiven Eingriff in die inneren Angelegenheiten Rhodesiens dar. Es muß damit gerechnet werden, daß die vorgesehene Unterstützung der bewaffneten Widerstandsbewegung, die sich in einem kriegerischen Konflikt mit der rhodesischen Regierung befindet, zu außenpolitischen Schwierigkeiten mit Rhodesien führt."*

Zuerst einmal sträubt sich einem die Feder angesichts der Selbstverständlichkeit, mit der in dieser Erklärung ein international für illegal erklärtes und weltweit (laut UNO-Beschluß) boykottiertes Verbrecherregime zum legitimen Staat deklariert wird. Schlechterdings makaber ist es aber, wenn ganz freimütig die ungetrübten Beziehungen zu dieser Rassendiktatur gepriesen – im Gegensatz dazu aber die Unterstützung des Befreiungskampfes des zimbawischen Volkes als „Einmischung in innere Angelegenheiten" und „Störung" diffamiert wird! In der Begründung heißt es dann weiter:

„Nach dieser Bestimmung sind Handlungen verfassungswidrig, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffkrieges vorzubereiten. Die Lieferung von Waffen in Gebiete, in denen bewaffnete Konflikte stattfinden, ist geeignet, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören.

Eine Sammlung, deren Erlös hierzu verwendet werden soll, dient kriegerischen Zwecken."

Es zeugt von der Agressivität des BRD-Imperialismus, wenn eine staatliche Institution unwidersprochen faschistischen Terror, Folter an Gefangenen und Massaker an der Zivilbevölkerung zum „friedlichen Zusammenleben der Völker" pervertieren kann.

Der folgende Abschnitt der Erklärung zeigt, was langfristig mit diesem „Grundsatzurteil" bezweckt werden soll:

„Nach der in der Präambel des GG und den Art. 24, 25 und 26 GG zum Ausdruck gekommenen Zielsetzung ist grundsätzlich j e d e Beteiligung an friedensstörenden Aktionen verfassungswidrig. Dies gilt auch für Beteiligungen an innerstaatlichen gewaltsamen Auseinandersetzungen in anderen Ländern."

Konkret bedeutet das, daß künftig mit dieser Begründung jede Form des proletarischen Internationalismus, seien es nun Spendensammlungen, Veranstaltungen, Propagandamaterial illegalisiert werden kann!

Afrika-Kommission

Moro tot – Die „Staatsräson" frißt ihre Kinder



Die „Staatsräson" frißt ihre Kinder – Moros Leiche wird gefunden



Die „Staatsräson" frißt ihre Kinder – Moros Leiche wird gefunden

Mitten in Rom, in der Via Michelangelo Caetani, wurde am 9. Mai nach einem Telefonanruf in einem Auto die Leiche des früheren Ministerpräsidenten Aldo Moro, Spitzenfunktionär der Christdemokratie, gefunden. Damit war das vier Tage zuvor im „Kommunique Nr. 9" der „Roten Brigaden" angekündigte „Todesurteil" vollstreckt worden. Die „Roten Brigaden" bewiesen wieder einmal ihr makabres politisches Fingerspitzengefühl, indem sie Moros Leiche fast direkt vor der Haustür der PCI-Zentrale in der Via delle Boteghe Oscure abstellten. War es doch in erster Linie die PCI-Spitze gewesen, die sich für die Durchsetzung einer knallharten Linie gegenüber den Entführern stark gemacht hatte.

Aldo Moro hatte in einer wahren Flut von immer verzweifelteren, immer wütenderen Briefen die Spitze seiner Partei beschworen, ihn freizutauschen. In seinen letzten Briefen hatte er für seine „Parteifreunde" nur noch grausame Flüche übrig. sein Blut werde über sie kommen, sie könnten ihrer Verantwortung nicht entgehen! Niemand von diesen Hyänen, so schrieb Aldo Moro, solle seinem Sarg folgen, kein „Feierlicher Staatsakt" möge stattfinden. Diese Aufforderung freilich wurde, trotz heftigem Protest von Moros Familie, von den Staatsträgern nicht respektiert. Sie mochten nicht darauf verzichten, eine verlogene Schau abzuziehen, um Moros Leiche bis zum letzten für ihre „Anti-Terror"-Hetze auszuschlachten.

Das Verhalten des italienischen Staates während der Moro-Entführung ist ohne Parallele. Noch n i e ist es vorgekommen, daß derart brutal selbst auf den minimalsten Versuch verzichtet wurde, die Entführer in Verhandlungen zu verwickeln und dadurch zumindest Zeit zu gewinnen. Die DC-Regierung, vorwärtsgepeitscht von den scharfmacherischen Reden der PCI-Spitze, verkündete vom ersten Moment an, mit den Entführern dürfe und werde es keinerlei Verhandlungen geben. Nur diese absolut harte Haltung sei im Interesse der „Staatsräson".

Moro hatte auf diese Weise von Anfang an nicht die geringste Chance. Daß sich die Dauer seiner Gefangenschaft trotzdem immerhin vom 16. März bis zum Morgen des 9. Mai – also fast zwei Monate – hinzog, erscheint geradezu als Wunder.

Die „Roten Brigaden" hatten offensichtlich gehofft, mit einer scheinbar sehr gut durchdachten Strategie (die gewisse Fehler der Schleyer-Entführer vermied) die Widersprüche innerhalb der DC-Spitze nutzen zu können, um tatsächlich einen Gefangenenaustausch erreichen zu können. Angesichts der Zerrissenheit der DC-Spitze und dem Druck vieler einflußreicher Freunde Moros wäre diese Strategie möglicherweise aufgegangen. Daß dies nicht geschah, ist in erster Linie der PCI-Spitze zu verdanken, die eine knallharte Linie forderte und die der DC-Spitze auch die nötige Rückendeckung für alle staatlichen Maßnahmen garantierte.

Als beispielsweise Moros Entführer am 29. März ankündigten, sie würden Moro „verhören" und die Ergebnisse (Korruptionsskandale, Verwicklung der DC in Putschvorbereitungen und andere gehütete „Staatsgeheimnisse") veröffentlichen, reagierte die PCI-Spitze prompt: Das sei ein niederträchtiger Versuch, „die großen demokratischen Parteien" (DC und PCI) gegeneinander auszuspielen; das werde die PCI verhindern.

Während der Moro-Entführung wurden eine Reihe neuer Polizei-Gesetze („Modell Deutschland") blitzartig vom Parlament verabschiedet und „Fahndungs"methoden von bisher nicht gekanntem Ausmaß praktiziert. Die PCI sorgte durch ein propagandistisches Trommelfeuer für eine entsprechende Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung – eine Sache, von der in dieser Größenordnung die Herrschenden der BRD bisher nur träumen können. Wie in der BRD die „Sympathisanten" werden jetzt in Italien die „fiancheggiatrici" (soviel wie „Flanken-Leute") der Terroristen gejagt. Allen voran die „Autonomen" und „Lotta Continua". Es gibt erste Fälle von Gewerkschaftsausschlüssen und Berufsverboten in diesem Zusammenhang.

Es ist wohl kaum zu übersehen, daß die Moro-Entführung dem italienischen Staat und den Kapitalisten eine Kampagne ermöglicht hat, die das Kräfteverhältnis erheblich zu Ungunsten der Linken verändert hat. Der Spielraum der PCI-Spitze für den Ausverkauf der Arbeiterinteressen an die Herrschenden hat sich deutlich vergrößert.

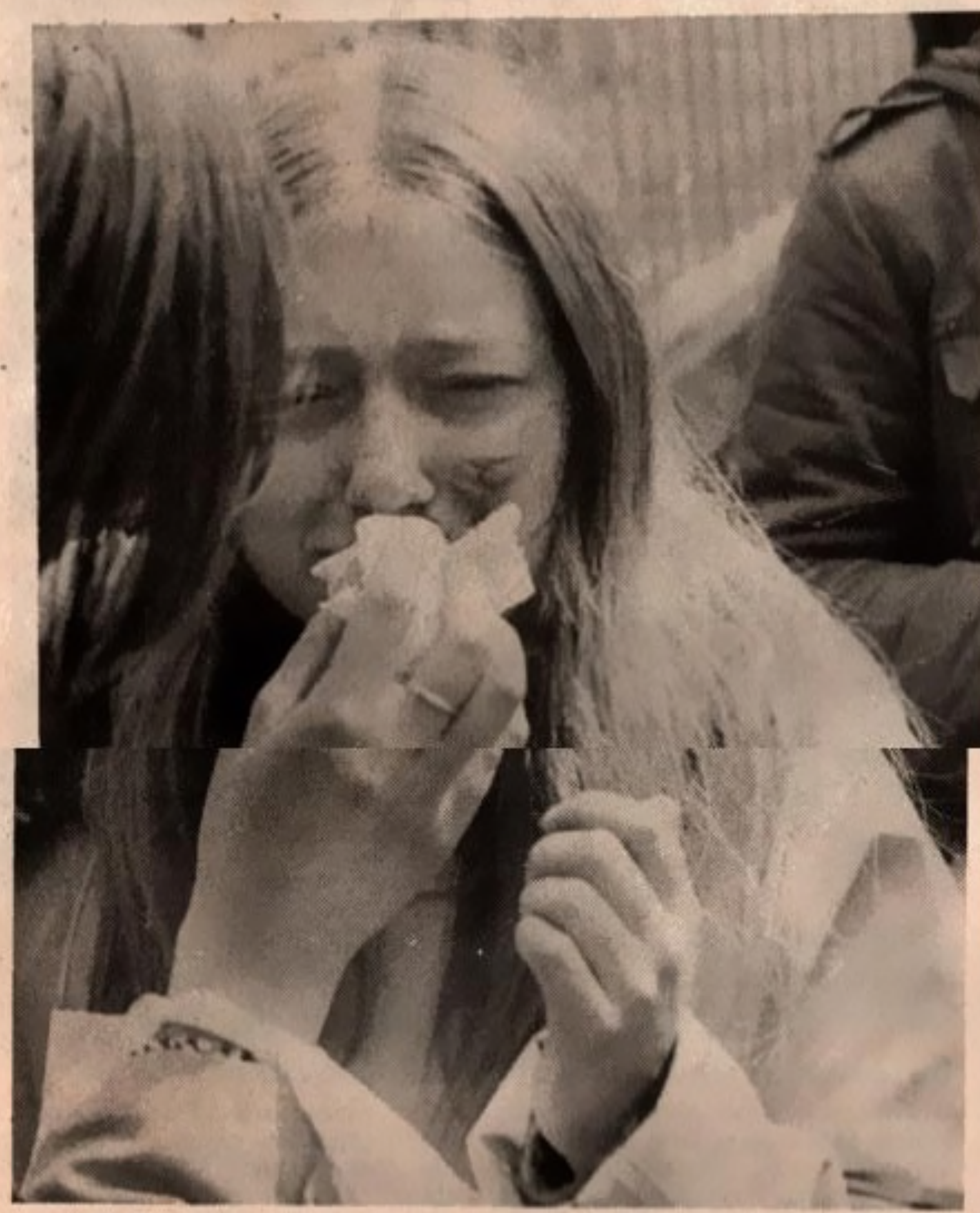
Wenn ausgerechnet die PCI (und hierzulande die DKP) daraus schlußfolgern wollen, die Entführung sei von den Faschisten, von imperialistischen Geheimdiensten usw. inszeniert worden, so ist das zynisch. Gerade in Italien hat der Terrorismus eine verhältnismäßig breite soziale Basis, deren Quelle neben der Verelendung auch die bittere Enttäuschung über die von der PCI-Spitze betriebene Anpassungspolitik ist. Nur ein Narr wird ernsthaft behaupten wollen, daß es ein paar Faschisten oder gar imperialistische Geheimdienste seien, die überall in Italien nahezu t ä g l i c h „zuschlagen", mit Attentaten auf Politiker, führende bürgerliche Presseleute, hohe Polizei-Funktionäre, Fabrik-Direktoren usw.

Wenn vor diesem Hintergrund die „staatstragenden" Kräfte Italiens, allen voran die PCI-Spitze, behaupten, man könne dem Terrorismus mit „Härte" und n u r mit „Härte" beikommen (in Tönen, wie man sie hierzulande nur von der CDU-Rechten und der CSU kennt), so reden sie sogar aus der Sicht der bürgerlichen Interessen dummes Zeug. Als Arbeiterführer, als Kommunisten gar, wie sie sich nennen, haben sie sich vollends disqualifiziert.

SDAJ-Schläger-Festival



Diesem Genossen wurde von den völlig enthemmten SDAJ-Schlägern die Brille im Gesicht zertreten . . .



. . . und diese Genossin wurde von den gleichen Typen blutig geschlagen, als sie die schaurige Szene fotografieren wollte.

Pfingsten fand ein von SDAJ und MSB organisiertes „Festival der Jugend" statt. Mehrere zehntausend Jugendliche waren gekommen, um *„ein Festival der politischen Debatte"* zu erleben, *„bei der kein Thema tabu ist"* (so das Festivalprogramm). Die Realität sah (für uns) total anders aus: Zeitungsverkäufern verschiedener linker Organisationen wurden die Zeitungen zerrissen oder geklaut.

Am Pfingstsamstag wurde ein KB-Genosse beim Verkauf von zehn Ordnern von hinten angefallen (ohne Vorwarnung!) und an den Haaren 50 Meter weit weggeschleift. Jedesmal, wenn der Genosse um Hilfe schrie, bekam er einen Faustschlag ins Gesicht oder ihm wurde der Mund zugehalten. Der Genosse erhielt eine Schädelprellung und stellte daraufhin Strafanzeige.

Außerdem erstellten wir ein Flugblatt „SDAJ-Schläger Nein Danke!", welches wir zusammen mit anderen empörten Jugendlichen am Sonntag verteilten. Dieses Flugblatt war dann der Anlaß für noch brutalere Ordnerüberfälle. Zuerst wurde der Genosse, der die Anzeige gemacht hatte, obwohl er keine Zeitungen verkaufte, brutal vom Platz geschleift. Kurze Zeit später wurden die Genossen, die das Protestflugblatt v o r dem Festivalgelände verteilten (woanders war das gar nicht mehr möglich) von einer achtköpfigen Ordnertruppe überfallen. Einer der Schläger bedrohte uns mit einem Schlagstock! Ein Genosse wurde auf die Straße gestoßen – ein Auto konnte gerade noch stoppen – dann wurde ihm mit dem Fuß die Brille im Gesicht zertreten. Man kann von Glück sagen, daß der Genosse mit Schnittverletzungen und Prellungen davonkam. Einer anderen Genossin, die diese Schweinereien fotografieren wollte, wurde brutal ins Gesicht geschlagen, so daß sie Prellungen im Gesicht und innere Nasenverletzungen erlitt. Als sie verletzt am Boden lag, versuchte einer der Schläger, ihr die Kamera zu entreißen. Auch in diesem Fall stellten die beiden verletzten Genossen einen Strafantrag. Am Sonntagabend wurden dann von der Kriminalpolizei die Namen von sieben Schlägern festgestellt.

Wir werden hierzu noch weitere Veröffentlichungen herausgeben mit dem Ziel, daß die DKP/SDAJ-Schlägermethoden eingestellt werden! Wir haben in Gesprächen mit den Festivalbesuchern immer wieder festgestellt, daß diese Methoden noch viel zu wenig bekannt sind, daß sie jedoch auf sehr große Empörung stoßen!

(Presse-Erklärung und Augenzeugenberichte können über die Verlagsadresse bezogen werden).

Einige KB-Genossinnen und Genossen



Diese Schlägervisage sollten wir uns merken: Es handelt sich um Andreas Jakubasch (MSB und DKP Hamburg), der hier ein Mitglied des Argentinien-Solidaritätskomitees anfällt. J. war Mitglied des ehemaligen AStA der Hamburger Fachhochschule!

Oberlandesgericht München für Ziesel

Am 20.1.1978 fällte das Landgericht München I auf Antrag von Kurt Ziesel, Geschäftsführer der Deutschland-Stiftung (CDU/CSU-nah), das folgende Urteil gegen den ARBEI—TERKAMPF: Dem AK *„wird verboten, die Behauptung, daß der Verfügungskläger* (Ziesel — Anm. AK) *Gründungsmitglied der Gesellschaft für freie Publizistik e. V. [GfP] gewesen ist, in Verbindung mit der Behauptung aufzustellen und zu verbinden, Mitbegründer der GfP sind u. a. Erich Kern[mayr], freigelassener NS-Massenmörder und langjähriger Sprecher der HIAG"*.

Gegen dieses Urteil hatten wir Widerspruch beim Oberlandesgericht München eingelegt.

Als Beleg druckten wir im AK die Titelseite von „Das freie Forum", Informationsdienst der GfP, vom Januar 1969 ab, wo Erich Kernmayr ausdrücklich als Gründungsmitglied der GfP genannt wird.

In der mündlichen Verhandlung über diesen Widerspruch am 24. April 1978 vor dem Oberlandesgericht führte unser Anwalt zur Sache aus: Der sei der Meinung, *„daß sich sowohl der Kläger* (Ziesel — Anm. AK) *als auch Herr Kernmayr an der Gründung der GfP beteiligt hätten . . . Die Tatsache, daß die Gründung in zwei verschiedenen Akten erfolgt sei [wie Ziesel in einem Schriftsatz an das Landgericht München ausführte, habe er schon zu Pfingsten 1960 die Gründung der GfP mit anderen zusammen beabsichtigt, bei der Gründungsversammlung im Herbst 1960 in Frankfurt jedoch sei er nicht anwesend gewesen] ändere nichts daran, daß der Kläger an der ersten Versammlung und Herr Kernmayr an der anderen Gründungsversammlung teilgenommen hätten. Einer Zeitung mit politischem Inhalt müsse gestattet sein, diese Tatsache in der gewählten Form vorzutragen"* (Protokoll der Verhandlung)

Dieser Sichtweise wollte sich das Oberlandesgericht nicht anschließen. Es entschied sich für Ziesel. Die fernmündlich mitgeteilte Urteilsbegründung lautet etwa folgendermaßen: Dem AK wird verboten, die Behauptung, Ziesel und Kernmayr seien Mitbegründer der GfP gewesen, in d e r Weise aufzustellen, daß der E i n d r u c k gewonnen werden kann, Ziesel und Kernmayr hätten bei der Gründung der GfP g e m e i n s c h a f t l i c h zusammengewirkt.

An der Tatsache, daß Kernmayr Gründungsmitglied der GfP war, konnte das Gericht nicht vorbei. Und auch Ziesel nicht, obwohl er vorher in einer Eidesstattlichen Versicherung behauptet hatte: *„Erich Kernmayr war niemals Gründungsmitglied der ‚Gesellschaft für freie Publizistik'"*.

Der Tenor der Urteilsbegründung im Vergleich zum ersten Urteil hat sich geändert:
Damals durfte nicht behauptet werden, daß Kernmayr Gründungsmitglied der GfP war; heute darf zwar Erich Kernmayr „Gründungsmitglied der GfP" genannt werden, aber nicht als eine Art Kompagnon von Ziesel.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

ARBEITERKAMPF stellt Strafanzeige gegen Ziesel

Schon vor einem Monat, am 7. April 1978, hat unser Anwalt im Namen des ARBEITERKAMPF Strafanzeige wegen eidesstattlicher falscher Angaben gegen Kurt Ziesel („Deutschlandstiftung") beim Landgericht München I erstattet.

1. Im AK 123 vom 20.2.78 hatten wir geschrieben:
„1931 bis 1933 war er Schriftleiter des NSDAP-Leitorgans in Wien, der ‚Deutsch-Österreichischen Tageszeitung'.
Er wurde beim „Völkischen Beobachter" ausgebildet, nachdem er wegen einem drohenden Hochverratsverfahren aus Österreich flüchtete".

Ziesel will uns mit einem Antrag auf Einstweilige Verfügung verbieten, dies weiterhin zu behaupten. Er streitet alles ab (Vgl. AK 126, S. 31). Wir bestehen jedoch auf unseren Aussagen:

Ziesel hat im Jahre 1940 bei der Wiener Verlagsgesellschaft ein Buch mit dem Titel „Krieg und Dichtung, Soldaten werden Dichter – Dichter werden Soldaten" herausgegeben. In diesem Buch hat Kurt Ziesel auf den Seiten 513 ff eine Selbstbiografie veröffentlicht, in der er u.a. ausführte: **„Im Jahre 1931 begann so mit 20 Jahren meine Tätigkeit als Schriftleiter am damaligen Hauptblatt der NSDAP in Wien und führte mich dann im Jahre 1933 auf der Flucht vor Hochverratsverfahren des Dolfußsystems nach München, Königsberg, Dortmund und Hamburg".**

2. Im zweiten Teil unserer Strafanzeige beziehen wir uns auf eine Einstweilige Verfügung, die uns verbietet zu behaupten, Ziesel und Kernmayr hätten zusammen die GfP gegründet. Als Beweis legten wir die Kopie von „Das freie Forum", Informationsdienst der GfP, vom Januar 69 vor, in dem Kernmayr als Gründungsmitglied bezeichnet wird.

Wir sind der Ansicht, daß sich – zumindest was den ersten Punkt unserer Strafanzeige – aus den vorgelegten Dokumenten „der dringende Verdacht eines Vergehens des Prozeßbetrugs sowie der falschen Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung" (Text der Strafanzeige) ergibt.

Ziesel ist Österreicher. Verliert er diesen Prozeß, so droht ihm die Ausweisung aus der BRD. Für ihn steht einiges auf dem Spiel.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wallmann verbietet NPD-»Deutschlandtreffen«

Die von der NPD als „Deutschlandtag" traditionell in Frankfurt auf dem Römerberg angekündigte Kundgebung am 17.6.78 ist vom Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann (CDU) erst einmal verboten worden („FR", 13.5.78).

Es bestünden Befürchtungen, daß es bei diesem Treffen wieder zu erheblichen Auseinandersetzungen kommen werde (wie wahr), und er, Wallmann, sei nicht gewillt, hinzunehmen, daß die NPD Frankfurt zum Zentrum ihrer „rechtsextremistischen Ziele" mache. Ein derartiger Aufmarsch schade dem Ansehen Frankfurts, insbesondere auch im Ausland.

Es drängt sich freilich der Eindruck auf, daß diese Verbotsverfügung hauptsächlich eine Beruhigungspille für die Antifaschisten sein soll. Denn schon zum 13.8.77 hatte Wallmann mit exakt der gleichen Begründung eine NPD-Kundgebung zur Berliner Mauer verbieten wollen. Die reaktionäre Justiz entschied damals klipp und klar: Da die Gewalttätigkeiten nicht von der NPD, sondern vielmehr von linken Gegendemonstranten zu erwarten seien, könne die NPD auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden; damit wurde das Verbot aufgehoben, und die Kundgebung fand wie üblich unter Polizeischutz statt. Dieser Richterspruch dürfte jetzt erneut Anwendung finden. Er ist eine glatte Provokation, da anhand zahlreicher Fotos vom 17. Juni letzten Jahres bewiesen werden kann, daß die Faschisten mit Stöcken und Metallrohren ausgerüstet auf Antifaschisten losgegangen waren.

Außerdem ist bisher in der Öffentlichkeit unbekannt, daß die CDU s e l b s t zum 17. Juni eine Kundgebung auf dem Römer angemeldet hat und mit der NPD vor dem Verwaltungsgericht darüber streitet, wer diesen zentralen Kundgebungsplatz in Frankfurt bekommt. Als „Kompromiß" dürfte dabei wohl herauskommen: Die CDU bekommt den Römer; die NPD-Kundgebung wird erlaubt, findet aber in einem anderen Stadtteil statt!

D i e s e Lage der Dinge ist wahrlich kein Grund zur Beruhigung für die Antifaschisten. Positiv an der Verbotsverfügung ist allein der frühzeitige Beginn der Auseinandersetzungen um den 17. Juni in diesem Jahr. Dies eröffnet die Chance, die Zersplitterung der Protestaktionen vom letzten Jahr zu überwinden und zu einer besseren Koordination der Antifaschisten zu kommen. Diese Chance sollte nicht durch borniertes Organisationsdenken und Unvereinbarkeitsbeschlüsse vertan werden!

Breschnew-Besuch: Ein Schritt zur vaterländischen „Einheitsfront“

Eine bemerkenswerte Gesellschaft von den Faschisten bis zur „KPD“ fand sich bei den Demonstrationen gegen den Breschnew-Besuch zusammen. Wir geben im folgenden einen (unvollständigen) Überblick:

Am 3. Mai veranstaltete das „**Brüsewitz-Zentrum**“ eine Kundgebung vor der sowjetischen Militärmission in Bonn. Es sprachen Prof. H. Nitsche, **Vorsitzender der „Gesellschaft für Menschenrechte“**, und Elmar Bok, **Stellvertretender Vorsitzender der Jungen Union**.

Das „Brüsewitz-Zentrum“ will angeblich an den Pfarrer B. erinnern, der sich vor einiger Zeit in der DDR selbst verbrannt hat. Tatsächlich steht das „Brüsewitz-Zentrum“ derart weit rechtsaußen, daß sogar namhafte CDU-Leute nachträglich ihre Unterstützung für diesen Verein zurückgezogen haben. **Zu den Aktivi-**

+ Am 4. Mai organisierte eine „**Bürgeraktion für Menschenrechte**“ einen Schweigemarsch und eine Kundgebung in Bonn.

Zu dieser „Bürgeraktion“ hatten sich zahlreiche rechte und rechtsradikale Vereine zusammengefunden, darunter:

– Die „**Gesellschaft für Menschenrechte**“, die der CDU und der Springerpresse nahesteht und sich um „politische Gefangene“ in der DDR zu kümmern vorgibt, vor allem aber antikommunistische Hetze betreibt.
– Das „**Brüsewitz-Zentrum**“.
– Die „**Hilfsaktion Märtyrerkirche**“, die unter dem Vorwand, sich für religiöse Freiheit in der Sowjetunion einzusetzen, glatt faschistische Propaganda betreibt. **So solidarisiert sie sich z.B. mit dem faschistischen Regime Chiles.** Die „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ wird anscheinend von



Am Rande der Hamburger JU-Kundgebung: Transparent der „MLD“...

täten des „Brüsewitz-Zentrums“ gehört u.a. auch die Verteidigung des südrhodesischen Rassisten-Regimes. Das „Brüsewitz-Zentrum“ setzt sich für eine Beendigung aller wirtschaftlicher Sanktionen gegen das Rassisten-Regime ein. Denn: „*Wir können es nicht dulden, daß unsere Staatsmänner weiter feige nach Moskau schielen und nur handeln, wie es dem Herrn Breschnew genehm ist. Es darf uns nicht kalt lassen, daß wir jetzt die Möglichkeit haben, im Sü-*

rechten Kreisen der katholischen Kirche gespeist. Die „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ verlegt Hetzschriften mit Titeln wie „Marx und Satan“, „Der Griff nach den Kindern“ und „Chinas Kirche lebt – Gefoltert für Christus“.

– **VDA, Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland.** Sie kümmert sich allgemein um den Kontakt zu reaktionären Kräften des „Auslandsdeutschentums“, speziell aber um die „Sowjetdeutschen“.



... Transparent der NPD/JN...

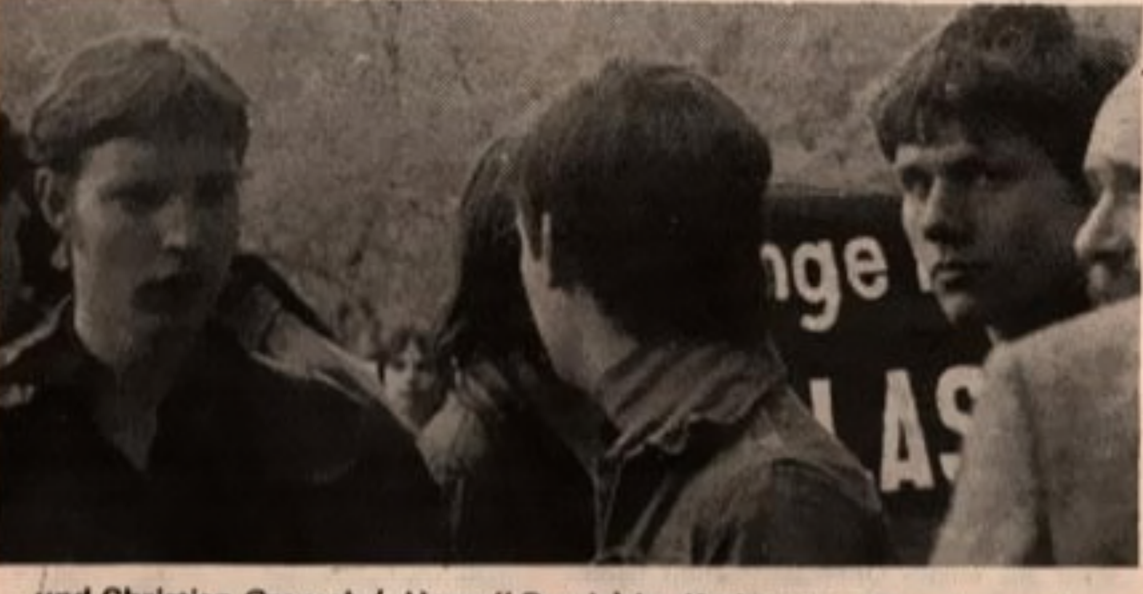
den Afrikas die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus siegreich zu bestehen“ (**Walburga von Habsburg, Vorstandsmitglied** des „Brüsewitz-Zentrums“, zit. in der April-Ausgabe des Pressedienstes des „Brüsewitz-Zentrums“).

Im Kuratorium des „Brüsewitz-Zentrums“ sitzen u.a.:

– **Otto von Habsburg**, österreichischer Rechtsradikaler mit besten Verbindungen zur CDU/CSU und zur „**Deutschlandstiftung**“ (**Ziesel!**).

Weitere Beteiligte der „Bürgeraktion“ gegen den Breschnew-Besuch waren der revanchistische „**Bund der Vertriebenen**“, die „**Arbeitsgemeinschaft 13. August**“, die militant-antikommunistische „**Fatima-Aktion 77**“ und die „**Vereinigung der Opfer des Stalinismus**“.

Zu den Unterstützern dieser Aktion – allerdings nicht direkt in der „Bürgeraktion“ vertreten – gehörten auch der revanchistische „**Ostpreußenverband**“ und eine „**Israel Hilfe e.V.**“


... und Christian Grapsch („Hansa“-Bande) im Kreis seiner Freunde von der NPD/JN (links im Bild)

– **Constantin Freiherr von Heeremann**, ehem. Führer des reaktionär ausgerichteten „Bauernverbandes“.
– **Ludek Pachmann**, rechtsradikaler CSSR-„Dissident“, mittlerweile CSU-Mitglied, den Projekten einer 'Vierten Partei' („**Bund Freies Deutschland**“) nahestehend.

aus Düsseldorf (Originalton: „*Herr Breschnew, Sie wissen ganz genau, daß die Heimkehr der Juden nach Zion Gottes unabänderlicher Wille ist*“).

Insgesamt sollen sich an den Aktionen am 4. Mai in Bonn nach verschiedenen Berichten zwischen 1.200 und 3.000 Menschen beteiligt haben.

Einer der Redner war Pfarrer R. **Wurmbrand** (früher DDR), Star der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“.

+ Am 6. Mai, 15 Uhr, organisierte die „**Junge Union**“ eine ‚Groß‘-Kundgebung in der Hamburger Innenstadt, zu der nach offiziellen Angaben rund 1.500 Menschen kamen.

Die **NPD und ihre Jugendorganisation JN**, die schon Monate vorher sehr großmäulig einen „heißen Empfang“ für Breschnew angedroht hatten, demonstrierten vor allem ihre Mobilisierungsschwäche. Es reichte nicht einmal zu selbständigen Aktionen. In Bonn beteiligten sich die Faschisten relativ lautstark an der Kundgebung der „Bürgeraktion“. In Hamburg gesellte sich ein kleiner Trupp von JNlern, darunter auch einige bekannte Visagen von Mitgliedern der kriminellen „**Hansa**“**-Bande**, mit eigenen Transparenten unangefochten zur Kundgebung der „Jungen Union“.

+ Die pro-imperialistische „**KPD**“ hatte zu einer zentralen Demonstration am 6. Mai, 12.00 Uhr, in der Hamburger Innenstadt aufgerufen, mit anschließender Veranstaltung. Ernsthafte Versuche zu einer Aktionseinheit mit anderen „ML“-Gruppen oder mit den offenen Rechten hatte sie gar nicht erst unternommen, obwohl sie leicht verschämt ein „**ad-hoc-Komitee Breschnew-Kundgebung**“ (identisch mit der „KPD“-eigenen Zeitung „**Befreiung**“!) als Veranstalter auftreten ließ. Als Hauptredner hatte die „KPD“ einen besonderen Leckerbissen zu präsentieren: SU-„Dissident“ **Grigorenko**, der zuvor schon am 4. Mai in Bonn und dann auch bei der „Jungen Union“ in Hamburg gesprochen hatte. Als weitere Redner sprachen andere „Dissidenten“ sowie der portugiesische Reaktionär T. Rosa. Er war zeitweise Arbeitsminister und hatte wegen seiner krass arbeiterfeindlichen Haltung zurücktreten müssen. Er ergötzte sein Publikum mit reinsten „ML“-Tiraden.

In anderen Redebeiträgen mußte die „KPD“ einige herbe Seitenhiebe gegen Stalin und offen antikommunistische Ausfälle schlucken. Nach Angaben des „Roten Morgen“ (12.5.) beteiligte sich auch das faschistische Grüppchen „**Antibolschewistischer Block der Nationen**“ an der Kundgebung der „KPD“. Insgesamt beteiligten sich nach Angaben der „KPD“ rund 3.000 Menschen, die Mehrheit von außerhalb Hamburgs.

Die „KPD“ hielt es angesichts ihrer faktischen Aktionseinheit mit allerlei rechten Vereinen nicht einmal für nötig, sich mit einem einzigen Wort von diesen abzusetzen – geschweige denn, auf deren politischen

schweige denn, auf deren politischen

Hintergrund einzugehen. Im Gegenteil: In der „Roten Fahne“ vom 26.4. wurde mit großer Freude vermeldet, „*daß es m e h r Kräfte sein werden, die zum Zeitpunkt des Breschnew-Besuchs Protest und Anklage ... erheben werden, als noch vor fünf Jahren*“ (beim Breschnew-Besuch 1973). Nun war allerdings dieser Zuwachs ausschließlich auf der Rechten zu registrieren, während nach links hin das Feld eher schmaler geworden war! – In der „Roten Fahne“ vom 10.5. wurde gar die „Bürgeraktion“ gegen den Vorwurf der DKP in Schutz genommen, es handle sich um Reaktionäre und Faschisten: Diese Vereine hätten „**mit Faschisten nichts zu tun**“ (Originalton „Rote Fahne“), sondern hätten nur die Freilassung politischer Gefangener im Sinn. Herzig!

Die „**KPD/ML**“, 1973 noch im Bündnis mit der „KPD“ gegen den Breschnew-Besuch, hatte es diesmal für klüger gehalten, sich nicht an derartigen Aktionen zu beteiligen. Überraschenderweise organisierte sie auch selbst keinerlei eigene Aktivitäten, sondern beschränkte sich auf das Verteilen hetzerischer Flugblätter. Noch untätiger blieb der **KBW**, dessen verbales Bekenntnis zur pro-imperialistischen „Theorie der drei Welten“ immer noch darauf wartet, endlich mit Leben erfüllt zu werden.

Die „**Marxisten-Leninisten Deutschland**“ („**Die Neue Welt**“) und die „**Marxisten-Leninisten in der Bundesrepublik Deutschland**“ („**Neue Deutsche Zeitung**“) – zwei inhaltlich absolut identische Mini-Gruppen rechtsradikaler Provokateure – hatten übereinstimmend dazu aufgerufen, die beklagenswerte Spaltung zwischen der „KPD“ einerseits, der „Jungen Union“ und der „Bürgeraktion“ andererseits, zu überwinden. Getreu diesem Aufruf kreuzten kleine Trupps dieser Provokateure mit eigenem Transparent auf sämtlichen Veranstaltungen gegen Breschnew auf. Diesen Provokateuren ist immerhin zuzugestehen, daß sie mit ihrer Forderung nach breitestmöglicher „Aktionseinheit“ von „KPD“ bis NPD durchaus die politische Logik auf ihrer Seite haben. So verwiesen die „Marxisten-Leninisten der Bundesrepublik Deutschland“ in einem Flugblatt auf die Ende Mai bevorstehende „**Lissabonner Konferenz gegen den Sozialimperialismus**“. Diese Konferenz wird von der „KPD“ und der portugiesischen „PCP/ML“ gemeinsam mit christdemokratischen, sozialdemokratischen und „konservativen“ Kräften veranstaltet. Berechtigte Frage der „ML“-Provokateure: „**Warum sollte das, was deutsche Konservative und Marxisten-Leninisten im A u s l a n d praktizieren, nicht auch im e i g e n e n Land möglich sein?**“.

Diese Frage stellt sich in der Tat immer unausweichlicher für die „KPD“! Die „MLD“ hat sich offenbar vorgenommen, diesen Widerspruch künftig noch gezielter auszunutzen und den „KPD“-Führern deren Halbherzigkeiten beim Bündnis mit dem Imperialismus kräftig um die Ohren zu schlagen. Eine sogenannte „VII. Plenartagung des II. ZK der MLD“ hat Mitte April beschlossen, sich um Gespräche auf Führungsebene mit der „KPD“ zu bemühen.

Breschnew-Besuch: Keine besonderen Vorkommnisse

Vom 5.-7. Mai weilte Leonid Breschnew auf Staatsbesuch in der BRD. Ging man in den Tagen vor diesem Besuch in Pressemeldungen von beiden Seiten mit „gedämpften Erwartungen“ an die möglichen Ergebnisse heran, so tönte Kanzler Schmidt nach dem Beusch doch plötzlich von „*großem Fortschritt in den deutsch-sowjetischen Beziehungen überhaupt*“ („FR“, 8.5.78). Unterm Strich betrachtet, ist jedoch außer der Verabschiedung der üblichen Floskeln in Form einer gemeinsamen Erklärung und eines gemeinsamen Kommuniques, in keiner wesentlichen Frage etwas Nennenwertes erreicht worden.

Drei Komplexe, in denen beiderseits feststehende Positionen in den letzten Jahren bezogen wurden, standen im wesentlichen zur Debatte:

— Die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen;
— der beiderseitige Beitrag zur allgemeinen und militärischen Entspannung;
— der sog. „Berlin-Status“.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit war der einzige Bereich, über den konkret verhandelt werden konnte. Allerdings sind selbst hier die sowjetischen Vorstellungen weitgehend nicht erfüllt worden.

Das Handelsvolumen zwischen der Sowjetunion und der BRD beträgt inzwischen mehr als 11 Milliarden DM jährlich. Breschnew selbst kennzeichnet anhand von Zahlen in einem Interview mit dem „Vorwärts“ den Trend dieser Beziehungen: „*1977 war der Warenumsatz, verglichen mit 1973, auf das 2,5fache, und, verglichen mit 1970, auf das 5,5fache angewachsen. In unserem Handel mit den kapitalistischen Staaten befindet sich die Bundesrepublik an erster Stelle*“ („Vorwärts“, 4.5.78). Allerdings ist die Sowjetunion durch diese Entwicklung stark an die BRD verschuldet; sie hat Schwierigkeiten, im Gegenzug zu den westdeutschen Importen ihre Waren in der BRD abzusetzen. Konkret benennt Breschnew in dem oben zitierten Interview die Forderungen:

„*Wir erwarten beispielsweise, daß endlich die Einfuhrbeschränkungen für sowjetische Waren aufgehoben und günstigere Zollbestimmungen eingeführt werden*“. Über diese Dinge heißt es nur - zum wiederholten Male bei solchen Papieren - in dem vereinbarten Kommunique: „*Beide Seiten beabsichtigen, auch künftig nach besten Kräften zur Verbesserung der Struktur des Warenaustausches beizutragen und die Handelsbilanz ausgeglichener zu gestalten*“ („FR“, 8.5.78).

Auch bezüglich der Perspektive des gegenseitigen Handels wurde nichts Neues im Kommuniqué formuliert:

„*Unter Berücksichtigung des bisherigen Handelsumsatzes sind beide Seiten der Meinung, daß der Warenaustausch im Zeitraum 1976 bis 1980 im Vergleich zum vorausgegangenen Jahrfünft verdoppelt werden kann. Sie werden bestrebt sein, nach Möglichkeit diesen Umfang zu überschreiten*“. So ähnliche Formulierungen hatte man auch schon 1974, bei Schmidts Moskau-Besuch gefunden.

Die gähnende Inhaltsleere gilt für die Aussagen über die allgemeine und militärische „Entspannung“ in der gemeinsamen Erklärung in noch größerem Maße. Hier wird zum x-ten Male auf die Einhaltung der Schlußakte der KSZE, ihre „volle Wirksamkeit“ etc. hingewiesen. Neben dem endlosen Gewäsch von „Entspannung“ und „Zusammenarbeit“ in allen möglichen Variationen, steht als einzig konkrete Aussage über militärische Entspannung und Abrüstung:

„*Beide Seiten betrachten es als wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Sie gehen davon aus, daß annähernd Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen. Ihrer Meinung nach würden angemessene Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung im nuklearen und konventionellen Bereich, die diesem Grundsatz entsprechen, von großer Bedeutung sein*“ (Erklärung im Wortlaut, „FR“, 8.5.78).

Über Westberlin wurde die altbekannte Formel von der „*strikten Einhaltung und vollen Anwendung des Viermächte-Abkommens vom 3.9.71*“ bemüht. Breschnew hielt — korrekterweise — daran fest, daß die Errichtung von Bundesbehörden in Westberlin ein Verstoß gegen dieses Abkommen ist, die Bundesregierung bestreitet dies — auch hier also keinen Schritt weiter. Wenn dieser Besuch in Sachen „Entspannung“ überhaupt irgendetwas demonstriert hat, dann den unaufhaltsamen Bankrott dieser Politik. Dies hindert nicht, daß die „Entspannungs“-Jubeleien fortgesetzt werden.

Entsprechend konnte man auch wieder in der „Prawda“ vom 7.5. über die Vereinbarungen Breschnews mit der Bundesregierung lesen, daß jeder, „*der die Erweiterung der gutnachbarlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern, die Vertiefung des Entspannungsprozesses anstrebt, sicherlich beim Lesen dieser Dokumente eine große Genugtuung verspürt*“. Wir zumindest — und da sind wir sicher nicht die Einzigen — können das nicht!

RGW-Kommission

Zur Diskussion um Großdemonstration zu den Grohnde-Prozessen in Hannover

Seit dem ersten Urteil in den Grohnde-Prozessen ist die Diskussion über die Solidarität mit den Angeklagten und den Kampf gegen die Kriminalisierung in etlichen Bürgerinitiativen (BIs) wieder neu angelaufen. Mittlerweile hat es in Hannover zwei überregionale Treffen zur Beratung eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Prozesse gegeben.

Ausgangspunkt zu diesen Treffen war eine Einladung der Hannoverschen BIs gegen Atomanlagen, die bei einem Plenum festgestellt hatten, daß resignative Tendenzen und ein Rückgang zumindest der Hannoverschen Anti-Atom-Initiativen z. T. darauf zurückzuführen seien, daß über die Arbeit gegen die Prozesse der eigentliche Ausgangspunkt – der Kampf gegen die lebensbedrohenden Atomanlagen – in den Hintergrund und die Anti-Atom-Initiativen dadurch in die Defensive geraten seien. D. h., daß durch die in Hannover stattgefundenen Demonstrationen bei weitem nicht diejenigen angesprochen werden konnten, die mit in Grohnde waren, geschweige denn Menschen darüber hinaus.

Im gleichen Zuge aber bleiben provokative Maßnahmen der Landesregierung und der DWK bezüglich der reibungslosen Verwirklichung des Wiederaufbereitungs- und Atommüllprojektes in Gorleben unbeantwortet.

Um über diese Probleme zu beraten und über eine weitere gemeinsame Perspektive, hatten die Hannoverschen Initiativen zu einem Treffen am 25.4. eingeladen. Die Probleme, die Hannover dort diskutiert haben wollte, wurden jedoch bei diesem Treffen nur gestreift, nämlich, wie der Kampf gegen Prozesse mit dem Kampf gegen die AKWs zu verbinden ist. Stattdessen wurde auf diesem Treffen (das mit Teilnehmern aus rund 20 Städten erfreulich gut besucht war) mit ähnlich moralischer Argumentation wie vor der Demonstration gegen die Prozesse am 25.2. eine neue blitzartige Aktion am 20.5. in Hannover durchzusetzen versucht. Getragen wurde dieser Versuch maßgeblich von KPD-Vertretern, einigen Unorganisierten und sogar einzelnen KB-Genossen.

Wenn auch bei diesem Treffen – zum Glück – keine Einigung über eine Großaktion am 20.5. (auch nicht zu einem Aktionswochenende zum Wahltag in Niedersachsen und Hamburg) erzielt werden konnte, setzte sich diese Argumentationsweise jedoch am Fortsetzungstreffen am 7.5. in Hannover fort. Ausdruck davon war die Festlegung des Termins für eine Großdemonstration gegen die Prozesse am 10.6. in Hannover gleich zu Beginn, bevor noch die Diskussion darüber begonnen hatte.

Anstatt die offensichtliche Bereitschaft zu gemeinsamen Aktionen gegen die Prozesse (immerhin waren Vertreter aus 32 Städten anwesend) durch heute wohl unüberlegte Großaktionen zerstört wird, hatten u. a. die Hannoveraner ein Arbeitstreffen vorgeschlagen, bei dem durch Diskussionen und Erfahrungsaustausch Voraussetzungen für eine sinnvolle Großaktion geschaffen werden können: Der Vorschlag wurde nicht diskutiert, sondern als Beigabe für eine Großdemonstration am 10.6. zugestanden, worauf Befürworter dieses Arbeitstreffens auszogen, um über ein solches Treffen zu beraten. Das Ergebnis dieser Beratung war, ein Arbeitstreffen am 1./2.7. durchzuführen. Mittlerweile scheint dies alternativ zum 10.6. zu stehen, was an sich nicht de „Rätsels Lösung" ist, sondern ein Ausdruck unausdiskutierter Differenzen.

Diskutiert wurde auch nicht, durch den Inhalt der Demonstration den Zusammenhang zwischen den Prozessen und der Bedrohung durch Atomanlagen zu dokumentieren, also auch den Kampf gegen die WAA zum maßgeblichen Inhalt dieser Demonstration zu machen, wofür sich Hannover als Sitz der Landesregierung anbietet.

Das Treffen endete chaotisch. Am Ende standen zwei Beschlüsse: Für eine „Groß"demonstration mit „Kongreß" am 10.6. und für ein Arbeitstreffen am 1. und 2.7. Weniger klar war – wie schon gesagt – warum. Zwei weitere Treffen wurden festgelegt, um Demonstration und Arbeitstreffen vorzubereiten. Inzwischen ist noch ein weiteres bundesweites Treffen zur Vorbereitung der Demonstration am 10.6. angesetzt worden: (Am 20.5. in Hannover, 10.00 Uhr Freizeitheim Lister Turm).



Am Vorbereitungstreffen am 13.5. waren 10 Städte beteiligt, davon wieder etliche KPD-Vertreter. Positiv war, daß Demonstration und Arbeitstreffen am 10.6. nicht mehr getrennt diskutiert wurden und dem Arbeitstreffen von etlichen Anwesenden großer Raum und Bedeutung eingeräumt wurde. Dabei wurde betont, daß es nicht als Antwort auf alle Fragen anzusehen sei, sondern als Diskussionsbeginn und Erfahrungsaustausch. Es wurden Vorschläge für das ganze Wochenende diskutiert, die – soweit sie kontrovers waren – an alle BIs verschickt werden sollen. Vorgeschlagen wurde u. a. auch eine Podiumsdiskussion mit bekannten Demokraten und Atomgegnern, die dort ihre Stellung zu den Prozessen darlegen könnten. Zudem wurde diskutiert, daß bis zum 20.5. mit allen möglichen Bündnispartnern Kontakt für dieses Wochenende aufgenommen werden soll, um anhand dieser Gespräche feststellen zu können, welchen Charakter die ganze Aktion haben kann. Ein gemeinsamer Aufruf soll erst am 20.5. abgestimmt werden, um allen, die sich beteiligen wollen, die Möglichkeit zu lassen, hieran mitzuwirken.

Das letzte Treffen brachte zumindest einige positive Aspekte, die unseren Vorstellungen für das Gelingen einer solchen Aktion entgegenkommen.

Der kurze Zeitraum, in dem alle Vorbereitungen bis zum 10.6. geschafft sein müßten, ist jedoch nicht unsere einzige Schwierigkeit mit der gesamten Aktion. Wir begrüßen deshalb die folgende Kritik der Hannoverschen Info-Gruppe und halten sie für einen wichtigen Diskussionsanstoß.

Anti-Atom-Genossen
aus Hannover

aus Hannover

Stellungnahme zum Bürgerinitiativen-Treffen der Infogruppe in Hannover

Es folgt ein Vorspann über den Verlauf der Diskussion, s. dazu auch den Artikel (Anmerkung der Redaktion).

Die Frage, was wir gegen die Terrorurteile der Grohnde-Prozesse tun können, ist für uns vor allem eine Frage nach der Situation der Anti-AKW-Bewegung. Aus unseren eigenen Erfahrungen und Diskussionen mit anderen BIs stellt sich für uns die Situation wie folgt dar:

1. Der oberflächliche Eindruck von Abbröckeln und Resignation in der Bewegung muß genauer hinterfragt werden. Denn er steht im Widerspruch zu erfolgreichen Aktivitäten und Erfahrungen einzelner BIs und zur spürbaren Bereitschaft vieler, gegen die Prozesse aufzutreten.

Diese Bereitschaft ist gerade nach den harten Schlägen, die wir mit den Grohnde-Urteilen einstecken mußten, gewachsen – und ist vielfach in ohnmächtige Wut umgeschlagen, weil uns nichts einfallen konnte, wie wir diese Terrorurteile wegputzen könnten. In dieser Situation war der Drang zu direkten Aktionen besonders stark – und der Zwang zu der Einsicht, daß wir Urteile nicht auf die Schnelle durch gelungene Aktionen umstoßen können, besonders schmerzlich. Im Grunde genommen ist das ein ähnlicher Kampf mit uns selbst wie der mühsame Weg, auf dem wir nach Grohnde und besonders Kalkar zu der Einsicht kommen mußten, daß wir AKWs nicht gezielt durch militärische Aktionen verhindern können, sondern daß wir über eine ausdauernde Kleinarbeit den politischen Druck verstärken müssen.

Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe sehr positiver Erfahrungen, seien es erfolgreiche Aktionen einzelner BIs, sei es das Anwachsen von Aktivitäten an den Standorten, an denen die Betreiber aktiv sind (Gorleben, Borken, Stade, Gronau, Dortmund etc.). Über solche positiven Erfahrungen ist allerdings in der Bewegung kaum etwas bekannt – und gerade das scheint uns das Kennzeichnende der derzeitigen Situation zu sein: daß Diskussionen und Erfahrungsaustausch zwischen den BIs (bei uns sogar im örtlichen Rahmen) fast völlig zum Erliegen gekommen sind, daß jede BI sich allein mit ihren Schwierigkeiten herumschlägt, sich an bestimmten Aktionsformen festbeißt – womit die gelegentlichen Kraftakte zur Demonstration der eigenen „Stärke" die Ratlosigkeit hinterher noch weiter vergrößern.

2. Im vergangenen Jahr waren es gerade die Großaktionen, die die örtliche Arbeit in Schwung brachten, dabei aber auf der anderen Seite aufbauen konnten auf die breite Diskussion und örtliche Arbeit, aus der sie ihre Stärke gewannen. Deshalb halten wir es für verwegen, jetzt ohne Grundlage eine Großaktion zu den Prozessen zu planen in der „Hoffnung, daß diese Großaktion an den Orten einen Aufschwung bringt, wo in den einzelnen Orten noch nicht viel unternommen wurde" (Zitat Protokoll vom 7.5.). Der 25.2. hat das Gegenteil bewiesen – trotz der für uns erstaunlichen Teilnehmerzahl von (mal ehrlich) 5.000 Leuten: Weil diese Demonstration aufgrund von Ratlosigkeit und unter moralischem Druck zustandegekommen war und nicht aus einer breiten Diskussion entwickelt wurde, führte sie zum völligen Abschlaffen vieler Gruppen, die die Vorbereitung mitgetragen hatten und nach der Demo nicht mehr wußten, wie es weitergehen sollte. Daß wir mit solchen Aktionen wie dem 25.2. sehr schnell die „breite Bereitschaft" kaputtmachen können und daß in der derzeitigen Situation Großaktionen, die die Anti-AKW-Bewegung voranbringen sollen, sehr ausführlicher und politisch breiter Vorbereitungen bedürfen, darüber waren sich am 22.4. noch fast alle einig.

3. Es sind sehr unterschiedliche Einschätzungen darüber vorhanden, was wir wie und mit welchem Ergebnis gegen die Prozesse tun können. Die Diskussion darüber ist bisher regelmäßig durch die Planung von „Groß"aktionen unterbunden worden (19.11., 7.1., 25.2.). Nach nunmehr vier Monaten Prozessen halten wir es für unverantwortlich, diese Diskussion zugunsten einer Großaktion erneut auf die lange Bank zu schieben, zumal wir mittlerweile mit unseren Aktivitäten hinter den Diskussionsstand vom Herbst zurückgefallen sind, als uns klar war, daß „der beste Schutz für die Angeklagten eine starke Anti-AKW-Bewegung" ist.

Das haben wir gesagt, aber fast nie praktiziert. Extrem umgeschlagen ist das in Hannover, wo wir zeitweilig nur noch als Antiprozeßbewegung aufgetreten sind, wo in diesem Jahr sechs Demos gegen die Prozesse stattgefunden haben und erst jetzt wieder die ersten Aktivitäten gegen AKWs anzulaufen beginnen. Auf diesem Hintergrund hat sich das Hannover'sche Plenum am 11.4. einheitlich dafür ausgesprochen, den Protest gegen die Prozesse praktisch mit dem Kampf gegen AKWs zu verbinden und weitere Großaktionen nicht in Hannover sondern (langfristig) an AKW-Standorten vorzubereiten.

Diese Richtung einzuschlagen, erscheint uns umso wichtiger, als man uns in den vier Monaten eindeutig klargemacht hat, daß wir die Prozesse nicht verhindern und wenn wir dauernd nur im kleinen Kreis gegen die Prozesse anrennen, auch kaum Einfluß auf ihren Verlauf nehmen können.

Offenbar sehen das auch die Befürworter der Großaktion am 10.6. so, die daraus allerdings einen perversen Schluß ziehen: „Eine Großaktion von zig-Tausend Leuten beeinflußt die öffentliche Meinung und die Gerichte können nicht ohne weiteres daran vorbei, auch wenn es nur dazu dient, Revisionsverfahren durchzusetzen" (Protokoll). Ist das unser neues Ziel – Revisionsverfahren durchsetzen??? Das zeigt doch die Sackgasse, in die die ausschließliche Fixierung auf die Prozesse führt! Stattdessen sollten wir endlich begreifen, daß wir die Entwicklung zum Atomstaat, deren Ausdruck die Prozesse sind, durch Weiterführung und Verbreiterung des Widerstands gegen AKWs aufhalten müssen zusammen mit anderen nicht (mehr) in der Anti-AKW-Bewegung aktiven Kräften – und d a d u r c h auch Druck auf die Prozesse ausüben können.

Unterstützung der Angeklagten und Konsolidierung der Anti-AKW-Bewegung – ein Widerspruch??

Von den Befürwortern der Großaktion am 10.6. wird uns entgegengehalten, die Empörung sei noch nie so groß gewesen wie jetzt nach den Urteilen und Jens Scheer malt den 10.6. in leuchtenden Farben mit 50.000 („oder ein paar zigtausend weniger") Teilnehmern und einem Bündnis von der Breite des Kalkar-Bündnisses. Das ist nichts als verbale Kraftmeierei!

Das vorn angerissene Problem der „breiten Empörung" hat sich am 7.5. in der gleichen Weise dargestellt: Tatsächlich nur neun von 32 anwesenden Orten sprachen sich eindeutig für diese Aktion aus, der Rest (12) hatte diese Frage noch nicht diskutiert/ ausdiskutiert, sprach sich eindeutig dagegen aus (6) oder betonte die Wichtigkeit eines Arbeitstreffens, Aktionen zu Gorleben oder der Verstärkung der örtlichen Aktivitäten, wobei z.T. ohne große Begeisterung gesagt wurde, man würde „mitmachen". Dies Bild ist keinen Deut besser als vor dem 25.2., der sich nur deshalb durchsetzen konnte, weil kein besserer Vorschlag dagegen stand und viele sich dem moralischen Druck nicht widersetzen konnten.

Das gleiche gilt für „zigtausend" – glaubt wirklich jemand an eine solche Zahl??? – und das „breite Bündnis". Am 7.5. wurden Termin, Aufruf und Programm für die Großaktion festgelegt, so daß es für die „Bündnispartner" nur noch darum gehen kann, sich einer fertigen Sache anzuschließen. Gerade daran aber sind vor dem 25.2. unsere Gespräche mit dem WSL und LBU gescheitert, die durchaus an einer gemeinsamen Aktion Interesse hatten, diese aber gemeinsam mit uns diskutieren, festlegen und vorbereiten wollten. Abgesehen von dieser richtigen Forderung nutzt es uns auch herzlich wenig, wenn der eine oder andere Verband seinen Namen hergibt, ohne sich an der gemeinsamen Aktion und Diskussion wirklich zu beteiligen. (Wenn jetzt am 13.5. beschlossen wurde, Aufruf und Programm erst am 20.5. zu verabschieden, so ist das ein positiver Schritt, der allerdings unsere Skepsis bzgl. der Bündnismöglichkeiten wegen des enormen Zeitdrucks nicht ausräumt.)

Aus all dem folgt für uns, daß eine „Groß"aktion am 10.6. weder die Angeklagten wirksam unterstützen wird, weil es wieder einmal eine von örtlichen Aktionen und Diskussionen abgehobene Aktion ist, die in ihrer Größe und Wirkung beschränkt bleibt, noch die Anti-AKW-Bewegung voranbringen wird, weil sie nicht Ergebnis eines breiten Diskussionsprozesses ist und keine Perspektive über den 10.6. hinaus bietet.

Die Alternative für uns heißt nicht: Großaktion oder Nichts tun (genau das steht hinter dem Vorwurf an uns, wir würden die Angeklagten „hängen lassen"), sondern Großaktion am 10.6. oder Schritte zur Konsolidierung der Anti-AKW-Bewegung unternehmen, um d a d u r c h die Angeklagten zu unterstützen und ggf. Grundlagen für eine sinnvolle Großaktion zu schaffen. Das Hannoversche Plenum vom 4.5. hat sich deshalb (bei einer Gegenstimme) gegen eine Großdemonstration jetzt in Hannover und für die Vorbereitung eines Arbeitstreffens ausgesprochen. (Von der BI Oststadt-List war bei diesem Plenum niemand anwesend)

Wichtiger als alles andere: eine „bundesweite" Diskussion über unsere Situation, unsere Erfahrungen und Möglichkeiten

Von einer solchen Aktion, die über die nächste Aktion hinausreicht und ein politisch breites Spektrum umfaßt, um die Ansätze zur Zusammenarbeit vor allem mit den traditionellen Umweltschutzverbänden zu festigen, erwarten wir uns:

- einen Überblick über den Stand der Bewegung, über positive und negative Erfahrungen zu erhalten und zu vermitteln;
- Erfahrungen auszutauschen und zu diskutieren;
- Positionen zu kontrovers diskutierten Projekten (bei uns vor allem Selbstanzeigenkampagne, Strompreisboykott, Wahl) abzuklären;
- Voraussetzungen zu schaffen, die es im Gegensatz zur heutigen Lage ermöglichen, zentrale Aktionen gemeinsam zu entwickeln und zu tragen (und die z.B. auch Briefe wie diesen überflüssig machen);
- unsere Ziele und Schwierigkeiten durchsichtig zu machen und damit unsere relative Isoliertheit ansatzweise aufzuheben.

Wir erwarten uns von einer solchen Diskussion nicht die Durchsetzung einer einheitlichen Linie oder eine entscheidende Wende in der Anti-AKW-Bewegung. Wir wollen die Bewegung konsolidieren und von der Situation wegkommen, dauernd aus einem Ohnmachtsgefühl heraus unsere „Stärke" demonstrieren zu müssen.

Einen solchen Diskussionsprozeß einzuleiten, haben wir uns vorgenommen (und dies Papier mag dazu ein erster Ansatz sein) und im Rahmen dieser Diskussion soll das Arbeitstreffen an einem bestimmten Punkt eine Zusammenfassung der Diskussion ermöglichen. Das Arbeitstreffen soll also keine Demonstration oder Aneinanderreihung von Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen sein, sondern bestimmt sein von den Diskussionen, die vorher in den BIs geführt wurden und anschließend weitergeführt werden. Das bezieht sich gerade auch auf die, mit denen wir in eine intensivere Diskussion treten wollen: eine Unterschrift beispielsweise der GLU unter einen Aufruf nutzt uns nichts, wenn die GLU dann nur mit einzelnen Beobachtern an diesem Treffen teilnimmt.

Das erfordert auch reichlich Zeit, in der sich die BI's mit dieser Idee auseinandersetzen können, sich darüber klar werden, wie sie sich in diese Diskussion einbringen und was sie von ihr erwarten, Positionen beziehen und Diskussionsbeiträge entwickeln können. Wir haben deshalb den 1./2.7. für dies Arbeitstreffen vorgeschlagen und an diesem Termin auch festgehalten, als uns am 7.5. zugestanden wurde, daß im Zusammenhang mit der Demonstration am 10.6. ein Kongreß stattfinden soll, weil dieser Kongreß am 7.5. eindeutig als Rahmen„programm" der „Groß"aktion verstanden und diskutiert wurde, womit unser hauptsächliches Anliegen unter den Tisch gefallen wäre.

Nachdem sich bei dem Treffen am 13.5. erfreulicherweise die Idee des Arbeitstreffens gegen die Vorstellungen von Jens Scheer und anderen durchsetzen konnte, haben wir erneut überlegt, ob wir unsere Vorstellungen in dem jetzt sich für den 10.6. abzeichnenden Rahmen verwirklichen können. Dafür gibt es für uns folgende Kriterien:

- Der Schwerpunkt des Wochenendes muß eindeutig auf Diskussionen und Erfahrungsaustausch zwischen den BIs liegen, dafür müssen ausreichend Zeit und Tagungsmöglichkeiten für Arbeitsgruppen vorhanden sein. Zu einer „bundesweiten Großdemonstration" aufzurufen, halten wir für falsch.
- Es muß abgesichert sein, daß die Beteiligung weit über den engeren Kreis der Anti-AKW-Bewegung hinausreicht – und das bezieht sich auf die Beteiligung an dem gesamten Diskussionsprozeß. Gerade bei den traditionellen Verbänden wird dies problematisch sein, zumal diese bis zum 4.6. vollauf mit dem Wahlkampf beschäftigt sein werden.
- Wir können für unser Arbeitstreffen keinen Zeitdruck durch zufällig gesetzte Termine akzeptieren, da wir nicht bereit sind, die Chance, die sich damit uns bietet, im Kampf gegen das Energieprogramm einen Schritt voranzukommen, wieder einmal dadurch zu verspielen, daß wir unter moralischem und Zeitdruck nur halbe Sachen zustande bringen. (damit meinen wir vor allem eine breit getragene inhaltliche Vorbereitung).

Wir können uns kaum vorstellen, wie diese Forderungen bis zum 10.6. erfüllbar sein sollen und meinen, daß der 10.6. abgeblasen werden muß, wenn sich unsere Skepsis bestätigt. Auf jeden Fall muß am 20.5. die Diskussion unter diesen Kriterien geführt werden.

Dies Papier soll dazu dienen, daß diese Diskussion offen geführt werden kann und wir finden es sehr wichtig, daß möglichst viele sich dazu äußern und Stellung nehmen.

Hannover, den 14.5.1978, Info-Gruppe

Gorleben: Staatsschutz bereitet den Bau der WAA vor

Im Auftrag der DWK wird die Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg offen bespitzelt. Die durch Brokdorf berühmt-berüchtigte Wach- und Sch(l)ießgesellschaft „Wako-Nord" aus Stade fuhr Autos kilometerweit hinterher und leuchtete nachts in Höhe hinein mit der Begründung gegenüber dem betroffenen Landwirt: *„Wir müssen die Nummern aller auswärtigen Autos, die hier ein- und ausfahren, notieren"*.

Offenbar gaben sich auch einige der Typen der „Wako-Nord" als „Polizisten" aus und versuchten so, die Bewohner des Landkreises zu verhören und unter Druck zu setzen. Teilweise wurden sogar Spaziergänger belästigt und kilometerweit verfolgt. Dies geschieht mit Duldung der Polizei, denn ein Bulle – angesprochen auf ein Stader Auto – wiegelte ab: *„Das hat seine Richtigkeit. Ich darf Ihnen nicht sagen, warum das Auto hier ist. Aber Ihnen passiert nichts"*.

Als aber die Empörung über diese Bespitzelungen derart zunahm, daß die DWK ein weiteres Mal für Stimmung gegen sich sorgte, warf sich CDU-Politiker Grill schnell in die Bresche und verlangte von der niedersächsischen Landesregierung die sofortige Einstellung der Schnüffeleien. Angeblich wurden sie auch für kurze Zeit unterbrochen, um aber nach Bekanntgabe des Verfassungsschutzberichtes über die Zuwanderung von „Linksextremisten aus Hamburg, Bremen und Westberlin" sofort wieder aufgenommen zu werden („Stern", 18/78).

Der gleiche Grill verlangte aber auf der gleichen Veranstaltung, auf der er scheinheilig die DWK angriff, *„eine höchstmögliche Sicherheit der Bevölkerung vor gewalttätigen Demonstrationen und eine großzügige Regelung der Demonstrationsschäden"* („EJZ", 26.4.78).

So schürt jeder auf seine Weise die Terroristenkampagne. Diese Vorfälle müssen auf dem Hintergrund gesehen werden, daß offenbar die niedersächsische Landesregierung sich für die geplanten Probebohrungen nach der Landtagswahl vorbereitet. Auch vor Ort wird eine immer deutlichere Sprache gesprochen: *„Die Atomanlage bei Gorleben wird gebaut ohne Rücksicht auf den Ausgang der demnächst anlaufenden Probebohrungen. Der Bau der Wiederaufbereitungsanlage ist unabhängig von der Beschaffenheit der Salzstöcke"*, Salander, Chef der DWK auf einer Veranstaltung in Gartow („EJZ", 26.4.78). Und es gibt die Äußerung aus der „PTB": *„Anpassung des Atommülls an die Gegebenheiten des Salzstocks"?!?* („EJZ", 28.4.78).

Auf der anderen Seite ist schon seit längerem bekannt, daß im ehemaligen Amtsgerichtsgebäude in Lüchow eine Einsatzzentrale extra für Gorleben eingerichtet wurde – in Lüchow soll auch die BGS-Einheit stationiert werden, wo alle Bespitzelungsergebnisse über AKW-Gegner im Landkreis gesammelt werden (s.a. „EJZ", 22.4.78).

Augenzeugen aus Lüchow/Dannenberg berichten, daß in einigen Orten sogar Panzerspähwagen durch die Städte fahren, wohl, um ein bißchen „Stimmung" zu machen. Doch der CDU ist dies alles noch nicht genug. Demagogisch brachte der CDU-Bundestagsabgeordnete H. Schröder eine Anfrage ein, in der er wissen will, *„in welchem Ausmaß solche Wohngemeinschaften mit offiziellem zweiten Wohnsitz gegründet worden sind und was die Bundesregierung zu tun gedenkt, um das weitere Eindringen extremistischer ‚Atomgegner', die nur auf Krawall ausgerichtet sind, in den Kreis Lüchow/Dannenberg zu verhindern"* („EJZ", 22.4.78). Grundlage für diese Anfrage ist der niedersächsische Verfassungsschutzbericht. Dort wird u.a. folgende „Analyse" gemacht: *„Nächstes Hauptaktionsfeld der für Gewaltanwendung plädierenden Organisationen dürfte das Gebiet um Gorleben sein. Nach neuesten Erkenntnissen hat sich inzwischen eine Phalanx sogenannter ‚Exterritorialer' gebildet, die ihren zweiten Wohnsitz im Landkreis Lüchow/Dannenberg genommen hat und damit den Anschein des betroffenen Bürgers erwecken will.*

Wohnsitze sind in der Regel ehemalige Heuerhäuser (Häuser für landwirtschaftliche Arbeiter), die zu politischen Wohngemeinschaften ausgebaut werden. Die Bewohner sind zum Teil militante KKW-Gegner aus den Räumen Hamburg und Berlin, die die Auffassung vertreten, daß in Gorleben die ‚Entscheidungsschlacht' gegen den Bau von Kernenergieanlagen geschlagen wird. Ihrer politischen Herkunft nach sind sie meist Vertreter der Neuen Linken, vor allem Spontaneisten. (...) In ihren Schriften sympathisieren solche Gruppen teilweise offen mit dem Terrorismus, geben diesem Gelegenheit zur Äußerung und übernehmen dessen diffamierende und gewaltbetonte Propagandasprache" („EJZ", 22.4.78).

So wird schon jetzt in Lüchow/Dannenberg mit Hilfe des Verfassungsschutzberichtes eine gezielte Diffamierungskampagne gestartet, um den harten Kern der BIs und vor allem die Zweitwohnsitzler im Landkreis als potentielle „Terroristen" und Gewalttäter zu diffamieren. Doch scheint bisher diese Kampagne nicht so recht zu fruchten, wie sich z.B. an den Stellungnahmen und empörten Leserbriefen in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung" zeigt:

Verfassungsschutz

Wir fragen uns, wie groß die polizeiliche Überwachung zum „Schutze der Bevölkerung" wohl dann einmal sein wird, wenn das Unding hier das Land vergiftet, da seitens des Verfassungsschutzes schon jetzt eine derart hysterische Hetze betrieben wird. Es wundert uns, daß Herr MdB Schröder eine Anfrage an die Bundesregierung richten muß, seine chilenischen Freunde haben doch sicher gute Ratschläge für ihn und seine Extremistensorgen. Wir haben auch einige Vorschläge, für die er seinen Einfluß geltend machen könnte: Erstens einmal ein guter Absperrzaun für den Landkreis, dann Sonderausweise für Erstwohnsitzler, für die „terroristischen" Zweitwohnsitzler wenn überhaupt, dann nur bei guter Führung Passierscheine, und außerdem sollten diese Unpersonen dann verpflichtet werden, weithin sichtbare rote Armbinden zu tragen, damit es zu „chaotischen Übergriffen" erst gar nicht kommen kann. Am einfachsten wäre es natürlich, den Zweitwohnsitz im Landkreis rigoros zu verbieten. Zusätzliche Überprüfungsmöglichkeit: Beim Passieren des Schlagbaums sollte jeder die Losung „Hoch lebe der Atomstaat!" auf den Lippen haben.

Roswitha Ziegler,
Niels Christian Bolbrinker,
Haus 4, Marleben

Mittlerweile hat es die DWK aber geschafft, ca. die Hälfte des für die WAA vorgesehenen Geländes aufzukaufen. Mit der Erpressung, daß nach dem Stichtag (2. Mai) nicht mehr verhandelt wird und dann Enteignung und weit niedrigere Preise folgen, haben von insgesamt 62 angesprochenen Grundstückseigentümern ca. die Hälfte verkauft. Angeboten hat die DWK 4,10 DM pro Quadratmetern; kaufen wollte sie rund 12 Quadratkilometer, das wären zusammen 50 Millionen DM Grundstückskosten. Bisher weigern sich Graf von Bernstorff (ihm gehört der größte Teil des Geländes) und zwei Kirchengemeinden, ihre Grundstücke zu verkaufen.

In dieser Situation hat der Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft Bürgerinitiativen Lüneburger Heide (ABL) seine ursprüngliche Konzeption der dezentralen Aktionen aufgegeben und erarbeitet zur Zeit einen Plan für Aktionen auf dem WAA-Gelände und im Landkreis. Dies ist nicht zuletzt ein Zeichen dafür, daß die BI Lüchow/Dannenberg und die Bewegung gegen die WAA Gorleben insgesamt stärker und entschlossener geworden ist, trotz der vielen Landverkäufe.

Darüber hinaus wurde auf einer Arbeitstagung in Trebel, auf der sich AKW-Gegner (zumeist Vertreter der Gewaltfreien Aktionsgruppen) aus dem ganzen Bundesgebiet und Mitglieder der BI Lüchow/Dannenberg trafen, über die Aktionsformen gesprochen. Dort formulierte die BI u.a., daß sie es als eine wichtige Aufgabe ansieht, *„die wachsende Anteilnahme der bundesweiten Antikernkraft-Front am Gorleben-Projekt mit den Interessen der hiesigen Bevölkerung in Einklang zu bringen"* („EJZ", 3.5.78).

Die Unterstützergruppen setzten sich für eine bundesweite Aktion ein, da alle davon betroffen sind, daß Gorleben das „Entsorgungszentrum a l l e r deutschen Kernkraftwerke werden" solle.

AKW-Nein-Kommission

Grohnde-Prozesse: Ein Jahr als Standardstrafmaß
Die verschiedenen Strafkammern des Landgerichts Hannover haben auch
2. Burschepers hat sich in so viele Widersprüche verwickelt, daß sei-
mit ungeheuerlichen Behauptungen aus Rüdiger einen potentiellen
Beim Passieren des Schlagbaums sollte jeder die Losung „Hoch lebe der Atomstaat!" auf den Lippen haben.
Roswitha Ziegler, Niels Christian Bolbrinker, Haus 4, Marleben
rung in Einklang zu bringen" („EJZ", 3.5.78).
Die Unterstützergruppen setzten sich für eine bundesweite Aktion ein, da alle davon betroffen sind, daß Gorleben das „Entsorgungszentrum a l l e r deutschen Kernkraftwerke werden" solle.
Mittlerweile hat es die DWK aber geschafft, ca. die Hälfte des für die WAA vorgesehenen Geländes aufzu-
AKW-Nein-Kommission

Grohnde-Prozesse: Ein Jahr als Standardstrafmaß

Die verschiedenen Strafkammern des Landgerichts Hannover haben auch mit den weiteren Urteilen die von Ministerpräsident Albrecht ausgegebene Linie strikt eingehalten. Weitere „Fehltritte", wie die des Amtsgerichts Hameln, erscheinen nach der massiven politischen Kritik der Landesregierung ausgeschlossen.

Die „unabhängige Justiz" ist für jeden, der vielleicht noch daran glaubte und diese Prozesse verfolgt, zum schlechten Witz geworden völlig unabhängig vom Prozeßgeschehen ist das Strafmaß auf ein Jahr mit einer Toleranz von einem Monat vereinheitlicht worden:

Christian Gehrke wurde am 28.4. zu elf Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt; Helmut (Eso) Oldefest am 9.5. zu zwölf Monaten, ebenso ohne Bewährung, nachdem vorher schon Gerd Schulz zu 13 Monaten (zzgl. einer alten Strafe von neun Monaten) und Andreas Hanke zu zwölf Monaten verurteilt worden waren. Ähnliches ist auch für Rüdiger Jörß zu erwarten, über den das Urteil am 19.5. verkündet wird. Der Staatsanwalt hat 18 Monate gefordert.

In den Urteilsbegründungen folgt das Gericht – völlig unbeeindruckt vom Verlauf der Beweisaufnahme – konsequent dem schon aus den ersten Urteilen bekannten Schema Alle Polizeizeugen sagen die Wahrheit, alle Entlastungszeugen lügen.

Das gilt auch für Christians Hauptbelastungspolizeizeugen, der wegen zweier Gehirnerschütterungen an Gedächtnisschwund leidet und immer nur stereotyp den einen Satz wiederholte: *„Der, den ich festgenommen habe, der hat mich auch niedergeschlagen"*. Das Gericht dazu: *„Das mag verblüffend sein, aber nicht unglaubwürdig"*.

Oder für den Belastungszeugen bei Eso, der in den Akten herumradiert (!) und nachweislich falsch angegeben hat, welcher Hundertschaft er am 19.3. angehörte (nach seiner ursprünglichen Aussage hätte er den von ihm geschilderten Vorfall nämlich gar nicht sehen können!): Das Gericht hat *„keinerlei Grund gesehen, an der Glaubwürdigkeit der Polizeibeamten zu zweifeln"*!

Und selbst Rüdigers Hauptbelastungszeuge Burschepers, dem in der Beweisaufnahme mehrere Falschaussagen nachgewiesen werden konnten, wird in dieses Schema eingepaßt. Den erforderlichen Salto mortale legte Staatsanwalt Borchers vor. Er erklärte

1. Rüdiger ist eindeutig identifiziert. Burschepers Aussage ist also wahr oder gelogen – Irrtum scheidet aus.
2. Burschepers hat sich in so viele Widersprüche verwickelt, daß seine Aussage gar nicht gelogen sein kann. Lügengeschichten könnte man viel besser und widerspruchsfreier aufbauen.
3. Man könnte natürlich auch eine Lügengeschichte mit Widersprüchen garnieren, aber eine solche Raffinesse traue er Burschepers nicht zu – der könne nicht *„um drei Ecken denken"*.
4. *„Und so kommt das Komische zustande, daß gerade der schwierige Zeuge Burschepers uns beweist, daß es keine Lügengeschichte ist"* (Borchers).

Was ihn natürlich nicht hinderte, drei Minuten später die Entlastungszeugen für unglaubwürdig zu erklären, weil sie sich in Details widersprochen hätten!

Nikolaus Borchers (SPD) Staatsanwalt

Aber Borchers differenziert natürlich: *„Nicht alles, was die Entlastungszeugen sagen, ist gelogen"*. (Manches natürlich doch, und darum ermittelt er gegen Entlastungszeugen wegen Falschaussage – siehe nebenstehenden Artikel).

Diese „differenzierte Betrachtungsweise" macht Borchers zu einem perfekten Anwalt seines Staates, der nicht einfach blindwütig reinhaut, sondern mit demokratischen Phrasen Albrechts Ziele umso besser erreicht

– So grenzt er sich ausdrücklich davon ab, Angeklagte wegen ihrer bloßen Anwesenheit in Grohnde zu verurteilen – weil das *„dem Sinn des Gesetzes widerspricht"*. Was ihn nicht daran hindert, für Rüdiger *„Sühne und Sicherstellung zur Verhinderung weiterer Straftaten"* zu fordern, da es in der Verhandlung nicht gelungen sei, *„der Strafe einen positiven Sinn zu geben."*

– So hat er als echter Demokrat „Angst davor, daß das Demonstrationsrecht in Verruf gebracht wird" (natürlich durch die Angeklagten!), weil damit „gewissen Parteien" ein Anlaß gegeben wird, das Demonstrationsrecht zu verschärfen. Was ihn nicht daran hindert, seine Forderung nach 18 Monaten als milde zu bezeichnen: *„Wenn der Angeklagte einschlägig vorbestraft wäre, würde ich in ganz anderen Dimensionen anfangen zu denken."*

– So möchte er als echter Liberaler *„nicht in einem Staat leben, in dem sich das Strafmaß nach der politischen Gesinnung richtet"*, womit er allerdings das Gericht kritisiert, das Andreas seine uneigennützige Gesinnung zugutegehalten hatte. Was ihn nicht daran hindert, mit ungeheuerlichen Behauptungen aus Rüdiger einen potentiellen Terroristen zu machen, der *„das Faustrecht nicht nur gegen Bauzäune, sondern auch gegen Deichbauten, Kanäle, Bohrinseln und Großtanker propagiert"*. (Rüdiger hatte an diesen Beispielen klargemacht, wie schnell auch äußerst unwahrscheinliche Unfälle in technischen Einrichtungen – eben auch in AKWs – passieren können!) Diese Unterstellungen gipfeln in der Behauptung, Rüdiger wisse, daß als Folge von Vorfällen wie in Grohnde *„die Freiheit zu Lasten aller abgebaut wird. Und das hat Herr Jörß bewußt (!) in sein Kalkül (!) einbezogen."*

Mit solch „rechtsstaatlicher" Argumentation, hinter der die konkreten Vorwürfe als nebensächlich in den Hintergrund treten, und die er mit allen Tricks aus dem Repertoire eines Schmierenkomödianten zur Geltung bringt, hat sich Borchers zum eigentlichen Herrn der Verfahren emporgeschwungen, der dem Gericht die entscheidenden Argumentationshilfen liefert, die es braucht, um bei seinen Terrorurteilen den rechtsstaatlichen Schein zu wahren.

Und das ist gewiß keine leichte Aufgabe, wenn zur gleichen Zeit die Beteiligten im Kölner Exorzisten-Prozeß, die das Leben einer Frau auf dem Gewissen haben, zu sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt werden! Wenn der beteiligte Bischof im Amt bleibt und die Kirche erklären kann, daß die Teufelsaustreibung (die die Frau nicht überlebt hat) auch weiterhin von der Kirche praktiziert werden wird.

Aber schließlich greift die Kirche ja auch nicht „die entscheidenden Grundlagen der Staatsordnung" an, wie es nach Meinung des OLG Celle die Grohnde-Demonstration tat. Diese Prozesse sind ein Lehrstück für die gesamte linke und demokratische Bewegung, sind eine unverhohlene Drohung: Entweder ihr laßt euch spalten und integrieren, distanziert euch (dann, so hat Borchers angeboten, gibts auch Bewährung), oder wir stecken euch für Jahre in den Knast. Das Recht dazu nehmen wir uns im Namen des Volkes. Hauptsache, wir kriegen euch kaputt.

Genossen aus Hannover

Anschlag auf die WAKO-NORD

Inzwischen bekam die „Wako-Nord" auch von anderer Seite eine Reaktion auf ihre Bespitzelungsaktionen in Gorleben. In der Nacht zum 9.5. explodierte ein Sprengsatz an der Wako-Zentrale und in Stade und richtete erheblichen Sachschaden an. Verantwortlich erklärten sich die „Revolutionären Zellen", die lt. einem Flugblatt vom 8. Mai (dem Tag der Befreiung vom Faschismus) gleichzeitig gegen die „WaKo" und den Wagen des leitenden Schutzpolizeidirektors Lembert einen Anschlag verübten. Lembert war wegen seiner Verdienste in Kalkar von Hirsch mit dem „Verdienstkreuz am Bande" ausgezeichnet worden.

Prozeß-Kurzmeldungen

Freispruch!

Am 10.5. wurde vom Amtsgericht Hameln ein AKW-Gegner freigesprochen, dem in der Anklage vorgeworfen worden auf, auf der Anfahrt nach Kalkar am 24.9. mit vorgeworfen worden war, auf der Anfahrt nach Kalkar am 24.9. mit dem Auto eine Polizeisperre durchbrochen zu haben.

Kaum zu glauben nach den hannoverschen Prozeßerfahrungen: das Gericht betrachtete die Polizeizeugen wegen ihrer widersprüchlichen Aussagen als unglaubwürdig, während es den weitgehend übereinstimmenden Aussagen der Entlastungszeugen Glauben schenkte!

Obwohl die Anklage völlig unhaltbar war, versuchte auch hier das Gericht den Eindruck eines politischen Urteils zu erwecken: Weil der Angeklagte auf breitere politische Argumentation verzichtet hatte, bedankte sich der Staatsanwalt in seinem Plädoyer mit dem Hinweis auf die Prozesse in Hannover bei dem Angeklagten, den Zuschauern und der „kooperationsbereiten Verteidigung" und beantragte selbst den Freispruch. Damit soll der Eindruck erweckt werden, als würden die Grohnde-Angeklagten in Hannover wegen ihren unverbesserlichen „gewalttätigen" Vorgehen verknackt, die übrigen nicht.

•••

Freispruch

Der hannoversche AKW-Gegner Klaus wurde am 12.5. vom Amtsgericht Hannover vom Vorwurf des Widerstands gegen die Staatsgewalt freigesprochen: Klaus war im Januar bei einer Räumung des Zuschauerraums im Landgericht (Grohnde-Prozeß) auf Anweisung von Staatsanwalt Borchers verhaftet und geschlagen worden. Aber selbst Borchers als Hauptbelastungszeuge konnte dem Gericht die widersprüchlichen Aussagen der Polizeibeamten nicht erklären. Eine erfreuliche Niederlage für Borchers, der mit solchen Verfahren Zuschauer und Zeugen in den Grohnde-Prozessen einzuschüchtern versucht.

•••

Borchers kann nicht anders

Einen erheblichen massiveren Versuch in dieser Richtung hat Staatsanwalt Borchers bezüglich Frau D. aus Hameln unternommen, die im Verfahren gegen Christian Gehrke und Rüdiger Jörß als Zeugin ausgesagt hatte, sie hätte beim Rückzug der Demonstranten am 19.3. keine Steine mehr fliegen sehen. Diese Aussage untermauerte sie mit einem Film, den sie am 19.3. gedreht hatte.

Wegen dieser Aussage hat Borchers ein Ermittlungsverfahren wegen „uneidlicher Falschaussage" eingeleitet, was er sehr geschickt vor dem zweiten Zeugenauftritt von Frau D. bekanntgab. Zur Rede gestellt, erklärte er, er könne nicht anders, da die Aussage von Frau D. denen der Polizeizeugen widerspreche. (Ob er gegen seinen Polizeidirektor Juretzki auch ermittelt???)

Mittlerweile wurde bekannt, daß auch gegen drei Zeugen der Verteidigung aus dem Prozeß gegen Linda Engelbert ein Ermittlungsverfahren wegen Falschaussage eingeleitet wurde.

Genossen aus Hannover

Fortsetzung von Seite 1

50.000 Stimmen - dann wird's im Hamburger Rathaus bunt!

Linke im weitesten Sinne. Die Jahrgänge zwischen 18 und 31 Jahre sind es auch, die weit überwiegend auf den Unterschriftenlisten für die Zulassung der BUNTEN LISTE wiederzufinden sind (Anzahl der Erst- und Jungwähler von 18 - 25 Jahren in Hamburg: 110.000).

Keine andere der zur Wahl stehenden Parteien und Gruppen kann in der M o b i l i s i e r u n g i h r e r Mitglieder und Anhänger einen Vergleich mit der BUNTEN LISTE aufnehmen. Veranstaltungen der grossen bürgerlichen Parteien haben regelmäßig nur einen Zuhörerkreis von ein paar Dutzend Leuten. Sie werden auch kaum deswegen durchgeführt, weil es hier irgendetwas an Stimmen hinzu zu holen gäbe, sondern weil sie ein Anlaß sind, um die Stadt breit mit Plakten und Werbesprüchen zu überziehen und ein „Gespräch mit dem Bürger" vorzutäuschen. Selbst als spannend angekündigte „Streitgespräche" n u r zwischen den drei Rathausparteien locken kaum jemanden hinterm Ofen hervor.

Zu einem solchen „Streitgespräch" über das Thema Jugendarbeitslosigkeit kamen z.B. gerade 60 Jugendliche (noch dazu an einem Ort, an dem eh regelmäßig Jugendliche anzutreffen sind, weil immer irgendwas los ist). Die drei Spitzenkandidaten von SPD, FDP und CDU (Klose, Biallas und Blumenfeldt) fanden immerhin 200 (...!) Zuhörer für ihren „großen Schlagabtausch" - die meiste Beachtung fanden dabei sogar noch die Vertreter der BUNTEN LISTE, die zwar nicht offiziell mit aufs Podium durften, aber aus dem Publikum heraus kräftig mitmischten. Das überhaupt größte Ereignis im Wahlkampf der drei „Großparteien" war eine SPD-kundgebung mit Willy Brandt vor rund 3.000 Menschen - nachdem die „Hamburger Morgenpost" zuvor 10.000 als „erwartet" angegeben hatte und die wirkliche Zahl anschließend

„Hamburger Morgenpost" zuvor 10.000 als „erwartet" angegeben hatte und die wirkliche Zahl anschließend

schamhaft verschwieg.

Demgegenüber stößt die BUNTE LISTE auf eine Aufmerksamkeit, die den Kreis derjenigen, die gelegentlich schon an den Aktivitäten der Bürger- und Basisinitiativen teilgenommen haben, noch übersteigt. Veranstaltungen und Feste in einzelnen Stadtteilen oder von einzelnen Basisbereichen werden zumeist von mehreren hundert Menschen besucht. In Eimsbüttel kamen selbst zu einem Frauen-Stammtisch, der als kleine Gesprächsrunde geplant war und nur durch sehr wenige Plakataufkleber angekündigt wurde, sofort 50 Frauen: überwiegend „neue Gesichter". Eine Veranstaltung für die nördlichen Bezirke Hamburgs im Winterhuder Fährhaus wurde sogar von 3.000 Menschen besucht; und an der Mai-Demonstration der BUNTEN LISTE nahmen 8.000 - 10.000 Menschen teil. *„Der lila Schmetterling auf gelbem Grund ist in wenigen Wochen zum Markenzeichen geworden"* stellte der „Stern" (3. Mai) überrascht fest.

Die BUNTE LISTE hat dabei ihre Möglichkeiten noch gar nicht voll ausgeschöpft. So konnte z.B. eine tatsächliche Massenveranstaltung allein deswegen noch nicht stattfinden, weil geeignete Räumlichkeiten (Messehallen) nicht zur Verfügung stehen - bzw. der BUNTEN LISTE unter fadenscheinigen Vorwänden verweigert werden (siehe Kasten zu Wahlbehinderungen). Festzustellen ist auch, daß in den Bürger- und Basisinitiativen durchaus noch nicht voll mobilisierte Kräfte schlummern, die in diesen letzten drei Wochen bis zum Wahltermin mit zum Einsatz gebracht werden müssen. In einem Flugblatt, in dem die BUNTE LISTE sich bei den gut 20.000 Menschen für die bisherige Unterstützung ihrer Kandidatur bedankt, wird jetzt zum „Endspurt" aufgerufen: *„Wir rufen alle Menschen, die mit den etablierten Parteien unzufrieden sind und eine Änderung der Mißstände und Ungerechtigkeiten in unserer Stadt und in unserem Land herbeiwünschen, dazu auf, ihre Unterstützung für die BUNTE LISTE / WEHRT EUCH in der jetzt begonnenen ‚heißen Wahlkampf-Phase' noch zu verstärken. Überall, auf der Strasse, am Arbeitsplatz, in den Schulen, in den Kneipen, unter Nachbarn und Bekannten muß die BUNTE LISTE bekannt gemacht werden. Überall muß unser Informationsmaterial an die Menschen gebracht und mit ihnen diskutiert werden, daß jetzt tatsächlich die Chance einer Alternative zu den etablierten Parteien besteht. Lassen wir Tausende und Zehntausende von Schmetterlingen fliegen: an Fenster, Autos und Jacken, um das Schweigen der Massenmedien über die breite Unterstützerkraft unserer Kandidatur zu durchbrechen. Die 5 % sind zu schaffen!,,*

Reaktionen von Presse und Parteien

Die Kandidatur der BUNTEN LISTE und ihre Aussicht auf ein gutes Abschneiden bei der Wahl wird von den etablierten Parteien, vor allem FDP und SPD, mit wachsendem Argwohn betrachtet. In Zeitungsberichten heißt es zumeist, daß das Auftreten der BUNTEN LISTE *„eine Unbekannte"* ist („FR", 19.4.), ein *„Unsicherheitsfaktor, der zahlenmäßig schwer zu bewerten ist"* („Welt", 10.4.), bzw.: *„Zu Beginn der heißen Phase im Wahlkampf wagt in Hamburg niemand eine Prognose über die Chancen der ‚Bunten Liste'"* („Vorwärts", 11.5.).

In der „Welt" vom 12.5. erschien jetzt ein Artikel unter der Überschrift „Die violetten Schmetterlinge machen Hamburgs große Parteien nervös". Darin wird erwähnt, daß bereits eine *„vertrauliche Umfrage"* existiert, wonach sich *„der erwartete Zulauf für die Umweltschützer zu 48 Prozent aus bisherigen FDP-Wählern rekrutieren, die SPD-Anhänger stellen danach 17, die CDU-Anhänger sechs Prozent der Wechselwähler"*. Eine Schätzung des insgesamt zu erwartenden Stimmergebnisses für die BUNTE LISTE ist daraus allerdings nicht abzulesen. Die „Welt" macht jedoch noch eine andere „Rechnung" auf: *„Die ‚radikalen Demokraten', wie sie sich nennen, würden bei einer Niederlage, beim Scheitern an der Fünf-Prozent-Schwelle, just die begünstigen, gegen die sie am stärksten anrennen: Die SPD und*

die begünstigen, gegen die sie am stärksten anrennen: Die SPD und

Bürgermeister ‚Übelix', wie sie Klose in ihrer Wahlschrift ‚Lug und Trug in Hamburg' als Kollegen von ‚Machtnix' (Bürgermeister Biallas) und ‚Echtnix' (Oppositionsführer Echternach) bezeichnen. Denn kommen alle Splitterparteien zusammen dank der bunten Liste auf insgesamt sechseinhalb bis sieben Prozent (letzte Bürgerschaftswahl:3,6 Prozent), ohne einen einzigen Parlamentssitz zu gewinnen, dann reichen der SPD 47,1 Prozent für die absolute Mehrheit der Mandate".

Das mag sein – *„beim Scheitern an der Fünf-Prozent-Schwelle"*. An diese Hoffnung klammern sich die bürgerlichen Parteien nicht nur, sondern sie betreiben natürlich auch entsprechende Gegenpropaganda. Hilfreiche Unterstützung ist ihnen dabei durch die spalterische Kandidatur der GLU/Hamburg in den Schoß gefallen. Dieser Verein von ein paar Dutzend Leuten (darunter einige einschlägig bekannte Neonazis) ist eine schratige Splittergruppe, wie es sie vielfach bei Wahlen gibt, die aus eigener Aktivität heraus Mühe hätte, die Promille-Grenze zu erreichen. Aber die GLU/Hamburg ist auf eigene Aktivität nicht angewiesen: Für sie w i r d ein Wahlkampf geführt, durch die Presse. Es gibt kaum einen Artikel über die BUNTE LISTE (von den wenigen, die es überhaupt gibt), in dem die GLU/Hamburg nicht gleichermaßen mit erwähnt würde.

Über die tatsächlichen Unterschiede zwischen der BUNTEN LISTE und der GLU/Hamburg, ihre reale Bedeutung (bzw. Bedeutungslosigkeit) in den Bürger- und Basisinitiativen usw. erfährt der „normale" Zeitungsleser dabei wenig. Die „Gleichbehandlung" der GLU/Hamburg mit der BUNTEN LISTE dient allein der Aufwertung der GLU/Hamburg (was diese aus eigener Kraft eben nicht schaffen könnte), um einen Teil der zu erwartenden Stimmen von der BUNTEN LISTE abzuziehen und möglichst schon im Vorweg potentielle Wähler ganz fernzuhalten, weil „die Umweltschützer sich ja doch nicht einig" seien.

Zur Gegenpropaganda gegen die BUNTE LISTE, wo Verschweigen allein nicht mehr möglich ist, bemühen Presse und Politiker auch antikommunistische Stimmungsmache; meist in Verbindung damit, daß gleichzeitig die angebliche „Aussichtslosigkeit" der BUNTEN betont wird.

In ihrer Berichterstattung über den 1. Mai behauptete die sozialdemokratische „Morgenpost" z.B., daß nur *„rund 4.000 Anhänger der Bunten Liste – Wehrt Euch"* eine eigene Kundgebung im Anschluß an die DGB-Kundgebung durchgeführt hätten, mit Transparenten, *„die an Parolen der rot-chinesischen Politik erinnern"*. Daß auf der Demonstration und Kundgebung der BUNTEN LISTE vor allem Mißstände und Ungerechtigkeiten in Hamburg und in der Bundesrepublik angeklagt wurden („Verfassungsschutz raus aus Hamburger Betrieben", usw.) paßt naturgemäß nicht in diese Stimmungsmache. Eine Gegendarstellung der BUNTEN LISTE zu einer solchen „Berichterstattung" konnte die „Morgenpost", gestützt auf das Pressegesetz, das freie Hand für Halbwahrheiten und Entstellungen läßt, ablehnen.

Ebenfalls in der „Morgenpost" (6.5.) wurde Bürgermeister Klose im Rahmen einer sogenannten „Telefonaktion" Gelegenheit zur Stimmungsmache gegeben: *„Willi Burmester: Als Betriebsratsmitglied einer großen Hamburger Firma habe ich den Eindruck, daß die ‚farbigen' Listen ein Sammelbecken radikaler Kräfte sind. Stimmt das? Klose: Wir haben zwei solcher Listen. Die eine nennt sich ‚Grüne' und steht für Umweltschutz. Meine persönliche Meinung ist, daß in ihr rechts angehauchte Kräfte zu finden sind. Die ‚Bunte Liste' erscheint mir als ‚Kunterbunte' oder auch ‚Rote Liste'. Auf sie hat der Kommunistische Bund wesentlichen Einfluß. Ich finde es feige, wenn diese Leute nicht unter ihrem wirklichen Etikett auftreten. Ich bin aber sicher, daß weder die eine noch die andere ins Rathaus kommen wird".*

Ob diese „Strategie der Abschreckung" allerdings den von Klose & Co. gewünschten Erfolg haben wird, ist sehr zu bezweifeln. Unter kritischen SPD-Mitgliedern und SPD-Wählern, die in ihren Hoffnungen auf die Durchsetzung einer linken Oppo-

Wählern, die in ihren Hoffnungen auf die Durchsetzung einer linken Oppo-

sition in ihrer Partei immer aufs Neue enttäuscht wurden, findet diese Kandidatur wachsenden Anklang. Einen guten Erfolg wünschten der BUNTEN LISTE sogar zwei SPD-Stadtverordnete aus einer schleswig-holsteinischen Kleinstadt.

Von FDP-Seite wird dagegen weniger plump argumentiert. In der Mai-Ausgabe von „das da" versuchte FDP-Landesgeschäftsführerin Helga Schuchardt die BUNTE LISTE von „links" zu kritisieren: *„Was die den etablierten Parteien immer vorwerfen, nämlich, daß sie vor den Wahlen viel versprechen und wenig halten, gilt ganz besonders für sie selbst".* Und weiter: *„Sollten tatsächlich Umweltschützer in größerem Maße in die Parlamente kommen, so werden ihre Wähler bald von ihnen enttäuscht sein. ... das sind schließlich alles intelligente Leute, die da aufgestellt werden! Wenn die plötzlich im Parlament Verantwortung tragen müssen, werden sie sich auch nicht viel anders verhalten als die anderen Abgeordneten. Beispiel: Wenn sie eine Industrieansiedlung aus Umweltschutzgründen verhindern, werden sie sehr schnell merken, daß das konkrete Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Steueraufkommen usw. hat".*

Hinter derartigen fast „antiparlamentarisch" klingenden Äußerungen dürfte eine sehr einfache Rechnung stehen: Der FDP kann, wenn sie linke Einbußen bei dieser Wahl schon nicht verhindern kann, eine Nicht-Stimmabgabe (Wahlboykott) oder ungültige Proteststimme immer noch lieber sein, als ein Votum für die BUNTE LISTE. Denn wenn diese unter fünf Prozent bleibt, zählen die FDP-Stimmen relativ mehr.

Helga Schuchardt würde den Bürgerinitiativen gern die Rolle einer bloßen „Hausmacht" für eine bestimmte (natürlich die eigene) Parteifraktion zumessen: *„Der Sinn einer Bürgerinitiative liegt darin, daß für einen bestimmten politischen Bereich Problembewußtsein geschaffen wird. Daß also bestimmte Diskussionen in die Parteien eingebracht werden und diese gezwungen werden, dazu Stellung zu beziehen – positiv oder negativ".*

Auch FDP-„Linke" wie Helga Schuchardt werden sich aber damit abfinden müssen, daß Bürgerinitiativen damit begonnen haben, sich n i r g e n d w o mehr durch andere vertreten zu lassen, sondern sich ü b e r a l l s e l b s t zu vertreten. Die Hamburger Bürgerschaftswahl wird das zeigen.

Wahlbehinderungen gehen weiter

Die Wahlbehinderungen und Diskriminierung der BUNTEN LISTE / WEHRT EUCH gehen auch nach der Zulassung am 5. Mai weiter:

- Mit fadenscheinigen Vorwänden werden der BUNTEN LISTE weiterhin die Messehallen für eine Großveranstaltung vorenthalten. Schon das oppositionelle 1. Mai-Fest, das in Hamburg bereits zur Tradition der Linken und Basisbewegung geworden ist, konnte in diesem Jahr nicht wie gewohnt stattfinden, weil keine öffentlichen Räume zu bekommen waren. Die Messehallen GmbH behauptet nun, daß sie sämtliche Hallen wegen der Vorbereitung einer Farbmesse (die erst Ende Mai beginnt) nicht vermieten könne.
- In Universitätsräumen (Audi-max) ist den kandidierenden Parteien und Gruppen jede Veranstaltung untersagt – konkret trifft das allerdings in erster Linie, wenn nicht ausschließlich die BUNTE LISTE, weil keine andere Partei z.B. das Audimax überhaupt mit einer Wahlveranstaltung füllen könnte.
- Verboten werden sollen jetzt auch Wahlplakate und überhaupt die Verbreitung von Wahl-Materialien in der Uni! In einem Schreiben der Universerwaltung vom 8.5.78 heißt es, daß „jede Art von Werbung und informativer Darstellung politischer Parteien und Gruppierungen in öffentlichen Gebäuden der Freien und Hansestadt Hamburg, also auch in den Gebäuden der Universität Hamburg, nicht gestattet" sei. Bei Zuwiderhandlungen, d.h. wenn z.B. weiterhin Plakate ausgehängt werden, droht die Uni-Verwaltung „hausrechtliche Maßnahmen" an.
- Dutzendfach hat die Polizei mittlerweile Plakate der BUNTE LISTE „beanstandet" und teilweise mit Ultimatum deren Beseitigung verlangt. Als Begründung dient dabei zumeist eine angebliche „Verkehrsbehinderung", die offensichtlich je nach Belieben ausgelegt werden kann: Stellschilder von CDU, SPD und FDP sind jedenfalls nachweislich z.T. nicht anders aufgestellt (an Verkehrsschildern, Ampeln, Schutzgittern usw.).
- In mindestens einem Fall (Großneumarkt, St. Pauli) wurde der BUNTEN LISTE generell die Aufstellung eines Informationsstandes verweigert, da angeblich alle dafür in Frage kommenden Stellflächen bis zum Wahltag vergeben seien – Nachprüfungen vor Ort ergaben jedoch, daß das nicht stimmt.
- Weiterhin werden auch völlig willkürlich Personalienfeststellungen beim Aufbauen von Plakaten vorgenommen (u.a. Reeperbahn).
- **Der schwerwiegendste Angriff auf die BUNTE LISTE ist ein Fall in Bergedorf. Dort wurden Plakataufsteller der BUNTEN LISTE von einem Typen zunächst beschimpft und dann mit einem Messer bedroht. Anschließend stellte sich heraus, daß es sich dabei um einen Polizisten handelte! Es wurde Anzeige gestellt.**

Dutzendfach sind auch bereits Plakate und Stellschilder der BUNTEN LISTE zerstört bzw. einfach geklaut worden. In einigen Fällen konnte festgestellt werden, daß kurz vor dem Verschwinden der Stellschilder in den betreffenden Straßen ein CDU-Trupp unterwegs war und CDU-Schilder an genau den Stellen aufgestellt waren, wo die Plakate der BUNTEN Liste „verschwunden" sind. Bei der Zerstörung von Stellschildern handelt es sich häufig um gezielte Aktionen von Neonazis („Hansa-Bande", NPD). Betroffen ist dabei besonders der Bezirk St. Georg. Dort wurde auch in einer Wohnung ein Fenster eingeschmissen, in dem das Schmetterling-Emblem der BUNTEN LISTE hing.

Die BUNTE LISTE, die im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien nicht über die Finanzen verfügt, um ihre zerstörten und geklauten Schilder ständig zu ersetzen, wird sich auch gegen diese Behinderungen und Provokationen selbständig zu wehren wissen.

GIM: Immer zu Späßchen aufgelegt

Die trotzkistische Klein-Organisation GIM („Gruppe Internationale Marxisten") hat sich mit der Kandidatur der „Bunten Liste" bei den Hamburger Bürgerschaftwahlen immer noch nicht abgefunden. **„Eine Chance vertan!"**, jammert sie in ihrer Zeitung „was tun" vom 11.5. erneut. Die „Chance" nämlich, bei den Wahlen eine **„Sozialistische Alternative"** zu präsentieren, oder, wie die GIM es auch formuliert: *„einen alternativen politischen Pol links von der Sozialdemokratie zu schaffen, der über das Bündnis einzelner Organisationen hinausgeht"*. Um das trotzkistische Geschwafel ins Konkrete zu übersetzen: Um ein „Bündnis" zwischen GIM und KB sollte es gehen, da andere Kräfte in Hamburg für eine solche **„Sozialistische Alternative"** bei den Wahlen gar nicht in Frage gekommen wären. Frage: Seit wann nennt man es denn Bündnis, wenn eine Maus auf einem Elefanten reiten möchte? Die GIM, die in Hamburg sogar schon ein paar Jährchen länger „arbeitet" (naja...) als der KB, und die hier heute rund 30 Anhänger zählt, möchte uns weismachen, daß es um Hamburgs Linke viel besser stehen würde, wenn der KB sich die Ratschläge der GIM zu eigen gemacht hätte und machen würde. Das können sie doch selbst nicht glauben? Oder etwa doch?!...

In der „was tun" schreibt die GIM, daß die Hamburger Bürgerschaftswahlen *„zu einem innenpolitischen Testfall werden"* würden, daß sie *„bundespolitisches Gewicht"* haben würden. Eben weil wir in dieser Einschätzung mit der GIM durchaus übereinstimmen (oder die GIM mit uns, wie man's nimmt) unterstützen wir in Hamburg eine Kandidatur, die so zahlreich wie möglich den heute tatsächlich schon vorhandenen Protest gegen die bürgerlichen Parteien zusammenfaßt und die vom E r g e b n i s her bundesweite Signalwirkung haben kann. Die heute tatsächlich vorhandene Breite des ansatzweisen Bruchs mit den bürgerlichen Parteien bei W a h l e n auf eine **„Sozialistische Alternative"** verengen zu wollen, kann nur Leuten einfallen, die ihre permanente politische Einflußlosigkeit für den Beweis einer „korrekten Linie" halten.

Und überdies: Indem Tausende Menschen im Rahmen der „Bunten Liste" ganz konkrete Probleme, ganz konkrete Kämpfe in den verschiedensten sozialen Bereichen zusammenfassen, tun sie um ein Vielfaches mehr für die w i r k l i c h e Herausbildung einer sozialistischen Alternative als die GIM oder andere Sekten mit ihrer hohlen Phrasendrescherei, die keinen Hund hinterm Ofen vorlockt.

Die GIM behauptet in der „was tun" vom 11.5., sie würde in Hamburg die „Bunte Liste" und die DKP beide *„kritisch unterstützen"*. Das kann wohl nur einer der bei Freund und Feind gefürchteten trotzkistischen Späße sein, da von irgendeiner, und sei es auch nur der kleinsten Unterstützung der „Bunten Liste" (oder der DKP) durch die GIM bisher nichts zu bemerken war. Überhaupt: Außer ihrer permanenten Stänkerei in der „was tun" gegen die „Bunte Liste" scheint die GIM noch gar nicht im Hamburger Wahlkampf „interveniert" (eingegriffen) zu haben.

Als ebenso gelungenes Späßchen werten wir die Aufforderung der „was tun" an den KB, *„wieder in die politische Diskussion der sozialistischen Linken einzusteigen"*. Ausgerechnet die GIM, die in jeder konkreten Frage, sei es die Anti-AKW-Bewegung, sei es das Russell-Tribunal, sei es der Kampf gegen Verbotsdrohungen usw. usf. jede e h r l i c h e Diskussion scheut wie der Teufel das Weihwasser. Ausgerechnet die GIM, die sich mit ihrem „Pfingstmarsch"-Projekt (Artikel dazu an anderer Stelle dieses AK) unter Ausklammerung des KB und hinter dem Rücken der realen Bewegung in Geheimverhandlungen mit Jusos und anderen eine Chance erhoffte.

Sozialistische Alternative? Klar, daran arbeiten wir! Aber doch nicht ausgerechnet mit der GIM zusammen!

Radiosendung der BUNTEN LISTE

**Der Wahlspot der BUNTEN LISTE im Hörfunk-Programm NDR II wird gesendet am:
Mittwoch, 24.5., um 17.35 Uhr**

Nazis kandidieren zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen

Für das Wochendende vom 19. bis 21. Mai hat die NPD in Hamburg eine Reihe von Kundgebungen, Veranstaltungen, „Info-Stände" und Aufmärschen angekündigt:
– Am 19.5. (Freitag) um 18.30 eine Veranstaltung mit NPD-Bundesvorstandsmitglied M a j o r Lindner im Gymnasium Hochrad, Groß-Flottbek.
– Am 20.5. während des ganzen Tages „Infostände in allen Stadtteilen" und Auto-Korsos.
– Am 20.5. um 17.00 ein internes „Kameradschaftstreffen" an einem geheimgehaltenen Ort.
– Von dort „bei Einbruch der Dunkelheit" ein Fackelzug zur Abschlußkundgebung auf dem Heilig-Geist-Feld (St. Pauli).
– Am 21.5. morgens eine Kundgebung auf dem Fischmarkt.

Schon seit Wochen trifft die NPD Vorbereitungen, um aus allen Teilen der BRD Aktivisten und Schlägertrupps für diesen Höhepunkt ihres Hamburger Wahlkampfes zu mobilisieren. Vorbereitungen treffen natürlich auch die Antifaschisten!

Es ist wohl kein so ganz zufälliges Zusammentreffen, daß gleichfalls für den 20. Mai schon seit Monaten die Nazi-Banden um Schönborn (Frankfurt) und „ANS" (Hamburg) einen „Auschwitz-Kongress" in Hamburg angekündigt haben. Bei dem Abschaum, den die NPD am 19. bis 21. Mai in Hamburg versammeln will, könnte ohne weiteres am Rande, sozusagen im „Rahmenprogramm", auch ein Platz für Schönborn und Co. sein.

Wahlmanöver der Nazi-Banden

Die berüchtigte Hamburger „Hansa-Bande", verantwortlich für zahllose Hakenkreuz-Schmierereien, antisemitische Parolen usw., hatte zunächst angekündigt, unter dem Namen „ANS" („Aktionsfront Nationaler Sozialisten") an den Wahlen teilnehmen zu wollen. **Die zuständigen Hamburger Behörden hatten keine Bedenken, die „ANS" zur Wahl zuzulassen!**

Es kam dann aber doch anders: Am 21. April erklärte die „ANS", sie ziehe wegen des „linken Terrors" in Hamburg ihre Kandidatur zurück. In der April-Nummer ihres illegalen Hetzblättchens „Sturm" („Kampfblatt für Hamburg und Umgebung") versuchten die Nazis, diesen Rückzieher vor ihren Anhängern zu rechtfertigen: Die „Gauleitung Hamburg der NSDAP/AO" habe die „ANS" aufgefordert, „*ihre Arbeit in Hamburg einzustellen*", da eine legale, offene Arbeit in Hamburg nicht mehr sinnvoll sei. D e s w e g e n habe die „ANS" ihre Kandidatur zurückgezogen, denn: „*Angesichts von massiven Einschüchterungsversuchen muß man in der Lage sein, sich schnell wechselnden Situationen anzupassen. Die ANS-Führung hat bewiesen, daß sie dazu in der Lage ist. Sie kündigte an, daß der Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit sich in die Normark (= Schleswig-Holstein, Anm. AK) verlagern wird, wo am 6. Mai 78 in Kiel ein Landesverband gegründet werden soll*".

Unter den Nazis schien man sich aber noch nicht ganz einig zu sein. So erschienen andere „ANS"ler beim Landeswahlausschuß und behaupteten, die Rücknahme der Kandidatur sei von zwei gar nicht „unterschriftsberechtigten" Mitgliedern unterzeichnet worden. Der Landeswahlausschuß ließ sich tatsächlich auf diese Argumentation ein und hätte die Nazi-Bande wohl tatsächlich doch noch zur Wahl zugelassen...wenn nicht... sich am Ende herausgestellt hätte, daß es den Nazis gar nicht gelungen war, die für eine Kandidatur nötigen 500 Unterschriften zusammenzukriegen. Nur 48 Unterschriften lieferten sie ab, von denen wiederum nur 17 als gültig akzeptiert wurden. Aus und vorbei!

Aber die NPD ist auch nicht besser!

Der KB hat frühzeitig darauf hingewiesen, daß die Wahlfarce der „Hansa"-Bande (deren stellvertretender Führer Lutz Wegener inzwischen übrigens wegen bewaffnetem Raub in U-Haft sitzt!) vor allem die Funktion hat, ein Ablenkungsmanöver zugunsten der NPD zu starten. **Die Zulassung der NPD zu den Wahlen ist letzten Endes kein geringerer Skandal als es die Zulassung der „ANS" alias „Hansa-Bande" alias „NSDAP Gau Hamburg" gewesen wäre.** Und dies nicht nur wegen der allgemein bekannten rechtsradikalen anti-demokratischen und rassistischen Programmatik der NPD, sondern auch und vor allem wegen der besonderen Situation in Hamburg. **Wir haben durch eine Fülle von Fakten belegt, daß die NPD in Hamburg kaum mehr als die legale Tarnorganisation der Nazi-Banden ist.** Die Hamburger NPD ist, vor allem über ihre Jugendorganisation JN, personell aufs Engste mit den Nazi-Banden verflochten. Es gibt kaum einen NPD-„Infostand" oder einen sonstigen Aufmarsch der NPD in Hamburg, der nicht von Schlägern der „Hansa"-Bande geschützt wird. NPD-Rechtsanwälte haben den „Rechtsschutz" für die „Hansa"-Banditen übernommen.

Lehrreich ist auch ein Blick auf einige Kandidaten der NPD bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen:
– Spitzenkandidat Hans-Jürgen Sabrautzky, NPD-Vorsitzender in Hamburg, Chef des als „Organisations- und Propagandatruppe" seit 1974 neu aufgebauten NPD-„Ordnerdienstes"; persönlich verantwortlich für die Ausschreitungen des NPD-„Ordnerdienstes" beim Bremer Bürgerschaftswahlkampf 1975; u.a. versah Sabrautzky auch „Ordnerdienste" bei CDU-nahen Veranstaltungen. Zumindest am 29.10.77 ließ Sabrautzky seinen NPD-Stand in Hamburg-Eimsbüttel von der „Hansa"-Bande eskortieren.

– **Manfred Timmermann**, NPD-Kandidat in Hamburg-Eimsbüttel. Er war u.a. bei den Schlägereien der „Hansa"-Bande am 22.7.77 an der Mundsburg mit von der Partie; dabei hetzte er mit langen Latten bewaffnete Schläger auf einen Fotographen. Timmermann wurde mehrfach zusammen mit „Hansa"-Banditen gesehen, u.a. auch beim „Infostand" am 29.10.77 in Eimsbüttel. Bei der Gründungsversammlung der „ANS" am 26.11.77 war Timmermann zumindest als „Zaungast" vor der Tür zu beobachten. Im Sommer 77 konnten Antifa-Fahnder beobachten, daß ein von Timmermann organisierter NPD-Stand von einem Auto abgeholt wurde, das dem „Hansa"-Chef Kühnen gehört.

– **Uwe Stier**, NPD-Kandidat in Hamburg-Altona, Landesgeschäftsführer und Organisationsleiter der NPD in Hamburg. Uwe Stier wurde am 17. Juni 76 wegen unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen, als er zusammen mit zwei „Hansa"-Banditen (dem jetzt inhaftierten Lutz Wegener und Michael Buchmann) zum „Freiheitsmarsch der Antikommunisten" nach Bonn unterwegs war.

Alle diese Fakten müssen auch den zuständigen Behörden, der Polizei, dem Verfassungsschutz usw. bekannt sein. Zumindest hätten sie es schon vor Monaten im „Arbeiterkampf" - den man dort ja regelmäßig sehr aufmerksam studiert! – lesen können und hätten unsere Vorwürfe daraufhin überprüfen müssen. Aber es ist ja allzu offensichtlich: **Die Behörden, bis rauf zum SPD/FDP-Senat d e c k e n sehenden Auges eine Partei, die nicht nur rechtsradikale Ideologie verbreitet, sondern die mit Hakenkreuz-Schmierern, antisemitischen Hetzern und Nazi-Terroristen Hand in Hand arbeitet. Zum S c h u t z dieser kriminellen Kumpanei, und nicht etwa zu deren gesetzmäßiger Auflösung, setzt Hamburgs Senat seine Polizei ein.** Die einzige Sorge dieser Herrschaften ist, wie Innensenator Staak (SPD) es ganz ungeniert aussprach, man möge doch den Nazis nicht soviel Publizität verschaffen. Nun, die Herrschaften dürfen sicher sein: Wir werden noch viel m e h r Publizität machen, nicht nur über die Nazis, sondern auch über deren Begünstigung durch Senat, Behörden, Polizei und Justiz! Demnächst werden wir ja, wenn am 4. Juni alles klappt, diese Publizität auch über die Abgeordneten der „Bunten Liste" direkt ins Rathaus hinein und heraus tragen können.

Nachtrag: Sehr viel Sinn für Komik bewiesen die Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft (SPD, FDP, sie beschlossen am 10. Mai E I N – S T I M M I G: **„Der Senat soll alle gesetzlichen Mittel ausschöpfen, damit Veranstaltungen rechtsextremistischer Parteien verboten werden"**



Magenschmerzen mit „Prüfsteinen"

Im AK 126 berichteten wir, daß die Hamburger GEW „Prüfsteine" zur Bürgerschaftswahl herausgebracht hat, die aufgrund der Erfahrungen der Lehrer mit der Senatspolitik an allen wesentlichen Punkten im Widerspruch auch zur SPD und ihrem Wahlprogramm stehen.

Den führenden Kräften im Hamburger GEW-Vorstand, die gleichzeitig in der SPD sind, lag dieser Widerspruch natürlich im Magen. Besonders muß ihnen dabei eine Passage aus der Entschließung der letzten Landesvertreterversammlung zur Gesamtschule mißfallen haben, mit der sich die GEW praktisch von a l l e n bürgerlichen Parteien abgrenzt:
„*Die GEW sieht sich heute in einer Situation, nahezu allein noch Reformansprüche an das Schulwesen zu vertreten. Von Seiten der Parteien, die früher Reformen versprachen, ist jetzt ein weitgehendes Zurückweichen..... festzustellen*".

Wurde diese Passage im Abdruck des LVV-Beschlusses in der Hamburger Lehrer-Zeitung noch korrekt zitiert, so besann man sich inzwischen offenbar eines Besseren und ersetzte im für die Öffentlichkeit bestimmten Sonderdruck „Prüfsteine der GEW zur Bürgerschaftswahl 1978" die kritischen Aussagen durch harmlose Sätze.

Hintergrund dieser Verfälschung ist, daß den Sozialdemokraten im GEW-Vorstand gerade in einer Resolution zur Gesamtschule eine Aussage, die als Votum gegen die SPD verstanden werden kann, sehr ungelegen kommt. Denn die SPD versucht, im Wahlkampf von ihrer gegen die Lehrer und Schüler gerichteten Politik (Sparpolitik, Berufsverbote, Plakettenverbot,....) abzulenken, indem sie sich als „Reformpartei" in der Frage der Gesamtschulen zu profilieren versucht.

Die Sozialdemokraten im GEW-Vorstand helfen ihr dabei nach Kräften: Sie erlaubten der SPD, eine GEW-Broschüre „Orientierungsstufe und Gesamtschule im Schulgesetz", in der sie nur das GEW- durch das SPD-Emblem ersetzten, nachzudrukken, um den Eindruck einer Übereinstimmung zwischen SPD- und GEW-Politik entstehen zu lassen. Ferner warb der Vorsitzende der Hamburger GEW auf Wahlveranstaltungen der SPD für die SPD-Politik zur Gesamtschule. Unter dem Titel „Schule ohne Angst" wurde am 11.5. sogar eine gemeinsame Wahlveranstaltung von GEW und SPD durchgeführt (Mobilisierung: 15 000 Flugblätter; Ergebnis: 80 Anwesende!).

Aber auch bei ihrem Paradepferd „Gesamtschule" kommen die Sozialdemokraten im GEW-Vorstand aus dem Widerspruch zwischen GEW- und SPD-Politik nicht heraus. Während die GEW nach wie vor die Einführung der Gesamtschule als Regelschule fordert, hat die SPD dieses von ihr früher auch vertretene Versprechen nicht eingelöst. Heute will sie nur Gesamtschulen als „Angebotsschulen" eingerichtet wissen, die erst eingerichtet werden, wenn eine relativ hohe Zahl von Eltern eines Schulkreises ihre Kinder in eine solche Schule schicken will.

Die Fälschung, mit der versucht wurde, LVV-Beschlüsse für den SPD-Wahlkampf zu nutzen, hat sich jetzt aber gegen die Sozialdemokraten gewendet. Denn von der Lehrerinitiative der „Bunten Liste/Wehrt Euch" wurde sie in einem Flugblatt aufgedeckt, in dem auch die Widersprüche zwischen den GEW-Prüfsteinen zur Bürgerschaftswahl und der SPD-Politik an die Öffentlichkeit gebracht wurden.

Lehrerkomitee/KB Gruppe HH

Stellungnahmen gegen die GLU-Hamburg

Das Vorgehen der GLU/Hamburg, eine spalterische Kandidatur gegen die BUNTE LISTE/WEHRT EUCH anzumelden, wie auch die nachgewiesenen Mitarbeit neonazistischer Kräfte in der GLU/Hamburg, ist auch bei den Bürgerinitiativen außerhalb Hamburgs und bei anderen GLU-Kreisverbänden auf Kritik und Protest gestossen. In AK 127 (S.7) haben wir bereits eine solche Erklärung des Hannoveraner GLU-Kreisvorstands abgedruckt. Vom Wahlbüro der BUNTEN LISTE / WEHRT EUCH wurde mitgeteilt, daß u.a. die GLU-Kreisverbände Stade, Vechta und Sylt telefonisch ihre Kritik an der GLU/Hamburg durchgegeben haben. Wir zitieren im folgenden noch Stellungnahmen der Grünen Listen Nordfriesland, die bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein 6% der Stimmen erhielt und der Bürgeraktion Küste (BAK).

Grüne Liste Nordfriesland

Die GL Nordfriesland hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 6. Mai in Niebüll folgende Resolution beschlossen:

„*Die Grüne Liste NF empfiehlt der GLU-Hamburg, ihre Kandidatur zur Bürgerschaftswahl 1978 zurückzuziehen, um die Kandidatur zweier konkurrierender Umweltschutzlisten zu vermeiden. Die Grüne Liste Nordfriesland erwartet von den anderen Grünen Listen, daß sie sich nicht von Leuten mit einseitig politischer Zielsetzung, die dem ökologischen Gedanken entgegensteht, mißbrauchen lassen. Es geht der Grünen Liste NF einzig und allein um die Verbreitung und Durchsetzung des ökologischen Bewußtseins.*"

Bürgeraktion Küste

In ihrem Rundschreiben vom 26.4.78 schreibt die Bürgeraktion Küste (BAK), ein Zusammenschluß von rund 40 norddeutschen Bürgerinitiativen:

„*In Hamburg hat sich neben der Bunten Liste - Wehrt Euch eine GLU Hamburg etabliert. Wir meinen, wer schon in den parlamentarischen Ring steigt, muß nicht nur kämpfen, sondern auch zählen können. Darum halten wir eine zweite nachgezogene Liste für schädlich (ganz ungeachtet der politischen Ausrichtung).*"

Wahldiskussion in Bremen

Seit Anfang des Jahres gibt es in Bremen einen Kreis, der über Wahlbeteiligung bei den kommenden Bremer Bürgerschaftswahlen berät. Der Kreis ist deshalb besonders interessant, weil dort linke Sozialdemokraten (darunter ein Bürgerschaftsmitglied) mit traditionellen und linken Umweltschützern zusammensitzen. Das Projekt wird so auch nicht nur in den Bürgerinitiativen, sondern auch in linken sozialdemokratischen Kreisen Bremens mit großem Interesse verfolgt.

Die Vorstellungen in diesem Kreis reichen von einer „Grünen Liste" à la GLU, über eine Linkssozialdemokratische Partei bis hin zu einer Bunten-Initiativen-Liste. Auch Positionen einer Ablehnung der Wahlbeteiligung sind dort vertreten.

Zwei Vertreter aus dem Kreis haben Stellungnahmen zum Pro bzw. Contra einer Wahlbeteiligung im „Bremer Blatt" (4/78, örtliche Alternativzeitung) veröffentlicht. Während die Contra-Positionen doch mehr alle nur erdenklichen Probleme zusammenzählt, um unter dem Motto, „gründen wir eine Partei, dann begehen wir Selbstmord!" möglichst jede Diskussion für total unsinnig zu erklären, ist die Pro-Wahlbeteiligungs-Stellungnahme für die gesamte Wahldebatte von Interesse.

Unter der Überschrift „*Illusionslos ins Parlament*" liest man eine höchst interessante Stellungnahme aus linkssozialdemokratischen Kreisen. Es wird festgestellt, daß ab Mitte 1977 ein kräftiges „*Roll-Back*" in den Parteien und im Staat eingesetzt habe, nachdem es Ende 76 bis Mitte 77 noch vielen so schien, „*als sei in diesem Staate noch Spielraum, durch etablierte Organisationen Bürgerwillen in wirksames politisches Handeln umzusetzen*". Die Etablierten seien „unfähig" gewesen, auf das „*gewaltige Anschwellen der Bürgerbewegung – nicht nur der Anti-AKW-Bewegung*" zu reagieren. Danach wurden wieder „*die Medien ... auf Linie gebracht, Abweichler in den Parteien diszipliniert, unbequeme Beschlüsse ... durch Bundesparteitage korrigiert. Die Vorfälle in der Terroristenszene gaben zusätzlich Gelegenheit, jede kritische Bewegung als ‚Terroristensumpf' abzustempeln*".

Die Wahldebatte in den BIs wird als Reaktion auf diese Entwicklung betrachtet: „*Dabei war von vornherein klar: parlamentarische Aktivitäten ... können nur eine Form des Widerstandes sein. Die eigentliche Kraft ist und bleibt die außerparlamentarische Bürgerbewegung ... Ohne Illusionen über die Durchsetzungsmöglichkeiten auf dieser Ebene kann das Parlament aber als eine zusätzliche Gelegenheit genutzt werden, Widersprüche aufzudecken, Hintergründe aufzuhellen und die Anliegen der Bürgerbewegung darzustellen. Dabei geht es zunächst nicht um die Ausübung von Macht*".

Zum Programm heißt es:
„*Das ‚grüne' Sachprogramm soll sich nicht allein auf die engeren Probleme des Umweltschutzes beziehen*". Auch in anderen Bereichen hätten sich Bürger engagiert: „*Sie alle sollen ihre Vorstellungen selbst in einem Prozeß wirklich demokratischer Willensbildung artikulieren und ihre Beiträge zu einem alternativen Programm liefern*". Es ist an der Zeit, den Parteien „*auf die Füße zu treten*".

Zur Politik der GLU-Niedersachsen

Zu den Landtagswahlen am 4. Juni in Niedersachsen kandidiert erstmals die „Grüne Liste Umweltschutz" (GLU) auf Landesebene nach Wahlerfolgen zu den Kreistagswahlen in Hildesheim (und der WGA in Hameln) bzw. in Nordfriesland und im Kreis Steinburg in Schleswig Holstein. Trotz der 5%-Hürde hat die GLU Chancen in den Landtag einzuziehen. Schon jetzt werden bei den neuesten Wahlumfragen der GLU knapp 2% zugesprochen und dies bei einem Kurs der bürgerlichen Medien und Parteien, die den „grünen" und „bunten" Listen jede Chance über die 5%-Hürde hinauszukommen, absprechen wollen.

Seit längerer Zeit ist die Diskussion im bürgerlichen Lager darüber im Gang, daß größere Teile der Bevölkerung sich durch das Drei-Parteien-Kartell nicht mehr vertreten sehen. Meinungsforschungsinstitute sprechen von einem „ungewöhnlich hohen Potential von Protestwählern". Ein Kieler Institut sprach jüngst von „rund 20%". Ähnliche Umfragen besagen, daß rund ein Viertel der Bevölkerung ihre Interessen durch Bürgerinitiativen besser vertreten sehen und diese ggf. wählen würden. Diese Entwicklung war insbesondere dadurch beschleunigt worden, daß sämtliche bürgerliche Parteien sich für den forcierten Ausbau der AKWs ausgesprochen haben, trotz aller Proteste gegen diese lebensbedrohenden Atomanlagen. Die bürgerlichen Parteien hoffen, daß dieses Protestpotential in der Bevölkerung nicht den ‚grünen' oder ‚bunten' Protestparteien zufallen möge. Allerdings – so das erwähnte Kieler Institut – sei deutlich, „daß alle großen Parteien einen großen Kompetenzverlust hätten hinnehmen müssen" („FR", 8.5.78).

„Die ZEIT" kommt zu dem Ergebnis, daß „sie (Anm.: die ‚Grünen') die Freien Demokraten in Niedersachsen in arge Bedrängnis bringen und doch knapp an der 5%-Hürde scheitern" würden (14.4.78).

Hochtrabend gibt sie den Rat: die Umweltschützer (sollten sich) wohl wieder auf ihre eigentliche Stärke besinnen: Vor Ort für ihre vernünftige Sache zu streiten. Notfalls können sie dort die Parteien das Fürchten lehren". Sonst könnte ja auch den bürgerlichen Parteien noch auf Landesebene das Fürchten kommen.

Ministerpräsident Stoltenberg hatte in Schleswig Holstein vor den Kommunalwahlen ähnlich „großzügig" erklärt, daß die Kandidatur der ‚Grünen' zu „begrüßen" sei. „Wir werden sehen, wie sie abschneiden. Wir werden auch sehen, ob sie wirklich des Volkes Mehrheit vertreten" („Husumer Nachrichten", 25.2.78). Das entspricht der Strategie vom Bundesverband der Industrie und der CDU, die „Grünen" erst einmal „vorsichtig zu begünstigen", da sie vielleicht beim Mißerfolg zerfallen. Ansonsten wolle man ihnen die Arbeitslosigkeit, die in nächster Zeit noch weit über 1 Mio. hinaussteigen dürfte, in die Schuhe schieben. Ebenso wie die ‚Grünen Listen' in Schleswig Holstein könnte die GLU in Niedersachsen durchaus diese Wunschvorstellungen durchkreuzen. Die GLU hat sich in Niedersachsen in relativ kurzer Zeit als Partei aufgebaut und wird in allen 99 Wahlkreisen kandidieren. Sie hat gegenwärtig etwa 800 Mitglieder, davon allein 200 im Kreise Lüchow-Dannenberg, wo die WAA geplant ist. Wenn auch die GLU-Spitze aus der GLU einen bürgerlichen Wahlverein in Abgrenzung zur BI-Bewegung machen möchte, ist in der GLU auf allen Ebenen auch ein Potential vorhanden, das sich den Protesten an der Basis der Bevölkerung verpflichtet fühlt und mit der GLU diesen Protesten zusätzlich auf Parlamentsebene Ausdruck verleihen möchte. Für die Linke gilt es deshalb, einen Erfolg der GLU zu unterstützen und gleichzeitig d i e Kräfte innerhalb der GLU zu stärken, die eine Spaltung von GLU und Basisbewegung verhindern wollen.

Zwei Linien in der GLU
BI-Bewegung eingebunden ist und

Zwei Linien in der GLU

Die GLU, wie sie heute kandidiert, vereinigt politisch sehr unterschiedliche Kräfte. Einer fortschrittlichen, nach links offenen Strömung, steht eine konservative Gruppe um den Parteivorsitzenden Beddermann gegenüber. Beddermann, der sich als Gründer der GLU sieht, deren Fäden er derzeitig in der Hand hält, und deren Namen er sich rechtzeitig hat schützen lassen, beschrieb die Funktion einer grünen Partei auf einem BI-Seminar in Lüchow-Dannenberg im Sommer 77 gegenüber den BIs so: *„In den BIs arbeiten radikale Elemente mit. Diese können durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse von vorneherein ausgeschaltet werden"* (laut Tonbandprotokoll). Beddermann sprach damals für die von ihm aus der Taufe gehobene Kleinstpartei USP (Umweltschutzpartei). In der GLU versucht er diesen Kurs auch heute durchzusetzen, allerdings nicht mit durchschlagendem Erfolg, denn ganz im Unterschied zu Beddermann sieht der auf dem GLU-Parteitag gewählte Spitzenkandidat Mombauer aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg die Beziehung zwischen GLU und Bürgerinitiativen so:

„Für die GLU ist eine Einbindung in die Arbeit der Bürgerinitiativen, die für den Umweltschutz kämpfen, unerläßlich. Die Grüne Liste hat ihre Basis in den Bürgerinitiativen, die auch nach wie vor ihr eigentliches Fundament ausmachen und die mit allen demokratischen Mitteln ihre Anliegen durchsetzen wollen. Dabei ergibt sich als eine Möglichkeit auch die Nutzung des parlamentarischen Weges, zumal erkannt werden muß, daß der bisher erfolgreiche Widerstand der BIs durch zunehmende Kriminalisierung der Atomgegner auch durch einen entsprechenden Widerstand in den Parlamenten begegnet werden muß. Insofern hat die GLU nur einen Sinn, wenn sie in die BI-Bewegung eingebunden ist und auch die Bürgerinitiativen als Kontrollorgan auftreten können" (nach: „Gorleben informiert", 3/78).

Noch deutlicher formuliert ein vom GLU-Landesverband Niedersachsen zum 1.Mai herausgegebenes Flugblatt den Anspruch, im Parlament als Sprachrohr der Basisbewegung aufzutreten: *„die Grüne Liste Umweltschutz will den Protest gegen das Atomprogramm, wie er von Bürgerinitiativen, gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, Naturschutzverbänden und vielen anderen Bürgern getragen wird, durch ihren Einzug ins Parlament mehr Gewicht verleihen.*

Die GLU erhebt nicht den Anspruch, zu allen Bereichen der Politik bereits eine politische Aussage machen zu können. Wir unterstützen aber alle alternativen Bewegungen und bieten ihnen Dialog und politische Zusammenarbeit an."

Als Motto für das erste Mai-Flugblatt hatte die GLU einen Ausspruch von Heinz Brandt übernommen, der gesagt hatte:

„Beim Kaiserreich lag die Zukunft nicht auf dem, sondern im Wasser, siehe Versailler Vertrag; seit 1945 wissen wir, daß die Losung ‚Volk ohne Raum' des 3. Reiches nur zum Mord an Millionen Menschen führte und das Volk und der Raum geteilt und halbiert wurden. Und wenn wir jetzt dem Wahnwitz von Strauß und leider auch von Matthöfer nachlaufen, wir seien für die Zukunft gesehen ein Volk ohne Energie, so kann allerdings mit Hilfe der Atomenergie und der durch sie hochgepäppelten Neutronenbombe eines Tages hier in Europa der Zustand von ‚Energie ohne Volk' eintreten: Die Elektrizitätswerke werden stehenbleiben, die Menschen werden sich im Himmel versammelt haben und dort ihre Arbeitsplätze einnehmen können."

Zwischen diesen Standpunkten existiert ein breites Feld „mittlerer" Strömungen, das hauptsächlich vom reinen Naturschutz oder Lebensschutzgedanken ausgeht, und sich in der GLU politisch organisiert, weil in die Politik von CDU, SPD und FDP und in die Beeinflussung ihrer Entscheidungen durch Verbands- und Lobbypolitik keinerlei Hoffnungen mehr gesetzt werden.

Das GLU-Programm: Interpretationsfrei nach links und rechts

In der Wahlplattform d er GLU, die auf zwei Parteikonferenzen am 8./9.4. und am 16.4. beraten und verabschiedet wurde, stehen rechte und linke Positionen teilweise völlig unvermittelt nebeneinander. Auffällig ist zunächst, daß das Wahlprogramm gegenüber dem Parteiprogramm um eine ganze Reihe von Punkten erweitert wurde. Dies geht vor allem auf die fortschrittlichen Kräfte in der GLU zurück, die auf den Konferenzen mit der Forderung auftraten, daß eine programmatische und praktische Ausweitung der GLU nötig sei, um die GLU gegenüber den Wählern und der vielfältigen Initiativbewegung in der BRD glaubwürdiger zu machen. Neu aufgenommen wurden z.B. ein Teil zu den „politischen Rechten", ein Teil zur „Stellung der Frau in der Gesellschaft" und ein Teil zur Schulpolitik. Daneben gab es auch Ergänzungen und Veränderungen auch im sogenannten ökologischen Teil, vor allem in der AKW-Frage.



Im AKW-Teil stellt die GLU fest: *„Die heutige Energieerzeugung bedroht in wachsendem Maße Mensch und Umwelt. Die weitaus größte Gefahr sind atomtechnische Anlagen. Atomkraftwerke sind überflüssig"*. Es folgen als Forderungen dann die zentralen Positionen der Anti-AKW-Bewegung gegen den Bau von Atomanlagen.

Dies ist für die GLU neu, denn in ihrem Grundsatzprogramm sprach die GLU mehr vom allgemeinen Umdenken Aller in Sachen Umweltschutz, ohne dagegen das Atomprogramm des Staates direkt anzugreifen.

Im Teil „politische Rechte" tauchen im Wahlprogramm erstmals Positionen auf, die nicht nur vom ökologischen Gesichtspunkt ausgehen, sondern aus den Forderungen der demokratischen Bewegung abgeleitet sind. Dies gilt insbesondere für die Forderung nach

- *„dem Recht auf friedliche und unkontrollierte Demonstrationen,*
- *dem Recht auf Berufswahl ohne Diskriminierung Andersdenkender* (eine Umschreibung von Berufsverboten – Anm. Red.),
- *keiner Einschränkung der Mitbestimmung aller Auszubildenden durch verschärftes Ordnungsrecht und Einschränkung der Rechte ihrer Vertretungen".*

Die Forderung nach einem allgemeinpolitischen Mandat der Studenten wurde auf Drängen Beddermanns durch die Forderung nach Mitbestimmung abgeschwächt, weil sonst die GLU zu sehr in die „linke Ecke" rücken würde.

Interessant für die Entwicklung der GLU ist auch die Aufnahme der Forderung nach „Einstellung aller Prozesse gegen Atomkraftwerksgegner" ins Wahlprogramm. Gerade nach den drakonischen Grohnde-Urteilen und der Kriminalisierungswelle gegen aktive AKW-Gegner ist eine solche Forderung schon eine gewisse Solidarisierung mit den Angeklagten.

Demgegenüber hatte Beddermann z. B. auf den Wahlkongressen der WGA und in Zeitungsmeldungen immer betont, daß sich die GLU von Gewalttätern wie in Grohnde schärfstens distanzieren würde: Noch auf einer GLU-Sitzung des Kreisverbandes Hannover meinte er zum Thema Grohnde: *„Was gewisse Gruppen in der Anti-AKW-Bewegung betrieben, sei unglaublich. Mit der Demo am 19.3. hätte man den AKW-Betreibern erst Argumente an die Hand gegeben, als sie mit ihrem Latein am Ende waren. Was in Grohnde von prügelnden Gruppen angerichtet worden sei, sei das schlimmste, was der Anti-AKW-Bewegung passieren konnte. Man könnte meinen, es sei von den AKW-Betreibern selbst gekommen"* (nach einem Protokoll).

Im Schulbereich heißt es u.a.: *„Die Schule ist die Umwelt unserer Kinder. Sie nimmt einen breiten Raum ihrer Entwicklung ein. Diesen Bereich gilt es zu schützen und so zu gestalten, daß die Jugend zum Überleben in einer nicht mehr von Verschwendung gekennzeichneten Gesellschaft befähigt wird."*

Dazu gehört für die GLU:

- *Abbau der Überorganisation des Unterrichts, ebenso aber auch:*
- *Erziehung zu verantwortlichem Umgang mit der Umwelt und zu solidarischem Verhalten gegenüber den Mitmenschen*
- *Abbau des Leistungsdrucks, damit die Schule für Schüler und Lehrer wieder menschlicher wird.*

Zur Orientierungsstufe fordert die GLU nur die *„eingehende Überprüfung der Vor- und Nachteile, die sich aus einer Anbindung an die Grundschule ergeben."* Und zum zentralen Auseinandersetzungspunkt Gesamtschule heißt es völlig inhaltsleer: *„Überprüfte Erfahrungen aus Gesamtschulen und Schulversuchen sollen stärker bekannt gemacht und ausgewertet werden".*

Neben der Forderung nach Umweltschutzunterricht sind die übrigen so allgemein gehalten, daß sie wohl durchaus fortschrittlich interpretierbar sind, aber auch andererseits Ausgangspunkt für reaktionäre Interpretationen sein könnten, wie es die CDU in ihren Schulkampagnen gemacht hat.

Die Hineinnahme eines Frauenteils in das Wahlprogramm ist der Initiative von einigen GLU-Frauen zu verdanken. Auch wird einiges hauptsächlich vom Umweltschutzgedanken abgeleitet. So heißt es: *„Jetzt ist die technische Gesellschaft so organisiert, daß sie nur funktioniert, wenn Frauen das ersetzen, was die kommunikationsfeindliche Umwelt nicht geben kann".* Später wird dann dazu ausgeführt: *„Aus welcher Quelle nehmen sie (die Frauen) die Kraft, das zu ersetzen, was andere verbrauchen? (ökologischer Aspekt)".* Was „ökologischer Aspekt" heißt, bleibt offen und ist einer fortschrittlichen wie reaktionären Position gegenüber natürlich völlig interpretierbar. Das wird im folgenden deutlich, wo es heißt: *„Wir Frauen in der GLU fordern für alle Frauen die Aufhebung der gesellschaftlichen Bedingungen, die Isolation und Benachteiligung der Frau hervorrufen. Dazu gehören aber nach GLU-Meinung die Unterstützung von Frauenhäusern und Frauenzentren genauso wie die Unterstützung von Familien, die gefährdete Kinder aufnehmen (Kinderkrippenplätze erübrigen sich dadurch)".* Bei aller berechtigten Kritik an bestehenden Kinderkrippen geht die Forderung nach deren Auflösung einseitig zu Lasten der Frauen.

Der Wahlkampf der GLU

Man konnte gespannt sein, wie die GLU mit diesem Programm, einer politisch breit gefächerten Kandidaten- und Mitgliederliste und einem mehrheitlich konservativen Vorstand den Wahlkampf angehen würde. Unsere bisherigen Erfahrungen bestätigen das Bild der GLU, das von einem ausgesprochen fortschrittlichen Auftreten bis zu dezidiert rechten Positionen reicht.

Auf der einen Seite findet sich z. B. eine Anzeige aus dem „Mitteilungsblatt für das niedersächsische Landvolk" vom 1.5.78, in der es mit offen reaktionärer Stoßrichtung heißt: *„Bauern! Habt Mut, Eure Umweltinteressen auch auf parlamentarischem Weg zu vertreten. Die etablierten Parteien mit ihren Zielsetzungen von Industrialisierung und Sozialisierung haben die Landwirtschaft im Stich gelassen".*

Mit kleinbürgerlich-reaktionären Vorstellungen geht hier die GLU auf Stimmenfang bei den Bauern, die in schärfster Weise in ihrer Existenz bedroht sind. Das stammt aus Fallingbostel-Soltau, in dem Beddermann und seine engsten Getreuen zuhause sind. Derartige Positionen ziehen natürlich auch aktive Faschisten an, die schon länger versuchen, in der Umweltschutzbewegung ihren Weizen blühen zu lassen. Wir haben dazu das Beispiel des Lüneburger Faschisten Hauke Tobaben gebracht, der auf GLU-Veranstaltungen in Lüneburg ungehindert auftreten konnte. Die Lüneburger GLU-Gruppe schrieb uns dazu: *„Die GLU, Kreisverband Lüneburg, sieht sich veranlaßt, auf den Bericht über die angebliche Mitarbeit von Neofaschisten in der GLU mit einer Richtigstellung zu reagieren. Hauke Tobaben (16) kann aus der GLU nicht ‚rausfliegen', weil er gar nicht ‚drin' ist. Aus der zweimaligen Anwesenheit von Tobaben auf öffentlichen Veranstaltungen kann auf keinen Fall auf eine Zusammenarbeit zwischen der GLU und dem rechtsradikalen Lager geschlossen werden. Eine Zusammenarbeit mit Rechtsradikalen ist indiskutabel. Hauke Tobaben kann nicht Mitglied der GLU werden, da er als Vertreter einer rechtsradikalen Gruppe den Zielen der GLU schadet".*

Die Stellungnahme der GLU Lüneburg zieht eine sehr begrüßenswerte Konsequenz in bezug auf Zusammenarbeit mit Faschisten. Zieht sie aber ebenso die Konsequenz in bezug auf die praktische Unterbindung von faschistischem Geseiche von Tobaben auf GLU-Veranstaltungen, und wie sieht es mit der Konsequenz aus in bezug auf die von Faschisten durchsetzte Spalter-GLU in Hamburg? Wie sieht es mit der Konsequenz in Richtung des Vorstands um Beddermann aus, der den Aufbau der GLU/HH mitbetrieben hat? Wie halten es die GLU'ler nicht nur in Lüneburg mit einem Parteivorsitzenden, der auf dem ersten Parteikongreß, nach seinen konkreten Ausführungen auf der GLU-Gründungssitzung in Hamburg befragt, lapidar antwortete: Er könne sich nicht mehr erinnern?!

Dies sind Fragen an die GLU in Niedersachsen, die über den Einzelfall hinausgehen, und die Frage aufwerfen, in welche politische Richtung sich die GLU weiterentwickeln will: in Richtung einer nach links offenen Partei, die aktiv gegen reaktionäre und faschistische Positionen Stellung bezieht, oder einer Partei, die solche Positionen nicht aktiv bekämpft und an ihrer Spitze einen Vorsitzenden amtieren läßt, der (von Albrecht kaum zu unterscheiden) die AKW-Gegner, die in Grohnde demonstriert haben, diffamiert.

Im Wahlkampf der einzelnen GLU-Gruppen zeigen sich aber zunehmend fortschrittliche Seiten, die sich weder an die Vorstandsmeinung noch an eine Abgrenzungspolitik nach links halten. Dies gilt für das Auftreten einzelner GLU-Gruppen zum 1. Mai (Göttingen und Hannover), wo sich die GLU in Göttingen mit einem kleinen Block an der DGB-Demonstration beteiligte und auf dem Straßenfest der Initiativen ihren Büchertisch aufbaute. Dies gilt ebenso für das Projekt eines GLU-Frauentages, den aktive GLU-Frauen in Hannover z. B. zusammen mit Frauengruppen organisieren wollen. Besonders erfrischend für die GLU und den Wahlkampf in Niedersachsen ist das couragierte Eingreifen der GLU-Spitzenkandidatin G. Thomas gegenüber Albrecht in Stade (siehe Kasten).

Aktivitäten dieser Art gehen von der GLU-Basis aus. Sie werden das öffentliche Bild der Partei und den zukünftigen Kurs prägen können, wenn sie von der Linken aufgegriffen und unterstützt werden.

Ein Genosse aus Göttingen

Gewerkschaftsführer in der Defensive

„Wir können nicht neutral sein!" schreibt der Chefredakteur des „ÖTV-Magazins" Dieter Schneider in der Mai-Ausgabe. Über mangelnde Parteilichkeit kann man sich weiß Gott nicht beklagen in Schneiders Abrechnung mit dem Russell-Tribunal. Eine „*Gespensterstunde*" sei's gewesen, in der „*voreingenommene Damen und Herren vor überwiegend linksextremem Publikum spukten*", wo „*ungebetene Gäste zum Spielball linksextremistischer Gruppen*" wurden, und mit „*Vorurteilen*" beladene, „*befangene*" Richter eine „*Posse*" aufzogen.

Schneider hat in seinen schäumenden, aber inhaltlich kraftlosen Tiraden die mystische Einstellung, die mancher Gewerkschaftsführer mittlerweile zum Russell-Tribunal eingenommen hat, auf den Punkt gebracht: Das „Gespenst" konnte weder mit verbaler Arroganz noch mit massiven Repressionsandrohungen aus den Gewerkschaften verbannt werden. Im Gegenteil: Der „Spuk" weitet sich aus — trotz aller markigen Sprüche der DGB-Spitze. Jede dieser Stellungnahmen entwickelt eine eigentümliche Dialektik: Da sie Reaktionen auf eine wachsende innergewerkschaftliche Kritik sind, diese Kritik aber in einer dümmlich-arroganten Manier, gespickt mit Lügen und Diffamierungen abbügeln, provozieren sie geradezu die Auseinandersetzung, die sie abwürgen sollen.

Das geht so weit, daß die Gewerkschaftsführer die innergewerkschaftliche Diskussion über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse forcieren helfen. Schneider zitiert beispielsweise in seinem Kommentar aus einem Gutachten zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen, das für das Russell-Tribunal angefertigt wurde: „*Die Gewerkschaften setzen die Grundrechtsverletzungen fort, die staatlicherseits vorprogrammiert worden sind. Nicht ohne Grund sind deswegen auch die Gewerkschaften besonders ausschlußintensiv, die öffentlich Bedienstete organisieren: die ÖTV und insbesondere die GEW*". „*Weil durch die Ausschlußverfahren und die hinter ihnen stehende politisch-repressive Systematik, die die Einheitsgewerkschaften zunehmend zu einer Richtungsgewerkschaft verdickt, eindeutig und in wiederkehrender Form Menschenrechte verletzt werden, sind die Gewerkschaftsausschlüsse ein notwendiges Thema des Russell-Tribunals.*" (Das Gutachten ist abgedruckt im Anti-Repressions-Info Nr. 4 des KB).

Schneiders einziger Kommentar: „*Jeder, der seine fünf Sinne beieinander hat und nicht unter Verfolgungswahn leidet, mag für sich entscheiden, was von dieser Einschätzung zu halten ist.*" Das ist buchstäblich alles, was er dagegen vorzubringen hat. Glaubt Schneider etwa mit dieser schon peinlichen Arroganz irgendeinen Kritiker der gewerkschaftlichen Radikalenjagd überzeugen zu können?!

Ausschlußdrohungen — Eine „Erfindung"?

Kritiker behaupten, so hört man von Schneider, die gegen das Russell-Tribunal gerichteten gewerkschaftlichen Beschlüsse stellten „*die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft in Frage*" und verstießen „*gegen die Grundsätze der innergewerkschaftlichen Demokratie.*" Mittels „*Disziplinierung der Mitglieder*" werde versucht, „*Minderheitenmeinungen als ,kommunistische Umtriebe' zu denunzieren*"!

Die Tatsache, daß sich das „ÖTV-Magazin" dazu herabläßt, solch „ungeheure" Meinungen zu zitieren (freilich ohne Quellenangaben) weist darauf hin, daß es sich hierbei durchaus nicht um Einzelfälle handelt. Im Gegenteil: Die Gewerkschaftsführer sehen sich offenbar gezwungen, den Beschluß des DGB-Bundesvorstandes zum Russell-Tribunal, auf den sich die Kritiker beziehen, ungeniert zu verfälschen, umzulügen und zu beschönigen. Plötzlich heißt es, der Hauptvorstand habe lediglich die Mitglieder darauf hinweisen wollen, „*daß kein Mitglied und keine Gliederung der Gewerkschaft ÖTV befugt ist, namens der Gewerkschaft ÖTV an der Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltung mitzuwirken.*" Darum ging es absolut nicht, „Kollege" Schneider! Es stand nie zur Debatte, daß Gewerkschafter im „Namen des DGB" sich am Russell-Tribunal beteiligen! Außerdem: Welchen Sinn ergibt es, eine Beteiligung der Gewerkschaft „vorzutäuschen", wo das Tribunal angebliche „gewerkschaftsfeindliche (!) Ziele" hat ...? Schneider führt seine Ausflüchte selbst ad absurdum wenn er entlarvend feststellt, daß es dazu „*nicht einaml eines Beschlusses bedurft* (hätte), *weil für eine Organisation stets nur auftreten kann, wer dazu die Vollmacht hat.*" Eben! Wozu dann aber ein spezieller Beschluß??

Wenn Schneider heute behauptet: „*Trotzdem war es keinem Gewerkschafter, der es für richtig hielt, verwehrt, mitzumachen — und keiner von denen, die es getan haben, muß Folgen befürchten*" — so lügt er gleich zweimal:

Lüge Nr. 1: Der Vetter-Brief kündigt eindeutige „Folgen" an;

Lüge Nr. 2: Die geleugneten Folgen sind bereits eingetreten (siehe das im Faksimile abgedruckte Revers auf dieser Seite!)

Schneider steht mit seinen Schwierigkeiten nicht allein. Der Vorstand der anderen „besonders ausschlußintensiven Gewerkschaft", die GEW, sieht sich ebenso veranlaßt, die Wogen der Kritik zu glätten — mit haargenau den gleich Fälschungen und händeringenden Beteuerungen! Offenbar hat es hier eine „Argumentationsanweisung" durch den Bundesvorstand gegeben.

In einem Brief an die „*Mitglieder und Gliederungen der GEW, die sich zum Beschluß des DGB-Bundesvorstandes zum Russell-Tribunal geäußert haben*", tischt der Vorsitzende der GEW, Erich Frister, die gleiche Lüge wie Schneider auf, daß „*niemand, der einer DGB-Gewerkschaft angehört*", daran gehindert werde, „*sich am Tribunal zu beteiligen.*" Denn: „*Konflikte zwischen der Loyalität gegenüber den Gewerkschaftsbeschlüssen und anderen Bindungen sind in einer Gesellschaft freiheitlicher politischer Willensbildung unvermeidlich.*"

Das Zurechtbiegen des Bundesvorstands-Beschlusses zeigt, daß die Gewerkschaftsführung ihren harten Kurs gegen die Sympathisanten des Russell-Tribunals in den Gewerkschaften nicht durchhalten konnte. Selbst wenn es, wie im Fall Brigitte Schultek, zu einzelnen Ausschlüssen kommen sollte, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gewerkschaftsführung an dieser Front einen taktischen Rückzug angetreten hat. Die polterhafte, jegliche taktische Skrupel abstreifende Politik gegenüber dem Tribunal hat ihr unversehens eine breite Debatte über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und über die innergewerkschaftliche Demokratie eingehandelt, die sie mit aller Macht verhindern wollte.

> E r k l ä r u n g
>
> Der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV hat folgenden Beschluß gefaßt:
>
> "In Übereinstimmung mit den entsprechenden Beschlüssen des DGB-Bundesvorstandes fordert der Hauptvorstand die Mitglieder der Gewerkschaft ÖTV auf, sich in keiner Weise an der Vorbereitung und Durchführung des 3. Russel-Tribunals zu beteiligen.
> Der Hauptvorstand stellt nachdrücklich fest, daß kein Mitglied und keine Gliederung der Gewerkschaft ÖTV befugt ist, namens der Gewerkschaft ÖTV an der Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltung mitzuwirken."
>
> Sitzung des Hauptvorstandes am 15./16.2.1978.
>
> Der DGB-Bundesvorstand hat beschlossen, daß die Teilnahme von Gewerkschaftsgruppierungen oder einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern am 3. Russel-Tribunal sich gegen die Interessen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften richtet.
>
> Ich erkenne die obigen Beschlüsse ausdrücklich an und werde mich für deren Verwirklichung in der ÖTV einsetzen.

Der Lübecker Betriebsratsvorsitzenden Brigitte Schultek sind mit Schreiben vom 26. April von der ÖTV-Kreisverwaltungsstelle Lübeck zwei Reverse zugeschickt worden *„mit der Bitte, sie unterschrieben an uns zurückzuschikken"*. **Im Begleitschreiben fordert Sekretär Räthke sie auf, zu einer Veröffentlichung im „Stadtblatt" (Alternativzeitung) Stellung zu nehmen, das über ihr Auftreten vor dem Russell-Tribunal berichtet hatte. Die von ihr verlangte Distanzierungserklärung vom Russell-Tribunal drucken wir hier im Faksimile ab. Durch Unterschrift unter die zweite Erklärung soll Brigitte ausdrücklich bestätigen, daß sie** *„keiner (von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen) gemeinten Organisationen angehört, mit ihnen sympathisiert oder für deren Ziele eintritt"*, **daß sie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse anerkennt und sich** *„für ihre Verwirklichung in der ÖTV einsetzen"* **wird.**

War bisher ‚nur' die *„Tätigkeit oder Unterstützung linksextremistischer Organisationen"* **als unvereinbar mit der Mitgliedschaft im DGB bezeichnet worden, so darf ab jetzt auch kein Gewerkschaftsmitglied mehr mit** *„Gruppierungen mit gleichen und ähnlichen Zielen ... s y m p a t h i s i e r e n"*!

Ebenfalls neu ist die verlangte Absichtserklärung, sich *„für die Verwirklichung der Beschlüsse"* **in der Gewerkschaft einzusetzen. Die ÖTV beabsichtigt offenbar, Bestimmungen des Beamtenrechts in die Gewerkschaft zu übernehmen, nachdem kürzlich ein Gericht gefordert hat, daß eine bloß neutrale Haltung gegenüber der FdGO nicht ausreiche, sondern von Beamten aktive Staatsschutz-Betätigung verlangt werden müsse**

»Heimlich, still und leise« — s o macht man k e i n e Aktionseinheit!

Unter dem Stichwort „Pfingstmarsch" ist seit März Geheimnisvolles im Gange. In einem der geheimnisvollen Papiere, datiert vom 11. März, heißt es beispielsweise: „ ... **Im Übrigen bitten wir Euch, mit der Pfingstmarschidee und vor allem dem Aufruf noch nicht allzu sehr hausieren zu gehen. Wenn diese Sache breitgetrampelt wird, bevor wir mit den wichtigsten Jugendorganisationen ins Reine gekommen sind, wird es dazu auch wohl nicht mehr kommen".**

Der „*Wir*", der hier abseits der demokratischen Öffentlichkeit „*ins Reine kommen*" wollte, ist nicht etwa der Ku-Klux-Klan, sondern ... die trotzkistische GIM!

In den Reihen der fern jeder gesellschaftlichen Praxis dahinsiechenden GIM war der geniale Plan entstanden, sich durch den Vorschlag eines „**Pfingstmarsches**" wieder einmal in Erinnerung zu bringen. Motto: „**Pfingstmarsch 1978 zur Verteidigung demokratischer Rechte**". Entgegen diesem irreführenden Motto sollte sich der „Pfingstmarsch" allerdings „konzentrieren" (gemeint war: b e s c h r ä n k e n !) auf die Parole: „**Die Berufsverbote müssen fallen!**"

Da der GIM wohl klar war, daß es über diesen Plan Auseinandersetzungen geben könnte, wollte man zunächst in einem engeren Kreis über die Sache „ins Reine kommen", um dann andere politische Kräfte vor nahezu vollendete Tatsachen stellen zu können. Dieser engere Kreis der Eingeweihten bestand aus der GIM selbst, sowie aus „Falken", Jungdemokraten, Jusos, Humanistische Union, SB, Bund Deutscher Pfadfinder (BDP), Westberliner Aktionskomitee gegen Berufsverbote (AK/FU) und der Regensburger „Initiative ,Rettet die demokratischen Grundrechte' "; letztere ist eine Schöpfung des südbayrischen „Arbeiterbunds" (DKP-nah).

In dieser Besetzung sollte man sich am 1. April in Frankfurt treffen, um über die weitere Behandlung des Plans zu beraten. Nicht anwesend waren dann allerdings das SB (Absage wegen Kurzfristigkeit der Terminansetzung und Arbeitsüberlastung) sowie aus unklaren Gründen die Humanistische Union und die „Falken". Die anwesenden Vertreter stimmten grundsätzlich dem Plan des „Pfingstmarsches" zu - mit Ausnahme des BDP, der die Einladung erst am Vortag erhalten hatte und sich noch nicht äussern mochte. Sehr schnell unter den Tisch fiel auf diesem Treffen die Vorstellung, den „Pfingstmarsch" auf den Kampf gegen die Berufsverbote zu beschränken. Ebenso fiel Pfingsten als Termin unter den Tisch, da die verbleibende Zeit allgemein als zu kurz für eine Mobilisierung angesehen wurde. So wurde erst einmal ein Termin im Spätsommer/ Frühherbst ins Auge gefaßt. Zur inhaltlichen Konzeption der Aktion bestehen noch recht unterschiedliche Vorstellungen:

- **Beschränkung auf die Berufsverbote (Dieser Gedanke scheint kaum noch im Gespräch).**
- **Behandlung „aller" Themen des Russell-Tribunals, allerdings unter Ausklammerung der Gewerkschaftsausschlüsse.**
- **Behandlung „aller" Russell- Themen, zuzüglich Razziengesetze und andere staatliche Repressionsmaßnahmen.**
- **Einbeziehung der AKW- Thematik in die Aktion, insbesondere als propagandistisches Zugpferd, um eine massenhafte Beteiligung an der geplanten Aktion zu erreichen.**

Es wurde vereinbart, diese Fragen auf einem neuen Treffen, am 4. Mai in Hannover, weiter zu diskutieren Und zwar, wohlgemerkt, in der alten Besetzung! Erst n a c h diesem Treffen sollten weitere Organisationen ins Vertrauen gezogen werden. Allerdings sollten selbst d a n n die entscheidenden Fragen, zumindest nach den Vorstellungen einiger Kräfte dieses Kreises (namentlich wohl der GIM), im Wesentlichen „*im Kreis des bekannten Spektrums der Russell- Unterstützer*" ausgeklüngelt werden. Eine Sonderregelung wurde für die von der DKP dominierte „Initiative ,Weg mit den Berufsverboten' " vereinbart ; Sie sollte m ü n d l i c h informiert werden. Ansonsten sollte vor dem Treffen am 4. Mai niemand außerhalb des engeren Kreises der Eingeweihten offiziell informiert werden. Also beispielsweise auch nicht der KB, der ganz offensichtlich von einigen dieser Kräfte nicht als Teil der „Russell-Unterstützer" betrachtet wird.

Nun, wie hier vorgegangen wird, das ist nicht nur spalterisch, sondern auch in geradezu erschreckender Weise dumm. Zumindest die Trotzkisten müßten doch rote Ohren kriegen, wenn sie daran denken, daß eine der wichtigsten Forderungen Lenins die „**Abschaffung der G e h e i m d i p l o m a t i e**" war! **Diese Forderung ist, was die Beziehungen zwischen Linken und Demokraten hierzulande angeht, offensichtlich brandaktuell.** Im Übrigen können doch wohl nur Narren annehmen, daß es wirklich möglich wäre, einen solchen Plan ausschließlich im engeren Kreis zu behandeln und vor der breiten demokratischen Öffentlichkeit geheimzuhalten ! **Mit einer so einfältigen Annahme ist doch das Innenministerium schon vor einigen Monaten auf den Arsch gefallen.**

Man muß auch bezweifeln, ob es den Drahtziehern dieser Klüngelei wirklich um eine Einbeziehung der DKP bzw. der „Initiative ,Weg mit den Berufsverboten' " geht. Schließlich hat die „Initiative" auch ihr Fernbleiben von der Russell- Unterstützungsbewegung u.a. damit gerechtfertigt, sie sei zu spät informiert worden und habe vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollen. Dieser Vorwurf war im konkreten Fall des Russell-Tribunals lächerlich, weil diese Sache (wesentlich auf Betreiben des KB und gegen den Widerstand von GIM und auch SB!) schon frühzeitig öffentlich und ausführlich diskutiert wurde.

Im Falle des „Pfingstmarsches" bzw. inzwischen wohl richtiger „Herbstmarsches" könnten sich „Initiative" und DKP jedoch durchaus m i t R e c h t darauf berufen, bei den Vorbereitungen übergangen worden zu sein. Warum wird ihnen dieser vermeidbare Vorwand gegeben?! ...

Wer heute e r n s t h a f t eine massenhafte demokratische Aktion plant, der kann dies nicht in irgendwelchen ausgewählten Klüngeln vorplanen und „vorvereinheitlichen", sondern der muß die Diskussion in der breiten demokratischen Öffentlichkeit suchen und sich ihr mit seinen Vorschlägen stellen. Es ist doch geradezu zynisch, wenn z.B. l o s g e l ö s t von der großen Zahl der örtlichen Anti-AKW- Gruppen darüber gesprochen wird, die Anti-AKW- Thematik in die Konzeption einzubeziehen - mit der beschämenden Begründung: „*Anders wird es uns nicht gelingen, den Marsch zu einer Massenaktion zu machen, die tatsächlich einen spektakulären Höhepunkt darstellt*" (wörtliches Zitat aus dem Protokoll des Treffens vom 1.4.78).

Hier sollen doch Basisinitiativen schlichtweg taktisch verplant werden, um „Fußvolk" für die Aktion heranzuschaffen!

Der KB schlägt vor, nunmehr tatsächlich in der breiten demokratischen Öffentlichkeit über den Plan einer zentralen Aktion „zur Verteidigung demokratischer Rechte" zu diskutieren. Wir halten den Gedanken, einmal a l l e demokratischen Aktivitäten in e i n e r massenhaften Aktion zusammenzufassen, für einen richtigen Ausgangspunkt - allerdings nicht unter dem erwähnten taktischen Gesichtspunkt, sondern aus grundsätzlichen politischen Überlegungen.

Diese verschiedenen Kampffronten sind i n d e r T a t Teile e i n e s Kampfes. Das zu demonstrieren und das auch erst einmal uns selbst richtig bewußt zu machen, könnte eine der Aufgaben einer solchen zentralen Aktion sein. Endziel einer solchen Aktion sollte unseren Vorstellungen nach B o n n sein, wo die politische Stoßrichtung am klarsten zum Ausdruck kommt, und wo unserer Meinung nach zugleich der größte Öffentlichkeits- und Mobilisierungseffekt zu erreichen ist. Der frühe Herbst (September) wäre ein guter Zeitpunkt, der aber nur zu realisieren ist, wenn jetzt zügig diskutiert und dann auch mobilisiert wird.

Habermas: »Ich mißtraue meinen eigenen Vorbehalten«

Die erste Sitzung des Russell-Tribunals hat nicht nur die erwarteten Hetztiraden in der westdeutschen Presse zur Folge gehabt. Die Wochenzeitung „Die Zeit", die gelegentlich „Auswüchse" der Berufsverbotepraxis kritisiert, aber das Russell-Tribunal mit den üblichen „Argumenten" scharf verurteilt hat, bemüht sich seit einigen Wochen, den Beweis dafür anzutreten, daß eine argumentative und kontroverse Auseinandersetzung um das Russell-Tribunal in der bürgerlichen Presse doch noch möglich sei.

Diese Auseinandersetzung ist ein Indiz dafür, daß die erste Sitzungsperiode des Tribunals die Fronten im Lager der „liberalen" Kritiker an dem „*Mummenschanz von Harheim*" (so die „Zeit"-Mitherausgeberin Gräfin Dönhoff in ihrem Leitartikel vom 7.4.) in Bewegung gebracht hat. Gleichzeitig ist unverkennbar, daß bestimmte „liberale Kreise" die Dauerkrise des westdeutschen Liberalismus zu erkennen beginnen und eine kritische Überprüfung der eigenen (Un-)Tätigkeit gegenüber der autoritären Entwicklung in der BRD in Angriff nehmen.

Ein Beispiel für diese Entwicklung ist ein in der „Zeit" vom 5.5. abgedruckter Artikel von Prof. Jürgen Habermas, der sich unter der Überschrift „Wo bleiben die Liberalen?" mit dem erwähnten Leitartikel von Dönhoff auseinandersetzt.

Habermas, der den Artikel als ein „*trauriges Resümee dessen, was deutschen Liberalen zu Harheim eingefallen ist*", bezeichnet, gibt zu, daß er selbst „*eine Mitarbeit am Russell-Tribunal abgelehnt (habe), weil ich, wie viele andere, der Meinung bin, daß ein falscher Rahmen die richtige Sache politisch entwertet*". „*Irritiert*" hat ihn jedoch an dieser „*so schief angelegten Inszenierung ..., daß sie nicht durch andere Initiativen längst überflüssig geworden ist.*" Und schärfer: „*Ich meine, das ernstlich Fatale an diesem Tribunal ist, daß wir es brauchen, daß nicht wir die schonungslose Kritik geübt haben, die es überflüssig gemacht hätte. Ein solches Tribunal werden wir erst dann nicht mehr nötig haben, wenn Bund und Länder damit rechnen müssen, daß zum Beispiel die ZEIT innerhalb eines Jahres das tut, was im Bürgerhaus von Harheim innerhalb einer Woche getan worden ist: daß sie zwölf Fälle, jeden Monat einen, in extenso vorführen und analysieren wird*". Ob er da wohl an der richtigen Adresse ist?

1. Mai 1978 in der BRD und Westberlin

Nachstehend geben wir einen Überblick über Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen des DGB und der Linken zum diesjährigen 1. Mai. Die Übersicht stützt sich auf die organisationsinterne Berichterstattung unserer Orts- und Sympathisantengruppen.

Hamburg

Das Bild der Aktivitäten am 1. Mai war dieses Jahr in Hamburg ganz wesentlich von der Anhängerschaft der „Bunten Liste" geprägt.

Auf dem offiziellen DGB-Demonstrationszug, an dem 25. bis 30.000 Menschen teilnahmen, hatten Transparente, Schilder und Parolen der „Bunten Liste" die stärkste Dominanz. Kämpferische Parolen gegen die jüngst enthüllten Verfassungsschutzskandale in Hamburger Betrieben, gegen die Duldung faschistischer Umtriebe durch den Hamburger Senat, gegen die Berufsverbote, gegen das Atomprogramm und die Grohnde-Prozesse usw.usf. bestimmten die gute Hälfte des DGB-Zuges, der über mehrere Kilometer vom U-Bahnhof Barmbek bis hin zum Gewerkschaftshaus führte.

Auf der Kundgebung sprachen eine Betriebsratsvorsitzende, Hans Saalfeld, Vorsitzender des DGB Hamburg und Karl Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie. Die Reden der beiden DGB-Funktionäre – streckenweise reine Wahlreden für die SPD – stießen auf hörbares Mißfallen eines großen Teils der Kundgebungsteilnehmer. Noch bevor Saalfeld seine Rede beendet hatte, zog der von der „Bunten Liste" organisierte oppositionelle Demonstrationsblock mit rund 8.000 Menschen ab zu einer eigenen Abschlußkundgebung, auf der die Vertreter verschiedener Basisbereiche zu Wort kamen: Rüdiger Jörß, Angeklagter in den Grohnde-Prozessen; Anna Johannesson, Kandidatin der Frauen-Aktionseinheit für die „Bunte Liste"; der ehemalige Betriebsratsvorsitzende von HSW, Michael S., eines der ersten Opfer der Verfassungsschutzschnüffelei in den Betrieben; Gerd Heide, erster Berufsverbote-Fall gegen einen bereits verbeamteten Lehrer in Hamburg und Kandidat der „Bunten Liste", sowie ein Vertreter der Gesellschaft für bedrohte Völker, die in diesen Wochen in der BRD eine Informationskampagne zur Lage der Indianer durchführt.

Leider war es in diesem Jahr nicht möglich gewesen, große Räumlichkeiten für ein Volksfest zum 1. Mai zu bekommen, dessen Teilnehmerzahl die vom letzten Jahr (13.000) sicher noch übertroffen hätte. So fanden an den Tagen vor dem 1. Mai in einigen Stadtteilen kleinere Maifeste statt, die insgesamt von mehreren tausend Menschen besucht wurden.

Überschattet war der 1. Mai von brutalen Polizeieinsätzen auf der 1.-Mai-Demonstration selbst und am Nachmittag im Stadtteil Eimsbüttel. Während des DGB-Zuges griffen etwa 60 Polizisten in voller Ausrüstung (Helme, Schilder) einen in der Demonstration mitziehenden Block von 200 bis 300 Anarchisten und „Spontis" an. (Aus diesem Block heraus waren zuvor einige Mercedes-Limousinen mit Parolen verschönert worden.) Den fliehenden Demonstranten jagte ein Stoßtrupp der Bullen bis an das Wasser der Außenalster nach. Fünf Demonstranten wurden festgenommen, wobei mindestens einer von ihnen vorher bewußtlos geschlagen worden war. Noch auf bereits am Boden Liegende wurde erbarmungslos eingedroschen.

Diese Polizei-Übergriffe steigerten sich am Nachmittag, als etwa 100 Leute demonstrativ ein leerstehendes Haus besetzt hatten. Schon wenige Minuten später trafen Polizeitrupps ein, die die Hausbesetzer – die meist keinerlei Widerstand leisteten – aus den Zimmern knüppelten. Einige der Demonstranten, die sich in den oberen Räumen aufgehalten hatten, mußten beim Rückzug durch ein Spalier prügelnder Bullen Spießruten laufen. Mehrere Demonstranten wurden so brutal die Treppen heruntergestoßen, daß sie mit Knochenbrüchen an Armen und/oder Beinen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Nach dieser Räumung verjagten die Polizisten Demonstranten und Schaulustige – insgesamt 40 Menschen wurden an diesem Nachmittag verhaftet, sechs mußten, teilweise schwer verletzt, ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Szenen vom 1. Mai '78 in Hamburg: Die Bilder zeigen einerseits das kämpferische, phantasievolle und massenhafte Auftreten der „Bunten Liste"-Initiativen (Bild rechts oben die Abschlußkundgebung der „Bunten Liste" und rechts unten in der DGB-Demonstration) – und andererseits vermitteln sie einen kleinen Einblick in den Polizeiterror, der an diesem 1. Mai gegen Linke ausgeübt wurde (links oben hetzen laut schreiende Bullen Menschen durch Altona, nachdem sie ein besetztes Haus gewaltsam geräumt haben; links unten sehen wir den brutalen Überfall der Bullen auf den Sponti-Anarcho-Block in der DGB-Demonstration). Auf dem Bild in der Mitte wird ein Kollege von einem rechtsradikalen Schläger zusammengetreten und schwer verletzt. Dieser Vorfall ereignete sich ebenfalls am 1. Mai nach der Räumung des besetzten Hauses.



Westberlin

Im Gegensatz zu 1976 und 1977 rief der DGB in diesem Jahr wieder zu einer Kundgebung unter freiem Himmel auf, an der sich 25.000 - 30.000 Menschen beteiligten. Die Rede des DGB-Landesbezirksvorsitzenden Sickert – Befürworter weiterer Rüstungsproduktion und eines AKWs auch für Westberlin!! – ging erfreulicherweise fast vollständig in einem Pfeifkonzert unter!!

Von verschiedenen Einzelgewerkschaften waren Demo-Züge zur DGB-Kundgebung organisiert worden: Der größte Zug einer DGB-Gewerkschaft war die Demo der ÖTV mit 7 - 8.000 Teilnehmern, die stark von klassenkämpferischen Parolen geprägt war. Eine zweite Demo wurde offiziell von der Drupa angeführt – an ihr nahmen 6.500 Menschen teil; an diesem Zug nahmen auch andere Gewerkschaften (HBV, BSE, IG Chemie und GEW im DGB) teil. Am größten bei dieser Demo war der Block der GEW, zu dem allerdings die SEW zentral mobilisiert hatte. Die SEW hatte im übrigen in diesem Jahr seit langer Zeit erstmals auf eigenständige Aktivitäten verzichtet (Nachdem ihre Demos in den letzten Jahren rapide zusammengeschrumpft waren, im letzten Jahr noch ca. 8.000!), außer ihrem traditionellen Mai-Fest mit DDR-Rockgruppen usw.

Ganz kurz vor dem 1. Mai hatte dann auch die IG Metall zu einer eigenen Demo aufgerufen, nachdem der Betriebsrat von OPTI (Reißverschlußfabrik, wo ein großer Teil der Belegschaft entlassen werden soll) einen Aufruf verabschiedet hatte.

Die GEW Berlin, der eine Beteiligung an einer DGB-Demonstration verwehrt worden war, organisierte einen eigenen Demo-Zug. Zu dieser Demo war von den verschiedenen linken Initiativen mobilisiert worden; an der Demo beteiligten sich ca. 12.000 Menschen, zur Hälfte aus den Initiativen. Ein Frauenblock, zu dem ein breites Bündnis verschiedenster Frauengruppen aufgerufen hatte, (sogar der von den Revis beherrschte Sozialistische Frauenbund!) umfaßte 1.000 Frauen!

Im Anschluß an die DGB-Kundgebung fand eine oppositionelle Kundgebung statt, zu der ein breites Bündnis von Organisationen und Initiativen aufgerufen hatte: u.a. Anti-AKW-Gruppen, Stadtteilgruppen, Zeitschrift „Radikal", einige Ausländergruppen, Solidaritätskomitee „Freiheit für die Agit-Drucker", Rauchhaus, Betriebsgruppen usw. außerdem „KPD" und KB. Auch die Frauengruppen mobilisierten zu dieser Kundgebung. Die Beteiligung von 4.000 - 5.000 Menschen muß vor allem deswegen als Erfolg bewertet werden, da größere Teile der Kräfte, die sich im letzten Jahr an einem oppositionellen Vorgehen beteiligt hatten, dieses Jahr nicht dazu bereit waren! Außerdem war es seit Jahren das erste Mal, daß vor Westberliner Linken die Aufgabe stand, oppositionell zum DGB aufzutreten (der DGB hatte sonst nur Saalveranstaltungen gemacht). Auch die GEW Berlin konnte ihr „Heimweh" zum DGB nicht ganz überwinden und verzichtete auf eine oppositionelle Kundgebung. Am Nachmittag gab's dann noch in verschiedenen Stadtteilen Maifeste mit hervorragender Beteiligung!

Bullenaktion gegen Anti-AKW-Block!

Am 1.Mai wurden auf der GEW-Demonstration bei mehreren Polizeiübergriffen fünf Menschen festgenommen:

Hartmut W. trug ein Transparent gegen das einheitliche Polizeigesetz; der Vorwurf gegen ihn: Gefangenenbefreiung! Ein italienischer Genosse, der vor den Knüppeln der Polizei davonrannte, wurde neben einer am Boden liegenden Transparentstange verhaftet; der Vorwurf: Er sei bewaffnet gewesen!

Ein 16jähriger Schüler versuchte, seine heruntergefallene Brille aufzuheben; der Vorwurf: Er habe einen Stein aufgehoben!

Detlev A. beteiligte sich als Mitglied einer Anti-AKW-Gruppe an einem Theaterumzug, der den Zusammenhang zwischen Polizeistaat und Atomstaat vermitteln sollte. Detlev war einer der „Theaterpullizisten", die die Demonstranten von dem AKW-Modell fernhalten sollten. Der Vorwurf: Seine Theaterrequisiten seien eine Kampfausrüstung gewesen.

Ein fünfter Demonstrant wurde viel später aus einer Gruppe heraus verhaftet, die gegen die Polizeiübergriffe protestierte. Nach erkennungsdienstlicher Behandlung wurde er auf freien Fuß gesetzt! Während weitere drei Festgenommene wieder freigelassen wurden bzw. Haftverschonung bekamen, sitzt Detlev immer noch in Untersuchungshaft. Ihm wird schwerer Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen!! Neben der Tatsache, daß sich die Bullenübergiffe gezielt gegen die Gruppen richteten, die sich gegen den Atom- und Polizeistaat zur Wehr setzen, stellen sie gleichzeitig den Versuch dar, die eigenständige Demonstration der GEW-Berlin zu diffamieren und das Demonstrationsrecht am 1.Mai einzuschränken!

Schleswig-Holstein

Neumünster: In den Tagen vor dem 1.Mai fanden im Jungendzentrum Holstein verschiedene Veranstaltungen und Feste statt, an denen jeweils zwischen 40 und 100 Jugendliche teilnahmen: eine BI-Fete mit selbstgedrehtem Brokdorf-Film und 'Müllers Kampfkapelle'; ein Rockabend mit Neumünsteraner Gruppen und ein Song-Abend der Naturfreundejugend, bei dem auch antifaschistische Filme gezeigt wurden.

An der DGB-Demonstration am 1.Mai beteiligten sich 500 Menschen, davon 30 im Juso-Block und 40 bei der GEW – unter anderem AKW-Gegner, Zivildienstleistende und die KB-Genossen. Im Gegensatz zum letzten Jahr verzichtete der DGB darauf, oppositionelle Transparente oder Leute mit Anti-AKW-Plaketten aus der Demonstration zu prügeln; sie konnten es allerdings nicht lassen, sich bereits vor der Demonstration in der Presse von den möglicherweise auftretenden radikalen Kräften zu distanzieren, die Demo und Kundgebung eh nur als Basis für ihre Zwecke benutzen würden.

Kiel: Die wie jedes Jahr triste DGB-Kundgebung hatte 600 Teilnehmer. Für etwas Hektik auf der Rednerbühne und Aufmerksamkeit sorgten nur einige ÖTV „Kollegen" aus der Fachgruppe Verfassungsschutz, die auf Transparenten 'Hände weg von Hans Schwalbach' und ‚Bessere Bezahlung der Spitzelarbeit bei Nacht' forderten. Dieser Auftritt war so echt, daß er auf sehr wohlwollende Zustimmung einiger Gewerkschaftsfunktionäre traf.

Die Initiative zu einem oppositionellen 1.Mai-Fest ging vom Druckerei - Kollektiv des Jugendzentrums aus; es kam ein sehr breites Bündnis der verschiedensten Organisationen und Initiativen zustande: Spökenkieker, Einblatt, Kieler Fresse, Filmclub, Unterstützerkreis für Manfred Schwanbeck, Kontaktzentrum Knooper Weg, Bambule-Arbeitsgruppe, Dienstags-Frauengruppe, Kieler Russell-Initiative, Forum, Kinderhaus Gaarden, Arbeitslosenselbsthilfe Kiel, Hundert Blumen-Laden, Projektgruppe ausländischer Arbeitnehmer, AGU Kieler Förde, KiBuPu, Gruppe oppositioneller Gewerkschafter, Musikguppe Canta Cronica, AKU und Müllers Kampfkapelle. Der KB hat das Basisbündnis unterstüzt und dafür mobilisiert. Das Fest war mit 1000 Besuchern ein Riesenerfolg, mit dem keiner gerechnet hatte. Neben kulturellen Beiträgen stand im Mittelpunkt des Festes die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und DGB und die Bespitzelung ganzer Großbetriebe durch den VS. Besonders erfreulich ist das Zustandekommen eines gemeinsamen Festes der Kieler Basisbewegung auch deshalb, weil in den zurückliegenden Jahren alle „oppositionellen" Aktivitäten von dem früher in Kiel dominanten KBW und den MLern bestimmt waren. An der KBW-Demo beteiligten sich dieses Jahr nur noch 130 Menschen, an der der KPD/ML 180.

Flensburg: An der DGB- Kundgebung beteiligten sich 600-700 Menschen. Zu einer Demo im Anschluß an die Kundgebung und oppositioneller Teilnahme an der DGB-Kundgebung (u.a. waren auch hier wie in Kiel die „Verfassungsschützer" präsent) hatten folgende Gruppen aufgerufen: BI, SOdZDL, DFG/VK, Stadtschülerkomitee, KB, SSB, Russell-Unterstützergruppe, Frauengruppe und „Notwendiger Film". An der Demonstration beteiligten sich 300 Menschen, was durchaus als Erfolg zu werten ist, da dieses Jahr aus einigen Initiativen Stimmen gekommen waren, auf eine eigene Demo zu verzichten. Am Fest beteiligten sich 100 Menschen.

Niebüll: In Niebüll hatten Jugendliche aus der BI, der Schülergruppe und der Frauengruppe ein Mai-Fest im JZ vorbereitet, zu dem 30-40 Menschen kamen. Nach einem Chaplin-Film und Majdanek-Film gab es eine rege Debatte um Neofaschismus in der BRD.

Lübeck: An der Kundgebung des DGB beteiligten sich 2000 Menschen (im letzten Jahr waren auf der Mai-Demonstration 350!!). Die Linke (auch die KB-Genossen) hatte dieses Ereignis leider verschlafen – oppositionelle Kräfte traten dort nicht auf!!

Zu einem Mai-Fest war ein breites Bündnis zustandekommen: BI, Frauenhausgruppe, Frauenzentrum, Arbeitskreis Kino Hoffnung, Knastgruppen, SOdZDL, Argentinien-Gruppe, Stadtblatt (Alternativzeitung) und KB. Mit 700-800 Leuten war das Fest ein sehr großer Erfolg, vor allem, da es das erste Fest war, das gemeinsam von so vielen Initiativen getragen wurde!

Den Besuchern wurde ein reichhaltiges Programm geboten: Kinderfest, Theaterstück zu den Grohnde-Prozessen, Fußball schießen auf Pinochet – und Videla-Figuren, Filme und natürlich Rockmusik. Die Einnahmen des Fests – 1500 DM – werden dem Frauenhaus zur Verfügung gestellt!

Eine gelungene Aktion

Die Forderungen der Abteilung Verfassungsschutz der ÖTV auf der DGB-Kundgebung 'Hände weg vom Kollegen Hans Schwalbach' und ‚Bessere Bezahlung der Spitzelarbeit bei Nacht' wurden von vielen der anwesenden DGB-Funktionäre begrüßt!! So bestätigte Steinke, Vorsitzender der Fachabteilung Sozialversicherung in einem Gespräch mit einem ‚Verfassungsschützer', daß Hans Schwalbach tatsächlich der einzige sei, der sich immer für den Verfassungsschutz eingesetzt habe!! Sichtlich beunruhigt war er durch interne Informationen über ein Gespräch zwischen Schwalbach und VS-Leuten, die auf einem ('Chaoten'-) Flugblatt während der Demonstration veröffentlicht wurden: „Wieso wissen die das bloß, das war doch nur der Bezirksvorstand, das hat doch sonst keiner gewußt, bei der Sitzung war ich nämlich dabei. " Die Meinung des ‚Verfassungsschützers', daß „diese Leute schon überall drin sitzen, auch bei uns in Kiel sind da noch Lücken!", konnte er nur aus vollem Herzen bestätigen! In Verfassungsschützermentalität war der DGB-Funktionär dann noch völlig scharf auf den AK, in dem neue Enthüllungen über Schwalbach veröffentlicht sind!!

Bremen

Bremen: An der DGB-Demonstration beteiligten sich 6.000 Menschen. Nur am Anfang und am Ende des Zuges liefen offizielle DGB-Blöcke; dazwischen wurde etwa die Hälfte des gesamten Demo-Zuges von der Bremer Linken geprägt: Chile-Solidaritätstransparente, Argentinien-Transparente, Kindertransparente, Frauenforderungen, Antirepressionsforderungen, z.B. gegen Gewerkschaftsausschlüsse, AKW-Sonnen an Luftballons, Transparente der ZDLer gegen Militarisierung und Arbeitsdienst usw... Die Stimmung war sehr gut und sehr bunt!! Ausdrücklich aufgerufen zu diesem oppositionellen Block hatten nur die Frauenaktionseinheit (Frauenblock mit ca. 200 Frauen), KB, Genossen der CISNU, Genossen der palästinensischen Ablehungsfront (PFLP etc.) und zwei Schülergruppen; allerdings gelang es, praktisch alle Linken und oppositionellen Kräfte in einem Block zusammenzuschließen – der dann 2.000 Menschen umfaßte!!

Während des Referats eines Vertreters des europäischen Gewerkschaftsbundes zogen auf Initiative unserer Genossen und der Frauenaktionseinheit 1.000 Oppositionelle zu einer eigenen Demonstration und Kundgebung ab. Nach anfänglichem Zögern schlossen sich eine ganze Reihe BBA-Initiativen, Falken, teilweise die Chilenen und einige GEW-Kollegen dieser Demonstration an. Selbst die „Christen für den Sozialismus" waren dabei!! Auf der anschließenden Kundgebung sprach der BR-Vorsitzende Hans Seichter (Delmenhorst) über sein Verständnis des 1. Mai und begründete die Notwendigkeit eines oppositionellen Vorgehens gegenüber dem DGB. Nach verschiedenen Beiträgen der Initiativen bröckelte der Teilnehmerkreis dann rasch ab.

Auch wenn mit einer besseren Vorbereitung es sicher möglich gewesen wäre, noch mehr Menschen für die oppositionelle Demonstration/Kundgebung zu gewinnen, so muß das gesamte Auftreten der DGB-Opposition als großer Erfolg gewertet werden: Noch nie hat es in Bremen eine derartig bunte DGB-Demonstration gegeben!!

Eine Ursache für die mangelhafte Vorbereitung liegt sicher darin, daß in wochenlangen Diskussionen Teile der BBA, „KPD" und auch Genossen unserer Organisation sich in leidige Plattformdebatten verstrickt hatten und dabei die Mobilisierung und Diskussion in den Initiativen „hintenrunter" gefallen war – hier machten nur die Frauen eine lobenswerte Ausnahme!! Ein Teil der Initiativen wurde durch diese „ML"-Debatten regelrecht verschreckt und verließ entnervt die Sitzungen!

Auf einem Fest am Abend vorher waren 2.000 Menschen. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis von Initiativen und Organisationen, u.a. BBA, Initiativgruppe gegen politische Unterdrückung, Kulturplatz, Kinderinitiativen, SOdZDL, Bremer Klinikinitiative, Gesellschaft für bedrohte Völker, Schwulenaktion Bremen, „KPD", MIR und KB, die sich mit Beiträgen, Filmen und Infotischen an der inhaltichen Gestaltung des Fests beteiligten.

Bremen-Nord. Die traditionelle DGB-Demonstration fand mit ca. 2.500 Menschen statt. Außer Anti-AKW-Parolen und Transparenten gab es hier kein oppositionelles Auftreten. Am Nachmittag machte die BBA-Bremen-Nord (Anti-AKW-Gruppe) ein Fest mit Theater, Liedern, Infoständen und Musik zum Schwofen. Dazwischen fand eine Diskussion mit dem ehemaligen BR-Vorsitzenden von Vulkan, Bettelhäuser, über die DGB-Politik statt.

Bremerhaven: Dieses Jahr hat es eine DGB-Demo mit 2.500 Besuchern gegeben. (1977: Hafenkonzert). Die Linke war über den Zug verstreut. Lediglich AKW-Gegner und Frauen hatten einen Block mit 100 Leuten gemacht.

Am 29.4. organisierte die BBA ein Mai-Fest mit 150 Besuchern unter Beteiligung von der Frauengruppe, Brecht-Arbeitskreis, KB und einigen ZDLern.

Niedersachsen

Göttingen: An der DGB-Demonstration nahmen knapp 2000 Leute teil. Das sind 1000 weniger als im letzten Jahr. Zur Kundgebung kamen 2500 Menschen. Im Anschluß an die Kundgebung veranstaltete der DGB ein Straßenfest mit Infoständen der Einzelgewerkschaften und Theateraufführungen.

Zur Demo selber ist zu sagen, daß sich etwa 900 Leute im DGB-Block befanden, hier marschierten wie immer SB und Jusos mit. 800 waren im Initiativen-Block, zu der eine AE aufgerufen hatte. Etwa 100 Leute konnte der KBW versammeln. Die GLU lief in einem kleinen Block (15 Leute) am Schluß des Zuges. Die AE für den Initiativen-Block setzte sich zusammen aus KB,MIR,KSV, CISNU, Russell-Initiative, eine Mieterinitiative, Buchladen Rote Straße, Arbeitskreis Antiatom, Frauen auf die Barrikaden und einigen Unigruppen. Der gleiche Kreis organisierte zusammen mit mehreren Kinderinitiativen anschliessend ein alternatives Kinder- und Straßenfest mit gut 400 Besuchern. Einen Zwischenfall gab es zu Beginn der Demo, als DGB-Ordner, vorwiegend DKP-Mitglieder, dem gesamten ÖTV-Block der Kliniken den Zugang zum DGB-Block verwehrten. Einige Kollegen hatten sich als Verfassungsschützer verkleidet, andere trugen Transparente gegen AKW's mit . Mitgliedern eines Fachbereiches entrissen DKP-schläger ein Transparent mit einer Anti-AKW-Parole, obwohl die offiziell genehmigt war. Wegen mangelhafter Vorbereitung und nichtgeführter Diskussionen der AE gelang es unserer Ortsgruppe nicht, die Stimmung auf der Abschlußkundgebung des DGB, die mehrheitlich für ein Abziehen war, für eine eigene Kundgebung auszunutzen.

Hannover: Wie in den letzten Jahren gab es wieder einen Sternmarsch zum Klagesmarkt, wo traditionell die Abschlußkundgebung des DGB stattfindet.

Die ÖTV-Führung hatte dieses Jahr auf eine Demo verzichtet. Letztes Jahr hatten sich am Sammelpunkt der ÖTV der Anti-AKW-Block der Linken getroffen, wobei die offiziellen ÖTV-Parolen natürlich völlig untergingen. Oppostionelle ÖTVler organisierten daraufhin dieses Jahr eine eigene Demo, die mit 500 Leuten gut besucht war. Als weitere Einzelgewerkschaften riefen die IG-Bau-Steine-Erden (180 Leute), die IG Metall (ca.800 Leute), bei der auch der AK Leben mitmarschierte, und die GEW/Drupa zu Demonstrationen auf.

Zu einer oppositionellen Demo hatten aufgerufen: UJZ Kornstraße, AStA PH, HSH, Frauen gegen AKW, mehrere AG's der ARAK, die SBL der ev. FHS und der KB. 320 Teilnehmer kamen zu dieser Demo.

Auf der Kundgebung des DGB waren ca. 6000 Menschen versammelt, die sich, obwohl Brandt sprach, sehr ruhig verhielten. Das hinderte die Bullen nicht,einen brutalen Knüppeleinsatz gegen Mitglieder des UJZ Kornstraße auszuführen, die gegen Ende der Kundgebung mit Eltern und Kindern abziehen wollten. Dabei setzten die Bullen auch die chemische Keule ein.

Im Anschluß an die DGB-Kundgebung zogen 1500 Menschen (1977:750) zum Lister Turm. Vertreten waren neben politischen Organisationen fast alle Basisinitiativen, Ausländergruppen, fortschrittliche Kollegengruppen.

Die KPD ging teilweise im oppostitionellen Zug mit, teilweise bei den Blöcken der Einzelgewerkschaften. Der KBW trug die offiziellen DGB-Transparente, nur zwei KBW'ler marschierten mit dem bekannten „Sozialismus"-Transparent auf dem Bürgersteig neben dem IG-Metall Zug. Abschließend machte der KBW eine Kundgebung mit 100 Teilnehmern. Um den 1.Mai herum gab es in Hannover mehrere Veranstaltungen. Am 28.4. ein Fest gegen „Atom- und Polizeistaat", zu dem 1400 Besucher kamen. Aufgerufen hatten mehrere Hochschulgruppen, Frauengruppen, eine Schwulengruppe, Kinderläden-Initiativen, KB,LHV, UJZ Kornstraße. Ebenfalls am 28.4. kamen 120 Leute zu einer Veranstaltung der KPD. Der KBW hatte aus ganz Norddeutschland für den Empfang einer ZANU-Delegation mobilisiert. Es beteiligten sich nach eigenen Angaben 700 Leute. Beim Lister-Turm-Fest am 1.Mai waren 2000-3000 Besucher, auf dem die gesamte hannoveranische Linke mit Büchertischen vertreten war.

Celle: An der DGB Kundgebung nahmen 500-600 Personen teil. Von den Linken wurden Parolen gegen AKW's und faschistische Organisationen gerufen. Auf der Kundgebung machten die BI, Frauengruppe und der antifaschistische Arbeitskreis Büchertische. Nach der DGB- Abschlußkundgebung wurde zu einer spontanen Demonstrationen aufgerufen, an der sich ca. 70 Personen beteiligten, darunter die oben erwähnten Gruppen. Eine eigene Abschlußkundgebung beendete diese gelungene Aktion.

Salzgitter: 1000 Leute kamen zur DGB Demonstration (1977: 200). Es gab einen oppositionellen Block von 50 Linken, darunter die meisten aus der BI. Es wurden Parolen gegen die Atommüllagerung in der Asse gerufen. Dieser Block war nach mehreren Diskussionen innerhalb der Linken entstanden, an denen auch KB-Sympathisanten beteiligt waren.

Am Abend organisierte der gleiche Kreis eine Anti-AKW-Feier mit 50 Personen im „Wilden Huhn".

Oldenburg: Am 30.4.. veranstaltete der DGB eine kleinere Saalkundgebung. Vom „Aktionszentrum Alhambra" (Sponti Plenum) wurde ein Maifest organisiert, an dem 200 Menschen teilnahmen. Diese Feier wurde von KB und SB unterstützt.

Auf dem Fest wurden u.a. Beiträge zum Russell-Tribunal , den Grohnde-Prozessen und dem Oldenburger Frauenhaus gehalten.

Osnabrück: 1000 Leute beteiligten sich an der DGB-Kundgebung. Der KBW organisierte vorher eine Demo mit 70-80 Anhängern. Auf der Kundgebung sprach der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, der um Vertrauen für die Polizei warb. Die Osnabrücker Linke, die das ruhig mit anhörte, konnte sich dieses Jahr leider nicht auf gemeinsame Maiaktivitäten einigen.

Wilhelmshaven: 1500 Menschen kamen zur DGB-Kundgebung.

Emden: An der DGB-Demo beteiligten sich 1500 Personen . Auf der DGB-Kundgebung waren es 3000 Leute.

Hameln/Bad Pyrmont: 1000 Leute beteiligten sich an der DGB-Demonstration in Hameln (1977:500), darunter ein Block mit 80 Anti-AKW Gegnern. Zu einem Mai-Fest hatten die Hamelner und Bad Pyrmonter Frauengruppe, Juggendgruppe Hochaktiv, WGA und die BI Bad Pyrmont aufgerufen. An dem Fest, das der KB unterstützte, nahmen 200 Jugendliche teil. Es wurde ein Beitrag gegen die Grohnde-Prozesse gehalten und die Frauengruppen führten ein Stück auf.

Braunschweig: An der DGB-Kundgebung beteiligten sich 3000 Leute, ebensoviele wie im letzten Jahr. Im Anschluß daran hielt der KBW eine eigene Kundgebung ab, die von 60 Leuten angehört wurde.

Die Braunschweiger Linke hatte ein Mai-Fest organisiert, zu dem mindestens 900 Menschen kamen. Die Unterstützer waren: Bambule(Kommunikationszentrum), Sozialpolitischer Arbeitskreis, SOdZDL, Arbeitskreis Homosexualität, Frauenzentrum, Antife-Arbeitskreis der FHS, Russell-Initiative, AK gegen Atomenergie, Basisgruppe TU und PH, AStA TU, Sozialistische Initiativgruppe, KB,„KPD", GUAS. Außerdem waren die GLU, Amnesty International und eine alternative Kunstgalerie mit Büchertischen vertreten. Trotz dieses wohl bisher einmaligen Bündnisses konnte die GIM sich nicht entschliessen, das Fest zu unterstützen.

Wolfsburg: Dieses Jahr hatte der DGB auf eine Demonstration verzichtet und nur eine Kundgebung durchgeführt, die mit 300 Leuten mäßig besucht war (1977: 900). 200 Menschen, darunter die Wolfsburger Linke, zogen nach der Kundgebung ab.Organisiert hatte diese Demonstration die ÖTV und die GEW.

Am Abend veranstaltete die AKW-Gruppe, Frauengruppe, eine italienische Jugendgruppe und der alternative Buchladen ein Mai-Fest mit 150 Leuten. Dazu aufgerufen hatten auch KB,SB und Lotta Continua.

Lüneburg: 500 Leute kamen zur DGB-Demonstration, die mit einigen Zwischenfällen ablief (DGB-Kundgebung 1977:350). DGB-Ordner versuchten die anwesenden 100 Linken an das Ende des Zuges zu drängen, bzw. nicht genehme Transparente zu entwenden. Nur durch ein geschlossenes Auftreten konnte das verhindert werden. Eine eigene Demonstration der Linken, an der sich im letzten Jahr 200 Personen beteiligten, kam dieses Jahr leider nicht zustande.

Der KBW führte eine eigene Abschlußkundgebung mit ca. 10 Leuten durch.

Am Abend organisierte eine Aktionseinheit ein Fest mit über 400 Teilnehmern, was einen hübschen Erfolg darstellt. Die Breite der AE ging über verschiedene Lüneburger Initiativen bis hin zu der GLU (Kreisverband Harburg), BI Winsen, BI Hohe Geest Salzhausen, Ogro Buchladen Uelzen und den Organisationen aus Lüneburg wie KJA, JUDOS, KB, KJVD.

Hildesheim: Nach langem Zögern rief der DGB dieses Jahr zu einer Demonstration auf, an der sich 500-600 Menschen beteiligten. An der Abschlußkundgebung nahmen 800-1000 Leute teil (1977 waren es 900). Die Linke war mit 150 Demonstranten (darunter ca.30 KBWler) im Zug verstreut.

Ein Mai-Fest, welches von der BI gegen AKW's ‚Arbeitskreis arbeitsloser Lehrer, Frauenzentrum, antifa-AK, einer ZDL-Gruppe, einem linken Buchladen, Kindergruppen, dem AStRA der FHS für Sozialpädagogik, einer Gruppe aktiver Gewerkschaftskollegen,KB,SAK,KAB„D" veranstaltet war, hatte 600 Teilnehmer (am letzten 1.Mai hatte ein weniger breiter Unterstützerkreis 320 Leute mobilisieren können). Die GLU, Landesverband Niedersachsen, hatte zur Demonstration ein Flugblatt verteilt mit der Überschrift: „Auch im DGB – AKW nee!"

Zu erwähnen ist noch das Fußballturnier am 30.4., das unter dem Motto stand „Fußball ja – Folter nein" und an dem sich 12 Mannschaften und 200 Zuschauer beteiligten.

Hessen

Darmstadt: Etwa 1500 Leute, darunter zweidrittel Linke beteiligten sich an der DGB-Demonstration (1977: 2000). Der größte Teil der Linken (etwa 250) marschierte in einem eigenen Block, der auf einer vom KB initierten AE zustande gekommen war, an dem sich das SB, Lehrerzentrum, sozialistisches Zentrum, Innenstadtgruppe, AGU, BI an der FH, Kulturzentrum der Türken, Sympatisanten der PFLP, CISNU-Genossen aus Frankfurt teilgenommen hatte. Die Bandbreite der Parolen ging von „Fußball ja – Folter nein!" bis zu Forderungen gegen die Innenstadtzerstörung. Der übrige Teil der Linken reihte sich in den Blöcken der GEW, Drupa, ÖTV ein. Etwa 50 KBWler gingen in einem Block, zu dem sich noch ebensoviele Ausländer gesellten.

Leider konnte die Idee eines gemeinsamen Festes mit anderen Initiativen und Organisationen aus räumlichen Gründen nicht mehr verwirklicht werden. Letztes Jahr beteiligten sich 800 Leute am Mai-Fest der Darmstedter Linken. Das Mai-Fest des KAB"D" hatte 30 Besucher.

Rüsselsheim: Etwa 1500 Besucher nahmen an der Mai-Kundgebung des DGB teil. Zwischen den DGB-Ordnern und Anhängern der „RGO" (etwa 200 Leute) kam es zu einigen Rempeleien. Die „RGO" machte anschließend eine eigene Abschlußkundgebung.

Wiesbaden: Bei der Maikundgebung des DGB (Beteiligung:ca 1000 Leute) kam es zu einem schweren Zwischenfall, als eine Polizeitruppe versuchte, den Stand des KBW abzuräumen. Dabei setzten die Bullen sogar Chemical Mace ein. Der DGB-Kreisvorsitzende distanzierte sich auf das Schärfste vom Bullen-Überfall. Anwesende Landtagsabgeordnete wollen den brutalen Bulleneinsatz im Landtag zur Sprache bringen.

Langen: 250 Menschen kamen auf das am Vorabend des 1. Mai stattfindende Fest in Neu-Isenburg. Multinationales Zentrum, Club Voltaire und das Jugendzentrum aus Neu-Isenburg sowie die Frauengruppe, ZDL-Gruppe, BI und KB waren die Veranstalter des Festes.

Hanau: 800 Leute beteiligten sich an der Mai-Demonstration, zu der der DGB aufgerufen hatte. Auf der Demonstration gab es einen kleinen Block von „Gewerkschaftern gegen Atomstrom" und einen 20 Leute starken AKW-Nein-Block. Der KBW war mit 30 Personen vertreten.

Während des Zuges versuchten DGB Ordner (DKP-Schläger) den AKW-Nein-Block abzudrängen, was aber verhindert werden konnte.

Gießen: Hier fand dieses Jahr die zentrale Mittel-Hessen-Demonstration statt. Es kamen 2000 Leute (1977 waren es 3000 in Wetzlar). Innerhalb der Gießener Linken hatte der KB eine Diskussion um ein oppositionelles Vorgehen initiiert. Es muß als Erfolg gewertet werden, daß sich 200 Leute in den oppositionellen Block einreihten (letztes Jahr gab es einen Anti-AKW-Block mit 50 Leuten). Neben KB und KSV, Mitgliedern vom SB, Russell-Initiative, ASTA Uni Gießen, CISNU, Nah-Mittel-Ost-Kommitee, Anti-AKW-Gruppe, Sozialistisches Osteuropakommitee, Lateinamerika-

kommitee, die Alternativzeitung Elefantenklo (Es beteiligten sich jeweils nur Teile dieser Gruppen , andere gingen bei den DGB-Einzelgewerkschaften mit).

Vom oppositionellen Block wurden Parolen gegen die Zusammenarbeit von DGB und Verfassungsschutz, für das Verbot aller Nazi-Banden, Freiheit für Rudolph Bahro gerufen. Großen Anklang fand die Parole „Wir sagen es auch an diesem Ort, das in Stammheim, das war Mord!",

Der KBW ging im eigenen Block mit gut 100 Leuten.

Wegen der Geschlossenheit des Blocks unterließen dieses Jahr DGB- bzw. DKP-Ordner ihre Schlägereinsätze.

Marburg: Zur Maikundgebung des DGB kamen 1000 Leute (1977: 800). Es gab einige Transparente gegen AKWs. Unsere Sympatisanten mobilisierten zusammen mit dem KSV zur anschließenden Demonstration in Gießen.

Kassel: 4000 Teilnehmer hatte die DGB Demonstration, das sind 2000 mehr als im letzten Jahr. Außer Revis, einigen Ausländern, 20 KBWlern beteiligte sich die Kassler Linke, ähnlich wie in den letzten Jahren, nicht an der Demonstration. Die KB-Ortsgruppe hat sich an der Demonstration nicht beteiligt und versäumt, innerhalb der Linken für ein gemeinsames Vorgehen am 1. Mai zu werben.

Frankfurt. Etwa 10 000 Menschen beteiligten sich an der DGB-Demo (letztes Jahr: ca. 15 000). Die Demo war insgesamt stark von linken Transparenten (viele ausländische Kollegen!) geprägt. Die DGB-Einzelgewerkschaften konnten für ihre Blöcke nur wenige Kollegen mobilisieren. Zwischen diesen Blöcken gingen über den ganzen Zug verteilt linke Gruppen. Ein einheitliches Vorgehen maßgeblicher Teile der Frankfurter Linken kam nicht zustande. Allerdings traf sich in etwa dasselbe Spektrum, das im letzten Jahr eine Aktionseinheit gebildet hatte, „traditionell" am Treffpunkt der Postler und reihte sich gemeinsam in den DGB-Zug ein. Dieser Block (AK Leben, SAG, KB, Schülerinnen-Frauengruppe, BI, CISNU, GAD, Linke Liste an der Uni, Spartacusbund, einige Griechen und das WISK) umfaßte ca. 700 Leute, eine um 200 höhere Zahl, als dieselben Gruppen im letzten Jahr erreicht hatten. Der Vorschlag des KB, wie im letzten Jahr eine eigene Abschlußkundgebung dieser Gruppen durchzuführen, setzte sich diesmal jedoch nicht durch.

Die „KPD" hatte sich gegen einen eigenen Block ausgesprochen und marschierte stattdessen im Zug verstreut mit. Belustigung erregte auf dem Römer der KBW mit seinen strammen Musikdarbietungen (im Gleichschritt marsch!). Am Nachmittag machte der KBW bei wolkenbruchartigem Regen durch menschenleere Straßen eine ZANU-Demonstration (600 bis 700 KBW-Anhänger aus ganz Hessen).

Zur Mai-Veranstaltung der Mai-Initiative (KB, CISNU, LiLi, WISK) erschienen 400 Besucher, 300 weniger als im letzten Jahr (damals war freilich der Auftritt der „Schmetterlinge" der große ‚Magnet').

Eine geplante Faschistenkundgebung zum 1.Mai („Kampfgruppe Großdeutschland/Ffm, „Hansa-Bande"/HH und „Volkssozialistische Bewegung"/München) wurde vom KB an die Öffentlichkeit gebracht. Obwohl die Stadt die Kundgebung verbot, trafen sich ca. 20 bis 30 Faschisten der KGD heimlich in einer Kneipe. Als einer der Hauptredner trat Michael Kühnen von der Hansa-Bande auf. Leider erfuhren die Antifaschisten erst einige Tage später von der Zusammenkunft.

Gießen: Als skandalös und verfas-

Gießen: Als skandalös und verfassungsmäßig äußerst bedenklich hat der Bezirksvorstand der IG Druck und Papier die Tatsache gewertet, daß der Verfassungsschutz den Demonstrationszug des DGB zum 1. Mai in Gießen mit einem Videoband aufgezeichnet hat. In einer Presseerklärung kritisierte der Drupa-Vorstand, daß Mitglieder der Gewerkschaften Ziel der Ausspähung und Bespitzelung des Verfassungsschutz seien, während andererseits neofaschistische Gruppen unbehelligt ihre Aktivitäten entwickeln könnten. Der Vorstand forderte dazu auf, „diesem undemokratischen Treiben Einhalt zu gebieten". Die zuständige Polizeibehörde erklärte dazu, sie hätten kein politisches Interesse an den Aufzeichnungen. Es gehe ihr nur darum, Beispiele im Hinblick auf den Straßenverkehr nachträglich anhand des Filmmaterials zu untersuchen ....
Es darf gelacht werden.
(Frankfurter Rundschau 10.5.78).

Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf. 4.000 Menschen nahmen an der DGB-Demo teil. Letztes Jahr hatte der DGB nur eine Kundgebung mit 2.000 Besuchern durchgeführt. Einen Aufruf für einen linken Block hatten unterzeichnet: BI, Kulturzentrum, IG an der FH, FS Germanistik, BG Uni, AK Marxismus, Gerresheimer Freischärler (Spontis), KB, „KPD", GIM, KI Düsseldorf. An diesem Block beteiligten sich 200 Personen. Der KBW war aus der AE mit der Begründung ausgestiegen, man dürfe sich nicht gegen die DGB-Führung zusammenschliessen. Er beteiligte sich mit 10 Leuten an der Demo. Ein Fest der Initiativen mußte leider wegen Raummangels ausfallen.

Gelsenkirchen. Hier gab es eine DGB Kundgebung mit 1.700 Besuchern und vorher eine kleine Demo. Auf der Kundgebung bedankte sich der DGB-Redner, daß die Bullen die Demo gut beschützt haben. Außer einigen Falken, die Parolen gegen die Berufsverbote riefen, war von der örtlichen Linken nichts zu merken.

Köln. 3.000 Teilnehmer hatte die DGB Demonstration (1977: 3.500). Die Linke war insgesamt mit 2.000 Leuten vertreten, darunter 800 Ausländer (Griechen, Türken, Palästinenser, Chilenen), die in kämpferischen Blöcken gingen. Außerdem gab es noch einen kleineren Block der KKW-Nein-Gruppe. Trotz dieses Kräfteverhältnisses gelang es der Kölner Linken nicht, für eine Alternative zu den DGB-Reden zu sorgen. Die „KPD" machte am Rande der Kundgebung einige Beiträge vor 500 Zuhörern. Die KBW-Anhänger beschränkten sich darauf, Musik zu machen.

Bochum. 1.400 Teilnehmer hatte die DGB-Demo (1977: 1.500 bis 2.000). Im oppositionellen Teil der Demonstration gingen 500 - 700 Leute mit. Darunter Blöcke vom „Atombüro Bochum" mit Transparenten zum Thema DGB und AKW's, ein Falken-Block, der sich für die Forderung „Gewerkschaftsausschlüsse vor das Russell-Tribunal" einsetzte, ein Block mit Chilenen, Spaniern, Iranern, Türken, und ein Block der „ML-Aktionseinheit" (GOG, KPD, KSV, KGB/E).

An der anschließenden Kundgebung nahmen 3.000 bis 4.000 Personen teil. Danach kam die traditionelle Kundgebung der „AE", die von 130 Leuten (letztes Jahr 200) angehört wurde. Unsere Ortsgruppe hatte es versäumt, rechtzeitig den Aufbau einer breiten AE zu propagieren.

Essen: 6.000 Menschen kamen zu der zentralen DGB-Kundgebung, auf der Schmidt und Vetter sprachen. über 300 Polizisten, viele mit Maschinenpistolen, sorgten im abgesperrten Innenstadtbezirk für „Sicherheit". Auf vielen Gebäuden lagen Scharfschützen. An der DGB-Demonstration beteiligten sich 2.000 Leute, darunter ein starker Falken-Block (ca. 150 Personen), ein linker oppositioneller Block (ca. 100 Personen), zu dem Spontis, KFZ Kollektiv, ZDLer, Lateinamerika-Kommitee, Fachschaft Medizin, RAGE, Katernberger Initiative und der KB aufgerufen hatten. Im KBW-Block marschierten 80 Leute.

Herne: Am Vorabend des 1.Mai gab es eine DGB-Veranstaltung, auf der u.a. von einer BI ausgelegte Broschüren des KB auf Anweisung eines DGB-Sekretärs entfernt werden sollten. Die Zensur konnte jedoch von den Jugendlichen verhindert werden.

An der Mai-Demonstration des DGB beteiligten sich gut 500 Menschen, das ist etwa die Hälfte mehr als im letzten Jahr. Die örtliche Antifa-Initiative und die BI gegen AKW's hatten eigene kleinere Blöcke gebildet.

Mühlheim. Aus Anlaß von DGB-Provokationen gegen KBW-Zeitungsverkäufer am letzten 1.Mai hatte sich eine AE gebildet, im wesentlichen aus linkssozialdemokratischen Kräften wie Falken und Jusos. Das Fest, welches von dieser AE veranstaltet wurde, war mit 150 bis 200 Personen gut besucht. 150 Personen marschierten im linken Block der AE auf der DGB-Demo. An der DGB-Kundgebung beteiligten sich insgesamt 500 bis 600 Leute.

Dortmund. Vier Demozüge führten in Richtung Westfalenpark, wo die Abschlußkundgebung des DGB mit 5.000 bis 6.000 Teilnehmern stattfand. Der Demozug aus der Stadtmitte umfaßte 1.500 - 2.000 Leute, darunter die Hälfte Linke. Diese hatten mehrere Blöcke bebildet: ein Block der BI (BUDO) mit ca. 300 Leuten, ein Frauenblock mit 50 Frauen, ein Falken-Block mit ca. 300 Beteiligten, ein sehr kämpferischer Türkenblock mit 200 Leuten, und der KBW mit 60 Anhängern.

Ein einheitlicher oppositioneller Block scheiterte u.a. an der KPD.

Die anderen Demozüge hatten eine Größe von etwa 500 - 600 Leuten (1977: insgesamt 4.000 auf der Demo). Anschliessend fand wie letztes Jahr ein DGB-Jugendtreff statt. Nach Willen des DGB sollten BI's dieses Jahr nicht in den Park kommen, was ihm aber auf Grund des Kräfteverhältnisses nicht gelang.

Abends fand ein Fest mit gut 500 Besuchern statt, zu dem verschiedene BI's, ESG, FAD, KB, KPD und andere Gruppen aufgerufen hatten. Die „RGO" hatte am 1. Mai in einem Vorort eine Demo mit 100 Personen durchgeführt.

aufgerufen hatten. Die „RGO" hatte am 1. Mai in einem Vorort eine Demo mit 100 Personen durchgeführt.

Duisburg: An den beiden DGB-Demos nahmen insgesamt über 5.000 Menschen teil. Das sind etwa doppelt soviele, wie im letzten Jahr. Zu einem gemeinsamen Block, an dem sich 250 Personen beteiligten, hatten die BI Duisburg, BI Moers, Frauenzentrum und die ZDL-Gruppe aufgerufen.

Der KBW führte eine eigene Kundgebung mit 8 Anhängern durch. Verschiedene Initiativen wie Rheinpreußeninitiative, Ruhr Volksblatt, Falken, Anti-Apartheit Gruppe, Frauenzentrum, Jungdemokraten, Lehrerzentrum, Esch-Haus, DFI, mehrere Anti-AKW-BI's veranstalteten ein Mai-Fest mit gut 500 Besuchern.

Münster: 1.200 bis 1.500 Personen beteiligten sich an der DGB-Demo, das sind doppelt so viele wie im letzten Jahr. Die Linke war zahlreich mit Anti-AKW-Transparenten, Transparenten des Antifa-Arbeitskreises, und der Russell-Initiative vertreten. Außerdem beteiligte sich ein sehr kämpferischer Frauenblock mit 70 Frauen an der Demo. Auf Initiative des KB kam es dieses Jahr zu einer breiten AE, die dazu aufrief, gemeinsam unter eigenen Forderungen zu demonstrieren. Dieser Aufruf wurde unterstützt von: Antifa-AK, AKU, AKU Warendorf, BG's an der FH, CISNU, ZDL, Russell-Initiative, Uni FG, einige Institutsgruppen, Männergruppe, KB, KPD. Zu einem gemeinsamen linken Block kam es leider nicht, da die Linken zu spät am Sammlungsort erschienen. Am Abend veranstaltete der gleiche Unterstützerkreis eine Mai-Feier, die mit 800 Personen gut besucht war.

Bielefeld: Ca. 2.000 Leute kamen zur DGB-Demo, davon 300 bis 400 Linke. Die meisten davon hatten sich um die „Rote Kapelle" eingereiht. Im Gegensatz zum letzten Jahr gelang es dieses Jahr nicht, innerhalb der Bielefelder Linken eine eigene Abschlußkundgebung zu verankern. Besonders die Basisinitiativen lehnten ein gewerkschaftsoppositionelles Vorgehen ab. AJZ, IHB, AKAFRIK, KB, CISNU, Liederwerkstatt, Rote Kapelle, Delegierte der BGen der Uni veranstalteten ein Mai-Fest, welches durchgehend mit 300 Personen, in „Spitzenzeiten" mit 500 Personen besucht war. Die KPD, die anfangs das Fest unterstützte, stieg später aus, weil die Mehrheit der Gruppen gegen das Aufhängen ihrer — an reaktionären Vorstellungen anknüpfende — Sowjetunion-Ausstellung war. Das ''nderte die KPD allerdings nicht daran, der Veranstaltung ihre Plakate gegen den Breschnew-Besuch aufzuhängen.

An einer „RGO"-Demonstration in Bielefeld beteiligten sich 50 Anhänger.

Bonn: Hier gab es am 1.Mai eine Saalveranstaltung des DGB, vor der es zu einem brutalen Schlägereinsatz der Polizei gegen einen KBW-Stand kam.

250 Besucher hatte das Mai-Fest, zu dem KB, KPD, KG Bonn, BI, Frauenkommitee, Russell-Initiative, Kinderladen, ILA, Palästina-Kommitee, Kommitee Südliches Afrika, SO, Gruppe der 35 aufgerufen hatten.

Aachen: Hier veranstaltete der DGB zwei kleinere Feste. Auf dem Mai-Fest der KJA waren 1.000 Besucher, darunter die örtliche Linke.

Saarland/ Rheinland-Pfalz

Saarbrücken: Wegen der vielen Zwischenrufe beim letzten Jahr verzichtete der DGB diesesmal auf eine öffentliche Veranstaltung. Es gab lediglich eine kleinere Veranstaltung für geladene Gäste.

Neunkirchen: An der regionalen Mai-Demonstration für das Saarland beteiligten sich gut 5000 Personen. Im Mittelpunkt des Zuges standen Parolen gegen die hohe Arbeitslosigkeit und Stillegungen in dieser Region. Ein Block von Bauarbeitern trug mehrere Transparente gegen die hohe Quote der Arbeitsunfälle mit sich. Während der Abschlußkundgebung bröckelte die Zahl der Demonstranten schnell ab, da kaum ein Redner auf die Krise in der Stahlindustrie, die gerade in Neunkirchen zu hoher Arbeitslosigkeit geführt hat, einging.

KBW und KPD beteiligten sich an der Demonstration mit jeweils 10–15 Leuten, der KAB"D" führte eine langweilige Veranstaltung mit 80 Personen durch.

Trier: Hier gab es eine Saalveranstaltung des DGB. Durch Gesichtskontrolle verhinderten die DGB-Ordner eine Beteiligung der Linken. Dabei gingen sie sogar so weit, dem 2. Kreisvorsitzenden der GEW den Zutritt zu verweigern, weil dieser Kontakt zu den Linken habe.

Mainz: 1300 Leute kamen zur DGB Demonstration (1977: 2000), auf der vorneweg eine Polizeikapelle spielte. An der Demonstration beteiligten sich insgesamt ca 400 Linke, darunter ein Block kämpferischer Türken, ein Block der BI, ein Block von Gewerkschaftern gegen AKW's.

Baden-Württemberg

Freiburg

An der DGB-Demonstration beteiligten sich 800 Leute (1977: Saalfeier). Die Linke war mit 300 Personen mäßig vertreten, darunter 100 KBWler.

Auf der Abschlußkundgebung versuchten DGB-Ordner mehrere nicht genehme Transparente zu entfernen, was aber nicht gelang. Zwischenrufer wurden von den DGB-Rednern als Faschisten bezeichnet, ansonsten spielte eine Blaskapelle „deutsches Volksgut". („Hoch auf dem gelben Wagen...").

Auf das vom KB initiierte Mai-Fest kamen 1.100 Leute, was alle Erwartungen übertraf. Die Veranstaltung wurde außerdem unterstützt von: Buchladen Jos Fritz, DFG/VK, Russell-Initiativgruppe, SB, Stadtzeitung, GIM.

Diese Veranstaltung stellt einen der größten Mobilisierungserfolge der Freiburger Linken dar.

Der KBW konnte diesmal nur 100 Leute für sein Fest interessieren. Letztes Jahr waren im KBW-Zelt noch 500 Leute.

Tübingen

Tübingen

An der DGB-Demonstration nahmen 400 Personen teil (1977: 500). Der Zug selber war geprägt von Transparenten und Parolen gegen die drohende Schließung einer Waschmaschinenfabrik. Auf der Kundgebung, an der 1.500 Leute teilnahmen (1977: 1.000), war die Tübinger Linke mit Büchertischen, Transparenten und Zeitungsverkäufern vertreten.

Nach der DGB-Abschlußkundgebung trug der KSG (Studentenorganisation des KAB"D") „Arbeiterchor" vor 200 Zuhörern einige Arbeiterlieder vor.

Pforzheim

Zur DGB-Kundgebung kamen 300 Personen (1977: 150 - 200), darunter 70 - 80 Linke, die nach der Abschlußkundgebung in ihrem Kreis die „Internationale" sangen.

Aus Anlaß eines Polizeieinsatzes gegen Flugblattverteiler verschiedener Gruppen und Initiativen am 1. Mai 1977, hatte sich dieses Jahr eine Aktionsgemeinschaft 1. Mai gebildet, bestehend aus: DGB-Jugend, BI, AE gegen politische Unterdrückung, JUSOS, Falken, Naturfreunde, JZI, KB, SB, KAB"D".

In der Woche vor dem 1. Mai wurden von der AG drei Veranstaltungen durchgeführt, jeweils mit 30 - 50 Leuten: zur Jugendarbeitslosigkeit, Kernenergie, Abbau demokratischer Rechte. Auf allen Veranstaltungen wurde die Haltung des DGB nicht geschont. So wurden z. B. von vielen Teilnehmern die Gewerkschaftsausschlüsse verurteilt.

Nach der Mai-Kundgebung fand ein Fest der Gewerkschaftsjugend mit gut 100 Leuten statt. Mehrere Gruppen hatten dazu Büchtertische aufgebaut.

Karlsruhe

700 Personen beteiligten sich an der DGB-Demonstration (1977: 1.500 - 2.000), darunter die Hälfte Linke. Es gab verschiedene kleinere Blöcke, wie AKW-Nein-Block mit 50 -60 Personen, Frauen-Block mit 30 Frauen und Kindern. Die Schwulengruppe war mit 15 - 20 Leuten vertreten, das Russellkommitee mit gut 20 Leuten und einem Transparent gegen das „Modell Deutschland".

Außerdem gab es noch Blöcke von KBW (50) und KAB"D" (30).

Die Falken hatten am Sammelplatz ein Flugblatt gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse verteilt.

Zur Abschlußkundgebung in der Stadthalle hatten sich 1.500 Personen eingefunden, die sicherlich erstaunt waren, als sich der Hauptredner des DGB gegen AKW's aussprach. Anfangs hatte es eine Rangelei mit DGB-Ordnern gegeben, die einige Linke nicht in den Saal lassen wollten und den Verkauf von Zeitungen massiv behinderten.

Stuttgart

An der DGB-Kundgebung beteiligten sich 3.000 Leute, an der Abschlußkundgebung 6.000 (letztes Jahr: 2.000 - 3.000 auf der Demonstration). Von der Stuttgarter Linken nahmen die Ausländer (im wesentlichen Türken und Chilenen) mit kämpferischen Parolen und Transparenten am Zug teil, während der übrige Teil der Linken im Zug unterging. Der KAB"D" organisierte eine eigene Kundgebung mit 500 Leuten und anschließend ein Fest, daß mit 1.200 wieder gut besucht war.

Außerdem gab es noch ein Fest von den Falken mit 500 Besuchern, auf dem allerdings nur die Ausländer Info-Tische machen durften. Desweiteren veranstaltete der MIR ein Mai-Fest mit gut 200 Teilnehmern. Hier hatte u.a. auch der KB einen Büchtertisch.

Heidelberg

Der DGB führte dieses Jahr ein Fest im Wald durch, an dem sich Teile der Heidelberger Linken beteiligten (z.B. das SB). Vor dem 1. Mai hatte unserer Symphatisantengruppe zu einer AE für eine eigene Demonstration aufgerufen. Trotz großer Beteiligung an den Diskussionen gelang es nicht, diese Vorstellung breiter zu verankern. Zu stark sind nach wie vor die resignativen Tendenzen und das teilweise ungebrochene Verhältnis zur Politik des KBW innerhalb der Heidelberger Linken. So waren z.B. Teile der Spontis generell gegen eine Demonstration. Andere sprachen sich dafür aus, mit den KBW gemeinsam auf die Straße zu gehen. Schließlich einigten sich KB, KPD, einige Frauen, ZDLer und Schüler, einen eigenen abgegrenzten Block mit eigener Abschlußkundgebung auf der Demonstration des KBW zu machen. Am 1. Mai beteiligten sich dann ca. 300 im Wehrt-Euch-Block, ebensoviele im Block des KBW (letztes Jahr folgten dem KBW 700 Personen, 1976: 1.500).

Gut 300 Personen beteiligten sich am Mai-Fest, zu der der gleiche Unterstützerkreis (KB, KPD, etc.) aufgerufen hatte.

Mannheim

Zum ersten Mal seit längerer Zeit hatte der DGB auf eine Demonstration verzichtet. Stattdessen gab es dafür eine Maifeier mit 1.500 - 2.000 Besuchern. Die regionale Demonstration der „RGO" konnte gerade 35 - 40 Teilnehmer verzeichnen. Dagegen brachte es die KBW-Demonstration immerhin auf ca. 50 Leute.



Frauen auf der Nürnberger 1. Mai-Demonstration

Bayern

Nürnberg

An der diesjährigen DGB-Demonstration und Kundgebung, die unter dem Thema: „100 Jahre Sozialistengesetze" standen, beteiligten sich 5.000 Menschen — doppelt so viel wie im letzten Jahr. Als Hauptrednerin trat die in Bayern vom Berufsverbot betroffene Charlotte Nieß auf; der DGB-Vorsitzende Ranzenberger forderte in üblicher Wortradikalität, es müsse endlich etwas gegen die Neonazis, in Nürnberg speziell etwas gegen Hoffmann unternommen werden!!

Ein einheitlicher oppositioneller Block war auch in diesem Jahr nicht zustandegekommen; allerdings war die gesamte Demonstration ‚durchsetzt' mit oppositionellen Parolen: AKW-Gegner, ein Frauenblock, Zivildienstleistende; sehr kämpferisch waren verschiedene Ausländergruppen, vor allem Türken, Spanier und das Nahost-Komitee. Alles in allem wurde die Hälfte der Demonstration von diesen Parolen bestimmt.

Im Anschluß an die DGB-Kundgebung fand dann ein oppositionelles Mai-Fest statt, zu dem trotz strömenden Regens 800 - 1.000 Menschen kamen. Die Initiative zu diesem Mai-Fest war von 2 Kollegengruppen und dem ‚Arbeitskreis Leben' ausgegangen; zur Durchführung des Festes hatte sich ein breites Bündnis von Initiativen und Organisationen zusammengefunden. (U.a. AKW-Initiative, Russell-Initiative, Frauen-Aktionseinheit, SOdZDL, AKNS, ‚KPD', SB, GIM, KB). Neben einem reichhaltigen Kulturprogramm gab es ein Kinderfest, Sketche und Lieder der Frauenaktionseinheit, und der AKW-Initiative und Gedichte und Texte vom „Arbeitskreis Literatur der Arbeitswelt".

Durch die opportunistische Argumentation, vor allem des SB und der GIM, war es nicht möglich, mit diesem Bündnis ein gemeinsames Vorgehen auf der DGB-Demonstration zu beschließen.

Erlangen

Zum erstenmal seit Jahren fand in Erlangen eine DGB-Demonstration statt. Durchgesetzt worden war sie gegen den massiven Widerstand des IG-Metall-Vorsitzenden Staudiegel, vor allem auf Initiative der IG-Metall-Jugend und einiger IG-MetallVKs. Die Beteiligung an der Demonstration und am anschließenden Fest, und auch die Stimmung unter den Kollegen übertraf alle Erwartungen und machte vor allem denjenigen DGB-Ortsfürsten einen Strich durch die Rechnung, die bis zum Schluß gehofft hatten, das ganze würde ein Reinfall, damit sie im nächsten Jahr wie gewohnt ihre Saalveranstaltung durchführen könnten!!

An der Demonstration beteiligten sich 800 Menschen, am anschließenden DGB-Maifest 2.000! Für die Demonstration hatte es einen Beschluß gegeben, daß keinerlei Transparente zu AKWs mitgetragen werden dürfen. Die AKW-Gegner und fortschrittlichen Gewerkschafter ließen sich leider auf diesen Beschluß ein, da sie befürchteten, daß sonst die KWU die Demonstration mit Pro-AKW-Transparenten dominieren würde!! Die AKW-Gegner bildeten mit einigen anderen oppositionellen Kräften einen eigenen Block, der im Abstand von 15 m hinter der DGB-Demo herzog (insgesamt ca. 80 Menschen).

Trotzdem wurde die Demo bestimmt von kämpferischen Forderungen, die in den Betrieben verabschiedet und vom DGB ‚abgesegnet' worden waren!! Unterstützt wurde dieser kämpferische Eindruck noch dadurch, daß die überwiegende Zahl der Transparente rot war; die IG Metall hatte nämlich, aus Angst, „daß die Kommunisten mit ihren roten Transparenten kommen", den hübschen Beschluß gefaßt, auch selbst nur rote Transparente mitzunehmen!!

Der IG-Metall-Frauenausschuß hatte mit einem Flugblatt zu einem Frauenblock aufgerufen, an dem sich 40 - 50 Frauen beteiligten.

Das Mai-Fest war bestimmt von sehr guten Kulturbeiträgen einer Münchener Gruppe und der IG Metall-Jugend-Songgruppe aus Erlangen. IG Metall-Chef Horst Klaus aus Nürnberg verblüffte mit sehr radikalen Tönen, während Staudiegel es sich nicht nehmen ließ, der Songgruppe bei der letzten Strophe des Liedes ‚Brüder, zur Sonne, zur Freiheit' den Strom abzudrehen! Allerdings machte er hiermit eine volle Bauchlandung, als das Lied von der Mehrheit der anwesenden Kollegen zuende gesungen wurde !!

München

Wie in jedem Jahr, fand in München nur eine Kundgebung des DGB statt, an der sich 12.000 Menschen beteiligten. Nach der Kundgebung wurde eine Demonstration durchgeführt, zu der der ‚Arbeiterbund' und der ‚Bund türkischer Arbeiter' aufgerufen hatte, unter Beteiligung von 700 Menschen. An der Kundgebung wie auch an der anschließenden Demonstration beteiligten sich eine ganze Reihe Frauengruppen, die scharfe Kritik an der immer noch bestehenden Diskriminierung der Frauen am Arbeitsplatz äußerten; Betriebsräte und Gewerkschaften hätten bisher daran nichts grundlegendes geändert, diskriminiert werde sogar in den eigenen Reihen!!

Etwas makaberes am Rande: zwei Wochen vor dem 1. Mai war der ‚Arbeiterbund' vor das DGB-Haus gezogen und hatte unter der Parole „Überlaßt den Kommunisten nicht den 1. Mai" eine Demonstration gefordert!! Daß es den DGB-Führern angesichts dieses Blödsinns die Sprache verschlug, wird von der AB-Führung auch noch als Erfolg gewertet!!!

Der Arbeiterbund veranstaltete mit einigen Ausländergruppen noch ein Mai-Fest, zu dem ca. 500 Menschen kamen!

Bamberg

An der vom DGB durchgeführten Demonstration, die eher einem Trauermarsch als einer kämpferischen Mai-Demo glich, beteiligten sich 200 Menschen. Nur einige Frauen und AKW-Gegner brachten mit ihren Parolen etwas Stimmung in die trübe Gesellschaft. Zu einem gemeinsamen oppositionellen Fest war es leider nicht mehr gekommen; einige AKW-Gegner trafen sich noch zu einem Film.

Landshut

Auf der alle Jahre wiederkehrenden DGB-Saalveranstaltung waren ca. 300 Menschen. Ein oppositionelles Vorgehen gab es dieses Jahr leider nicht, da sich weder die Frauengruppe, die AKW-Gegner noch die KB-Genossen so recht dazu entschließen konnten!

Würzburg

Auch hier gab's nur eine DGB-Saalveranstaltung, die von 300 - 350 Menschen besucht wurde. Von den ca. 50 anwesenden Oppositionellen (AKW-Gegner, Frauen, Russell-Initiative, SB, KSG/KAB „D" und Ausländern) gingen unter dem Beifall einiger Kollegen am Ende der Veranstaltung die Frauen und einige türkische Kollegen mit ihren Transparenten nach vorne.

Am Abend fand ein oppositionelles Fest mit 350 Menschen statt. Aufgerufen hatten: Initiativgruppe Umweltschutz, Russell-Initiative, Antifa-Komitee, SOdZDL, Frauengruppe, KSB/ML, KSG, SB, KB und SUBI (Gruppe zur Unterstützung der Indianer). Neben Sketchen der AKW-Initiative und einem Beitrag zur Argentinien-Solidarität war der Auftritt einer Zigeunergruppe und ein Beitrag zu den Zigeunerprozessen der absolute Renner des Abends.

Beteiligung von Schwulen am 1. Mai

Während die meisten an den Demonstrationen zum 1. Mai teilnehmenden Schwulen unerkannt in den Blocks ihrer Kollegen, in Betriebsgruppen oder Gewerkschaftsblocks mitzogen, gab es in mehreren Städten auch Schwulen-Blocks mit eigenen Forderungen:

Hannover: Rund 50 Schwule aus Göttingen, Kassel, Braunschweig, Wolfsburg und Hannover nahmen an der örtlichen Mai-Demo unter der Forderung ,,Gegen Schwulenhatz am Arbeitsplatz'' teil und verteilten Flugblätter zur Schwulenunterdrückung. ,,Wir Schwulen sind viel netter — als Heinz Oskar Vetter'' und ,,Nur weil wir Männer lieben, soll'n wir aus der Arbeit fliegen'' waren Parolen, die aus dem Schwulenblock gerufen wurden. Auf der alternativen Mai-fete atte die Hannoveraner Schwulengruppe einen Büchertisch aufgebaut.

Bremen: Eine ,,schwule Reihe'' bildeten Mitglieder und Sympathisanten der Schwulen Aktion Bremen im oppositionellen Block. Auf der vorangegangenen Mai-Fete hatte es zum ersten Mal einen Schwulen-Büchertisch gegeben.

West-Berlin: Etwa 50 Schwule forderten im Demonstrationzug der GEW auf Transparenten ,,Ersatzlose Streichung des § 175'' und ,,Kein Berufsverbot gegen Schwule." Flugblätter der ,,AG Repression gegen Schwule'' (überregionale Russell-Unterstützer-Gruppe) wurden verteilt und schwule

Gruppe) wurden verteilt und schwule

Lieder gesungen.

Essen: Auf der dortigen 1. Mai-Demonstration verteilten Schwule aus Köln, Bochum Oberhausen und Essen Flugblätter der ,,AG Repression gegen Schwule''.

Hamburg: Rund 50 Teilnehmer demonstrierten in einem Schwulenblock unter der Parole: ,,Schwulsein, freisein, nie mehr unterdrückt sein'' und verteilten Flugblätter der ,,AG Repression gegen Schwule'' mit folgenden Forderungen: Rechtliche Gleichstellung der Schwulen mit den Heterosexuellen, restlose Streichung des § 175, weg mit den Berufsverboten, Schutz vor Diskriminierung, strafrechtliche Verfolgung antischwuler Hetze, Recht auf ungehinderte politische Betätigung für alle Antifaschisten! —

Eine Beobachtung am Rande der Hamburger Demo: Zwei uniformierte Bullen hatten einen Stoß Flugblätter der verschiedensten Organisationen gesammelt, sahen sie durch, fischten sich zwei raus und legten sie mit der Bemerkung: ,,Die nehmen wir mit. Die sind für Osten (?)'' auf den Beifahrersitz des Peterwagens. Es handelte sich um ein Flugblatt der iranischen Studentenvereinigung CISNU und um ein Flugblatt der AG Repression gegen Schwule.

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

KB/Gruppe Hamburg

Frauenaktionen zum 1. Mai '78: »Küche, Heim und Herd sind kein ganzes Leben wert!«

Hamburg. Zum 1. Mai demonstrierten in Hamburg ca. 800 bis 900 Frauen in einem Frauenblock. Das war der mobilste und lustigste Zug in der DGB-Demo! Die Frauen waren verkleidet und sie trugen viele lila und rote Transparente mit Aufschriften, die sich gegen die Diskriminierung von Frauen in Haushalt und Beruf, gegen den »immer noch §218«, gegen unbezahlte Hausarbeit, gegen Vergewaltigung richteten. Wir haben viel gesungen und für Stimmung gesorgt mit: *»Ohne uns Frauen gibt's keine Revolution — Wir müssen kämpfen, gemeinsam schaffen wir's schon — Frauen auf die Barrikaden — kämpfen wir für unser Recht — Kapitalisten wir kommen — zieht die Schwänze ein — sonst geht's euch schlecht! Heute bleibt die Küche kalt — heute wird die Faust geballt!«*

In Hamburg erstmalig zum 1. Mai war das breite Spektrum beteiligter Frauengruppen: Frauen aus der Demokratischen Fraueninitiative (DFI), aus der F.R.A.U., dem Frauenzentrum Langenfelder Straße und der Aktionseinheit Hamburger Frauengruppen.

Leider wurde die Stimmung etwas dadurch getrübt, daß wir von etlichen männlichen Demonstrationsteilnehmern, u.a. auch einige Genossen, angemacht wurden und Sprüche kamen wie *»Ihr habt euch ja angezogen wie Hula-Mädchen«*, *»Es duftet hier ja so lila«* und *»Der 1. Mai ist schließlich der internationale Kampftag der Arbeiterklasse, ihr macht ja daraus einen Karnevalszug«*. Eine Genossin ist kritisiert worden, weil sie Frauenzeitungen verkauft hat! ...

Die Reaktion der Frauen war jedoch recht einstimmig: jetzt erst recht!



Frauenblock in Hamburg

Frauenblock in Hamburg

Bremen. In der DGB-Demo gab es

Bremen. In der DGB-Demo gab es

einen Frauenblock von ca. 200 Frauen, die ebenfalls bester Laune waren. Beteiligt waren Frauen aus der Frauenaktionseinheit und dem Frauenzentrum. Sie hatten Liedertexte verteilt und viele Transparente mitgebracht: *»Frauen erhebt euch und die Welt erlebt euch!«* — *»Überall Gewalt gegen Frauen — wir lassen uns nicht länger verhauen!«* — *»Freiheit für Irmgard Möller!«*. Zum Entsetzen einiger männlicher Demonstranten tanzten die Frauen auf der Straße.

Westberlin. Auch in Westberlin war Stimmung unter den ca. 1.000 Frauen im Frauenblock, der sich an der GEW-Demo beteiligt hat. Ein breites Spektrum von Frauengruppen hatte dazu aufgerufen: Schwangerschaftsberatung im Frauenzentrum, Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen/Frauen gegen Vergewaltigung e.V., Weiberplenum, Sozialistischer Frauenbund Westberlin, Frauen von der Roten Hilfe, Frauenladen Spandau, Moabiter Frauengruppe, Frauen gegen AKW, Projektgruppe Frauenwandkalender zum 8. März, AG Frauen des KB.

Transparente zeigten unsere Forderungen: *»Immer noch:- weg mit Paragraph 218!«* — *»Weg mit den Leichtlohngruppen!«* — *»Küche, Heim und Herd sind kein ganzes Leben wert!«*.

Hannover. In Hannover gab es dieses Jahr keine DGB-Demo, sondern nur eine Kundgebung, zu der und von der weg es eine Demo verschiedener Initiativen gab. In einem Frauenblock von ca. 50 Frauen wurden Transparente getragen: *»Frauen gegen Repression und Unterdrückung!«* — *»Der Muttertag macht uns nicht frei, wir sind am 1. Mai dabei!«*

Viele Frauen aus der autonomen Frauenbewegung haben sich an der Demo beteiligt.

Göttingen. Der Initiativenblock auf der Göttinger 1. Mai-Demo wurde in diesem Jahr von einem fast 100 Frauen starken Block unterstützt. Einige Frauen hatten sich den Pullover ausgestopft und Sandwiches mit »Mein Bauch gehört mir« umgehängt; die PH-Frauengruppe Lotta hatte eine, als Mann verkleidete Frau in einen Bollerwagen gesetzt, der von mehreren anderen Frauen gezogen wurde, die als Putzfrauen, Köchinnen, Erzieherinnen etc. verkleidet waren, um so auf die vielfältigen unbezahlten Arbeiten von Frauen aufmerksam zu machen. Mit vielen lila Fahnen und dufter Stimmung wurde neben den allgemeinen Parolen vor allem gerufen: *»Brechen wir den alten Bann, gleiches Recht für Frau und Mann!«* — *»Heute pfeift es jede Maus, für die Frauen ein eigenes Haus!«*.

Frankfurt. In der DGB-Demo hat es

Frankfurt. In der DGB-Demo hat es

einen gewerkschaftsoppositionellen Block gegeben, an dem sich auch ein Frauenblock beteiligt hatte: es waren ca. 50 Frauen. Klein, aber aktiv.

Essen. An der 1. Mai-Demo beteiligte sich ein Frauenblock der DFI mit ca. 50 Frauen. Frauen aus der autonomen Frauenbewegung waren dieses Jahr kaum vertreten.

Dormund. In Dortmund liefen vier Demonstrationszüge in Richtung Westphalenpark. In einem der Züge beteiligten sich ca. 50 Frauen im Frauenblock zusammen mit verschiedenen gewerkschaftsoppositionellen Initiativen und Organisationen.

Karlsruhe. In Karlsruhe ist die Demo wegen Regen klein gewesen. 30 Frauen und Kinder hat das Wetter nicht geschreckt: sie haben sich zu einem Blöckchen zusammengefunden.

Nürnberg. In Nürnberg beteiligten sich ca. 50 Frauen in einem Block an der DGB-Demonstration. Im Frauenblock demonstrierten Frauen aus der Juso-Frauengruppe, Gewalt-AG des Frauenzentrums, Wiso-Frauengruppe, Nordstadt-Frauengruppe, KB-Frauengruppe und die SPD-Fraueninitiative Nordbahnhof.

Ein zentrales Transparent trug die Aufschrift: *»Für ein selbstverwaltetes Frauenhaus in Nürnberg«*.

München. An der Mai-Kundgebung wie auch an der Demonstration beteiligten sich eine ganze Reihe von Frauengruppen, die scharfe Kritik an der immer noch bestehenden Diskriminierung der Frauen am Arbeitsplatz äußerten.

Würzburg. Hier beteiligten sich Frauen am oppositionellen Mai-Fest. Auf einer DGB-Saalveranstaltung zogen die Frauen mit Transparenten noch vorn und ernteten Beifall. Sie waren die einzigen, die hier überhaupt für Transparente gesorgt hatten!

Erlangen. Die erste Tat des neugegründeten IGM-Ausschusses war die Beteiligung an der DGB-Demo: sie bildeten einen ca. 50 Frauen starken Block.

Aus anderen Städten lagen uns leider keine Berichte vor.

Überall, in den großen und kleinen Frauenblöcken zum diesjährigen 1. Mai waren die Frauen mit viel Witz und kämpferischem Schwung dabei - wir bleiben so — bis zum nächsten Mai!!!

AG Frauen im KB/ Gruppe Hamburg
mit Unterstützung vieler Genossinnen der anderen Städte

Das „ML" - Lager am 1. Mai

Sehr unterschiedlich haben sich die drei größten westdeutschen „ML"-Gruppen - KBW, „KPD" und „KPD/ML" - zum diesjährigen 1.Mai verhalten. Aktionseinheiten zwischen ihnen - wie teilweise in früheren Jahren praktiziert - gab es u.W. in keinem einzigen Fall, Anstrengungen dazu — wenn auch kaum erkennbar — machte bloß die „KPD".

Der KBW vermied - bei wenigen Ausnahmen - peinlich jedes eigenständige Auftreten und tauchte fast überall nur schwer ausmachbar in den DGB-Demos unter. Im Gegensatz dazu pflegte die „KPD/ML" auch dieses Jahr wieder ihre Berührungsängste mit der westdeutschen Linken und dem DGB. Statt dessen organisierte sie zwergenhafte „eigene" „RGO"-Demos („RGO" = Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) weit ab vom eigentlichen Geschehen. Die „KPD" marschierte dagegen zusammen mit der Linken, ging vorher in der Regel auf örtliche Aktionsbündnisse ein (bei denen sie allerdings nirgendwo ihre reaktionären Vaterlands-Parolen unterbringen konnte), um nachträglich die Erfolge linker Aktionseinheitspolitik in der eigenen Presse in Zusammenhang ihrer Vaterlands-Parolen etc. zu bringen.

„KPD/ML"

Die „KPD/ML" hatte „RGO"-Demos in 14 westdeutschen Städten und in Westberlin angekündigt: Bielefeld, Bremen, Dortmund, Duisburg, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Kiel, Köln, Mannheim, München, Nürnberg, Rüsselsheim, Stuttgart. Nachträglich berichtete die "KPD/ML", daß insgesamt *„weit über 3000 Menschen"* an den 15 „RGO"-Demos teilgenommen hätten. Das wären immerhin 200 Leute pro Einzeldemo. Das ist eigentlich nicht besonders dicke für diese „einzige Vorhut der gesamtdeutschen Arbeiterklasse". Aber auch diese Angabe (3000 Menschen) dürfte noch erheblich übertrieben sein. Nicht umsonst gibt die „KPD/ML" - entgegen eigener Tradition - keine konkreten Einzelergebnisse in ihrer Presse bekannt.

In Einzelfällen haben unsere Genossen die „RGO"-Demos besichtigt. Danach hat die „KPD/ML" in keinem Fall ihre Durchschnittszahl (200 Leute) erreicht. Selbst in ihrer Hochburg Kiel blieb sie mit 180 Leuten noch knapp darunter. In Dortmund waren es noch gerade 100, in Bielefeld bloß 50 und in Mannheim nur noch 35-40 Leutchen.

Über 9 Mai-Veranstaltungen der „KPD/ML" berichtet der „Rote Morgen" (5.5.78). Danach wurden auf 5 Veranstaltungen jeweils 200 Besucher registriert (Hamburg, Dortmund, Gütersloh, Duisburg und Köln). Jeweils 100 Besucher sollen es in Mannheim und Bremen gewesen sein, 130 in Frankfurt und für Westberlin wird lieber gar keine Angabe gemacht. Da die „KPD/ML" erfahrungsgemäß zu Übertreibungen (bei den eigenen „Erfolgen") neigt und zudem Veranstaltungen stets besser besucht werden als Demonstrationen, kann leicht auf die tatsächlichen Teilnehmerzahlen auf den „RGO"-Demos rückgeschlossen werden.

KBW

Der Zersetzungsprozeß des KBW und die damit verbundene rasante Talfahrt der letzten Jahre hat sich offenbar auch 77/78 mit unvermindertem Schwung fortgesetzt („Das ist ausgezeichnet, weil notwendig", Schmierer). Wir wollen ein paar Zahlen aus den (ehemaligen) Hochburgen des KBW dazu nennen.

Im KBW-Stammsitz Heidelberg folgten 1976 immerhin noch 1500 Leute dem KBW, letztes Jahr waren es knapp die Hälfte: 700 und dieses Jahr nur noch 300.

Nicht besser in Freiburg: hier demonstrierten 1977 noch 500 Leute im KBW-Block, dieses Jahr nur noch 100. In der jetzigen KBW-Zentrale Frankfurt demonstrierten 1977 noch 400 Leute beim KBW, heuer nur noch 150. In Göttingen brachte der KBW 1977 immerhin noch 300 Mann auf die Beine, gegenüber mageren 100 in diesem Jahr. Wir wollen es bei diesen Beispielen belassen. Es handelt sich um die Spitzenwerte beim KBW, zumeist sieht's noch schlimmer aus.

„KPD"

Mit Ausnahme von Köln und München - wo diese Gruppe recht stark vertreten ist - ist die „KPD" u.W. überall bestehenden linken Aktionseinheiten beigetreten, bzw. hat sich ernsthaft und durchweg mit Erfolg darum bemüht. Dies ist Ausdruck der neuen Bündnispolitik, wie sie auf dem letzten „Partei"-Kongreß der „KPD" entwickelt und verabschiedet wurde. Die Mitarbeit in diesen Aktionseinheiten erkaufte sich die „KPD" fast überall mit dem Verzicht auf ihre spezifischen Parolen (der Vaterlandsverteidigung und des militanten Antisowjetismus). Trotzdem hat sie natürlich mit Hinweis auf die überall anerkannte „Freiheit der Propaganda" für jeden einzelnen AE-Teilnehmer, ihren Plunder nachträglich in die Demos und Kundgebungen wieder eingeschmuggelt und werbewirksam fotografiert.

In ihrer nachträglichen Berichterstattung in der „Roten Fahne" wird dann absichtlich und die Realitäten auf den Kopf stellend ein völlig falsches Bild der oppositionellen Demos gezeichnet, sowohl hinsichtlich ihrer politischen Stoßrichtung als auch hinsichtlich der Rolle, die die „KPD" auf den Demos und bei ihrem Zustandekommen spielte. Der unbefangene „RF"-Leser erhält den Eindruck, als ob diese Demos v.a. unter Vaterlands-Parolen und im wesentlichen im Schlepptau der „KPD" gelaufen wären. Wir wollen dies am Beispiel der Hamburger Oppositions-Demo belegen.

Diese Demo stand fast 100%ig im Zeichen des oppositionellen Bürgerschaftswahlkampfes der „Bunten Liste/Wehrt Euch". In allen - auch den bürgerlichen - Presseorganen wurde so berichtet (vergl. z.B. „Hamb. Morgenpost", „Hamb. Abendblatt" etc.). Die meisten Redner sprachen als Kandidaten der „Bunten Liste". Dieser Umstand fällt in der „RF"-Berichterstattung völlig unter den Tisch. Die „Bunte Liste" wird nicht einmal nebenbei auch nur erwähnt.

Was schreibt die „KPD": Auf Seite 1 ihrer „RF" (3.5.78) erscheint unterhalb des Hauptaufmachers *(„Protest gegen Breschnew"/ „Wir klagen Breschnew an")* die 1.Mai-Berichterstattung, beginnend mit einem riesigen Foto der Mai-Kundgebung in Hamburg. Bildunterschrift: *„7000 beteiligten sich an der Kundgebung der Aktionseinheit in Hamburg"*. Zu sehen ist ein „KPD"-Transparent *(„Für ein unabhängiges, vereintes (!!) sozialistisches Deutschland")*. Diese Parole hat ganz ausdrücklich n i c h t s mit der Aktionseinheit zu tun. Das wußte die „KPD". Auf Seite 2 der „RF" setzt der Leitartikel zum 1.Mai fort, wobei besonders die Erfolge der Linken in Hamburg und Westberlin herausgestrichen werden. Dazu heißt es dann: *„Dabei hat die Politik der Aktionseinheit (....) in unserem Land an diesem ersten Mai neuen Auftrieb erhalten."* Suggeriert wird indirekt, daß dies mit der „neuen Bündnispolitik" der „KPD" zu tun hat. Tatsache dagegen ist, daß diese Politik der Aktionseinheit seit Jahren von immer mehr Teilen der Linken kontinuierlich entwickelt wurde und ein besonderer „neuer Auftrieb" gerade in diesem Jahr durchaus nicht stattgefunden hat. Z.B. demonstrierten schon im letzten Jahr in Hamburg unter den Parolen fast derselben linken Aktionseinheit bereits etwa 7500 Leute zur eigenen Abschlußkundgebung - allerdings ohne die „KPD", die letztes Jahr noch einen sektiererischen Mini-Alleingang vorzog. Neu in diesem Jahr war also in Hamburg im wesentlichen, daß die „KPD" mit ihrem zusammenschmelzenden Häuflein Anhänger mit von der Partie war.

Im Innenteil der „RF" wird die „KPD" dann gänzlich skrupellos. Dort ist ein 1-seitiger Artikel überschrieben: „Zentrale Mairede der KPD" (S. 10). Im Vorwort heißt es: *„Der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Christian Semler, sprach in Westberlin und Hamburg (Foto). Im folgenden Auszüge aus der zentralen Rede".* Es folgt dann eine Seite lang der reaktionäre Schmonz der „KPD". Zum „Foto"-Hinweis: Ein in den Artikel montiertes Foto zeigt Semler vor einem Transparent. Bildunterschrift: *„Genosse Christian Semler, Vorsitzender des ZK der KPD, auf der Kundgebung der Aktionseinheit (!!) in Hamburg."*

Jeder - der in Hamburg nicht selbst dabei war - hat so selbstverständlich den Eindruck, daß Semler seinen Scheiß auf der Massendemonstration der Hamburger Linken ablassen konnte und daß dieser Umstand offensichtlich dem „Einfluß" der „KPD" in Hamburg entspricht.

Die geschickten Manipulations- und Fälschungsversuche der „KPD" bedeuten einen Betrug sowohl an den Lesern ihrer Zeitung als auch an den anderen Teilnehmern der Aktionseinheit. Tatsache war dagegen, daß Semler seine Rede auf einer Miniveranstaltung („Parteiveranstaltung") am 30. April gehalten hat und auf der Kundgebung der Aktionseinheit („Bunte Liste") nur als Zuschauer vertreten war. Es ist bedauerlich, wenn eine dem Anspruch nach linke Organisation zu solchen Methoden greifen muß, um ihr Selbstwertgefühl zu erhalten. Peinlich.

1. Mai - Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse !

VR China: Die traditionelle Massendemonstration wurde von der Parteiführung abgesagt, und zum ersten Mal in der Geschichte der VR China fielen zum diesjährigen 1. Mai die Volksfeste aus. In einem Kommunique des Informationsministeriums wurde das mit „Sparmaßnahmen" „begründet". Stattdessen ehrten Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen „vorbildliche Arbeiter, Helden des ehrgeizigen Programms zum wirtschaftlichen Aufbau" und forderten das Volk dazu auf, für bessere wirtschaftliche Resultate zu arbeiten.

Vietnam: In Vietnam wurde am 1. Mai der dritte Jahrestag des Siegs im Volkskrieg und der 88. Geburtstag von Ho Chi Minh gefeiert. Über 30.000 Menschen versammelten sich zu einer Kundgebung vor dem Konferenzpalast Tong Nhat und nahmen an verschiedenen Feierlichkeiten teil.

Japan: Am 1. Mai – in Japan kein Feiertag – demonstrierten insgesamt ca. 4,5 Millionen Menschen, allein in Tokyo 300.000. In Tokyo wurden nach einer Großkundgebung sechs Demonstrationszüge gebildet. Parolen und Transparente richteten sich gegen die Wirtschaftskrise, gegen die Fukuda-Politik und gegen die Bildungspolitik. Weitergehende Forderungen wurden vor allem von den linken Organisationen (KPJ/ML, Japanische Arbeiterpartei, Vierte Internationale und Chukukuha) aufgestellt, so gegen den Großflughafen Narita, und für die Anti-Narita-Demonstration am 7. Mai mobilisiert. Da der 1. Mai ein Arbeitstag ist, mußten die Schüler und Arbeiter aus Betrieben mit schwacher gewerkschaftlicher Organisierung den Demonstrationen fernbleiben. Daß die Gesamtbeteiligung an den diesjährigen 1. Mai-Demonstrationen deutlich unter der des letzten Jahres lag (sieben Millionen), wird von der japanischen Linken u.a. auf die Niederlage in den jüngsten Lohnkämpfen zurückgeführt.

Afghanistan: Der Revolutionsrat von Afghanistan erklärte den 1. Mai zum Feiertag – in Gedenken an den Militärputsch der vorangegangenen Woche, bei dem das Regime von Mohammed Daoud gestürzt worden war. Radio Kabul beglückwünschte „die Arbeiterklasse von Afghanistan und der ganzen Welt zu diesem historischen Tag".

Australien: An der einzigen Mai-Demonstration, die genehmigt worden war – in Brisbane –, nahmen 4.000 Menschen teil. Sie nutzten diese Gelegenheit, um gegen das Demonstrationsverbot zu demonstrieren, das vor acht Monaten verfügt worden war.

Indien: Drei Tote, 34 Verletzte und 18 Schwerverletzte waren die Folge des brutalen Polizeiterrors gegen Demonstrationen in Agra, 200 km südlich von Neu Delhi. Die Demonstration hatte sich gegen Gewalttätigkeiten der Bullen einige Tage zuvor gerichtet. Über die ganze Stadt wurde der Ausnahmezustand verhängt und Militär patrouillierte durch die Straßen.

Iran: Nach einer verbotenen Mai-Demonstration gab es einen brutalen Polizeieinsatz gegen Studenten an der Universität von Täbris. Danach wurde die Universität von Polizeieinheiten abgesperrt.

Pakistan: Wegen Beteiligung an einer verbotenen Mai-Demonstration wurden von einem Militärgericht zwölf Menschen zu einem Jahr Gefängnis und 15 weitere zu je zehn Stockschlägen verurteilt!

Israel: Tausende Israelis nahmen an einer Mai-Demonstration in Tel Aviv teil; den Arabern wurden von den Behörden Mai-Demonstrationen im besetzten Gebiet des Westjordan verboten.

Mexiko: Die mexikanischen Arbeiter demonstrierten am diesjährigen 1. Mai gegen Lohnstopp und „Spar"politik. Es fanden zahlreiche Großdemonstrationen statt, die in Opposition zu denen der regierungstreuen und „unabhängigen" „Gewerkschaften" durchgeführt wurden.

Nicaragua: Einheiten der Nationalgarde und der Polizei verhinderten eine Veranstaltung, zu der die linke Gewerkschaft und die „Demokratische Befreiungsunion" (MDL) aufgerufen hatten. Die Gewerkschaftsbüros wurden von den Bullen besetzt und mehrere Gewerkschaftsführer festgenommen. Gleichzeitig wurde das gesamte Propagandamaterial zur Vorbereitung einer verbotenen Demonstration beschlagnahmt. Die Regierung des Generals Somoza beging den 1. Mai auf ihre Weise mit einer Kundgebung unter Beteiligung der regierungstreuen „Gewerkschaften".

Brasilien: Nach einer langen Zeit ohne Demonstrationen konnten die brasilianischen Arbeiter am diesjährigen 1. Mai erstmalig wieder auf die Straße gehen. Sie stellten insbesondere Lohnforderungen auf. Die größten Demonstrationen fanden in Sao Paulo und Porto Allegro statt.

Chile: Ein massives Polizeiaufgebot jagte mit Knüppeleinsätzen in Santiago Arbeiter auseinander, die sich auf der Praca Pedro Aguirre Serda versammeln wollten. Mehrere Dutzend wurden festgenommen, darunter die bekannten Gewerkschaftsführer Eduardo Rios, Ernesto Vogel und Clotario Blest. Die Arbeiter riefen „Freiheit, Freiheit!" und „Lang lebe der 1. Mai" und zogen trotz des brutalen Polizeieinsatzes weiter in die Kirche San Francisco, wo Gewerkschaftsführer vor mehr als 3.000 Menschen sprachen. Die einzige erlaubte „Mai-Kundgebung" fand im Sitz der Junta selbst statt, wo Pinochet eine Verfügung zur Gründung eines „Nationalen Rats der Arbeit" verlas und den ersten Teil eines neuen Arbeitsgesetzes bekanntgab. Die chilenischen Gewerkschaften protestierten dagegen und forderten die Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit sowie aller anderen unterdrückten Rechte der Arbeiter. Außerdem konnten am 1. Mai an sechs verschiedenen Stellen der Hauptstadt Bombenanschläge registriert werden.

Kuba: Hunderttausende nahmen an einer Kundgebung auf dem „Platz der Revolution" in Havanna teil. Anschließend fand eine Großdemonstration mit Blöcken der verschiedensten Produktionssektoren statt. An der Demonstration beteiligten sich auch die Schüler- und Studentenorganisationen sowie die Kinderorganisation „Pioniere".

Zypern: Zu einer ersten Demonstration am 1. Mai kam es in dem von der Türkei besetzten Norden Zyperns. 30 Organisationen, darunter die Oppositionsparteien sowie sozialistische und revolutionäre Organisationen, riefen zur Kundgebung auf. Auf dieser Kundgebung wurde die Unabhängigkeit Zyperns und das Verbot faschistischer Organisationen gefordert. Die Demonstration hat eine große Bedeutung für den Kampf um die Unabhängigkeit und gegen die imperialistischen Pläne, die eine Teilung Zyperns in einen griechischen und einen türkischen Föderativstaat vorsehen.

Griechenland: Der internationale Kampftag wurde in Griechenland an mehreren Tagen von den verschiedenen Gewerkschaften und fortschrittlichen Parteien gefeiert. Die CGT und einige Arbeiterorganisationen von Athen und Piräus führten am 1. Mai eine Versammlung in einem Theater der Hauptstadt durch. Die Gewerkschaften, die der PASOK und den „kommunistischen" Parteien nahestehen, feierten den internationalen Kampftag am 4. Mai mit einem 24stündigen Streik.

Italien: Der 1. Mai stand dieses Jahr im Zeichen der Terroristenhetze und brachte einen Rückgang in der Mobilisierung im Vergleich zum letzten Jahr. In Turin nahmen ca. 40.000 Menschen an der Demonstration teil, davon 5.000 im Block der Linken. In Mailand nahmen 20.000 Menschen an einer Demonstration teil, die stark von den Christdemokraten und Klerikalen geprägt war. An dieser Demonstration beteiligten sich etwa 2.000 Linke. Die Demonstration in Neapel hatte 40.000 Teilnehmer. Insgesamt waren die Demonstrationen offensichtlich mehr von „Anti-Terror"-Parolen als von gewerkschaftlichen Forderungen bestimmt. Das gilt auch für die Reden der Gewerkschaftsführer auf den Kundgebungen.

Portugal: Dieses Jahr kam es am 1. Mai zur größten Massenmobilisierung seit der Befreiung vom Faschismus. Der fünfte 1. Mai seit dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes stand völlig im Zeichen der Gegenoffensive der portugiesischen Werktätigen gegen Faschisierung, Restauration

Gegenoffensive der portugiesischen Werktätigen gegen Faschisierung, Restauration

des Kapitalismus, Krise und Arbeitslosigkeit. Die CGTP-Intersindical, der Dachverband (fast) aller Gewerkschaften, hatte in mehr als 200 Orten zu einheitlichen Demonstrationen und Kundgebungen aufgerufen. Über 1,5 Millionen Menschen (15% der Gesamtbevölkerung) beteiligten sich an diesen Mai-Aktionen. In Lissabon nahmen 500.000 Menschen an der Demonstration teil, in Porto waren es 300.000 Menschen; im Alentejo beteiligten sich 140.000 Menschen an den Mai-Aktionen, die dort ganz im Zeichen der Verteidigung der Landkooperativen standen. Die Lissaboner Demonstration wurde von einem nelkengeschmückten Bus angeführt, auf dem in Riesenlettern „Sozialismus" stand. Ständig wurden „Grandola" und die „Internationale" gesungen. Die häufigsten Rufparolen waren „Gegen die Erhöhung der Lebenskosten!", „Gegen die Entlassungen!", „Gegen den Imperialismus – für nationale Unabhängigkeit!", „Gegen den Faschismus!", „Für die Agrarreform!". Vor dem Haus, in dem der revolutionäre General Rosa Coutinho am Fenster stand, riefen die Demonstranten „MFA, MFA!". Ein Witz am Rande des 1. Mai in Lissabon war eine „Mai-Kundgebung" der PS, die als Konkurrenz zur Intersindical veranstaltet war. Trotz kostenloser Busse und Gratisessen verirrten sich nur wenige Tausend in den Monsanto-Park, wo Soares die Frechheit besaß, die ständig steigenden Lebenshaltungskosten – nicht zuletzt ein Produkt seiner Regierungstätigkeit – „anzuprangern".

Spanien: Nach über 40 Jahren Faschismus konnten die Menschen in Spanien an diesem 1. Mai erstmals ohne polizeiliche Verbote in Freiheit demonstrieren. Die Beteiligung an den insgesamt 200 Demonstrationen war überwältigend: sieben Millionen Menschen gingen auf die Straße. Die größten Demonstrationen fanden in Madrid und Barcelona statt. In Madrid demonstrierten nach Schätzungen der spanischen Gewerkschaften eine Million Menschen! Das war die größte Demonstration in Madrid seit dem spanischen Bürgerkrieg. In Barcelona folgten etwa 500.000 Menschen dem Aufruf der Gewerkschaften. Die anarcho-syndikalistische CNT und die „Sindicato Unitario" (Gewerkschaft der rechts„maoistischen" ORT) führten jeweils eigene Demonstrationen durch, deren Teilnehmerzahlen auf 15.000 und 50.000 geschätzt wurden. In einigen baskischen Städten (größte Demonstration in Bilbao mit 80.000 Menschen) kam es zu vereinzelten Auseinandersetzungen mit der Polizei und teilweise zu Konfrontationen zwischen Anhängern des christdemokratischen PNV und des militärischen ETA-Flügels. Auf einer Demonstration in Pamplona mit 35.000 Teilnehmern gab es zwölf Verletzte auf Grund eines Polizeieinsatzes: Die Demonstranten hatten mit ihren Parolen die ETA gefeiert.

Frankreich: Die Mobilsierungszahlen zu den Demonstrationen blieben weit hinter denen des letzten Jahres zurück. In vielen Städten hatten noch nicht einmal die Parteien der Linken, PCF und PS, zum 1. Mai aufgerufen. Gingen letztes Jahr in Paris noch 150.000 Menschen auf die Straße, waren es dieses Mal nur knapp 30.000! Die Gewerkschaft CFDT rief zwar zur Demonstration auf, ihr Generalsekretär Edmond Maire erklärte jedoch, er sei zu „müde", um selbst teilzunehmen. Deswegen riefen die Demonstranten „Edmond, wenn Du seltener Giscard besuchen würdest, wärst Du auch nicht so müde!". Revolutionäre Organisationen, Frauengruppen und Ausländerorganisationen haben die Hälfte der Pariser Demonstration ausgemacht. Allein der Frauenblock hatte 5.000 bis 6.000 Teilnehmerinnen. Vorneweg trugen sie ein Transparent zur Solidarität mit Heidi. Parolen wurden insbesondere zum Tschad und zum Libanon gerufen. Nachdem einige „Autonome" Schaufenster von Läden eingeschmissen hatten, griffen die Bullen brutal ein und verhafteten 48 Demonstranten. Davon wurden sieben am 3. Mai durch ein Schnellgericht zu drei Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt. Sämtliche Organisationen der revolutionären Linken distanzierten sich von den Aktionen der „Autonomen" und bezeichneten sie als „Provokation". Auch in der Provinz gingen die Teilnehmerzahlen der Kundgebungen und Demonstrationen dieses Jahr zurück.

Belgien: Die Mobilisierung zum 1. Mai fiel in Belgien recht dürftig aus, obwohl die Tage vor und nach dem 1. Mai ganz im Zeichen der spontanen Streiks der Arbeiter und Angestellten des Öffentlichen Dienstes standen, mit denen sie gegen die Kürzungen des Urlaubsgeldes und die Verschleppungstaktik bei den Tarifverhandlungen protestierten. Auch linke Demonstrationen und Kundgebungen waren nur mäßig besucht. Die größte Mobilisierung erreichte die vaterländische „Amada", die auf ihrer nationalen Festveranstaltung 2.000 Teilnehmer hatte. Die Demonstrationen der „Amada" hatten in Brüssel 850 und in Antwerpen 300 Teilnehmer. Die „Pour le Socialisme" hatte sich stark für „einheitliche Aktionen der Linken" am 1. Mai eingesetzt und auf dieser Linie in Liege mit mehreren Organisationen eine Demonstration mit 300 Teilnehmern und ein Fest mit 350 Teilnehmern organisiert.

England: In England war dieses Jahr der 1. Mai zum ersten Mal Feiertag. Insgesamt fanden mehr als 6.000 Kundgebungen statt.

Schweiz: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hatte in mehrere Städten zu Kundgebungen aufgerufen, deren Teilnehmerzahl insgesamt ca. 20.000 betrug. Die Redner von SGB, verschiedenen Einzelgewerkschaften und der SP forderten „aktive Vollbeschäftigungspolitik", „öffentliche Wirtschaftsförderung" und eine „bessere Berufsbildungspolitik". Verurteilt wurden der Firestone-Konzern und die Technic-Air in Genf, die zum 1. Mai 300 Arbeiter entlassen hatten. Bundespräsident Ritschard, der in seiner Rede in Thun die Einführung der Bundessicherheitspolizei

Ritschard, der in seiner Rede in Thun die Einführung der Bundessicherheitspolizei

verteidigte, wurde mit einem kleinen Feuerwerk belohnt, das ihm einige AKW-Gegner bereiteten. Ansonsten traten jedoch die oppositionellen Kräfte am 1. Mai kaum in Erscheinung.

Schweden: In Stockholm gab es dieses Jahr sechs Demonstrationen mit einer Beteiligung von insgesamt 60.000 Menschen. Die stärkste Demonstration war die von Sozialdemokraten und LO (Dachverband der schwedischen Gewerkschaften) mit einer Teilnehmerzahl von 30.000. Die Parolen und Transparente waren stark von den Sozialdemokraten geprägt. So wurden im wesentlichen neben Forderungen gegen den Abbau der Reallöhne und gegen Sparpolitik die „Forderung" nach einer neuen Regierungsübernahme durch die sozialdemokratische SAP vertreten. An der Demonstration der euro-revisionistischen VPK, der sich auch andere linke Organisationen wie „Förbundet Kommunist" angeschlossen hatten, beteiligten sich 15.000 Menschen unter den Parolen „Für Arbeiterpolitik und Sozialismus – Kampf gegen die Krise – Kampf dem Imperialismus!". Die vaterländische SKP führte eine Demonstration mit 4.000 Teilnehmern durch.

Dänemark: In Kopenhagen gab es diesmal die größte Mai-Mobilisierung seit Jahren. Insgesamt nahmen an den fünf Demonstrationen 50.000 bis 60.000 Menschen teil: Erstmalig gab es dieses Jahr eine Demonstration der Sozialisten, die jedoch nur wenige tausend Teilnehmern hatte; außerdem eine Demonstration der linksreformistischen „Socialistisk Folkeparti", eine Demonstration der MLer, eine Demonstration der DäKP, deren Teilnehmerzahl mit gut 10.000 im Vergleich zum Vorjahr noch weiter zurückgegangen war – die DäKP, die früher die größten Mai-Demonstrationen auf die Beine gebracht hatte, war schon letztes Jahr in ihrer Mobilisierungsstärke hinter die Demonstration einer linken Aktionseinheit zurückgefallen. Die mit Abstand größte Mai-Demonstration – 30.000 – wurde dieses Jahr von „Venstre Socialisterne" und „Forbundet Socialisterne" durchgeführt. Aktionseinheitsverhandlungen mit der DäKP und SF waren im wesentlichen daran gescheitert, daß keine Einigung über die schließlich von VS und FS aufgestellte Hauptparole erzielt werden konnte: „Kampf der Offensive der Bourgeoisie – Kampf der ‚Einkommenspolitk' – Brecht die Klassenzusammenarbeit von LO-Führung und Sozialdemokratie!". Von den Demonstranten wurden sehr viele antiimperialistische Forderungen aufgestellt, darunter auch „Kampf der NATO, dem Instrument des Imperialismus!" und „Kampf der EG des Kapitals – Kampf der Offensive der westdeutschen Bourgeoisie – verteidigt die demokratischen Rechte!". Frauenforderungen wurden unter der Hauptparole „Kein Frauenkampf ohne Klassenkampf – kein Klassenkampf ohne Frauenkampf!" aufgestellt. Ansonsten richteten sich die Parolen wesentlich gegen Lohnabbau und „Spar"-politik. Für den Nachmittag hatten die seit mehreren Monaten gegen Entlassungen und für bessere Arbeitssicherheit streikenden Gerüstbauarbeiter zu einem Volksfest mit viel Musik und Reden der Organisationen eingeladen. Dorthin, in den Nationalpark, führten alle Demonstrationen der Parteien. An diesem Fest beteiligten sich über 50.000 Menschen. Am Abend führten VS und FS eine antiimperialistische Veranstaltung mit über 2.000 Teilnehmern durch, auf der neben einem Vertreter des MIR und von ELP auch eine Vertreterin des KB über das „Modell Deutschland" sprach.



Türkei: Auch dieses Jahr kam es wieder zu einer machtvollen Demonstration in Istan-

Die Bilder der Opfer des letzten 1. Mai werden in den ersten Reihen getragen

Türkei: Auch dieses Jahr kam es wieder zu einer machtvollen Demonstration in Istanbul, an der über 500.000 Menschen teilnahmen. Auch in anderen Städten wie Ankara, Izmir, Adana fanden große Demonstrationen statt. Diese Demonstrationen sind ein Beweis dafür, daß die faschistische Strategie der Spannung die Massen nicht einschüchtern konnte. Die Faschisten hatten während der Vorbereitungen auf den 1. Mai 16 Menschen ermordet, viele beim Plakatekleben und Flugblattverteilen. Auch der bestialische Angriff des Geheimdienstes und der Faschisten auf die Mai-Demonstration des letzten Jahres, auf der mindestens 38 Menschen ermordet wurden, konnte dieses Jahr nicht den Aufmarsch der antifaschistischen und fortschrittlichen Menschen verhindern. Der Kundgebungsplatz in Istanbul war von massivem Militär- und Polizeiaufgebot umstellt. Auf der Demonstration standen Parolen gegen den Faschismus im Vordergrund: „Hoch die Einheit aller Kräfte, die gegen Faschismus und Imperialismus kämpfen!" – „Verbot aller faschistischen Organisationen und Ideenvereine!" – „Aufhebung der faschistischen und rassistischen Unterdrükkung!". Da die Ecevit-Regierung noch keine einschneidenden Maßnahmen gegen die Faschisten unternommen hat und die Krise weiter auf die Werktätigen abgewälzt wird, unterschieden sich die Parolen auch kaum von denen der letztjährigen Mai-Demonstration unter der rechtsradikalen nationalen Frontregierung Demirels. So waren weitere Parolen wieder „Das Recht auf Generalstreik muß gesetzlich verankert werden!", „Recht auf gewerkschaftliche Organisierung für alle arbeitenden Menschen!", „Unabhängige Türkei, unabhängiges Griechenland – hoch die Brüderschaft zwischen türkischem und griechischem Volk!", „Weg mit den bilateralen Verträgen zwischen USA und Türkei!", „Raus aus der NATO, Cento und anderen imperialistischen Bündnissen!". Zahlreiche Parolen forderten außerdem die Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei und die Abschaffung des Gesetzes, das die revolutionäre Propaganda verbietet.

Die Bilder der Opfer des letzten 1. Mai werden in den ersten Reihen getragen



Der Generalvorsitzende der DISK



Bullen und Militär „wachen" über die 1. Mai-Demonstration



1. Mai in Madrid

Betrieb und Gewerkschaft



Zwischenbilanz der BR-Wahlen

Weitere Erfolge der Arbeiteropposition

Die Erfolgsserie linker und fortschrittlicher Oppositionsgruppen zu den diesjährigen Betriebsrätewahlen hält an. In nunmehr über 40 westdeutschen Betrieben sind Oppositionslisten in die Betriebsräte eingezogen und haben zum Teil beachtliche Erfolge erzielt. In den Großbetrieben Opel-Bochum und Daimler-Benz in Stuttgart konnte sich die Opposition zum dritten Mal seit 1973 im Betriebsrat halten.
Wir werden im nächsten ARBEITERKAMPF eine ausführliche Übersicht und Gesamtauswertung der Wahlen veröffentlichen.

Wahlfälschung bei Daimler-Benz Stuttgart-Untertürkheim

Zum dritten Mal seit 1972 – diesmal mit noch stärkerer Stimmenzahl – ziehen oppositionelle Betriebsräte in das Gremium ein:

Linke Liste:
3.200 Stimmen (1975: 2.650)
27 % (18 %)
8 Sitze (3)

IGM: 65 %
19 Sitze (22)

Noch während der Auszählung der Stimmen entdeckten Zeugen, daß offensichtlich die Wahlen manipuliert wurden. So wurden 124 Wahlzettel im Stapel, alle in der gleichen Weise fein säuberlich gefaltet, entdeckt. Al-

27 % (18 %)
8 Sitze (3)

IGM: 65 %
19 Sitze (22)

Noch während der Auszählung der Stimmen entdeckten Zeugen, daß offensichtlich die Wahlen manipuliert wurden. So wurden 124 Wahlzettel im Stapel, alle in der gleichen Weise fein säuberlich gefaltet, entdeckt. Al-
le mit Stimmen für die IGM-Liste. Beobachter merkten an, daß dieser Stapel unmöglich so durch den viel zu engen Schlitz der Urne geworfen worden sein konnte. Es besteht der Verdacht, daß Wahlhelfer mitgemischt haben. Proteste aller Listenvertreter, mit Ausnahme der IGM, blieben seitens des Wahlvorstandes unbeantwortet. Stattdessen erklärte dieser dummdreist: *„Jeder, der häufiger mit großen Postsendungen zu tun hat, weiß, daß sich zum Beispiel durch den Transport zufällige Sortierungen ergeben können."* Und weiter: *„Irgendwelche Besonderheiten (seien) nicht aufgetreten"* („Frankfurter Rundschau" –„FR", vom 27.4.78).

Drei linke Betriebsräte haben mittlerweile beim Arbeitsgericht Stuttgart wegen Verdacht auf Wahlbetrug die Betriebsrätewahlen angefochten.

***

Opel-Bochum: 9 Sitze für die Opposition

Folgenden Ausgang hatten die Betriebsrätewahlen am 9. Mai:

	Stimmen	%	Sitze
Arbeiter:			
Liste 1 (CDA)	2.175	17,3	6
Liste 2 (IGM)	5.823	46,3	16
Liste 3 (Alternative)	765	6,1	2
Liste 4 (Türken)	345	2,7	1
Liste 5 (Opposition)	**3.323**	**26,4**	**9**
Liste 6 (Basis)	141	1,1	-
Angestellte-			
Liste 1 (IGM)	923	53,9	3
Liste 2 (CDA)	355	20,7	1
Liste 3 (DAG)	412	24,1	1

Die linke „Liste für die Belegschaftsforderungen" (Liste 5) konnte damit nicht an ihrem Erfolg der letzten Wahlen anknüpfen. Sie verlor 10,1 % und 3 Sitze. Dennoch ist das Ergebnis ein Erfolg der Opposition, die praktisch in allen Auseinandersetzungen Zielscheibe sämtlicher anderen Fraktionen war und deren Mitglieder von Gewerkschaftsausschlüssen betroffen waren und bedroht sind. Zusätzlich trug in diesem Jahr zur Verwirrung bei, daß die IGM-Liste sich in vier Teile aufspaltete (Listen 1, 2, 5 und 6), wobei zwei (Basis-Liste und Alternative) sich links von der offiziellen IGM-Liste gaben.

Für die IGM bedeutet das Ergebnis, daß sie erstmals bei den Arbeitern die absolute Mehrheit verlor. Bedauerlich ist das Abschneiden der CDU-nahen IGM-Mitglieder auf der CDA-Liste. Ganz offensichtlich ist

zur Verwirrung bei, daß die IGM-Liste sich in vier Teile aufspaltete (Listen 1, 2, 5 und 6), wobei zwei (Basis-Liste und Alternative) sich links von der offiziellen IGM-Liste gaben.

Für die IGM bedeutet das Ergebnis, daß sie erstmals bei den Arbeitern die absolute Mehrheit verlor. Bedauerlich ist das Abschneiden der CDU-nahen IGM-Mitglieder auf der CDA-Liste. Ganz offensichtlich ist
diese Liste auch von den fortschrittlichen Kollegen unterschätzt worden. (Nach Berichten eines Bochumer Genossen).

***



Erfolge des Arbeitskreis Transport in Hamburg

Der Arbeitskreis Transport im Bereich der Hamburger Speditions- und Schiffsmaklerbetriebe sowie Reedereien erreichte ca. 20 Sitze in den Betriebsräten.

Dieser Erfolg wurde errungen, obwohl in diesem Bereich nur etwa 1 % der Kollegen gewerkschaftlich organisiert sind und andererseits die ÖTV-Führung die Entwicklung gewerkschaftlicher Arbeit in diesem Bereich stark behindert. 1975 wurde der Arbeitskreis Transport (AKT) von der ÖTV-Führung für aufgelöst erklärt. Der AKT aber setzte konsequent seine Arbeit fort. Auch ein mit DKP-Unterstützung vorübergehend als Konkurrenz gegründeter „Arbeitskreis Spedition" der ÖTV-Führung scheiterte.

Der AKT setzte sich besonders mit der Rationalisierung und den Monopolisierungstendenzen in seinem Bereich auseinander, nahm aber auch zu gesellschaftspolitischen Themen Stellung. Zu den Wahlen empfahl er Persönlichkeitswahl und mit einer Ausnahme wurden auch alle seine Kandidaten so gewählt. In vier Betrieben war es vor allem dem AKT zuzuschreiben, daß erstmals ein Betriebsrat gewählt wurde.

Einen besonderen Erfolg erzielte der presserechtlich Verantwortliche des AKT. Als 1975 aus der ÖTV Ausgeschlossener kandidierte er bei Hapag-Lloyd/Unikai. Trotz massiver Hetze zog er sicher in den Betriebsrat ein, während der bisherige Vorsitzende nur knapp wiedergewählt wurde.

Ein Erfolg ist auch die Wiederwahl eines Betriebsrats und eines Ersatzbetriebsrats bei Schenker. In diesem Be-

triebsrat gewählt wurde.

Einen besonderen Erfolg erzielte der presserechtlich Verantwortliche des AKT. Als 1975 aus der ÖTV Ausgeschlossener kandidierte er bei Hapag-Lloyd/Unikai. Trotz massiver Hetze zog er sicher in den Betriebsrat ein, während der bisherige Vorsitzende nur knapp wiedergewählt wurde.

Ein Erfolg ist auch die Wiederwahl eines Betriebsrats und eines Ersatzbetriebsrats bei Schenker. In diesem Be-
trieb waren die 1976 aus der ÖTV ausgeschlossenen Kollegen massivem Druck ausgesetzt. Sie setzten sich z. B. gegen diverse Kündigungsverfahren und sogar ein Ausschlußverfahren aus dem Betriebsrat vor Gericht durch.

Dies ist ein kleiner Ausschnitt aus der erfolgreichen AKT-Arbeit, die über regelmäßige Informationen und Enthüllungen über die gemeinsame AKT-Zeitung intensiviert werden soll.

***

Siemens Gladbeck

Mit 42 % und 7 Sitzen setzte sich die Opposition erfolgreich durch. Die IGM erhielt 51 % und 8 Sitze, die CDA 7 % und 1 Sitz.

Außerdem erhält die IGM 3 Sitze bei den Angestellten.

Der Erfolg der Opposition wird auch nicht dadurch geschmälert, daß sie noch bei den letzten Wahlen über 50 % erhielt – war das damalige Ergebnis vor allem auch Ausdruck des starken Protestes gegen die Wahlfälschungen von IGM-Betriebsräten, die die Opposition aufgedeckt hatte. Die IGM hatte vorsorglich den größten Teil der damaligen Wahlfälscher nicht auf ihre Liste gestellt.

***

Lufthansa, Hamburg

Einen Erfolg konnte die linke Liste „Die Informativen" bei der Lufthansa Hamburg verbuchen. Mit 15 % der Stimmen im Arbeiterbereich stellen sie zwei Sitze im Betriebsrat. Der Erfolg ist darauf zurückzuführen, daß die Liste mit ihrer Kollegenzeitung „Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft" regelmäßig über Aktuelles aus dem Betrieb und über den Stand der Betriebsratswahlen unterrichtete.

Ganz aus dem Rennen wurde diesmal die Liste „Alternative '78" geschlagen. Die Liste, bestehend aus CDU-Mitgliedern, erhielt vor drei

len sie zwei Sitze im Betriebsrat. Der Erfolg ist darauf zurückzuführen, daß die Liste mit ihrer Kollegenzeitung „Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft" regelmäßig über Aktuelles aus dem Betrieb und über den Stand der Betriebsratswahlen unterrichtete.

Ganz aus dem Rennen wurde diesmal die Liste „Alternative '78" geschlagen. Die Liste, bestehend aus CDU-Mitgliedern, erhielt vor drei
Jahren noch 2 Sitze.

Mit dem Erfolg der „Informativen" verbinden die Wähler die Erwartung, daß auch nach der Wahl aktuell aus Betrieb und Gewerkschaft informiert wird.

VDO, Frankfurt

41 % der Stimmen erhielt die „Internationale Liste", die gegen die offizielle IGM-Liste antrat. Die „Internationalen" hatten Kollegen aus sechs Nationen aufgestellt und protestierten mit ihrem Auftreten gegen die Mauscheleien, die die IGM-Führer um den rechten (CDU-)Betriebsratsvorsitzenden Schreiber zu den Wahlen abzogen (insbesondere wurden die zahlreichen ausländischen Kollegen benachteiligt). Der Erfolg der Liste wiegt um so schwerer, als sie mit starken Wahlbehinderungen zu kämpfen hatte. Ein Listenmitglied wurde wegen „Arbeitsmangel" gekündigt, gegen den Listenführer und seinen Stellvertreter wurde die fristlose Entlassung von der Unternehmensleitung beantragt, allerdings mit knapper Mehrheit vom Betriebsrat abgelehnt. Wahlversammlungen der „Internationalen Liste" wurden behindert – u. a. mit einer beim Arbeitsgericht erwirkten einstweiligen Verfügung (nach „was tun", 27.4.).

***

Hartmann & Braun, Frankfurt

Zu den diesjährigen Wahlen im Werk Praunheim kandidierte die Liste „Alternative" und errang 11,4% und einen Sitz.

***

Agfa, München

Die vier Kandidaten der Liste „Agfa-Runde" zogen alle in den Betriebsrat ein. Sie erhielten knapp 500 Stimmen und kandidierten oppositionell zur IGM-Liste, die 1.200 Stimmen erhielt.

***

***

Agfa, München

Die vier Kandidaten der Liste „Agfa-Runde" zogen alle in den Betriebsrat ein. Sie erhielten knapp 500 Stimmen und kandidierten oppositionell zur IGM-Liste, die 1.200 Stimmen erhielt.

***

Pegel & Sohn, West-Berlin

Neben zwei Abteilungslisten kandidierte in dem Baubetrieb eine Liste „Aktiver Gewerkschafter", die sich besonders durch ihr Auftreten gegen Entlassungen und Überstunden einsetzten. Unter diesen Kollegen waren auch kurz vor den Wahlen Entlassene. Die Liste erhielt 2 der 5 Betriebsratssitze.

***

Schering, West-Berlin

Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen gewann auf Anhieb bei der Schering AG, Werk Weddingen, in Westberlin eine oppositionelle Liste „Kontra" mit 519 Stimmen (ca.16%) 4 Betriebsratssitze. Im Arbeiterbereich wäre ein weiterer Sitz an die Liste „Kontra" gefallen, doch war hier nur ein Kandidat aufgestellt gewesen.

Das gute Abschneiden der „Kontra"-Liste ist Beweis für die Unzufriedenheit der Kollegen mit dem alten Betriebsrat (IG Chemie und DAG). Der Wahl voraus ging eine massive Hetze seitens des Betriebsrats, der IG Chemie sowie der SEW-Betriebsgruppe („ ... *versuchen chaotische Grüppchen zur Spaltung der Belegschaft beizutragen* ..."). Gewerkschaftssekretär Wingefeld berichtete ausführlich auf der letzten Betriebsversammlung über die Ausschlußgründe der kandidierenden „Kontra"-Kollegen, z. B. hatte ein Kollege bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus für die „KPD" kandidiert. Ohne das „Kontra"-Programm zu widerlegen, liefen sämtliche Angriffe auf der Anpiß-Ebene, was nur den Unmut der Kollegen über den alten Betriebsrat und die Gewerkschaftsführung verstärkte.

Fortsetzung Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

Siemens, Witten

Auf Anhieb erhielt die Liste der „RGO" 30,9 % und 4 Sitze.

Die IGM kam auf 32 % (4 Sitze), die Liste um den alten Betriebsratsvorsitzenden Rein erhielt 3 Sitze, eine Liste von Werkzeugmachern ging leer aus.

***

Rot-Kreuz-Krankenhaus, Bremen

Erstmals kandidierte neben der ÖTV-Liste eine der „RGO" nahestehende Liste „Frischer Wind" mit 2 Kandidaten. Sie erhielt 15 % und einen Sitz.

***

Daimler-Benz, West-Berlin

Die erstmals kandidierende Liste „Arbeiteropposition" – „RGO"-nahestend – erhielt 719 Stimmen (30,3 %) und erhält 6 Sitze im neuen Betriebsrat.

***

Kemptener Maschinenfabrik

Mit 43,7 % errang die Liste der „RGO" auf Anhieb einen großen Erfolg. Sie besetzt 3 Sitze im Betriebsrat.

BMW, West-Berlin

Die ebenfalls zum ersten Mal kandidierende Liste „Einheit" errang bei BMW 40 % der Stimmen und erhielt 5 Sitze.

***

CDU und NPD auf einer Liste für VW-Betriebsratswahlen

Eine bemerkenswerte Zusammenarbeit gab es bei den Betriebsratswahlen Mitte März im VW-Werk Wolfsburg. Auf der Liste 2 (Unabhängige Automobilarbeiter im Deutschen Arbeitnehmerverband DAV) kandidierten einträchtig nebeneinander:

Spitzenkandidat: Der CDU-Abgeordnete im Gifhorner Kreistag, Edwin Lempke. Platz 2: Kurt Stuhlemmer, Kandidat der NPD bei der Wolfsburger Kommunalwahl 1972. Weitere Kandidaten auf der Gesamtliste des DAV: Erika Kern und Ulrich Liss, NPD-Kandidaten bei der Kommunalwahl 1976 in Wolfsburg (nach „UZ", 6.5.78).

***

Springer, Hamburg

Waren noch bei den letzten Wahlen 3 Mitglieder der DKP als linke Opposition als Spitzenkandidaten gewählt worden, konnten sie diesen Erfolg nicht wiederholen und rutschten auf die unteren Ränge ab, was nicht zuletzt Folge einer Politik ist, die darauf verzichtete, eine konsequente Betriebsratspolitik zu betreiben. Stattdessen versuchten sie, sich mit der SPD-Clique zu arrangieren. Die Quittung gab es bei den Wahlen. Am besten schnitt der als Linkenjäger berüchtigte SPD-Jürgensen ab, während der DKP-Kandidat, der beim letzten Mal die meisten Stimmen erhielt, auf Platz 6 landete.

Wie die SPD im Betrieb das Stillhalten der DKP honoriert, verdeutlichten die Wahlen für die Posten. Die DKP-Betriebsräte, die zuletzt 2 der 3 freigestellten Betriebsratsmitglieder einnahmen, gingen völlig leer aus.

Wenn jetzt die DKP ankündigt, sie werde bekannt machen, an welchen Fragen sie gegenüber der SPD Zugeständnisse gemacht hat, so ist das die Reaktion der beleidigten Leberwurst. Interessant dürfte es trotzdem werden, läßt sich doch so mehr Licht ins Mauschel-Arrangement zwischen DKP- und SPD-Betriebsräten bringen.

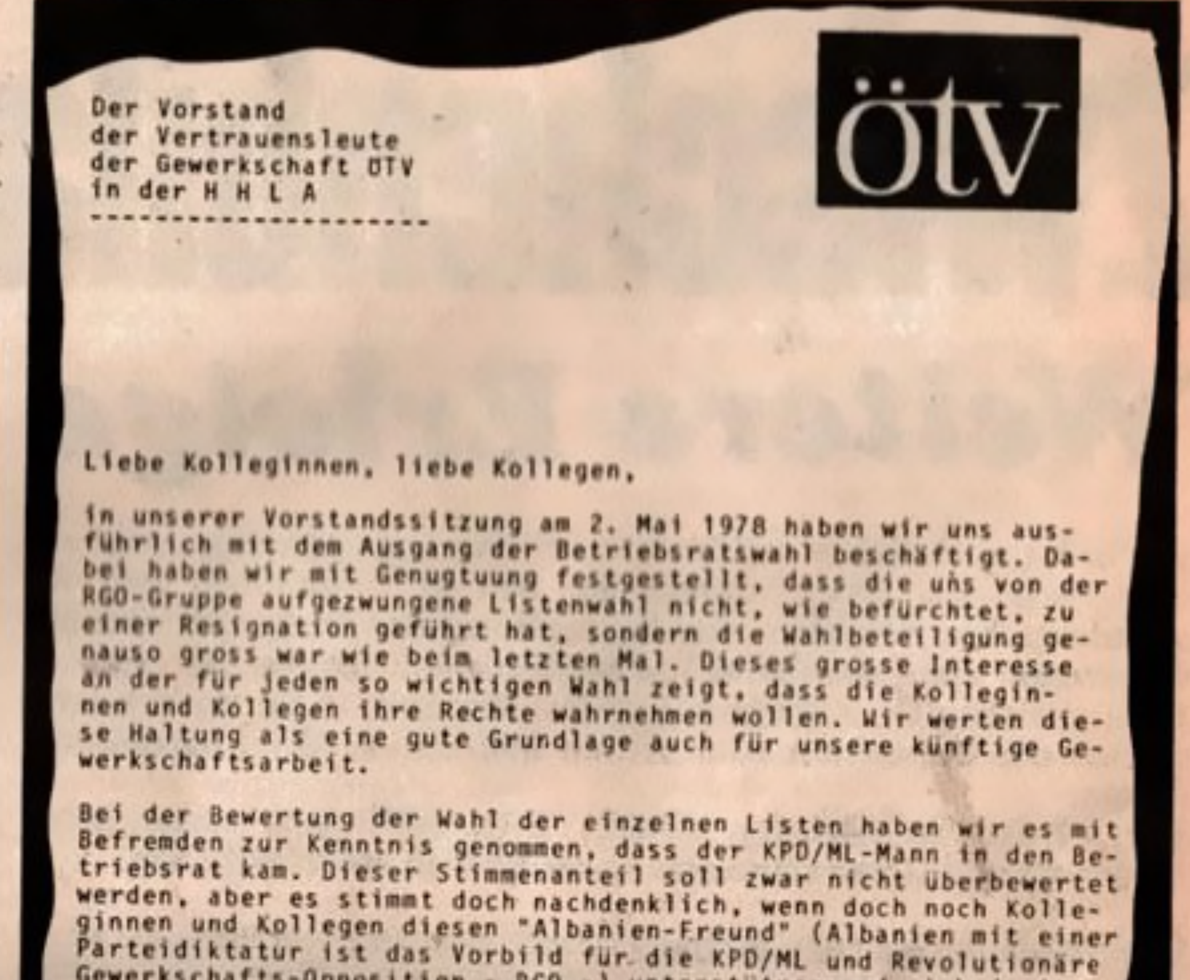
***

Hoesch-Werke, Dortmund: Rücktrittsmanöver nach Wahlniederlage

Nach der vernichtenden Wahlniederlage der IGM-Liste im Hoesch-Werk Union (eine Liste der „RGO" mit 2 Kandidaten hatte 34 % der Stimmen erhalten), haben sich die Gewerkschaftsführer ein erneutes Manöver ausgedacht, um ihre Niederlage möglichst vergessen zu machen: Nur drei Tage nach der Wahl trat der gesamte Betriebsrat gegen die Stimmen der beiden „RGO"-Mitglieder zurück. Die Begründung klingt auf einmal ungewohnt „demokratisch": Die Stimmen für die „RGO" seien eine *„Protestwahl gegen die Aufstellung der Liste"* gewesen. Die Wähler hätten dagegen protestiert, daß sie nicht wie gewohnt in Persönlichkeitswahl stimmen konnten. Schuld sei natürlich die „RGO", sie habe eine solche Wahl verhindert. Dadurch seien die Kandidaten dann im Vertrauenskörper aufgestellt – sprich ausgemauschelt – worden. Um das *„vollkommen verfälschte Wahlergebnis"* wieder richtigzustellen, soll jetzt über den Rücktritt die Neuwahl durchgeführt werden (IGM-Bevollmächtigter Dieterich in „Welt der Arbeit", 11.5.78). Die gleichen Gewerkschaftsführer, die ständig bei der Listenaufstellung manipulieren, propagieren für die Neuwahlen jetzt die Urwahl durch die Kollegen in den Betriebsbereichen. Ihre Überlegung ist durchsichtig: So wollen sie zum einen den „demokratischen" Schein wahren, zum anderen erhoffen sie sich, durch massive Behinderung eine erneute „RGO"-Liste zu verhindern (so geschehen im Hoesch-Werk Phoenix). Nach dem vorangegangenen Ergebnis dürfte dies allerdings schwerfallen.

HHLA, Hamburg: Gewerkschaftsausschlüsse in Vorbereitung?

Nachdem beim Hamburger Hafenbetrieb HHLA die Liste „Alternative" mit ÖTV-Mitgliedern 32 % und 8 Sitze erhielt, will jetzt die ÖTV-Führung, die mit diesem Ergebnis (die „RGO" hatte ebenfalls einen Sitz erhalten) eine Abfuhr erhalten hatte, Konsequenzen ziehen. Das deutet sich zumindest in einem ÖTV-Flugblatt nach der Wahl an (siehe nebenstehenden Abdruck). Noch vor der Wahl hatte es eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der „Alternative" gegeben. Ihr wurde nicht die Verwendung des Zeichens ÖTV untersagt. So heißt es jetzt z. B., daß die beiden „A-Gruppen", die „Alternative" und die „Albanienfreunde", die gewerkschaftliche Organisation „spalten" würden. Hier kündigte sich ein schärferer Wind an. Daß die ÖTV-Führer Machtpolitik betreiben, beweisen sie auch bei den Wahlen im Betriebsrat. Von den 7 freigestellten Betriebsräten erhielt die „Alternative", die fast ein Drittel der Stimmen bekam, keinen einzigen – zwei stehen ihr mindestens zu!


Der Vorstand
der Vertrauensleute
der Gewerkschaft ÖTV
in der H H L A

ÖTV

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in unserer Vorstandssitzung am 2. Mai 1978 haben wir uns ausführlich mit dem Ausgang der Betriebsratswahl beschäftigt. Dabei haben wir mit Genugtuung festgestellt, dass die uns von der RGO-Gruppe aufgezwungene Listenwahl nicht, wie befürchtet, zu einer Resignation geführt hat, sondern die Wahlbeteiligung genauso gross war wie beim letzten Mal. Dieses grosse Interesse an der für jeden so wichtigen Wahl zeigt, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Rechte wahrnehmen wollen. Wir werten diese Haltung als eine gute Grundlage auch für unsere künftige Gewerkschaftsarbeit.

Bei der Bewertung der Wahl der einzelnen Listen haben wir es mit Befremden zur Kenntnis genommen, dass der KPD/ML-Mann in den Betriebsrat kam. Dieser Stimmenanteil soll zwar nicht überbewertet werden, aber es stimmt doch nachdenklich, wenn doch noch Kolleginnen und Kollegen diesen "Albanien-Freund" (Albanien mit einer Parteidiktatur ist das Vorbild für die KPD/ML und Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition - RGO -) unterstützen und sich damit eindeutig gegen die unabhängigen Gewerkschaften und damit auch gegen demokratische Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland aussprechen. Wir werden uns bemühen, diese Kolleginnen und Kollegen im Laufe dieser Legislaturperiode davon zu überzeugen, dass ihre Wahl diesmal wohl sicherlich einem Irrtum unterlag.

Das Abschneiden unserer Liste haben wir natürlich sehr bedauert und den Stimmenanteil für die Liste 1 als ein Protest gegen unsere Liste und nicht als eine Zustimmung zur Politik dieser "Alternativ-Gruppe" gewertet. Denn wir können uns nicht vorstellen, dass eine so grosse Zahl von Kolleginnen und Kollegen dieses unsolidarische Handeln, indem diese Alternativ-Gruppe ihre persönlichen Interessen über das Gesamtinteresse der Organisation stellte, gutheissen. Wir werden die Gründe für diesen "Denkzettel" selbstverständlich genau versuchen zu ermitteln und dann daraus unsere Konsequenzen ziehen. Unsere vordringlichste Aufgabe aber sehen wir zunächst darin, die durch diese beiden A-Gruppen (Alternative und Albanien-Freunde) herbeigeführte Spaltung unserer gewerkschaftlichen Organisation so schnell wie möglich abzubauen.

Oppositionelle Kandidatur kein Ausschlußgrund?

Am 11.5.78 wurde ein Urteil des Bundesgerichtshofes vom 27.2.78 veröffentlicht, das unter Umständen von weitreichender Bedeutung sein kann.

Drei IG-Chemie-Mitglieder hatten 1975 bei Beiersdorf/Hamburg auf der Liste „Unabhängige Beiersdorfer" kandidiert und waren aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden wegen Verstoß gegen die Richtlinien (Kandidatur auf einer anderen oder gewerkschaftsfeindlichen Liste). Die drei klagten mit der Begründung, sie hätten nicht auf der IG-Chemie-Liste zu den Betriebsratswahlen kandidieren können, *„weil sich auf dieser Liste Mitglieder einer linksradikalen Organisation in aussichtsreicher Position* (gemeint ist die DKP) *befanden"*, wie es im neuesten Flugblatt der „Unabhängigen Beiersdorfer" heißt.

Die Klage führte jetzt nach drei Jahren vor dem BGH zum Erfolg für die „Unabhängigen". *„Aus dem Urteil geht hervor, es könne Gewerkschaftsmitgliedern nicht abverlangt werden, gemeinsam mit Kommunisten zu kandidieren"* („Frankfurter Rundschau" – „FR", 12.5.78).

Erstmals eine Urteilsbegründung, mit der – wie die linke Betriebszeitung „Alternative" bei Beiersdorf schrieb – *„jedes antigewerkschaftliche Treiben, jedes Nichteinhalten von Beschlüssen gewerkschaftlicher Gremien wie Vertrauensleutekörper bis hin zum offenen Streikbruch ‚begründet' werden kann. Man kann ja immer sagen: ich habe den Streik gebrochen, weil dort auch Linke teilgenommen haben"*.

Gleichzeitig wurde jedoch im Urteil auch angeführt, daß der Ausschluß ein Verstoß gegen den § 20 Absatz 1 und 2 des Betriebsverfassungsgesetzes gewesen sei: **„Niemand darf die Wahl des Betriebsrats behindern. Insbesondere darf kein Arbeitnehmer in der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts beschränkt werden. Niemand darf die Wahl des Betriebsrats durch Zufügen oder Androhung von Nachteilen oder durch Gewährung oder Versprechen von Vorteilen beeinflussen".**

In der „FR" heißt es dazu: *„Die IG Chemie habe versucht, die freie Wahl zu beeinflussen dadurch, daß sie Richtlinien für ihre Mitglieder aufstelle, die es verboten, auf anderen als von der Gewerkschaft unterstützten Listen zu kandidieren"*. Durch den Ausschluß seien die drei Betriebsratskandidaten *„ideell betroffen und wirtschaftlich erheblich beeinträchtigt"* worden (Urteilsbegründung).

Diese Urteilsbegründung bringt wohl erstmalig das Argumentationsgebäude der Gewerkschaftsführung ins Wanken, daß die Gewerkschaften Verbände seien, die, wie jeder andere Verein oder Verband, Satzungen und Richtlinien erlassen können, an die sich jedes Mitglied zu halten habe.

In der Urteilsbegründung heißt es ausdrücklich, daß die Liste der „Unabhängigen Beiersdorfer" nicht schon deshalb eine „gegnerische Liste" sei, *„weil sie die Chance der Gewerkschaft geschmälert habe, im Betriebsrat möglichst hoch repräsentiert zu werden"* („FR"). Für das BGH ist die Liste der „Unabhängigen" eine Liste gewesen, *„die über den Kampf um Stimmen hinaus keine gegnerische ist"*.

In einem weiteren ARBEITERKAMPF-Artikel werden wir uns näher mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit dieses Urteil, welches von einer rechten Betriebsratsliste erwirkt wurde, eventuell auch für gewerkschaftsoppositionelle linke Kandidaten genutzt werden kann.

Das Aktenzeichen des BGH-Urteils ist übrigen II ZR 1 7/77 – Zweiter Zivilsenat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe.

Betriebszellenleitung Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

Metall

Storno-Kolleginnen haben Prozeß verloren

Nachdem die sechs gekündigten Storno-Kolleginnen am 13.3. die Berufungsverhandlung gewonnen hatten und drei von den sechs Abfindungen in Höhe von 3.400 und 3.500 DM angenommen hatten, wurde nun am 26.4. vor dem Flensburger Arbeitsgericht die zweite fristlose Kündigung verhandelt.

Kündigungsgrund diesmal: „Verleumdung", „grobe Beleidigung" und „Geschäftsschädigung". Die Geschäftsleitung bezog sich dabei auf das Informationsmaterial, das die 6 Frauen nach ihrem Rausschmiß am 3. November an Betriebsräte, Jugendvertreter und Gewerkschaftsgruppen usw. verschickt hatten. Vor den zweiten Kündigungen waren schon 2 Kollegen im Betrieb wegen angeblichem Verkauf der Info-Broschüre der 6 Entlassenen schriftlich verwarnt worden.

In dem Infomaterial wurde der Rausschmiß als „Unternehmerwillkür" gekennzeichnet, ansonsten wurden lediglich Tatsachen aus dem Betrieb geschildert. Das genügte der Firmenleitung, sich zutiefst verletzt und verleumdet zu fühlen. Da dieses Material schon im November verschickt wurde und ein Kündigungsgrund ja bekanntlich nicht länger als 14 Tage zurückliegen darf, behauptete die Geschäftsleitung kackfrech, hiervon erst drei Monate später Kenntnis erhalten zu haben! Leider war nicht nachzuweisen, daß dies nicht stimmt.

Während des Prozesses wurde sehr deutlich, wie die Gründe zur Kündigung mal wieder an den Haaren herbeigezogen wurden. Sogar der DGB-Anwalt sagte: *„Es geht hier doch nur darum, die Klägerinnen irgendwie loszuwerden!"*

Um so empörender die Entscheidung des Arbeitsgerichts: Mit der ersten Kündigung wurden die Kolleginnen als Betrügerinnen, Verleumder und Lügnerinnen hingestellt, Storno kam aber vor Gericht nicht durch. Nicht zuletzt deshalb, weil die Kolleginnen sich eben zur Wehr gesetzt hatten und die öffentliche Meinung auf ihrer Seite war, wie Radiosendung und Artikel in verschiedenen Zeitungen und die Solidarität vieler Menschen gezeigt haben. Nun sollen sie dafür auch noch bestraft werden und das Gericht gibt den Kapitalisten recht.

Von der schriftlichen Urteilsbegründung, die noch aussteht, wird es mit abhängen, ob die Kolleginnen in die Berufung gehen. Aber das Flensburger Arbeitsgericht hatte ja auch beim ersten Prozeß abschlägig beschieden. Noch ist nicht aller Tage Abend!

FSG-Storno-Zelle
KB/Gruppe Flensburg

RWE: Wer sich nicht anpaßt, fliegt raus!

4 Tage nach der am 10.Nov.77 stattgefundenen Pro-AKW-Demo in Dortmund kündigten die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) einem Meister, der an dieser Demo nicht teilgenommen hatte; die Möglichkeit einer Weiterbeschäftigung sei nach dem 31.12.77 nicht mehr gegeben.

Für die Pro-AKW-Demo, zu der verschiedene rechte Betriebsräte der Energiewirtschaft und der Kraftwerksindustrie — unterstützt vom DGB — aufgerufen hatten, gab's auch von den RWE freie Busfahrt, 20 DM Spesen und 1 Tag voll bezahlte Arbeitszeit.

Da dem Betriebsrat der Kündigungsgrund nicht ausreichte, wurde ihm am 18.11.77 von der Unternehmensleitung folgendes mitgeteilt: *„Die wachsende Identitätskrise in vielen Bereichen unseres Lebens hat auch vor dem RWE nicht haltgemacht. Um so mehr liegt uns daran, daß die bei uns beschäftigten Mitarbeiter die Interessen des Unternehmens nach außen vertreten. Wer also glaubt, die gegebenen Möglichkeiten und Zielsetzungen des Unternehmens mit seinen eigenen Anschauungen nicht vereinbaren zu können, ist für den Aufgabenbereich Energieanwendung und Öffentlichkeitsarbeit nicht geeignet"* (UZ 19.4.78).

Gegen die Kündigung während der Probezeit wurde inzwischen Klage eingereicht. Die Nichtteilnahme an einer u. a. vom DGB veranstalteten Demo wurde also von der Geschäftsleitung als mangelnde Loyalität gegenüber den RWE gewertet. Der Rechtsanwalt des Elektromeisters kommentiert die Kündigung so: *„Es handelt sich, soweit ersichtlich, um den ersten Fall in der Geschichte des deutschen Arbeitsrechts, in dem eine Kündigung unter dem Vorwand mangelnder gewerkschaftlicher Betätigung ausgesprochen wurde"* (a.a.O.).

Als weiterer Beweis für die mangelnde Loyalität des Meisters wird ein persönliches Gespräch mit seinem Abteilungsleiter angeführt, in dessen Verlauf mehrmals der private Charakter betont wurde. Während dieser „Unterhaltung" wurde der Meister über seine Einstellung zur Praxis der RWE, säumigen Stromzahlern den Strom abzudrehen, ausgequetscht. Er hatte hier erklärt, daß er solche Maßnahmen in Einzelfällen für zu hart hielte. Diese Äußerung wurde hinterher so dargestellt: *„Er habe den Diebstahl von Strom verteidigt und sozial schwachen Bürgern bliebe nichts anderes übrig, als Strom zu stehlen"* (UZ 19.4.78).

Die Geschäftsleitung bestreitet zwar, daß die Nichtteilnahme an der Demo in Dortmund zur Kündigung geführt hätte, sagt jedoch wörtlich, *„daß jemand, der von seiner Auffassung über die Vorgänge in Brokdorf nach außen hin keinen Hehl macht, für ein Unternehmen, das etwas auf sich hält, die Grenze erreicht hat."*

Dem RWE-Betriebsrat sind bis heute keine offiziellen Gespräche mit Mitarbeitern über „etwaiges Fehlverhalten" bekannt.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist noch keine arbeitsgerichtliche Entscheidung gefallen.

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ein Gewerkschaftsfunktionär fällt die Treppe hinauf

Nun hat er doch noch einen dicken Posten erwischt — Otmar Günther, persönlicher Referent von Eugen Loderer hat sich nach seiner peinlichen Niederlage auf dem letzten IGM-Gewerkschaftstag von „Big Boss" Eugen Loderer zum Arbeitsdirektor bei Hoesch küren lassen. Nachdem Günther im September bei dem Versuch, in den geschäftsführenden Vorstand der IGM aufzurücken, an seinem Konkurrenten Janßen gescheitert war, konnte er sich jetzt einen goldenen Abgang verschaffen. Die Mehrheit der Delegierten ließ damals den blassen Aufsteiger, der es nicht lange im Betrieb ausgehalten hatte, der nie Vertrauensmann oder Betriebsrat war, einfach abblitzen. Damit zerplatzte der Plan von Otmar und Eugen wie eine Seifenblase. So etwas hatte es seit Menschengedenken noch nie gegeben:

Ein Schützling des Vorstands war abgeblitzt. Jetzt als Nachfolger von Arbeitsdirektor Briam, der zu VW überwechselt, braucht er eins mit Sicherheit nicht: am Hungertuch zu nagen. Wie man hört, soll er ca. 38.000 DM monatlich „verdienen".

HBV

Die DKP empfiehlt sich als Ersatzbullen

Auf der letzten Mitgliederversammlung Buchhandel und Verlage am 2.5.78 in Hamburg nahm die Diskussion über den diesjährigen 1.Mai einen relativ breiten Raum ein. Die Einschätzung der DKPler war besonders interessant: Für den nächsten 1.Mai müsse man sich überlegen, daß man „Anarchisten" nicht wieder zum Zuge kommen läßt, diese Provokationen hätten dem Bild der 1.Mai Demo in der Öffentlichkeit sehr geschadet, in der Presse würde jetzt von „Krawallen am 1.Mai" berichtet, was sehr schädlich für die Arbeiterbewegung sei. Besonders müsse man sich überlegen wie man nächstes Jahr verhindert, daß politische Gruppen die 1.Mai Demo für ihre politischen Zwecke mißbrauchten. „Ich mein konkret die Bunte Liste", sprach der Revi, und beendete so seinen Beitrag. Als daraufhin von einer Kollegin der Polizeiangriff auf die Demo kritisiert wurde und sie fragte, ob es stimmt, daß der Polizeieinsatz von Gewerkschaftsführern angeordnet wurde, kam der Spruch: „Sag doch gleich offen, daß du die Aktionen der Anarchisten richtig findest". Dennoch nahmen zwei DKPler vom Fachgruppenvorstand und Ortssekretär Hauschild zu der Frage Stellung. DKPlerin: „Mitnichten" habe sie den Einsatz zu verantworten (sie sitzt gleichzeitig im OJA, der für die Demo verantwortlich war), sie habe den Einsatz zwar nicht angeordnet, aber letztlich hätte man diese Leute ja doch nicht anders aus den eigenen Reihen rauskriegen können. Auch Peter Hauschild behauptete, der Einsatz sei nicht von Gewerkschaftsseite angeordnet worden. Man habe zwar vor solchen Demonstrationen immer Absprachen mit der Polizei, bei diesen Gesprächen wirke die Gewerkschaft eher beschwichtigend auf die Polizei, sonst würde sie u. U. schon bei geringeren Anlässen eingreifen. Darüber hat sich die DGB-Führung bisher ausgeschwiegen. Aus der Revi-Ecke kam noch die Idee, nächstes Mal die Ordner besser auszurüsten, wenn's sein muß, mit Helm und Schlagstock, damit nicht wieder die Polizei eingreifen muß. Das sieht ja doch nicht so gut aus! Gerade dieser Vorschlag stieß bei den nicht aus der Revi-Ecke stammenden Kollegen auf Empörung.

Buchhandelszelle/ KB Gruppe Hamburg

Betriebsratskandidat fristlos gekündigt

Basler Versicherungen Hamburg: Bereits einen Monat nach der Wahl wurde ein Betriebsratskandidat mit Zustimmung des BR fristlos entlassen. Die Basler Versicherung „begründete" die Kündigung mit unerlaubtem Entfernen vom Arbeitsplatz und einiger Abmahnungen aus der Vergangenheit. Weiß man, daß dem Kollegen in der Mittagspause schlecht geworden ist, und er sich beim Büroleiter telefonisch krankgemeldet hat, so muß man vermuten, daß mehr dahintersteckt.

Der Kollege gehört zu der Gruppe im Betrieb, die mit einem fortschrittlichen Programm (keinen Kündigungen zustimmen, mehr Infos an die Kollegen) zu den Betriebsratswahlen kandidierte. Von 44 Wahlberechtigten erhielt die Gruppe bei der Persönlichkeitswahl 20, 19 und 11 Stimmen und verfehlte damit knapp den Einzug in den BR.

Verweigerte die HBV (Peter Hauschild) den Kollegen schon damals die Unterstützung („da die Kollegen bei euch noch nicht soweit sind, halten wir die Gewerkschaft erstmal raus und wenn ihr dann im BR seit, ja dann ...") so lehnte sie es jetzt ab, dem Kollegen Rechtsschutz zu gewähren – angeblich bestünde „keine Chance".

Der Anwalt des Kollegen hat inzwischen Kündigungsschutzklage eingereicht. Per Einstweiliger Verfügung versucht der Kollege sofort wieder in den Betrieb zu kommen. Ein gerichtlicher Erfolg könnte für die Kapitalisten zum Bumerang werden.

Versicherungszelle
KB Gruppe Hamburg

Buchhandlung durch Kollegen »kapputtgeklaut«?

Schon manches Unternehmen ist ja schon durch zu hohe Löhne pleite gegangen – so sagt es der Kapitalistenmund! Bei der zweitgrößten Buchhandlung in Hamburg lag der Fall

Klöckner und Boysen & Maasch (zwei weitere Buchhandlungen in Hamburg) haben gegen die Verunglimpfung ihrer Kollegen eine Protestresolution verabschiedet.

Buchhandlung durch Kollegen »kapputtgeklaut«?

Schon manches Unternehmen ist ja schon durch zu hohe Löhne pleite gegangen – so sagt es der Kapitalistenmund! Bei der zweitgrößten Buchhandlung in Hamburg lag der Fall jetzt schon schlimmer. Trotz der im Buchhandel üblichen „ausgezeichneten" Bezahlung haben die Kollegen ihren Wohltäter – man mag es kaum schreiben – beklaut. So konnte man in der „Welt" lesen, es *„dürfte der Hauptgrund für die Pleite ... in hohen Diebstahlquoten und/oder Unterschlagungen zu suchen sein".*

1,3 Mio. DM fehlten in der Kasse. Bei der Inventur 76/77 fehlte anscheinend nichts. Also 1,3 Mio. DM in 14 Monaten, das sind 93.000 DM im Monat. Beim Durchschnittsbuchpreis von 15 DM wurden demnach 6.200 Bücher pro Monat „geklaut".

Diese unglaubwürdige Geschichte wird von den Besitzern, den Gebrüdern Berg, behauptet und in der Presse breitgetreten. Die Kollegen wurden auf die Straße gesetzt, nicht einmal die angeblich verschwundenen Bücher erhielten sie als Abfindung, die sind offensichtlich in anderen Kanälen verschwunden, die jetzt ‚haltet den Dieb' schreien. Die Kollegen von Reuter &

Klöckner und Boysen & Maasch (zwei weitere Buchhandlungen in Hamburg) haben gegen die Verunglimpfung ihrer Kollegen eine Protestresolution verabschiedet.

Buchhandelszelle
KB Gruppe Hamburg

Fusionierung: Rettung von Arbeitsplätzen

Nachdem nun alle ganz glücklich waren, daß Karstadt Neckermann übernommen hat, da damit angeblich die Arbeitsplätze gesichert seien, hat die Geschäftsleitung von Karstadt, das Ganze durchforstet und festgestellt, daß die Häuser in Mühlheim, Bremen, Remscheid und Oldenburg unrentabel sind. Damit wird ein Betrieb mehr auf dem Rücken der Kollegen gesundgeschrumpft. Konkret in Zahlen drückt sich das folgendermassen aus: 1975 waren noch 19.201, 1977 bereits nur noch 14.736 und Ende 1978 werden noch ganze 8.300 Kollegen bei Neckermann beschäftigt. Wenn manchen Pro-Fusions-Argumentierern dies noch nicht reicht: in der Frankfurter Zentrale sind an einigen Stellen noch zuviel „Mitarbeiter"!

Handelszelle/ KB Gruppe Hamburg

Tarif-Info-Tarif-Info-Tarif-Info

Versicherungen. Auch in der 3. Runde boten die Unternehmer nur 4.3% mehr Gehalt an. Das liegt noch unter dem Lohnraubabschluß z. B. der Metallindustrie, und dies trotz übermäßig hoher Geschäftsergebnisse. Eine letzte Verhandlung vor der dann laufenden Schlichtung läuft am 16. Mai. Die Forderung der HBV lautet auf 7% , die der DAG auf 6.5%. Große Angst brauchen die Kapitalisten nicht zu haben, denn außer Flugblättern nach einem Verhandlungstag läuft nichts.

•••

Buchhandel. Auf der Mitgliederversammlung Buchhandel und Verlage am 2.5. in Hamburg wurde auch über die Tarifsituation gesprochen. Landesbezirksleiter der HBV, Arnold Krause, glänzte durch Abwesenheit. Fast verständlich, wenn man weiß, daß Krause selbstherrlich die Forderung von 9,5% , mindestens 150 DM in einen „differenzierten" Tarifvorschlag geändert hatte. Da mußte Peter Hauschild vom Hamburger Ortsverein es übernehmen, dazu Stellung zu nehmen. Die 9,5 % fielen total aus dem gewerkschaftlichen Tarifrahmen. Eine „idiotische Forderung", weil die Unternehmer dann Verhandlungen ablehnen würden. Außerdem sei Krauses Vorgehen satzungsgemäß, ein Sekretär brauche sich nicht an Beschlüsse der Mitgliederversammlung zu halten, aber das könne ja 1980 geändert werden. Nach dieser „Werberede" für die HBV wurde dann noch bekannt, daß die Tarifkommissionsmitglieder unvorbereitet in die erste Verhandlungsrunde gehen sollen, Krause wird das satzungsgemäß wohl wieder alleine machen.

Buchhandelszelle/KB Gruppe Hamburg

ÖTV

Neue Urteile gegen Fluglotsen

Die Kette der Urteile gegen den VDF (Verband deutscher Fluglotsen) und Einzelpersonen, die im Lotsenstreik 1973 aktiv waren, reißt nicht ab. Wie wir schon in AK 122 berichteten, ist der VDF dazu verurteilt worden, für den Lotsenstreik einen Schadensersatz von ca. 220 Mill. DM zu zahlen. Den Fluglotsen (sie sind Beamte) soll damit jede Möglichkeit genommen werden, sich in geschlossenen Aktionen gegen extreme Arbeitsbedingungen zu wehren. Nach dem Urteil gegen den VDF sollen noch einzelne Lotsen verurteilt werden. Insgesamt sind 25 Verfahren von der Bundesregierung eingeleitet worden!



Am 10.5. stand der ehemalige Pressesprecher des VDF, Hans Stang, vor dem Bundesdisziplinargericht in Frankfurt. Das Urteil: **„Er sei aus dem Beamtendienst zu entfernen, da er gegen die Treuepflicht gegenüber der BRD verstoßen habe."** *„Als erwiesen sah es das Gericht an, daß Stang in mehreren Presse- und Rundfunkinterviews die Kampfbereitschaft seiner Kollegen gefördert hat. In seiner mündlichen Begründung wies der Präsident des Bundesdisziplinargerichts, Köhne, darauf hin, daß er als Beamter verpflichtet gewesen sei, in aller Öffentlichkeit die Fluglotsen auf die Pflichtwidrigkeit ihres Tuns hinzuweisen* (zur Erinnerung: die Fluglotsen hatten einen „Dienst nach Vorschrift" durchgeführt! – Anm. AK). *Da Stang dies unterlassen habe, sagte Köhne, liege ein schweres Dienstvergehen vor (!). ‚Er hat zugesehen, daß Beamte dazu übergehen, Menschen zu schickanieren"* („FR", 11.5.).

Das Disziplinarverfahren gegen Stang läuft schon seit 1973. Seit dieser Zeit ist er vom Dienst suspendiert, sein Gehalt wurde gekürzt.

Er will jetzt Berufung beim Bundesverwaltungsgericht einlegen. Aber weitere Einzelaburteilungen werden noch folgen.

Diese Urteile haben für den öffentlichen Dienst und darüber hinaus exemplarischen Charakter. Mit dieser Begründung, daß „unbeteiligte Dritte" und damit „Menschen schikaniert" werden, läßt sich jede streikähnliche Aktion als strafbare Handlung auslegen und kriminalisieren.

Der VDF wertete das Urteil gegen Stang *„als den zweiten Erfolg im Bemühen der Bundesregierung, durch Liquidierung des Verbandes und Disziplinierung der Fluglotsen von vielen immer noch ungelösten Problemen in der deutschen Flugsicherung abzulenken"* („FR", 10.5.).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

OTV-Führer gegen ARBEITERKAMPF

Unsere Berichterstattung aus der jüngsten Zeit, die sich mit der rapiden Rechtsentwicklung des DGB und speziell der ÖTV auseinandersetzten, sind nicht ohne Folgen geblieben. Die ÖTV-Führer ärgerten sich über unsere Artikel über die Fachgruppe Verfassungsschutz, über den Beitritt der Gewerkschaft der Polizei zum DGB und über den Rausschmiß des Kieler Gewerkschaftssekretärs M. Schwanbeck so sehr, daß sie ihre Anwälte gegen uns marschieren ließen, von denen wir (bisher) drei Briefe bekamen.

Die Logik, mit der sich hier im von uns faksimilierten Brief die ÖTV-Führer mit Teilen „ihrer"

Basis auseinandersetzen, ist geradezu umwerfend. Während wir einerseits – „rechtlich unzulässig" – mit „unwahren Behauptungen, Verleumdungen und Beleidigungen" gegen die Gewerkschaft ÖTV arbeiten, erwecken wir andererseits mit der Unterschrift „ÖTV-Kommission" den Eindruck, „ein offizielles Organ" zu sein?...

Genauso wahnwitzig ist auch der dritte Brief, in dem die Unterzeile „KB/Gruppe Kiel" als „gravierende Namensrechtsverletzung" der ÖTV gewertet wird (die Kieler Genossen hatten in AK 124 einen Artikel zu M. Schwanbeck geschrieben).

Es ist ganz offensichtlich, daß die ÖTV-Führer sich gerade durch solche Artikel in ihren selbstherrlichen Machenschaften eingeschränkt fühlen. Und da sie inhaltlich dem nichts entgegenzusetzen haben, versuchen sie auf diese Weise, uns Steine in den Weg zu legen. Geld dazu haben sie ja genug aus unseren Beiträgen. Und wenn sie's darauf anlegen, finden sie vielleicht auch noch einen Richter, der ihnen diese „Namensrechtsverletzungen" bestätigt.

Zensur und Ausschlußpraktiken – das sind die Argumente der Gewerkschaftsführer!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

über den Beitritt der Gewerkschaft der Polizei zum DGB und über den Rausschmiß des Kieler Gewerkschaftssekretärs M. Schwanbeck so sehr, daß sie ihre Anwälte gegen uns marschieren ließen, von denen wir (bisher) drei Briefe bekamen.

Die Logik, mit der sich hier im von uns faksimilierten Brief die ÖTV-Führer mit Teilen „ihrer"

den Eindruck, „ein offizielles Organ" zu sein?...

Genauso wahnwitzig ist auch der dritte Brief, in dem die Unterzeile „KB/Gruppe Kiel" als „gravierende Namensrechtsverletzung" der ÖTV gewertet wird (die Kieler Genossen hatten in AK 124 einen Artikel zu M. Schwanbeck geschrieben).

Es ist ganz offensichtlich, daß die

Und wenn sie's darauf anlegen, finden sie vielleicht auch noch einen Richter, der ihnen diese „Namensrechtsverletzungen" bestätigt.

Zensur und Ausschlußpraktiken – das sind die Argumente der Gewerkschaftsführer!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Rechtsanwälte
Dr. P. Schlaegel †
Stefan Schlaegel
Peter Herzberg

73 Esslingen a.N. den 17.4.1978 III/si

PER EINSCHREIBEN und
RÜCKSCHEIN

1. An den
J. Reents Verlag
Lärchenstrasse 75

2000 Hamburg 50

2. Herrn
Kai Ehlers
ebenda

Verletzung der Rechte der Gewerkschaft ÖTV in der Zeitschrift "Arbeiterkampf" Jahrgang 8, Nr. 125, vom 20.3.1978, Seiten 19 und 20.

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Ehlers,

wir zeigen Ihnen hiermit an, daß wir die anwaltschaftliche Vertretung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Theodor-Heuss-Strasse 2, 7000 Stuttgart 1, übernommen haben.

Uns liegt ein Exemplar der Zeitung "Arbeiterkampf", Jahrgang 8, Nr. 125, vom 20.3.1978 zur rechtlichen Überprüfung vor.

- 2 -

Danach müssen wir folgendes feststellen:

Auf den Seiten 19 und 20 Ihrer Zeitschrift sind, soweit sich die Artikel und Anmerkunden mit der Gewerkschaft ÖTV befassen, eine Fülle von unwahren Behauptungen, Verleumdungen und Beleidigungen enthalten. Daß dies rechtlich unzulässig ist, dürfte Ihnen bekannt sein.

Gravierend ist desweiteren, daß auf Seite 20 – in der 3. Spalte, Mitte – die Bezeichnung "ÖTV-Kommission KB-Gruppe Hamburg" abgedruckt wird und damit auch das Namensrecht der Gewerkschaft ÖTV verletzt wird. Denn mit einer derartigen Bezeichnung wird beim Leser der Eindruck erweckt, als ob diese "ÖTV-Kommission" ein offizielles Organ bzw. eine offizielle Gruppe oder Untergliederung der Gewerkschaft ÖTV darstellt.
Sie sind deshalb verpflichtet, ab sofort auch diese Namensrechtsverstösse zu unterlassen.

Hochachtungsvoll
Peter Herzberg
Rechtsanwalt

GEW

Jahreshauptversammlung der GEW Bochum gewährt Ausgeschlossenen Gastrecht

Auf der Jahreshauptversammlung am 27.4. erreichte der Konflikt zwischen dem Bochumer Verband und der Gewerkschaftsführung einen neuen Höhepunkt. Die Versammlung von rund 200 Mitgliedern, zu der der halbe nordrhein-westfälische Landesvorstand angereist war, verlief turbulent. Nachdem die Kollegen entgegen dem ausdrücklichen Willen und trotz der Drohung von Ilse Brusis (*„Die Teilnahme von Nichtmitgliedern ist gewerkschaftsschädlich"*) die Öffentlichkeit der Versammlung durchgesetzt hatten, verließ die Vorsitzende mit ihrem Anhang vorzeitig und entrüstet den Saal.... Denn die Bochumer Kollegen hatten damit gegen den Beschluß des Hauptvorstandes vom November 75 verstoßen, der besagt, daß jeder, der die Teilnahme von Ausgeschlossenen in einer GEW-Versammlung zuläßt, selbst mit Ausschluß bedroht wird.

So ist die Situation im Westberliner Landesverband Ende April 76 noch in Erinnerung, als die dortige Vertreterversammlung (28./29.4.76) mit großer Mehrheit Ausgeschlossenen Rede- und Gastrecht gewährt hatte. Diese Entscheidung der Westberliner Kollegen brachte u.a. den Stein ins Rollen. Fünf Monate später – am 30.September 1976 – wurde der gesamte Landesverband Westberlin aus der GEW und dem DGB ausgeschlossen.

Die ordentliche Jahreshauptversammlung wurde erst nach langem Drängen von dem 2. Vorsitzenden Lachmann einberufen. Als Tagesordnungspunkte waren u.a. Rechenschaftsberichte der Vorstandsmitglieder, des Kassenwartes, deren Entlastung und als TOP 3 „Ausschlußverfahren" vorgesehen. Die Leitung der Versammlung hatte zunächst ebenfalls Lachmann. Welche Rolle dieser Herr bei den Ausschlüssen spielte, geht z.B. aus einem Brief an die Landesvorsitzende und den Geschäftsführer von NRW, datiert vom 18.12.77, hervor, wo er schreibt: „In der Anlage übersende ich Ihnen meine persönlichen Protokollnotizen zur MV (Mitgliederversammlung) des OV Bochum am 15.12." (zit. nach der Bochumer Dokumentation zu den Ausschlüssen). Die Empfänger des Briefes, I. Brusis und B. Hombach wußten denn auch diese kriminalistische Zuarbeit zu würdigen und entboten Herrn Lachmann dankbar ihre Glückwünsche zum Neuen Jahr: *„Wir bitten Sie um Ihre kritische Unterstützung. Wir danken Ihnen für Ihre Mühe, für Ihre Solidarität"* (zit. aus der Dokumentation).

So ist es kein Wunder, daß die Kollegen über die Versammlungsleitung Lachmanns starkes Mißfallen äußerten und die Forderung nach Öffentlichkeit erhoben; denn wie sonst sollten die ausgeschlossenen Vorstandsmitglieder ihren Rechenschaftsbericht geben können, und wie sonst sollte man den TOP „Ausschlußverfahren" diskutieren?

Nach turbulentem Hin und Her wurde mit überwältigender Mehrheit Öffentlichkeit hergestellt, und die angereiste Landesvorstandsmannschaft inklusive dem Bundesgeschäftsführer Walz verließ unter dem Klatschmarsch der anwesenden Kollegen unter Protest den Saal. Lachmann legte sofort die Leitung der Versammlung nieder, denn die Teilnahme von Ausgeschlossenen betrachtet er als „gewerkschaftsschädlich".

Unter neuer, diesmal gewählter, Versammlungsleitung feierten die Kollegen mit tosendem Beifall den Einzug der 10 Ausgeschlossenen. Die Rechenschaftsberichte wurden gehalten und der Vorstand entlastet. Bei der Entlastung des Kassenwarts plädierte der vom Landesvorstand eingesetzte Kassenprüfer auf Nichtentlastung, da der OV Bochum Spenden an die dortige ESG überwiesen hätte. An den Geschäftsbüchern hatte er nichts auszusetzen, aber die Politik hatte er gleich „mitgeprüft" und befand sie für zu links.

Bei den Kollegen erhielt er da allerdings keinen Stich. Da er sowieso nicht gewählt sei, sei es unnötig, ihm noch länger zuzuhören.

Neuwahlen Anfang Juni

Anfang Juni stehen Neuwahlen für den Ortsvorstand in Bochum an. Es kandidieren fortschrittliche Kollegen, die im Falle ihrer Wahl die Vorstandsgeschäfte nur kommissarisch übernehmen wollen, bis die Ausgeschlossenen wieder in die GEW aufgenommen sind. Herr Lachmann kandidiert allerdings ebenfalls. Bisher konnte er noch keine vollständige Liste repräsentieren; die Mobilisierung rechter GEWler in Bochum scheint auf Schwierigkeiten zu stoßen. Chancen rechnen sich die Rechten aufgrund des neuen in der GEW gültigen Wahlverfahrens aus, nach dem in allen Gliederungen der GEW nur noch per Briefwahl gewählt werden kann. Damit ist Diskussion und Wahl getrennt, jedes Mitglied kann zu Hause die Kandidaten seiner Wahl ankreuzen und zurücksenden. Mit diesem Wahlverfahren sind noch keine Erfahrungen gemacht worden. So spekuliert man auf die „schweigende Mehrheit", die in Bochum Lachmannn und Co. in den Vorstand hieven und alles wieder ins rechte Lot rücken soll. Ob diese Rechnung aufgeht, darüber dürften sich freilich die GEW-Führer selbst nicht sicher sein...

Solidarität aus anderen Stadtverbänden

Wichtig für Bochum ist die jetzt erst anlaufende Unterstützungskampagne in ganz NRW. Auf Veranstaltungen in Köln, Kamen, Münster und Mönchengladbach bekundeten zahlreiche Kollegen ihre Solidarität. Zu bemerken ist, daß der GEW-Geschäftsführer von NRW, Hombach, auf der Mitgliederversammlung in Mönchengladbach nichts dagegen hatte, daß Öffentlichkeit hergestellt wurde und 'Nichtmitglieder' Rede- und Gastrecht bekamen. Ob er allerdings nach der Bochumer Jahres-Hauptversammlung solche 'Fehler' weiter übersieht, ist sehr zu bezweifeln.

Lehrerkomitee KB/Gruppe HH

Spitzel im Auftrag Erich Fristers

Auf seiner Sitzung vom 17./18. März schloß der Hauptausschuß der GEW-Bund endgültig 11 Mitglieder aus, denen allesamt Mitgliedschaft im bzw. Tätigkeit für den KBW vorgeworfen wurde.

Er bestätigte damit die Ausschüsse, die vom Hauptvorstand bereits ausgesprochen worden waren. Nach § 8 Ziff 4 d der GEW-Satzung werden Ausschlüsse nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen durch den Hauptvorstand auf Antrag der lokalen GEW-Gliederungen, in denen die Betroffenen organisiert sind, vorgenommen. Der Hauptausschuß ist die einzige ,,,Revisions"-Instanz; da die Hauptvorstands-Mitglieder selbst wieder Mitglieder des Hauptausschusses sind, war das Ergebnis wie üblich klar: Die Ausschlüsse wurden bestätigt.

Der kollektive Ausschluß hat erneut die säuischen Praktiken deutlich gemacht, mit denen eine rechte Mafia von GEW-Funktionären unter den versorgte. Allein sechs „vertrauliche" Berichte des Herrn Gemein gingen in anderthalb Jahren mit der unmißverständlichen Aufforderung, ein Berufsverbot zu verhängen, an das Schulkollegium Düsseldorf. Aus der GEW wurde Holl vor einem Jahr mit der haarsträubenden Begründung ausgeschlossen, er sei im Juni 1976 *„am Rande einer Pressekonferenz der SPD in Brüssel gemeinsam mit KPD-Mitgliedern aufgetreten"*.

Außerdem habe er die Kölner Schülerinitiative gegen Berufsverbote unterstützt, die von der „KPD" beeinflußt sei. Dies reichte voll und ganz für die Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Fakt ist: Die Denunziationen und Verdächtigungen des Herrn Gemein waren den Gewerkschaftsführern Grund genug für einen Ausschluß – eines konkreten Nachweises bedurfte es da gar nicht erst. Von welcher Qualität die Schnüffeleien Gemeins waren, mag ein Beispiel aus einem seiner Berichte zeigt, wird erheblich klarer an dem jetzt erfolgten Ausschluß der elf Mitglieder, denen KBW-Mitgliedschaft vorgeworfen wird. Demnach stützt sich Fristers Ausschlußsystem auf reaktionäre Funktionäre in den Kreisverbänden, die entweder selbst eifrigst die linke Szene beäugen oder sich ein regelrechtes System „vertrauenswürdiger Informanten" geschaffen haben. Die Ausschlüsse stützen sich darauf, daß die Betroffenen angeblich beim Verkauf der „KVZ" oder beim Verteilen von KBW-Flugblättern gesichtet worden seien. Die GEW-Spitzel geben über diesen Tatbestand „eidesstattliche Erklärungen" ab; der zuständige Kreisvorstand stellt Antrag auf Ausschluß beim Hauptvorstand, dieser läßt sich die Denunziantion als „Beweismittel" vorlegen, und der Ausschluß ist perfekt. Stellungnahmen der Betroffenen, auch wenn sie die erhobenen Vorwürfe bestreiten, spielen keine Rolle – es sei denn, die Betroffenen „verraten" sich selbst durch ihren Protest z.B. gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse; dann

Rechte „Alternative" nun auch in NRW

Angang Juni sind in NRW Personalratswahlen. Dazu hat sich nach Hamburger Vorbild eine rechte Liste mit dem irreführenden Namen „Alternative" gebildet. Sie setzt sich zusammen aus Mitgliedern des Philologenverbandes, ausgetretenen GEW-Mitgliedern und noch aktiven GEW-Mitgliedern. Die „Alternative" will ihr Glück zunächst nur an Gymnasien versuchen.Entsprechend sieht ihr Programm aus. In ihrem „Info 2" schreibt sie:

„Die Überstülpung ideologiebedingter und wirklichkeitsferner Modelle (damit sind die Gesamtschulen wohl gemeint – Red.) *lehnen wir ab."*
„Die ALTERNATIVE fordert.... ein Gymnasium, das politisch nicht ständig als Schulform auf Zeit behandelt wird...."

Sie wendet sich also an die Lehrer, die das dreigliedrige Schulsystem nicht angetastet wissen wollen und Anhänger des „Volksbegehrens" in NRW gegen die Einführung der kooperativen Schule sind.

Angeführt wird die Liste durch Hauptvorstands und Verfasser der GEW-Broschüre „Informationen über linksextremistische Gruppen" (vgl. AK 115). Gemein hält die Bildung der „Alternative" für notwendig, da *„die Entwicklung der GEW zur kommunistischen Richtungsgewerkschaft offensichtlich nicht mehr zu stoppen"* sei.

Daß die GEW für die Einführung der Gesamtschule als Regelschule eintritt, hält er wohl schon für einen Schritt in diese „kommunistische" Richtung.

Der Stadtverband Duisburg hat gegen Gemein einen Ausschlußantrag gestellt. Doch ähnlich wie in Hamburg taktiert der Landesvorstand äußerst „vorsichtig". Würde man diesem Antrag sofort stattgeben, seien „schwerwiegende Konsequenzen" zu befürchten, da Gemein über „ausgezeichnete Beziehungen" verfüge – so der Geschäftsführer von NRW Hombach. Kurz: Man will bis zum Abschluß der Wahlen stillhalten und gibt den Gewerkschaftsfeinden damit die Chance, gut abzu-

GEGEN DIE MODE Klick..

hatte. Diese Entscheidung der Westberliner Kollegen brachte u.a. den
bitten Sie um Ihre kritische Unter-
te der vom Landesvorstand ein-
Wahl getrennt, jedes Mitglied kann zu
Lehrerkomitee KB/Gruppe HH

Spitzel im Auftrag Erich Fristers

Auf seiner Sitzung vom 17./18. März schloß der Hauptausschuß der GEW-Bund endgültig 11 Mitglieder aus, denen allesamt Mitgliedschaft im bzw. Tätigkeit für den KBW vorgeworfen wurde.

Er bestätigte damit die Ausschüsse, die vom Hauptvorstand bereits ausgesprochen worden waren. Nach § 8 Ziff 4 d der GEW-Satzung werden Ausschlüsse nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen durch den Hauptvorstand auf Antrag der lokalen GEW-Gliederungen, in denen die Betroffenen organisiert sind, vorgenommen. Der Hauptausschuß ist die einzige ,,,Revisions"-Instanz; da die Hauptvorstands-Mitglieder selbst wieder Mitglieder des Hauptausschusses sind, war das Ergebnis wie üblich klar: Die Ausschlüsse wurden bestätigt.

Der kollektive Ausschluß hat erneut die säuischen Praktiken deutlich gemacht, mit denen eine rechte Mafia von GEW-Funktionären unter den versorgte. Allein sechs „vertrauliche" Berichte des Herrn Gemein gingen in anderthalb Jahren mit der unmißverständlichen Aufforderung, ein Berufsverbot zu verhängen, an das Schulkollegium Düsseldorf. Aus der GEW wurde Holl vor einem Jahr mit der haarsträubenden Begründung ausgeschlossen, er sei im Juni 1976 „am Rande einer Pressekonferenz der SPD in Brüssel gemeinsam mit KPD-Mitgliedern aufgetreten".

Außerdem habe er die Kölner Schülerinitiative gegen Berufsverbote unterstützt, die von der „KPD" beeinflußt sei. Dies reichte voll und ganz für die Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Fakt ist: Die Denunziationen und Verdächtigungen des Herrn Gemein waren den Gewerkschaftsführern Grund genug für einen Ausschluß – eines konkreten Nachweises bedurfte es da gar nicht erst. Von welcher Qualität die Schnüffeleien Gemeins waren, mag ein Beispiel aus einem seiner Berichte zeigt, wird erheblich klarer an dem jetzt erfolgten Ausschluß der elf Mitglieder, denen KBW-Mitgliedschaft vorgeworfen wird. Demnach stützt sich Fristers Ausschlußsystem auf reaktionäre Funktionäre in den Kreisverbänden, die entweder selbst eifrigst die linke Szene beäugen oder sich ein regelrechtes System „vertrauenswürdiger Informanten" geschaffen haben. Die Ausschlüsse stützen sich darauf, daß die Betroffenen angeblich beim Verkauf der „KVZ" oder beim Verteilen von KBW-Flugblättern gesichtet worden seien. Die GEW-Spitzel geben über diesen Tatbestand „eidesstattliche Erklärungen" ab; der zuständige Kreisvorstand stellt Antrag auf Ausschluß beim Hauptvorstand, dieser läßt sich die Denunziantion als „Beweismittel" vorlegen, und der Ausschluß ist perfekt. Stellungnahmen der Betroffenen, auch wenn sie die erhobenen Vorwürfe bestreiten, spielen keine Rolle – es sei denn, die Betroffenen „verraten" sich selbst

Rechte „Alternative" nun auch in NRW

Angang Juni sind in NRW Personalratswahlen. Dazu hat sich nach Hamburger Vorbild eine rechte Liste mit dem irreführenden Namen „Alternative" gebildet. Sie setzt sich zusammen aus Mitgliedern des Philologenverbandes, ausgetretenen GEW-Mitgliedern und noch aktiven GEW-Mitgliedern. Die „Alternative" will ihr Glück zunächst nur an Gymnasien versuchen.Entsprechend sieht ihr Programm aus. In ihrem „Info 2" schreibt sie:
„Die Überstülpung ideologiebedingter und wirklichkeitsferner Modelle (damit sind die Gesamtschulen wohl gemeint – Red.) lehnen wir ab."
„Die ALTERNATIVE fordert.... ein Gymnasium, das politisch nicht ständig als Schulform auf Zeit behandelt wird...."
Sie wendet sich also an die Lehrer, die das dreigliedrige Schulsystem nicht angetastet wissen wollen und Anhänger des „Volksbegehrens" in NRW gegen die Einführung der

Hauptvorstands und Verfasser der GEW-Broschüre „Informationen über linksextremistische Gruppen" (vgl. AK 115). Gemein hält die Bildung der „Alternative" für notwendig, da „die Entwicklung der GEW zur kommunistischen Richtungsgewerkschaft offensichtlich nicht mehr zu stoppen" sei.
Daß die GEW für die Einführung der Gesamtschule als Regelschule eintritt, hält er wohl schon für einen Schritt in diese „kommunistische" Richtung.
Der Stadtverband Duisburg hat gegen Gemein einen Ausschlußantrag gestellt. Doch ähnlich wie in Hamburg taktiert der Landesvorstand äußerst „vorsichtig". Würde man diesem Antrag sofort stattgeben, seien „schwerwiegende Konsequenzen" zu befürchten, da Gemein über „ausgezeichnete Beziehungen" verfüge – so der Geschäftsführer von NRW Hombach. Kurz: Man will bis zum Abschluß der Wahlen still-

HV-Mitglied aus Protest zurückgetreten

Anläßlich der Ausschlüsse von zehn Vorstands- und Redaktionsmitgliedern des Ortsverbandes Bochum ist der Vorsitzende des Bundesfachgruppenausschusses Hochschulen, Prof. Westphalen, von seinem Amt zurückgetreten. Damit kehrt er dem Hauptvorstand, für dessen Politik er nicht mehr zur Verfügung stehe, den Rücken. Westphalen bekennt, daß ihm bei Antritt seines Amtes noch nicht klar gewesen sei, wie weit die GEW-Spitze die Aushöhlung der innergewerkschaftlichen Demokratie vorangetrieben hatte. Sonst hätte er eine solche Funktion nie übernommen. In seinem Schreiben verweist er auf den vor drei Jahren erfolgten Rücktritt des damaligen stellvertretenden GEW-Vorsitzenden Helmut Lohmann.



Kurz zur Erinnerung:

Als Frister in den Jahren 74/75 im Auftrag der DGB-Führung in der GEW die Weichen zu einer straff zentralisierten Richtungsgewerkschaft stellte, standen die Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die enorme Machthäufung im Hauptvorstand im Vordergrund seiner Überlegungen. Der Kollege Lohmann war damals Vorsitzender der „Reformkommission", die einen Vorschlag für die Neustrukturierung der GEW vorlegte. Darin setzte er sich vor allem dafür ein, daß dem Hauptvorstand nicht das Recht zugestanden wird, Mitglieder allein wegen ihrer politischen Meinung auszuschließen. Kriterium sollte allein konkret nachweisbares gewerkschaftsschädigendes Verhalten sein. Weiterhin setzte er sich für ein Verfahren bei Ausschlüssen, unabhängig vom Vorstand, ein. Frister setzte jedoch durch, daß allein der Vorstand zum Ausschluß berechtigt ist, und daß der Hauptvorstand gleichzeitig auch noch an der „Berufungskommission" (Hauptausschuß) beteiligt ist. Lohmann schrieb damals: „Weil die vom Kieler Kongreß geforderten Reformen durch die jetzige Entwicklung nach meiner Auffassung unmöglich gemacht werden, und die vorliegenden Satzungsänderungen sich mit der Auffassung von der Gültigkeit der im Grundgesetz festgelegten Rechte auch innerhalb der GEW nicht mehr decken, muß ich mein Amt niederlegen." Gerade diese Ansicht hat sich in den letzten Jahren immer mehr bestätigt. Frister und seine Mannschaft führen in der GEW mit diktatorischen Vollmachten Regie; Kollegen werden aufgrund von Verdächtigungen und Gesinnungsschnüffelei einer reaktionären Mafia ausgeschlos-
in den letzten Jahren immer mehr bestätigt. Frister und seine Mannschaft führen in der GEW mit diktatorischen Vollmachten Regie; Kollegen werden aufgrund von Verdächtigungen und Gesinnungsschnüffelei einer reaktionären Mafia ausgeschlos-
sen.

Nicht einmal die vom DGB heuchlerisch geforderte „Rechtsstaatlichkeit" bei den Berufsverboten wird bei der Handhabung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gewahrt. Heute reicht allein eine Denunziation, um einen Ausschluß herbeizuführen. Vor dieser Entwicklung hat Helmut Lohmann gewarnt, ihr Eintreten hat Tilmann Westphalen zum Rücktritt veranlaßt.

Wann wird der richtige seinen Stuhl verlassen — oder besser: wann wird er ihm entzogen?

Lohmanns Rücktrittserklärung war seinerzeit noch in dem GEW-Organ „Erziehung und Wissenschaft" abgedruckt worden. Frister hatte dazu eine schmierige Erklärung verfaßt, in der er den Konflikt herunterzuspielen versuchte. Inzwischen hat sich auch der Ton geändert. Westphalens Schreiben wurde, obwohl er ebenfalls um einen Abdruck in „E u W" gebeten hatte, totgeschwiegen. Stattdessen bezichtigt Frister in einem Antwortschreiben das ehemalige HV-Mitglied der Lüge und lehnt — im Bewußtsein seiner Machtfülle — ein Eingehen auf die Argumente Westphalens ab. Den Text der Rücktritterklärung entnehmen wir der Dokumentation „Ausschlüsse in Bochum", herausgegeben vom „Komitee für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Bochumer GEW-Kollegen" (dort ist auch ein Begleitschreiben Westphalens an Frister und dessen Antwort abgedruckt).

Prof. Dr. Tilmen Westphalen · 4500 Osnabrück, Kollegienwall 12d · 4. März 1978

(A B S C H R I F T)

RÜCKTRITTSERKLÄRUNG

anläßlich des Ausschlusses der Bochumer Zehn durch den Hauptvorstand der GEW am 11. Februar 1978

I.

Nach dem Verlauf der HV-Sitzung am 11.2.78, nach langen Diskussionen mit zahlreichen GEW-Kollegen und den ausgeschlossenen Bochumer Kollegen, nach einer Sondersitzung des Bundesfachgruppenausschusses Hochschulen und nach reiflicher Überlegung erkläre ich hiermit meinen Rücktritt als Mitglied des Hauptvorstands und des Hauptausschusses, des Referats A sowie als Vertreter der GEW im DGB-Hochschularbeitskreis. Den FG-Vorsitz habe ich gegenüber der FG am 26.2.78 niedergelegt.

Ich bin nicht bereit, weiterhin Verantwortung mit zu tragen für eine mehrheitliche Vorstandslinie, die auf eine Aushöhlung der innergewerkschaftlichen Diskussionsfreiheit und den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie hinausläuft. Bis zu einer erfolgreichen Revision des Ausschlußverfahrens gegenüber den Bochumer Kollegen stehe ich nicht zur Verfügung, um für die Bundes-GEW verantwortliche Funktionen zu übernehmen, die sich von einer Beschlußfassung des HV herleiten.

Mein Verständnis von innergewerkschaftlicher Solidarität macht es mir unmöglich, weiterhin im HV zu arbeiten, ohne daß ein Minimum an Vertrauen auf kollegiales Verhalten der Mehrheit auch gegenüber Minderheiten gegeben ist. Andererseits fühle ich mich als HV-Mitglied selbst dann noch in die Vorstandssolidarität eingebunden, wenn Beschlüsse wie die vom 11.2. für mich nichts anderes mehr als Willkürakte gegenüber gewerkschaftspolitisch mißliebigen Kollegen darstellen, die auch nicht durch die rigorose Regelung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse durch die Satzung abgedeckt sind. Folglich bleibt mir nur der Rücktritt.

Helmut Lohmann, stellvertretender Bundesvorsitzender der GEW bis zum Januar 1975, zuvor 13 Jahre Landesvorsitzender in Niedersachsen, hat in seiner Rücktrittserklärung (K und W 3/75) vor der jetzt eingetretenen Entwicklung gewarnt. Die Übertragung der Ausschluß-Ermächtigung direkt an den HV- ohne Möglichkeit, daß in einem Schiedsverfahren, wie immer es ausgestaltet ist, dem betroffenen Mitglied ein Minimum an innergewerkschaftlichen Rechten

- 2 -

Rechten (Anhörung, Einsicht in die Akten) erhalten bleibt- und die Ermächtigung jedes HV-Mitglieds ohne Rückkoppelung und Stellungnahme der unteren ~~Gliederung~~, in der der Betroffene arbeitet, den Ausschluß zu beantragen und entscheidende Argumente nur mündlich vorzutragen, so daß nichts mehr nachgeprüft werden kann. In dieser Entwicklung sah Helmut Lohmann eine Gefährdung der innergewerkschaftlichen Demokratie. Er hielt die dann in Köln beschlossene Satzungsänderung für nicht vereinbar mit dem Beharren der GEW auf rechtstaatliche Verfahren bei der Anwendung des Radikalen-erlasses, wenn die GEW selbst rechtstaatliche Verfahren qua Satzungsänderung ausschließt zugunsten eines Prozesses der "innergewerkschaftlichen Willensbildung" (so der Geschäftsführer der GEW am 9.1.78. an einen nunmehr ausgeschlossenen Kollegen, der um Akteneinsicht bat). Helmut Lohmann zitierte aus dem HV-Beschluß zum Radikalenerlaß (Okt. 1971): "Die GEW besteht auf einem Fundamentalprinzip unserer verfassungsmäßigen Ordnung: der Rechtsstaatlichkeit."

Denn fuhr er fort: "Das kann und darf doch nur bedeuten, daß das gleiche Recht auch in der GEW gilt. Ein Ausschluß wegen arglistiger Täuschung bei der Aufnahme, gewerkschaftsschädigenden und satzungswidrigen Verhaltens 'muß sich auf konkrete und bestimmte nachweisbare Tatsachen oder Handlungen gründen'. Für die Aufnahme und Mitarbeit eines Gewerkschaftsmitglieds darf aber nicht der Verdacht ausschlaggebend sein, er könnte gewerkschaftsschädigende Auffassungen haben und vielleicht Aktionen begehen." Soweit Kollege Lohmann. Kollege Frister vermochte damals die von Lohmann gegebene Begründung 'nicht zu akzeptieren" (E und W 3/75)- Er erklärte die Befürchtungen für gegenstandslos und führte aus: "Dabei (bei der Durchführung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse) geht es nicht um 'Verdacht' oder 'gewerkschaftsschädigende Auffassungen', sondern um bewiesene Mitgliedschaft." So Erich Frister 1975.

Im HV wurde gegenüber den Bochumer Zehn weder eine Mitgliedschaft (oder auch nur der Verdacht) noch eine Unterstützung von K-Gruppen bewiesen. Das war auch nicht möglich, da es sich tatsächlich nicht um eine K-Gruppe handelt, bestenfalls sind einige als 'Spontis', Jusos oder 'Individual'-Sozialisten zuzuordnen. Die ausführlichen Distanzierungen gegenüber der kritisierten Publikation im lokalen GEW-Info sowie gegenüber K-Positionen wurden dort, wo es der HV-Mehrheit in den Kram paßte, entweder als "unglaubwürdig" zurückgewisen (in zehn Fällen) oder als "glaubwürdig akzeptiert (in acht
bewiesen. Das war auch nicht möglich, da es sich tatsächlich nicht um eine K-Gruppe handelt, bestenfalls sind einige als 'Spontis', Jusos oder 'Individual'-Sozialisten zuzuordnen. Die ausführlichen Distanzierungen gegenüber der kritisierten Publikation im lokalen GEW-Info sowie gegenüber K-Positionen wurden dort, wo es der HV-Mehrheit in den Kram paßte, entweder als "unglaubwürdig" zurückgewisen (in zehn Fällen) oder als "glaubwürdig akzeptiert (in acht
Fällen). Die Interpretationswillkür feierte Urständ. Von Beweisen keine Spur.

- 3 -

Das von Helmut Lohmann befürchtete "Abrutschen aus der rechtsstaatlichen Demokratie (E und W 3/75) ist innergewerkschaftlich durch die Art und Weise des Ausschlusses der Bochumer Zehn definitiv eingetreten. Bei meiner Wahl zum Fachgruppenvorstizenden und der Bestätigung durch die Vertreterversammlung als HV-Mitglied habe ich mir eine solche Entwicklung nicht vorstellen können. ~~Sonst hätte ich~~ für eine solche Funktion niemals zur Verfügung gestanden. Dies ist von Kollegen als 'naiv' bezeichnet worden. Den Vorwurf muß ich hinnehmen, nicht schon mit Helmut Lohmann erkannt zu haben, wohin die Reise geht: die Ausweitung der Unvereinbarkeitsbesclüsse zu einem Mittel der innerverbandlichen Disziplinierung auch dort, wo es – nach dem Studium der Unterlagen und der jederzeit möglichen Diskussion mit den Bochumern, der der HV und der Landesvorstand nicht umsonst ausgewichen sind, für jeden neutralen Beobachter unzweifelhaft – sich nicht um K-Gruppen handelt.

II.

"Es kann doch nicht sein, daß allein die Weitergabe eines Textes oder einer Resolution in einem Info ausreicht, um aus der GEW ausgeschlossen zu werden, zumal die Betroffenen ausdrücklich erklärt haben, daß sie sich mit der Politik der politischen Gruppen, die nach den Beschlüssen ihrer Organisation unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen, nicht identifizieren."

Das schreibt ein "langjähriger Betriebsratsvorsitzender" und "aktiver Funktionär der IG Metall" am 9.2.78 an den HV.

In der Tat war für den HV alleinige Begründung für den "Tatbestand" der "Unterstützung von KPD, KPD/ML, KBW" der Abdruck eines Mitgliederantrags zum von der CDU beabsichtigten K-Gruppen Verbot und einer Resolution einer "Bochumer Aktionsgemeinschaft", an der neben Falken und ESG und auch anderen Gruppen auch K-Gruppen beteiligt waren. Der Antrag und die Resolution beinhalteten partiell K-Positionen. Dieser Tatbestand war für den HV bei allen Vorstandsmitgliedern und Info-Redakteuren gegeben, soweit sie überhaupt an der Angelegenheit beteiligt waren. "Angeklagt" wurden zunächst auch diejenigen, die an der Vorstandsentscheidung und bei der Ifno-Arbeit nicht beteiligt waren (z.B. abwesend, in Urlaub, e.t.c.) Mit Schreiben vom 28.12.77 stellt der Geschäftsführer der GEW fest: "Diese Veröffentlichung stellt eine Unterstützung der aufgeführten unter den Unvereinbarketisbeschluß des DGB...fallenden Organisationen dar." Ohne Beschlußfassung durch irgendein Gremium wird somit eine ganz ungleubliche Ausweitung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse eingenommen. Hierzu zitiere ich aus einem Brief von vier

- 4 -

Professoren an der Universität Bochum vom 9.2.78 an den HV:

"Wir glauben allerdings auch, daß die 17 Kollegen völlig zu Recht darauf bestehen, daß der Abdruck eines Antrags oder eines Hintergrund-Dokuments zur Information keine "Unterstützung" eines solchen Antrags oder Dokuments bedeuten. Das gehört zentral zur "Sache" (was Kollege Frister in seinem Brief an die Betroffenen bestritten hatte), da es sich um ein fundamentales Prinzip handelt, das leider in der Bundesrepublik augenblicklich nicht nur in der GEW infrage gestellt wird und das es unbedingt zu verteidigen gilt."

Oder aus dem Brief eines anderen Hochschulkollegen vom 8.2.78 an den HV:

"Es erscheint mir unsinnig, in dem Abdruck einer Information einen Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB sehen zu wollen!"

Aus einem anderen Brief vom 10.2.78 an den HV:

"Den Abdruck der o.g. Resolution habe ich als Informationsbeitrag verstanden. Er war explizit als solcher gekennzeichnet, auch durch die Aufzählung der Autoren. Aus dem Abdruck eine Identifikation mit der 'Aktionseinheit' oder eine Unterstützung herauszulesen, halte ich für ein plumpes Mißverständnis oder eine böswillige Fehlinterpretation. Im ersten Falle wäre eine Weiterverfolgung des Vorwurfs nur peinlich. Im zweiten Falle scheint der Verdacht begründet, daß der kaum ernsthaft begründbare Vorwurf, gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB verstoßen zu haben, nur ein Vorwand ist, politische Differenzen oder persönliche Querelen mittels administrativer Maßnahmen auszutragen."

Ein weiterer Kommentar meinerseits erübrigt sich. Diese Beispiele stammen aus rund 40 Briefen von Mitgleidern und Gliederungen der GEW an den HV, wie sie von der ausgeschlossenen Bochumer Gruppe in einem Info 2/78 veröffentlicht worden sind (natürlich auf eigene Kosten in Höhe von etwas 2000,– DM, die durch Kollegenspenden aufgebracht werden; Anfragen bitte an meine Adresse: 4500 Osnabrück, Kollegienwall 12d). Gegen das Ausschlußverfahren Stellung genommen zu haben u.a. die mitgliederstarken Stadtverbände Duisburg, Köln und Münster durch ihre jeweilige Vorsitzenden. Münster schreibt:

"Die außerordentlich durchgreifenden Maßnahmen des Landesvorstands können den Verdacht nicht ganz vermeiden, als ob hier 'alte Rechnungen' beglichen werden sollten."

Und Köln:

"Die notwendige Auseinandersetzung mit der Bochumer Position und ihre Korrektur kann nur politisch durch eine entsprechende Diskussion mit den Bochumer Kollegen und nicht durch Gewerkschaftsausschlüsse geschehen."

Den Mitgliedern des HV sind diese Protestbriefe bis heute nicht zur Kenntnis gebracht worden. Ich kann nur hoffen, daß die im HV gegebene Zusage des Vorsitzenden auf ausführliche Dokumentation

- 5 -

des Vorgangs auch eingehalten wird. Dem HV wurden nur zwei negative Mitgliederstellungnahmen zur Sitzung am 11.2. vorgelegt, davon eine datiert am 9.2.78. Ein Großteil der inzwischen von den Bochumern veröffentlichten Briefen müssen zu diesem Zeitpunkt dem Vorsitzenden vorgelegen haben, ohne daß sie dem HV zur Kenntnis gebracht wurden.

Erheblich gravierender ist, daß dem HV ein Beschluß der Mitgliederversammlung Bochum vom 25.1.78 ebenfalls nicht vorgelegt wurde. Dieser Beschluß, der Kritik an der unkommentierten Veröffentlichung übt, aber ansonsten die Positionen der Vorstands- und Infomitglieder unterstützt, erhielt 125 Ja-Stimmen bei 19 Gegen-Stimmen und zwei Enthaltungen. D.h. nach einer inzwischen fast zweimonatigen Diskussion im OV Bochum, bei der alle Mitglieder ihre Auffassung darlegen konnten, erbrachte eine ordentlich einberufene MV eine überwältigende Mehrheit für die Betroffenen. Konsequenterweise müßten nunmehr Ausschlußverfahren gegen die 125 Ja-Stimmen eingeleitet werden.

Dieser Beschluß ist in dem Brief des nunmehr ausgeschlossenen, seinerzeitigen Vorsitzenden Holtgreve vom 7.2.78. an den HV enthalten. Wer immer für die Vorbereitung der HV-Sitzung vom 11.2. verantwortlich zeichnet, muß schon eine überzeugende Erklärung dafür finden, warum gerade dieses entscheidend wichtige Dokument, das fristgerecht zugeleitet wurde, dem HV nicht vorlag. Statt dieser vom Kollegen Frister verlangten individuellen Antwort des Kollegen Holtgreve lag dem HV nur das Schreiben Holtgreves an den Landesvorstand vom 3.2.78 vor. Der HV mußte den Eindruck gewinnen, daß eine Antwort Holtgreves nicht erfolgt sei. Die Information des HV war einseitig und willkürlich.

Als Faktum ist festzuhalten: Der im HV-Protokoll genannte Ausschlußgrund "KPD, KPD/ML, KBW" ist im Verfahren an keiner Stelle substantiert worden. Für mich ist er aufgrund des vorgelegten Materials erwiesenermaßen falsch.

III.

Die durch die HV-Mehrheit vorgenommene uferlose Ausweitung von "Tatbeständen" in Sachen Unvereinbarketisbeschlüsse (UVB) gleicht auf fatale Weise der Ständig umgreifenderen Anwendung des Begriffs der "Verfassungsfeindlichkeit" in Berufsverbotsurteilen. Der HV hat eine Situation geschaffen, in der das Ausschlußverfahren als
III.

Die durch die HV-Mehrheit vorgenommene uferlose Ausweitung von "Tatbeständen" in Sachen Unvereinbarketisbeschlüsse (UVB) gleicht auf fatale Weise der Ständig umgreifenderen Anwendung des Begriffs der "Verfassungsfeindlichkeit" in Berufsverbotsurteilen. Der HV hat eine Situation geschaffen, in der das Ausschlußverfahren als
"Gewerkschaftsfeind", das ohne auch nur die geringsten Ansprüche auf "Rechtsstaatlichkeit" abläuft, Vorläufer eines Berufsverbots

- 6 -

wird. Die Möglichkeit des Nachweises, daß die erhobenen Verdächtigungen völlig unbegründet sind, die ein geordnetes Schiedsverfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen bieten würde, entfallen bei der vom HV geübten Schnelljustiz. Die Berufungsmöglichkeit beim Hauptausschuß ist mehr oder weniger Spiegelfechterei. Der HV bildet die eine Hälfte des HA, den die andere Hälfte kaum desavouieren kann. D.h. der HV ist seine eigene Berufungsinstanz. Wie steht es mit der Glaubwürdigkeit der GEW, wenn sie auf strikte Rechtsstaatlichkeit pocht, bevor jemand gerichtlich zum "Verfassungsfeind" gestempelt werden darf, und dabei gleichzeitig Kollegen ungeheuer leichtfertig durch Ausschluß zu "Gewerkschaftsfeinden" macht, denen man bescheinigt, daß man ihre Verfassungstreue bezweifelt. Denn das hat Kollege Frister mehrfach klargestellt. Die GEW würde ihre Solidarität nur denjenigen entziehen, die Gewaltanwendung zur Abschaffung der im Grundgesetz verbrieften Grundrechte und die "Diktatur des Proletariats" fordern würden. Nur solche Mitgleider seien von der Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse betroffen. ("Von den Grenzen der Toleranz", E und W 4/74). Ich bekenne offen, wie ich dies im HV getan habe, daß meine politische Position sich in nichts von Positionen unterscheidet, wie sie von ausgeschlossenen Bochumern vertreten werden, eine Position, "die in ihrem Auftreten die Verbindung von Sozialismus mit Freiheit und Humanität sichtbar werden läßt" (Erich Frister, "Von der aktiven Toleranz", E und W 3/73). Habe ich es nur dem Zufall zu verdanken, daß ich nicht mehr an der Universität Bochum arbeite und somit weder dem Bochumer Vorstand noch der Bochumer Info-Redaktion angehöre, daß ich noch Mitglied der GEW bin und trotz allseitig anerkannter sachkundiger arbeitsplatzbezogener Gewerkschaftsarbeit gerade für den Hochschulbereich- noch nicht zum "Gewerkschaftsfeind" erklärt wurde?

Hat die Betriebsgruppe der Gesamtschule Mülheim recht, wenn sie schreibt:

"Diese Aktion muß im Zusammenhang der bundesweit laufenden Kampagne gegen 'linke' Gesinnung gesehen werden. Man muß sich von Gruppen, von Meinungen distanzieren, mit denen man sich nie identifiziert hat, je es ist geboten offen eine antikommunistische Haltung anzunehmen, will man nicht in einen Verdacht geraten." (Bochumer Info 2/78, S. 33)

Zur Resignation sehe ich allerdings keinen Anlaß. Als einfaches GEW-Mitglied werde ich umso intensiver für eine innergewerkschaftliche Demokratisierung arbeiten, zusammen mit denjenigen die über Unrecht, das Kollegen von dereigenen Gewerkschaft geschieht, nicht so ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen können.

Osnabrück, 4.3.78, Tilmon Westphalen

Berufsverbot folgt Funktionsverbot

Offenbach: Ein neuer eklatanter Fall des Zusammenspiels zwischen den Behörden und den reaktionären GEW-Spitzen deutet sich jetzt in Offenbach an. Wie schon im AK berichtet, hat Frister gegen den ersten Vorsitzenden des Kreisverbandes Offenbach, Gerd T., ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens eingeleitet, weil dieser sich nicht an die UVBs gehalten habe und gegen bekannte Mitglieder des KBW keine Ausschlußverfahren eingeleitet hatte, obwohl dies von Frister gefordert wurde. Die Bundesschiedskommission belegte den Kollegen jetzt mit einem sechsjährigen (!) Funktionsverbot.

Schon während dieses Verfahrens erhielt der Kollege seine Kündigung durch den Regierungspräsidenten. Die Nichtübernahme aus der Probezeit in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit wird von den Behörden mit angeblich „mangelnder fachlicher Qualifikation" begründet. Daß es sich hierbei jedoch um einem politischen Fall handelt, machen die Fakten schnell deutlich. Obwohl der Kollege sein Zweites Staatsexamen mit der Benotung „sehr gut" (!) ablegte, verschärfte die Schulbehörde gerade während der Probezeit die Überprüfungen. Teilweise unangemeldet, teilweise nur mit einer Ankündigung von einer Tagesfrist wurde der Unterricht besucht. Beanstandet wurde, daß der Kollege keinen „ausgewogenen" Unterricht gebe. Belegt wird dies u.a. damit, er habe in einer Unterrichtseinheit überwiegend die Meinung der IG-Metall dargestellt. Bemängelt wird weiterhin, daß es ihm nicht gelungen sei, die Schüler zu motivieren. Verschwiegen wird dabei, daß es sich hierbei um Nachmittagsunterricht handelte, wobei die Schüler morgens sogar noch im Betrieb arbeiteten. Als der Kollege dann eine Diskussion forderte, in der die Schüler gegen diesen Stundenplan protestierten, wurde ihm vorgehalten, er habe nicht für genügend Verständnis für diese Maßnahme gesorgt. Bemängelt wird weiterhin: *„Die Haltung des Lehrers vor der Klasse ist nicht vorbildlich. Zu bemängeln sind das Sitzen während des überwiegenden Teils der Stunden vor der Klasse und das zeitweise Schaukeln mit dem Stuhl."* Vorgeworfen wird ihm weiterhin, als Verbindungslehrer mehr auf der Seite der Schüler als auf der Seite der Schulleitung gestanden zu haben. Allein diese wenigen Beispiele zeigen in aller Deutlichkeit, daß ein Lehrer getroffen werden soll, der seinen Beruf im Sinne der Schüler begreift, und der der Schulbehörde aufgrund seines Engagements unbequem geworden ist. Dies wird von der Behörde noch dadurch unterstrichen, daß sie dem Kollegen als 1. Vorsitzenden der GEW ein Flugblatt zum Vorwurf macht, in dem den Behörden vorgeworfen wird, „Auslese und Unterdrückung ... zu betreiben".

Daß zuvor gegen den gleichen Kollegen ein Verfahren von Frister einge-
strichen, daß sie dem Kollegen als 1. Vorsitzenden der GEW ein Flugblatt zum Vorwurf macht, in dem den Behörden vorgeworfen wird, „Auslese und Unterdrückung ... zu betreiben".

Daß zuvor gegen den gleichen Kollegen ein Verfahren von Frister einge-
leitet wurde, zeigt noch einmal in aller Deutlichkeit, wessen Interessen dieser Gewerkschaftsführer vertritt.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg



»Kunstfehler«

Schwerer Gehirnschaden durch falsche Behandlung

„Eine 44jährige Patientin, die während einer Narkose einen schweren Hirnschaden erlitten hat, ist Gewinnerin eines Kunstfehlerprozesses".

Bei der Frau sollte im April 1976 in der Chirurgie eines Bremer Krankenhauses eine Operation vorgenommen werden. *„Für die Narkose war eine Oberärztin der Anästhesieabteilung und ein Assistenzarzt eingesetzt. Nach der Einleitung der Narkose überließ die Oberärztin, die bei einer weiteren OP benötigt wurde, die Patientin dem Assistenzarzt. Dieser reagierte, so der Gutachter, nicht rechtzeitig auf einen Kreislaufzusammenbruch der Frau, sie war klinisch tot. Durch Herzmassagen und Injektionen wurde ihr Leben gerettet".*

Die Erste Zivilkammer des Bremer Landgerichts entschied, daß der Assistenzarzt und die Stadt Bremen, als Träger des Krankenhauses, alle bisherigen und künftigen materiellen Schäden ersetzen müssen, soweit die Ansprüche nicht auf die Sozialversicherung übergegangen sind. Während der

den ersetzen müssen, soweit die Ansprüche nicht auf die Sozialversicherung übergegangen sind. Während der

Anwalt der betroffenen Patientin im Verhalten der Oberärztin *„ein Mitverschulden sah, sprach die Zivilkammer die Oberärztin frei; der Assistenzarzt habe die Verantwortung gehabt [?!]... Die Richter bestätigten auch den Anspruch der Frau auf ein 25 000-Mark-Schmerzensgeld, das der Assistenzarzt zu zahlen hat"* [FR 13.4.78].

Es bleibt natürlich die Frage nach der Rolle der Oberärztin. War der Assistenzarzt überhaupt in der Lage, die OP durchzuführen — oder wurde hier ein Sündenbock gesucht und gefunden?

• • •

Nach Krampfaderverödung mußte das Bein ab

50 000 DM Schmerzensgeld muß ein Arzt aus dem Bezirk Osnabrück an eine Hausfrau bezahlen, deren linkes Bein durch die fehlerhafte Behandlung des Arztes amputiert werden mußte.

Die Frau *„hatte im August 1975 von dem Arzt eine Krampfader-Verödung vornehmen lassen und dabei ein Verödungsmittel eingespritzt bekommen. Folge war gewesen, daß sie Schmerzen in dem behandelten Bei verspürte, daß sich das Bein blau färbte, daß nach 2 Tagen schließlich nur noch die Amputation übrigblieb. Das Oberlandesgericht [Oldenburg] stellte fest, daß der Arzt gegen allgemein anerkannte Grundsätze der ärztlichen Wissenschaft verstoßen hatte: Er habe das Verödungsmittel nicht, wie vorgeschrieben, in eine Vene, sondern in eine Arterie oder in die Nähe einer Arterie gespritzt und außerdem ein zu aggressives Verödungsmittel in einer viel zu hohen Konzentration verwendet. Abgesehen davon, so das Gericht, hätte der Arzt eine ungefährlichere Heilmethode wählen und die Patientin, weil er selbst nicht über die dafür erforderlichen Geräte verfügte, in ein entsprechend ausgerüstetes Krankenhaus einweisen müssen. Die Richter attestierten dem Arzt einen groben Verstoß gegen die medizinische Sorgfaltspflicht"* (FAZ 15.4.78).

• • •

Ständigen Schnupfen

. . . hat Frau F., nachdem sie wegen chronischer Atembeschwerden, operiert worden ist. Bei dieser Operation wurden die Nasenmuscheln fast vollständig abgetrennt. Diese Schwellkörper verhindern, daß Sekrete der Schleimhäute aus der Nase herausrinnen können. Nach Meinung eines Facharztes wird Frau F. ihr Leben lang Schnupfen haben (Angaben nach BILD 15.4.78).

• • •

Da lacht der Patient

„Es gehört zu den Pflichten eines Krankenhauses, seine Patienten vor einem unerfahrenen oder unterdurchschnittlich begabten Arzt zu schützen. Das stellte der Bundesgerichtshof in

schnittlich begabten Arzt zu schützen. Das stellte der Bundesgerichtshof in

einem Verfahren fest, in dem es um ärztliche ‚Kunstfehler' ging. Das Krankenhaus habe zu beweisen, daß der von ihm eingesetzte Klinikarzt nicht nur über das erforderliche Maß an Wissen und Erfahrungen verfüge, sondern auch ‚allgemein' fachlich und charakterlich qualifiziert genug sei. Bei einem Mißerfolg könne man allerdings nicht von vornherein auf pflichtwidriges Verhalten des Arztes schließen" (HA, 27.4.78). Worauf denn? Vielleicht auf ein pflichtwidriges Verhalten des Krankenhauses, weil zu wenig Personal da ist, oder die Geräte nicht ordnungsgemäß gewartet wurden?

• • •

Wieder ein Arzt freigesprochen

Im Prozeß gegen den wegen unterlassener Hilfeleistung angeklagten Arzt Dr. Homi Irani ist jetzt das Urteil ergangen: Freispruch.

Irani hatte als stellvertretender Chefarzt im Hofheimer Krankenhaus vor sechs Jahren den 19jährigen Karl Heinz Isenhardt wegen eines komplizierten Unterschenkelbruchs operiert. Nach der Operation verschlechterte sich der Zustand von Karl Heinz zusehens. Aber der Patient blieb einem wenig erfahrenen Medizinalassistenten und einer Schwesternhelferin überlassen, die nach den einschlägigen Vorschriften überhaupt keinen Dienst hätte machen dürfen. „*Doch Frau C.* (die Schwesternhelferin, Anm. AK) *und der Medizinalassistent K. mußten den womöglich entscheidenden Kampf um das Leben des jungen Isenhardt führen, der über fünf Stunden lang* (!) *Anlaß zu schwerer Besorgnis gab und dabei ‚so furchtbar tobte, daß ich mich aufs Bett werfen mußte'* (Frau C.)" (FR, 29.4.78). Karl Heinz starb an den Folgen der Operation.

Der verantwortliche Arzt, Dr. Irani, stritt vor Gericht ab, daß er *„über den tatsächlichenSchweregrad der postoperativen Krise"* richtig informiert worden war. Der Medizinalassistent hätte ihm lediglich telefonisch mitgeteilt, *„daß der Patient eine ‚allgemeine Unruhe' zeige. Dr. I. erklärte sich diese mit ‚drückender Nachtschwüle' und verordnete eine Beruhigungsspritze"* (FR, 11.5.78)!...

Merkwürdig ist schon, daß vor Gericht nur geklärt werden konnte, daß Irani alarmiert worden ist, nicht aber, was der Medizinalassistent ihm sagte.

Merkwürdig auch, daß das Gericht in seine Urteilsbegründung ausdrücklich aufnahm, es spreche manches dafür, *„daß der Medizinalassistent in der zentralen Frage zum Inhalt des Telefongesprächs mit dem Angeklagten zugunsten des Dr. I. etwas verschleiere"* („FR", 11.5.)! Und ebenfalls in der Urteilsbegründung hielt das Gericht es sogar für möglich, *„daß am Krankenblatt des Patienten manipuliert wurde"* (ebenda)!!

Trotzdem wurde Irani jetzt freigesprochen. Nach Ansicht des Gerichts spielt *„die genaue Todesursache . . . keine entscheidende Rolle für die strafrechtliche Bewertung. Wichtig*

. . . keine entscheidende Rolle für die strafrechtliche Bewertung. Wichtig

dagegen sei, daß für beide Krankheitsbilder nicht ausgeschlossen werden könne, daß der Patient auch unter günstigsten medizinischen Betreuung gestorben wäre" (FR, 11.5.). *„Was den Vorwurf einer unterlassenen Hilfeleistung betrifft, ist es nach den Feststellungen des Gerichts objektiv zwar richtig, daß Dr. I. angesichts des verschlimmerten Patientenzustandes mit seiner Telefontherapiehilfe zu wenig tat. Doch fehle es an einem entsprechenden Vorsatz, ja es sei dem Arzt nicht einmal nachzuweisen, daß er etwa bedingt in Kauf nahm, was Folge der Hilfeversagung wurde"* [*ebenda*]*!!*

Dieses skandalöse Urteil ist ein Freibrief für jeden Pfuscher, denn wer kann einem Arzt schon „Vorsatz" o.ä. nachweisen?!

Das Gericht ist offensichtlich von der Devise ausgegangen, wenn schon den Prozeß nicht verhindern, dann wenigstens Freispruch. Der Vater des Karl Heinz Isenhardt hatte über Jahre dauernde Instanzenwege hinter sich bringen müssen, bis überhaupt ein Schöffengericht über den Tod seines Sohnes zu verhandeln sich bequemte. Prof. Hackethal, der vom Vater als Privatgutachter benannt worden war und der dem Dr. Irani acht gravierende „Kunstfehler" nachgewiesen hatte (!), wurde vom Gericht als Gutachter mit fadenscheinigen Gründen ausgeschlossen. So daß auch die „Frankfurter Rundschau" Prozeßbeobachter zitierte, die den Hackethal-Ausschluß *„als Reaktion der Justiz darauf* [*werteten*]*, daß ihr in den Medien, vor allem unter der Berufung auf die Fachautorität Hackethals, immer wieder vorgeworfen worden war, sie wolle Dr. Irani den peinlichen Weg zur Anklagebank sparen"* (FR, 29.4.).

So kommen in diesem Staat „Kunstfehler"-Opfer oder deren Angehörige zu ihrem Recht! . . .

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Für zweifache Tötung 9 Monate auf Bewährung — Arzt müßte man sein!

Wegen fahrlässiger Körperverletzung ist der Chirurg Josef Hollenbeck zu neun Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung und 4000 DM Geldstrafe veruteilt worden. Hollebeck, unter dessen Messer Jürgen Bartsch und Brigitte Wesseling bei einer Kastration bzw. Sterilisation starben, war zuerst wegen fahrlässigerTötung angeklagt gewesen, aber aufgrund der unterschiedlichen Meinung der Gutachter (eine Krähe hackt der anderen halt kein Auge aus) ist diese Beschuldigung nicht aufrecht erhalten worden. Das Gericht war der Meinung, daß ein Tötungsdelikt nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden konnte. Hollenbeck hatte einen Krankenpfleger, nicht etwa einen Narkosearzt, angewiesen, einen falschen Verdampfer bei der Narkose zu benutzen, so kam es bei beiden Patienten zu Narkosekonzentrationen, die weit über der angemessenen Dosierung lagen. Bei Bartsch kam es zeitweilig zur *„dreizehnfachen Dosis des Normalwertes"*! *„Das Maß der Sorglosigkeit, das Hollenbeck gezeigt hat, wiegt schwer"* (FAZ, 22.4.78), meinte der Vorsitzende Richter. Neun Monate auf Bewährung, da der Angeklagte noch nicht vorbestraft sei und ein untadeliges (?!) Leben führe, erschienen ihm dafür angemessen. Nach Ansicht von Prof. Hackethal war schon die Vollnarkose bei J. Bartsch ein vermeidbarer Fehler von Hollenbeck gewesen. Hackethal hätte in diesem Fall eine Lokalanästhesie für angemessen gehalten (Vergleiche: „Auf des Messers Schneide", Seite 177).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Skandalöse Behandlung von Behinderten in Bayern

Vor kurzem sind in einem Münchner Spastikerzentrum, das international bekannt ist, skandalöse Zustände ans Licht gekommen. So mußten Behinderte bei den üblichen Visiten, bei denen es darum geht, ob die Behinderten weitergeschult oder beruflich gefördert werden, fast nackt in der Aula des Behindertenzentrums auf- und abmarschieren und sich „mustern" lassen.

Behinderte mußten permanent die Beschimpfungen des Heimleiters Göb über sich ergehen lassen, der die Heiminsassen nur mehr noch als „die Deppen" und „die Idioten" bezeichnete. Rund 70 Beschwerdebriefe sind dazu von Erzieherinnen an die zuständigen Stellen geschickt worden, in denen sie sinngemäß schreiben: Aggressionen der Kinder und Jugendlichen seien nicht verwunderlich, wenn sie von einem Professor in menschenunwürdiger und auf erniedrigende Weise behandelt würdenund andauernd nur Schimpfwörter wie „Kartoffelköpfe", „Dummköpfe" oder „blöde Deppen" zu hören bekämen.

Unzulängliche Betreuung, Versorgung und Förderung der zum Teil schwerstbehinderten Kinder und Jugendlichen sind in diesem Behindertenzentrum an der Tagesordnung. Notwendige Krankengymnastik und logopädischer Unterricht fielen wegen der permanenten Personalfluktuation oft wochenlang aus, eine heilpädagogische Betreuung fand so gut wie gar nicht statt.

Ein Jahr später zog die Münchner Fachoberschule, die bis dahin stets Praktikanten zur fachpraktischen Ausbildung geschickt hatte, ihre Praktikanten zurück. Der Grund: Die Praktikanten wurden *„mehr und mehr als reine Arbeitskräfte"* eingespannt. In einem Bericht des FOS-Leiters heißt es weiter: *„Als der gesamte Betrieb infolge von Führungsfehlern darüberhinaus Mißstände zeigte, die das Ausbildungsziel gefährdeten, mußte derEinsatz in dieser Institution kurzerhand für alle Praktikanten abgebrochen werden."* Warum sind diese Zustände dann nicht schon '76 ans Licht gekommen?

Mitte 1977 fand eine Besichtigung statt, bei der festgestellt wurde, daß für die Leitung der Kindergruppen pädagogische Fachkräfte fehlten. Die erforderliche heilpädagogische Betreuung weitgehend fehlte usw. usw.

Meint man nun, jetzt würden endlich mal Konsequenzen gezogen, so ist das ein bedauerlicher Trugschluß. Derselbe Leiter, der die bestehenden Zustände rechtfertigte und auf keine der Beschwerden einging und natürlich immer noch im Dienst ist, erhielt erst vor einigen Monaten die „Staatsmedaille für soziale Verdienste"!

(Zitate SZ, 19.4.)

• • •

nicht statt.



Ein Vater, dessen Sohn die „qualifizierte Förderung durch das Spastikerzentrum am eigenen Leib" verspüren durfte, schreibt:

„Wo Kinder mißhandelt und mit dem Kopf gegen Klowände geknallt werden können, wo Kinder und Jugendliche nicht aufs Clo gehen dürfen, wenn es an der Zeit ist oder dort bis zu zwei Stunden sitzen bleiben müssen, weil sich niemand findet, der sie wieder abholt, wo Eltern nicht mehr wagen, sich zu beschweren, weil sie Angst haben, daß es ihren Kindern dann noch schlechter geht, wo ehemalige Lehrer und Zivildienstleistende des Hauses, die den Kindern und Jugendlichen ans Herz gewachsen waren, weil sie sich in ihrer Freizeit und innerhalb des Zentrums mit ihnen intensiv beschäftigen, Hausverbot bekommen ... da ist doch alles faul bis ins Mark."

Tatsächlich wurde schon 1975, als dem Leiter die zum Teil recht kritischen Zivildienstleistenden nicht mehr passten, die Dienststelle schlicht und einfach aufgelöst.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß es in einem Heim für geistig und körperlich schwerstbehinderte Kinder in Buxheim (Landkreis Eichstätt) ähnliche Zustände gibt. Nach einigen Berichten mehrerer Krankenschwestern wurden die Kinder nur knapp gefüttert, mußten lange Zeit in ihren Betten, zum Teil auch angebunden, liegen, erhielten Schläge ins Gesicht und auf den Körper, weil sie nicht essen wollten, sich gegen das Schlukken der Sonde wehrten, sich im Bett aufknieten usw. usw.

Erzieherinnen, die sich intensiver mit den Kindern beschäftigten, wurde vorgeworfen, sie „verwöhnten" die Kinder! Eine lange Reihe von Versuchen, die Zustände in diesem Heim zu ändern, unternahm eine Buxheimer Frau. Schließlich stellte im Oktober '77 das Gesundheitsamt in Ingolstadt Strafanzeige gegen die Heimleitung wegen „Mißhandlung Schutzbefohlener". Bis heute hat sich allerdings noch nichts geändert.

(Zitate aus NN, 29.4.)

KB Nürnberg



Tarifverträge mit der Nordelbischen Kirche — so nicht

Seit längerer Zeit wird die Diskussion um die Forderung nach Tarifverträgen zwischen den Gewerkschaften und den Kirchen öffentlich geführt. Die Kirchenführungen behaupten, *„sie hätten einen Auftrag in der Welt und an die Welt, der es ihnen nicht erlaube, sich auch nur auf einem Teilgebiet der Fremdbestimmung durch Dritte – beispielsweise durch Gewerkschaften – zu unterwerfen"* („ÖTV-Magazin" 5/78). Deswegen streben sie eine innerkirchliche Regelung – „dritter Weg" – der Tariffrage an. Die meisten kirchlichen Kolleginnen und Kollegen teilen die Ansicht der ÖTV, daß es *„prinzipiell keinen Unterschied zwischen der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Interessenlage der kirchlichen Arbeitnehmer und der Interessenlage der Arbeitnehmer bei Bund, Ländern und Gemeinden oder gar anderen Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts"* gibt („ÖTV-Magazin" 5/78). Die Forderung nach Tarifverträgen wurde in Unterschriftensammlungen und Resolutionen erhoben. Nun hat die Synode der Nordelbischen Kirche *„ihr Einverständnis zum Abschluß von Tarifverträgen mit den Arbeitnehmer-Organisationen"* gegeben.

Die ÖTV wertet diese Entscheidung als großen Erfolg: *„Wir erhoffen von dieser Grundsatzentscheidung der Synode der Nordelbischen Kirche eine Signalwirkung auf andere Landeskirchen der EKD und darüber hinaus"* („ÖTV-Magazin" 5/78). Der Synodalbeschluß sei lediglich mit einigen „Kautelen garniert", über die das letzte Wort noch nicht gesprochen sei.

Die Vorbedingungen für den Tarifvertrag verschweigt das ÖTV-Magazin lieber seinen Lesern, sonst könnten noch Zweifel an dem Nutzen solcher Verträge entstehen.

Im Folgenden wollen wir zeigen, welche gewerkschaftlichen Positionen durch diese Verträge aufgehoben werden:

1. Der Tarifvertrag ist abgeschlossen zwischen der Nordelbischen Kirche einerseits und ÖTV, DAG und VKM (Verband kirchlicher Mitarbeiter – eine „gelbe" Gewerkschaft) andererseits. Vor ca. einem Jahr hatte die ÖTV noch angekündigt, daß sie keine gemeinsamen Verhandlungen mit der DAG mehr führen würde – zum gleichen Zeitpunkt saßen schon ÖTV, DAG und VKM zusammen, um über Tarifverträge mit der Kirche zu verhandeln.
2. Das wichtigste gewerkschaftliche Kampfmittel – Streik – wird ausgeschlossen.
3. Im Tarifvertrag wird eine unkündbare Schlichtungsvereinbarung verankert.
4. In „finanziellen Notlagen" hat die Kirche – gemäß Vereinbarung im Tarifvertrag – die Möglichkeit, Besoldungskürzungen vorzunehmen. Da die Kirche schon seit ca. drei Jahren von einer finanziellen Notlage spricht, kann jederzeit dieser Fall eintreten.
5. Kirchenmitgliedschaft ist grundsätzlich Vorbedingung für die Einstellung, Kirchenaustritt als „wichtiger" Kündigungsgrund (auch für Reinigungspersonal, Gärtner etc.).
6. Vor ca. zwei Jahren hatte die ÖTV großartig bekanntgegeben, daß Doppelmitgliedschaft in VKM und ÖTV nicht möglich sei; durch den Tarifvertrag läßt sie sich diktieren, daß diese Doppelmitgliedschaft „unschädlich" ist.
7. Bedingung für den Tarifvertrag ist die Gründung eines „Verbandes kirchlicher Anstellungsträger", *„dem die Nordelbische Kirche selbst beitritt, und dem die Kirchengemeinden, Kirchenkreise und deren Verbände sowie die selbständigen Dienste und Werke beitreten können"* (Informationen und Zitate aus Synodenunterlagen). Die kirchlichen Arbeitgeber bestimmen also selber, welchen Geltungsbereich die Tarifverträge überhaupt haben.

Diese „Vorbedingungen" sind keineswegs „garnierende Kautelen", sondern sie knebeln vertraglich abgesichert eine wirksame Interessenvertretung der Kolleginnen und Kollegen. Es handelt sich um Tarifverträge, die allein das Interesse der kirchlichen Arbeitgeber verfolgen.

Kirchen-Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 31 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr. von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel.: 26 877
Dienstags von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte 080845B

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Sallerstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12,30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr/Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi 11 bis 13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 120 E

MELDUNGEN MELDUNGEN

– Nach mehr als dreijährigem Berufsverbot erhielt Helmut Tröber eine probeweise einjährige Einstellung als „kirchlicher Mitarbeiter mit den Aufgaben eines Pastors" in Flensburg/Mürwik. H. Tröber hatte sich während seiner Ausbildung für die Gemeindearbeit der damaligen Pastorin E. Groth in Hamburg engagiert, sowie eine aktive ÖTV-Politik im Vikariat initiiert. Die Landeskirche weigerte sich, ihn als Pastor anzustellen. Nach zahlreichen Protesten von innerhalb und außerhalb der Kirche, sowie nach Ausschöpfung rechtlicher Mittel wurde H. Tröber „nach neuen intensiven Gesprächen" diese „Lösung" angeboten.

– Im April sammelte die Evangelische Studentengemeinde in Hamburg Medikamente für die PLO, um die Not auf medizinischem Gebiet zu lindern, die *„durch die Aggression gegen das libanesische und palästinensische Volk"* (Aufruf) eingetreten ist. Die Jusos unterstützen die Spendenaktion, distanzieren sich allerdings „nachdrücklich" von dem Aufruf. Springers „Welt" griff in gewohnter Routine diese Aktion an.

– Im April fand in Frankfurt der Kongreß „Christen für die Abrüstung" statt. Neben Paulus Engelhardt und Martin Niemöller kamen 550 Besucher. Vorträge und Arbeitsgruppen bestimmten den Kongreß. In einem Appell heißt es: *„Wir erklären: Unsere Verpflichtung zum Frieden hat Konsequenzen, nämlich die Bereitschaft, für eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit zu kämpfen. Für den Frieden arbeiten heißt heute: für die Abrüstung eintreten. Abrüstung ist noch kein Frieden, aber sie ist dafür unabdingbare Voraussetzung. Abrüstung ist Sache aller Menschen, deshalb müssen alle Menschen gemeinsam dafür eintreten".*

„Christen rufen zum Widerstand"

Unter dieser Überschrift dokumentieren Hamburger Christen in einer Broschüre Inhalte einer Veranstaltung mit dem französischen Theologen Georges Casalis (Mitglied der Jury des III. Russell Tribunals, wegen Krankheit bei der 1. Sitzung leider verhindert), der in seinem Referat auf die Bedeutung der „Trilateralen Kommission" und deren Ideologie der „Nationalen Sicherheit" aufmerksam gemacht hatte. Die Broschüre liefert hierzu noch zusätzliche Informationen. *„So gilt es, politische Informationen aufzunehmen und weiterzugeben als Handeln des Glaubens, weil es sehend macht"* (aus dem Vorwort). Das Vorwort und die Beiträge von Niemöller, Scharf und Casalis sind eine gute Grundlage, sich mit den Positionen politisch verantwortlicher Christen auseinanderzusetzen. Im Anhang werden die Reaktionen auf die Veranstaltung, zu der mit einem Flugblatt – „Ein Christ muß radikaler sein als andere" – eingeladen worden war, dokumentiert. Als Bestelladresse ist angegeben: K. Lehmann, Harvigshorster Redder 46 b, 2 Hamburg 74.

Kirche als Arbeit„geber"

In einer Broschüre mit dem Titel „Kirchen(r)austritte" hatten Kolleginnen und Kollegen, die in Einrichtungen der evangelischen Kirche beschäftigt waren, in Dokumenten und Erfahrungsberichten dargestellt, unter welchen Bedingungen sie selbst und andere gearbeitet haben und schließlich diszipliniert bzw. gekündigt wurden. *„Wer aus christlichem Engagement sich im Bereich der Kirche besonders um die unterprivilegierten Menschen sorgen will, gerät zwangsläufig mit der Institution in Konflikt"* (aus dem Vorwort).

Neben den Bedingungen, die zu den Disziplinierungen und Kündigungen führten und den Solidaritätsaktionen werden Erfahrungen mit Arbeitsgerichten, Kirchengerichten und dem Rechtsschutz der ÖTV geschildert. Alle vor dem Arbeitsgericht verhandelten Kündigungen wurden als nicht wirksam erklärt – zu längerfristiger Weiterarbeit hat das jedoch in keinem Fall geführt; die Kirche zahlte lieber erhebliche Abfindungssummen. In einem Fall wurde in erster Instanz mit dem Rechtsschutz der ÖTV geklagt – und verloren. In der zweiten Instanz ohne diesen Rechtsschutz – die ÖTV hatte für die Berufungsverhandlung Rechtsschutz abgelehnt – wurde der Prozeß gewonnen.

Die kircheneigene Gerichtsbarkeit – Kirchengericht – stellte in einem Urteil gegen einen Theologen fest: Der Bischof kann eine Entscheidung treffen, deren Begründung *„weder rational begründbar noch überprüfbar ist".* Als Bestelladresse für diese Broschüre ist A. Schultheiß, Lindleystr. 18, 2 Hamburg 28 angegeben.

Vatikan:
Zur Neutronenbombe – Schweigen

Der katholische Theologieprofessor Horst Neumann greift in einer ausführlichen Stellungnahme (dokumentiert in der „Frankfurter Rundschau" vom 28.4.78) den Vatikan, die deutschen Bischöfe und „katholischen Verbände" an, weil sie, die sich sonst „lauthals zu den Fragen des ‚Lebens' äußern", im Zusammenhang der Diskussion um die Neutronenbombe kein Sterbenswörtchen vernehmen lassen.

1958 hatten führende deutsche Moraltheologen in einer Stellungnahme zu atomaren Kampfmitteln behauptet: *„Ihre Verwendung widerspricht nicht notwendig der sittlichen Ordnung und ist nicht in jedem Fall Sünde"* (nach „FR", s.o.). Damals hatte es eine heftige Diskussion um die Frage der Atombewaffnung gegeben. Horst Herrmann will mit seiner Stellungnahme dringend die Diskussion angesichts der lebensverachtenden Entwicklung der Neutronenbombe anheizen. Sein Schlußwort:

„Schlimm ist es für mich, mitanzusehen, seit Jahren, daß sich ausgerechnet die christlichen unter meinen Mitchristen gegenseitig überbieten, diese ihre eigene ‚Sicherheit', die nicht die meine ist, mit allen Mitteln zu verteidigen. Auch mit der Neutronenbombe. Ganz sicher. Ohne mich zu fragen, ob ich ausgerechnet dafür mein Leben hergeben möchte. Die professionellen Verteidiger meiner Freiheit lassen mir jedenfalls keine Chance, als Christenmensch auch gegenüber der Bombe frei zu sein. Ich werde mich von dieser versklaven lassen müssen. Oder etwa nicht?" („FR", s.o.).

Kirchen-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Die antifaschistische Gruppe Celle verteilte zum Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen Belsen ein Flugblatt in Celle und rief für den nächsten Tag zu einer Gedenkfeier an der Gedenkstätte auf. Am nächsten Tag zur Kranzniederlegung erschienen 30 junge Antifaschisten.

Dann ging's los: Mit einer kaum zu überbietenden Pietätslosigkeit bezog die Bundeswehr Teile des Parkplatzes mit schweren LKWs, Maschinengewehren usw. in eine Manöver mit ein. Dies wohlgemerkt am offiziellen Gedenktag!

Als zweites wurden die Antifaschisten völlig offen am Eingang der Gedenkstätte von Bullen in Zivil fotografiert. Die Polizei schrieb sich die Autonummern auf und glotzte durch die Scheiben der Autos. Schockiert begaben sich die Antifaschisten durch Gedenkstätte von Bullen in Zivil fotografiert. Die Polizei schrieb sich die Autonummern auf und glotzte durch die Scheiben der Autos. Schockiert begaben sich die Antifaschisten durch die Massengräber der 50.000 zum Ehrenmal. Immer wurden sie von den Zivilbullen begleitet, die wohl am liebsten auf die Massengräber geklettert wären, um die Antifaschisten für die Kartei des Verfassungsschutzes noch besser auf die Platte bannen zu können.

Am Ehrenmal angekommen, wurde der Kranz niedergelegt, der »Schwur von Buchenwald« verlesen und eine kleine Ansprache gehalten. Mitten in diese Gedenkfeier platzte ein dicker Herr *»Ich bin die Landesregierung, der Kranz muß hier weg!« — »Wie bitte, warum denn das?!« — »W i r wollen hier gleich unsere Kränze hinlegen« — »Legen Sie doch Ihre Kränze dazu«* Kurze Zeit später kamen zwei uniformierte Polizisten, nahmen den Kranz der Antifaschisten weg und legten ihn hinters Ehrenmal.

Nachdem die niedersächsische Landesregierung ihre Kränze abgelegt hatte (ohne auch nur ein Wort zu Bergen Belsen zu sagen), wurde der Kranz der Antifaschistischen Gruppe mit der Bemerkung »sonst wirbelt das zuviel Staub auf« wieder dazugelegt.

Auch auf dem Rückweg wurden die Antifaschisten von einem Konvoi der Polizei verfolgt und fotografiert.

•

In Sprenge, einer ostwestfälischen Kleinstadt nördlich von Bielefeld, gab es lebhafte Proteste der örtlichen Sozialdemokraten, der DKP und des DGB gegen ein für den 20. Mai geplantes Treffen der SS/HIAG. Die HIAG verzichtete auf ihre Veranstaltung (»UZ«, 8.5. und »Neue Westfälische«, 26.4.).

•

Am 4./5. Mai fanden in Oldenburg die »Ossietzky-Tage« statt. Einen Tag später, am 6. Mai, wollte die NPD eine Kundgebung in Oldenburg durchführen.

Die SPD rief zu einer Gegenkundgebung auf — zur selben Zeit wie die NPD, aber an anderer Stelle. Im Aufrufflugblatt des SPD-Unterbezirks Oldenburg-Stadt fand man sehr starke Worte: Die NPD sei *»zu den geistigen Erben der NSDAP zu zählen«* und: *»Die Veranstaltung der NPD wiederspricht dem antifaschistischen Charakter des Grundgesetzes«*. Wo aber bleiben dann die gesetzlichen Schritte gegen die NPD?!...

Den Kundgebungsaufruf der SPD unterstützten DGB, IG Druck und Papier, Jusos, »Falken«, SHB, ESG, Stadtschülerrat und das Studentenparlament der Universität. — Es kamen ungefähr 200 Menschen. Gleichzeitig versammelten sich rund 150 Antifaschisten um den mit etwa 20 bis 25 Nazis bestückten und polizeilich geschützten Stand der NPD und versuchten — vergebens — mit Sprechchören usw. die NPD-»Kundgebung« wirkungsvoll zu stören.

•

Eine erfreuliche Initiative unternahm der SPD-Bezirksvorstand Westliches Westfalen: Er beschloß die Einrichtung einer Sonderkommission zur Bekämpfung der neonazistischen Umtriebe in diesem Raum. Folgende Forderungen wurden erhoben:

- Die Medien sollen mehr als bisher Nazi-Aktivitäten durchleuchten. — Der Art. 139 GG (d.h. **Einhaltung und Anwendung der im Potsdamer Abkommen und den Kontrollratsgesetzen beschlossenen Maßnahmen gegen Faschisten) soll konsequent angewendet werden.**
- Gegen neonazistische Literatur, Schallplatten usw. sollen verstärkt Verbotsanträge gestellt werden.
- Insbesondere arbeitslosen Jugendlichen sollen vermehrt „besondere Formen der Jugendarbeit" angeboten werden, damit sie nicht von

- Insbesondere arbeitslosen Jugendlichen sollen vermehrt „besondere Formen der Jugendarbeit" angeboten werden, damit sie nicht von
den Nazis angelockt werden.

Ebenfalls beschlossen wurde, einem Juso Rechtsschutz zu geben,der die Störer der Hilsenrath-Lesung in Kamen als „neonazistische Schlägertruppe" bezeichnet hatte. Geklagt hat der Kamener NPD-Funktionär und Besitzer des „JN-Landesausbildungslagers"(Gut Barenbräuker, im Volksmund „Adolf-Hitler-Schule"genannt) in Kamen, Karl-Heinz Harting. („extra-dienst,9.5.78).

•

Zu einer »Maikundgebung« hatte die NPD in Rüsselsheim aufgerufen. Offenbar hatte sie ihre Kräfte etwas überschätzt, denn die 30 bis 40 Nazis, die sich in der City einfanden, wurden von einer weitaus größeren Zahl von Antifaschisten an einem »geordneten Ablauf« ihres Aufmarsches gehindert. Gegen die Sprechchöre wie »Nazis raus aus Rüsselsheim« und ein Trillerpfeifenkonzert kamen sie nicht an.

•

Bei einer antifaschistischen Kundgebung in Oberursel im Taunus versammelten sich mehrere hundert Teilnehmer und forderten ein Verbot aller SS-Verbände und jeder nazistischen Propaganda (»UZ«, 8.5.78).

•

Am 6. Mai wollte die NPD/JN auf dem Marktplatz von Erlangen eine Mauer errichten, nach dem Motto »Deutschland — 3 geteilt — niemals«. Von der Stadt wurde aufgrund von Protesten zwar der Mauerbau (aus »bautechnischen Gründen«) untersagt, nicht aber die »Kundgebung« der JN.

Innerhalb eines Tages fanden sich in Erlangen folgende Gruppen zusammen, um die Kundgebung zu verhindern:

»Kommunistische Studentengruppe« (KSG), »Arbeiterbund«, Sozialistisches Zentrum, »Was lefft«-Redaktion/Grüne Liste, der Kommunistische Bund (KB) und die DKP. Ein gemeinsames Flugblatt konnte in der Eile der Zeit nicht mehr erstellt werden. Es kamen mehrere einzelne Aufrufe heraus. Zusätzlich wurde von den Jusos, Jungdemokraten und der Jungen Union (!) ein gemeinsames Flugblatt verteilt.

Zu einer Gegenkundgebung kamen 350 Antifaschisten, die den Platz besetzten, zwei Reden anhörten und Lieder sangen. Dadurch konnte die »Kundgebung« der JN verhindert werden. In einem Treffen hinterher wurde vereinbart, daß dies der Anfang einer weiteren gemeinsamen antifaschistischen Arbeit in Erlangen sein soll! Der geplante Bundeskongress der JN im Oktober in Fürth wurde schon jetzt als ein weiterer Anlaß gemeinsamer Arbeit aufgegriffen.

Nazi-Aktivitäten

Vermutlich in der Zeit zwischen 24.4. und 1.5.78 wurde der jüdische Friedhof in Laudenbach (Unterfranken) verwüstet; über 30 Grabsteine wurden umgeworfen. Die bürgerliche Presse und die Kiriminalpolizei wollen wieder „übermütige Rowdis" als Täter sehen. In diesem Fall, wie auch bei der Zerstörung des Judenfriedhofes in Nordheim/Rhön (Unterfranken) Ende Februar 1978, seien politische Motive nicht zu erkennen (nach „Mainpost", 3./4.5. und 2.3.78).

• • •

Krawalle der Hamburger „Hansa"-Bande am Rande der Anti-Breschnew-Demonstrationen (6.5.): Christian Grabsch wollte mit einem Kabel-Ende auf einen AK-Verkäufer losgehen. Mit Hilfe zweier Anarcho-Genossen wurde er entwaffnet und bekam auch noch ein paar antifaschistische Souvenirs eingebläut. Tibor Schwarz (Nr.2 in der Bande) und Michael David randalierten zusammen mit anderen Nazis an einem Stand der „Bunten Liste" in der Innenstadt. Die Polizei ließ sich nach einigem Drängen herbei, die Personalien aufzunehmen und die Nazis zu entfernen.

• • •

Eine „Ortsgruppe Osterholz-Scharmbeck der NSDAP" beschmierte das Gymnasium der Stadt mit „Juden raus" und Hakenkreuzen. Die Schulleitung ließ daraufhin noch am selben Tag das Thema „Judenfrage im Nationalsozialismus" in allen Klassen auf den Stundenplan setzen („Welt", 22.4.78).

• • •

• • •

Letzte Meldung: Nazi-Provokation in Hamburg

Für das Wochenende vom 19. bis 21.5.78 hat die NPD in Hamburg eine ganze Serie von Aufmärschen. Veranstaltungen usw. angekündigt (siehe dazu auch Artikel in diesem AK). Wir geben hier noch einmal einen z.T. ergänzten oder korrigierten Überblick über die uns bekannten Pläne der NPD.

Freitag, 19.5.78:

17.00 Uhr NPD-Kundgebung auf dem Gerhardt-Hauptmann-Platz

20.00 Uhr NPD-Versammlung im Mathias-Claudius-Gymnasium, Witthöftstraße, Wandsbeker Markt. Die ursprünglich vorgesehene Schule Hochrad in Groß-Flottbek war der NPD verweigert worden.

Samstag, 20.5.78:

9.30 bis 13.00 Uhr 5 „Infostände" der NPD; mit Sicherheit: Eimsbüttel, Osterstraße/Heußweg; Altona, AEZ vor Karstadt; Innenstadt; die beiden restlichen sind noch nicht bekannt.

14.00 „Autokorso" mit Lautsprechern in verschiedenen Stadtteilen

17.00 Zentrales Treffen mit „kameradschaftlichem Zusammensein", Ort noch unbekannt.

22.00 U-Bahn Feldstraße/Heiligengeistfeld; Abschlußkundgebung der NPD nach einem Fackelumzug durch St.Pauli; (Treffpunkt; nach Einbruch der Dunkelheit, Ort noch unbekannt).

Sonntag, 21.5.78:

8.00 Uhr Kurze Kundgebung auf dem Hamburger Fischmarkt

(Nach : Hamburger NPD-Nachrichten, Mai 78, verschickt am 11.5.78)



Tibor Schwarz (Mitte) und andere „Hansa"-Banditen randalierten am 6.5. an einem Stand der „Bunten Liste" in Hamburg

Anläßlich der Kölner Antifa-Demonstration am 22.4. trafen sich in einer Kölner Kneipe ca. 50 Nazis, darunter neben Schönborn und Kühnen (Chef der Hamburger „Hansa"-Bande) auch Friedhelm Busse von der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands — Partei der Arbeit", einer vorwiegend in Süddeutschland aktiven Nazi-Bande (s. AK 126), sowie Gäste von „Rex National" aus Belgien und ein Professor Monaco aus Italien.

Wie die „Hansa"-Bande in der neuesten Ausgabe ihres „Sturm" berichtet, scheint sich zwischen den drei beteiligten Gruppen ein engeres Bündnis anzubahnen. Gerüchteweise wird gemunkelt, daß diese Banden für den Sommer die Gründung einer bundesweiten „NSDAP" planen.

nis anzubahnen. Gerüchteweise wird gemunkelt, daß diese Banden für den Sommer die Gründung einer bundesweiten „NSDAP" planen.

• • •

Eine „Führergeburtstagsfeier" in einem Lokal nahm die Polizei zum Anlaß, wieder mal die Neuköllner Ortsgruppe der Westberliner „NSDAP" zu besuchen. Das letzte Mal war dies am 18.2.78 geschehen. Wieder wurden Hausdurchsuchungen gemacht, bei denen reichlich Nazi-Propagandamaterial gefunden wurde („SZ", 2.5.78).

• • •

Zu einer brutalen Schlägerei kam es am 6. Mai in Celle. An diesem Tag führte die NPD/JN einen „Tag der Nationaldemokratie" mit Infoständen, Platzkonzert und Kundgebung in der Celler Innenstadt durch. Angekündigt wurde dieser Tag durch einen regulären Artikel in der „Cellischen Zeitung", unterzeichnet mit FKM, das ist die Abkürzung des Celler NPD-Vorsitzenden Fritz Karl Malm. Die „CZ" schrieb: An diesem Tag *„soll dem Bürger Gelegenheit gegeben werden, sich über die Ziele und Verfassungsmäßigkeit der NPD zu informieren. ... Für die Sicherung der Veranstaltung ist gesorgt...* Dafür war denn auch gesorgt! Als 60 Antifaschisten mit Transparenten und Sprechchören auf der Kundgebung ihren Protest zum Ausdruck brachten, prügelten die JN-Schläger, die schon in Göttingen, Oldenburg und Hamburg (in Zusammenhang mit „Hansa"-Faschisten) aktiv waren, los: sie entrissen den Antifaschisten ein Transparent und traten ohne einen Hauch von Skrupel zu. Zwei Antifaschisten wurden verletzt.

Umsäumt wurde dieser NPD-Tag mit der Schändung der Gedenkstätte des KZ Bergen-Belsen — an den Mauern stand: „Juda verrecke", „SA siegt". In Celle wurde ein Haus mit SS-Runen und Hakenkreuzen beschmiert. Der FDP wurden die Scheiben mit Steinen eingeschmissen, die in „NSDAP"-Plakate eingewickelt waren.

• • •

Kurz vor dem 20.4. terrorisierte eine Bande von 30 schwarzgekleideten Nazis in Dortmund eine Filmveranstaltung, auf der der antifaschistische Film „Nazis — Gibt's die noch" gezeigt wurde. Während der Aufführung im Dortmunder Kommunalen Kino wurden plötzlich Nazi-Lieder angestimmt. Die Nazis beklatschten das Auftreten ihrer „Führer" Frey, Rudel und vor allem Hoffmann mit seiner „Wehrsportgruppe". Nach Ende des Films warfen sie Knallkörper und gröhlten Parolen wie „Rotfront verrecke" (nach einem Leserbrief in der „UZ", 22.4.).

• • •

Mehr als 600 Faschisten feierten am 6. Mai in Köln eine makabre Preisverleihung: Frey, der Herausgeber der „National-Zeitung" und Vorsitzender der faschistischen „Deutschen Volksunion", verlieh einen mit 10.000 Mark dotierten „Europäischen Freiheitspreis" an den ehemaligen Nazi-Oberst Rudel. Geschützt wurde die Zusammenrottung der Faschisten — wer hätte es anders erwartet — von den Besatzungen mehrerer Polizeibusse (nach „die tat", 12.5.78).

• • •

Am 20.4. wurde in Nürnberg ein 24-jähriger Metzger festgenommen, der eine Hakenkreuzfahne aus dem Fenster gehängt hatte. Seine Wohnung war vollständig mit NS-Symbolen aus- jähriger Metzger festgenommen, der eine Hakenkreuzfahne aus dem Fenster gehängt hatte. Seine Wohnung war vollständig mit NS-Symbolen aus- staffiert („SZ", 22.4.).

• • •

Mit Genehmigung des Landgerichts Freiburg marschierten etwa 40 NPD-Anhänger am 1. Mai durch Singen. Die Stadt hatte den Aufzug vorher verboten, nachdem der DGB, Verfolgtenorganisationen und Einzelpersonen auch aus Österreich und der Schweiz protestiert hatten („ed", 9.5.78).

• • •

Am 20. April wurde in Kornwestheim (Baden-Württemberg, bei Stuttgart) eine Disco-Veranstaltung der Jusos von Nazis mit Parolen wie „Heil Hitler" und „Rotfront verrecke" gestört („ed", 9.5.78).

Schon Anfang des Jahres war offenbar von derselben Bande ein Schulfest gestört worden. Der Anführer der Gruppe war erst kürzlich wegen Hakenkreuz-Schmierereien und antisemitischen Parolen vom Ludwigsburger Jugendschöffengericht mit zweijähriger „Bewährung" verurteilt worden.

• • •

Die für April angesagte Versammlung der (seit Jahrzehnten bestehenden) internationalen Faschistenzentrale ENO („Europäische Neuordnung") endete mit internen Auseinandersetzungen. In Lausanne (Schweiz), Wohnort des ENO-Chefs G. Amaudruz, waren u.a. Vertreter der spanischen CEDADE, des „British Movement", der italienischen „Ordine Nuovo" — zusammen mit MSIlern —, der VMO aus Belgien und einige Franzosen erschienen (Ob — und welche — Faschisten aus der BRD da waren, ist bislang unbekannt. U.a. hält Christophersen Kontakt zur ENO). Zwischen den Altfaschisten und verschiedenen „jungen Kräften" kam es zur Spaltung. Von den „jungen Radikalen" wird in Zukunft eine neue Zeitschrift „Europa", in mehreren Sprachen, herausgebracht (Angaben nach „searchlight"-Redaktion).

• • •

Am 21.4. fand in England auf Einladung der englischen „St. Georgs-Liga", einer der militantesten Zirkel der britischen Faschistenszene, zu dem u.a. Nazi-Roeder und die „Hansa"-Bande Kontakt haben, ein Treffen internationaler Rassisten und Faschisten statt. Anwesend waren u.a. das „British Movement", Vertreter der englischen „Nationalen Front", ein „Ku-Klux-Klan"-Führer, Dr. Warner — Chef der antisemitischen „New Christian Crusade Church" aus Kanada —, Vertreter der „Ordine Nuovo" aus Italien, die belgische VMO und eine französische Gruppe (Angaben nach „searchlight"-REedaktion).

8. Mai 1978 — Verhindern wir ein neues 33!

Zum Jahrestag der Kapitulation des Nazi-Regimes fand am 9. Mai in Nürnberg eine antifaschistische Veranstaltung statt. Auf der Veranstaltung sprachen Arie Goral aus Hambrug, jüdischer Antifaschist, und Radani Winterstein, einer der verurteilten Zigeuner, die gegen ein SS-Treffen in Würzburg demonstriert hatten.

Zum Anfang wurde ein gemeinsam abgestimmtes Einleitungsreferat aller beteiligten Organisationen verlesen, das im wesentlichen an den Fällen Puvogel, Hansen/Document-Center und aktuellen Nürnberger Ereignissen die Notwendigkeit eines breiten Bündnisses klarmachte.

Arie Goral, der dankenswerterweise innerhalb eines Tages sehr kurzfirstig für Beate Klarsfeld aus Paris eingesprungen war (sie war leider erkrankt), hielt einen hervorragenden Beitrag, der die ganze Veranstaltung bestimmte. Unter dem Leitgedanken „Wehret dem Ende" (und nicht mehr den Anfängen), nahm er hauptsächlich gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen Stellung. Arie Goral kritisierte außerdem die Nichtbeteiligung der VVN an dieser Veranstaltung.

Der Zigeuner Radani Winterstein, der mit einer Zigeunerkapelle aus Würzburg gekommen war, berichtete kurz über den Verlauf des Prozesses, nachdem jetzt in II. Instanz seine beiden Söhne wegen ihres Protestes gegen das SS-Treffen nun eine 12- bzw. 15-monatige Strafe absitzen müssen. In seiner Rede danach schilderte er noch einmal am Beispiel seiner Person, wie es heute schon wieder Zigeunern in der BRD ergeht. Er zog Vergleiche zu der Behandlung im Nazi-Reich. Gegen die zunehmenden Aktivitäten der alten und neuen Faschisten kündigte er sehr kämpferisch den gemeinsamen Protest an.

Erfreulich war, daß es gelungen war, anläßlich der Veranstaltung das bisherige Bündnis, das sich in der „Antifaschistischen Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann" zusammengefunden hatte, noch erheblich zu erweitern. Außer der „Aktionseinheit" hatten sich beteiligt:
CVJM-Gibitzenhof, Bund für Geistesfreiheit, SPD-Stadtteil Altstadt, SPD-Stadtteil Nordbahnhof, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Bildungsbereich, Bürgerkomitee gegen Neofaschismus Fürth (in dem u.a. der DGB, die VVN, ein Schülerarbeitskreis, die Volkshochschule, Israelitische Kultusgemeinde und einige Lehrer mitarbeiten), Sozialdemokratische Jugend Deutschlands — die Falken, Selbstorganisation der Zivildienstleistenden/Gruppe Nürnberg und die Israelitische Kultusgemeinde/Nürnberg. Die GEW/Kreis Nürnberg beteiligte sich mit einem Beitrag zu den Problemen der Nazi-Aufklärung im Unterricht an den Schulen. Selbst die IG Metall beteiligte sich an der Mobilisierung.

Traurig, daß trotz dieser Bündnisbreite die VVN es wieder nicht übers Herz bringen konnte, ihre Unvereinbarkeitspolitik an den Nagel zu hängen, obwohl ein VVN-Vertreter auf der ersten Sitzung der Aktionseinheit ausdrücklich betont hatte, daß er eine solche Veranstaltung für sinnvoll halten würde!

Ebenso traurig war das Verhalten des „Arbeiterbundes" (und teilweise auch das eines Vertreters der DFG/VK), die mit allen Mitteln der Kunst versucht hatten, eine Veranstaltung zu diesem Zeitpunkt und zu diesem Thema nicht stattfinden zu lassen. Nicht nur „eine andere politische Schwerpunktsetzung", sondern selbst der 1. Mai mußten dazu herhalten, daß sie nicht bereit waren, die Einladung für die Vorbereitung der Veranstaltung von der „Antifaschistischen Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann" verabschieden zu lassen. Erst als dann auf Einladung eines fortschrittlichen Rechtsanwalts ein sehr breiter Unterstützerkreis zusammengekommen war, waren ihre „Bedenken" plötzlich verschwunden.

Das neuentstandene Bündnis hat sich vorgenommen, auch weiterhin zusammenzuarbeiten.

KB/Nürnberg



Arie Goral am Rednerpult

Waffen-SS raus aus Malente!

Wie jedes Jahr am ersten Maisonntag traf sich auch dieses Jahr wieder die HIAG in Malente am Grab eines ihrer Banden-Freunde. Seit Jahren können sich diese Nazis dort nur unter Polizeischutz und mit behördlicher Rückendeckung versammeln. Der antifaschistische Protest äußerte sich u.a. in einer Kirchenbesetzung im letzten Jahr und im alljährlichen Abräumen des Grabes.

Erfolgreiche Antifa-Woche

Auch in diesem Jahr hatte sich ein Kreis jugendlicher Antifaschisten zusammengefunden, an dem sich erstmalig der Eutiner Ortsverband der Jungdemokraten (FDP) beteiligte.

Höhepunkt des Protests war eine Demonstration am Samstag vor dem Nazi-Treffen, zu der über 100 Jugendliche kamen. Bei der seit Monaten laufenden Hetzkampagne in Eutin gegen jede linke Regung ist das ein Erfolg. Entsprechend gut war die Stimmung auf der Demo, die von Parolen wie »Waffen-SS raus aus Malente«, »Nie wieder Krieg — nie wieder Faschismus«, »Demokraten, Kommunisten — einig gegen die Faschisten« gekennzeichnet war.

In der Woche vor der Demo gab es zwei Veranstaltungen mit 60 bzw. 80 Besuchern, auf denen Filme über den Maydanek-Prozeß und den Rudel Skandal gezeigt wurden. Außerdem spielte »Müllers Kampfkapelle« ihr neues Antifa-Programm. Darüber hinaus erschien im »Ostholsteiner Anzeiger« (OHA) eine Annonce, in der gegen das SS-Treffen protestiert wurde, unterschrieben von der Eutiner »Initiative gegen den Abbau demokratischer Rechte«, von den Jungdemokraten und von der Gruppe »Peace over People«. Während des SS-Treffens am Sonntag lief eine Aufklärungsaktion von 40 Antifaschisten in Malente.

Die Jusos wollten sich an diesen Aktionen nicht beteiligen. Sie stellten jedoch (genau wie die Jungdemokraten und die »Initiative«) einen Verbotsantrag gegen das SS-Treffen.

Alle Anträge wurden vom Landrat abgelehnt.

Das Nazi-Treffen wurde also nicht verboten, dafür jedoch die für elf Uhr geplante Antifa-Demo, um dem Protest gegen die Nazis möglichst die Wirkung zu nehmen. Sie mußte auf 14 Uhr verschoben werden. So wurden weniger Menschen erreicht.

Der während der Antifa-Aktion entstandene Kreis will dafür sorgen, daß das Nazi-Treiben in Ostholstein noch mehr als bisher in die Öffentlichkeit kommt.

KB / Gruppe Eutin


Alle Jahre wieder: Auch in diesem Jahr mußte die stark rechtslastige Lokalzeitung „Ostholsteiner Anzeiger" wieder darüber wehklagen, daß „unbekannte Täter", „innerlich kaputt und moralisch zutiefst verkommen", das SS-„Ehrenmal" bei Malente total abgeräumt hatten („OHA", 2.5.78).

»Führer-Geburtstagsfeier« aufgelöst

Am 20. April wollte die NPD in Ulm „Führers Geburtstag" in einer Kneipe feiern. Auf Initiative von VVN, SDAJ und „Falken" wurde innerhalb von drei Tagen eine breite Mobilisierung zur Verhinderung des Treffens in Gang gesetzt (u.a. über Lautsprecherdurchsagen auf demokratischen Veranstaltungen).

Insgesamt 300 Antifaschisten versammelten sich daraufhin vor der Faschistenkneipe und besetzten diese, als die ca. 30 Faschisten mit ihrer Feier beginnen wollten. Die meisten Nazis verließen fluchtartig das Lokal und zogen sich in eine andere Kneipe zurück.

Getragen wurde die Aktion von DGB, JH-Initiative, Naturfreunden, SOZDL, VVN, Falken, SDAJ, „Spontis' und KAB„D".

Die Polizei ließ es sich auch diesmal nicht nehmen, einen Antifaschisten festzunehmen: Ein Fotograf, der Zivilbullen fotografiert hatte, wurde von diesen aufgefordert, den Film rauszurücken. Da der Bulle aber seinen Ausweis nicht zeigen wollte, nahm der Fotograf erst mal Reißaus. Die Bullen machten daraufhin eine wahre Hetzjagd auf den Fotografen, jagten ihn durch die halbe Stadt, sprühten ihm aus kürzester Distanz „chemical mace" ins Gesicht und riegelten schließlich ein ganzes Lokal ab, in das er geflüchtet war. So zwangen sie ihn zur Herausgabe des Films. Doch damit nicht genug: Bei der Verfolgungsjagd hatte einer der Bullen einen weiteren Antifaschisten (einen Kollegen von Käsbohrer) über den Haufen gerannt, ein anderer Bulle packte ihn dann gleich an den Haaren schleifte ihn mehrere Meter übers Pflaster und verfrachtete ihn in einen Einsatzwagen. Auf der Wache folgte eine ED-Behandlung, die Abnahme einer Blutprobe und dann Abmarsch in die Zelle!

Gegen 10 Uhr hatte eine kleine Delegation der Besetzer den Kollegen wieder rausgeholt. Damit dürfte die Sache jedoch noch längst nicht vorbei sein, denn der Bulle hat eine Anzeige wegen Körperverletzung gegen ihn gestellt.

Nach Berichten von Genossen aus Freiburg und Sigmaringen

Antifaschistische Demonstration in Soltau

Am 29.4. folgten 150 Antifaschisten dem Aufruf des Antifa-Arbeitskreises, einer Aktionseinheit aus Anti-AKW-BI's, Frauengruppen, DKP, KB, einzelnen Anarchos und Mitgliedern von Jusos und Pfadfindern.

»Der Anlaß ist das in Brehlo (Munster) stattfindende Frühlingsfest und Kameradschaftstreffen der NPD. Vor einigen Wochen sprach dort bereits der NPD-Vorsitzende Mußgnug im Rahmen einer neo-nazistischen Wahlveranstaltung. Doch der braune Sumpf in der Heide ist noch viel tiefer:
— in Harber das Wehrmachtsmuseum Hartung, wo Nazi-Material ausgestellt und vertrieben wird;
— in Munster der Buchladen Hoffmann, von wo aus faschistische Propaganda bundesweit verbreitet wird;
— in der Umgebung von Töpingen veranstaltet die Wiking-Jugend ‚wehrsport'-ähnliche Übungen;
‚wehrsport'-ähnliche Übungen;
— in Schneverdingen der CDU-Landtagsabgeordnete und ehemalige Justizminister Bosselmann, dessen nazistische Vergangenheit sich nicht vertuschen läßt.

Über wenig Unterstützung brauchte sich die NPD also hier nie zu beklagen, aber nach der Flucht des SS-Massenmörders Kappler wagten sich die Rechten noch weit offener aus ihren Löchern:
— regelmäßige SS-HIAG-Kameradschaftstreffen in Soltau!
— mehrere Ehrenwachen von Alt- und Jungfaschisten vor Kapplers Haus, darunter Mitglieder der kriminellen Hansabande, die zur NPD direkte Verbindungen aufweist!
— bei den Kreistagswahlen im Oktober '77 ein Sitz für die NPD!
(aus einer der Reden auf der Abschlußkundgebung).

Vor und während der Demonstration kam es zu zwei Zwischenfällen: den Büchertisch mußten wir wieder abbauen, unser Antrag sei angeblich beim Ordnungsamt nicht angekommen. Aus dem Demo-Zug heraus wurde ein Plakat der »Demokratischen Fraueninitiative« beschlagnahmt. Nach dem Text: »Wir sind dagegen« war ein Gerippe mit einem als Hakenkreuz stilisierten Kopf abgebildet. Begründung für die Beschlagnahmung: Abbildung von Nazi-Symbolen!!

Insgesamt hatte die örtliche Polizei ihren großen Tag. Ca. 40 Polizisten gab's zum »Begleitschutz«, hinzu kamen mindestens 5 Kripo- und VS-Beamte, die sich im Fotografieren
Beamte, die sich im Fotografieren
überboten und die im Anschluß an die Demo noch zwei Wohnungen »observierten«, wo sich einzelne Antifaschisten gesammelt hatten.

Obwohl wir seit einer Woche die Demonstration vorbereitet hatten, war das Echo bei den Umstehenden ziemlich ablehnend. Wir haben uns entschlossen, über die faschistischen Aktivitäten im Raum Lüneburger Heide, mit den Redebeiträgen und Berichten über die Demo, eine Dokumentation zu erstellen, um damit Aufklärungsarbeit leisten zu können.

Antifa-Arbeitskreis

Schweigemarsch gegen HIAG-Treffen

Altenkirchen: Am 22.4.78 — zeitgleich mit der Antifa-Demonstration in Köln — fand in Altenkirchen/Westerwald ein Schweigemarsch gegen ein Treffen der 9. SS-Division »Hohenstaufen« statt.

Sozialdemokraten aus dem Kreis Altenkirchen hatten dazu aufgerufen, gegen das SS-Treffen in der Stadthalle von Altenkirchen zu demonstrieren. Gut 300, vorwiegend jugendliche Antifaschisten waren diesem Aufruf gefolgt und erinnerten in Flugblättern und auf Spruchbändern an die Verbrechen des Hitler-Faschismus, der SS und insbesondere der SS-Division Hohenstaufen. Diese wird u.a. beschuldigt, 1944 in der belgischen Stadt Stavelot 140 Personen, darunter 36 Frauen und 22 Kinder zwischen vier und vierzehn Jahren, brutal ermordet zu haben.

Offenbar diese Initiative veranlaßte den Landrat des Kreises Altenkirchen, Dr. Hermann (CDU), drei Tage vor dem SS-Treffen darauf hinzuweisen, daß es sich bei dem geplanten Treffen um ein »Politikum ersten Ranges« handle. Obwohler selbst aus »*eigener Erfahrung*« zwischen Waffen-SS und der übrigen SS zu unterscheiden wisse (eine solche Unterscheidung ist Lug und Trug!), vertrat er die Ansicht, daß die »Kameraden« doch besser auf ihre Veranstaltung verzichten sollten, insbesondere wegen der internationalen Beziehungen des Kreises Altenkirchen zu französischen Städten und Gemeinden und wegen der Kontakte zu verschiedenen Vereinen in Israel.

Auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel hatte sich negativ über dieses Altenkirchener SS-Treffen geäußert. In Mainz wurde »bedauert«, daß angeblich keine gesetzlichen Möglichkeiten bestünden, diese Treffen zu verbieten. Andererseits wollte Vogel zu diesem Zeitpunkt auch keine neuen Gesetze schaffen, weil sonst auch gegen DKP und »KPD« vorgegangen werden müsse.

Unter den Teilnehmern des antifaschistischen Marsches befand sich auch der als »Reichstagsbrandstifter« 1933 ins KZ Esterwegen verbrachte ehemalige Gewerkschaftssekretär Hermann Kempf, Marienberg/Ww. Er sieht, im Gegensatz zu vielen Sozialdemokraten, sehr wohl die Freiheit und den Rechtsstaat durch die stärker werdenden Rechtsradikalen bedroht. Nach seiner Meinung müßten Gegenmaßnahmen im stärkeren Maße geschehen, als dies bisher der Fall sei.

Eine Initiative Siegener Antifaschisten wies auf den Gesamtzusammenhang zwischen Terror-Hysterie, rechtsstaatsfeindlichen Gesetzen und zunehmenden Aktivitäten der Nazis hin. Wie in Köln, wurde auch in Altenkirchen das Verbot aller faschistischen Veranstaltungen und Organisationen gefordert. Leider fand das Treffen der HIAG trotzdem statt.

Nach dem Bericht eines AK-Lesers

Landesparteitag der NPD in Baden-Württemberg verhindert

Am 15./16. April wollte die NPD ihren Landesparteitag in Aalen-Wasseralfingen (Baden-Württemberg) abhalten. In einer Stadt, in der die Nazis 1933 eines jener zahlreichen Auffanglager errichtet hatten, die die Verteilerstelle für Zehntausende von Häftlingen in die Konzentrationslager waren!

Der NPD-Landesvorsitzende Werner Kuhnt begründete die Ortswahl lt. „Schwäbische Post" vom 15.4.: „... *Weil die Nähe Aalens zum römischen Limes für die NPD ‚Symbolkraft einer veränderbaren Grenze' habe. Daß es in Wasseralfingen ein KZ gegeben habe, davon habe die NPD nichts gewußt*".

Sobald der geplante NPD-Parteitag bekannt wurde, entstand eine breite Protestwelle. Dazu schreibt das „Komitee gegen den NPD-Landesparteitag" in einem Flugblatt:

„ ... *weite Kreise der Bevölkerung meldeten entschiedene Ablehnung an: Bei Pfarrer Wenger lief das Telefon heiß. Allein in der ersten Woche sprachen sich auf dem Markt, in Streiklokalen, in Betrieben, in Schulen, in Gewerkschaftsversammlungen, Jugendzentren und Parteiveranstaltungen über 1.000 Mitbürger mit ihrer Unterschrift gegen diese neonazistische Veranstaltung aus. Der DGB rief zu einer Kranzniederlegung an den Gräbern der Opfer des KZ's Wasseralfingen auf. Dem Aufruf der DGB-Jugend zur Gründung eines parteiunanhängigen Komitees gegen den NPD-Landesparteitag folgten ca. 60 Personen, von Jugendlichen bis zu Rentnern, die schon selbst das KZ erleben mußten.*"

Am 14.4. folgten etwa 100 Menschen dem Aufruf des DGB und demonstrierten auf dem Wasseralfinger Friedhof gegen das Neuaufleben des Faschismus.

Der Protest führte dazu, daß das Landesgericht auf Antrag des Vermieters den Mietvertrag für die Sängerhalle – hier sollte der NPD-Landesparteitag stattfinden – für ungültig erklärte.

Die NPD suchte daraufhin einen neuen Tagungsort, den sie geheimzuhalten versuchte. Aufmerksame Antifaschisten gelang es jedoch, den neuen Ort herauszufinden; es war der Ottilienhof in Heidenheim. Daraufhin fuhren 30 Antifaschisten nach Heidenheim und mobilisierten dort noch 100 Jugendliche im Jugendtreff Schließlich forderten etwa 300 Menschen vor dem Ottilienhof, daß die Faschisten verschwinden sollten. Gegen 24.00 Uhr schließlich, setzte der Wirt die Faschisten vor die Tür, wo sie Spalier laufen mußten. Der Wirt kündigte ihnen auf für Sonntag den Raum.

Am Sonntag fand eine antifaschistische Demonstration von Aalen nach Wasseralfingen statt, an der 800 bis 900 Menschen teilnahmen. Organisiert war diese Demonstration von antifaschistischen Komitees aus Aalen, Tübingen, Schwäbisch Gmünd und Göppingen. Die Antifaschisten warteten dann noch auf die NPD, die für 16.00 Uhr eine Demonstration und Kundgebung in Wasseralfingen angekündigt hatte. Sie warteten aber vergeblich – die Faschisten kamen nicht.

Ein KB-Genosse aus Stuttgart



Diesen gelungenen Schnappschuß schickte uns ein Antifa-Fahnder. Der Typ mit dem „Hitler-Gruß" soll Rudolf Enssler sein, Landesvorsitzender der JN in Baden-Württemberg, Bundesgeschäftsführer der JN, Bundestagskandidat der NPD 1976. Das Foto wurde am Rand der NPD-Zusammenrottung in Aalen-W. gemacht.

Anschlag auf Uni-Asta, Göttingen

In der Nacht vom 15. zum 16.4. – offensichtlich ermutigt durch den bis dahin genossenen Polizeischutz und im Hochgefühl, in das sie durch die vierstündigen Reden versetzt worden waren – drängte es die Nazis nach Höherem. Was lag näher, als dem „Buback-Asta", der ein Jahr lang in der bürgerlichen Presse als die Brutstätte der verhaßten Kommunisten und Terroristen zum Abschuß freigegeben wurde, eins auszuwischen.

So versuchten die Nazis, sowohl in den Asta-Büros (dort entstand ziemlich großer Schaden) als auch im Asta-Druck-Raum Feuer zu legen.

Es ist purer Zufall, daß dabei nicht mehr geschehen ist, denn über den Räumen des Druck-Zentrums befinden sich auch Wohnungen.

Beide Gebäude wurden mit den inzwischen schon üblichen Parolen „Juda und Rotfront verrecke" und „NSDAP" beschmiert. Kommentar der Kripo: sie gehe davon aus, „**daß Anhänger der NPD für die Anschläge verantwortlich sind**" (GT, 18.4.). Na so was! Wahrscheinlich hört man d e s h a l b nichts mehr davon?

Die »Rache« der NPD – die Schande der SPD

Rund 1.000 Bullen in schwerer Ausrüstung stellte die sozialdemokratische Stadtverwaltung in Göttingen zur Verfügung, damit die NPD/JN-Faschisten ihren seit langem angekündigten „Tag der Rache" am 15.4. (vgl. AK 126) tatsächlich durchführen konnten – gegen den Protest von über 2.000 Antifaschisten.

Vorausgegangen war dieser „Kundgebung" eine sehr breit und öffentlich geführte Diskussion um die Frage des Verbots derartiger Auftritte und – damit in Zusammenhang – interessante Auseinandersetzungen in der örtlichen SPD.

Jusos: Wo bitte gehts zur Front?

Aufgeschreckt durch die gelungene antifaschistische Aktion vom 11.2. (der NPD/JN Lautsprecherstand wurde von den Antifaschisten aufgelöst, bei der SPD/DGB/Jusos, DKP und VVN zu keiner Zeit Einfluß auf die Protestbewegung gewinnen konnten, versuchten sie es diesmal mit einer neuen Taktik. Die Hauptlast der Arbeit trugen dabei die Jusos und in deren Gefolge schließlich auch das SB; sie sollten das Kunststück fertigbringen, SPD und DGB an die Spitze der Bewegung zu katapultieren...

Erster Schritt: intern luden die Jusos alle „bündnisrelevanten" Organisationen – DKP, VVN, MSB, SHB und Stadtschülerrat zu einem Vorbereitungsgespräch ein. Alle darüber hinaus Anwesenden, sofern sie nicht r e c h t s der SPD angesiedelt waren, wurden auf Betreiben der Jusos rausgeschmissen.

Zweiter Schritt: Es mußte ein Vorschlag entwickelt werden, der es ermöglichte, gegen die Nazis zu protestieren, ohne mit den „Chaoten" in Berührung zu kommen. Dazu fehlte diesem illustren Kreis bis jetzt die nötige Attraktivität.

Die Rettung brachte schließlich der DGB, der die Patenschaft für den Vorschlag einer Kundgebung vor dem DGB-Haus – weitab vom Geschehen – übernahm.

Dritter Schritt: Nachdem bis dahin sämtliche beteiligten Gruppen keinerlei öffentliche Auseinandersetzung um das konkrete Vorgehen geführt hatten, ging es jetzt los.

Der Vorschlag des DGB wurde mit aller Kraft als der einzige überhaupt mögliche propagiert. Die Frage der direkten Verhinderung der JN-„Kundgebung" bzw. der Gegenkundgebung vor Ort wurde nicht mehr gestellt. Stattdessen wurde die „politische Auseinandersetzung und Aufklärung" gefordert – ausgerechnet von Gruppen, die – von VVN/DKP abgesehen – zu Fragen des Neofaschismus bisher im Wesentlichen geschwiegen haben, oder die sogar, wie die SPD, die Legalisierung der Nazis vorantreiben. Besonders bedauerlich ist in diesem Zusammenhang das Verhalten des SB, das ohne parteibornierte Rücksichtnahme diese Zusammenhänge hätte mit aufdecken können. Hätte ... denn geschehen ist genau das Gegenteil: Deckung der SPD/DGB-Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die „K-Gruppen"!

Nachdem so der DGB zum Schirmherr des antifaschistischen Kampfs gekürt worden war, nachdem auf diese Weise ganz bestimmte Vorstellungen über das Vorgehen gegen die Nazis prinzipiell ausgeschlossen bleiben sollten, nachdem also dafür gesorgt war (soweit möglich), daß die Stadtverwaltung das letzte Wort über den Auftritt der Faschisten haben sollte, erst dann durften die linken SPDler so richtig für die Kundgebung mobilisieren ...

Dafür ernteten sie allerdings nicht allzuviel Dank!

Demokratie in der SPD

„*Offenbar war man an einer breiten friedlichen antifaschistischen Demonstration an diesem Sonnabend nicht interessiert. Denn weder die Parteien noch die Gewerkschaften schienen rechtzeitig informiert; noch hatte es etwa vorher eine Presseverlautbarung der Stadt gegeben. Mit der hätte die Stadt ihr Dilemma darstellen und die Öffentlichkeit darauf hinweisen können, daß eine breite Demonstration der Demokraten, möglichst mit Oberbürgermeister und Verwaltungschef an der Spitze, gegen die Neonazis notwendig sei*".

So schrieb – wohl noch ganz unter dem Eindruck des 11.2. – ein SPDler in einer SPD-Bezirkszeitung; für den 15.4. fordert er neben dem Verbot auch „**Wachsamkeit und Gemeinsamkeit gegen die neuen Nazis von Anfang an**". „*Wir wissen, daß die NPD für den 15. April eine zweite Großkundgebung bei der Stadt angezeigt hat. Verabreden wir uns doch alle, Antifaschisten und Demokraten wie wir sind... auf dem Markt zu einer friedlichen Gegenkundgebung*".

Von all dem blieb lediglich die Verbotsforderung . Eine Delegiertenversammlung der SPD forderte Ratsfraktion und Ortsvereinsvorstand der SPD auf, „*sich gegenüber der Verwaltung für ein Verbot der NPD-Kundgebung einzusetzen*".

Kaum zwei Wochen später konnte man in einem anderen Lokalblatt allerdings lesen, daß „*die Entscheidung der Stadtverwaltung* (eine SPD-Verwaltung wohlgemerkt!) *erst gar nicht einen Verbots v e r s u c h zu unternehmen, ... von a l l e n Ratsfraktionen gebilligt*" werde („Blick", 6.4.). Gegen alle Demokratievorstellungen hatte sich mal wieder „das Gewissen" für den Alltag entschieden und: „*Natürlich haben wir mit der Polizei gesprochen, um diesmal ein Aufeinandertreffen rivalisierender Gruppen zu verhindern*" (ebda.)

Eine Delegiertenversammlung der SPD n a c h der NPD-Kundgebung stellte die Dinge dann endgültig wieder richtig und erklärte: „**SPD-Fraktion hat Vertrauen der Partei**". Vorher hatte der Fraktionsvorsitzende noch mal drohend mit seinem Rücktritt gerasselt.

Offensichtlich ist die SPD-Führung bereit, im Interesse ihrer grundsätzlichen Legalisierungspolitik gegenüber den Nazis ihren Jusos und Linken auch die lange Leine des quasi-offiziellen Bündnisses mit der DKP zu gestatten. Angesichts des Wahlkampfs und des wachsenden antifaschistischen Protests der von der SPD immer nachdrücklicher Taten fordert oder aber sich unabhängig und gegen sie entwickelt, wahrlich kein abwegiger Gedanke!

Daß die antifaschistische Einheit – ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse und trotz weitgehender Differenzen – praktisch möglich ist, auch das hat der 15.4. gezeigt: Obwohl die Nazis ihre Hetzreden unter Polizeischutz vier Stunden lang gegen den Protest halten konnten – der Aktionstag und die Demonstration von 1.500 Antifaschisten einer Aktionseinheit von Kinderinitiativen, Frauen-, Schwulen- und Ausländergruppen, „Gewaltfreien", KB und noch einigen mehr haben hier große Möglichkeiten aufgezeigt. In solidarischer Auseinandersetzung können sie weiterentwickelt werden.

KB / Gruppe Göttingen





Bandenchef Hoffmann im neuen Hauptquartier

Wie erst jetzt durch die Presse bekannt wurde, hat Hoffmann („Wehrsportgruppe") ein neues Hauptquartier erworben: Ein dreistöckiges Schloß in Ermreuth, Gemeinde Neukirchen am Brand, ca. 30 km von Nürnberg entfernt. Nachdem ihm der Mietvertrag eines Schloßes in Almoshof bei Nürnberg gekündigt worden war, hatte Hoffmann in Heroldsberg (bei Nürnberg) vorrübergehend ein relativ kleines Gelände mit Haus bezogen. Nun hat er über eine Freundin ein neues Quartier für seine militärischen Übungen und nazistischen Umtriebe gefunden.

Dieses Schloß liegt in der Mitte eines kleinen Dorfes, gleich neben der Kirche. Die Vergangenheit dieses Baus paßt für den zukünftigen Verwendungszweck: Es wurde etwa im 15. Jahrhundert gebaut und um 1780 in der heutigen Gestalt renoviert. Nachdem es den „deutsch-nationalen" Tannenberg-Bund und die präfaschistische Stahlhelm-Organisation beherbergt hatte, war im Dritten Reich eine Gauführerschule der NSDAP darin untergebracht. Die Plünderung und Brandschatzung jüdischer Wohnungen, wie sie während der „Reichskristallnacht" im November 1938 auch in Ermreuth von faschistischen Trupps durchgeführt wurde, war von dem Schloß aus organisiert worden. Es hatte der örtlichen NSDAP als Parteibüro gedient. In der kleinen, damals rund 550 Einwohner zählenden Gemeinde, waren knapp 10% der Gemeinde jüdisch. Der Terror gegen sie hatte schon früher begonnen: 1936 wurde der jüdische Friedhof geschändet — 19 Grabsteine wurden umgeworfen. Der Kristallnacht fielen nicht nur jüdische Wohnungen, sondern auch die Synagoge zum Opfer.

Wie wir aus der Bevölkerung erfuhren, soll das Ermreuther Schloß, das ziemlich verfallen ist, 50.000 Mark gekostet haben. Für die weitere Herrichtung des Schlosses müßten noch rund 100.000 Mark in die Renovierung gesteckt werden. Ein weiterer Hinweis auf Hoffmanns Geldgeber im Hintergrund, da er selbst immer vor Gericht angibt, daß er überhaupt kein Geld habe!...

Eine besondere Rolle spielt wieder einmal der Staat, in diesem Fall die Marktgemeinde Neunkirchen. Der Direktor des Forchheimer Landratsamt behauptet: „Wir wußten nicht, welche Leute wir uns in den Pelz setzten". Das Bauamt im Rathaus von Neunkirchen behauptete zunächst zu den Bauarbeiten im Schloß: „Ja, da ist die Bundeswehr drin, die baut da". Wahrscheinlich wegen der Militärfahrzeuge, die Hoffmanns Truppe zu „Übungen" benutzt? ....

Das Landratsamt Forchheim hat sich nun überlegt, daß es zumindest dem Anschein nach etwas gegen Hoffmann unternehmen muß. Wegen „Verstoß gegen das Denkmalschutzgesetz" wurde vorübergehend der Ausbau gestoppt („im Einvernehmen mit Herrn Hoffmann"), da ein Fenster zugemauert wurde und ein 10 Meter langer Schlitz an der Rückseite geschlagen wurde. Aber im guten Einvernehmen kann Hoffmann die Bauarbeiten sicher bald wieder aufnehmen lassen.

Dagegen sollten wir den Protest organisieren! („Nürnberger Nachrichten", 25.4.78).

KB / Gruppe Nürnberg



In diesem Schloß will sich die Hoffmann-Bande einnisten

Roeder hat sich abgesetzt - wann wird er ausgeliefert?

Der berüchtigte Neonazi Manfred Roeder, hat sich ins Ausland abgesetzt. Er war Ende letzten Jahres wegen seines „Reichstages zu Flensburg" (23.5.75) zu einer sechsmonatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt worden und hätte diese Anfang März antreten müssen. Dazu kam es nicht mehr. Ebenso geplatzt ist damit erst einmal eine ganze Serie weiterer Prozesse (in der Mehrzahl Berufungsverhandlungen über weit zurückliegende Verurteilungen Roeders, die teilweise wohl weitere Haftstrafen ergeben hätten). *„Seit Januar bin ich in vielen Ländern unterwegs, auch in Übersee ... . Der Gegner kocht, denn er glaubte, mich längst erledigt zu haben... . Von meiner Frau höre ich, daß fast täglich irgendwelche Zustellungen von Gerichten kommen. Ehrlich gesagt, interessiert mich das alles gar nicht mehr..."* („55. Brief/Lenzing 1978" von Roeder). Roeder begründet sein Untertauchen damit, daß *„ich mit dem Flensburger Urteil als ‚einschlägig vorbestraft' gelte."* Deswegen könne er *„in jedem weiteren Verfahren, auch wenn es nur um Lappalien geht, nur mit Höchststrafen rechnen. D.h., wenn man mich heute einsperrt, geht es nicht um 6 Monate, sondern um 6 Jahre!"* (ebenda). Roeder will sich anscheinend länger im Ausland aufhalten, denn er fordert seine „Freunde" auf: *„Schreiben Sie mir weiter. Ich erhalte alle Post und brauche die Verbindung dringend"* (s.o.).

Roeder weiter aktiv

Roeder setzt seine Tätigkeit vom Ausland aus fort. Aus gut informierten Kreisen verlautet, daß Roeder sich längere Zeit in Lausanne (Schweiz) aufgehalten hat. „Zufälligerweise" wohnt dort G.A. Amaudruz, Chef der internationalen Nazi-Zentrale „Europäische Neuordnung" (ENO), dessen Hetzschrift „Ist Rassenbewußtsein verwerflich?" im Verlag von Roeders Kumpan Christophersen erschienen ist.

Roeder hat offensichtlich die Schweiz zum Ausgangspunkt seiner NS-Tätigkeiten auserkoren; jedenfalls fordert er seine Freunde auf, Spenden „am besten" auf „das Schweizer Konto" zu überweisen.

Inzwischen hat er eine zweite Nummer seines neugegründeten Hetzblattes „Der Wind schlägt um!" herausgegeben. Dort heißt es u.a.: *„Noch nie gab es soviel Freiheit für die Feinde unseres Landes, nie gab es so viel Freiheit für Kriminelle, Homosexuelle, Abtreiber, Rauschgift- und Pornohändler, Zionisten, Reichsfeinde, Spione, Vaterlandsverräter, habgierige Politiker, Spekulanten, Wiedergutmachungsschwindler und entartete ‚Künstler'"* („Der Wind schlägt um!" Nr. 2/März 78).

Zur gleichen Zeit läßt er sich von einem „Komitee Freiheit für Roeder" (mit Sitz in Schwarzenborn, seinem alten Wohnort) in einem Flugblatt als *„Vorkämpfer für Wiedergutmachung und Völkerverständigung"* feiern!

In seinem neusten Brief kündigt Roeder für ein „Freundestreffen" am 27.Mai (15.00 Uhr) auf dem Knüll einen etwas zweifelhaften Leckerbissen an Eine von ihm selbst gehaltene Ansprache („Die Technik baut Brücken über Kontinente").

Wie die FR am 19.4.78 meldete, soll nach Roeder auch über INTERPOL gefahndet werden.

Schönborn „untergetaucht"?

Auch um Erwin SCHÖNBORN, Chef des „Kampfbundes Deutscher Soldaten" und Pate der Hamburger „Hansa"-Bande (ANS) gab es einige Verwirrung: Er „ist inzwischen untergetaucht. Er hat keinen Wohnsitz mehr" („tat", 7.4.78). Er wurde allerdings auf mehreren Nazi-Veranstaltungen in Fürth, Hamburg (26.2.) sowie in Köln (22.4.78) gesehen. Seine Pamphlete verschickt er nach wie vor über die diversen „Zentral-Geschäftsstellen" seiner verschiedenen Nazi-Firmen.

Noch ein Tip für Interessierte: Carlus Baagoe, 2 Hamburg 60, Wesselyring 63, hält ständig ein Bett für Schönborn bereit. Baagoe war übrigens Teilnehmer der „NSDAP/AO"-Provokation im „Haus des Sports" im November 74 und soll einer der „alten Kämpfer" sein, die heute die „NSDAP"-Umtriebe mit organisieren.

Christophersen trifft Vorbereitungen für schlechtere Zeiten

Thies Christophersen („Auschwitz-Lüge") wurde in Flensburg Anfang März zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten „auf Bewährung" verurteilt. Es ging um die in seinem „Kritik-Verlag" erschienene Hetzschrift „Ist Rassenbewußtsein verwerflich?" und um seine „Bauernschaft" 3/75.

Trotz der Aussetzung des Urteils „zur Bewährung" scheint auch Christophersen sich auf schlechtere Zeiten einzustellen. So kündigte er schon im Juni 77 an: *„Aus Sicherheitsgründen haben wir uns ein Postscheckkonto in Dänemark zulegen müssen"* („Bauernschaft" 2/77). Im Dezember gab Christophersen drei ausländische Adressen (Dänemark, Schweiz und Kanada) an, wo seine Publikationen ebenfalls zu bestellen sind, und schrieb: *„Die brisanten Schriften wurden vor der Beschlagnahme noch dort ausgelagert"* („Bauernschaft" 4/77).

Das Untertauchen Roeders und Schönborns sowie die auffallenden Vorbereitungen Christophersens liegen auf der gleichen Linie wie die neuesten Sprüche der „Hansa"-Bande in ihrem „NSDAP/AO-Kampfblatt", „Der Sturm": „...*Wir warnen jedoch davor, weiterhin so offen aufzutreten, um dem Staatsschutz nicht unnötig Informationen zu liefern! Wir halten auch weiterhin die Existenz einer illegalen NSDAP für nötig."*

Der Boden scheint diesen Vögeln insgesamt doch etwas heiß zu werden. — So soll es sein!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zwei neue Todesschüsse durch Polizisten

Krefeld. Der 37-jährige Polizist Herbert G. wurde von seinem Schwiegervater verdächtigt, seine Frau umgebracht zu haben. Im Verlauf der Auseinandersetzung zog der Schwiegervater eine Gaspistole hervor und gab damit zwei Schüsse ab.

Herbert G. rannte darauf ins Haus zurück, holte seine Dienstpistole und erschoß seinen Schwiegervater. Als Polizist war es ihm angeblich nicht möglich gewesen, den Unterschied zwischen einer Gaspistole und einer tötlichen Waffe festzustellen. Der Krefelder Richter sprach darum auch keinen Haftbefehl aus, sondern glaubte Herbert G.'s Notwehrargument „Ich habe nicht gesehen, daß die Waffe meines Schwiegervaters harmlos war" (Nach „Hamburger Morgenpost", 2.5.78).

München. Angeblich aus Eifersucht schoß in München der Polizeiobermeister Helmut Stadler sein ganzes Magazin auf seine Frau leer, die an den Verletzungen starb. Helmut Stadler galt als alkoholabhängig, verrichtete jedoch weiterhin bei der Polizei seinen Dienst. Seine Kollegen hielten ihn jeweils nur solange für zuverlässig, „solange er halt nüchtern war" (nach „Süddeutsche Zeitung", 24.4.78).

Münster: Antifaschist freigesprochen

In zweiter Instanz wurde am 18. April in Münster ein Antifaschist freigesprochen, der beschuldigt worden war, im November 77 bei einer Aktion gegen einen von der Polizei geschützten JN-Infostand faule Apfelsinen geworfen und sich seiner Festnahme widersetzt zu haben. Das Gericht hob damit das erste Urteil (200 Mark Geldstrafe) auf.

Dem Urteil zugrunde lag folgender Sachverhalt: Im Herbst 77 häuften sich in Münster neonazistische Ausschreitungen und Schmierereien, es tauchten „NSDAP"-Aufkleber auf und ein Mitglied des „Institutum Judaicum" wurde persönlich bedroht. In dieser Situation wollte Anfang November die JN (NPD-Jugendorganisation) einen „Informationsstand" durchführen. Ohne daß es zu irgendwelchen Auseinandersetzungen gekommen wäre, wurden die Faschisten durch 50 Demonstranten, die ein lustiges Happening um den Stand veranstalteten und viele Passanten anlockten, veranlaßt, grollend ihren Stand abzubauen.

Zwei Wochen später rief die JN erneut in einem wüsten Hetzflugblatt zu einer „Kundgebung" auf. Dabei schützte ein massives Polizeiaufgebot die Faschisten. Es flogen dann auch Apfelsinen (die übrigens ihr Ziel fanden: Den Nazi-Stand und einen Polizeihelm). Hierbei wurde der Antifaschist von einem zivilen Greiftrupp festgenommen.

In zweiter Instanz wurden neue Zeugen vernommen, so ein Vertreter der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit, der über die damaligen antisemitischen Drohbriefe, Grabschändungen und Hakenkreuzschmierereien berichtete, sowie eine Mitarbeiterin des politischen Buchladens „Rosta", der seit April 76 mehrfach Opfer faschistischer Brandstiftung, Schmierereien und anderer Anschläge geworden war. Zudem verwickelten sich die beiden Polizeizeugen in Widersprüche: Derjenige, der den Angeklagten festgenommen hatte, bestätigte, daß dieser sich — obwohl in einen schmerzhaften Polizeigriff genommen — überhaupt nicht gewehrt hätte, während der zweite bei seiner Version blieb, er habe starken Widerstand geleistet. Vor einem gerammelt vollen Zuhörersaal entschied dann das Gericht nach längerer Beratung auf Freispruch.

Nach einem Bericht von KB-Sympathisanten aus Münster

Kriegsverbrecher

2 Jahre Haft für 900 fache Beihilfe zum Mord

Der ehemalige SS-Oberscharführer Friedrich Rathje wurde vom Landgericht Hannover zu zwei Jahren Freiheitsstrafe und 5.000 DM Geldstrafe wegen Beihilfe zum Mord an 900 jüdischen Männern, Frauen und Kindern verurteilt. Die Freiheitsstrafe wurde „zur Bewährung" ausgesetzt.

Rathje wurde für schuldig befunden, als Mitglied der GeStaPo 1942/1943 an „Aussiedlungsaktionen" im Distrikt Lublin in Polen mitgewirkt zu haben, in Kenntnis der Tatsache, daß der Weg der Juden in der Gaskammer enden würde! Daran gemessen ist das Urteil ein Skandal!

Lebenslänglich für SS-Mörder Eickhoff

Der jetzt in Minden lebende Wilhelm Eickhoff war 1942/43 Leiter eines SS-Lagers bei Nobruisk/ Weißruthenien, in dem 1400 Juden aus dem Warschauer Getto umgebracht wurden. Mindestens 50 Morde wurden Eickhoff selbst nachgewiesen.

Das Hamburger Landgericht hielt dem SS- Unterscharführer vor zwei Jahren eine „Verstrickung in die damals staatlich befohlenen Morde" zugute und verurteilte ihn zu nur 12 Jahren Freiheitsentzug. Bei erwiesenem Mord ist aber eine lebenslange Freiheitsstrafe zwingend vorgeschrieben.

Das Hamburger Urteil wurde am 30.3. in der Revision vom Bundesgerichtshof in lebenslänglich umgewandelt. Eine Entscheidung mit Seltenheitswert!

Menten legt Berufung ein

Pieter Menten, im Dezember 1976 wegen der Beteiligung an Nazi- Massenmorden an Juden in Podhoroce (Polen) zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, hat jetzt vor dem Obersten Gerichtshof von Den Haag Berufung eingelegt. Er leugnet, überhaupt an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein.

Menten ist jedoch nicht der einzige, dem das Urteil unangemessen erscheint: der Staatsanwalt, Franz Habermehl, legte ebenfalls Berufung ein, weil ihm das Urteil als zu niedrig erscheint!

Habermehl hat lebenslänglich beantragt. Menten war bereits nach dem Krieg zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden wegen Kollaboration mit den Nazis. Damals wurde allerdings die dreijährige Haftstrafe auf acht Monate herabgesetzt.

Haftbefehl gegen SS-Schergen aufgehoben

In dem seit letzten September laufenden Aschaffenburger KZ-Prozeß gegen zwei SS-Angehörige des Kommandanturstabes des Nebenlagers von Auschwitz, Jaworzno, wurde jetzt vom Landgericht Aschaffenburg der Haftbefehl gegen den SS-Angehärigen Hans Olejak ohne Begründung aufgehoben.

Beide Angeklagte haben sich vor Gericht wegen Ermordung von mindestens 54 Häftlingen zu verantworten. Der Prozeß selber wird nach Einschätzung der Beteiligten noch mindestens ein Jahr weitergehen (»Süddeutsche Zeitung«, 27.4.78).

Nazis vor Gericht

Wegen seines spektakulären „Hitlergrußes" anläßlich der Beerdigung des SS-Massenmörders Herbert Kappler und wegen Waffenbesitz ist jetzt Anklage gegen Werner Edgar Geiss erhoben worden („Hamburger Abendblatt", 4.5.78). Geiss, der im Keller seines Hauses eine richtige „Nazi-Kultstätte" eingerichtet hat, ist Mitglied der „Deutschen Bürgerinitiative" des Manfred ROEDER und so etwas wie der Haus- und Hoffotograf der „NSDAP"-Szene. So veröffentlicht er seine Fotos u.a. in der „Bauernschaft" des Thies Christophersen und war Teilnehmer verschiedener Aufmärsche der „Hansa"-Bande: So am 26.11.77 in Hamburg bei der trotz Verbot durchgeführten „ANS"-Gründung, so am 25. und 26.2.78 in Buchholz und Hamburg-Lurup.

Insgesamt laufen gegen Geiss 6-7 Ermittlungsverfahren.

• • •

Zwei Bundeswehrsoldaten, die wegen neonazistischer Aktivitäten vor Gericht gestanden hatten, wurden freigesprochen! Der Staatsanwalt hatte Geldstrafen von 450 und 200 DM gefordert. Die beiden hatten in Verhören zugegeben, während ihres Wachdienstes beim Jagdbombengeschwader 36 den „Deutschen Gruß", verbunden mit „Heil Hitler"-Rufen ausgeführt zu haben. Während der Verhandlung widerriefen sie dies; das Geständnis sei nur durch den Druck stundenlanger Verhöre zustande gekommen. Das Gericht stellte zwar fest, daß es zu jenem Zwischenfall gekommen sein muß, die Täterschaft der Angeklagten jedoch nicht zweifelsfrei bewiesen werden könne („FR", 29.4.78).

• • •

Auch in seinem 413. (!) Strafverfahren wurde Dr. G. Frey, Herausgeber der „Nationalzeitung", freigesprochen! In seiner „Nationalzeitung" hatte Frey seine Zeugenaussage aus einem Ermittlungsverfahren gegen den Antifaschisten Serge Klarsfeld abgedruckt. Darin behauptete Frey, die „Klarsfeld-Bande" sei wohl verantwortlich für einen Anschlag auf seine Verlagsräume. Die Justiz würde diese Straftat nicht verfolgen, weil es sich um einen Juden handelt. Die Anklage lautet lediglich auf „verbotene Mitteilung über Gerichtsverhandlungen". In erster Instanz war Frey zu 20.000 DM und sein Redakteur B. Wetzel zu 10.000 DM verurteilt worden („Tagesspiegel", 28.4.78).

Verwirrungskampagne soll Nazi-Banden schützen

Angesichts der zunehmenden kriminellen Umtriebe nazistischer Banden in der BRD haben rechte und rechtsradikale Kräfte eine Verwirrungskampagne gestartet, die von den Nazi-Banden ablenken und deren weitere ungestörte Existenz sichern soll.

Zu dieser Verwirrungskampagne gehört eine dreiteilige Artikelserie in Springers reaktionärem Kampfblatt „Die Welt", veröffentlicht am 20., 21. und 22. April.

In dieser Artikelserie wird der Versuch unternommen, die nazistische Szene der BRD größtenteils als Agenten der Sowjetunion hinzustellen, die den Auftrag haben, Munition für Stimmungsmache gegen die BRD zu liefern und der BRD außenpolitische Schwierigkeiten zu bereiten. Ohne hierbei auf den Wahrheitsgehalt der einzelnen Darstellungen einzugehen (die für uns vielfach nicht zu überprüfen sind), ist offensichtlich, daß eine derart detailreiche und weit zurückreichende Darstellung einzelner Personen aus der Nazi-Szene nur aus geheimdienstlichen Quellen gespeist werden kann.

In der Artikelserie wird für eine Reihe von Figuren der Nazi-Szene behauptet, daß es sich um freigekaufte Kriminelle oder „politische Gefangene" aus der DDR handele, so z.B. Arnulf Priem, Gründer einer nazistischen Terrorbande in Freiburg und heute in einer „NSDAP Westberlin" aktiv.

Hieraus zu schlußfolgern, daß es sich um Agenten der DDR bzw. Sowjetunion handelt, dürfte freilich recht gewagt sein. Richtiger wäre es wohl, Schlußfolgerungen auf den Standort vieler „politischer Gefangener" in der DDR zu ziehen!...

Andere Behauptungen beziehen sich darauf, daß einige heutige Nazi-Figuren kurz nach dem Krieg für kurze Zeit Mitglieder der KPD waren. Das ist freilich nicht verwunderlich, denn manch Nazi sah damals in der KPD eine gute Gelegenheit, erst einmal „wegzutauchen".

Ob und wieweit die einzelnen Angaben, die scheinbar sehr selbstsicher von der „Welt" gemacht werden, überhaupt s t i m m e n, ist auch noch sehr die Frage. Beispielsweise heißt es da: Michael Borchardt, Sprecher einer „Faschistischen Front" in Hamburg, *„betätigte sich früher als ein besonders aktives Mitglied der moskaugelenkten ‚Ostermarsch'-Bewegung"*. Dieselbe Behauptung findet sich in etwas schwächerer Form („früher aktiver Ostermarschmarschierer") auch in der Nr. 12/1977 der nazistischen Zeitschrift „Nation Europa". Fakt ist, daß Borchardt heute etwa 28-29 Jahre alt ist. Fakt ist weiterhin, daß die Ostermarsch-Bewegung 1966/67 letztmals in Erscheinung trat. Damals war Borchard also etwa 18-19 Jahre alt. Daß Borchard irgendwann einmal am Ostermarsch teilgenommen hat, mag schon sein. Daraus aber eine Agentenrolle für die Sowjetunion oder DDR zu konstruieren, ist mehr als lächerlich!

Nazis verleugnen sich selbst

Es ist nicht ohne Ironie, daß rechtsradikale und offen nazistische Kräfte ganz ähnlich argumentieren wie die „Welt".

So veröffentlichte die nazistische Zeitschrift „Nation Europa" schon in ihrer Nr. 12/1977 einen Artikel mit der Überschrift *„Vorsicht, Doppelstrategie!"*. Dort wurde behauptet, der sowjetische Geheimdienst KGB bediene sich *„im ‚antiimperialistischen Kampf' gegen die Bundesrepublik Deutschland auf ‚rechtsradikal' getrimmter linker Helfer, die sich dann entsprechend aufführen"*. Dafür gebe es *„in den letzten Wochen verstärkt Anzeichen"*. Es seien *„auch gefälschte ‚rechtsradikale' Flugblätter aufgetaucht, die wohl direkt aus einer Desinformationszentrale eines östlichen Geheimdienstes stammen"*.

Auch die NPD, selbst engstens verflochten mit der kriminellen Nazi-Szene, strickt mit an der Legende von der Verschwörung aus dem Osten. So schreibt NPD-Vorsitzender Martin Mußgnug in einer Extra-Ausgabe der „Deutschen Stimme" zum Hamburger Bürgerschaftswahlkampf: Die Nazi-Gruppen seien „agents provocateurs", die „ferngesteuert" würden, *„um ‚Gefahren' erst zu produzieren, die man dann wacker ‚bekämpft'"*. Eine US-Journalistin habe **„nachgewiesen, daß Randgruppen wie ‚National Socialist Party of America' und ähnliche Klüngel bekanntermaßen einen ‚j ü d i s c h e n Hintergrund' haben. Eine Sache also, die nachdenken lassen sollte, wer da eigentlich die ‚gefürchteten' Hakenkreuz-Zettel in die Bundesrepublik Deutschland einschleust, um die dann ein großes Trara gemacht wird."**

Da feiert das alte Nazi-Märchen von der „jüdisch-bolschewistischen Verschwörung" fröhliche Auferstehung! Eine passende historische Parallele: 1933/34 und während der Olympiade 1936 hielten die Nazis für richtig, sich von einzelnen antisemitischen Ausschreitungen der S A scheinheilig zu distanzieren mit der Lüge, es hätten sich Kommunisten als S A-Leute verkleidet!

Staatliche Kumpanei mit den Nazi-Banden

Es ist immerhin bemerkenswert, daß die NPD, als offiziell zugelassene und staatlich behütete Partei, es sich heute schon wieder leisten kann, nicht bloß die Kommunisten und die Sowjetunion, sondern zusätzlich auch „d i e J u d e n" in ihre Spinnereien von der großen Verschwörung einzubeziehen.

Tatsache ist jedenfalls: Hier geht es nicht um Agenten Israels, der Sowjetunion und der DDR. Sondern hier geht es um die einfache und überprüfbare Tatsache, daß seit Jahren in der BRD nazistische und antisemitische Banden nicht nur offen wirken können, sondern daß sie nötigenfalls sogar noch Polizeischutz genießen. Tatsache ist ebenso, daß die Nazi-Banden engstens personell und politisch-ideologisch mit der NPD verflochten sind, die gerade erst gerichtlich ihren Charakter als „staatstreue" Partei im Sinne der Herrschenden dieses Landes bestätigt bekommen hat.

Und Tatsache ist schließlich auch, daß die Verwirrungskampagne der NPD, der offenen Nazis und der Springer-Presse e r g ä n z t wird durch eine Kampagne von sozialdemokratischer Seite, die ebenfalls darauf hinzuwirken versucht, die Nazi-Banden weiterhin ungestört gewähren zu lassen. Nur als schamlos zu bezeichnen ist in diesem Zusammenhang ein Artikel des früheren j ü d i s c h e n Bürgermeisters von Hamburg, Weichmann (SPD). Weichmann behauptet dort: *„Das Übel liegt häufig nicht in dem Vorhandensein einer rechtsextremen Gruppe, sondern in der übertriebenen Publizität, mit der ein Fall behandelt wird."* Und weiter: **„Zu warnen bleibt nur davor, daß die angebliche nazistische Gefahr dazu führt, von den wirklichen Gefahren abzulenken. Sie liegen im linksideologisch orientierten Radikalismus und im Terrorismus, dem eine politische Verunsicherung nur willkommen ist."**

Zu den Aktivisten dieser Verwirrungskampagne gehört auch Niedersachsens Innenminister Groß (FDP). Er erklärte anläßlich der Veröffentlichung des niedersächsischen VS-Berichts für 1977, Schuld an den verstärkten neonazistischen Aktivitäten sei vor allem die *„weltweite Publizität"*, die darum gemacht werde, und insbesondere *„der Kommunismus, der die Bundesrepublik als Nazi-verseuchten Staat"* zu diffamieren versuche.

Bedenkt man, daß es in Niedersachsen neonazistische Aktivitäten vor allem in Hannover gab, und daß es dort vor allem j ü d i s c h e Kreise waren, die den Nazi-Umtrieben „Publizität" verschafften, so ist von Groß der Weg gar nicht mehr so weit zum Originalton der Nazis, die „Judenpresse" habe antisemitische Übergriffe aufgebauscht, womöglich erfunden.

Österreich: Faschistenblatt verboten

Die Januar/Februar-Nummer der in Österreich herausgegebenen Jugendzeitschrift „Sieg" ist verboten worden. „Sieg" ist ein faschistisches Hetzblatt übelster Machart, dessen offener Antisemitismus und Rassismus sogar das in der BRD derzeit Übliche (z.B. „Mut") in den Schatten stellt. Auf der Titelseite des verbotenen Heftes posiert eine uniformierte „Wehrsportgruppe" vor ihrem „Mannschaftswagen". Zumindest einer der dort abgebildeten Jungnazis läßt sich identifizieren Tibor Schwarz, Nr. 2 in der berüchtigten Hamburger „Hansa"-Bande! (5. von links, dunkle Jacke). Zweiter von links ist möglicherweise Lutz Wegener, ebenfalls „Hansa"-Bande, z.Z. wegen bewaffneten Raub in U-Haft.

Erklärt hierzulande die NPD noch offiziell, mit Nazis wie „Hansa"-Bande Schönborn usw. gebe es keine Gemeinsamkeit — auf den Seiten des „Sieg" herrscht bunte Reihe: Neben JN/NPD-Beiträgen wird aus Christophersens „Bauernschaft" nachgedruckt, kommt einer der Chefideologen (H.-A.Holtz) aus dem „volkssozialistischen" Nazilager zu Wort (die zu Schönborn u.Co. beste Verbindungen pflegen). „Sieg" macht auch kurzerhand Anleihen bei zuvor in dem westdeutschen „NSDAP"-Blatt „Wille und Weg" veröffentlichter antisemitischer Hetze. „Sieg" wirbt auch für die belgischen Terror-Faschisten VMO, für die britische „National Front", für eine „Nation Europa/Sozialistische Arbeiterbewegung"



Aktuell-Jugend-Presse-Dienst

AKTUELL - die Stimme der kämpfenden Jugend Europas!

Nr. 1 Jänner/Februar 1978

Die volkstreue Jugend

Mannschaftswagen mit Wehrsportgruppe

Wir sind die Zukunft Deutschlands - kämpft mit uns für die Einheit der Nation! Hilf uns und wir gewinnen die Zukunft für unser Volk und für DEUTSCHLAND! Benützen SIE beiliegenden Einzahlungsschein für 1978 ... danke ...! Wiking-1977

Ein Blick in das Faschistenblatt zeigt sehr anschaulich, wie die gesamte deutsche, europäische und darüberhinaus internationale Faschisten-Szene ineinander verzahnt ist: Auf den Seiten des „Sieg" sind – per Anzeige oder Artikel – alle wichtigen Faschistenzirkel vertreten. Das fängt an mit der NPD und ihrer Jugendorganisation JN, von denen Programmatisches abgedruckt wird („24 Thesen zum Nationalismus" aus dem JN-Schulungsblatt). Da darf auch JN-Funktionär Günter Deckert – noch immer Oberstudienrat in Weinheim (!) nicht fehlen: er bietet ein JN-„Freizeithemd" an.

Weiter wird kräftig für den BHJ (militante nazistische Jugendorganisation) die Trommel gerührt, und ein „Aktionskomitee ‚Peter Fechter'" bietet „Antikommunistische Poster" an. Natürlich wirbt „Sieg" auch für die „Unabhängigen Nachrichten", die den Schönbron-Christophersen-Roeder-Kreis nahestehen, aus Norwegen und für das von der spanischen CEDADE herausgegebene internationale Frauen-Blatt „Erika".

Inmitten dieser Faschisten-Phalanx ist auch Platz für den Beitrag eines in der BRD wohlbekannten Neonazi-Aktivisten, der gleichwohl völlig unbehelligt agieren kann: Jürgen Rieger, als NPD-, „Aktion Oder-Neiße", „CSU-Freundeskreis"-Aktivist seit Jahren tätig, derzeit NPD-Rechtsanwalt in Hamburg. „Sieg" druckt ein Papier Riegers ab, in dem er konkrete Anweisungen zu gewalttätigen Aktionen gibt. Gerade auch dieser Rieger-Text hat dem österreichischen Fasc[...]nblatt sein Verbot eingebracht. In der BRD kursiert der gleiche Text seit Jahren in rechtsradikalen Kreisen und ist z.B. im Faschistenblatt „Missus" veröffentlicht. Von einem Verbot war und ist hierzulande aber keine Rede.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neonazistischer Anschlag auf das ARBEITERBUCH [politische Buchhandlung]

Hamburg: In der Nacht zu Montag, dem 8. Mai 1978 wurden in unserer Buchhandlung die beiden großen Schaufenster mit einem Stein eingeworfen (Schaden ca. 1.500 DM!)

Die Täter verstanden dies als eine politische Demonstration. Sie hinterließen an den Scheiben Flugblätter mit folgendem Inhalt:
»Diene Deinem Volk in der SA;
SA Hamburg;
Der Furcht so fern, dem Tod so nah,
Heil Dir, SA!
Deutschland Erwache!
Meldungen bei den SA- und Partei-Dienststellen der NSDAP über: NSDAP-AO (Auslandsorganisation): Lincoln, Nebraska 68506, P.O. Box 6414, USA«.

Am Kopf des Flugblattes der Reichsadler mit Hakenkreuz, das Staatssymbol des Dritten Reiches.

Eine der im „Arbeiterbuch" eingeschlagenen Scheiben

Dieselbe neonazistische Gruppe, die sich hier als »SA-Hamburg, NSDAP-AO« vorstellte, hat sich bei anderen Provokationen mit denselben Zeichen und dem Namen »SA-Sturm Hamburg 8.Mai« vorgestellt. Daher ist der Tag des Anschlags, der 8. Mai, kein Zufall, sondern bewußt gewählt, denn dies ist der Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus.

Bei den Tätern handelt es sich um die NS-Gruppe »ANS« (»Aktion nationaler Sozialisten«). Sie tritt wechselweise noch unter folgendem Namen, meist aber mit den gleichen Symbolen auf: »Freizeitverein Hansa«, »Hansa/ANS« (daher bei Antifaschisten bekannt unter »Hansaschisten«), »SA-Sturm-Hamburg«, »NSDAP, GAU Hamburg«, »Sozialnationalistische Jugend«, »Bund Hamburger Mädel« u.a.

Wir erstatteten Anzeige gegen »die Täter für alle Fälle«!

Die Schutzpolizei gab den Bericht des Anschlags und die »Visitenkarte« der Nazi-Banditen an die Kriminalpolizei, die trotz Aufforderung keine Spurensicherung vornahm — ohne Diebstahl sei sowas nicht »üblich«. Jetzt folgt von uns noch eine Anzeige an die Kriminalpolizei mit den Namen der »Hansabande«

Die Schaufenster des ARBEITERBUCHS sind immer hell erleuchtet. Aber kein Peterwagen, die sehr häufig den Grindelhof entlangfahren, bemerkte etwas. Im Übersehen von Faschistenschmiereien und Faschistenemblemen ist sie stets sehr »wachsam«! Wir auch! Ein ausführlicher Bericht war am gleichen Abend im »Club« (NDR) zu hören. Die »Morgenpost« berichtete nicht, das »Hamburger Abendblatt« brachte eine kleine Notiz.

Eine Wandzeitung an der Mauer unseres ARBEITERBUCHS und das Raushauen und Einsetzen unserer Schaufenster ließen viele Passanten stehen bleiben und lesen und reden. Die Empörung war da! Wir fordern das Verbot und die völlige Auflösung aller neonazistischen Gruppen.

Arbeiterbuchkollektiv

Carl von Ossietzky — heute hätte er Berufsverbot

Am 4. Mai jährt sich zum vierzigsten Mal der Todestag des demokratischen Publizisten Carl von Ossietzky. Aus diesem Anlaß fanden in Oldenburg „Ossietzky-Tage" statt,die vom DGB, dem Bundesjugendring, der Liga für Menschenrechte und der „Carl-von-Ossietzky- Universität" Oldenburg gemeinsam getragen wurden. Den aktuellen Hintergrund der demokratisch-antifaschistischen Arbeit Ossietzkys machte Heinrich Albertz — früher Regierender Bürgermeister von West-Berlin — in seiner Gedenkrede klar „ *Auch Ossietzky stände heute mit Sicherheit auf den Listen des Verfassungsschutzes und käme, falls er sich je bewerben sollte, ganz sicher nicht in irgendeinen öffentlichen Dienst. So weit sind wir gekommen."*

Ossietzky in der demokratischen Bewegung der Weimarer Republik

Ossietzky entstammt einer Kleinkaufmannsfamilie, er wurde 1889 in Hamburg geboren. Seine Mutter war Besitzerin einer kleinen Kaffeehalle, strenggläubige Katholikin und in ihren politischen Anschauungen entsprechend reaktionär; so pflegte sie einen kräftigen Judenhaß. Ossietzkys Stiefvater arbeitete als Bildhauer und Holzschnitzer und war aktiver SPDler.

1907 trat Ossietzky eine Arbeit als „Hilfsschreiber" beim Amtsgericht an. Ab 1910 veröffentlichte er seine ersten Artikel — unter anderem in „Das freie Volk", einer Zeitung der bürgerlichen Linken. Schon vor dem Ersten Weltkrieg vertrat Ossietzky sehr entschieden pazifistische Ideen. So schrieb er im Februar 1914 gegen die Verhaftung Rosa Luxemburgs, die wegen „aufrührerischer Vorträge" zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Er forderte dazu auf, mit allen gesetzlichen Mitteln einen Krieg zu verhindern.—

Im Mai 1914 stand er zum ersten Mal vor Gericht Wegen eines Artikels gegen die Militärjustiz wurde er zu 20 Tagen Gefängnis, ersatzweise 200 Reichsmark, verurteilt. Als Soldat erhielt er ein mehrmonatiges Schreibverbot, weil er illegal antimilitaristische Flugblätter erstellt und unter seinen Mit-Soldaten verteilt hat.

Nach dem Krieg betätigte er sich bis zum Juni 1920 als Sekretär der pazifistischen „Deutschen Friedensgesellschaft" in Berlin. Danach arbeitete er als Redakteur bei der „Berliner Volkszeitung". In dieser Zeit war tete er als Redakteur bei der „Berliner Volkszeitung". In dieser Zeit war Ossietzky in der „Nie-wieder-Krieg Bewegung" aktiv, ebenso wie seine Frau, eine englische Frauenrechtlerin. Maud von Ossietzky hatte sich schon in ihrer Jugend der radikalen englischen Frauenrechtsbewegung angeschlossen. Mit anderen Frauen sprengte Maud Versammlungen der bürgerlichen Parteien; sie hielt im Londoner Hyde Park Reden für das Frauenwahlrecht und mehr Lohn für Frauen. Bei einer Demonstration für den 8-Stundentag für Frauen wurde sie festgenommen. Im Londoner Polizeigefängnis beteiligte sie sich an einem Hungerstreik.

Ab Januar 1926 war Ossietzky Mitarbeiter der „Weltbühne", im Herbst 1927 wurde er deren Herausgeber. Die „Weltbühne" war eine Wochenschrift, in der ein breites Spektrum der linken Intelligenz schrieb Tucholsky, Axel Eggebrecht, Erich Kästner, Erich Mühsam, Franz Mehring u.a. Im Rahmen dieser Zeitschrift und seiner Arbeit in der „Liga für Menschenrechte" — Ossietzky wurde dort im August 1926 in den Vorstand gewählt — nahm Ossietzky Stellung gegen die staatliche Begünstigung von Nazis, gegen Geheimrüstung und „Feme"-Morde durch bewaffneten rechtsradikale Banden.

Einige Beispiele für die Arbeit Ossietzkys in dieser Zeit

- Im Sommer 1926 machte Ossietzky für die „Liga" eine Eingabe beim Reichspräsidenten, in der gefordert wurde, alle wegen „Landesverrats" gefällten Urteile überprüfen zu lassen. Die Liga für Menschenrechte nahm damit Stellung gegen die Flut von „Landesverrats"- Prozessen gegen die demokratische Presse.
- 1928 unterstützte Ossietzky öffentlich das von der KPD initiierte Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau. Nach dem Blut-Mai 1929, an dem der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel (SPD) 30 Demonstranten erschießen ließ, übernahm Ossietzky den Vorsitz des „Ausschuß zur öffentlichen Untersuchung der Mai-Vorgänge", der von der KPD angeregt worden war und dem linke Juristen, Ärzte und Publizisten angehörten.
- Ossietzky beteiligte sich an einer Kampagne gegen die Todesstrafe, die dazu führte, daß 1929 und 1930 kein einziges Todesurteil vollstreckt wurde.
- Am 28.Ausgust 1930 überreichte die Liga für Menschenrechte dem Oberreichsanwalt öffentlich Material über das verbrecherische Treiben der NSDAP. Im Sommer 1930 verbreitete die „Liga" eine Erklärung gegen den Antisemitismus.

Im Kampf gegen die Klassenjustiz

Nachdem Ossietzky schon dreimal wegen antimilitaristischer Artikel zu Geldstrafen verurteilt worden war, wurde er im November 1931 wegen „Verrat militärischer Geheimnisse" zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Der betreffende Artikel in der „Weltbühne" hatte die Existenz einer geheimen Aufrüstung angedeutet. Vom Gericht wurde als Tatsache zugestanden, daß die Regierung entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages „Luftstreitkräfte zu militärischen Zwecken" unterhielt, die Veröffentlichung dieser Tatsache beeinträchtige aber das *„Wohl des Reiches"* und *„die Lebensinteressen des Deutschen Volkes im Hinblick auf einen künftigen Krieg '.*

Zur Rechtsprechung des Reichsgerichts, das ihn verurteilte, schrieb Ossietzky: *„Ich hatte zu diesem Senat nach seiner bestens bekannten Judikatur gegen Pazifisten und Kommunisten nur ein herabgemindertes Vertrauen. Jahrelang hatte ich geschrieben, daß der Vierte Strafsenat nicht das Recht der Deutschen Republik spricht, sondern durchaus die Gepflogenheiten eines Standgerichts angenommen hat. Sollte der Mann von der ‚Weltbühne' dort Objektivität erwarten? Im Herbst 1930 hatte im gleichen Saal und vor dem gleichen Vorsitzenden, Herrn Reichsgerichtsrat Baumgarten, Adolf Hitler das berühmte Wort von den ‚rollenden Köpfen' gesprochen (...). Was Hitler mit einem spinnwebdünnen Tuch von Legalität umkleidet vor dem höchsten Gericht verkündete, hiesse bei Politikern, die nicht Koa-* *höchsten Gericht verkündete, hiesse bei Politikern, die nicht Koa-* *litionsfreunde des Reichsjustizministers sind. Vorbereitung zum Mord. (...) Wenn ein Gericht einen hochverräterischen Plan, wie es in Leipzig geschah, mit Hochachtung anhört, anstatt den Mann in eine Heilanstalt zu stecken oder als Verbrecher in Eisen zu legen, so ist dies ein recht deutliches Zeichen, daß die Vertreter der Staatsautorität entweder stark erschöpft sind oder daß sie schon mit schüchternen Fußspitzen den Boden neuer Tatsachen zu suchen beginnen"* (1).

Die Regierung ließ Ossietzky die Möglichkeit, vor der Haft aus Deutschland zu fliehen sein Paß wurde ihm nicht weggenommen. Er nahm die Gelegenheit jedoch nicht wahr, um der Reaktion nicht die Möglichkeit zu geben, ihn als „Agenten des Auslands" zu diffamieren. In einer kurzen Ansprache vor seinem Haftantritt im Mai 1932 sagt Ossietzky, er gehe bewußt ins Gefängnis, um für die Tausende unbekannten politischen Gefangenen einzutreten (2).

Das Terrorurteil gegen Ossietzky stieß auf breiten Protest; eine Unterschriftensammlung für seine Freilassung wurde von über 40 000 Personen und 7.000 Gruppen und Verbänden unterstützt.

„Konzentrationslager" der Nazis

Bis zum Dezember 1932 war Ossietzky inhaftiert. Kaum zwei Monate wieder in Freiheit, wurde er in der Nacht des „Reichstagsbrandes" am 28.2.1933 als einer der ersten verhaftet. In den folgenden drei Jahren wurde er in den Konzentrationslagern Sonnenburg und Esterwegen schwer mißhandelt und gefoltert. Ein Augenzeuge berichtet, daß Carl von Ossietzky Tuberkelbazillen in den rechten Oberschenkel und in die rechte Brustseite injiziert wurden (3).

Im Mai 1934 sprachen sich erstmals demokratische Persönlichkeiten dafür aus, Ossietzky den Nobelpreis zu verleihen. Thomas Mann, Albert Einstein, Bertrand Russell und viele andere bekannte Demokraten setzten sich dafür ein, so daß schließlich am 23.11.36 an Ossietzky — in Abwesenheit — der Friedensnobelpreis verliehen wurde.

Die Kampagne für Ossietzky machte die Lage in den deutschen KZ's international breit bekannt. Das Nazi-Regime sah sich gezwungen, der Folter an Ossietzky ein Ende zu machen, Ossietzky kam in ein Krankenhaus. Zu dieser Zeit war Ossietzky schon sehr schwer an Lungentuberkulose erkrankt. In einem Gespräch forderte Göring Carl von Ossietzky auf, den Friedensnobelpreis abzulehnen und versprach ihm dafür die Freiheit und eine lebenslange Rente. Ossietzky lehnte dieses ‚Angebot" ab.

Vom Mai 1936 an lebte Ossietzky im Krankenhaus; am 4.5.1938 starb er im Krankenhaus Nordend in Berlin nach langen Jahren des Leidens.

„Ein runder Tisch wartet"

Unermüdlich war Carl von Ossietzky für die Einheit der Arbeiterschaft gegen den aufkommenden Faschismus eingetreten. Schon 1926, anläßlich des Kieler Parteitages der SPD, forderte er die Mitglieder von KPD und SPD zum einheitlichen Vorgehen auf: *„eine Fortführung des Bruderkrieges in den bisherigen Formen bei der immer offensiver werdenden Reaktion"* sei nicht mehr tragbar (4).

In seinem Artikel **„Ein runder Tisch wartet"** vom Mai 1932 kritisiert Ossietzky die SPD und die KPD, sie würden die faschistische Gefahr nicht ernst genug nehmen und falsche Fronten ziehen. Er betonte die Aufgabe der parteilosen Linken, wie er einer war, in dieser Situation zu vermitteln.

Aus diesem eindringlichen Aufruf zur Aktionseinheit wollen wir den Schluß zitieren:

„Es kommt nicht mehr darauf an, recht zu behalten, sondern sämtliche Teile der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft vor der Vernichtung zu retten. Wollen wir antiquierte Schlachten weiterführen, wo der Raum, in dem wir leben, immer enger wird? Wo wir immer mehr zusammengepreßt atmen müssen, wo riesenhohe Wände, von unsichtbarem Mechanismus bewegt, immer näher rücken? Es geht nicht mehr um Programme und Doktrinen, nicht mehr um ‚Endziele' und ‚Etappen', sondern um den technischen Fundus der Arbeiterschaft, ihre Presse und Gewerkschaftshäuser, und schließlich um ihr lebendes Fleisch und Blut, das hoffen und vertrauen und kämpfen will. Ich frage euch, Sozialdemokraten und Kommunisten: Werdet ihr morgen überhaupt noch Gelegenheit zur Aussprache haben? Wird man euch das morgen noch erlauben?

Was sich zwischen euch aufgebaut hat, ich ignoriere es nicht. Ich kenne es besser als irgendein anderer. Denn ich habe in diesen Jahren von beiden Seiten Schläge erhalten. Wenn eure Parteien sich nicht zu dem allein dem Augenblick entsprechenden rettenden Schritt entschließen können, wenn Vergangenheit noch einmal die dürren Hände reckt, um die Gegenwart zu würgen, dann muß es gute Mittler geben, Parteilose, über jeden Zweifel erhaben, im Trüben fischen zu wollen, nichts für sich wünschend, für den Sozialismus alles. Sie müssen das erste Zusammentreffen in die Wege leiten. In diesen Tagen steht das Schicksal aller deutschen Sozialisten und Kommunisten zur Entscheidung. Wenn man ihre Zeitungen sieht, spürt man davon nicht viel. Der alte Krieg geht weiter. Und dennoch sind Worte gesagt worden, die nicht leicht verhallen können, und dennoch steht irgendwo ein runder Tisch und wartet" (5).



Anmerkungen:

(1) Carl von Ossietzky, Publizistik aus den Jahren 1913-1933, November 1972 (Taschenbuch bei Fischer), S. 161
(2) Kurt Grossmann, Ossietzky, München 1973 (suhrkamp-Taschenbuch), S. 14
(3) Maud von Ossietzky erzählt, Berlin/DDR 1966, S. 136
(4) Grossmann, S. 118
(5) Publizistik, S. 184 f

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

»Ossietzky-Tage« in Oldenburg «Der Name Ossietzky ist in Gefahr, gehandhabt zu werden«

Zwischen 1.000 und 2.000 Menschen beteiligten sich an den Veranstaltungen der Carl von Ossietzky-Tage am 4. und 5. Mai in Oldenburg. Anlaß war die jährliche Verleihung der Ossietzky-Medaille durch die „Liga für Menschenrechte" — diesmal an den ehemaligen Bezirksleiter der IG Metall Stuttgart, Willi Bleicher und den Bundesverfassungsrichter Helmut Simon. Die Preisverleihung fand 1978 in Oldenburg statt, um den Bemühungen der Angehörigen der Oldenburger Universität Auftrieb zu geben, den Namen „Carl von Ossietzky-Universität" zu führen. Mitveranstalter waren der DGB-Landesbezirk Niedersachsen, der Bundesjugendring und die Oldenburger Universität; Ehrengäste u.a.: Gollwitzer, Flechtheim, Lämmert (FU-Präsident Westberlin), mehrere Bundesrichter, Böll, DGB-Vetter, Albertz (Pastor, Westberlin), Betty Williams (Irland), Bischof Frenz (ai), Prof. Fabian (ehem. Mitarbeiter Ossietzkys bei der „Weltbühne"), Rosalinda von Ossietzky-Palm (die in Schweden lebende Tochter Carl von Ossietzkys) u.a.

Der Preis wird „für besondere Verdienste um die Verwirklichung der Menschenrechte" verliehen. Von besonderem Interesse war für die kritische Öffentlichkeit, wie sich Preisträger und Gäste zur Frage von Menschenrechtsverletzungen in der BRD verhalten würden.

Willi Bleicher, selber KZ-Inhaftierter, sprach vom tiefen Fall der deutschen Arbeiterbewegung im Faschismus, aus dem der Wille nach einem demokratischen Neubeginn entstanden sei. Aus dem Neubeginn sei jedoch ein Wiederaufbau und aus dem Wiederaufbau eine Restauration geworden. Gegenwärtig befinde sich die BRD in einer Periode der Reaktion. Pastor Heinrich Albertz aus Westberlin nahm die Preisverleihung an einem Gewerkschafter und einen Richter zum Anlaß, auf die Rechtslastigkeit der Weimarer Justiz hinzuweisen und die Frage aufzuwerfen, „daß und inwiefern Bonn nicht Weimar sei".

Bleicher erklärte am nächsten Tag auf einer Kundgebung mit 1.000 Teilnehmern an der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Esterwegen, in dem Ossietzky inhaftiert und gefoltert worden war: *„Wenn das Sterben und das namenlose Grauen in den NS-Konzentrationslagern überhaupt mit einem Begriff von Sinn in Verbindung gebracht werden könne, dann liege dieser in der Verpflichtung der Nachlebenden zum antifaschistischen Kampf."* In diesem Zusammenhang warnte er *„vor den aktuellen Manifestationen einer sich neu formierenden faschistischen Haltung"* („NWZ", 5.5. und 6.5.78).

Solche Beiträge und der gesamte Rahmen gaben den Ossietzky-Tagen ihr antifaschistisches Gepräge, während der staatstreue DGB-Chef Vetter mit Hinweisen auf die „Mitbestimmungsklage der Arbeitgeber" farblos blieb. Der CDU muß diese Veranstaltung schon vorher als geradezu staatsgefährdender Umtrieb erschienen sein: Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht und Wirtschaftsminister Küpker hatten die Einladung der „Liga für Menschenrechte" ohne Angabe von Gründen abgelehnt; Wissenschaftsminister Pestel schob Termingründe vor. Der RCDS verbreitete sich währenddessen über „linken Terror" an der Oldenburger Uni...

Ossietzky damals — Brückner heute!

Die Ossietzky-Tage haben zu einer Stärkung der Forderung nach Benennung der Oldenburger Universität in „Carl von Ossietzky-Universität" geführt. Trotz entsprechender Beschlüsse aller Uni-Selbstverwaltungsorgane hatten erst die niedersächsische SPD-, später CDU/FDP-Landesregierung diese Namensgebung verboten und u.a. mit großem Polizeiaufgebot einen entsprechenden Schriftzug von der Uni entfernen lassen. Als „neofaschistische Provokation" in der „Manier von Freikorps" werteten Uni-Vertreter (Rektor etc.) die Entfernung des soeben renovierten Schriftzuges in der Nacht auf den 4.5.78.

Die Oldenburger SPD forderte aus Anlaß der Feierlichkeiten ein „einvernehmliches Ende" des Namensstreites, der zu einer „Belastung des internationalen Ansehens" der BRD geführt habe. Die SPD-Ortsvereine Esterwegen und Papenburg forderten die Landesregierung auf, der Universität die Führung des Namens Ossietzky zu genehmigen. Diese Forderung wurde auch vom DGB-Landesbezirksvorsitzenden Drescher, vom Bundesjugendring, von Pastor Al-

Fortsetzung Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

bertz u.a. erhoben, und von Uni-Rektor Krüger erneut bekräftigt.

Die zahlreichen „starken Worte" wurden mehrmals in einer den Veranstaltern offensichtlich nicht genehmen Weise mit der BRD-Realität konfrontiert. Nachdem eine ursprünglich geplante Podiumsveranstaltung u.a. mit Erich Fried und Günter Wallraff nicht zustandegekommen war, nahmen am 3.5. über 100 Hochschulangehörige an einer von linken Hochschullehrern vorbereiteten Veranstaltung über die im bisherigen „Ossietzky-Rummel" weitgehend verschwiegenen Aspekte der Arbeit Ossietzkys und der „Weltbühne" teil. 30 bis 40 Studenten beteiligten sich daraufhin am nächsten Tag an einer Aktion während der Preisverleihung mit Transparenten wie: „Ossietzky damals – Brückner heute!", „Gewerkschaftsausschlüsse – Berufsverbote: Ossietzky-Feier?".

Am 5.5. wurde vor der Universität das Carl von Ossietzky-Mahnmal enthüllt, das einen überdimensionalen Stacheldrahtknoten darstellt. Auf dieser Veranstaltung fiel der Vertreter des Basisgruppen-AStA „aus der Rolle":

Er verwies in seinem Beitrag auf Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, Entlassungen, Gesetze (§ 88 a ...), Buback-Prozesse, aber auch auf die repressive Hochschulgesetzgebung, und forderte von den Anwesenden die uneingeschränkte Verteidigung der Menschenrechte, die auch Gegenstand der Untersuchungen des Russell-Tribunals sei. In dieser „düsteren Gesamtsituation" müsse die Universität Gegenposition beziehen, was nur im krassen Widerspruch zu den Herrschenden möglich sei. Die Uni müsse sich weigern, selber Repression (z.B. Berufsverbote) auszuüben – andernfalls verliere der Anspruch des Namens Ossietzky seine Substanz. Mit dem Ossietzky-Mahnmal möge auch der Stacheldraht um Brokdorf, um die Gefängnisse, die Arena von Chile, die Gefolterten in Argentinien und Iran assoziiert werden.

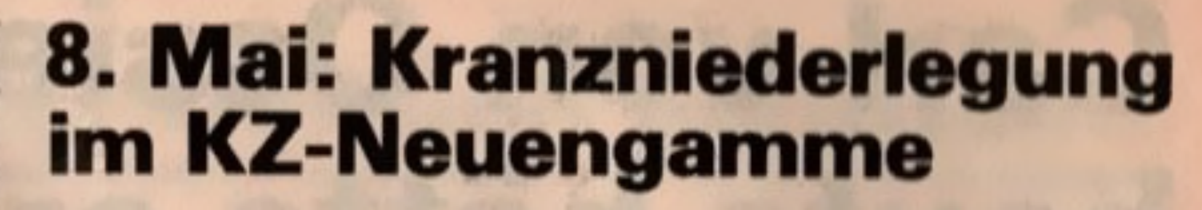
Unter Hinweis auf die neonazistischen Aktivitäten (u.a. eine NPD/JN-Kundgebung am 6.5.) und auf die NPD-Beleidigungsklage gegen Konzilsmitglieder der Universität forderte er konkrete Aktivitäten und Solidarität.

Ossietzky sei „in der Gefahr, gehandhabt zu werden", meinte der AStA-Sprecher und fuhr fort: **„Der Name Carl von Ossietzky muß hier an der Universität für eine nicht vorhandene Einheit herhalten. Der Name ist Aushängeschild für den Kampf um die Freiheits- und Menschenrechte, der hier an der Uni als Kampf nicht existiert. Wer von Ihnen und den Angehörigen der Carl von Ossietzky-Universität wird etwa die Umsetzung des NHG verhindern helfen? Wer wird sich mit dem gleichen Engagement wie heute den §§ 88 a, 130, 218 entgegenstellen? Wer von Ihnen, der Universität und den Gewerkschaften, wird im Fall einer Exmatrikulation oder Verurteilung eines Studenten wegen Gebrauchs des Menschenrechts auf freie Meinungsäußerung solche Carl von Ossietzky-Tage mittragen und diesen Gedenkstein mit Leben erfüllen? Sonst nämlich wird dieser Gedenkstein bleiben, was er ist: Blech!"**

Außerhalb des Programms bekam ein SHB-Vertreter die Gelegenheit, sich von diesen „Ungeheuerlichkeiten" zu „distanzieren" und zu versichern, dies sei nicht die Meinung der Mehrheit der Studenten. MSB (DKP-Studentenorganisation) und SHB haben den AStA inzwischen wegen dieser Äußerungen zum Rücktritt aufgefordert und an LHV und Jusos die Erwartung gerichtet, diese Forderung zu unterstützen. „Im Geiste Ossietzkys" – natürlich.

KB / Gruppe Oldenburg





8. Mai: Kranzniederlegung im KZ-Neuengamme

Am 8. Mai fand auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neugengamme eine Kranzniederlegung statt. Die Wehrt-Euch-Gruppe des Homosexuellen Aktion Hamburg und die Hamburg-Bergedorfer Antifa-Gruppe gedachten hier am Tag der Befreiung vom Faschismus der Opfer des Regimes in diesem Lager.

Auszug aus der Ansprache des Vertreters der HAH

„Wir gedenken der Opfer des Faschismus, die hier gefoltert und gemartert wurden, gemordet wurden. Die, die bis zum Schluß überlebten, wurden auf Schiffe in die Ostsee transportiert und den Bombenangriffen des Kriegsgegners ausgesetzt. Dabei kamen noch einmal 7.000 Häftlinge um.

Unter den Insassen des KZ Neuengamme waren auch Schwule, die Männer mit dem rosa Winkel. Wir wissen bisher wenig über sie. Wir sind erst am Anfang der Aufdeckung der faschistischen Barbarei am Schwulen. Zehntausende von ihnen waren in den KZ's, auch hier in Neuengamme. Ein Augenzeuge berichtet, daß er einen Zug von mehr mehr als hundert Häftlingen mit dem rosa Winkel auf dem Weg in diese Elendsstätte gesehen habe.

Der SS-Arzt Vaernet nahm in diesem KZ Menschenversuche an Homosexuellen vor. „Zur Behebung der Homosexualität" wurden ihnen künstliche Drüsen und synthetische Hormone eingepflanzt. Die Gefangenen nannten diese „Feuersteine".

Vier Namen von Homosexuellen in Neuengamme sind uns bekannt:

– Teddy Ahrens,
ein Berliner Anwalt, der Homosexuelle vor Gericht verteidigte und dann selbst wegen Homosexualität in dieses KZ kam. Hier setzte er sich für die Interessen seiner Leidensgenossen ein. Teddy kam am 3.5.45 auf der „Arcona" in der Ostsee um.

– Walter Sawatzky aus Berlin. Von Statur eher schmächtig und klein, war Walter dennoch einer der wenigen, die das Massaker auf der „Arcona" und die Stunden im Wasser der Ostsee überlebten. Ob er heute noch lebt, wissen wir noch nicht. In den 60er Jahren, hatten andere Überlebende des KZ noch Kontakt zu ihm.

– Heinz (oder Heinrich) Roth aus Saarbrücken.

– Ein Homosexueller, dessen Existenz nur mit dem Namen „Lajana" überliefert ist.

Heinz Roth und „Lajana" wurden hier ermordet.

Wir gedenken dieser Homosexuellen stellvertretend für alle Männer mit dem rosa Winkel, die hier in Neuengamme gelitten haben. Ihr qualvolles Schicksal ist uns Auftrag zum politischen Handeln.

Die Leiden dieser Männer sind Ausdruck des Rassenwahns des Hitler-Faschismus. Der Reichsführer-SS Himmler sprach von „rassenvernichtenden Entartungserscheinungen der Homosexualität" und von „Ausmerzung der Entarteten". Diese „Ausmerzung" rechtfertigte einer der NS-Schergen im Justizdienst Rudolf Klare, mit der Behauptung, daß „durch homosexuelle Betätigung das höchste Recht von Volk und Staat auf Reinerhaltung der blutsmäßigen Werte im Volk" verletzt werde. Homosexuelle galten als „unwertes Leben". 1936 befaßte sich eine Doktorarbeit mit der „widernatürlichen Triebrichtung" der Homosexuellen und ihrer „Entmannung". Verfasser war Puvogel, bis vor kurzem niedersächsischer Justizminister der CDU.

Und was die Bundesregierung angeht: Noch immer weigert sie sich, das Berliner „document center" zu übernehmen, wie von der US-Regierung angeboten. Es enthält die Geheimakten des NS-Staates. Es könnten ja noch mehr Puvögel im bundesdeutschen Staatsdienst enttarnt werden. Denn: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.

Bis 1969 war für die Schwulen die Zeit des Hitler-Faschismus juristisch noch nicht zu Ende. Bis dahin galt der § 175 in seiner faschistischen Fassung von 1935. Und bis heute ist der Faschismus für die Männer mit dem rosa Winkel juristisch noch nicht vorbei. Bis heute erhalten die, die dem Terror entkamen, keine Entschädigung für die Leiden in den KZ's. Denn für das Bundesverfassungsgericht war der § 175 kein „typisch nationalsozialistisches Gedankengut". Und nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster kann jeder Schwulengruppe politische Öffentlichkeitsarbeit verboten werden, weil angeblich die „öffentliche Ordnung" oder Kinder und Jugendliche zwecks „Wahrung der guten Sitten und des öffentlichen Anstands" zu schützen sind.

.....

Der heutige 8. Mai lehrt uns, aus der Geschichte zu lernen. Schwule wurden vom Hitler-Faschismus verfolgt und gemordet, auch an dieser Stätte hier. Schwule müssen deshalb Antifaschisten sein. Gemeinsam mit anderen fortschrittlichen und demokratischen Kräften bilden wir ein Bündnis, um der Entfaltung neonazistischer Tendenzen und Organisationen entschlossen entgegenzutreten. Es ist politisch verhängnisvoll, diese Erscheinungen zu verniedlichen, nicht ernst zu nehmen. Auch die NSDAP wurde eine sehr lange Zeit als ein Haufen von Spinnern bezeichnet.
Bis es zu spät war.

Daraus lernen wir: Wir wehren den Anfängen. Der 8. Mai ist für uns Schwule ein Auftrag zum politischen Handeln:

Nie wieder Faschismus!

Nie wieder Schwulenverfolgung!



Die Vergangenheit nahezu ausgetilgt!

Leicht hatten wir den Weg zum KZ nicht gefunden. Weder der Hamburger Stadtplan, noch die Richtungsschilder in der Umgebung enthalten Hinweise auf das KZ. Im Stadtplan kann man das Wort „Mahnmal" lesen, auf den Hinweisschildern der Umgebung „Gedenkstätte Neuengamme". Daneben befinden sich Schilder mit dem Hinweis „Vollzugsanstalt Vierlande". Daß es sich dabei um eine Jugendvollzugsanstalt handelt, die auf dem Gelände des ehemaligen KZ's errichtet worden ist, wird schamhaft verschwiegen, ja durch die Namensgebung geradezu verdeckt.

Das KZ Neuengamme selbst ist weitestgehend ausgetilgt worden. Will man wissen, wo es sich befand, welches Gelände es umfaßte, braucht man einen Lagerplan. Ein Teil des Geländes wurde zu einem kleinen Park umgewandelt. Hier steht das „Mahnmal", das man von der Straße über einen Weg erreicht, der von Metallplatten gesäumt wird; sie sollen an die Angehörigen europäischer Nationen erinnern, die in diesem Lager umkamen. Zwischen Mahnmal und Straße erstreckt sich eine große Rasenfläche. Neben diesem Park befindet sich das Klinkerwerk, das von den Häftlingen erbaut wurde und in dem ein Teil von ihnen dann auch Sklavenarbeit leistete. Es wird heute noch gewerblich genutzt. Daneben erstreckt sich der weißgraue Bau des Jugendgefängnisses. Weiter südlich stehen noch einige Ziegelbauten des KZ's, die anscheinend seit einigen Jahren nicht mehr genutzt werden. – Alles andere, was konkret an das Grauen erinnern könnte, wurde ausgetilgt.

Und so stehen wir dann an diesem schönen Maientag in der untergehenden Abendsonne in diesem ach so friedlich erscheinenden Park und gedenken der Opfer des Faschismus. Es fröstelt uns.

Auf der Rückfahrt kurven wir mit unserem Auto noch ein bißchen durch die Gegend. Es ist wirklich wunderschön hier, z.B. Kirchwerder mit seinen schmucken Häusern, winkligen Deichstraßen, Flußläufen, Brücken. Und die Ruhe, fast schon fernab der Großstadt. Hinzu kommt der Frühling, der sich in diesen Tagen gerade voll entfaltet, und dessen sattes Grün in dieser Gegend besonders zur Wirkung kommt.

Welch ein Kontrast! In dieser ach so friedfertigen Landschaft verbirgt sich das Grauen des Faschismus, es ist erst 33 Jahre her. Und es wurde fast alles getan, um diese Vergangenheit vergessen zu machen. Das darf nicht gelingen!

Ein Genosse der
Wehrt-Euch-Gruppe
der Homosexuellen Aktion
Hamburg

Neues vom Bürgerkomitee Fürth

Noch bevor das antifaschistische „Bürgerkomitee" Fürth mit seiner Arbeit beginnen konnte, hat es bereits die ersten Schwierigkeiten gegeben: Zwei auf der ersten Sitzung gewählte Komitee-Mitglieder haben inzwischen ihre Mitarbeit aufgekündigt. Der zum Geschäftsführer bestellte Studienrat Werner Schenkel befürchtete, daß ihm bei einer Zusammenarbeit mit einem DKP-Vertreter (ein VVN-Mitglied ist im Vorstand des Komitees) Schwierigkeiten bei seiner endgültigen Anstellung im öffentlichen Dienst entstehen könnten. Diese Befürchtung ist an sich durchaus berechtigt, ist es doch gerade in Bayern übliche Praxis, Pazifisten, SPD-Mitglieder und sicher bald auch aktive Antifaschisten nicht in den öffentlichen Dienst zu übernehmen. Auch die Direktorin der Fürther Volkshochschule erklärte ihren Austritt aus dem Komitee, da sie mit ihren Vorstellungen über die weitere Arbeit bei den anderen Komitee-Mitgliedern nicht auf Zustimmung gestoßen sei. Für den Aufbau einer antifaschistischen Arbeit wird es auch notwendig sein, über solche kleinlichen Differenzen hinweg zu gemeinsamen Aktivitäten zu kommen!

Ein erster Schritt hierzu wurde in der Woche vor dem 1. Mai gemacht: das Bürgerkomitee hatte zu einer Veranstaltung eingeladen und 150 Menschen kamen. Neben einigen Referaten wurde der Film „Nazis, gibts die noch?" gezeigt. Schade nur, daß am Ende keine Diskussion mehr zustande kam — aber trotzdem ein guter Anfang!

KB/Nürnberg

Broschüre zum Thema „Hitler-Welle"

Eine sehr interessante Broschüre zum Thema „Hitlerwelle in Literatur und Film" ist uns (leider erst jetzt) in die Hände gefallen.

Studentenvertreter der Bibliotheksinstitute in Stuttgart hatten auf einem Treffen beschlossen, eine Ausgabe ihrer Zeitung „KRITISCHE BIBLIOTHEK KRIBI" speziell zu diesem Thema herauszugeben. Die Eingangsthesen stellen das Heft vor:

„Die Hitlerwelle, die mit Fests Hitlerbiographie ihren Anfang nahm, erreichte mit den Veröffentlichungen der verschiedensten Art Ende letzten Jahres ihren vorläufigen Höhepunkt.

Getragen wird sie nicht von einigen ‚Unbelehrbaren', sondern von den maßgeblichen Massenmedien und führenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Militär. Dies alles ist kein Zufall. Denn: Man soll wieder ohne Vorbehalte über ‚unsere Vergangenheit' sprechen können und insbesondere auch die ‚positiven' Seiten des Dritten Reiches sehen können.

D i e s e Art der Vergangenheitsbewältigung braucht der bürgerliche Staat, um seine Gesetze (Arbeitsdienst, Kontaktsperregesetz) problemloser durchsetzen zu können".

Illustriert und belegt werden diese Thesen mit viel Material aus Zeitungen, Büchern, Bücherhallensortimenten u.a.m. Sehr empfehlenswert!

Zu bestellen bei:

ASTA der FHB Stuttgart
Feuerbacher Heide 38 - 42
7000 Stuttgart 1

Verbot von Nazi-Propaganda? Wohl kaum! ...

Um die Weiterverbreitung nazistischer Propaganda zu unterbinden, hat die SPD-Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Antje Huber bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften Antrag auf Indizierung von 16 Langspielplatten sowie fünf Bildbänden gestellt. Bei den Schallplatten handelt es sich um sogenannte »Tondokumente« von Hitler und Goebbels sowie »Berichte« der Propaganda-Kompanien. Die Bücher sind Nachdrucke der Wehrmachts-Propaganda-Illustrierten »SIGNAL« aus dem John-Jahr-Verlag, der auf braunen Nazi-Mist spezialisiert ist. Auch die VVN hatte schon einmal gegen den John-Jahr-Verlag Strafanzeige beim Hamburger Oberlandesgericht gestellt wegen »Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen« (§86).

Dieses Verfahren wurde aber vom Oberlandesgericht mit folgender Begründung eingestellt:*»Die Tatsache, daß der Inhalt einer Schrift usw. dazu geeignet ist, allgemein für das nationalsozialistische Regime zu werben und dessen Ideologie zu verherrlichen, besagt für sich allein noch nicht ohne weiteres, daß das Propagandamittel nach seinem Inhalt dazu bestimmt sei, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen«*. Und weiter:*»Hinzukommen muß, daß die Propagandamittel ihrem Inhalte nach dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen. An dieser Zweckbestimmung fehlt es hier«*.

Ein Urteil, daß wieder einmal die totale Verkommenheit dieses sogenannten »Rechtsstaates« demonstriert!

Diesem Urteil nach darf man Wort für Wort die gesamte NS-Propaganda nachdrucken und auf den Markt bringen. Das Gericht wird einem dann bescheinigen, daß man damit nicht die Nazi-Propaganda fortsetzen wolle, sich also nicht strafbar mache. Gänzlich umgekehrt wurde 1956 beim KPD-Verbot argumentiert. Da hieß es nämlich: Man braucht kein einziges Wort kommunistischer Propaganda zu sagen oder zu schreiben, sondern es genügt die Absicht, die Arbeit der verbotenen KPD fortsetzen zu wollen.

Im einen Fall wie im anderen haben die Gerichte also nicht über Fakten zu urteilen, sondern über vermutete Absichten. Das Heißt: grünes Licht für alle Arten von Rechtsbeugung im Interesse der Herrschenden! Nach bundesdeutschem »Recht« ist es zwar strafbar oder zumindest polizeiverdächtig, wenn antifaschistische Demonstranten auf Plakaten ein Hakenkreuz zeigen (Verbot von NS-Symbolen). Hingegen ist es beispielsweise »rechtmäßig«, den gesamten »Völkischen Beobachter« jahrgangsweise gebunden als »Dokumentation« anzubieten.

Es ist nichts weiter als ein widerliches Schauspiel, wenn Regierungspolitiker vor diesem realen Hintergrund so tun, als würden sie sich den Kopf zerbrechen, wie man die Flut von NS-Schriften eindämmen könnte. Ganz einfach: Man müßte die nach 1945 eigens dafür erlassenen antinazistischen Gesetze anwenden! Aber das müßte man erst einmal ernsthaft wollen. Und da liegt's offenbar im Argen!

SONDER DOKUMENTATION 2 · DM 8,– / öS 65,– / sfr 8,50 / lfr 140
…R-JUGEND
NS-Elite-Schulen
12. SS-Panzerdivision „Hitlerjugend"
Umfrage im Bundestag: Wie war's in der HJ?
Sonderdokumentation DAS III. REICH

Da schmunzelt der Nazi: HJ-„Dokumentation" vom John-Jahr-Verlag

Wie war's in der HJ?
Da schmunzelt der Nazi: HJ-„Dokumentation" vom John-Jahr-Verlag



„Die beste Propaganda-Zeitschrift aller Zeiten" (Originalton John-Jahr-Verlag) – natürlich auch bloß eine „Dokumentation" ! ...

„Die beste Propaganda-Zeitschrift aller Zeiten" (Originalton John-Jahr-Verlag) – natürlich auch bloß eine „Dokumentation" ! ...

Prozeß gegen Antifaschisten in Kiel

Gegenwärtig läuft vor dem Kieler Landgericht die Berufungsverhandlung gegen vier der „KPD/ML" nahestehende Antifaschisten. Die Angeklagten sollen im August 1976 einen NPD-Stand am Alten Markt in Kiel abgeräumt haben und sind deswegen in Erster Instanz zu Strafen bis zu sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt worden (siehe AK 118). Gegen dieses Urteil sind sowohl die Antifaschisten als auch die Staatsanwaltschaft, der diese Urteile noch zu gering waren, in die Berufung gegangen. Wie auch im ersten Prozeß traten hier wieder berüchtigte Nazis als Zeugen auf:

- Jobit Stolp, Stolpe/Plön, ehem. JN-Landesvorsitzender;
- Jürgen Peine, Kiel, Gerhardstr. 23, Vollzugsbeamter beim BGS, Kontaktadresse des „Bund Volkstreuer Jugend";
- Thomas Günter Lange, Kiel, Saarbrückenstr. 176 d, Student;
- Hans Koetter, Rendsburg, Nobiskrugerallee 66, NPD-„Ordnungsdienst", Kontakt zur Hamburger „Hansa"-Bande;
- Eggert Pahl, Kiel, Hansastr. 8, Wachmann, JN-Mitglied;
- Carl Nieten, Kiel, Jungmannstr. 53, Stellvertretender NPD-Kreisvorsitzender;
- Günther Bernburg, Westberlin 4, Cranachstr. 35, im Mai 1977 wegen Veruntreuung von Geldern aus der „NSDAP" ausgeschlossen;
- Eduard Möske, Kiel, Radsredder 12, JN-Funktionär;
- Dietmar Munier, Kiel, Fleethörn 39, ehemaliger JN-Kreisvorsitzender, Herausgeber des „Wehrwolf" der „Volkstreuen Jugend Kiel", Besitzer eines Nazi-Buchladens.

Munier wurde laut Nieten zusammen mit Stubbemann („Hansa"-Bande) wegen „zu radikaler Ansichten" aus der NPD ausgeschlossen.

Auf der Zuschauerbank saßen auch die „Hansa"-Banditen Peter Teufert und Frank Stubbemann, die mit den Zeugen den weiteren Prozeßablauf erörterten, obwohl die NPD sich ja angeblich von ihnen getrennt hat. Sie scheinen aber nach wie vor das Sagen zu haben. Als Vertreter der Nebenkläger Stolp und Lange amtierte der Hamburger NPD-Anwalt Rieger, früher selbst bei vielen Nazi-Krawallen aktiv.

Interessante Zeugenaussagen der Nazis

Bei ihrer Aussage zum Vorfall im August 1976 hatten alle Zeugen so ihre Schwierigkeiten. Da wurden plötzlich Leute auf der Anklagebank als „Täter" identifiziert, die man weder bei der polizeilichen Vernehmung noch beim ersten Prozeß wiedererkannt hatte. Da wurde ein anderer „am Gesicht" wiedererkannt, von dem bei der Polizei und beim ersten Prozeß gesagt wurde, den habe man nur von

beim ersten Prozeß wiedererkannt hatte. Da wurde ein anderer „am Gesicht" wiedererkannt, von dem bei der Polizei und beim ersten Prozeß gesagt wurde, den habe man nur von

hinten gesehen.

Interessanter an den Zeugenaussagen waren dann schon die Angaben zu den eigenen faschistischen Aktivitäten: Stolp gab zu, der Verantwortliche für den Stand gewesen zu sein. Als er Auskunft geben sollte, welche Nazis am Stand NPD-Mitglieder gewesen seien, weigerte er sich für den Preis einer Ordnungsstrafe in Höhe von 100 DM. Zu dem Vorwurf, im letzten Sommer einen „KPD"-Stand überfallen zu haben, verweigerte Stolp die Aussage, um sich nicht selbst belasten zu müssen.

Peine gab zu, mehrfach an „Wehrsport"-Übungen auf dem Bauernhof Teschemacher (gute Bekannte von Nazi Thies Christophersen!) in der Nähe von Plön zusammen mit Munier und Stolp teilgenommen zu haben. Lange stritt zunächst ab, an „Wehrsportübungen" teilgenommen zu haben. Die Verteidigung legte daraufhin dem Gericht ein Exemplar der faschistischen Zeitung „Sieg" vor, die sich an die „volkstreue Jugend" wendet und im Erscheinungsland Österreich verboten ist. Das Titelblatt zeigt uniformierte Nazis, nämlich die Hamburger „Hansa"-Banditen Tibor Schwarz, Wegener und Pützmann mit Lange zusammen. Die Bildunterschrift erklärt, das Bild stamme von einem Lager der „Wehrsportgruppe Wiking". Lange, sichtlich verwirrt, spielte dieses Nazi-Lager zu einer harmlosen „Sportveranstaltung" herunter. Die Bezeichnung „Wehrsportgruppe" stamme von seinen Freunden in der „Ostmark" (damit ist Österreich gemeint).

Dietmar Munier hat nach eigenen Angaben mehrfach an den „Wehrsportübungen" auf Teschemachers Hof teilgenommen. Munier gibt den „Wehrwolf" heraus, wo für die internationale Terrorzentrale „Neue Ordnung" (in Italien und Frankreich verboten) geworben wird.

Der dritte Verhandlungstag brachte die Entscheidung über folgende Beweisanträge:

- Koetter und Nieten haben am 4.9.76 in Kiel Flugblätter der „Neuen Ordnung" verteilt;
- Koetter hat 1974 in Lübeck mit einem Totschlaginstrument auf Antifaschisten eingeprügelt;
- Stolp hat im Juni 1977 einen Stand der „KPD" in Kiel überfallen;
- Bernburg ist in Westberlin für die verbotene „NSDAP" tätig (gewesen).

Alle diese Behauptungen der Verteidigung wurden vom Gericht als wahr unterstellt. Somit sind die Nazis auf die Anklagebank geraten. Sie haben Verfahren wegen Falschaussagen vor Gericht zu erwarten, denn sie hatten vorher im Verfahren diese Tatsachen bestritten. Auf Bernburg kommt noch zusätzlich ein Verfahren wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Fortsetzung der Bestrebungen der „NSDAP" zu!

Zum zweiten Mal wurde jedoch der Antrag der Anwälte abgelehnt, als Pflichtverteidiger beigeordnet zu werden. Das Gericht hielt immer noch die Behauptung aufrecht, es handele sich hier nicht um ein Verfahren mit kompliziertem und umfangreichem Sachverhalt – und dies, obwohl nun schon drei Tage verhandelt wurde und noch mindestens drei

weitere Verhandlungstage stattfinden
fahren mit kompliziertem und umfangreichem Sachverhalt – und dies, obwohl nun schon drei Tage verhandelt wurde und noch mindestens drei

weitere Verhandlungstage stattfinden werden.

Wir werden über den Fortgang des Prozesses weiter berichten. Man darf gespannt sein, ob die Justiz trotz der Aufdeckung des Nazi-Bandenunwesens und der sehr widersprüchlichen Zeugenaussagen einen Weg finden will, um die Antifaschisten zu verurteilen.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Kiel

Razziengesetze treten in Kraft

Am 13. April wies der Bundestag mit 252 Stimmen der Regierungskoalition den Einspruch der Bundesratsmehrheit gegen die sogenannten Razziengesetze zurück. Damit treten diese Gesetze in Kraft. Nachdem sie am 16. Februar 78 gegen die Stimmen von 4 SPD-„Rebellen" mit der knappen Mehrheit von 245 zu 244 Stimmen den Bundestag passiert hatten, waren sie an den Bundesrat gegangen, der am 7.April mit CDU-Mehrheit Einspruch gegen diese Gesetze einlegte, weil sie zu einer wirksamen Bekämpfung des Terrorismus angeblich nicht ausreichten. Diese Mehrheit kam mit der Stimme des von einer CDU-FDP-Koalition regierten Niedersachsens zustande. Diese Länder forderten gleichzeitig eine Verschärfung der Razziengesetze. Danach sollten die Überwachung von Verteidigergesprächen, höhere Strafandrohungen und die Einführung der Sicherheitsverwahrung auch für Ersttäter Bestandteil der „Anti-Terror-Gesetze" werden.

Mit der Abstimmung vom 13. April wird jetzt geltendes Recht, was bis dahin schon ohne gesetzliche Grundlage praktiziert wurde:

- Es können ganze Gebäude durchsucht werden, wenn sich dort vielleicht ein „Verdächtiger" aufhält. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung wird dadurch vollständig aufgehoben.
- Es können Kontrollstellen eingerichtet werden, an denen jeder seine Identität feststellen und seine Sachen durchsuchen lassen muß(In Kalkar u.a. schon praktiziert!).
- Zur Identitätsfeststellung kann jede Person – auch Nichtverdächtige bis zu 12 Stunden festgehalten werden. „Tatverdächtige" sollen nicht einmal Angehörige oder einen Anwalt benachrichtigen dürfen.
- Die für einen Verteidigerausschluß entscheidende Verdachtsschwelle wurde heruntergesetzt und
- Verteidiger von mutmaßlichen „Terroristen" sollen nur noch durch eine Trennscheibe mit ihrem Mandanten sprechen können.

Vor der ersten Abstimmung im Bundestag am 16.2.78 äußerten einige SPD-Bundestagsabgeordnete ihre Bedenken gegen diese Gesetzesverschärfung. Die Abgeordneten Lattmann, Coppik, Meinike und Hansen stimmten schließlich gegen die Gesetze. Lattmann begründete das mit „erheblichen Bedenken" gegen Einzelheiten der Gesetze, wie die Erleichterung des Verteidigerausschlusses und die Regelung für die Durchsuchung von Gebäuden.

Lattmann betonte gleichzeitig, daß seine Ablehnung der Gesetze nichts mit einer Ablehnung der Regierung zu tun hätte, und seine Stimme werde nicht fehlen, wenn es „tatsächlich einmal um die Regierung geht" („FAZ", 17.2.78).

Dieser Entscheidung der 4 „Dissidenten" (wie sie in der Presse auch genannt werden), war ein wahres Kesseltreiben vorangegangen:

Minister Franke, Chef der SPD-Rechten („Kanalarbeiter"), tönte schon im Januar, er fühle sich von den Vieren „erpreßt" und er würde für die Vorschläge der CDU-CSU stimmen, wenn die linken Abgeordneten nicht „zur Raison gebracht" würden (ED,20.1.78). Als Anfang Februar insgesamt 7 SPD-Abgeordnete „erhebliche rechtliche und politische Bedenken „äußerten" (es handelte sich um Lattmann, Coppik, Meinike, Thüsing, Hansen, Schöfberger und Waltemathe), wurden sie zu Einzelgesprächen mit Willy Brandt und Horst Ehmcke befohlen.Kurz darauf kam das Gerücht auf, Kanzler Schmidt wolle die Vertrauensfrage stellen und sogar seinen Rücktritt androhen, falls die Razziengesetze keine Mehrheit finden sollten („Welt", 13.2.78). –

SPD-Parteivorstandsmitglied Horst Ehmcke drohte den „Abweichlern": Falls sie mit „nein" stimmen würden, werde er dafür sorgen, daß sie bei der nächsten Wahl nicht mehr als Kandidaten der SPD nominiert würden! (ED,14.2.78). Daraufhin schaltete sich der Vorstand des Landesverbandes Hessen der SPD ein und beschloß am 14.2. (also zwei Tage vor der 2. und 3. Lesung der Gesetze), daß der Vorsitzende des SPD-Bezirkes Hessen-Süd, Rudi Arndt, den aus Offenbach stammenden Abgeordneten Coppik auffordern solle, dem Gesetz zuzustimmen oder noch vor der Abstimmung sein Mandat niederzulegen („FAZ", 18.2.78).

Als die 4 Abgeordneten Hansen, Coppik, Lattmann und Meinike selbst nach diesem permanenten Druck standhaft blieben, kamen weitere massive Drohungen: Einen Tag vor der Lesung forderte „Kanalarbeiter" Reuschenbach die Vier auf, ihr Mandat niederzulegen. Der SPD'ler Horn erklärte:„*Wer seit Jahren in einem schweren Gewissenskonflikt gegenüber der eigenen Partei ist, und dies auch bei Abstimmungen sichtbar werden läßt, muß die notwendigen Konsequenzen ziehen und erkennen, daß er der falschen Partei angehört.. Das heißt, er muß sein Mandat niederlegen und aus dieser Partei austreten. Unterläßt er dies, so muß die Partei notfalls selbst die Konsequenzen ziehen*". Andere SPD'ler forderten ein Verfahren wegen parteischädigenden Verhaltens („FAZ",18.2.78).

Obwohl die vier „Rebellen" am 16.2.78 trotzdem mit „Nein" stimmten, hinterließ dieses Trommelfeuer sichtbare Spuren.

Am 29.3.78 meldete „Bild", daß zumindest die Abgeordneten Meinike und Lattmann bei der zweiten, entscheidenden Abstimmung im Bundestag den Razzien-Gesetzen zustimmen würden. Tatsächlich stimmten schließlich alle vier „Rebellen" für das Gesetzes-Paket.

Die 4 „Rebellen" erklärten dazu: Natürlich seien sie nach wie vor gegen das Gesetz in der verabschiedeten Form. Hier sei es aber darum gegangen, den Einspruch der CDU-Mehrheit des Bundesrats gegen das Gesetz abzuweisen.

Daß sie damit automatisch auch dem Gesetz zustimmten, muß wohl in Kauf genommen werden ...

Einige eher lustige Erläuterungen zum „linken" Abstimmungsverhalten gab der frühere Juso-Vorsitzende Karsten Voigt in einem Interview mit „konkret"(April 78). Die Gewissensfreiheit des Abgeordneten beispielsweise interpretierte Karsten Voigt geradezu genial:„Zum Gewissen eines sozialdemokratischen Abgeordneten sollte es gehören, sich an die Mehrheitsentscheidungen seiner Partei zu halten". Mit diesem Satz hätte man sich das ganze weitere Interview eigentlich sparen können, denn im Grunde ist damit alles gesagt. Voigt führt aber weiter aus:„...*die Linke in der SPD wäre schlecht beraten, wenn sie sich auf eine Strategie des abweichenden Stimmverhaltens einließe. Sie würde sich damit automatisch in der Fraktion isolieren, wäre schließlich gar nicht mehr kompromißfähig, könnte also auch keine Veränderung von Gesetzesvorlagen mehr erreichen*".

Moral: Die SPD-Linke muss jedem Gesetz zustimmen, auf daß es nicht noch schlimmer kommen möge. Dabei weiß Voigt selbst – und spricht das auch offen in dem Interview aus – daß die SPD-Linke im Parlament kaum Chancen hat, da die Regierung sich notfalls auf die Stimmen der CDU/CSU stützen könnte – was man aber nicht wolle, weshalb man am besten ganz,ganz kurz tritt.

Ähnlich argumentierten 1933 die bürgerlichen Parteien, als sie Hitler ihre Zustimmung im Parlament - „um Schlimmeres zu verhüten". Unter heutigen Bedingungen wäre wohl auch die SPD mit ihrer Zustimmung mit von der Partie. Ein schlauer Grund würde sich finden lassen, wie etwa: „Wir unterstützen damit Hitler gegen die noch radikaleren Kräfte in seiner Partei" etc.pp. - Würg!

Antifa- Kommission
KB/ Gruppe Hamburg



Brandt irrt wieder:

Radikalenerlaß nicht existent?

Wenn von sozialdemokratischen Führern davon gesprochen wird, die Überprüfungspraxis auf „ein Mindestmaß" einzuschränken, so bedeutet dies auch keinesfalls, daß die Bespitzelung durch den Verfassungsschutz eingeschränkt werden soll; denn wer hätte etwa von Initiativen gehört, Gelder oder Planstellen für diese Geheimpolizei zu kürzen? Im Gegenteil erklärte der sozialdemokratische Senator Staack sogar die Überprüfung aller Arbeiter und Angestellten von Hamburger Firmen zum ausdrücklichen Aufgabengebiet des Verfassungsschutzes. Allerdings hat die bürokratische Regelung, über jeden Einzustellenden beim Verfassungs-

lung von Lehrern ins Referendariat eine Nachfrage beim VS starten müssen. Vielmehr soll das Verhalten in diesem Vorbereitungsdienst Grundlage für eine Beurteilung durch die Dienstvorgesetzten sein, die wiederum Grundlage für mögliche Anfragen beim VS ist.

Damit wird ein altes Ziel des Verfassungsschutzes selbst erfüllt: daß eben nicht mehr allein die berufsmäßigen Schnüffler im Einsatz sind, sondern daß Mitarbeiter und Vorgesetzte zum Bespitzeln und Denunzieren verpflichtet werden. Jetzt warten wir nur noch auf den Tag, da die SPD die volle paritätische Mitbestimmung bei den Berufsverboten propagiert!

fassungsschutzes. Allerdings hat die bürokratische Regelung, über jeden Einzustellenden beim Verfassungs-

wir nur noch auf den Tag, da die SPD die volle paritätische Mitbestimmung bei den Berufsverboten propagiert!



Demnächst in diesem Theater: Willy Brandt bei seiner Lieblingsnummer

schutz eine Akte anzufordern, a u c h Nachteile. So würden sicherlich Leute wie Wolfgang Roth oder Karsten Voigt vom VS ebenso wie viele andere als „verfassungsfeindlich" eingestuft werden, obwohl sie sich letztendlich als außerordentlich staatstragende Parteigänger entwickelt haben (keiner von beiden gehört z.B. zu den „Dissidenten" der SPD-Fraktion bei der Verabschiedung der „Terroristengesetze"). Sollte man solchen Leuten wirklich die Zukunft verbauen?

Worauf sich der Vorschlag der SPD letztlich reduziert, ist, daß die Behörden nicht schon bei der Einstel-

SPD schließt Berufsverbote-Kritiker aus

Deutlich wird die Verlogenheit der SPD-Führer auch daran, daß sie zum gleichen Zeitpunkt, an dem sie ihre „Kritik" an der Berufsverbotepraxis leisteten, zwei führende Mitglieder der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" aus der SPD ausgeschlossen haben: die SHB-Vorsitzende Mechthilt Jansen und den VDJ-Vorsitzenden Prof. Gerhard Stuby. Die Vorsitzenden derjenigen Organisationen also, gegen deren Mitglieder Edgar Vögel und Charlotte Nieß in Bayern Berufsverbote ausgesprochen wurden, wogegen die SPD-Führer so „vehement protestiert" haben.

Die Ausschlußbegründungen gegen die beiden liegen zwar noch nicht schriftlich vor, jedoch ist bekannt, daß ihnen Zusammenarbeit mit der DKP und Unterstützung der Abrüstungsdemonstration am 25. Mai letzten Jahres vorgeworfen wird. Zusammenarbeit mit DKP-Mitgliedern war allerdings auch der Grund für die Berufsverbote gegen Edgar Vögel und Charlotte Nieß!

Ein Akt wahrhafter sozialdemokratischer „Solidarität" der SPD-Führer mit den Berufsverbotsopfern, der es CDU und CSU nur noch leichter machen dürfte, Berufsverbote gegen Sozialdemokraten zu „begründen". Schließlich sollte man sich daran erinnern, daß die gegenwärtige „Kritik"welle der SPD-Führer keineswegs etwas neues darstellt. Bereits vor zwei Jahren erklärte Willy Brandt angesichts der zunehmenden internationalen Kritik an den Berufsverboten, er „habe sich geirrt" bei seiner Initiative zum Radikalenerlaß 1972.
Das Russell-Tribunal hat seine erste Wirkung gezeigt. Wieder in Legitimationszwänge getrieben, entdeckt die SPD-Führung neue „Irrtümer" und „Fehler" bei der A n w e n d u n g des Radikalenerlasses — sie erklärt ihn sogar für „nicht existent".

Der abgetakelte SPD-Vorsitzende Willy Brandt persönlich erklärte vor dem SPD-Parteivorstand, *„wie die Überprüfungen gegenwärtig gehandhabt würden, veranlasse ihn zu tiefer Sorge. Die Praxis, die aufgrund des sogenannten Extremistenbeschlusses eingerissen sei, ‚muß ihr Ende finden'"* („FR" vom 25.4.78).

Einschränkend bemerkt er jedoch, daß ihm nur die Berufsverbotspraxis in einigen Ländern „Sorge" bereitet. Er nennt diese Länder zwar nicht beim Namen, jedoch ist klar, daß sich seine Kritik auf die von CDU und CSU regierten Länder beschränkt.

Einen Tag nach Willy Brandt zog auch SPD-Geschäftsführer Egon Bahr seinem Ziehvater nach: Der Radikalenerlaß habe sich als ein *„schrecklicher Fehler"* (Irrtum?) herausgestellt. Im Parteivorstand sei daher festgestellt worden, daß dieser Erlaß *„für uns nicht mehr existent"* sei und daß alle Länder — *„jedenfalls in denen wir Einfluß haben"* — ihn

„für uns nicht mehr existent" sei und daß alle Länder — „jedenfalls in denen wir Einfluß haben" — ihn

„endgültig auf den Müllhaufen werfen sollten" („FR" vom 26.4.78). Nach Darstellung der „FR" habe sich Bahr indirekt für eine Änderung des Beamtenrechts ausgesprochen. Ähnlich „kritisch" äußerte sich auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende Koschnick.

Offensichtlich ist die jetzige „Sorge" von Brandt und Co. eine Reaktion auf verschiedene Ereignisse und Enthüllungen der letzten Wochen. Da ist einmal das Berufsverbot gegen das SPD- und SHB-Mitglied Edgar Vögel in Bayern, der u.a. wegen seines Bekenntnisses zum SPD-Orientierungsrahmen '85 nicht eingestellt worden ist (s. AK 127); da sind die Enthüllungen über die Spitzeltätigkeit des Verfassungsschutzes in Hamburger Betrieben und da ist vor allem das Russell-Tribunal.

Der wachsende Wille zum Widerstand und die sich verbreiternde internationale Solidarität, was insbesondere durch das Russell-Tribunal zum Ausdruck gebracht wurde, auch die steigende Unruhe innerhalb der Jusos und wohl auch die anstehenden Landtagswahlen dürften der eigentliche Grund der SPD-Führer sein, die Heuchelei über „Irrtümer" und „Fehler" wieder aufzunehmen.

Mit der SPD in den Verfassungsschutz-Staat

Was bedeuten nun diese Vorstöße der SPD-Führung konkret?

Völlig nichtssagend sind die Erklärungen von Brandt und Bahr, der Radikalenerlaß sei für die SPD-Länder nicht mehr existent, denn es handelt sich hierbei immerhin um einen Ministerpräsidentenbeschluß. SPD-Beschlüsse gegen die Berufsverbote hat es in den letzten Jahren auf den verschiedensten Ebenen genug gegeben, ohne daß dies Auswirkungen auf die Praxis der SPD-Regierungen gehabt hätte. Darüberhinaus haben Schmidt und eben auch Brandt oft genug erklärt, daß für die SPD-Regierungen Parteitagsbeschlüsse nicht bindend sind. Allein daran wird sich jeder logisch denkende Mensch schon ausrechnen können, wieviel praktischen Wert die „Irrtums"-Erklärungen haben.

Aber der Vorstoß der SPD verfolgt über diesen demagogischen Aspekt hinaus noch weitere konkrete Ziele. Brandt kündigte einen neuen Vorstoß auf gesetzlicher Ebene an. Laut Koschnick ist es das Ziel der SPD, *„die Überprüfungen von Bewerbern für den öffentlichen Dienst in allen sozialdemokratisch regierten Ländern auf ‚ein Mindestmaß' einzuschränken."* Als „Modell" nennt er die Bremer und Hamburger Praxis. Vorsichtig muß es jeden Demokraten machen, wenn in diesem Land von neuen Gesetzen gesprochen wird. Denn wer könnte auch nur e i n Gesetz der letzten Jahre aufzählen, daß n i c h t eine weitere Einschränkung der demokratischen Recht mit sich gebracht hätte?

Auf allen SPD-Parteitagen sind seitdem halbseidene Erklärungen verabschiedet worden, in denen „Bedenken" gegen die Berufsverbotspraxis (natürlich nur in den CDU- und CSU-regierten Bundesländern) geäußert wurden. Andererseits wurde lügenhaft geäußert, im Bereich des Bundes würde der Radikalenerlaß nicht mehr praktiziert. Eine Änderung haben alle diese Erklärungen und Beteuerungen nicht gebracht. Im Gegenteil: Auch im Bereich des Bundes (vor allem Bundesbahn und -post) und in den SPD-regierten Ländern wurde die Berufsverbots- und Überprüfungspraxis ständig verschärft und ausgeweitet. Mit der Fortsetzung dieser Entwicklung ist auch nach den neuesten „kritischen" Bemerkungen der SPD-Führer zu rechnen.

Diese Einschätzung wird auch belegt durch die Erklärung des Staatssekretärs im Innenministerium, Baum, vor dem Bundestag, bei der Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst sehe die Bundesregierung keinen Anlaß, von ihrer bisherigen Praxis abzuweichen! („FR" vom 11.5.78)

Der Kampf gegen die Berufsbote: Nur g e g e n die SPD!

Wenn die internationale Kritik, der wachsende Widerstand im eigenen Land und die Unruhe an der Parteibasis die SPD-Führung heute zum wiederholten Male dazu veranlaßt, faule Eier zu legen, so muß von der demokratischen Bewegung mehr denn je herausgestrichen werden, daß der Kampf gegen die Berufsverbote und gegen den Abbau der demokratischen Rechte überhaupt, nicht mit, sondern nur gegen die SPD zu führen ist.

Immer wieder ist es in der Geschichte der BRD der SPD gelungen, sich als Interessenvertreter der demokratischen Forderungen in Szene zu setzen. Immer endete dies mit der totalen Umkehr der eigentlichen Ziele der Bewegungen: Gestern noch gegen die Remilitarisierung — heute die SPD der NATO; gestern noch gegen Atomtod — heute die SPD der AKWs und der Neutronenbombe.

Diese Erfahrungen müssen heute nicht noch einmal gemacht werden; und mit der Russell-Unterstützerbewegung ist erstmals in der BRD auch eine Massenbewegung für die Verteidigung der demokratischen Rechte geschaffen worden, die sich bisher dem dominierenden Einfluß der SPD entzogen hat. Gerade deshalb kommt sie jetzt mit neuen Heucheleien, die ihr aber wohl kaum ein ernstzunehmender Mensch abnehmen wird.

Ch. Nieß geht vors

Ch. Nieß geht vors Bundesverwaltungsgericht

Charlotte Nieß, die wegen ihrer Mitgliedschaft im Verband demokratischer Juristen (VDJ) in Bayern nicht Richterin werden darf und damit einer der ersten SPD-Berufsverbotsfälle war, hat gegen das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 25.11. letzten Jahres Rechtsmittel eingelegt. Der 2. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Westberlin wird nun demnächst darüber entscheiden, ob ihrer Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil stattgegeben wird und wenn ja, über die Revision selber.

Auf dieses Urteil darf man gespannt sein, sitzen doch im BVerwG mit den beiden früheren Nazi-Richtern Chapeaurouge und Weber-Lortsch zwei Leute, die schon in den „Fällen" Anne Lenhardt und Agnete Bauer-Ratzel (beide DKP) zwei für die Verschärfung der Berufsverbotspraxis richtungsweisende Urteile gefällt haben. Ein positives Urteil ist daher wohl kaum zu erwarten. Für den Fall der Bestätigung der Nichtzulassung der Revision bliebe Charlotte Nieß dann nur noch der Weg zum Bundesverfassungsgericht (in Form der Verfassungsbeschwerde). Bemerkenswert ist, was der Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" in der Ausgabe vom 28.4.78 für diesen Fall feststellt: *„Es wird deshalb mit Aufmerksamkeit zu verfolgen sein, ob Frau Nieß nach einer für sie nachteiligen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts – sei es, daß die Nichtzulassung der Revision bestätigt oder daß ihre Revision verworfen wird – das Bundesverfassungsgericht anruft. Daran könnte unter anderem der Einfluß der DKP – der Frau Nieß nicht angehört – auf die VDJ abzulesen sein."*

Dies läßt sich je nach Lage drehen und wenden, wie es der „FAZ" genehm ist: geht Charlotte Nieß nicht vor das Bundesverfassungsgericht hat die DKP Angst vor diesem Schritt; nimmt sie jedoch diese letzte juristische Möglichkeit wahr, ist dies mit Sicherheit ein Versuchsballon der DKP – ohne DKP-Mitgliedschaft.

In jedem Fall werden die Zweifel bestätigt.

„Lauwarme Haltung" zur Verfassung

Die Vorsitzende des Arbeitsausschusses junger Lehrer und Erzieher (AjLE) der GEW Nordrhein-Westfalen, Bärbel M. soll nicht in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen werden.

Begründung: ihre Haltung zum Grundgesetz sei *„lauwarm"*, ihre Einstellung zu Staat und Verfassung uninteressiert, kühl und innerlich distanziert.

Diese unverschämte, allerdings durch das Berufsverbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22.5.75 abgedeckte Begründung setzt auch im SPD/FDP-regierten Nordrhein-Westfalen einen neuen Meilenstein bei der Verschärfung der Berufsverbotspraxis. Bisher wurden hier Berufsverbote in aller Regel mit der Begründung verhängt, der/die Betroffene sei Mitglied einer „verfassungsfeindlichen" Partei wie der DKP. Dies ist Bärbel M. allerdings schwerlich vorzuhalten. Zwar war sie früher einmal DKP-Mitglied, jedoch ist sie schon 1973 wieder ausgetreten.

Dies ist jedoch kein Grund für die Berufsverbieter, jetzt an ihre Verfassungstreue zu glauben. Läßt sich die Mitgliedschaft nicht vorhalten, sucht man eben eine andere „Begründung". Wer eben einmal Mitglied war, dem kann man auch in SPD-regierten Ländern offenbar selbst nach 5 Jahren nicht trauen.

Auf der Bundestagung des AjLE am 22.4. wurde gegen das jetzt gegen Bärbel M. drohende Berufsverbot in einem Beschluß protestiert und der DGB sowie alle Einzelgewerkschaften aufgefordert, über diesen Fall breit zu informieren und dagegen aktiv zu werden.

‚Kritik' auch von der FDP

FDP-Bundesgeschäftsführer Verheugen hat sich *„dafür ausgesprochen, Mängel (?!) bei der Praxis der Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst zu beseitigen"* („FR" vom 8.5.78).

Mit dieser Stellungnahme äußerte jetzt auch die FDP-Führung „Kritik" an der gegenwärtigen Berufsverbotspraxis; eine „Kritik" allerdings, deren Zynismus kaum noch zu überbieten ist. Die Notwendigkeit von Berufsverboten wird in keiner Weise in Frage gestellt. Im Gegenteil: Verheugen bekräftigte, daß der öffentliche Dienst in einem *„freiheitlichen Rechtsstaat nicht dem Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung"* überlassen werden dürfe. Andererseits aber gelte *„ebenso unverbrüchlich"*, daß *„die Freiheit gegen deren Feinde mit einem Höchstmaß an Rechtsstaatlichkeit verteidigt werden"* müsse. Deshalb fordere er, die Überprüfung der Verfassungstreue *„auf das wirklich notwendige Maß"* zu beschränken. Eine förmliche Aufhebung des Radikalenerlasses von 1972 lehnt er mit der Begründung ab, dabei könne der Eindruck entstehen, daß man es mit den geltenden Gesetzen *„nicht mehr so genau"* nehme. Im übrigen scheint es seine Hauptsorge zu sein, der *„Agitation gegen den Rechtsstaat mit dem Schlagwort ‚Berufsverbot'"* entgegenzutreten. Und damit hat er dann auch wohl den Zweck seiner „Kritik" ausgeplaudert.

Verheugen macht abschließend fünf Vorschläge für eine „rechtsstaatliche" Handhabung der Berufsverbote. Es lohnt sich nicht, hierauf im einzelnen einzugehen. Sie enthalten den alten Schmus über „Jugendsünden" etc., der auch schon in der ach so „liberalen" Hamburger „Extremistenregelung" enthalten ist, und der an der Praxis der Berufsverbote nichts geändert hat.

Bemerkenswert ist allerdings, daß sich die SPD-Führer prompt zu Verheugens Vorschlägen geäußert haben. Koschnick erklärte, Verheugens Überlegungen seien in der SPD *„mit Interesse und Sympathie"* aufgenommen worden („FR" vom 11.5.).

Das sagt eigentlich alles.

CSU/CDU richten sich auf morgen ein

Nach dem Berufsverbot für das SHB-Mitglied Vögel in Bayern, zog die badenwürttembergische CDU des ehemaligen Nazi-Richters Filbinger nach.

Das zuständige Kultusministerium äußerte „Zweifel" an der Verfassungstreue einer wissenschaftlichen Hilfskraft der Universität Konstanz. Begründung: Die 23 jährige Historikerin, die sich z.Z. auf ihr Examen vorbereitet und einen Halbjahresvertrag an dieser Uni hat, habe für den SHB kandidiert und außerdem einen Büchertisch dieser Organisation betreut. Deshalb habe man „Fragen zu stellen."

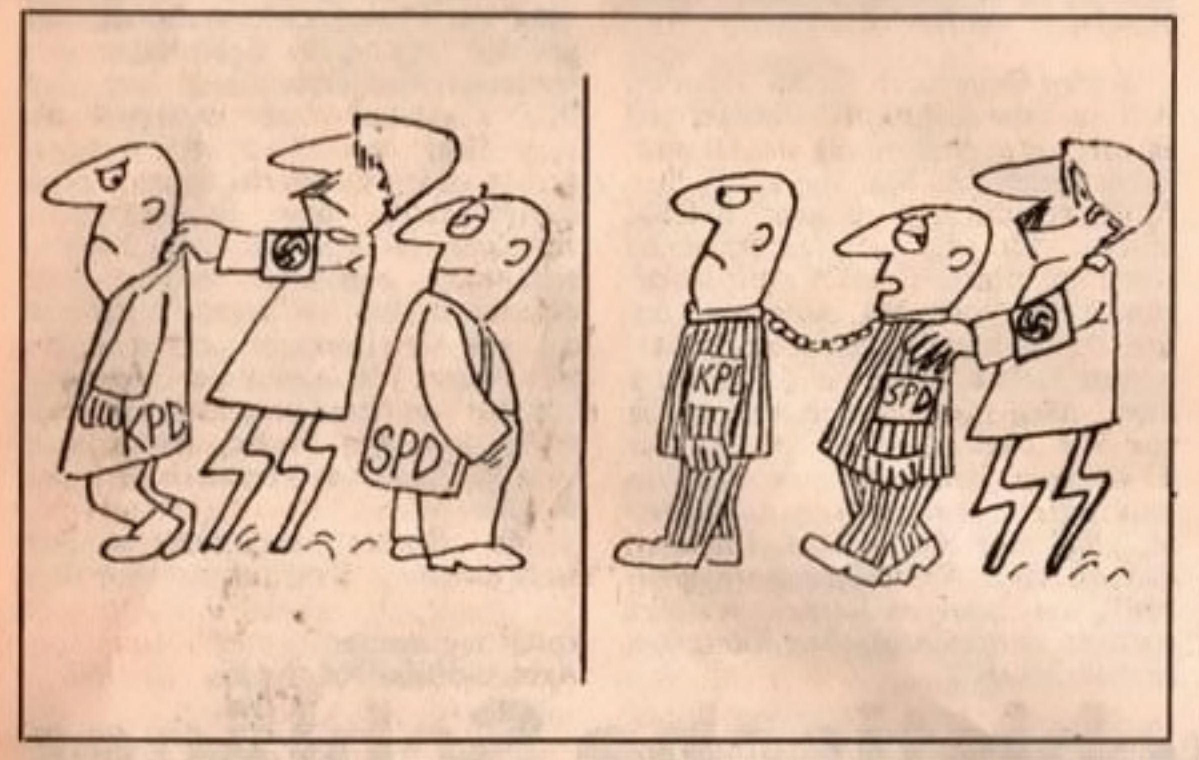
Weiter paßt in diese Strategie der totalen Ausweitung der Berufsverbote auf alles, was auch nur nach Demokratie riecht, der bayerische Verfassungsschutzbericht 1977. Bei seiner Vorlage erklärte Innenminister Alfred Seidl Anfang Mai in München daß als „kommunistisch unterwandert" und damit als verfassungsfeindlich folgende Initiativen und Organisationen gelten:

Der SHB, die Deutsche Friedensunion (DFU), die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), sowie die Vereinigung demokratischer Juristen (VDJ).

Auch die Komitees gegen die Berufsverbote sowie Initiativen gegen Atomkraftwerke würden von Kommunisten unterstützt.

Doch damit nocht nicht genug: Das bayerische Kultusministerium schlägt in dem Ablehnungsbescheid an Edgar Vögel noch ganz andere Kapriolen. Nachdem der SHB mit Hilfe der bereits in AK 127 zitierten Passagen aus seinem Programm als schlichtweg für verfassungswidrig (d.h. eigentlich gehöre der SHB verboten) erklärt wird, wird ihm zusätzlich noch die ungeheure Sünde angekreidet: *„Die hier gebrauchten zentralen Begriffe ‚Sozialistische Umgestaltung' und ‚Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen' entsprechen dem Vokabular der DKP."* Und was gleichklingt, muß auch miteinander wesensverwandt sein.

Jedenfalls kann man das erst recht annehmen, wenn beim SHB nicht festzustellen ist, daß er auch seiner 4-Reich-Pflichtübung nachkommt und sich nicht allmorgendlich von Kommunisten distanziert. Denn: *„Mangels anderslautender Erklärungen des SHB muß davon ausgegangen werden, daß in seinen Erklärungen die gleichen Ziele gemeint sind."* Hier drängt sich jedem aufmerksamen Leser sofort die Parallelität zum Haeberlein-Urteil aus Bamberg auf: Beamter kann in diesem Staat nur noch sein, wer freiwillig und unaufgefordert bereit ist, sich zu jeder Tages- und Nachtzeit von Kommunisten, allen denkbaren kommunistischen Bestrebungen für heute, morgen und alle Zeit zu distanzieren.



Berufsverbote Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbotemeldungen

Speyer: Das Verwaltungsgericht in Neustadt hob kürzlich das Ausbildungsverbot gegen die Speyerer Kunsterzieherin Uta B. auf. Dieser Fall wurde vor einigen Monaten bundesweit bekannt, als das Mainzer Innenministerium eine Liste mit den Namen von 700 Unterzeichnern einer Solidaritätserklärung mit Uta B. zur Überprüfung an den Verfassungsschutz weitergegeben hatte.

Uta B. war vor zwei Jahren wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft die Übernahme in den Vorbereitungsdienst von der CDU-Landesregierung verweigert worden. Das Verwaltungsgericht stellte jetzt fest, daß die Einstellung in den Schuldienst die einzige Möglichkeit sei, die Ausbildung zu beenden, was nach Artikel 12 des Grundgesetzes unbedingt zu gewährleisten sei. Aber wohl kaum darf damit gerechnet werden, daß sich die Landesregierung daran halten wird, wobei sie in der nächsten Instanz mit Sicherheit auf größeres „Verständnis" rechnen kann.

***

Kiel: Ein neues Ausbildungsverbot wurde in Schleswig-Holstein gegen einen Juristen ausgesprochen und inzwischen vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigt. Das Land Schleswig-Holstein sei nicht verpflichtet, *„einen geprüften Rechtskundigen, der im KBW Aktivitäten entfaltet hat, in den juristischen Vorbereitungsdienst aufzunehmen, auch nicht in jenen, der kraft Landesrechts nicht im Beamtenverhältnis, sondern in dem eines öffentlich-rechtlichen Praktikantenverhältnisses abzuleisten ist".* So der Oberlandesgerichtspräsident im Falle eines Bewerbers, der wegen eines KBW-Plakats zu einer Geldstrafe verurteilt worden war.

Das Gericht macht in seinem Urteil einen „feinen" Unterschied zwischen Beamten, die ‚jederzeit" für die FDGO eintreten müssen und Praktikanten, die sich nicht gegen die FDGO „betätigen" dürfen. Mit diesem Urteil hob das Oberverwaltungsgericht eine einstweilige Anordnung des Verwaltungsgerichts Schleswig auf, die das Land zur Übernahme des Bewerbers verpflichtet hatte. Das Hauptverfahren in dieser Sache steht noch aus. Wer mag da noch behaupten, bei den Berufsverboten ginge es nicht differenziert zu?

***

Bonn: Ein neues Berufsverbot an einer Privatschule gibt es im Raum Bonn. Der an der Fachhochschule für Sozialpädagogik des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Meckenheim-Merl (bei Bonn) nebenamtlich im Fach Jugendliteratur unterrichtende Dieter B. muß wieder entlassen werden, weil ihm der Kölner Regierungspräsident die Unterrichtsgenehmigung für staatlich anerkannte Privatschulen wegen „Aktivitäten" für den MSB Spartakus verweigert hat.

***

Hannover: In Niedersachsen sind nach Angaben von Innenminister Groß (FDP) seit Inkrafttreten des Radikalenerlasses bisher gegen 479 Bewerber für den öffentlichen Dienst „Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes „geltend gemacht worden", die „Zweifel an der künftigen Verfassungstreue dieser Bewerber begründen". Nach Prüfung durch die Zentrale Anhörungskommission des Landes seien daraufhin 257 ablehnt worden („FR", vom 27.4.78).

Wie sagte doch Ministerpräsident Albrecht kürzlich? *„In Niedersachsen kann ein Kommunist nur in den öffentlichen Dienst kommen, wenn er nicht weiß, was Kommunismus ist („FR", vom 6.5.78).*

***

Frankfurt: Der Frankfurter CDU-Personaldezernent Brück hat dem Diplom-Psychologen Helmut W. die weitere Mitarbeit an Eignungstests für Ausbildende der Frankfurter Stadtverwaltung untersagt. Grund: DKP-Mitgliedschaft. W. ist Angestellter der „Deutschen Gesellschaft für Personalwesen" in Hannover, die die Verwaltungen bei der Auswahl von Bewerbern berät. Nach Ansicht der Frankfurter CDU könne es nicht angehen, daß ein „Mitglied einer extremistischen Partei" ausgerechnet bei dieser Auswahl mitwirke. Die Frankfurter SPD erklärte die Maßnahme Brücks für rechtswidrig, weil er die Mitarbeit W.'s gesperrt hat, ohne den Magistrat zu fragen. Tut sich etwa ein neues Feld der Mitbestimmung auf?

***

Westberlin: In einem Urteil des Westberliner Oberverwaltungsgerichts wurde festgestellt, daß der Verfassungsschutz im Fall des Westberliner Wissenschaftlers Wolf-Dieter Narr rechtswidrig gehandelt hat. Narr hatte sich vor drei Jahren um eine Professorenstelle an der Technischen Universität Hannover beworben.

Seine Bewerbung war von der damaligen SPD/FDP-Regierung abgelehnt worden (obwohl Narr selbst SPD-Mitglied ist!). Grund für die Ablehnung waren „Erkenntnisse" des Westberliner Verfassungsschutzes über Narrs Teilnahme an verschiedenen (nicht verbotenen) Demonstrationen, Zeitungsberichte, Äußerungen Dritter über Narr o.ä., die an die niedersächsischen Einstellungsbehörden weitergeleitet worden waren. Diese Weiterleitung wurde jetzt vom OVG als rechtswidrig verurteilt, zumal die „Erkenntnisse" für die Beurteilung von Narrs Verfassungstreue ohne Belang gewesen seien. Wäre die Weiterleitung nicht rechtswidrig gewesen, wenn die „Erkenntnisse" von „Belang" gewesen wären?

Egal wie, Narrs damalige Ablehnung wird durch das Urteil nicht rückgängig gemacht und der Verfassungsschutz leitet fleißig weiterhin seine „Erkenntnisse" weiter.

***

Darmstadt: Unterschiedliche Urteile fällte das Verwaltungsgericht Darmstadt in 4 Berufsverbotefällen gegen DKP-Mitglieder. Die 4 Kollegen hatten dagegen geklagt, daß ihre Bewerbung um die Übernahme in den Schuldienst des Landes Hessen mit der Begründung abgelehnt worden war, sie seien Mitglieder der DKP. In drei Fällen wies nun das Gericht die Ablehnungsgescheide zurück. Sie seien *„fehlerhaft, weil sie nicht erkennen lassen, daß die mit Bundesverfassungsgericht zu fordernde Einzelfallprüfung in ausreichendem Maße erfolgt ist."* Die reine Mitgliedschaft in der DKP genüge nicht zur Ablehnung. Eine Würdigung *„besonders im Hinblick auf ihr unbestritten positiv zu bewertendes Verhalten während des Vorbereitungsdienstes ist dagegen unterblieben."* Das Land Hessen wird in dem Urteil aufgefordert, erneut zu entscheiden.

Gegen die Betroffene entschied das Gericht dagegen dem vierten zu verhandelnden „Fall". Obwohl auch hier keine „umfassende Einzelfallprüfung" in der Ablehnung vorgenommen wurde, entschied das Gericht gegen die Kollegin: *„Ausgehend davon, daß die DKP auch Ziele verfolgt, die mit dem Grundgesetz und der hessischen Verfassung nicht im Einklang stehen, dürfte das beklagte Land besonderes Gewicht auf den Umstand legen, daß die Klägerin 1974 und 1977 als Kandidatin für die DKP aufgestellt war."* Darin zeige sich, daß die Klägerin das besondere Vertrauen ihrer Partei genießt und sich selbst für die Durchsetzung der DKP-Ziele nachdrücklich einsetze. Ihre Klage wurde zurückgewiesen, sie hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Hannover: Wegen „schweren Dienstvergehens" wurde der akademische Rat Götz Rohwer von der Universität Osnabrück auf Weisung des niedersächsischen Wissenschaftsministers Pestel mit sofortiger Wirkung aus dem Beamtenverhältnis auf Probe entlassen. Das „schwere Dienstvergehen" wurde mit der „fortgesetzten Betätigung Rohwers für den KBW" begründet. U.a. soll Rohwer an „Krawallen" gegen Fahrpreiserhöhungen und gegen Stadtsanierungsvorhaben in Osnabrück beteiligt gewesen sein.

Außerdem habe er sich bei der Störung einer RCDS-Versammlung mit dem niedersächsischen Finanzminister Kiep als „Agitator" hervorgetan.

Wegen dieser Sache war R. bereits im September letzten Jahres von Pestel vorläufig suspendiert worden. Diese Suspendierung wurde vom Rektor der Universität Osnabrück Horstmann jedoch in eine Geldbuße von einem Monatsgehalt umgewandelt. Pestel hob jetzt diese Verfügung Horstmanns wieder auf und ordnete die zweite, diesmal wohl endgültige Suspendierung R.'s an, die mit einem Hausverbot und einer Kürzung der Bezüge verbunden ist.

Der Konzil der Universität hat mit Beschluß gegen dieses Berufsverbot protestiert. Darin heißt es u.a., *„daß vom Grundgesetz ausdrücklich das Vertreten von extremen Meinungen gedeckt ist – auch solchen, die die bestehenden Verhältnisse und damit die bestehende Verfassung in Frage stellen ... Obrigkeitliche Disziplinierungsmaßnahmen zur Unterbindung von Positionen, die sich in Parteien einen organisatorischen Ausdruck verschaffen, verstoßen auch dann gegen Verfassungsgrundsätze, wenn solche Positionen selbst die Berufung auf die Verfassung ablehnen."*

Das Wissenschaftsministerium tat diese Stellungnahme des Konzils als völlig unerhebliche „Meinungsäußerung" ab.

***

Mainz: Das Mainzer Arbeitsgericht bestätigte am 26.4. die Entlassung des Realschullehrers Stefan Sch. durch die Schulbehörde. Vorgeworfen wurde ihm die Teilnahme an Demonstrationen „linksextremer Gruppen" (*„mehr oder weniger obskure Demonstrationen"* – so der Richter im Prozeß), die Tätigkeit für das „Mainzer Komitee gegen Berufsverbote, politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse" und die angebliche Gutheißung der Erschiessung des Kammergerichtspräsidenten v. Drenckmann.

Das ganze Ausmaß dieses Verfassungsschutzstaates machte dann die Enthüllung klar, daß Stefan Sch. schon 1974 bespitzelt wurde. Als Zeuge für seine „Bekenntnisse" zum Marxismus-Leninismus wurde sein ehemaliger Seminarleiter Dr. B. Sutor genannt, der sogar einen persönlichen Brief von Stefan Sch. an ihn an den Verfassungsschutz weitergeleitet hatte. Weiteres „Beweis"material war eine Seminararbeit, wobei neben deren Inhalt als weiteres „Argument" gegen Stefan Sch. angeführt wurde, daß ein anderer Autor dieser Gruppenarbeit ebenfalls beim Verfassungsschutz bekannt sei.

Verfahren bei Bahn und Post

Ginsheim-Gustavsburg: In einer Anhörung bei der Oberpostdirektion Koblenz im Jan. 78 wurde dem Fernmeldehandwerker Hans Erich R. seine Gemeinderatskandidatur für die DKP im März 77 sowie eine 1971 durchgeführte DDR-Reise vorgeworfen, woraus „Zweifel" an seiner Eignung für seinen Beruf abgeleitet wurden.

Falls er die ihm vorgeworfenen DKP-Aktivitäten nicht binnen einer Frist von einem Monat einstelle, müsse er *„mit der Lösung seines Arbeitsverhältnisses"* rechnen. Eine Betätigung für die DKP sei nämlich nicht mit seinen arbeitsvertraglichen Pflichten und dem Inhalt seines Gelöbnisses, sich durch sein gesamtes Verhalten zur FDGO zu bekennen, vereinbar.

Aber damit nicht genung: In dem Schreiben des Postministeriums wird Hans Erich R. auch noch angedroht, daß er selbst bei Einstellung seiner DKP-Aktivitäten mit Entlassung rechnen müsse, falls er sich in Zukunft „arbeitsvertrags- und gelöbniswidrig" verhalte.

Damit ist Hans Erich R. praktisch bei jeder Art von Betätigung, die seinem Dienstherrn nicht paßt, mit dem „Damoklesschwert" der Entlassung bedroht.

Hamburg: Am 27.4.78 führte die Hamburger Initiative „Weg mit den Berufsverboten" eine „rollende Pressekonferenz" in einem Eisenbahnsalonwagen von Bonn nach Koblenz und zurück durch.

Auf dieser Konferenz wurden 11 Berufsverbotefälle bei der Bahn vorgestellt, für die die Verantwortung ausschließlich beim sozialdemokratischen Bundesverkehrsminister und bei der Bundesregierung liegen.

Die vorgestellten Fälle widerlegen eindeutig die Behauptungen von sozialdemokratischen Politikern, daß es im Bereich des Bundes keine Berufsverbote gebe.

Vielmehr läßt sich an den 11 Berufsverboten eindeutig zeigen, daß die Bundesbahn mehr und mehr eine Vorreiterrolle in der Berufsverbotspraxis einnimmt, und zwar sowohl was die breite der Betroffenen (vom Fahrkartenverkäufer bis zum Oberinspektor) als auch was die Qualität der Vorwürfe betrifft:

Beispielsweise wird dem Bundesbahninspektor Gerhard W. aus Augsburg hauptsächlich die Teilnahme an Veranstaltungen einer Berufsverbots-Initiative und der VVN-Bund der Antifaschisten vorgeworfen.

Der Bauingenieur Werner K. aus Darmstadt wurde 1973 als „Sicherheitsrisiko" aus dem technischen Dienst der Bundesbahn entlassen. Vorwürfe: DKP-Aktivitäten sowie 1968 Unterzeichnung eines Flugblattes gegen das Attentat auf Rudi Dutschke.

Bei dem Zugführer Ulrich F. aus Hamburg werden die Zweifel an seiner Verfassungstreue u.a. mit Reisen in die DDR begründet.

Hans Sch., Bundesbahn Hauptsekretär aus Hamburg, bekam 3 Monate nach seinem 25-jährigen Dienstjubiläum 1976 die Vorladung zu einer Anhörung wegen angeblicher DKP-Aktivitäten.

Übrigens wurden bereits 2 der 11 Eisenbahner aus dem Dienst „entfernt". Von den derzeit noch beschäftigten 9 Eisenbahnern sind 4 bereits Beamte auf Lebenszeit.

Radikalenerlaß wird Wahlkampfthema

Die schleswig-holsteinischen Judos wollen nach Aussage ihres Landesvorsitzenden Achterberg die Berufsverbote neben dem „gesellschaftlichen Reformdefizit" zum ersten Wahlkampfthema zur schleswig-holsteinischen Landtagswahl machen.

„Die verfassungswidrige Praxis des Extremistenerlasses muß sofort eingestellt werden", so der Landesvorsitzende nach „Kieler Nachrichten", vom 28.4.78.

Dies erklärten die Judos nach Abschluß einer Veranstaltungsreihe „Rettet das Grundgesetz".

Ziel dieser Veranstaltungen war es, die Bevölkerung zu *„mobilisieren und aufzurütteln"*, einen *„drohenden Obrigkeits- und Polizeistaat zu verhindern"*. („KN", 11.4.78)

Achterberg hob besonders die immer häufigere Verletzung der Grundrechte, insbesondere der Meinungs- und Berufsfreiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit hervor. Weiterhin nannte er die Verteidigerüberwachung und das Kontaktsperregesetz.

Der ehemalige Hamburger Justizsenator, Prof. Klug, sprach sich auf dergleichen Pressekonferenz gegen die Berufsverbote aus.

KB/Gruppe Kiel

Klassenjustiz

Faschisten in Amt und Würde - Antifaschisten aus dem Saal geprügelt

Der neunte Verhandlungstag gegen die „Bewegung 2. Juni" in Berlin-Moabit stand ganz im Zeichen eines neunseitigen Ablehnungsantrages des Verteidigers von Andreas Vogel, Nicolas Becker. Becker lehnte den beisitzenden Richter Egbert WeiSS vom Ersten Strafsenat des Kammergerichts ab, weil dieser 1968 den NS-Richter Rehse freigesprochen hatte, der von 1941 – 45 als Richter am Volksgerichtshof an zahlreichen Todesurteilen gegen Antifaschisten mitgewirkt hatte. So hat er beispielsweise das Todesurteil gegen den Theologen Dr. Metzger gesprochen, der im Bekanntenkreis seine Ablehnung gegenüber dem verbrecherischen Terrorregime Hitlers geäußert hatte.

WeiSS hatte seinerzeit nicht nur die Begründung des Freispruchs geschrieben, sondern dieses skandalöse Urteil sogar mehrfach in der Öffentlichkeit verteidigt. So äußerte sich WeiSS beispielsweise in einem Leserbrief an den „Tagesspiegel" (1968): *„Ich stehe hundertprozentig zu diesem Urteil!"* WeiSS hatte den Freislerschen Volksgerichtshof mehrfach als „unabhängiges Gericht" bezeichnet und behauptet, die Verteidigung sei in NS-Verfahren nicht behindert worden. (!)

WeiSS habe in seiner Begründung des Freispruchs von Rehse überhaupt die „Rechts"sprechung im Hitlerfaschismus unheimlich beschönigt bzw. dieses Terrorregime samt seiner Justiz gegen *„die Feinde von innen und außen"* verteidigt (wir berichteten bereits über dieses Urteil ausführlich in AK 127).

Verteidiger Becker nannte das Rehse-Urteil einen *„Tiefpunkt bundesrepublikanischer Rechtsprechung. Es disqualifizierte den Richter, an diesem Prozeß teilzunehmen."*

Weiter meinte er, es habe *„sich nicht um eine falsche Rechtsauffassung des Richters sondern offenbar um seine Gesinnung gehandelt."* Das Rehse-Urteil sei *„richtungsweisend wie hierzulande nationalsozialistische Urteile betrachtet werden"*.

Weder Geus noch WeiSS äußerten sich zu diesem Angriff. Ersterer zog es vor, unter Androhung von Gewalt, lieber gleich den Saal von sämtlichen Zuhörern, die sich zu einer Gedenkminute für die antifaschistischen Kämpfer erhoben hatten, mit massivem Bullen-Aufgebot räumen zu lassen. Die Zuhörer waren einer Aufforderung Gerald Klöppers gefolgt, der kurz nach dem Ablehnungsantrag von RA Becker eine Erklärung zur 33-jährigen Befreiung vom Faschismus verlas in dem er dazu aufforderte, *„daß sich die im Saal Anwesenden zu einer Schweigeminute erheben"*, um *„unseren Respekt vor den mutigen antifaschistischen Kämpfern auszudrücken"*.

Die Taktik des Gespanns von Bundesanwaltschaft, Geus und Co. wird immer klarer: durch den sich immer mehr hinausgezögerten Einlaß der Zuhörer (Wartezeiten zwischen 2 –3 Stunden), brutalen Bulleneinsatz gegen die Zuhörer – bisher wurden sie bereits dreimal hinausgeprügelt – soll dieser Prozeß letztendlich unter totalem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Wieviele Verteidiger dabei noch „über die Klinge springen" werden ist noch ungewiß. Die Anzeichen sprechen jedoch auch hier für sich: nicht „nur", daß Bundesanwalt Völz die Verteidiger vor einer Woche als *„Anwälte aus der Terroristenscene"* bezeichnet hatte und einem bereits ein Ehrengerichtsverfahren angedroht wurde, die Beiordnung von weiteren Wahlverteidigern aus der BRD abgelehnt wurde, andere Wahlverteidiger aus Westberlin wegen § 146 (Mehrfachverteidigung) oder Berufsverbots- bzw. Ehrengerichtsverfahren im Vorfeld dieses Prozesses bereits abgelehnt wurden, sondern auch, daß die Zwangsverteidiger die aus Gewissensgründen, weil sie mit diesem Verfahren die „freie Advokatur" in Frage gestellt sehen, freiwillig aus dem Prozeß gehen, von Geus & Co. sofort wieder aufgestockt werden.

Die „Rechts"staatlichkeit soll gewahrt werden. Koste es was es wolle!

Initiativ-Komitee Arbeiterhilfe/ Westberlin

Empörender Freispruch für faschistische Schläger

Die Berufungsverhandlung gegen die zwei Jungen Nationaldemokraten (JN) Lemke und Becker vor dem erweiterten Schöffengericht Lüneburg endete am 9.5. mit einem Freispruch für Lemke und einer „Teil"-Verurteilung von Becker zu 4 Monaten Knast auf drei Jahre Bewährung.

Anlaß dieses Verfahrens waren die Angriffe von Neonazis auf jugendliche Antifaschisten am 11. September 1976 in Lüneburg. Dort hatten sich nach einer Protestversammlung gegen eine NPD-Veranstaltung ca. 70 Jugendliche in einem städtischen Jugendzentrum zusammengesetzt, um über ihren Protest und das Auftreten von Neonazis zu diskutieren. Plötzlich wurden die Scheiben des Raumes eingeschlagen und etliche Neonazis versuchten mit dem Einsatz von Tränengas die antifaschistischen Jugendlichen *„ihren Schlagringen, Messern und Schlagketten auszuliefern"* (aus einem Flugblatt zu diesen Vorfällen). Etliche Jugendliche wurden von dem Tränengas getroffen. Als es den Faschisten nicht gelang, in den Raum zu kommen bzw. die Antifaschisten mit dem Gas hinauszutreiben, verzogen sie sich. Anschließend, als die Jugendlichen nach Hause gingen, jagten sie die Antifaschisten in einem wahren Speißrutenlauf nach dem Vorbild des SA-Terrors in den Dreißiger Jahren durch die Stadt. Dabei fielen Sprüche, wie: „Wir sind reinrassig deutsch, wir dürfen das"; „Oh Klasse, wie damals die Juden im KZ"; u.a.

Gegen dieses Auftreten richtete ein Antifaschist eine Anzeige wegen Körperverletzung, Nötigung und Verbreitung von nationalsozialistischem Gedankengut. Außerdem stellte auch die Stadt – auf Drängen der Antifaschisten – eine Anzeige wegen Nötigung und Hausfriedensbruch.

Was aus diesen Anzeigen im einzelnen geworden ist, wissen wir z.Zt. leider nicht. Auf jeden Fall wurde gegen die beiden genannten JNler eine Anklage wegen Nötigung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gestellt.

Im August 1977 wurde das Verfahren vor dem Schöffengericht Lüneburg eröffnet. Als Verteidiger der Faschisten traten der bekannte Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger aus Hamburg (der u.a. auch schon Thies Christophersen verteidigt hat) und der Rechtsanwalt Fuchs auf. In diesem Verfahren wurde Lemke zu 3.100 DM Geldstrafe und Becker zu 6 Monaten Gefängnis auf Bewährung und 3.000 DM Geldstrafe verurteilt.

Gegenüber sechs antifaschistischen Zeugen gab es drei faschistische Zeugen. Zwei von ihnen, Hans-Joachim Sakowski und Fritz-Ulrich Bundt, traten so rotzfrech auf und verwickelten sich derart in Widersprüche, daß der Staatsanwalt ankündigte, er werde ein Ermittlungsverfahren wegen Falschaussage gegen sie einleiten. Was hieraus geworden ist, wissen wir leider nicht. Es ist jedoch anzunehmen, daß dieses Ermittlungsverfahren entweder gar nicht eingeleitet wurde bzw. daß es eingestellt wurde.

In der (jetzt abgeschlossenen) Berufungsverhandlung wurden nun von den Faschisten 11 Zeugen aufgeboten, um das vorherige ungünstige Kräfteverhältnis unter den Zeugen zu ihren Gunsten zu entscheiden. Und es wurde Nazi-Prominenz aufgeboten.

Lutz Wegener, „Adjudant" des „Hansa-Banden"-„Führers" Michael Kühnen meldete sich extra aus der Untersuchungshaft, um seinen Kameraden von der JN als Zeuge beizustehen.

Als weitere „Zeugen" traten auf:

- **Adolf Damman**, 2. Landesvorsitzender der JN-Niedersachsen, trat bei der NPD-Kundgebung am 11.2.78 in Göttingen mit einem Eisenrohr bewaffnet auf.
- die drei **Brüder Sakowski: Thomas, Hans-Jürgen, Hans-Joachim**; letzterer ist stellvertretender Vorsitzender der JN, Kreis Celle.
- **Ulf Gloye**, JN-Vorsitzender des Kreises Celle,
- **Thomas Berg**, JN Celle
- **Jörg Wannagat**, JN
- **Ralf Paschke**, JN Hannover
- **Fritz Ulrich Bundt**, JN-Landesvorsitzender Niedersachsens, Mitglied im NPD-Kreisvorstand Stade
- **Claus Dankers**, Mitglied im Landesvorstand der JN Niedersachsen. Er betreibt mit Bundt und anderen eine teilweise als „Organisations- und Propaganda-Gruppe" (OPG) bezeichnete „Sturm-Abteilung", der etliche Provokationen – ähnlich den Lüneburger Ereignissen – in den Jahren 1975/76 im norddeutschen Raum zuzurechnen sind. Bundt und Dankers traten in einem Prozeß in Oldenburg im Januar 1977 gemeinsam als Zeugen gegen die angeklagten Antifaschisten auf.

Der für jeden Antifaschisten empörende Ausgang dieser Berufungsverhandlung – Freispruch von Lemke – ist mit das Ergebnis dieses Zeugenaufgebots. Widersprüche in den Aussagen der Faschisten fanden sich – im Gegensatz zur ersten Instanz – nicht. Lemke bekam ein Alibi – etliche hatten ihn, während der Verfolgung der Antifaschisten im „Ratskeller" sitzen sehen. Alle bestritten, daß das Horst-Wessel-Lied gesungen worden sei. Stattdessen sei nur das Lied der Legion Condor gesungen worden. Nur bei Becker klappte es nicht ganz so. Dies ist wohl auf eindeutigere Aussagen der Antifaschisten zurückzuführen. Er wurde wegen Nötigung (der Antifaschisten) verurteilt , ansonsten aber freigesprochen.

Empörend ist dieser Freispruch bzw. die teilweise Verurteilung von Becker besonders, wenn man bedenkt, daß sie mit einem „blauen Auge" davonkommen, während diejenigen, die gegen diese kriminellen und terroristischen Praktiken protestieren, Mammutverfahren unter den Bedingungen der „Terroristenprozesse" angestrengt werden, wie zur Zeit in dem Prozeß gegen die neun Hamburger Antifaschisten (siehe Artikel in diesem AK).

Andererseits muß man hervorheben, daß aufgrund des Protestes und der Initiative der Antifaschisten hier wenigstens eine Verurteilung eines faschistischen Schlägers möglich gemacht worden ist. Dies sollte man durchaus zum Anlaß nehmen, jedes Auftreten der Neonazis daraufhin zu untersuchen, ob nicht auch hier eine Anzeige möglich ist.

In diesem Zusammenhang möchten wir nochmals alle Leser(innen) des ARBEITERKAMPF auffordern, uns Informationen über Verfahren gegen Antifaschisten und auch gegen Faschisten zukommen zu lassen bzw. selber darüber zu berichten.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Bonner Rathausbesetzung nach fünf Jahren vor Gericht

Am 3. Mai 78 begann vor dem Bonner Landgericht der sogenannte ‚Thieu-Prozeß'. Im ersten (von insgesamt drei geplanten Prozessen) stehen acht Angeklagte vor Gericht, unter ihnen u.a. Klaus Fritsche (Vorstand der Liga gegen den Imperialismus) und Thomas Luczak (führendes Mitglied der „KPD" in NRW). Zwei weitere Verfahren, in denen u.a. auch die ZK-Mitglieder der „KPD", Horlemann und Semler, vor Gericht gestellt werden, folgen noch. Die Anklage wirft ihnen besonders schweren Landfriedensbruch, schweren Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt vor. Die acht Angeklagten sollen beteiligt gewesen sein, als am 10. April 1973, anläßlich des Staatsbesuchs des damaligen südvietnamesischen Diktators Thieu in Bonn, das Rathaus in Bonn symbolisch besetzt wurde, *„um in der Welt bekannt zu machen, daß das deutsche Volk diesen Besuch mißbilligt und nichts mit den alten und neuen Faschisten zu tun haben will"* (aus der Erklärung von fünf Angeklagten am ersten Prozeßtag, zit. in „RF" Nr. 19, S.9).

Am ersten Verhandlungtag forderten die Angeklagten und ihre Verteidiger die Einstellung des Verfahrens. Sie trugen dazu in einer ausführlichen Begründung die Berechtigung ihres Protestes gegen die Völkermord-Politik der USA in Vietnam und gegen die „Beihilfe zu den verschiedenen Verletzungen des Völkerrechts....zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit" („RF" Nr. 19, S.9.) durch die BRD-Regierung vor.

Rechtsanwalt Bendler aus München begründete den Einstellungsantrag auch damit, daß das Kölner Gericht, das jahrelang mit dem Fall beschäftigt war, überhaupt nicht ermittelt und dazu den Angeklagten das rechtliche Gehör verweigert hätte („Welt" v. 5.5.78).

Es ist auffallend, daß dieser Prozeß gegen die acht Anti-Imperialisten erst fünf Jahre und 23 Tage nach der Demonstration in Bonn eröffnet wurde und es ist sicherlich kein Zufall, daß der jetzige Termin mit den AKW-Prozessen, mit der Diskussion um das KPD-Verbot und anderen verschärften Repressionsmaßnahmen gegen die demokratische Bewegung in unserem Lande zusammenfällt.

Es ist zu erwarten, daß ähnlich wie in der AKW-Bewegung eine exemplarische Verurteilung von einzelnen Antimilitaristen und Antifaschisten erreicht werden soll, um die radikal-demokratische Bewegung in der BRD zu kriminalisieren, einzuschüchtern und in die Ecke des Terrorismus zu drängen. Diesen Angriff zurückzuweisen, verlangt die Solidarität aller Demokraten und Antiimperialisten. Wir fordern mit den Angeklagten: Sofortige Einstellung der Verfahren gegen alle Angeklagten der Bonner Thieu-Prozesse!

Besucht die Gerichtsverhandlungen: Termine jeweils Montag, Mittwoch und Donnerstag vor dem Landgericht Bonn!

Für den nächsten AK planen wir eine ausführlichere Berichterstattung.

Letzte Meldung: Nach Mitteilung der „KPD" wurden die Einstellungsanträge des ersten Prozeßtages abgewiesen. Inzwischen wurde ein Befangenheitsantrag gegen das Gericht gestellt, weil der Vorsitzende dieses Verfahrens zugleich der Richter war, der die Beschlagnahme eines „KPD"-Plakats „Denkt an Prag", anläßlich des Breschnew-Besuchs in der BRD, anordnete. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Besucher beim Staatsschutzprozeß

Vor dem Landgerichtsgebäude lungert eine Polizeidoppelstreife herum. Der eine Bulle spielt mit seiner MP rum, bei anderen fiept und quäkt das Funkgerät ohne Unterbrechung.

Ich komme an eine Schranke ähnlich dem Drehkreuz im Supermarkt. Dahinter zwei männliche, ein weiblicher Bulle. „Haben Sie Ihren Personalausweis?" Ich muß ihn abgeben. Die Bullin kommt mit der Elektro-Sonde. „Fiep!" „Was ist das?" Schneller Griff in meine Leistengegend. Ich muß den Schlüssel aus der Tasche holen. „Arme heben!" Ich darf aus dem Freien in einen Kellergang treten. Vier Bullen erwarten mich. „Gehen Sie in die Kabine! Jacke ausziehen! Leeren Sie die Taschen!" Der Bulle nimmt meine Brieftasche und schnüffelt in meinen Papieren.

„Nehmen Sie die Hände über den Kopf!" Von oben bis unten werde ich von einem grinsenden Bullen befingert. Fester Griff in die Weichteile. „Heben Sie mal die Schuhsohlen hoch"!

Ich darf mich wieder anziehen. „Gehen Sie die Wendeltreppe hoch".

Im Zuhörerraum sitzen zwei Bullen. Der eine hat die MP wieder auf den Knien. Jenseits der gläsernen Trennscheibe beherrscht der Staatsschutz ebenfalls den Gerichtssaal. Ein Zivilbulle mit weißer Armbinde rennt mit der MP in der Hand von der einen Tür im Saal zum anderen Ausgang. Zurück. Diesmal das ewig quakende Walkie-Talkie in der Hand.

Die angeklagten Genossen betreten den Saal. Mit stählernen Handschellen gefesselt. Schmal und blaß. Die beiden Begleitbullen machen die Schellen auf. Das hohe Gericht betritt den Saal. Die Gerechtigkeit kann beginnen.

Ein Genosse aus Frankfurt

Skandal in der Gesinnungsjustiz der BRD:

Lebenslänglich für den schwer hirnverletzten Günter Sonnenberg

Nach dem Terrorurteil gegen Verena Becker stand das Urteil für den verhandlungsunfähigen, schwer hirnverletzten Günter Sonnenberg bereits vor Prozeßbeginn fest: Lebenslänglich.

Dieses Skandal-Urteil wurde am 23.4. vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart wegen ***„zweifachen versuchten Mordes an zwei Polizeibeamten"*** **gefällt.**

Als G.S. nach Verkündigung des Urteils sagte: ***„Ich mache nicht mit bei diesem Theater",*** **wurde er vom Verfahren ausgeschlossen!**

Das Gericht erklärte den verhandlungsunfähigen G.S. kurzerhand für verhandlungsfähig, zwei von der Verteidigung bestellte medizinische Gutachter, die Neurologen bzw. Psychiater Newel und Polak aus Paris, die Sonnenberg während des Prozesses untersuchen sollten, wurden abgelehnt!

„Das Urteil, das gefällt wurde, wird deswegen in die Geschichte der politischen Justiz eingehen, weil noch nie ein Mensch mit derartigen Verletzungen verurteilt worden ist!" (RA Heinisch, Verteidiger von G.S.)

Sonnenberg wurde vom vorsitzenden Richter, Wolfgang Fischer, zur Last gelegt, er hätte am 3.5.77, zusammen mit Verena Becker, *„beide damals als mutmaßliche Buback-Mörder steckbrieflich gesucht"*(„Welt", 27.4.78) ihrer drohenden Festnahme entgehen wollen. In Sonnenbergs Rucksack sei u.a. ein Selbstlagegewehr, Typ Heckler & Koch 43, Baujahr 1975, mit verkürztem Lauf und abgesägtem Schaft versteckt gewesen, das, *„Polizeiexperten später als die Waffe identifiziert haben wollen, mit der Buback und zwei seiner Begleiter am 7.4.77 erschossen wur-*

*mit der Buback und zwei seiner Begleiter am 7.4.77 erschossen wur-**den*"(„Welt", 24.4.78). Sonnenberg wurde unterstellt, mit *„bewußter Tötungsabsicht"* auf die beiden Polizeibeamten geschossen zu haben. Ferner wurden ihm die angeblichen Schüsse von Verena Becker ebenfalls zur Last gelegt!

Im ersten Teil des Artikels wollen wir auf die letzten Prozeßtage(21.4.) anhand eines Interviews mit RA Heinisch, Westberlin, eingehen. Der zweite Teil schildert vor allem den gefährlichen Gesundheitszustand von G.S.

Der Prozeß gegen Günter Sonnenberg war am 23.3. wegen des inzwischen berühmt-berüchtigten „Hosenladen-Erlasses" unterbrochen worden. Der Vertrauensanwalt Heinisch begründete seinen Antrag auf Aussetzung des Prozesses mit einem Gutachten der Rechtsanwaltskammer Berlin, wonach ein Anwalt, *„ sich nicht standeswidrig verhalte, wenn er Kontrollen unter den bisherigen Bedingungen verweigere."* Inzwischen hatte sich das Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart über Heinisch' s Verhalten beschwert und ihm angedroht, sein Verhalten *„möglicherweise strafrechtlich zu überprüfen"*(!).

Zur Verhandlungsfähigkeit

Wie aus dem nachfolgenden Interview mit RA Heinisch hervorgeht, war sowohl für die Bundesanwaltschaft als auch für das OLG Stuttgart von vornherein klar, daß Günter Sonnenberg verhandlungsfähig ist, und zwar in ihrem Sinn. Anträge der Verteidigung sowie Gutachten, zuletzt von Prof. Müller und Prof. Rasch, woraus klar hervorging, daß G.S. verhandlungsunfähig ist, blieben dabei unberücksichtigt.

Mitte April hat das OLG der Erstellung einer Computer-Tomographie (vergl. hierzu Interview mit RA Heinisch, Teil II) zugestimmt, nachdem die Verteidigung mehrere Male - lange vor Prozeß-Beginn - vergeblich darauf gedrängt hatte, dessen Ergebnis gegenwärtig von der Verteidigung wissenschaftlich überprüft wird.

Am 12.4.78 wurde Prof. Krott, Ulm, der G.S. am 14.11.77 zum letzten Mal wegen Verhandlungsunfähigkeit untersucht hatte, als Sachverständiger wegen der Verletzungsfolgen vernommen. Krott bestätigte, daß er G.S. außerhalb des Gefängnisses 100%ige Berufsunfähigkeit attestieren würde. Er bejahte entsprechend seinem Gutachten, die teilweise Verhandlungsfähigkeit und stellte fest, daß die verminderte Merkfähigkeit - speziell auf das prozessuale Geschehen - nicht wissenschaftlich überprüft werden könne. Der Hammer bei der ganzen Angelegenheit ist der, daß G.S. unter seinen derzeitigen, verschärften Haftbedingungen und unter der Streß-Anspannung des Prozesses nicht mehr untersucht wurde!

Der Antrag von Heinisch, wonach die französischen Fachärzte für Neurologie und Psychiatrie, Dr. Polak und Dr. Newel, Paris, G.S. zur Feststellung seines jetzigen Zustandes untersuchen sollten, wurde mit Beschluß vom 5.4. abgelehnt(!). Aus diesem Grund hat die Verteidigung Siegfried Haag und Roland Mayer, die mit G.S. seit dem 14.3.78 täglich Hofgang haben, als Zeugen dafür benannt, daß sich G.S. praktisch *„überhaupt nichts aus Gesprächen merken kann."*

Die Haftbedingungen

Obwohl aus fachärztlichen Gutachten hervorgeht, daß G.S. dringend der Pflege einer sozialtherapeutischen Spezialklinik bedarf und des Umgangs mit Bekannten und Freunden, haben sich seine Haftbedingungen während der Dauer des Prozesses (G.S. war seit seiner Verhaftung im Mai 1977 ohnehin in Totalisolation!) noch w e i t e r v e r s c h ä r f t!

Seine Zelle ist ca. 2,50 m lang und 1,80 m breit. Es dürfte sich hierbei um eine besondere Beobachtungszelle handeln, da sich in der Tür (abgetöntes Glas) Sehschlitze befinden, durch die G.S. regelmäßig jede halbe Stunde beobachtet wird. Die Zelle ist Tag und Nacht mit künstlichem Licht beleuchtet. Das an der Decke der Zelle angebrachte Klappfenster läßt nicht einmal ausreichend Tageslicht in die Zelle und kann nur spärlich ge-

nicht einmal ausreichend Tageslicht in die Zelle und kann nur spärlich ge-öffnet werden.

Rasur, Finger- und Fußnägelschneiden ist Günter nur in Anwesenheit von z w e i Aufsichtsbeamten gestattet!

Wahrscheinlich ist die JVA Stammheim „besorgt", daß sich Günter mit der Nagelschere „erselbstmorden" könnte! (Information von Rechtsanwalt Heinisch, 17.4.).

Das Gericht hat entschieden: Der schwer hirnverletzte Sonnenberg i s t verhandlungsfähig!

Frage: Der Prozeß gegen Günter Sonnenberg ging gestern – 26.4. – zu Ende. Das Urteil – lebenslänglich – war für die Staatsanwaltschaft Stuttgar sowie die Bundesanwaltschaft von vornherein klar. Ebenso, daß mit dem schwer hirnverletzten G.S. „kurzer Prozeß" gemacht werden wird. Sämtliche Anträge deinerseits – das Verfahren wegen der Verhandlungsunfähigkeit Günters auszusetzen – blieben unberücksichtigt. Kannst Du auf die letzten Prozeßtage nochmal eingehen?

Heinisch: *Wie ich bereits in meinem Plädoyer betonte, hat die Staatsanwaltschaft klare Worte gefunden:*

1. G.S. hat mit Mordvorsatz gehandelt,
2. G.S. m u ß hier verurteilt werden, denn er ist verhandlungsfähig (!),
3. Gesichtspunkte sind nicht erkennbar, die auf das Strafmaß Einfluß haben könnten.

Bevor so entschieden wird wie im Fall Verena Becker (sie erhielt ebenfalls in einem Schnellverfahren „lebenslänglich" – Anm. Red.) *wird das Gericht sich mit der Frage der Verhandlungsfähigkeit auseinandersetzen und in diesem Verfahren sich zum siebten oder achten Mal bestätigen, daß G.S. praktisch verhandlungsfähig ist.*

Denn das G e r i c h t entscheidet, ob G.S. in der Lage ist, sich etwas zu merken oder nicht. Dieser Satz steht im Raum, er wurde vom Vorsitzenden in der letzten Verhandlung ausgesprochen, als G.S. sagte, er komme nicht mit. Dieser Satz kennzeichnet das gesamte Verfahren. Er legt die Gesinnung des Gerichts offen, die seiner Rechtsauslegung zu Grunde liegt. Danach legt das Gericht den Begriff Verhandlungsfähigkeit – negativ definiert so aus: Verhandlungsfähig ist n i c h t, wer

1. erhebliche Wort- und Begriffsfindungsstörungen hat
2. wer in seiner Fähigkeit, sich mit verschiedensten Themen auseinanderzusetzen, eingeschränkt ist
3. wer sich jeden Satz aufnotieren muß, um die Information nicht zu vergessen
4. wer allgemein verlangsamt reagiert
5. wer ein deutlich gemindertes Antriebs- und Durchhaltevermögen hat
6. wer gestört ist und in ungewohnten Situationen nicht rasch reagieren kann
7. wer Fremdanregung braucht, jedoch isoliert ist
8. wessen Genesung etwa erst in zwei Jahren frühestens möglich sein könnte
9. wessen Erinnerungsfähigkeit erheblich beeinträchtigt ist.

Diese Befunde sind in den Gutachten festgehalten, die das Gericht in Auftrag gegeben hat. Trotz dieser Befunde wurde G.S. nie zur Rehabilitation geschickt. **Welche augenfällige Diskrepanz zu anderen gerichtlichen Entscheidungen z.B. im „Majdanek-Prozeß". Ich zitiere mal das Oberlandesgericht Hamm, das eine t o t a l e u n d e n d g ü l t i g e V e r h a n d l u n g s u n f ä h i g k e i t angenommen hat, weil der Blutdruck eines Angeklagten in diesem Prozeß bei dem Wort „Mörder" dermaßen in die Höhe schnellte, daß Todesgefahr attestiert wurde (!). Anstatt das Wort „Mörder" zu vermeiden, wurde das Verfahren eingestellt. So geschehen bei dem mehrfachen SS-Mörder Bischoff.**

Angesichts der Befunde fällt auf, daß das Gericht die Verhandlung in einem denkbar kurzen Zeitraum angesetzt hat. Unter Berücksichtigung der ärztlichen Befunde haben Gericht und Staatsanwaltschaft beschlossen, daß

1. das lange abgeschlossene Buback-verfahren nicht eröffnet wird
2. Zweidrittel der ursprünglichen Anklage eingestellt wird.

Warum wohl? Weil er das nicht verkraften könnte. Aber zwei Mordversuche, das ist noch im Rahmen dessen, was er begreifen bzw. prozessual erfassen kann. Für zwei Mordanklagen verhandlungsfähig genug, für sechs Mordanklagen nicht verhandlungsfähig (!).

Frage: Die „Rechts"sprechung zeigt sich in diesem Verfahren – wie gegenwärtig beim Prozeß gegen die „Bewegung 2. Juni" und anderen politischen Prozessen (Irmgard Möller, Verena Becker etc.) ganz klar. Sonnenberg wurde bei der Beweisaufnahme vom Verfahren ausgeschlossen, weil er den Vorsitzenden, als sein Antrag, daß ein medizinischer Gutachter am Prozeß teilnehmen soll, abgelehnt wurde, mit einem NS-Richter verglich. Gegen mehrfache Nazi-Mörder, deren zig-fache Mordtaten erwiesen sind, wird dagegen das Verfahren eingestellt. Stellt dieser Prozeß eine neue Qualität in der „Rechts"sprechung dar?

Heinisch: *Das Urteil, das gefällt wurde, wird deswegen in die Geschichte der politischen Justiz eingehen, weil noch nie ein Mensch mit derartigen Verletzungen verurteilt worden ist! Welche Angst mußte das Gericht haben, als es die zwei oder drei Anträge ablehnte, G.S. hier zu untersuchen?*

Bei jedem Eierdiebstahl beim Amtsgericht wird bei der Frage der Verhandlungsfähigkeit ein Arzt geholt, der an Ort und Stelle und unter dem Eindruck des laufenden Prozesses seine Befunde erhebt und Gutachten erstattet. Warum hier nicht? Befürchtet der Senat, es könnte sich ein a n d e r e s E r g e b n i s als das vom Staatsschutz gewünschte herausstellen?

Würde vielleicht noch deutlicher zum Ausdruck kommen, daß G.S. sich unter den gegebenen, isolierten Haftbedingungen vielleicht nie wird regenerieren können?

Derartiges klammert man dadurch aus, daß man selbstverständliche Anträge schlichtweg ablehnt. Das ist der justizpolitische Verdienst des Gerichtes!...

IKAH Westberlin

Dorff und Tauras weiter „kriminelle Vereinigungen"

Am 26.4.78 war im Frankfurter Staatsschutz-Prozeß gegen Klaus Dorff und Jürgen Tauras, die wegen der angeblichen Gründung und Mitgliedschaft in einer „internationalen Terrorgruppe" vor Gericht stehen, die Vernehmung des Zeugen Helmuth Heckmeyer vorgesehen. Einzig und allein auf den Aussagen dieses Kronzeugen vor Vernehmungsbeamten des BKA und des bayerischen LKA beruht der Vorwurf der „Kriminellen Vereinigung". Einzig und allein mit diesem Vorwurf werden zahlreiche Sonderbehandlungsmaßnahmen seit Jahr und Tag begründet: Versagung der Teilnahme an sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen; Dauerverlegung; kein gemeinsamer Umschluß der beiden Genossen zwecks gemeinsamer Prozeßvorbereitung; Dauerwecken während der Nacht; „entwürdigende Behandlung", so der gerichtlich bestellte Gutachter Prof. Schumacher, beispielsweise „das Mastdarmende des Gefangenen Tauras wurde mit Gewalt untersucht"; Verhängung der KONTAKTSPERRE während des „deutschen Herbst" usw.usw.

Bislang wurde den Angeklagten und ihren Verteidigern die vollständige Einsicht in die Akten der Heckmeier-Anschuldigungen von BKA/Staatsanwaltschaft versagt. Vorgelegt wurde lediglich eine abstruse belastende Aktenkollektion, während von Heckmeier erfolgte Widerrufe von gemachten Aussagen nicht in den Prozeß eingeführt wurden. Ebenfalls zurückgehalten wurden vom Staatsschutz besonders phantasievolle Aussagen dieses „Zeugen", die seine Unglaubwürdigkeit von vornherein dokumentiert hätten: etwa Waffendiebstähle bei der Bundeswehr, die dort aber überhaupt nicht bekannt sind; ebenso sieben angebliche KFZ-Diebstähle, während keines der Fahrzeuge tatsächlich als gestohlen gemeldet war und als besonderer Clou ein angebliches Treffen mit Astrid Proll, die zu diesem Zeitpunkt schon seit einem halben Jahr in Isolations-Haft saß.

Offenkundig hatte die Staatsanwaltschaft bereits bei der Anklageerhebung nach § 129 klar, daß die Aussage Heckmeiers in allen wesentlichen Punkten frei erfunden war. Mit der Selektion von Protokoll-Fragmenten der Heckmeier-Aussage wurde das Ziel verfolgt, alle belegten Widersprüche und Ungereimtheiten von vornherein auszuklammern.

Heckmeiers Aussage war danach: Er sagte n i c h t s aus und begründete seine Weigerung mit gegen ihn laufenden Ermittlungen. Das „objektive" Gericht akzeptierte diese Weigerung sofort. Anstatt aus diesem Zusammenbruch des Kernanklagepunktes die Konsequenzen zu ziehen und das Verfahren nach § 129 einzustellen, wandten die Richter wohlvorbereitet Trick 17 an.

Mit einem Federstrich wurde das Verfahren wegen § 129 vom übrigen Verfahren (Vorwurf des Bank- und Sparkassenüberfalls, der Urkundenfälschung und des unerlaubten Waffenbesitzes) abgetrennt.

Folge dieses Vorgehens ist, daß obwohl offenkundig nichts vorliegt, was den Vorwurf der „Kriminellen Vereinigung" stützt, die Angeklagten weiter als Staatsschutzgeiseln festgehalten werden sollen, mit allen Konsequenzen, die das für sie haben kann (siehe Stammheim und Stadelheim).

Anstatt nach Aufhebung der Haftbefehle wegen der übrigen in diesem Verfahren weiterverhandelten Anklagepunkte wurden zurückgewiesen, obwohl insbesondere gegen Tauras überhaupt keine belastenden Zeugenaussagen vorliegen und auch gegen Dorff nur wenige von über 100 Zeugen ausgesagt haben, zudem ein evtl. zu erwartendes Strafmaß schon längst durch die erlittene Untersuchungshaft abgedeckt ist.

Ihre besondere Unvoreingenommenheit stellte die hessische Staatsschutzkammer ein weiteres Mal unter Beweis, indem sie sämtliche Beweisanträge der Verteidiger Ronte, Weider und Weidenhammer ablehnte, die aufgedeckt hatten, daß auch in kriminalistischer und kriminaltechnischer Hinsicht keine Beweise für die Täterschaft der beiden Genossen vorliegen.

Über den als Folge dieser Entscheidung gestellten Befangenheitsantrag gegen das hohe Gericht muß nun das OLG entscheiden.

Drei Befangenheitsanträge gegen seinen Vorsitzenden wies die hessische Staatsschutzkammer bereits zurück.

KB/Gruppe Frankfurt

„Meinungsbildung bei Gefangenen ist erfolgt"

Nach einem Beschluß der hessischen Staatsschutzkammer stellten Artikel im ARBEITERKAMPF Nr. 120 *„die Verhältnisse in bundesdeutschen Justizvollzugsanstalten so dar, als ob Gefangene damit rechnen müßten, ermordet zu werden."* Es handele sich um eine *„entstellende und böswillig verzerrte Darstellung der Verhältnisse in den Vollzugsanstalten und ist geeignet, innerhalb der Haftanstalten eine Atmosphäre des Hasses und der Gewalt zu provozieren, um eine Solidarisierung der bewußt falsch und entstellend informierten Anstaltsinsassen in Unruhe zu versetzen und dadurch Sicherheit und Ordnung in der Anstalt zu gefährden."*

Deshalb durfte der ARBEITERKAMPF nicht an die gefangenen Genossen weitergeleitet werden. Das zuständige Oberlandesgericht hat mittlerweile mit einem gewissen Realismus festgestellt, daß *„soweit die Vorgänge in Stammheim angesprochen werden ..... eine Störung in der Justizvollzugsanstalt nicht zu befürchten (sei), weil in soweit eine Meinungsbildung, auch unter den Gefangenen, längst erfolgt ist und neue Aspekte nicht vorgebracht werden".* Deshalb sei der ARBEITERKAMPF weiterzuleiten.

Prozeß um die JVA Werl gewonnen in erster Instanz !

Am 28.April fand vor dem Amtsgericht Arnsberg (Sauerland) ein Beleidigungsprozeß gegen Arnsberger Flugblattverteiler statt. In zwei Flugblättern, die im April/Mai 77 verteilt worden waren , hatten Arnsberger Genossen die Zustände in der JVA Werl kritisiert und auf die damals lebensgefährliche Erkrankung von Lothar Gend hingewiesen. Einige Formulierungen dieser Flugblätter wurden von der Anstaltsleitung als „beleidigend" empfunden. Nach der Beweisaufnahme blieb nur noch eine Formulierung übrig (die Bezeichnung „Totenmühle" für die JVA Werl) und das Gericht billigte den Angeklagten zu, das nicht beleidigend gemeint zu haben. Der Haken war jedoch, daß zur Beweisaufnahme nicht zugelassen worden war, die wirklichen kritikwürdigen Zustände zu belegen, sondern jeder Beweisantrag der Verteidigung als unerheblich abgewiesen wurde. Man wollte offenbar Kritiker bestrafen und gleichzeitig den Mantel der Verschwiegenheit über den Gegenstand der Kritik decken. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Berufung gegen die Freisprüche eingelegt. Das sollte uns ein Ansporn mehr sein, die Zustände, die in der JVA Werl herrschen, umfassender und breiter ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

Wieso „Totenmühle"?

Die Argumentation der Verteidigung, der das Gericht sich nicht anschliessen wollte, war, daß „Totenmühle" die – besonders unter Gefangenen – gängige Bezeichnung für den Werler Knast ist, wie Klingelpütz in Köln und Santa Fu in Hamburg.

„Im 'Tausendjährigen Reich' wurden dort hunderte Deportierte aus Polen und anderen Beuteländern zu Tode geschunden. Sie mußten bis zur Entkräftung in unterirdischen Katakomben für die braune Rüstungsindustrie schuften.

Es wurde in drei Schichten gearbeitet, und der Knast war so mit Sklaven vollgestopft, daß drei Mann in einem Bett schlafen mußten. Ein Häuflein ausgemergelter Gestalten überstand das Elend und wurde 1945 von einrückenden Engländern befreit" („das da", Mai 78).

von einrückenden Engländern befreit" („das da", Mai 78).



Wie sieht es heute in der JVA Werl aus ?

„7.1.77: Der Gefangene Birkhammer, 50 Jahre, beschwert sich bei dem verantwortlichen Beamten darüber, daß ein Einschreibebrief von ihm unterwegs „verschwunden" ist. Der Wärter Brecht erklärt, er werde Birkhammer 'auf die richtige Größe zurechtstutzen' und klemmt beim Einschließen dessen Arm zwischen Tür und Wand ein.

Um 10.30 Uhr wird Birkhammer beim Gang zur Dusche von Brecht und dem Wärter Schmitz jun. von hinten angegriffen und geschlagen. Das Rollkommando schleift den Gefangenen prügelnd in eine der berüchtigten 'B-Zellen'. Wärter Schmitz jun. bricht durch Schläge mit dem Schlüsselbund Birkhammers rechtes Schlüsselbein!

Später versucht Birkhammer Strafantrag zu stellen und schreibt an den Sozialdemokratischen Arbeitskreis für Rechts- und Verfassungsfragen im Düsseldorfer Landtag. Solche (Briefe) jedoch, ebenso wie die an seinen Anwalt gerichtet sind, kommen öfters nicht an ..." (aus dem Flugblatt „Gefängnisskandal in Werl").

Diese Angaben wurden keinesfalls als Verleumdung o. ä. aufgefaßt, eben weil sie reine Tatsachen sind. Im Gegenteil: Die Staatsanwaltschaft nahm das Flugblatt zum Anlaß gegen die beschuldigten Beamten zu ermitteln!

Als beleidigend wurde vielmehr – losgelöst von den Enthüllungen des Flugblatts – folgende Formulierung aufgefaßt: *„.... was für skandalöse und menschenverachtende Zustände ..."*

Ein weiteres Beispiel aus dem Flugblatt: *„24.12.76: Der Gefangene Eicker berichtet morgens beim Hofgang seinen Mitgefangenen, daß er vom Werler Anstaltsarzt nicht ausreichend behandelt wird und daß er nicht dran glaube, seine Reststrafe unter diesen Bedingungen überleben zu können. Als der Gefangene Diesing einen Aufsichtsbeamten daraufhin anspricht und sofortige ärztliche Hilfe für seinen Kollegen fordert, wird er barsch zurückgewiesen. In der Nacht hören Gefangene verzweifelte Klopfzeichen aus Eickers Zelle, was dafür spricht, daß dieser auch den Notruf betätigt hatte. Am nächsten Morgen liegt Eicker mit einem akuten Herzinfarkt unter seinem Bett. (7.15 Uhr - Essenausgabe). Ein Arzt traf jedoch erst um 9 Uhr ein !!! Eicker ist tot! Gegen die Verantwortlichen hat der kommunistische Schriftsteller Peter-Paul Zahl (der z. Zt. in Werl 15 Jahre Gesinnungshaft absitzen muß) bei der Staatsanwaltschaft Arnsberg ein Ermittlungsverfahren wegen unterlassener Hilfeleistung im Amt und Mord beantragt. Als der Zeuge Diesing in Werl die Umstände von Eickers Tod kritisierte, wurde er vom Inspektor Anders gewaltsam aus dem Büro geworfen und ihm die Verlegung auf die psychiatrische Sonderstation B1 angedroht, wenn er die Vorfälle in der JVA Werl weiter bekannt macht!"* (Flugblatt „Gefängnisskandal ...")

„Ein auf der Station 'B1' tätiger Aufsichtsbeamter (er wurde inzwischen zum Aufsichtsdienstleiter des Hafthauses III befördert), soll eine eigene 'Beruhigungsmethode' entwickelt haben, die offensichtlich auf seine Erfahrungen in der heimischen Schweinezucht zurückzuführen ist. Er brachte nach Berichten des Gefangenen Manfred A. (Name geändert) B1-Insassen zur Räson, indem er ihnen drohte, 'ihre Eier abzuquetschen', wie er es zuhause bei den widerborstigen Ebern auch mache. Es gab in Werl Gefangene, die beim Anblick dieses, nach Meinung des damaligen nordrheinwestfälischen Justizministers Posser, aufopferungsvollen Kerkermeisters noch Jahre nach ihren Erfahrungen im B-Flügel vor Angst schlotterten ..." („das da", Mai 78). All diese Dinge sollten nach Ansicht des Gerichts nicht als skandalös und menschenverachtend bezeichnet werden dürfen, ganz gleich, ob man sie belegen kann oder nicht. Zu drei oder vier Vorfällen lagen die Ermittlungsakten auf dem Richtertisch!! Dem Gericht lag daran, die Vorfälle unter den Tisch zu kehren.

widerborstigen Ebern auch mache. Es

Das Gericht hielt es für unerheblich, daß der Gefagene Lothar Gend aussagen kann, daß er vom Anstaltsarzt Michaelis nicht oder nicht ausreichend behandelt worden ist, obwohl er schon bei seiner Einlieferung Blut und Eiter im Stuhlgang hatte sowie eine Verhärtung im Darmbereich, und daß die vom Gutachter Dr. Vogt im Haftkrankenhaus Bochum festgestellten Krankheiten in Werl nicht behandelt worden sind.

In einem der Flugblätter war erwähnt worden, daß mehrere NPD-Mitglieder in der JVA beschäftigt sind, u. a. der (zumindest damalige Orstvorsitzende) Pommeranz. Er sollte nach dem Willen der Verteidigung vernommen werden. Es hätte sich dabei herausgestellt, *„daß dieser Zeuge auch in einem nicht-demokratischen Staatswesen seinen Dienst getan hätte."* Er hätte außerdem bekundet, *„daß er und seine Gesinnungsfreunde die Auffassung vertreten, auch die Nazi-KZ-Wächter hätten nur ihren Dienst getan"* (aus einem Antrag des Verteidigers Wolfgang Weckmüller). Persönlich fügte RA Weckmüller noch hinzu, die NPD würde bekanntlich, obwohl die Todesstrafe grundsätzlich verboten ist, nicht nur für die Wiedereinführung plädieren, sondern auch für deren Anwendung gegen das Gesetz und z. B. bei Geiselnahme wie im Fall der Schleyerentführung, vertreten, es müßten solange Gefangene erschossen werden, bis die Geisel frei ist.

Als rein formale Beleidigung wurde indessen das folgende Zitat angeklagt: *„Wer will eigentlich garantieren, daß einige Wärter nicht zu anderen Zeiten vielleicht in Konzentrationslagern ihrem tödlichen Handwerk nachgegangen wären?"*

Durch die konkreten Äußerungen und Enthüllungen hat sich offensichtlich niemand beleidigt oder verleumdet gefühlt. Das wäre auch zum Bumerang geworden, dann hätte nämlich die Wahrheit der Behauptungen zur Debatte gestanden! Statt dessen bemängelten das Gericht und die Staatsanwaltschaft, die Flugblattschreiber hätten ihre Kritik, die sie selbstverständlich in einem demokratischen Staatswesen äußern dürften, mit mehr Zurückhaltung und abgewogenen Worten vorbringen müssen.

Justiz-Skandal in NRW?

Wenn die beanstandeten Zitate wirklich irgendjemanden beleidigt haben könnten – was aber offensichtlich nicht der Fall ist – so würden sie doch weit hinter dem zurückstehen, was in Werl mit gefangenen Menschen gemacht wird. Unseres Erachtens mag es obendrein auch gerechtfertigt sein, mal eine handfeste Beleidigung oder Provokation auszusprechen, wenn man es mit anderen Mitteln nicht erreichen kann, eine skandalöse Sache ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Dies wird sogar vom Strafrecht gedeckt.

Immerhin hat selbst eine ausführliche und begründete Petition an den nordrheinwestfälischen Landtag nichts geändert und keine personellen Konsequenzen gehabt.

Peter-Paul Zahl und Manfred Becker *„gegenüber soll die Anstalt mit dem Mittel von Zuckerbrot und Peitsche verfahren sein, mit dem sie* (Manfred Becker; Anm. AK) *zur Rücknahme einer Petition an den Landtag bewegen wollte. Als Vergünstigungen wurden ihm die Verlegung in eine Anstalt seiner Wahl in Aussicht gestellt. Als er sich darauf nicht einließ, wurde er selbst auf diese Station* (die Isolierstation B1; Anm. AK) *verlegt"* (aus einem Beweisantrag von RA Peter Budde).

Alle Beweisanträge zu den konkreten Vorwürfen der Flugblätter verwarf das Gericht als unerheblich. Es bestand in der Tat ein reges Interesse, das Thema Werl unterzumauscheln. Jedoch schon im Prozeß selber hat das Gericht erkennen können, daß ihr das trotzdem nicht gelungen ist. Durch ein Flugblatt und Mund-zu-Mund-Propaganda waren aus Arnsberg und Umgebung 80 – 100 Besucher gekommen, was selbst den Vergleich mit Großstadtprozessen nicht zu scheuen braucht. Selbst die Lokalpresse berichtete zum Teil recht positiv. Mit Freisprüchen glaubte das Gericht vermutlich, die Geschichte begraben zu können.

blatt und Mund-zu-Mund-Propaganda waren aus Arnsberg und Umgebung

Ursprünglich war auch Kai Ehlers, der presserechtlich Verantwortliche des AK, angeklagt gewesen, weil sein Name – allerdings unbefugt und ohne sein Wissen – ins Impressum des einen Flugblatts geraten war. Sein Freispruch, den auch der Staatsanwalt gefordert hatte, ist inzwischen rechtskräftig.

Aber die Zustände in Werl sind immer noch viel zu wenig bekannt geschweige denn geändert! Und die drei anderen Angeklagten erwartet ein Berufungsverhandlung! Der Prozeß und die Lage der Werler Gefangenen bleibt unsere gemeinsame Sache! Da die Dokumentation der Knastgruppe Ossendorf über Werl inzwischen vergriffen ist und auch einiges neue Material hinzugekommen ist, ist vorgesehen, in Kürze eine neue Broschüre über Werl herauszubringen.

Wir möchten an dieser Stelle alle, die handfestes Material über Werl haben, bitten, es uns zur Verfügung zu stellen. Der Schuß gegen die Meinungs- und Informationsfreiheit muß nach hinten losgehen. Dazu bitten wir auch finanzielle Unterstützung zu leisten: Für die Enthüllung der Zustände in Werl und die Unterstützung der Angeklagten, von denen zwei sich im ersten Prozeß keinen Verteidiger leisten konnten!

Solidaritätsfond des Initiativkomitee Arbeiterhilfe:
Konto: 1 244 365 3
„Arbeiterhilfe e.V."
Bank für Gemeinwirtschaft
Hamburg
Stichwort 'Werl'

Initiativkomitee Arbeiterhilfe Hamburg

Initiativkomitee
ARBEITERHILFE
Methfesselstr. 21
2000 Hamburg 19

Kontakt:
Montag – Freitag : 20 – 22 Uhr
Samstag /Sonntag : 13 – 16 Uhr
Tel. 040/491 28 49



„Frankfurter Rundschau" bestätigt:

Polizei schreibt mit!

Interessantes geht aus einem Briefwechsel zwischen einem Antifaschisten und der Redaktion der „Frankfurter Rundschau" (FR) hervor, der sich mit der Berichterstattung der „liberalen" FR über den Aufmarsch der Neofaschisten am 26.2.78 in Hamburg-Lurup und dem Protest von 600 Antifaschisten dagegen auseinandersetzt.

Besonders empört war der Leser über die von der „Deutschen Presse-Agentur" (DPA) verbreitete Lüge: „Polizei verhindert Blutbad" („FR", v. 27.2.1978, Seite 4). Tatsächlich waren die Polizeikräfte angerückt, um den Faschisten den Weg durch die demonstrierenden Antifaschisten zu sichern, was der Polizei nur durch Knüppeleinsatz gelang. Dazu erklärte im Auftrag der Redaktion ein Herr Heider: *„Zu Ihrer Anmerkung, dpa-Berichte nicht ungeprüft zu übernehmen, würden wir von ihnen gerne einmal hören, wie sie sich denn eine Überprüfung vorstellen. Schon wegen der Aktualität können wir in der Regel gar nicht anders, als die Berichte der Nachrichtenagenturen ungeprüft zu übernehmen. Bei Vorkommnissen, wie in der von ihnen kritisierten Meldung geschilderten, dürfte sich auch die Agentur häufig auf den Polizeibericht stützen. Selbst die am Ort vertretenen Zeitungen werden oft dessen Wortlaut übernehmen müssen, da sie naturgemäß nicht zu allen Veranstaltungen eigene Berichterstatter schicken können. Doch sogar ein solch eigener Berichterstatter aber böte auch keine Garantie für eine umfassende objektive Schilderung, da der einzelne das Gesamtgeschehen nicht zu überblicken vermag und wiederum auf Zeugenaussagen angewiesen wäre". (Aus dem Brief der Redaktion vom 3.3.78).*

Bei "Vorkommnissen" wie Polizeieinsätzen gegen Demonstrationen kann man als Leser also getrost davon ausgehen, daß Berichte, die nicht ausdrücklich auf die Nachrichtenquelle hinweisen, direkt von der Polizei selbst geschrieben sind. Bemerkenswert an dieser Feststellung ist, daß dieser von der demokratischen Öffentlichkeit immer wieder benannte und von den verantwortlichen Stellen geleugnete Tatbestand nun einem Leser durch eine Redaktion, die es wissen muß, bestätigt wird.

Da es sich offensichtlich hier nur um die Spitze des Eisberges handelt, sind noch weitere Hinweise und Details über die „Unabhängigkeit" der bürgerlichen Medien zu erwarten.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Justiz stempelt Journalisten

Justiz stempelt Journalisten zum Verfassungsfeind

Im Mai 1977 hatte der Heidelberger Journalist Michael Buselmeier für die WDR-Reihe „Autoren als Gerichtsreporter " über ein Verfahren vor dem Heidelberger Landgericht berichtet. Die kritischen Bemerkungen Buselmeiers veranlaßten den Oberbürgermeister und SPD-Mitglied, Ernst Zundel, ein Berufsverbot des Journalisten beim WDR-Programm-Beirat zu fordern. In einem Brief an den WDR-Intendanten und Parteifreund, von Sell, behauptete Zundel, Buselmeier –*„in Heidelberg weithin wegen seines politischen Extremismus wohlbekannt" –sei"als Autor jenseits der Grenze unseres Verfassungsstaates anzusiedeln."* („FR", 8.4.78)

Gegen diese denunziatorischen Äußerungen klagte B. beim Karlsruher Verwaltungsgericht – vergeblich – auf Unterlassung. Das Gericht bestätigte Zundel am 20.1. dieses Jahres: *„Die Behauptung ist erweislich wahr."* („AZ" III/260/77). Bei diesem Urteil stützte sich das Gericht auf zwei Jahrgänge der Heidelberger Alternativ-Zeitung „Heidelberger Rundschau", in der B. regelmäßig über die lokale Justiz und die Lokal-Politik schreibt. Auf einer sieben Seiten umfassenden Urteilsbegründung wurde noch einmal aufgelistet, was nach Meinung der Herrn Richter zum Ausschluß aus dem Verfassungsstaat ausreicht: So u.a. Buselmeiers Feststellung, daß die Staatsgewalt *„allgemein repressiv"* sei. An anderer Stelle schrieb B., daß *„die Tradition der Weimarer Justiz und der faschistischen Ära ungebrochen (scheint)"* und anderes richtiges mehr.

Besonders anlgelastet wurde dem Journalisten seine Position zum KBW, der ja im Heidelberger Stadtrat vertreten war. Entgegen der üblichen Hetze gegen den KBW vertrat B. den Standpunkt, daß die KBW-Position im Stadtrat gemessen „an der großen Koalition von CDU und SPD" eher links gewesen sei, der KBW aber letztendlich an seiner eigenen Borniertheit, seinen hanebüchenen Forderungen und seinen politischen Einschätzungen gescheitert sei..Demzufolge forderte B. auch in einem Artikel „kritische Solidarität" mit dem KBW.

Deswegen mußte er sich vom Gericht sagen lassen, sei die Politik des KBW *„allem Anschein nach auch die vom Kläger vertretene."*

Wie vor der großen Inquisition müssen einzelne politische Aussagen des Betroffenen herhalten, um ihn letztendlich zum „Verfassungsfeind" zu stempeln. Im klaren Bewußtsein darüber, daß dieses Urteil das Berufsverbot dieses Journalisten vorprogrammiert hat, erklärt das Gericht zu Beginn der Urteilsbegründung, daß die Äußerung des SPD-Mannes Zundel *„zwar geeignet (sei), die Ehre des Klägers zu verletzen und seine berufliche Reputation zu beeinträchtigen"*, kommt entsprechend auch dessen Ansinnen, einen kritischen Journalisten mundtot zu machen, dienstbeflissen entgegen. Noch hat der WDR nicht entschieden, ob er Buselmeiers Beitrag absetzt oder nicht. (Nach „FR" 8.4.78)

Es soll offensichtlich scheibchenweise die Berufsverbotepraxis in den Medien eingeführt werden.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Macht den NDR nicht kaputt

Am 12.4. stellte sich in Hamburg eine Initiative „Bürger für freien Rundfunk" vor, die aus Schriftstellern, Journalisten und Wissenschaftlern besteht.

Die Initiative wendet sich gegen die Angriffe der CDU, die die öffentlich-rechtliche Struktur von Rundfunk und Fernsehen angreifen und unter dem Deckmantel der *„Ausgewogenheit"* einen *„Staatsfunk"* fordern. Die Initiative kündigte dazu eine Schriftenreihe an und fordert eine Diskussion im 3. Programm des NDR. Eine ähnliche Diskussion war seinerzeit im WDR zwischen Redakteuren Schriftstellern und Verantwortlichen gelaufen.



Militarismus Antimilitarismus



Abrüstungsdemonstrationen am 20.5.

Wie in jedem Jahr führt auch diesmal das »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« am 20. Mai in verschiedenen Städten der Bundesrepublik (s. Kasten) Abrüstungsdemonstrationen durch. Für den Aufruf »Nein zur Neutronenbombe, Beendet das Wettrüsten!« wurden 50000 Unterschriften gesammelt. Neben der IG-Metall-Jugend, verschiedenen Landesjugendverbänden des DGB und Verbänden der IG Druck und Papier unterschrieben Organisationen wie die Naturfreundejugend, die Falken, Jusos, Judos, der VDS, DFG/VK,DFU, SHB und die DKP-Organisationen selbst.

Wiesbaden
Treffpunkt: 12.00 Uhr – Breitenbach (Nähe Hbf.)
Kundgebung: 14.00 Uhr – Luisenplatz

München
Treffpunkt: 11.00 Uhr – Maria-Hilf-Platz
Kundgebung: 13.00 Uhr – Marienplatz

Nürnberg
Treffpunkt: 11.00 Uhr – Vordere Insel Schütt
Kundgebung: 13.00 Uhr – Platz vor der Lorenzkirche

Bonn
Treffpunkt: 11.00 Uhr – Hofgarten
Kundgebung: 12.30 Uhr – Bottlerplatz

Essen
Treffpunkt: 12.00 Uhr – Universitätsstraße
Kundgebung: 13.30 Uhr – Kennedyplatz

Osterholz-Scharmbeck
Treffpunkt: 10.30 Uhr – Erntefestplatz „Klosterholz"
Kundgebung: 12.00 Uhr – Osterholz-Scharmbeck
Friedensfest: 14.00 Uhr – Erntefestplatz

Münster
Treffpunkt: 14.00 Uhr – Südpark / Josefskirche
Kundgebung: 17.00 Uhr – Aasee

Demonstration der „Komitees" am 20.5.78.

Neben den aufgestellten Abrüstungsforderungen wird in dem Aufruf die angebliche *»politische Entspannung«* hochgejubelt. Ebenso werden die bisherigen sog. »Abrüstungsabkommen« als großartige Erfolge gefeiert. Abkommen, die kaum noch als Feigenblatt für die fieberhaften Aufrüstungsanstrengungen von NATO und Warschauer Pakt verkauft werden können. Dieser Aufruf ist - wie alljährlich - mit Rücksicht auf die DKP so verfaßt, die ja bekanntlich alle Aufrüstungsschritte des Warschauer Paktes bis hin zum möglichen atomaren Gegenschlag verteidigt. Es bleibt zu

tes bis hin zum möglichen atomaren Gegenschlag verteidigt. Es bleibt zu

hoffen, daß auf den Demonstrationen in diesem Jahr nicht wiederum Parolen aus den Demonstrationen geprügelt werden, die sich gegen diese Entspannungsillusionen wenden, wie es im letzten Jahr beispielsweise in München geschah.

Denn auch diesmal werden sich viele Menschen an den Demonstrationen beteiligen, die nichts von Entspannungsschwindel halten und dies teilweise auch offen zum Ausdruck bringen werden.

Demonstration gegen Krieg und Faschismus in Hamburg

In Hamburg wird es am 20.5. ebenfalls eine Demonstration gegen das Wettrüsten geben. Die Demonstration unter der Parole »Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg« richtet sich gleichzeitig gegen die mehrtägigen Faschisten-Aufmärsche angesichts des Hamburger Wahlkampfs (s. Artikel in diesem AK). Die Demonstration kam auf Initiative der Hamburger »Selbstorganisation der Zivildienstleistenden« zustande. Dies dürfte erstmals seit Jahren in der BRD eine Abrüstungsdemonstration sein, wo sich ein breiteres Bündnis zusammenfindet, das nicht gleichzeitig Friedensillusionen mit den Abrüstungsverhandlungen, die derzeit laufen, verknüpft.

Abrüstungsveranstaltung in Nürnberg

Mit einem eigenständigen Aufruf, der sich ebenfalls gegen »Verschleierung« der »massierten Kriegsvorbereitungen« durch Friedensverhandlungen wendet, ruft in Nürnberg ein breiteres Bündnis zur Beteiligung an der Demonstration des Komitees und gleichzeitig zu einer eigenen Veranstaltung (am 18.5.) auf. An dem Bündnis sind die dortige DFG/VK Ortsgruppe, die SO mehrerer bayerischer Orte, die Jusos, Falken, Pfadfinder, Naturfreundejugend (Mitte), der BDP, Bund für Geistesfreiheit, sowie eine örtliche Schülergruppe und die BI beteiligt.

Geistesfreiheit, sowie eine örtliche Schülergruppe und die BI beteiligt.

Neun Monate Bewährung für Antimilitaristen

Flensburg. Am 2. Mai wurde in Flensburg in einer Reihe von Wehrkraftzersetzungsprozessen gegen KBW-Mitglieder oder Sympathisanten das erste Urteil gesprochen: neun Monate Gefängnis ohne Bewährung wegen *„fortgesetzter verfassungsfeindlicher Einwirkung auf die Bundeswehr und andere öffentliche Sicherheitsorgane in Tateinheit mit Verunglimpfung des Staates und Beleidigung"*. In der Anklageschrift hatte es geheißen: *„Der Angeklagte zeichnete als presserechtlich Verantwortlicher für das Flugblatt vom ... 4. November 1977... In der Druckschrift werden die Angehörigen der Bundesgrenzschutzeinheit GSG 9 als ‚blutrünstige Metzgerhunde' bezeichnet. ‚Ihr Heldentum' stehe ‚dem Freikorps der SS und der Legion Condor in nichts nach'. Der Staat und die Bundeswehr werden diffamiert, indem behauptet wird, die Soldaten würden durch Unterdrückung und Schikane ‚für die Ziele der herrschenden Klasse und ihrer imperialistischen Armee gefügig' gemacht. Es wird zur ‚Zersetzung des staatlichen Gewaltapparates' aufgerufen."* Über ein anderes Flugblatt sagte die Anklage:

„In dem Flugblatt wird unterstellt, die Bundeswehrführung verfolge imperialistische Ziele und plane, ‚die jungen Arbeiter und Angestellten in Uniform' sollten ‚den Widerstand ihrer Klassenbrüder gegen den Imperialismus brechen, d.h. sie zusammenschießen'. Die Soldaten werden gegen die Offiziere, die als ‚Offizierspack' bezeichnet werden, aufgehetzt... . Der Angeklagte beabsichtigte mit der Verbreitung dieser Druckschrift ersichtlich, die Soldaten der Bundeswehr von der Erfüllung ihres Auftrags, die äußere und innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu schützen, abzubringen. Weiter verfolge er das Ziel, das Vertrauen des angesprochenen Personenkreises in den freiheitlichen Rechtsstaat zu erschüttern, um den Boden für die Errichtung einer ‚bewaffneten Volksmacht' und damit für eine Gewalt- und Willkürherrschaft zu bereiten. Er hat sich somit absichtlich für Bestrebungen gegen die Verfassungsgrundsätze ... eingesetzt."

Das Gericht schloß sich in seinem Urteil voll den Ausführungen der Staatsanwaltschaft an. Zynischerweise machte es „mildernde Umstände" (einen Monat Gefängnis weniger) mit der Begründung geltend, daß die Flugblätter in den Kasernen keinerlei Wirkung erzielt hätten. Für das „richtige" Prozeßklima sorgten entsprechende Polizeiaufgebote im Gericht (vom zweiten Tag an wurde der Prozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt) und auch gegen verschiedene Agitations-Einsätze der vom KBW beherrschten „Soldaten- und Reservistenkomitees" in der Flensburger Innenstadt, wobei es nicht nur zu Handgreiflichkeiten gegen KBW'ler kam, sondern in einem Fall auch ein angemeldeter Informationsstand des Stadtschülerkomitees und der BI von mehreren Polizisten angegriffen wurde.

Mit diesem Urteil wird einerseits exemplarisch die „Wehrkraftzersetzung" mit härtesten Strafen belegt, andererseits wird der KBW zu weiteren großsprecherischen Taten provoziert. In der nächsten Zeit wird es weitere Verfahren geben, die SRK-Zeitung „Volksmiliz" spricht von 21 Verfahren gegen ihre Mitglieder. Geradezu selbstzerstörerisch ist es, wenn trotz dieser Maßnahmen der KBW unseres Wissens an keine Gruppe herangetreten ist, und sei es auch nur, um dort eine Resolution vorzulegen. Stattdessen zieht der KBW-Trupp mit Gesängen durch die Flensburger Innenstadt, wie: „Vorwärts Soldat, Polizist, Arbeitsmann, für das Recht auf Kündigung, jetzt geht's ran!"

Unbeschadet dieser Verrücktheiten gilt es, diese Prozesse breiter öffentlich zu machen.

Ein Flensburger Genosse

Es knistert in der DFG/VK

In der DFG/VK haben sich in den letzten Wochen und Monaten die Auseinandersetzungen über verschiedene Fragen erheblich verschärft. Die strittigen Punkte waren die Unterstützung des Russell-Tribunals, das Verhältnis zur SOdZDL und die Linie im Kampf um Abrüstung und Entspannung. Breitere Kritik gab es auch an der innerorganisatorischen Demokratie und der Konzeption der Verbandszeitung »Zivilcourage«. Deutlich wurde bei diesen Auseinandersetzungen, daß es eine nicht unbedeutende Opposition gegen die (Revi-orientierte) Politik der Vorstandsmehrheit gibt, die - u.a. durch die Stärkung der SOdZDL - in der letzten Zeit an Durchsetzungsvermögen gewonnen hat. Deutlich wurde allerdings auch, daß die alteingesessene Vorstands-Mehrheit diese neue Entwicklung nicht ohne massiven Widerstand hinnehmen will: die ersten Angriffe richteten sich gegen die SO, die angeblich vom KB unterwandert und majorisiert werde. Bei der letzten Bundesausschußsitzung Ende April wurden die ersten massiven Angriffe gegen »abtrünige« Vorstandsmitglieder gefahren.

Grundlage der Diskussion war ein Papier der Bremer DFG/VK- Gruppe, in dem Eva-Maria Bannach (Landesvorsitzende in Westberlin) und Wilfried Twachtmann (Landesvorsitzender Nord) scharf angegriffen werden. Darin heißt es: *»Mit Besorgnis betrachtet die Gruppe Bremen der DFG/VK einige Vorgänge innerhalb und außerhalb unseres Verbandes, die uns aus verschiedenen Briefen, Veröffentlichungen und BV-Protokollen bekannt wurden. Wir sind erstaunt über den Inhalt des 'Berlin-Intern' 11, wo dem Bundesvorstand u.a. eine 'sklavische Unterwürfigkeit gegenüber der antikommunistischen DKP-Politik' vorgeworfen wird. Ernsthaft fragen wir uns, ob die Westberliner Gruppe der DFG/VK bereits vom Verfassungsschutz oder ähnlichen Institutionen unterwandert ist, da sie mit solchen Äußerungen die Lügen unserer schlimmsten Gegner*

oder ähnlichen Institutionen unterwandert ist, da sie mit solchen Äußerungen die Lügen unserer schlimmsten Gegner

untermauert!

Der ebenfalls aus Berlin stammende Aufruf 'Pazifisten für das Russell-Tribunal' erfüllt unserer Ansicht nach den Tatbestand einer Fälschung. Es wird der Eindruck erweckt, der Aufruf stamme von der DFG/VK, was jedoch nicht der Fall ist. Es fehlt dem Aufruf jeder Hinweis auf die wirklichen Verfasser.

Auch ein dritter Grund unserer Besorgnis liegt in Berlin, es ist die Initiative 'Sozialisten in der DFG/VK'. Wir unterstützen eine innerverbandliche Diskussion über politische Fragen; in dem Vorgehen der Initiatoren sehen wir doch die Gefahr der Spaltung unserer Organisation und verurteilen dieses Verhalten. Wir bitten den Bundesvorstand, sich mit den Aktivitäten des BV-Mitglieds Wilfried Twachtmann zu befassen. Wenige Tage vor der zentralen Demonstration der DFG/VK am 25.2. in Bonn ging uns ein Schreiben des LV Hamburg/Schleswig- Holstein zu, in dem von Wilfried Twachtmann aufgefordert wurde, nicht an dieser Demonstration, sondern an einer gleichzeitig in Hamburg stattfindenden teilzunehmen. Wir verurteilen diesen Versuch der Schwächung und Spaltung der zentralen Demonstration in Bonn und fordern Wilfried Twachtmann auf, hierzu Stellung zu nehmen.

Nach alledem konnte es uns schließlich nicht mehr sehr verwundern, daß es Bestrebungen gibt oder gab, von Eva-Maria Bannach-Epple aus Berlin und Wilfried Twachtmann aus Hamburg, ein auf erlogenen Vorwürfen basierendes Gegenorgan zur Zivilcourage mit dem Titel 'Mehr Zivilcourage' zu schaffen.

Die Häufung derartiger verbandsschädigender Vorfälle in der letzten Zeit scheint uns nicht mehr zufällig zu sein. Wir sehen die Einheit unseres Verbandes gefährdet und werden uns gegen alle Spaltungs- und Schwächungsversuche, seien sie bewußt oder unbewußt unternommen, zur Wehr setzen. Ausdrücklich sprechen wir dem Bundesvorstand und der 'Zivilcourage' Redaktion unser Vertrauen aus und versichern sie unserer kritischen Solidarität.

Mit Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, daß Eva-Maria Bannach-Epple und Wilfried Twachtmann ihre Absicht, ihr BV-Mandat niederzulegen, nicht wahrmachen wollen. Wir fordern sie auf, diesen Rückzieher noch einmal zu überdenken und entweder spätestens auf dem nächsten Bundeskongress aus dem Bundesvorstand zurückzutreten oder ihre verbandsschädigende Haltung aufzugeben und mit uns allen gemeinsam für Frieden und Abrüstung zu kämpfen!«

Diesen Angriffen voraus ging eine Auseinandersetzung auf der Bundesvorstandssitzung am 10./11. Dezember um genau diese Fragen.

Zur Frage der Zeitung »Mehr Zivilcourage« wurde vom verantwortlichen BV-Mitglied Schwammborn das Vorgehen von Eva-Maria Bannach und Wilfried Twachtmann als *»eindeutige Provokation«* bezeichnet, *»da beide während der gesamten Zeit ihrer Zugehörigkeit zum Bundesvorstand kein einziges Mal über Form oder Inhalt der ZC auf einer BV- Sitzung diskutiert hätten. Er betrachtet die Absicht der beiden BV- Mitglieder, ein Gegenorgan zur Verbandszeitschrift herauszugeben, zugleich als persönlichen Angriff gegen sich und seine Arbeit als verantwortlicher Redakteur der Verbandszeitschrift mit dem Ziel, die notwendige Vertrauensbasis innerhalb des BV zu zerstören«.*

In einem Beschluß des Bundesvorstandes stellte dieser fest, daß *»eine fruchtbare Redaktionsarbeit unter dem Druck eines konkurrierenden Verbandsorgans nicht möglich ist. Dem Vorgehen der BV-Mitglieder - Eva-Maria Bannach und Wilfried Twachtmann - mit dem Ziel, eine Publikation mit dem Titel 'Mehr Zivilcourage' zu erstellen, wird die Mißbilligung des Bundesvorstandes ausgesprochen. Diese Publikation wurde vom Bundesvorstand mehrheitlich als Antiorgan zur*

Bundesvorstandes ausgesprochen. Diese Publikation wurde vom Bundesvorstand mehrheitlich als Antiorgan zur

Verbandszeitschrift eingeschätzt. Grundsätzlich stellt der Bundesvorstand fest, daß das Erscheinen eines 'Gegenorgans' zur Verbandszeitschrift, von wem auch immer herausgegeben, als verbandsschädigend angesehen wird. Der Bundesvorstand nimmt mit Befriedigung die Erklärung von Eva-Maria Bannach und Wilfried Twachtmann entgegen, daß das Projekt 'Mehr Zivilcourage' nicht weiterverfolgt wird.«
(Protokoll der Bundesvorstandssitzung).

Zu diesem Rückzug hatte Eva-Maria Bannach vorher erklärt, *»daß nie die Absicht bestanden hätte, ein Gegenorgan zur Verbandszeitschrift zu schaffen. Sie räumte ein, die Konfliktfähigkeit des Bundesvorstandes überschätzt zu haben, gab auch zu verstehen, mit dem Projekt eine fruchtbare Provokation des BV vorgehabt zu haben - was von W. Twachtmann bestätigt wurde.«*

Bei einem solchen Verständnis von innerorganisatorischer Auseinandersetzung ist es kein Wunder, daß auf der selben Vorstandssitzung beschlossen wurde, *»daß in der Verbandszeitschrift keine kontroverse Diskussion über das Thema 'Russell- Tribunal' geführt wird. Vorliegende Leserbriefe zum Thema werden auf der jeweils nächsten BV- Sitzung behandelt.«*

Mit ähnlich scharfem Kaliber wurde auf dieser Sitzung gegen die Initiative 'Sozialisten in der DFG/VK' geschossen: die Art und Weise, wie die Initiatoren vorgehen, würde den *»bewußten Versuch darstellen, den normalen Weg der politischen Willensbildung im Verband zu ignorieren, die Gefahr und Möglichkeit der Fraktionierung und sogar der Spaltung fahrlässig in Kauf zu nehmen sowie ohne Not den programmatischen Minimalkonsens in der DFG/VK aufzugeben«*. Während zwei BV-Mitglieder sich dafür aussprachen, dagegen nichts zu unternehmen und Eva-Maria Bannach es als sinnvoll bezeichnete, wenn sich Freunde treffen, kam die Mehrheit des BV zu dem Ergebnis, *»daß der Bundesvorstand aus grundsätzlichen Erwägungen Stellung beziehen müsse. Es wurde geltend gemacht, daß bei allen Erwägungen der Gesichtspunkt der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Organisation im Vordergrund zu stehen habe, und daß allen Separierungsversuchen, gleich von welcher parteipolitischen oder weltanschaulichen Position im Verband sie ausgehe, energisch und argumentativ entgegengetreten werden müsse«*. Noch schärfer wird's dann in dem vom Bundesvorstand an die Initiative verabschiedeten Brief: dort ist die Rede von der *»Institutionalisierung einer positionsorientierten Dauerkontroverse«, »Überstrapazierung der innerverbandlichen Konsens- und Kompromißfähigkeit«*, durch dieses Vorgehen würde mitnichten *»ein pluralistisch -pazifistischer Verband entstehen* (das ist er jetzt!), *sondern bestenfalls die Wiederholung des nichtsnutzigen, wenn auch leidenschaftlichen Glaubensstreits: vornehmlich zwischen Sozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten«.*

Der Vorwurf, die DFG/VK- Gruppe Westberlin zeige mit ihren Äußerungen zur DKP, daß sie vom Verfassungsschutz unterwandert sei, macht wohl am besten die Mentalität dieser Leute deutlich, jeden, der eine andere politische Meinung als sie selber vertritt, als jemand zu diffamieren, der eh auf der anderen Seite der Barrikade steht - damit erspart man sich nach bester DKP- Manier jede inhaltliche Auseinandersetzung.

Mit dieser »Einschätzung« über den Westberliner Landesverband kann man dann auch schnell noch einige Lügen nachschieben: So ist der Aufruf »Pazifisten für das Russell-Tribunal« von den Herausgebern namentlich gekennzeichnet. Auch der Vorwurf gegen Wilfried Twachtmann ist erlogen: es war schließlich der Bundesvorstand der DFG/VK selbst,

wurf gegen Wilfried Twachtmann ist erlogen: es war schließlich der Bundesvorstand der DFG/VK selbst,

der bei den Aktionen zum 25.2. zugestimmt hatte, neben der zentralen Demonstration in Bonn regionale Aktionen in München und Hamburg durchzuführen. Daß jetzt die ernsthafte Mobilisierung für die Demonstration in Hamburg Twachtmann als »Verbandsschädigung« vorgeworfen wird, macht in trauriger Weise deutlich, daß sich der Bundesvorstand einen Dreck um solche Absprachen schert - was außerdem einen Betrug an seinen Bündnispartnern bedeutet!

Und bei dem angeblichen Gegenorgan zur »Zivilcourage« wird geflissentlich verschwiegen, was eigentlich der Inhalt dieser Zeitung sein sollte: es bestand der Plan, alle der Zensur zum Opfer gefallenen Artikel aus der »Zivilcourage« in einer Extra-Zeitung zu veröffentlichen!

Hier geht es nicht um eine irgendwie geartete »Verbandsschädigung«, sondern schlicht und simpel um andere politische Positionen, die der Mehrheit des Bundesvorstandes nicht passen und die sie auf undemokratische Art auszuschalten versucht. Es geht um die Ausschaltung einer Politik, die sich gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse, für das Russell- Tribunal, für die solidarische Zusammenarbeit mit der SO und für mehr Demokratie innerhalb des Verbandes einsetzt.

Entgegen der so häufig beschworenen »Offenheit der DFG/VK für alle antimilitaristischen Kräfte«, sollen in der DFG/VK nur noch die Kräfte Positionen und Einflußmöglichkeiten haben, die eine ganz spezifische Auffassung (eben die vom DKP-Parteivorstand verordnete) vom Kampf 'um Frieden und Abrüstung' vertreten. Gerade in der augenblicklichen Situation wird es notwendig sein, daß diese Vorstellungen offen diskutiert werden. Ein bischen mehr Pluralismus und Demokratie könnte der DFG/VK kaum schaden!



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Verfaßte Studentenschaft: Ein sinkendes Schiff...?

, ... das die „roten Ratten" schleunigst verlassen sollten! Diese Empfehlung des Gesetzgebers ist deutlich aus den Bestimmungen zur Verfaßten Studentenschaft herauszulesen, die in diesem Jahr mit den Landeshochschulgesetzen in Kraft treten sollen.

In der Tat fällt es schwer, in den Gebilden, die der Staat den Studenten als „Interessenvertretungsorgane" vor die Nase setzt, noch Möglichkeiten für eine fortschrittliche Politik zu erblicken. Die Kultusbürokraten der verschiedenen Länder scheinen sich bei der Abfassung der Gesetze in einen wahren Rausch von Verordnungen, Sanktionen und Fallstricken gesteigert zu haben, um das „Trauma Verfaßte Studentenschaft" (so der ehemalige niedersächsische SPD-Kultusminister Grolle) endgültig zu bewältigen.

Das bestechendste Beispiel für die wilde Entschlossenheit, dem leidigen Problem nunmehr mit aller Macht zu Leibe zu rücken, liefert das niedersächsische Hochschulgesetz (NHG), das in der letzten Woche verabschiedet wurde. Das NHG sieht gleich drei Daumenschrauben für linke ASten vor:

1.Dem Hochschulpräsidenten wird als personifizierter „Verwaltungsbehörde" ein „Ordnungswidrigkeitengesetz" an die Hand gegeben. Derart ausgerüstet ist er befugt, jede Überschreitung der gesetzlich verankerten Aufgaben der VS mit Bußgeldbescheiden (!) von 5 DM bis 1000 DM, in besonderen Fällen bis zu 10000 DM, zu ahnden. Die Adressaten dieser rektoralen Strafmandate sind die verantwortlichen AStA-Referenten. Der Hochschulpräsident wird dadurch zum Uni-Sheriff, der gnadenlos jedes Flugblatt, jede aufgeschnappte öffentliche Äußerung von AStA- und Fachschaftsvertretern, die ihm nicht paßt, mit Geldstrafen ahndet. Ein erbärmlicher Job!

2. Falls diese schäbige Form der Zensur nicht ausreicht, kann der Unipräsident darüberhinaus *„eine Verfügungssperre über das Vermögen der Studentenschaft erlassen"*, d. h. der VS kann mit einfacher Verfügung der Saft abgedreht werden, wobei zuvorkommenderweise *„auf begründeten Antrag der Studentenschaft ... jeweils Teile ihres Vermögens zur Erfüllung gesetzmäßiger Aufgaben freigegeben"* werden dürfen. Mit dieser Ermächtigung zur Enteignung der Studentenschaft wird dem Unipräsidenten eine Blankovollmacht ausgestellt, mit der er ASten und Fachschaften jederzeit amtsentheben oder eine gefügige Studentenschaft heranzüchten kann („auf begründeten Antrag").

3.„Schäden", die der Studentenschaft durch „grob fahrlässiges oder vorsätzliches Handeln" entstehen (wenn etwa ein Gericht Zwangsgelder verhängt), müssen von den AStA-Referenten persöhnlich erstattet werden. Die „Schuld" soll erst nach 10 (!) Jahren verjähren.

Mit der persöhnlichen, finanziellen Haftbarmachung glauben die Kultusbürokraten also die entscheidende Waffe gegen widerspenstige Studentenvertretungen geschmiedet und das Mittel gefunden zu haben, mit dem linke AStA-Referenten die kapitalistische Tugend eingebleut werden kann. Bei hohen Geldstrafen, so glauben die Herrschenden, hört der Spaß der Gemütlichkeit und auch die Überzeugung auf, womit sie wieder einmal den Fehler begehen, von sich selbst und ihrer Mentalität auf andere zu schließen ...

Nichts geht mehr ?

Nach einem jahrelangen, erbitterten Kampf scheint die Reaktion nun den Sieg in der Schlacht um die Verfaßte Studentenschaft davongetragen zu haben, und nicht nur in Baden-Württemberg wird über „Alternativen" zur VS diskutiert, da mit dem Inkraftreten der Ländergesetze eine linke AStA-Arbeit unmöglich erscheint. Eine weitere Beteiligung der Linken am AStA kann man sich meist nur noch als „passiv" vorstellen, um den Rechten eine auf sie zugeschnittene Institution nicht zu überlassen.

Diese pessimistische Sicht der Dinge ist zwar angesichts des perfekt erscheinenden Instrumentariums, mit dem die ASten zur Räson gebracht werden sollen, verständlich. Allzuschnell wird aber in der gegenwärtig laufenden Diskussion der feste Wille des Staates, mit dem linken Treiben in den Organen der VS endgültig Schluß zu machen, mit der Fähigkeit, dies auch reibungslos durchzusetzen, gleichgesetzt. Dazu besteht u. E. kein Grund.

Der Gedanke an die sorgsam ausgetüftelten Sanktionen, die wie ein Unwetter auf die linken ASten hereinbrechen sollen, mag zwar die Ordnungsfanatiker in den Kultusministerien in Entzücken versetzen. Die Praxis wird jedoch zeigen, daß hiermit in die eh schon krisengeschüttelte Uni neue Widersprüche, Konflikte und Auseinandersetzungen hineingetragen werden, die möglicherweise das Gegenteil von dem erreichen, was man sich bei der Konstruktion einer staatstreuen VS ausgerechnet hatte. Man stelle sich allein die Legitimationsschwulitäten vor, in die ein Hochschulpräsident kommt, wenn er einen Bußgeldbescheid gegen einen AStA-Vorsitzenden erläßt, weil dieser ein nicht genehmes Flugblatt veröffentlichen ließ. Der Pferdefuß der so perfekt erscheidenden Falle Verfaßte Studentenschaft besteht gerade darin, daß sie ähnlich wie beim Ordnungsrecht von Mitgliedern der Universität (hier vom Unipräsidenten) zum Zuschnappen gebracht werden muß.

Gerichte, die zuvor auf Antrag der Rektoren das Geschäft der politischen Disziplinierung übernommen hatten, waren in ihrem Wirken ungestörter, weil sie eine „Tat" ahndeten, die meistens einige Monate zuvor „begangen" wurde. Darüberhinaus ist die Justizmaschinerie in der Regel zwar wesentlich schwerfälliger – weswegen die Sondergerichtsbarkeit für Studenten ja überhaupt eingeführt wurde –, dafür aber auch schwerer von Solidaritätskampagnen u.ä. zu beeinflussen. Der Hochschulpräsident, der die VS an die Leine nehmen soll, ist den politischen Konflikten, die sich aufgrund seiner Tätigkeit entwickeln, d i r e k t ausgesetzt. Er ist also zum Abwägen, zum Taktieren gezwungen, er muß sich überlegen, ob diese oder jene Maßnahme opportun ist, ob sie nicht Öl ins Feuer gießt; kurz: Er muß seine Entscheidungen nach den k o n k r e t e n K r ä f t e v e r h ä l t n i s s e n fällen.

Die „Verrechtlichung" politischer Konflikte, die Auslagerung politischer Auseinadersetzungen aus der Hochschule in den Gerichtssaal wird sowohl mit dem Ordnungsrecht als auch mit den restriktiven Bestimmungen zur Verfaßten Studentenschaft wieder in die Uni zurückgenommen, d.h. sie werden „repolitisiert". (Auf diesen „Gefahrenherd" haben übrigens auch bürgerliche Kräfte schon besorgt hingewiesen).

Diese Widersprüchlichkeit sollte man im Auge behalten, wenn man sich angesichts der Hochschulgesetze Sorgen um die Perspektive der VS macht.

Sandkastenspiele mit Organisationsmodellen

Das Gestrüpp von Vorschriften und Sanktionen, in die sich die AStA-Referenten verfangen sollen, hat zunächst einmal eine demonstrative, einschüchternde Funktion. Der AStA-Job soll als Himmelfahrtskommando erscheinen und dadurch den Linken die Aufgabe eines scheinbar aussichtslos gewordenen Kampfes nahelegen.

Es soll nicht bestritten werden, daß die Bedingungen sozialistischer Politik in den Organen der VS nach Verabschiedung der LHGs ungleich schwieriger geworden sind. Nur besteht noch keinerlei Anlaß, das Handtuch zu schmeißen, sich den staatlichen Forderungen zu beugen und sich ansonsten Gedanken über „alternative Organe" zu machen. Eine solche Debatte auf dem Hintergrund einer nebenherlaufenden, entpolitisierten AStA-Arbeit würde zwangsläufig einen sektiererischen und akademischen Charakter annehmen und zu einem Selbstgespräch zwischen den politischen Gruppen über das Thema verkommen, in welchen Organisationsformen sie „basisdemokratisch" legitimierte Politik machen können. Die „UStA"-Debatte in Westberlin ist leider auf diese abschüssige Bahn geraten – und gescheitert. Freilich gibt es gute Gründe, die für alternative Organe sprechen – nicht erst seit Verabschiedung der LHGs. Solange aber dabei nicht berücksichtigt wird, daß solche Organe nur als Massenorganisationsformen sinnvoll sind, bleibt die Debatte auf der Ebene von Sandkastenspielen stehen.

Erst recht kann eine AStA-Politik, die klammheimlich das Politische Mandat aufgibt und die Diskussion um aktuelle politische Fragen nicht mehr in die Studentenschaft hineinträgt, die Notwendigkeit staatsunabhängiger Organe der Studentenschaft nicht unter den fortschrittlichen Studenten verankern und sie für entsprechende Projekte gewinnen. Wenn von der Notwendigkeit basisdemokratischer Organe mit politischem und imperativem Mandat die Rede ist, kann das doch nur heißen, daß die massenhaft erfahrene N o t , die bestehende VS nicht mehr oder nicht ausreichend für linke politische Ziele instrumentalisieren zu können, von den fortschrittlichen Studenten in Richtung Abbau selbständiger Kampforgane g e w e n d e t wird.

Deshalb müssen die ASten alle Anstrengungen unternehmen, die bestehenden Möglichkeiten in der VS v o l l auszuschöpfen und – wie bisher – nicht auf die „Selbstverständlichkeiten" linker AStA-Politik zu verzichten (Politisches Mandat, Kampfmaßnahmen usw.). Zweifellos wird es hierbei zu Auseinandersetzungen und harten Konfrontationen kommen. Niemand wird voraussagen können, ob wir diese Auseinandersetzungen wie in den letzten Jahren erfolgreich durchstehen können. Aber eins ist sicher: Nur in und durch diese Auseinandersetzungen kann sich eine Politisierung und Mobilisierung der Studenten entwickeln, auf deren Grundlage allein der Aufbau staatsunabhängiger Organe eine reale Chance hat. Umgekehrt gilt: Wenn die linken ASten nicht versuchen, die Karte Verfaßte Studentenschaft „auszureizen", sondern eine Taktik des Einigelns und Zurückweichens einschlagen, also langsam dahinsiechen, kann man sich Ideen über „neue Organisationsformen" gleich aus dem Kopf schlagen!

Kurzmeldungen

Braunschweig. Drei Redakteure der Fachschaftszeitung „Fettpresse" wurden am 24.4. zu je 1260,- Geldstrafe verurteilt. Nach Auffassung des Braunschweiger Amtsgerichts haben sie *„die BRD böswillig verächtlich gemacht und beschimpft"* (§90a), da sie einen Artikel veröffentlicht hätten, in dem behauptet wird, der „Terrorismus" sei lediglich Vorwand für den Abbau demokratischer Rechte, und gäbe es ihn nicht, würden undemokratische Maßnahmen durch andere Vorwände legitimiert. Dieses Vorgehen wurde mit der Politik Hitlers verglichen, woraus das Gericht die Schlußfolgerung zog, daß die BRD mit dem Hitler-Faschismus gleichgesetzt würde, was eine *„schwerwiegende Beleidigung der BRD"* sei.

***

Freiburg. Seit der Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft in Baden-Württemberg gibt es in Freiburg zwei ASten, den offiziellen KASTRA von Filbingers Gnaden, der aus den studentischen Vertretern im Großen Senat gebildet wird, und den AStA, der nach herkömmlicher Art vom SP gewählt wird und das eigentliche studentische Vertretungsorgan ist. Seit der Verabschiedung des LHG sind jedoch SP und AStA keine offiziell anerkannten Organe mehr.

Die Vertreter des „gewerkschaftlich- orientierten" AStA haben auch im KASTRA eine knappe Mehrheit (4:3) gegenüber den Rechten vom RCDS, LUNA, SLH. Selbstverständlich gibt der AStA auch weiterhin Infos heraus mit dem Titel „asta info". Damit ist natürlich die wesentliche Absicht des LHG, den Studenten ihre politischen Vertretungsorgane zu nehmen, unterlaufen. Deshalb werden auch massiv Schritte unternommen, diesen AStA mundtot zu machen. Ein Schritt in dieser Richtung ist es, wenn jetzt die staatliche Einleitungsbehörde ein Ordnungsrechtsverfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen des „asta-info" eingeleitet hat. Ihre Begründung *„In dem ‚asta-info' wird die Bezeichnung ‚AStA' gebraucht, obgleich es sich nicht um den in § 18 Abs. 3 Universitätsgesetz bezeichneten Ausschuß AStA* (=KASTRA, Anm. der Redaktion) *handelt. Das Kultusministerium hat festgestellt, daß es sich hier um eine unbefugte öffentliche Verwendung der Bezeichnung ‚AStA' handelt, und daß hierdurch die Tätigkeit des in § 18 Abs. 3 Universitätsgesetz vorgesehenen Ausschusses gestört und behindert wird."* (Aus dem Schreiben der Einleitungsbehörde).

***

Tübingen: In Tübingen soll 5 Studenten der Prozeß wegen „gemeinschaftlicher Nötigung und gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch" gemacht werden. Die angeklagten Kommilitionen wurden vor eineinhalb Jahren willkürlich herausgegriffen und denunziert, als die Teilnehmer einer Ringvorlesung mehrheitlich gegen den Willen des Profs beschlossen, über den bewaffneten Überfall des HTS und der Hoffmann-Bande auf antifaschistische Studenten zu diskutieren. Die Ringvorlesung hatte das Thema: *„Freiheit - theoretische und praktische Aspekte des Problems"*.

MSB-Machtpolitik

Baden-Württemberg: Einen erneuten Beweis seiner skrupellosen Machtpolitik lieferte der MSB auf der Landesastenkonferenz (LAK), die am 3.5.78 in Ludwigsburg tagte.

Auf der Tagesordnung stand die Planung und Beschlußfassung über gemeinsame Aktionen aller Studentenausschüsse zur Verteidigung noch bestehender Asten, zum Aufbau neuer Vertretungsorgane und zur Verhinderung der geplanten Massenexmatrikulationen.

Die Vorschläge der Basisgruppen und der Jusofraktion umfaßten folgende Schwerpunkte:

- Organisierung einer Öffentlichkeitskampagne zur Stärkung und zum Aufbau der staatsunabhängigen Studentenschaften und deren Organe, d.h. die noch bestehenden ASten und Fachschaften und die neuaufgebauten USten.

Zur finanziellen Absicherung der Arbeit der Organe sollte ein landesweites »Open-Air-Meeting« mit Polit- und Kulturbeiträgen organisiert werden;

- Vorbereitung eines landesweiten Rückmeldeboykotts gegen die Zwangsimmatrikulationen;
- Öffentlichkeitsarbeit gegen Ordnungsrecht und Strafverfolgung;
- Organisierung einer materiellen Unterstützungskampagne durch die VDS;
- Organisierung eines internationalen Solidaritätskongresses.

Auf der ersten LAK-Sitzung am 5.4. setzte die GO-Fraktion diesen Vorschlägen allein die Organisierung einer Aktionswoche gegen die Massenexmatrikulationen entgegen. Als dies knapp abgelehnt wurde, verließ die GO-Fraktion unter tumultartigen Szenen die Sitzung. Dies entspricht der Schwerpunktsetzung des MSB, nach der in diesem Semester die Regelstudienzeit zum alleinigen Schwerpunkt erklärt wurde. Auf der Sitzung am 3.5. zeigte die GO-Fraktion scheinbares Entgegenkommen: jetzt sprach sie in ihrem Antrag schon von einer Diskussion über einen »denkbaren« Rückmeldeboykott, nahm das »Open-Air-Meeting« in ihr Programm auf und setzte an die Stelle des internationalen Kongresses ein landesweites Seminar (hick!).

Auf der LAK-Sitzung kam dann mit knapper Mehrheit der Vorschlag der Basisgruppen durch. Doch jetzt begann erst der eigentliche Part der GO-Fraktion. Begünstigt durch das Abreisen von zwei Basisgruppenvertretern wurden mehrere Änderungsanträge durchgebracht, die das eigentliche Wesen der MSB-Politik deutlich machen. Geändert werden sollte der Teil des Basisgruppenvorschlags, der die Unterstützung aller staatsunabhängigen Vertretungsorgane vorsah: lso der noch bestehenden ASten, der Fachschaften und der neuaufgebauten USten. Die GO-Fraktion wollte nun die Streichung der Unterstützung der USten durchsetzen, weil diese in der Regel von Basisgruppen und anderen unabhängigen Linken gestellt werden. Vor diesem Hintergrund muß auch gesehen werden, daß der MSB versuchte durchzusetzen, daß als zentrale Parole:»Für die g e s e t z l i c h e Verankerung der verfaßten Studentenschaft« aufgenommen wird. Da die USten als staatsunabhängige Vertretungsorgane geplant sind, passen sie dem MSB nicht ins Konzept. Da er bisher nicht verhindern konnte, daß an verschiedenen Hochschulen USten aufgebaut werden, verlegt er sich jetzt auf das Konzept, diese finanziell auszutrocknen.

Damit hat die GO-Fraktion auf dieser Sitzung deutlich gemacht, daß ihr an einer einheitlichen Verteidigung aller bestehenden Vertretungsorgane nichts liegt. Vielmehr versucht sie, durch machtpolitischen Poker die anderen hochschulpolitischen Richtungen aus dem Feld zu schlagen. Offenbar legt es der MSB darauf an, die unabhängigen Studentenausschüsse zu liquidieren, um sich dann durch Besetzung der Staatsorgane zum alleinigen »Interessenvertreter« aufzuschwingen.

Die Basisgruppenfraktion schreibt dazu in einer Stellungnahme;*»das bedeutet: Spaltung der Studentenbewegung in Baden-Württemberg! Entzug materieller Grundlagen für andere fortschrittliche und demokratische Kräfte!*

Das bedeutet in der Situation von Baden-Württemberg, wo keine Gelder mehr für die Arbeiten der Studentenschaften da sind, daß die DKP, die ja über eine finanzträchtige Organisation verfügt [materiell unterstützt von der DDR!], als einzige organisierte Partei massiv Hochschulpolitik betreiben kann, das bedeutet Großoffensive der DKP an den Hochschulen in Baden-Württemberg unter Ausschaltung anderer fortschrittlicher Gruppen und Organisationen.«

Die Basisgruppen haben sich an die Juso- und LHV-Fraktionen gewandt, um noch in diesem Semester eine außerordentliche VDS-Mitgliederversammlung einzuberufen. Es ist an der Zeit, daß der Machtpolitik des MSB an den Hochschulen von a l l e n fortschrittlichen Kräften entgegengetreten wird. Wir erinnern hier daran, daß der MSB schon im letzten Semester in Bremen zu verhindern versuch-daß der MSB schon im letzten Semester in Bremen zu verhindern versuchte, daß eine neugewöhlter ASTA sein sichern. Mit dieser Politik muß endgültig gebrochen werden, wenn die Vertretungsorgane als demokratische Institutionen verteidigt werden sollen.

Skandinavien

Dänemark
Blockadeaktionen der Kutterfischer



In den beiden letzten Wochen verliehen die dänischen Kutterfischer durch mehrere spektakuläre Aktionen ihren Forderungen Nachrdruck. Im Rahmen der EG ist Dänemark dieses Jahr nur eine Fangmenge von 44 000 t in der Ostsee zugesichert worden, im letzen Jahr waren es noch 50 000 t. Die Fischer verlangen eine Heraufsetzung der Fangquote bzw. eine Ausgleichszahlung von umgerechnet 28,8 Mio. DM.

Die Aktionen der Fischer begannen am 3. Mai mit einer Kutterdemonstration im Kopenhagener Hafen, an der sich 2000 Fischer beteiligten. Von da aus zog eine Delegation zum Fischereiministerium, um die Forderungen vorzutragen.

Am 5. Mai führten die Fischer zum ersten Mal eine mehrstüngige Totalblockade von sechs Fährhäfen durch. Dadurch wurde der Eisenbahn- und Autoverkehr von der Insel Seeland nach Schweden, Fünen, Jütland und Bornholm lahmgelegt. Da die dänische Regierung das Ultimatum der Fischer – sofortige Heraufsetzung der Fangquote in der Ostsee um 20 000 t oder Zahlung einer Ausfallsentschädigung – verstreichen ließ und es ablehnte, „unter diesen Bedingungen" überhaupt weiter über die Forderungen der Fischer zu sprechen, wurde am 10. Mai eine neue achtstündige Totalblockade in 20 Fährhäfen durchgeführt.

Skandinavienkommission

Schweden
Tritt Staatsminister Fälldin zurück?

Am 7. Mai gab der schwedische Staatsminister Fälldin bekannt, daß er „eventuell" zurücktreten wolle. Als Grund führte er an, daß er den Prozeß gegen die sozialdemokratische Tageszeitung „Aftonbladet" verloren hatte. Die Zeitung hatte Fälldin in einer Satire am 29.1. als Patienten einer psychatrischen Klinik dargestellt. Fälldin reichte Klage ein und ließ den Streitwert symbolisch auf eine schwedische Krone festsetzten, um zu „verhindern", daß „die Grenzen der Pressefreiheit gesprengt" würden und um die „allgemeinen Interessen" (des Staates) zu „verteidigen". Eine besondere Provokation war die Klage Fälldins deswegen, weil der Presseverantwortliche von „Aftonbladet" die nächsten Ausgaben der Tageszeitung mit einer Satire über den Boß der Transportarbeitergewerkschaft einstampfen ließ und öffentlich erklärte, nie mehr Satiren dieser Autoren abzudrucken.

Wohl richtig wird von den Sozialdemokraten vermutet, daß der verlorene Prozeß wohl nicht der tatsächliche Hintergrund für Fälldins Rücktritts„drohungen" ist, sondern es vielmehr um die – besonders seit Dezember letzten Jahres verschärften – Auseinandersetzungen um das schwedische Atomprogramm geht. Fälldin, der 1976 die Wahlen mit dem Versprechen gewonnen hatte, AKW's stillzulegen und den Bau neuer AKW's zu verhindern, geriet zunehmend unter Druck bei seinen Koalitionspartnern in der Regierung – der Moderaten Partei und der Folkpartiet – , die beide erklärte AKW-Befürworter sind und auf den zügigen Ausbau des schwedischen Atomenergieprogramms drängen.

Gerade in letzter Zeit zeigte sich aber auch, daß es mit Fälldins AKW-Gegenerschaft nicht so weit her ist. So lobte er die im Februar von der staatlichen Energiekommission abgeschlossene Arbeit. Damals gab die Energiekommission der Regierung die Empfehlung, praktisch das von den Sozialdemokraten 1975 entwickelte Atomprogramm zu verwirklichen, was u.a. den Bau von 13 AKW's bis 1985 sowie Uranabbau in Schweden vorsieht. Kurz vorher hatte Fälldin verkündet, daß zumindest die bisher 6 arbeitenden AKWs in Schweden erhalten bleiben müßten. Aber damit zog sich Fälldin zunehmend den „Zorn" der Mitglieder seiner Centrumspartei zu, insbesondere des Jugendverbandes, der im Dezember offen auf Flugblättern „Neuwahlen einem „Ja" zur Kernenergie" vorgezogen hatte. Wahrscheinlich nicht ganz falsch wird von den „Moderaten" und der „Folkpartiet" daher Fälldins Ankündigung, „eventuell" zurückzutreten, als taktischer Schritt eingeschätzt, um seine Partei auf Kurs zu bekommen. Denn im Sommer will die schwedische Regierung – auf Grundlage der Empfehlungen der Energiekommission – endgültig über das Atomprogramm beschließen !
(nach „Dagens Nyheter", 9./10.5.)

Skandinavienkommission

Skandinavien • • • Kurzmeldungen Skandinavien • • • Kurzmeldungen Skandi

Uranriese Schweden

Die Karten geben einen Überblick über die Uranvorkommen Schwedens

Schweden hat die größten Uranvorkommen Europas; in der Weltstatistik liegt es nach den USA und Südafrika mit 300 Tausend Tonnen an dritter Stelle. Trotzdem ist Schweden bisher auf den Import von Uran angewiesen; auch das Exportgeschäft mit Kernreaktoren will nicht so recht zustande kommen. Das schwedische Kapital erhofft sich nun einen Aufschwung, wenn der Uranabbau in Schweden, selbst vorgenommen werden könnte; denn mit dem Reaktorexport könnte dann gleichzeitig auch die Lieferung von Uran garantiert werden. Bisher haben die lokalen Kommunalvertretungen ihr Veto gegen den Uranabbau eingelegt — was bedeutet, daß ein Abbau nicht stattfinden darf.

Die Uranvorkommen Schwedens liegen in den schönsten landschaftlichen Gebieten, ein Abbau des Urans würde die Landschaft total verwüsten. Bemerkenswert ist, daß trotz der großen Uranvorkommen, der Urangehalt pro Tonne Schiefer, gemessen an Vorkommen anderer Länder, relativ gering ist. Beim Abbau muß also ein großer Teil schwedischer Erde bewegt werden, um lohnende Produktionsergebnisse zu erzielen. Was kümmerts aber das Kapital, wenn eine rationelle Technik vorhanden ist, daß die Landschaft zur Einöde wird! An den Uranvorkommen in Billingen in der Nähe von Ranstad hat das schwedische Kapital sein besonderes Interesse bekundet, da hier der Urangehalt pro Tonne Schiefer am höchsten ist. Die Gesellschaft, die hier das Uran abbauen will, versprach, das Landschaftsbild nach Ende des Abbaus wieder herzustellen. Milieuforscher weisen jedoch daraufhin, daß durch den Abbau längerfristige Schäden entstehen, wie u. a. Senkung des Grundwasserspiegels, Verunreinigung des Wassers, was auch in einem größeren Umkreis der Abbaustelle Folgen auf das Pflanzenwachstum hätte.

Zu befürchten ist, daß sich das Profitinteresse der schwedischen Atomkapitalisten längerfristig durchsetzen wird. Die Erforschung von „rationellen" Abbaumethoden hat schon begonnen.

Skandinavienkommission

Schweden: Doppelmoral bei Waffengeschäften

Eine militärische Schnellfeuerwaffe von einer schwedischen Firma konstruiert — wird von einer Schweizer Waffenzeitschrift zum Verkauf angeboten. Nach Angaben dieser Zeitschrift ist die Waffe *»im Hinblick auf die schwedischen Exportrestiktionen so aufgebaut, daß sie im Käuferland leicht in Lizenz hergestellt werden kann.«*

Die Besonderheit der Waffe ist die sehr schnelle Kugelgeschwindigkeit, die dazu führt, daß die Kugel in der Schußbahn „taumelt" und sich beim Eintritt in den Körper zur Seite neigt, wodurch sie den Effekt eines Dumdumgeschosses hat.

Der Konstrukteur, der schwedische Ingenieur Göran Kjellberg, Eigentümer der Firma Interddynamic Forsknings AB mit einer Niederlassung in der BRD, hat diese Waffe scheinbar in Südafrika entwickelt, wo er an militärischen Forschungen mit Schnellfeuerwaffen beteiligt war. Der Verkauf dieser Waffe (wenn auch über Lizenzen) ist ein Beispiel von vielen für die Doppelmoral der schwedischen Behörden zur Abrüstungsfrage — verwiesen sei hier auf den Artikel zum schwedischen Waffenexport im AK 123. In der UNO gehört Schweden zu den Ländern, die ein Verbot sog. „inhumaner Waffen" anstreben, worunter u. a. diese Schnellfeuerwaffe mit Dumdumwirkung fallen würde. (Angaben nach „DN" 27.4.78)

Skandinavienkommission

„Vi far panik av all trafik"

„Wir bekommen Angst vor all dem Verkehr": unter dieser und anderen Parolen versammelten sich ca 4000 junge und alte Menschen am 22.4.78 zu einer Demonstration in der Stockholmer Innenstadt gegen den innerstädtischen Autoverkehr und die Verpestung der Stockholmer Luft. Geplant ist dort unter anderem ein Ausbau von ca 1000 neuen Parkplätzen in der nächsten Zeit.

Schon am 7.4. hatte eine spontane Demonstration von ca 800 Menschen stattgefunden. Die Demonstranten hatten Leichenpuppen in Kinderwagen, Gasmasken und verkrüppelte Körperteile mitgeführt. Veranstalter waren damals die Gruppe „Alternative Stadt" und verschiedene Frauengruppen. Sie mußten sich dabei vor aggressiven Autofahrern schützen, die einfach in die Menschenmenge hineinfuhren („DN" 8.4.)!

An der Demonstration am 22.4. beteiligten sich außer der Gruppe „Alternative Stadt", den Frauengruppen nun auch Vertreter der verschiedenen Tagesheime und auffallend viele ältere Menschen

Skandinavien-Kommission

Schweden: Massenausweisung von chilenischen Flüchtlingen?

Bisher ist es noch nicht vorgekommen, daß chilenische Flüchtlinge aus Schweden ausgewiesen wurden. Dagegen sind Chilenen schon an der Grenze abgewiesen und gezwungen worden, nach Chile zurückzukehren. Ein Grundsatzurteil in dieser Frage steht jetzt bevor: das Einwandererwerk hat versucht, fünf Chilenen den Status von politischen Flüchtlingen zu verweigern, was eine Ausweisung aus Schweden nach sich ziehen kann.

Gegen diesen Spruch hatten die Chilenen Revision eingelegt. Die schwedische Regierung hat nun als höchste Instanz zu entscheiden. Bestätigt die Regierung den Beschluß und die Behauptung des Einwandererwerkes, daß *„die Chilenen, die jetzt noch nach Schweden kommen, oft schwächere Gründe haben, als die ersten die kamen"*, und daß *„darüber hinaus das politische Klima in Chile sich zum besseren gewendet habe"*, so hat dieser Beschluß eine Signalwirkung für 200 Chilenen, die politisches Asyl in Schweden beantragt haben.

Das schwedische Chilekomitee hat bereits bei der Regierung Protest eingelegt und darauf hingewiesen, daß sich die Lage in Schweden verändert habe, aber nicht in Chile.

Skandinavien-Kommission

Schweden: Überfälle auf Homosexuelle

„GAY HOUSE" in Malmö, seit 6 Jahren der Versammlungsort der Homosexuellen, ist für immer geschlossen. Der Treffpunkt wurde nach vielen Überfällen, die oft unter den Augen der Bullen abliefen, aufgegeben. Eine Woche nach der Schließung verwüsteten Brandstiftungen das „Gay House" und eine Wohnung unter einem neu eröffneten Buchklub. Von den Homosexuellen wurden diese Anschläge rechter Banden als bewußte Hetzjagd gewertet. In der Zeitung „Internationalen"(13/78) berichtete ein Mitglied der Homosexuellen Gruppe darüber:
Bei einem der fünf Überfälle kurz vor Ostern kamen die Schläger in 26 Autos angefahren, bewaffnet mit Gummiknüppeln und Eisenstangen und zertrümmerten die Einrichtung. Die zum „Schutz" angeforderten Polizisten hielten sich raus! Das, obwohl sie selbst angaben, daß viele der Schläger im Sommer zuvor Zigeuner terrorisiert hatten. Kein Wunder, wird doch in Schweden in den Polizeilehrbüchern nach wie vor verbreitet, daß Homosexualität „abartig" sei und Homosexuelle besonders anfällig für kriminelle Handlungen. In Lund (Südschweden) enthüllte die Homosexuelle Gruppe darüberhinaus kürzlich, daß Homosexuelle staatlich registriert und überwacht werden.

Skandinavien Kommission

England

80.000 auf der Straße gegen Rassismus und Faschismus

Am 30.4. fand in London die seit den 30ger Jahren größte antifaschistische Demonstration/Veranstaltung statt. Am Trafalgar Square, dem Ausgangspunkt der Demonstration im Zentrum von London, sammelten sich bereits ca. 30.000 Menschen, ein vielfaches von dem, was man erwartet und geschätzt hatte (polizeiliche Schätzungen waren von insgesamt 5.000 ausgegangen!). Auf dem 5 km langen Marsch vom Zentrum zum East End Londons nahm die Menschenmenge, die unter Parolen wie „Stoppt die Nazis", „Kampf dem Rassismus", „Stoppt die National Front" usw. demonstrierte, weiter zu. Als die Spitze der Demonstration am Victoria Park, in dem die Abschlußveranstaltung stattfand, angelangt war, hatte sich das Ende am Trafalgar Square immer noch nicht formiert. Schließlich hatten sich auf dem Platz vor der Tribüne, auf der unter einem riesigen Transparent mit der Aufschrift „Rock against Racism" (Rock gegen Rassismus) verschiedene Musikgruppen auftraten, rund 80.000 Menschen versammelt.

Veranstalter dieser gelungenen antifaschistischen Massenkundgebung war vor allem die „Anti-Nazi-League" (ANL). Die ANL wurde im November 77 unter maßgeblicher Beteiligung von Genossen der „Socialist Workers Party" (SWP) gegründet, umfaßt aber ein breiteres Spektrum bis rein in die Labour-Linke und liberale Kreise. Pressesprecher der ANL ist z.B. Peter Hain, ehemals Vorsitzender der Jugendorganisation der Liberalen Partei, im letzten Jahr zur Labour Party übergetreten.

Die ANL versucht dort tätig zu werden, wo die Faschisten versuchen, sich breit zu machen: dort, wo die NF oder andere faschistische Gruppen bei Wahlen kandidieren, informieren ANL-Gruppen über die Ziele der Faschisten. So brachte die ANL z.B. ein Flugblatt anläßlich von Shop-Steward (Vertrauensleute-) -Wahlen in verschiedenen Gewerkschaften heraus, in dem sie das Schicksal der Gewerkschaften unter dem Hitler-Faschismus darstellte. Ein anderes wichtiges Feld sind die Fußball-Fan-Clubs, in denen die Nazis ganz gezielt ihr Unwesen treiben und versuchen, vor allem die Arbeiterjugend anzusprechen und in dem Klima einer scheinbar unpolitischen gemeinsamen Freizeitgestaltung mit nationalistischem und rassistischem Gedankengut zu verseuchen. Die ANL organisiert dagegen antifaschistische Fan-Clubs.

Zur Rolle der SWP in der ANL und speziell auch bei der Organisierung der Londoner Massenveranstaltung schreibt „Socialist Challenge" (Sozialistische Herausforderung), die Zeitung der britischen „International Marxist Group" (GIM) unter der Überschrift *„Hut ab vor der SWP"*:

„Die ANL ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist auf Initiative von Genossen der SWP angepackt und vorangetrieben worden. Sie stellten die Resourcen und das politische Gewicht ihrer Organisation zur Verfügung, um die ANL aufzubauen und die Organisation sicherzustellen, die notwendig ist, ein solches Festival durchzuführen. Sicher sind sie nicht die einzige Kraft, aber ohne sie hätte dieses Ereignis nicht stattgefunden" („Socialist Challenge", 4.5.78).

Zum Gelingen des Festivals hat sicher auch beigetragen, daß die Veranstalter eine - vor allem die Jugendlichen und Schüler - ansprechende Mischung aus Politik und Pop angeboten haben, was nicht bedeutet, daß die politische Zielsetzung dadurch verwässert wurde. Zum politischen Charakter schreibt der liberale „Guardian" sehr ehrlich am 2.5.78: *„Sicher ist, daß die Mehrheit des Publikums eher politische, als musikalische Motive hatte, zu kommen. Mehr als die Hälfte der Menge hatte sich an der Demonstration beteiligt, und offensichtlich trugen die meisten von ihnen die auffällige gelbrote Plakette der ANL."*

Wichtig ist, daß unter den Musikgruppen auch verschiedene Punk-Rock-Gruppen waren. Bekanntlich gibt es unter den „Punkern" durchaus Tendenzen, ins rechtsradikale Lager abzudriften, mit Naziemblemen, Hakenkreuzen u. ä. aufzutreten. Diese Erscheinung ist bezeichnend dafür, wie die Faschisten es gerade unter den Jugendlichen, die nichts von dieser Gesellschaft zu erwarten haben, Arbeitslosen usw. verstehen, solche mehr unbewußt laufenden Protestbewegungen (Absage an die von dieser Gesellschaft geforderten Ideale wie Leistung, angepaßtes Verhalten, Mode u. ä.) in ihr Fahrwasser zu ziehen. Andererseits zeigt der Erfolg des Festivals und die Beteiligung von „Punkern" und deren Fans, daß es für eine antifaschistische Jugendarbeit möglich ist, den Einfluß der Faschisten zurückzudrängen.

In den Beiträgen und Ansprachen wurde so auch immer wieder herausgehoben, daß weiße und farbige Jugendliche in der gleichen Situation sind und keine gegensätzlichen Interessen haben, wie die Rassisten immer wieder versuchen, zu behaupten. *„Wir sind schwarz, wir sind weiß, wir sind Dynamit!"* wurde immer wieder gerufen. Und der Musiker Tom Robinson rief unter lautem Beifall aus: *„Wir sind alle hier aus einem Grund, um der National Front zu sagen: Hände weg von unseren Leuten!"*

England-Kommission



Musiker Tom Robinson auf dem antifa-Festival: „Wir alle sind hier aus einem einzigen Grund, um der National Front zu sagen: Hände weg von unseren Leuten!"

Portugal

Portugal: Der 25. April - antifaschistischer Kampftag in ganz Portugal

Der fünfte Jahrestag des Sturzes des Faschismus war auch in diesem Jahr wieder ein Tag der Demonstrationen und Kundgebungen in Portugal.

Im ganzen Land beteiligten sich mehrere hunderttausend Menschen an diesen Aktionen.

Das b esondere Augenmerk aller demokratischen Kräfte richtete sich natürlich auf die Armee. In den vergangenen zwei Jahren hatte die Rechte in der Armee systematisch alle fortschrittlichen Kräfte entlassen, beurlaubt, kaltgestellt oder eingeschüchtert. Der letzte größere Coup gegen einen antifaschistischen Offizier war im April gelandet worden, als Vasco Lourenco, ein Mitglied der sozialdemokratischen »Gruppe der Neun« von seinem Posten als Oberbefehlshaber der Militärregion Lissabon entlassen wurde.

In den vergangenen Jahren hatte sich die portugiesische Öffentlichkeit bereits daran gewöhnt, daß man aus der Armee nur noch weitere Nachrichten über die Rechtsentwicklung zu hören bekommt.

Umso größere Aufmerksamkeit erregten die Vorgänge bei den diesjährigen Veranstaltungen im Militär anläßlich des 25.April:

Wenige Tage vor dem 25.April veröffentlichte der Revolutionsrat, der formal das höchste politisch-militärische Gremium ist, jedoch tatsächlich ohne Macht ist, ein Dokument, in dem er erstaunlich mutig und offen eine Analyse der politischen Lage in Portugal vornimmt.

In diesem Dokument wird die ökonomische Situation angeprangert und die kapitalistische Regierungspolitik als untaugliches Mittel zur Lösung der Krise bezeichnet. Das Wichtigste ist jedoch, daß der Revolutionsrat vor der Möglichkeit eines »konstitutionellen Putsches« und anderer Manöver der Rechten und Ultrarechten warnt.

Mit dem »konstitutionellen Putsch« ist ein Plan gemeint, der von rechten Offizieren und Politikern aller bügerlichen Parteien ausgekocht wurde, nach dem aus Anlaß der nächsten Präsidentenwahlen 1980 die Verfassung außer Kraft gesetzt werden soll, um sie gründlich zu »übearbeiten«. Dieser Plan zielt insbesondere darauf sämtliche antikapitalistischen Passagen oder zumindest den Kapitalismus behindernden Paragraphen aus der Verfassung zu eleminieren.

Kaum hatte sich die Rechte von diesem Schock erholt, folgte der zweite Schlag: Im ganzen Land organisierten Komitees von Offizieren Versammlungen für antifaschistische Offiziere, die meist aus einem gemeinsamen Essen bestanden, bei dem von bekannten MFA-Offizieren Reden gehalten wurden.

Die größten Veranstaltungen dieser Art fanden in Guimaraes, Coimbra, Evora, Funchal und Lissabon statt. In Lissabon nahmen daran 850 Offiziere teil.

Nachdem reaktionäre Militärs sich mit allen Mitteln bemüht hatten, die Beteiligung gering zu halten - so wurde vielfach behauptet, man dürfe dort nur auf schriftliche Einladung teilnehmen, oder es wurde gedroht, die Teilnehmer hätten hinterher mit »Schwierigkeiten« zu rechnen, oder es wurde in vielen Kasernen einfach »erhöhte Wachsamkeit« verordnet, sodaß viele Offiziere Dienst hatten — war die hohe Beteiligung auch für die antifaschistischen Militärs eine Überraschung.

Der Inhalt der Reden bezog sich überwiegend darauf, daß die fortschrittlichen Offiziere vor einem drohenden Weg Portugals in einen neuen Faschismus warnten und versicherten, daß sie weiterhin im Geiste des 25.April ihren Dienst leisten, als einen Dienst f ü r das Volk und niemals gegen das Volk.

Die Zusammenfassung der einzelnen Reden wird von politischen Beobachtern als ein neues »Dokument der Neun« gewertet, ein antifaschistisches, demokratisches Manifest, das sich vom ersten »Dokument der Neun«, das von Melo Antunes im Sommer 75 dem MFA vorgelegt wurde, dadurch unterscheidet, daß es keinerlei Abgrenzung nach links vornimmt, und frontal rechte und faschistische Militärkreise angreift.

Möglicherweise ist dies ein erster Schritt zu einer demokratischen Gegenoffensive in der Armee. Einstweilen ist jedenfalls der Schrecken bei den rechten Militärkreisen groß.
(Alle Informationen nach »Extra«, »Pagina Um«, »O Diario«)

Portugal-Kommission

Volksklinik von Cova da Piedade — Ein Bericht

Vor etwa drei Jahren ist in Cova da Piedade, einem Arbeitervorort von Lissabon, eine seit vielen Jahren leerstehende Villa besetzt worden. Mit viel Enthusiasmus und einer Fülle von Ideen richteten Arbeiter und Hausfrauen, Schwestern und Ärzte dort eine Klinik ein: Kinder wurden dort zur Welt gebracht, und bis zu 250 Patienten täglich kostenlos behandelt. Bergeweise trafen Sach- und Geldspenden aus In- und Ausland ein und ein schier nicht abreißender Strom von Polittouristen wälzte sich staunend durch die modifizierten Gemächer der alten Villa, sie wurde fast zu einem Symbol der ,poder popular' hochstilisiert.



Die Volksklinik in Lissabon

Nach dem Putsch im November 1975 und der zunehmenden Rechtsentwicklung in Portugal zog sich der größte Teil der Mitarbeiter - darunter fast alle konventionell ausgebildeten - zurück, die Solidaritätsgruppen versickerten (als letzte im Dezember 77 die Frankfurter Gruppe) und die linken Kurgäste sonnten sich woanders. Zurück blieb ein Denkmal ohne Sockel - Hausdurchsuchungen fanden statt und zeitweise drohte die Schliessung der Klinik - aus Mangel an Mitarbeitern.

Schließlich konstituierte sich eine Gruppe von z.Z. acht Mitarbeitern, die allen politischen und finanziellen Repressionen zum Trotz eine Schliessung bis heute verhindert hat. 75 Stunden in der Woche wird ein Ambulanzdienst durchgeführt und noch immer kommen zwischen 35 bis 50 Patienten täglich: Für Almada ist das eine bittere Notwendigkeit, denn für die fast 200.000 Einwohner dieser Lissabonner Trabantenstadt steht nur ein 60-Betten-Krankenhaus (!) zur Verfügung, für portugisische Verhältnisse noch nicht einmal aussergewöhnlich. Jede heilende Medizin ist hier eine Sysiphus-Arbeit. In der Tat fällt es schwer, die Leistungen der Volksklinik konkret und qualitativ von caritativer Hilfe zu unterscheiden, denn bei der Fülle der anfallenden Arbeit kommt die politische Agitation ganz offensichtlich zu kurz.

Deshalb fordern die Mitarbeiter auch — von der Bevölkerung unterstützt — seit einiger Zeit finanzielle Unterstützung und die Einstellung von staatlich bezahlten Ärzten und Pflegern, um das in der portugiesischen Verfasssung festgehaltene Recht auf Gesundheit für alle durchzusetzen. Doch die PCP — in den Arbeitervierteln Lissabons fast überall stärkste Partei im Rathaus — hat „Größeres" vor: Sie möchte aus der Volksklinik ein Gemeindemuseum machen (!) — Verständnis findet sie dafür kaum.

Die Genossen sind in ihrem Kampf gerade jetzt ein Stück weitergekommen: Es wurde ein Verein gegründet — die „asociaçao da saúde popular 3 de Abril", die in Zukunft als juristischer Träger fungieren wird. Auch wenn es bis zur „Legalisierung" und einer Einstellung von Ärzten noch ein weiter Weg ist, wendet man sich trotzdem schon jetzt mehr den Bereichen der Präventivmedizin und Sozialarbeit zu, um so „den Armen die Waffen für eine bessere Gesundheit selbst in die Hand zu geben". Die Gruppe „Familienplanung" hat gerade eine ausführliche Broschüre über die Pille herausgegeben und die Schaffung einer Krippe für die Arbeiterkinder, die tagsüber in den Wohnsilos aufbewahrt werden, kommt ebenfalls voran. Ob der Kampf aber weitergeführt werden kann, das hängt nicht zuletzt auch von einer langfristigen Konsolidierung der personellen Situation ab.

Ein Genosse aus Portugal

Spanien

Kongreß der PCE: Lenin in die Mottenkiste

Der 9. Kongreß der spanischen euro-revisionistischen PCE, der vom 19. bis 23. April in Madrid stattfand und dem in allen Regionen Spaniens vorbereitende Konferenzen vorausgegangen waren, fand erhebliche Beachtung sowohl in Spanien selbst wie auch im europäischen Ausland. Der Grund hierfür ist leicht verständlich. Die spanischen Revisionisten (derzeit über 200.000 eingeschriebene Mitlieder) betätigen sich als Schrittmacher dessen, was sie als ,,Eurokommunismus'' bezeichnen und zeichnen sich seit einiger Zeit dadurch aus, daß sie in geradezu tollkühner Geschwindigkeit nicht nur bestimmte Prinzipien des Marxismus-Leninismus (die sowieso nur noch auf dem Papier bestehen) über Bord werfen, sondern sie werfen sowohl in ihren programmatischen Aussagen wie in ihrer konkreten Politik selbst die einfachsten, ,,selbstverständlichsten'' Grundlagen linker Politik über den Haufen. Der Kongreß der PCE war in diesem Sinne nicht nur von Interesse für die Beobachter der Bourgeoisie, sondern sicher auch für jene Kräfte, auf die die ,,Entdogmatisierung'' der revisionistischen Parteien faszinierend wirkt.

Vordergründig ging es auf dem PCE-Kongreß vor allem um die Selbstdefinition, um den Namen der Partei. Die ZK-Thesen, die den regionalen Gliederungen und dem Parteitag vorgelegt wurden, forderten die Abschaffung der Bezeichnung ,,marxistisch-leninistisch'' und die Ersetzung durch ,,marxistis h-demokratisch-revolutionär''. Lenin, der gute alte Kumpel, wurde von den ZK-Vertretern, allen voran Generalsekretär Santiago Carrillo, in die Mottenkiste gelobt: *,,Genossen, das ist doch ganz selbstverständlich, wir bleiben Leninisten!* (...) *Ich frage Euch, Genossen, wie kann die Partei den Leninismus ablegen, wenn sie beharrlich für den Sieg der sozialistischen Revolution und des Kommunismus kämpft? Doch Genossen, es ist soviel Wasser den Ebro hinuntergeflossen seit jener Epoche, daß es doch ein ungeheurer Irrtum wäre, wollte man heutzutage den Winterpalast stürmen, wie es damals sehr richtig und sehr revolutionär unser unvergessener Genosse Lenin*
sehr richtig und sehr revolutionär unser unvergessener Genosse Lenin
mit der bolschwistischen Partei unternommen hat'' (,,Mundo Obrero'', Organ der PCE, 13.4.78).

Die Abkehr von Opa Lenin vollzog sich durchweg in so inhaltsreichen Ausführungen wie der des ZK-Mitgliedes Sanchez Montero: *,,Die Änderung des Namens bedeutet keine Abwendung von Lenin und auch nicht vom Leninismus, allerdings sind grundsätzliche Konzeptionen seiner Theorie durch gesellschaftliche und technische Entwicklungen überholt worden''* (,,El Pais'', 2.4.78).

Den eigentlichen Inhalt solcher Ausführungen charakterisierte Carrillo in seinem Eröffnungsreferat schon etwas näher, indem er sagte, daß es der PCE als besonderes Verdienst anzurechnen ist, *,,antiquierte Denkschemata, wie die Politik Klasse gegen Klasse, die uns in eine Sackgasse führt, zu überwinden''* (,,Mundo O—brero'', 20.4.78).

Was Lenin (der alte Esel) zur Rolle und Funktion einer Kommunistischen Partei sagte, wird von Sanchez Montero zurechtgerückt. Er meinte, die Zeit, in der ,,die Partei'' heilig gesprochen worden sei, wäre vorbei: *,,Es ist nicht d i e Partei, sondern e i n e Partei der Arbeiterklasse, die im Bündnis mit anderen Parteien und fortschrittlichen Kräften die Gesellschaft zum Sozialismus zu führen versucht''* (,,El Pais'', 22.4.78). Als hätte Lenin jemals behauptet, daß die Kommunistische Partei ohne Bündnisse auskommt. Lenin hat hingegen sehr wohl immer wieder die Notwendigkeit einer klaren ideologischen Führung innerhalb der Arbeiterklasse hervorgehoben und die Auseinandersetzung mit den Opportunisten aller Schattierungen insbesondere an der Frage geführt: Was ist der bürgerliche Staat und was macht die proletarische Revolution mit diesem Staat. Für die PCE waren Lenins zentrale Schriften zum Charakter des bürgerlichen Staates jedoch spätestens mit Carrillos Buch ,,Eurokommunismus und Staat'' zu Altpapier geworden.

Es ist kennzeichnend für das ideologische Niveau innerhalb der PCE, daß sich Kritik (und die gab es z.T. recht massiv) an der Abhalfterung Lenins keineswegs an irgendwelchen inhaltlichen Fragen festmachte, sondern unseres Wissens ausschließlich an Verfahrensfragen, d.h. an undemokratiscer Diskussionsführung seitens der Parteispitze.

Demokratisierung der Partei?

Gerade mit einer so postulierten »inneren Demokratisierung« der PCE, der Auflösung demokratisch-zentralistischer Strukturen, einer versprochenen Mitwirkung aller Mitglieder bei der Festlegung der Politik der PCE hatte das ZK die Entleninisierung schmackhaft gemacht. Mit Schlagworten wie *»größere politische Autonomie der Basis«*, *»ein gewisser Polizentrismus«*, *»Autonomie der Massenbewegung«*, *»Verlassen der These vom Transmissionsriemen«*, etc. warben Mitglieder der PCE auch in der spanischen bürgerlichen Presse für die »Partei neuen Typs« (»El Pais«, 18.3.78).



In krassem Widerspruch zu diesen attraktiven Versprechungen stand das tatsächliche Vorgehen der Parteispitze und insbesondere Carrillos während der regionalen Kongresse, ein Vorgehen, das zum Teil erhebliche Proteste auslöste. Auf der Versammlung der 500 Delegierten von Asturien verließen 113 Mitglieder den Saal aus Protest gegen die nicht repräsentative Zusammensetzung der Versammlungsleitung. (Vier Bezirksverbände waren für die Beibehaltung der Bezeichnung »leninistisch«, durften jedoch ihre
für die Beibehaltung der Bezeichnung »leninistisch«, durften jedoch ihre
Position auf dem Parteitag nicht erläutern!). Sie gaben jedoch eine Erklärung ab, in der sie beteuerten, daß sie keine fraktionellen Absichten hätten. Die PCE-Organisation von Oviedo (Asturien) forderte einen konstituierenden Kongreß der PCE Asturien, um die aufgetretenen Widersprüche zu klären und übte scharfe Kritik an der entstellenden Berichterstattung im Zentralorgan der PCE, »Mundo Obrero«, über die Vorfälle auf dem asturischen Parteitag.

Zu einem Eklat kam es in der katalanischen Organisation der PCE (PSUC), in der seit längerem eine breite Ablehnung des selbstherrlichen Führungsstils Carrillos besteht. Carrillo selbst war zum katalanischen Kongreß erschienen und ging mit seinen Parteifreunden hart ins Gericht. Er setzte eine Abstimmung über die These 15 (Abschaffung der Bezeichnung »leninistisch«) durch, bei der das katalanische Exekutivkomitee en bloc abstimmen mußte. 71 Delegierte stimmten für die Streichung (87 Stimmen gab es für die Beibehaltung der leninistischen Definition, bei sechs Enthaltungen). Auf die 71 Stimmen wurden jedoch die 26 Stimmen des Exekutivkomitees aufgeschlagen, so daß sich eine Mehrheit von 97 Stimmen ergab. Am nächsten Tag jedoch, als Carrillo abgereist war, setzten die Delegierten eine erneute Abstimmung durch, bei der dem Exekutivkomitee ein Einzelvotum zugebilligtwurde. Ein überraschender Effekt: Nun waren 97 Delegierte für die Beibehaltung des Begriffes »leninistisch« und bloß 81 dagegen bei sieben Enthaltungen. Zehn Mitglieder des 26-köpfigen Exekutivkomitees schlugen sich auf die andere Seite. Damit war de euro-,,kommunistische'' Kurs Santiagos am Widerstand der mehr am sowjetischen Kurs orientierten Katalanen gescheitert. Die katalanische PSUC vereinigt in ihren Reihen übrigens eine weitere Strömung, die sogenannte »Weiße Fahne« — oder sozialdemokratische Tendenz, die noch weitaus rechtere Positionen als Carrillo selbst vertritt. Ihr Vertreter, Jordi Borja, Mitglied des katalanischen Exekutivkomitees, der sich als »radikaler Eurokommunist« versteht, äußerte sich u.a. so: *»Die eurokommunistischen Parteien wollen keine Gesellschaft, die sich in zwei Lager spaltet* (...) *Die organisierte Arbeiterklasse auf der einen Seite und der Kapitalist auf der anderen, heißt auf eine Katastrophe zugehen«* (»El Pais«, 8.4.78).

Auf der Regionalversammlung von Madrid fand die ZK-These 15 (bei 62 Enthaltungen) 115 Gegenstimmen und 433 Für-Stimmen. Ein Antrag, die Leninismus-Frage auf einem außerordentlichen Parteitag zu klären, da es um eine komplizierte und wichtige Frage gehe, wurde mit 334 zu 228 Stimmen abgelehnt — immerhin doch ein Zeichen, daß auch in Madrid ein bedeutender Teil der Delegierten vom überstürzten und überfallartigen Vorgehen der Parteispitze nichts hielt.

Der Parteitag

Auf dem Parteitag siegten die »Eurokommunisten« mit eindeutigen Mehrheiten. Die Streichung des Attributs »leninistisch« wurde gegen 248 Stimmen (bei 40 Enthaltungen) mit 968 Stimmen durchgezogen. Die Partei nennt sich jetzt »marxistisch-demokratisch-revolutionär«. Santiago Carrillo wurde einstimmig wieder zum Generalsekretär gewählt. Auch das auf 45 Mitglieder erweiterte Exekutivkomitee wurde mit Ausnahme des andalusischen und baskischen Vertreters, die ihre Kandidatur zurückzogen, in der alten Zusammensetzung wiedergewählt, zwölf neue Vertreter kamen hinzu.

Von den 15 ZK-Thesen wurden fast alle mit unwesentlichen Veränderungen verabschiedet, so der »demokratische Übergang zum Sozialismus«, die Liquidierung des demokratischen Zentralismus, die Unterstützung des Sozialpaktes von Moncloa, etc. Lediglich die vom ZK vorgeschlagene Befürwortung (!) der amerikanischen Stützpunkte auf spanischem Gebiet wurde abgelehnt.

Insgesamt hat dieser Parteitag, auf dem eine revolutionäre Opposition nicht in Erscheinung trat, eine breite opportunistische Strömung innerhalb der spanischen Arbeiterbewegung zum Ausdruck gebracht (wie die Gewerkschaftswahlen gezeigt haben, sind die von der PCE hauptsächlich beeinflußten »Comisiones Obreras« die mit Abstand stärkste Fraktion innerhalb der spanischen Arbeiterklasse und damit mehr oder weniger bewußt und eindeutig auch den politischen Konzeptionen der PCE verpflichtet).

Einen interessanten Beitrag zur Möglichkeit der Anpassung aller Klassenkämpfe im spanischen Staat an die Linie der Klassenversöhnung, hielt allerdings der baskische PCE-Delegierte: *»Euskadi ist der niedrigste Punkt in Spanien in Bezug auf die Politik der nationalen Wiederversöhnung und der demokratischen Konzentration. Und wenn in Euskadi der Eurokommunismus keine Fortschritte macht, dann kann der Eurokommunismus in ganz Spanien scheitern«* (»El Pais«, 22.4.78). Tatsächlich ist das Baskenland die einzige Nationalität des spanischen Staates, in der die Politik der Klassenzusammenarbeit, die Aussöhnung mit den alten Kräften des Faschismus auf eine breite revolutionäre Gegenströmung trifft.

Die Gäste

Unter den Gastdelegationen des PCE-Kongresses waren die verschiedenen westeuropäischen revisionistischen Parteien vertreten. Der Einladung waren auch die sozialistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Chiles gefolgt. Die ebenfalls eingeladene westdeutsche SPD lehnte die Einladung dankend ab... Unter den Gästen befanden sich auch die MAPU (Chile), Frente Polisario (Republik Sahara), die PLO (Palästina).

Auch ein hoher sowjetischer Vertreter war gekommen, Victor Afanasiev, Leiter der »Prawda« und Mitglied des ZK der KPdSU. Von einer spanischen Tageszeitung auf die Differenzen zur PCE angesprochen, antwortete Afanasiev:

»Wir, unsere Partei, haben großen Respekt vor den spanischen Kommunisten. Wir sind in der UdSSR der Meinung, daß die PCE eine Partei mit einer reichen Geschichte ist, bedeutende Erfahrungen besitzt und wir meinen, daß sich unsere jeweiligen Parteien annähern und sich besser kennenlernen sollten. Wir sind bereit, jede Art von Beziehungen auf allen Ebenen — auch den höchsten — zu entwikkeln«. Auf die Frage eines Journalisten, daß doch wohl unterschiedliche Vorstellungen über den Sozialismus bestehen, antwortete Afanasiev:

»Die Leitung der PCE hat ihr eigenes sozialistisches Modell, wie es derzeit in Mode ist. Der Begriff »Modell«, auch wenn er derzeit in Mode ist, hat keinen besonderen Sinn. Im Wortsinn angewandt gilt er nur für die Kybernetik und die Haut-Couture. Die sowjetischen Kommunisten und das sowjetische Volk sind jedoch bereit, abzuwarten, wie das spanische Modell des Sozialismus aussehen wird, und wenn dieses Modell gut ist, werden wir keine Bedenken haben, alles was für uns notwendig und nützlich ist, anzunehmen. Unser Land ist groß, auch unsere Partei, aber wir haben keine Angst, Schüler zu sein und von jemand zu lernen. Natürlich nur, wenn die Lektion gut ist« (»El Pais«, 22.4.78). Afanasiev wandte sich zwar in zarten Worten gegen die Kritik der spanischen PCE am »realen Sozailismus«, gab aber unumwunden zu, daß die KPdSU auch »viele Probleme« hat.

Die Äußerungen Afanasievs sind nicht anders zu interpretieren, als daß die KPdSU verstanden hat, daß sie die »eurokommunistische« Entwicklung der westeuropäischen Parteien nicht mehr mit markigen Worten und Verpflichtungen auf das sowjetische »Modell« stoppen kann und eine mehr konziliante Verständigungsbasis suchen muß. Diese Notwendigkeit ergibt sich insbesondere angesichts ähnlicher Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern. Sowohl die rumänische KP als auch — sehr vorsichtig — die ungarische haben den Kurs Carrillos sehr positv beurteilt.

Spanien-Kommission

PSOE vereinnahmt PSP

Am 30. April wurde in Anwesenheit internationaler Prominenz die ,,Einheit der spanischen Sozialisten" formell vollzogen. Dem feierlichen und friedvollen Akt waren fast zweijährige weniger friedvolle Beziehungen zwischen der sozialdemokratischen PSOE des Felipe Gonzalez und der ,,Sozialistischen Volkspartei'' des Tierno Galvan vorausgegangen.

Daß es bei einer möglichen Vereinheitlichung der verschiedenen sozialistischen Strömungen im spanischen Staat nicht um einen Diskussionsprozeß zwischen Gleichberechtigten und daß das Ergebnis nicht ein echter Kompromiß zwischen den unterschiedlichen politischen Ansichten sein würde, war spätestens klar, als die ,,Sozialistische" Internationale , geführt von Willy Brandt, einseitig und ausschließlich die PSOE ,,anerkannte'' und mit erheblichen finanziellen Mitteln unterstützte. Die Investitionen in die PSOE zahlten sich bei den Wahlen vom 15. Juni 1977 in einem bedeutenden Wahlerfolg aus. Damit war ein weiteres machtpolitisches Instrument geschaffen, um den links von der PSOE angesiedelten anderen sozialistischen Strömungen, insbesondere der PSP, das Wasser abzugraben. Die PSOE hatte von Anfang an erklärt, daß für sie eine ,,Einheit'' nur als Ein- oder Unterordnung der anderen Parteien unter ihre Partei infrage komme. Gegen diese selbstherrliche Haltung hatte es in der PSP noch vor einiger Zeit großen Unwillen und Protest gegeben. Die PSP hatte ein Selbstverständnis als revolutionäre marxistische Partei, und die von ihr beeinflußte Gewerkschaft USO vertrat ein Konzept der Arbeiterselbstverwaltung und der demokratischen Selbstbestimmung der Arbeiter durch die betrieblichen Vollversammlungen (,,Versammlungsbewegung''). Den PSP-Mitgliedern war es im übrigen freigestellt, sich auch in den ,,Comisiones Obreras'' zu organisieren. Die PSP verstand sich als Verbindungsglied zwischen Sozialisten und der revolutionären Linken, mit denen sie des öfteren in Aktionseinheiten zusammenarbeitete.

Die Eingliederung der PSP in die PSOE ist einerseits ein Zermürbungsprozeß seitens der staatspolitisch so erfolgreichen großen Schwester – die Mehrheit der PSP-Basis geriet in diesen Sog; andererseits müssen wir die Selbstaufgabe der PSP als einer nicht unbedeutenden linkssozialistischen Gruppierung als einen weiteren Rechtsruck innerhalb des spanischen Parteienspektrums werten (dies ist im Zusammenhang mit der Entwicklung in der PCE – s. Artikel – von besonderer Bedeutung).

Das Trostpflaster, das die PSOE der PSP für ihre Selbstaufgabe anbot, hat mehr symbolischen Charakter: Tierno Galvan wird zum ,,Ehrenpräsidenten'' der PSOE, ohne weitere echte Kompetenzen außer einer ,,beratenden ideologischen'' Funktion und Repräsentation nach außen. In einem gemeinsamen Dokument wurden seitens der PSOE einige Zugeständnisse an linke PSP-Positionen gemacht, die allerdings ebenfalls keine Auswirkungen auf die konkrete Politik der Gesamtpartei haben werden. Die PSOE kündigte lediglich an, daß sie in Zukunft an den Beratungen der sozialistischen Parteien, die sich außerhalb der sozialdemokratischen Internationale in der ,,Mittelmeerkonferenz'' zusammengetan haben, teilnehmen wird. In dem gemeinsamen Dokument heißt es u.a.: *,,Die Sozialistische Partei ist eine marxistische, demokratische Klassen- und Massenpartei.''* – *,,Es geht nicht darum, die blutigsten Defekte des Kapitalismus durch Retuschen und Reformen zu korrigieren''*, es geht angeblich um mehr. *,,Nur der Sozialismus vereinbart die Gerechtigkeit mit der Freiheit, und diese gründet sich auf der Selbstbestimmung''*. Die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise (!) gehörte mit zu den gemeinsam erarbeiteten ,,Grundlagen'' (,,El Pais'', 5.3.78). Wie ernst es der PSOE-Führung mit dieser gemeinsamen Erklärung war, wurde schon wenig später deutlich, als Felipe Gonzalez ankündigte, auf dem nächsten Parteitag der PSOE, der im Dezember 1978 stattfinden soll, den Begriff ,,marxistisch'' aus den Parteistatuten und -programmen zu streichen, da die marxistische Ideologie bei den Wählern nicht ankomme... (,,FR'', 10.5.78).

Widerstand gegen die Integration der PSP in die sozialdemokratische Partei regte sich vor allem in Aragon, Madrid und im Baskenland. Es wird geschätzt, daß etwa 2.000 PSP-Mitglieder den Pferdewechsel nicht mitmachen werden, darunter 450 aus Madrid und 1.500 aus Aragon (die PSP-Organisation von Aragon erklärte geschlossen ihren Austritt). Die Madrider Opposition wandte sich gegen die ,,sozialistische Einheit'', weil sie von der PSP-Exekutive manipuliert worden sei und die ideologischen und politisch-praktischen Unterschiede zwischen beiden Parteien zu erheblich seien (,,El Pais'', 11.4.78). Die PSP-Organisation von Aragon erklärte, daß ihr geschlossen negatives Votum gegen die Fusion *,,auf der Ablehnung eines bevorstehenden und verabscheuungswürdigen Zweiparteiensystems beruht, daß diese Ablehnung auf dem festen Glauben an die Notwendigkeit einer Vielfalt von demokratischen Alternativen im spanischen Staat basiert und der Verteidigung der Identität der PSP als einer sozialistischen und selbstbestimmten Partei, die unabhängig ist, solidarisch mit der Dritten Welt und eine unabhängige und nicht parteigebundene gewerkschaftliche Organisation verteidigt''* (,,El Pais'', 13.4.78).

Spanien-Kommission

Faschisten auf Bürgerkriegskurs

Seit Mitte April haben die Angriffe der Faschisten in der Türkei eine neue Qualität ereicht. Dabei gehen sie jetzt von dem gezielten Terror gegen einzelne fortschrittliche Persönlichkeiten über zu Massenmassakern.

Faschistische Überfälle in Malatya

Am 17.4.78 wurden bei einem Bombenanschlag der Bürgermeister der ostanatolischen Stadt Malatya, Hamid Fendoglu, sowie drei seiner Familienangehörigen durch eine Bombe getötet. Diese Bombe kam per Paket aus Ankara. Fendoglu war ehemaliges Mitglied der rechtsgerichteten Gerechtigkeitspartei (AP) und gehörte als konservativer Moslem der Religionsgemeinschaft der Sunnjiten an. Die Stimmung in Malatya war schon Tage zuvor durch Faschisten aufgeheizt worden. So wurde am 14.4.78 ein Flugblatt der faschistischen „Nationalen Bewegung" sowie einer religiös-faschistischen Partei, der Nationalen Heilspartei (MSP) verteilt, in dem von schrecklichen Mordtaten der Kommunisten berichtet wurde. Weiterhin wurde die Bevölkerung aufgefordert, die ungläubigen Kommunisten mit allen Mitteln zu bekämpfen. Durch gefälschte Flugblätter sollte die Stimmung gegen die fortschrittlichen Kräfte sowie gegen eine andere religiöse Sippe, die Alewiten, die wesentlich fortschrittlichere Ansichten vertreten als die Sunnjiten, aufgeheizt werden. So wurde ein angebliches Flugblatt des Lehrervereins TÖB-DER verteilt, in dem behauptet wurde, die Kommunisten würden mit allen Frauen Geschlechtsverkehr suchen, ebenso die Kommunistinnen. Dies ist auch ein alter Vorwurf gegen die Alewiten, dort würde sogar die Mutter mit ihrem eigenen Sohn ins Bett gehen.

Einen Tag nach der Ermordung des Bürgermeisters hetzten die Faschisten der MHP, der MSP und der AP die Sunnjiten auf und zogen nach Malatya. Dabei wurden sämtliche Geschäfte, die den Alewiten gehörten sowie Geschäfte, die nicht auf Grund der Ermordung des Bürgermeisters geschlossen hatten, geplündert. Sämtliche Parteilokale und Druckereien der Linken wurden zerstört. In den nächsten Tagen griffen die Faschisten mit den aufgehetzten Massen gezielt Wohnbezirke an, in denen linke und fortschrittliche Menschen lebten. Die Faschisten benutzten dabei automatische Waffen. Der Staatsanwalt, der zur Aufklärung des Bombenattentats beauftragt war, wurde überfallen und mit Messerstichen verletzt. Die Faschisten schreckten nicht vor bestialischen Gewalttaten zurück. Drei Ober-

schisten schreckten nicht vor bestialischen Gewalttaten zurück. Drei Ober-

schüler, die als Linke galten, wurden entführt, gefoltert, erschossen und dann auf Bahngleise gelegt, wo sie von einem Zug gedreiteilt wurden. Erst der Einsatz von tausend Soldaten sowie eine Ausgehsperre konnten die Terrorangriffe zurückdrängen.



Militäreinsatz gegen Terroranschlag in Malatya

Trotz dieser zügellosen Angriffe kam es in den Wohnbezirken zu heftiger Gegenwehr. Die Beerdigung der drei Schüler wurde zu einer antifaschistischen Demonstration von 10.000 Menschen. Die Bilanz der Ereignisse ist erschreckend:

Acht Tote, 60 Verletzte und 473 zerstörte Häuser. Im Gegenzug wurden 230 Leute verhaftet. Ebenso wie in Malatya versuchten die Faschisten auch in anderen Orten die gewalttätigen Auseinandersetzungen anzuheizen. So kam es in Kars, der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, zu heftigen bewaffneten Auseinandersetzungen als die Faschisten linke Kräfte angriffen. Im selben Zeitraum griffen sie auch in Istanbul und Ankara in den Universitäten linke Studenten an. In Kars kamen dabei neun Menschen ums Leben und im weiteren Verlauf wurden fünf schwer verletzt.

Damit sind allein in diesem Jahr über 220 Menschen durch die Bürgerkriegsstrategie der Faschisten ums Leben gekommen. Erfreulicherweise handelt es sich hierbei nicht nur um Linke, da diese sich immer stärker auch bewaffnet zur Wehr setzen. Hintergrund dieser verstärkten Angriffe war der nationale Marsch der Faschisten in Ankara am 15.4.78 gewesen, an dem tausende der braunen Pest teilnahmen. Auf diesem Marsch machte der Vater der „Grauen Wölfe" und Vorsitzende der faschistischen MHP Türkes die Linken und die Regierung Ecevit für die seiner Ansicht nach anarchistischen Zustände in der Türkei verantwortlich und drohte: *„Im Falle eines offenen Kampfes können wir fünf Millionen Bewaffnete zählen"* („Spiegel", 8.5.78).

Strategie der Spannung ...

Die Ereignisse der letzten Wochen sind Ergebnis einer gezielten Strategie der Spannung.

Die Bombe von Malatya stammt aus dem Kernforschungszentrum von Ankara. *„Es waren ‚Graue Wölfe', darunter ein Sohn eines faschistischen Abgeordneten, die das Sprengstoffpaket in einem ihrer Stützpunkte hergestellt hatten – dem sogenannten Kernenergiezentrum in Ankara"* („Spiegel", 8.5.78). Dieses Zentrum war zur Zeit der jetzt abgelösten rechten nationalen Front-Regierung dem ehemaligen Vizepräsidenten, dem Faschisten Türkes, unterstellt. Aber nicht nur die eine Bombe wurde hier fertiggestellt. Insgesamt sieben Bomben wurden aus Ankara verschickt, die unter Anleitung eines Oberleutnants der Armee gebaut wurden. Daß es nicht zu einem größeren Blutbad kam, ist mehr dem Zufall zu verdanken. Während eine Bombe auf dem Wege zu dem Empfänger auf der Post explodierte, konnten die anderen Empfänger durch die Bombe von Malatya rechtzeitig gewarnt werden. Die Bomben waren alle so verschickt worden, daß sie am 14.4.78, also einen Tag vor dem nationalen Marsch der Faschisten, ihre Empfänger erreichen sollten. Doch sie wurden nicht alle gleich abgeholt bzw. wie in Malatya erst später geöffnet. Die Empfänger der Bomben lebten alle in sogenannten Spannungsgebieten, wo sich die Auseinandersetzungen bereits sehr militant zugespitzt hatten. Ein Empfänger war z.B. ein ehemaliger CHP-Bürgermeister in Pazarcik. Dadurch erhofften sich die Faschisten einen Aufruhr seitens der Sozialdemokraten. Aber das Kernenergiezentrum in Ankara ist nicht die einzige Bombenwerkstatt der Faschisten. So besitzen sie z.B. noch aus alten Regierungstagen Einflüsse im

sten. So besitzen sie z.B. noch aus alten Regierungstagen Einflüsse im

staatlichen Chemie- und Industriewerk in einer Kreisstadt der Provinz Ankara. Dieses unterstand ihnen ebenfalls. Dieser Rüstungsbetrieb der Armee produzierte nebenbei ebenfalls Bomben für die Faschisten. So wurden Mitglieder der „Grauen Wölfe" verhaftet, die Sprengstoff in ihren Taschen trugen mit dem Auftrag, ihre eigenen Versammlungslokale in die Luft zu sprengen. *„Sie wollten damit Rachefeldzüge gegen alles Linke provozieren"* („Spiegel", 8.5.78).

... in enger Zusammenarbeit mit dem CIA

„Durch Sabotageaktionen und politische Morde einen Bürgerkriegszustand schaffen – und dann kommen wir" – das verkündete der 1977 entlassene General Kemal Ersun. Zwei Jahre nach Beendigung der Diktatur der Militärs, die von 1971 bis 1973 das Land regierten, begannen die Faschisten, nach diesem System zu arbeiten. Seit 1975 sind über 600 Menschen, überwiegend fortschrittliche und linke, von Faschisten umgebracht worden. Es ist kein Geheimnis, daß diese Strategie von der sogenannten „Konter-Guerilla", eine besondere Einheit aus Armeeoffizieren mit engsten Verbindungen zum CIA, ausgebrütet wurde.

„Ihre Führung arbeitet im Gebäude des Generalstabs in Ankara. Ihren Deckmantel findet sie im STK, dem ‚Untersuchungsausschuß für Mobilmachung', gegründet von den ehemaligen Militärkommandanten von Istanbul, Izmir und Ankara von den Generalen Faik Türün, Mahmut Unlutürk und Kemal Ersun" (ebenda).

Gerade die Aktionen von Malatya und die Verschickung der Bomben stammen direkt aus dem Lehrbuch des CIA: *„Es sind Aktionen durchzuführen, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken sollen, sie kämen von Revolutionären. Hierbei darf vor Grausamkeiten nicht zurückgeschreckt werden"* (ebenda). Auch wenn es zum jetzigen Zeitpunkt wenig wahrscheinlich ist, daß die Imperialisten ein Eingreifen der Militärs befürworten, so hat doch die Strategie der Spannung zum Ziel die Führung der Faschisten unter Türkes in der rechten Opposition auszubauen, um so gezielter Einfluß auf die Politik der sozialdemokratischen Regierung zu nehmen.

Die aufkommende und sich politisch entwickelnde Massenbewegung soll eingeschüchtert werden, um sie beim Aufbau einer antifaschistischen und sozialistischen Front zurückzuzerren.

Die Forderung nach einem Verbot der Faschisten wird immer lauter. Das Verbot soll durch solche Machtdarstellungen wie in den letzten Wochen unmöglich gemacht werden.

Zwar sind in der letzten Zeit einzelne faschistische Rattenlöcher ausgehoben worden, so z.B. wurden in Kahramanras 24 Faschisten verhaftet, die seit 1976 etliche Morde, Mordversuche und Anschläge auf ihr Konto verbuchen konnten. Die Faschisten gehörten den berüchtigen legalen „Ideenvereinen" an. Bei ihrer Verhaftung wurden Sprengstoff und Maschinengewehre sowjetischer Bauart gefunden. Ebenfalls in Kahramanras wurden Mitglieder zweier illegaler Terrororganisationen der Faschisten, das „türkische Blitzkommando" und die „Befreiungsarmee der Türken in der Sklaverei" (gemeint sind die Türken in der UdSSR, die Red.) festgenommen.

Allerdings kommt die sozialdemokratische Regierung Ecevit nicht der Forderung nach einem Verbot der faschistischen „Nationalen Bewegung" sowie der „Ideenvereine" nach.

Im gleichen Atemzug verweigert sie aber, ihre Wahlversprechen, das Verbot der Kommunistischen Partei und die §§ 141 und 142, die den Aufbau und die Propaganda von Klassenorganisationen verbieten, aufzuheben.

Stattdessen wird demagogisch

zuheben.
Stattdessen wird demagogisch

vom Terror der links- und rechtsextremistischen Kräfte sowie der Schaffung von Lebenssicherheit gesprochen, wenn auch derzeit mit Schwergewicht gegenüber den Faschisten.

Aber solange damit die Fakten verschleiert und den Faschisten nicht der offenen Kampf angesagt wird, solange wird die Regierung Ecevit mitschuldig an solchen Ereignissen wie jetzt in Malatya.

Solange haben auch die Lehrbücher des CIA und der „Konterguerilla" ihre Gültigkeit. Der Druck auf die Regierung Ecevit, den Forderungen der Massenbewegung nachzukommen, muß verstärkt werden. (Informationen nach „Cumhuriyet" vom 14.4.78 - 9.5.78).

Griechenland/Türkei-Kommission

Todesurteile

Türkei. Gegen 21 Mitglieder der TIKKO (Befreiungsarmee der Arbeiter und Bauern), der militante Arm der TKP/ML, wurden vor dem zweiten Strafgericht in Izmir die Urteile gesprochen. Angeklagt waren die Genossen wegen Aufbau einer illegalen Organisation, Bankraub und bewaffneten Aktionen.

Drei Genossen wurden zum Tode verurteilt, wovon bei zweien die Todesstrafe in lebenslänglich umgewandelt wurde.

Der dritte ist aus dem Krankenhaus geflüchtet. Zwölf weitere Genossen bekamen Freiheitsstrafen von zwei bis fünf Jahren bzw. Verbannung. Sechs wurden freigesprochen.

Diese skandalösen Urteile belegen die Klasenjustiz auch unter Ecevit, während die Mörderbanden der Faschisten immer noch relativ ungeschoren davonkommen.

Griechenland/Türkei-Kommission

Modell Deutschland - jetzt auch in Griechenland

Nach der Ablösung der Militärjunta durch den „demokratischen" Karamanlis, kam es in Griechenland zu einer breiten Bewegung gegen die NATO und die Einmischung der Amerikaner in die inneren Angelegenheiten Griechenlands.

In den Fabriken des Landes, in dem Gewerkschaften zuvor verboten und verfolgt wurden, entwickelten sich nach und nach Kampfkomitees und Basisgruppen, die von den bürgerlichen Parteien nicht so leicht kanalisiert werden konnten.

Die klar anti-kapitalistische Ausrichtung dieser Komitees machten sie zu einem erklärten Gegner der Herrschenden, die unter bürgerlich-demokratischer Fassade mit dem Belagerungszustand (z.B. in Mantoudi, Madem Lako und Larimna) auf Streiks der Bauarbeiter reagierte. Mit unzähligen Prozessen, der Aufhebung oder Einschränkung wichtiger Grundrechte, der Ermordung von Widerstandskämpfern versucht die Regierung die Ruhe zu schaffen, die nötig ist, um die Probleme der bürgerlichen Klasse zu lösen. Während sich die Parteien in den Wahlkampf stürzen (20. November 1977) wird den Streikenden von Madem Lako der Prozess gemacht und sie werden verurteilt.

Die Folterknechte der Militärjunta werden freigelassen, u.a. Babalis und Bolaris, die rechte Hand von Ionanndidis.

Griechenland, aufgeschreckt von der verstärkten Einmischung des BRD-Imperialismus in seine inneren Angelegenheiten (Druck und Drohungen im Zusammenhang mit der Auslieferung Rolf Pohles, Belästigung deutscher Touristen von „Experten" aus der BRD, Amtshilfe für GSG 9) erlebt heute eine neue Stufe der politischen Repression und mancher fragt sich, worin eigentlich noch der Unterschied zwischen der abgelösten – aber nicht bestraften – Militärjunta und dem Regime des K. Karamanlis besteht.

Während die Folterer und Denunzianten der Junta frei herumlaufen und zu neuen Taten ermuntert werden, verschärfen sich die Angriffe der Polizei und Justiz auf die fortschrittlichen Kräfte.

Beispielhaft für diese Entwicklung ist der Fall des Arbeiters und aktiven Gewerkschafters J. Serifis, der nur zu deutlich an den Prozess gegen K.H. Roth und die „Wunder von Stammheim" erinnert.

Freiheit für H. Serifis!

Die „Selbstmorde" von Stammheim hatten in Griechenland eine Welle der Empörung ausgelöst. Die Entwicklung in der BRD wurde als Gefahr für ganz Europa angesehen. Es kam zu Protestaktionen und Angriffen auf deutsche Konsulate und die Niederlassung westdeutscher Konzerne.

Als Antwort darauf wurden Demonstranten in Athen und Thessaloniki verhaftet, dann Schauspieler, Sänger, die Herausgeber fortschrittlicher Zeitungen und viele andere. Sie werden als die „moralischen Urheber" dieser „anarchistischen" Proteste bezeichnet,

Bei dem Versuch der Gruppe „Internationale Solidarität" ein Fertigteillager der

ste bezeichnet,
Bei dem Versuch der Gruppe „Internationale Solidarität" ein Fertigteillager der

AEG-Niederlassung in Piräus mit Benzin in Brand zu stecken, kam es zu einer Schießerei mit der Polizei, bei der das Mitglied der Gruppe, Kassimi, getötet und die Beamten verletzt wurden.

Eine Woche nach diesem Vorfall (31.10. 77) verhaftete die Polizei den Arbeiter J. Serifis. Ihm wird seither vorgeworfen an der Aktion beteiligt gewesen zu sein und dabei seinen eigenen Genossen durch Kontaktschuß kaltblütig ermordet zu haben.

Obwohl die griechische Verfassung verlangt, daß ein Beschuldigter nach spätestens sechs Monaten vor Gericht gestellt, oder aber freigelassen werden muß, befindet sich Serifis ohne Prozess immer noch in Haft.

Die Athener Anwaltskammer hat seine Verteidigung übernommen, weil sie davon überzeugt ist, daß ihm trotz fadenscheiniger Beweise, einem eindeutigen Alibi, einer Unzahl von Widersprüchen in der Anklage, ein Mord der Polizeikräfte in die Schuhe geschoben werden soll.

Wer ist Jannis Serifis?

Er hat jahrelang in der Bundesrepublik, zuletzt bei der AEG in Winnenden (bei Stuttgart) gearbeitet. Nach seiner Rückkehr nach Griechenland arbeitete er bei der AEG-Niederlassung in Piräus und setzte sich dort für den Aufbau einer kämpferischen Basisgewerkschaft ein. Wegen seiner Rolle bei der Durchführung eines 70-tägigen Streiks wurden er und weitere 42 fristlos entlassen. Ein Arbeitsgerichtsprozess gegen die Entlassung steht noch aus.

Er war während der Diktatur Mitglied der Widerstandsgruppe „Bewegung 20. Oktober", weswegen er auch 1971 in Abwesenheit verurteilt wurde. Sein Verfolger damals wie heute: Karathanassis, Folterknecht der Junta und heute Polizeichef von Piräus.

(Daß Widerstandskämpfer heute noch den wütendsten Angriffen der Reaktion ausgesetzt sind, beweist nicht zuletzt die – noch ungeklärte – Ermordung des Abgeordneten Panagoulis, der Jahre in den Gefängnsssen der Junta zubringen mußte und vor zwei Jahren nach offizieller Version bei einem Autounfall verstarb).

Serifis gehört keiner großen Partei an, was ihm eine wirkungsvolle Unterstützung garantiert hätte. Aber er ist Repräsentant einer Bewegung, die sich dem Ausverkauf des Landes an den Imperialismus und dem Import des „Modell Deutschland" entgegenstellt.

Was geschah in der Nacht vom 19. auf den 20. Oktober?

Nach Darstellung der Polizei wurde die Gruppe von zwei Zivilbeamten gestellt, Kassimi von einem überwältigt und im Würgegriff festgehalten. Ein Mitglied der Gruppe – die Beamten wollten später anhand von Fotos Serifis identifiziert haben – sei herangetreten und habe Kassimus durch Kopfschuß getötet, in der Absicht mögliche Aussagen zu verhindern. Es seien zwei weitere Schüsse gefallen, die die Polizisten verletzten. Dann sei die Gruppe geflüchtet.

Wunder, Widersprüche und Schlampereien wie in Stammheim:

Nach Angaben der Anwälte wurde nicht geprüft, ob die Verletzungen der Polizisten und der Tod von Kassimis von der gleichen Waffe hervorgerufen wurde.

Das tödliche Geschoss blieb zwei Wochen lang verschwunden und war dann derart deformiert, daß sich die Waffe nicht mehr genau bestimmen ließ.

Ein italienischer Experte, der schon die Ermordung von Panagoulis untersucht hatte und mehrfach Morddrohungen erhalten hatte, konnte jedoch feststellen, daß es sich um eine Polizeiwaffe (mindestens 9 mm) handeln muß. Die Gruppe war aber mit einer Beretta (7,5 mm) bewaffnet. Der Polizeiarzt sagte vor Zeugen aus, daß Kassimis aus mehreren Metern Entfernung erschossen wurde, worauf er vom anwesenden Staatsanwalt zurechtgewiesen und anschließend seines Amtes enthoben wurde.

Während die Polizei behauptete, der Schuß sei von der rechten Schläfe nach hinten gegangen, erklärte der Arzt er sei seitlich durch die Schläfe von links nach recht gegangen.

Die Polizei sprach in den ersten Tagen von einem Augenzeugen, der die Sache aus unmittelbarer Nähe beobachtet habe. Wenig später war der jedoch plötzlich unauffindbar („irgendwo in Kreta").

Der verletzte Beamte soll Serifis anhand von Fotos am 20.10. 77 erkannt haben, die der Polizist Grigoriu ihm im Krankenhaus vorgelegt haben soll. Laut einem Polizeiprotokoll war Grigoriu aber zu diesem Zeitpunkt bei einem ganz anderen Einsatz.

Nach Darstellung der Gruppe „Internationale Solidarität" (die Erklärung wurde in vielen, auch bürgerlichen Zeitungen abgedruckt), griffen sich die Beamten Kassimis. Als der sich losriß und weglief wurde er seitlich erschossen. Das deutet auf einen eindeutigen Mord hin, für den ein völlig Unbeteiligter nun seinen Kopf

auf einen eindeutigen Mord hin, für den ein völlig Unbeteiligter nun seinen Kopf

hinhalten soll, weil er a) in einer Auseinandersetzung mit der Firmenleitung von AEG stand und b) am Widerstand gegen die Junta beteiligt war, was den neuen und alten Folterknechten sowieso verdächtig sein muß.

J. Serifis hat für die fragliche Nacht ein Alibi und weist jede Beteiligung an der Aktion von sich. Seine Verhaftung hat zu breiten Protesten geführt. An dem Komitee für seine Freilassung beteiligen sich Mitglieder aller Parteien der Linken, auch derer, die bei seiner Verhaftung (kurz vor den Wahlen im Oktober) jedes Aufsehen vermeiden wollten. Auf die Proteste der Öffentlichkeit reagierten die Verantwortlichen mit neuen Angriffen:

Kassimis Frau, die an Serifis Unschuld glaubt, wurde verhaftet, weil sie die Polizisten für den Mord verantwortlich machte. Man hat ihr dann einen Kuhhandel angeboten: Sie soll die Anklage gegen die Beamten zurückziehen, als Gegenleistung verspricht man Serifis Milde oder Freilassung. Sie wird weiterhin bedroht.

Vier Staatsanwälte haben den Fall mittlerweile niedergelegt. Als der fünfte den Fall übernehmen wollte, forderte der Polizeichef die Akte zurück, wohl um einige Ungereimtheiten zu begradigen. Obwohl der Staatsanwalt sich weigerte, die Akte herauszugeben, war sie einen Tag später in den Händen des Polizeichefs.

Das Komitee für die Freilassung von J. Serifis geht davon aus, daß Polizei und Justiz nichts unversucht lassen werden, J. Serifis trotz aller Widersprüche hinter Gitter zu bringen. Die Ermordung des Abgeordneten Lambrakis in den 60-er Jahren mit Beteiligung des CIA, die Verbrechen der Militärdiktatur, die Ermordung von Panagoulis und der verstärkte Einfluß des westdeutschen Imperialismus in Griechenland sollten uns ein warnendes Beispiel sein. Eine stillschweigende Verurteilung oder „Selbstmordung" Serifis kann nur verhindert werden, wenn dieser Fall der internationalen Öffentlichkeit bekannt gemacht wird. Schreibt an das Komitee zur Freilassung von J. Serifis bzw. seinen Anwalt (Filipos Koteas, Lykoyrgoy 6, Piräus-Griechenland). Erklärt Euch mit ihm solidarisch und verlangt seine Freilassung!

2 Genossen aus Stuttgart.



nahost

Seit sechs Monaten:
Massenkämpfe gegen das Schah-Regime

Sechs Monate dauert der, Aufruhr gegen das faschistische Schah-Regime! Am 9. und 10.Mai erreichten die Demonstrationen und militanten Auseinandersetzungen in vielen Städten des Iran einen neuen Höhepunkt.

40 Tage vorher, am 29.März, war es in mindestens 38 Groß- und Kleinstädten des Iran zu Massendemonstrationen und schweren Auseinandersetzungen mit dem äußerst brutal vorgehenden Militär gekommen. Der Widerstand der iranischen Bevölkerung gegen die unzumutbaren, ständig schlechter werdenden Lebensbedingungen, gegen die totale politische Unterdrückung, gegen Mord, Folter und Terror des Schah-Regimes wächst.

Die besonders seit dem letzten November ständig anwachsenden Proteste und Demonstrationen haben eine neue Qualität erreicht, sie werden ständig militanter und haben sich inzwischen über das ganze Land ausgebreitet – trotz des bei jeder Protestwelle ständig gesteigerten Terrors des blutigen Schah-Regimes.

Selbst die bürgerliche Presse bemerkte zu den letzten Aufständen , daß *„neu an derartigen Protesten sei, daß die Iraner ihre Furcht verloren hätten "* („Neue Züricher Zeitung", "NZZ", 2./3.4. 78).

Mit der Ruhe ist es vorbei

Nach den großen Aufständen Anfang der sechziger Jahre, die blutig niedergeschlagen wurden und tausende von Todesopfern forderten, herrschte im Iran für Jahre eine scheinbare Friedhofsruhe. Während dieser Zeit wurde die Unterdrückungsmaschinerie des faschistischen Schah-Regimes immer perfekter ausgebaut. Der 1957 gegründete, weltweit berüchtigte Geheimdienst SAVAK wurde ständig weiter ausgebaut, sein Spitzel-System überzieht inzwischen lückenlos das ganze Land – und inzwischen auch das Ausland. Wahllose und willkürliche Verhaftungen, Folter, Mord und hohe Haftstrafen, die in völlig unkontrollierbaren Militärgerichts-„prozessen" verhängt werden, sind übliche Terrormethoden.

Seit Anfang der siebziger Jahre ist es mit der scheinbaren Friedhofsruhe endgültig vorbei. 1971 wurde von den revolutionären Organisationen der Volksfedayin und der Volksmojahedin der bewaffnete Kanpf aufgenommen. Es kam zu immer neuen Streiks der Arbeiter in verschiedenen Teilen des Landes, die jedesmal blutig niedergeschlagen und bei denen immer wieder viele Arbeiter ermordet wurden.

Seit 1976 hat der Widerstand gegen das faschistische Schah-Regime erheblich zugenommen. Besonders 1976 kam es zu einer Vielzahl bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen den Guerilla-Oranisationen und Polizei und Militär. Immer wieder wurden Agenten des Schah-Regimes und des US-Imperialismus erschossen und die Kämpfe der Bevölkerung durch bewaffnete Aktionen unterstützt.

In den letzten zwei Jahren gab es mindestens 50 wichtige Streiks – trotz des brutalen Vorgehens des Schah-Regimes, trotz Mord und zahlreicher Verhaftungen. Beispiele sind der Streik in der Textilfabrik in Schahi 1976, der Streik in der schaheigenen Druckerei „25.Schariwar", die Kämpfe der Sanitäter und Feuerwehrleute in Rascht, der Arbeiterinnen in der Fischindustrie im Süden des Landes, der Streik der Beschäftigten von Post-, Telegramm - und Telefondienst im Februar dieses Jahres. Die Arbeiter kämpfen für höhere Löhne (mindestens 2/3 der iranischen Arbeiter erhält einen Lohn. der unter dem Existenzminimum liegt und oft nicht einmal die Hälfte der Lebensmittelkosten für die Familie deckt), gegen Pflichtüberstunden, gegen mangelnde Sicherheit am Arbeitsplatz, gegen Entlassungen.

In Teheran kam es im letzten Jahr zu blutigen Auseinandersetzungen, als die Regierung unter dem Schutz bewaffneter Polizei die „ohne Genehmigung"gebauten Elendsquartiere der Bevölkerung niederwalzen ließ. In jüngster Zeit kam es zu Bauernkämpfen im Sary und Taleghan. Immer wieder führten die Studenten der verschiedenen Universitäten Demonstrationen und Protestaktionen durch, immer häufiger mußte das Schah-Regime Universitäten und Hochschulen schließen lassen, um die Protestwelle einzudämmen. Immer mehr Geistliche nahmen an der Protestbewegung teil, sie spielen bei den derzeitigen Aufständen eine entscheidende Rolle.

Erneuter Aufruhr gegen das Schah-Regime

Nach den fast zweiwöchigen Unruhen Ende März/Anfang April, die der bisherige Höhepunkt der Auseinandersetzungen mit dem Schah-Regime waren, kam es Ende April/Anfang Mai in vielen Städten zu Studentenunruhen, so zum Beispiel in Teheran, Shiraz, Isfahan, Täbriz und Babol („Le Monde", 9.5.78). Ende April wurden bei einem Aufruhr in Qom ein Polizist getötet und einer verletzt.

Am 7.5. fanden in ganz Teheran Massendemonstrationen statt, Banken und Kinos wurden in Brand gesteckt. Gleichzeitig flammten die Proteste in verschiedenen Universitätszentren wieder auf, so in Isfahan, Shiraz, Babol, Kerman und Kashan („Le Monde", 10.5.78).

Zwei Tage später hatten sich die Aufstände schon in mindestens sieben weitere Städte ausgebreitet. Nach bisherigen Angaben kam es am folgenden Tag in mindestens 13 Städten zu Demonstrationen und militanten Auseinandersetzungen. Schwerpunkte waren Qom und Teheran. In Qom wurden Banken, Autos und Regierungsgebäude in Brand gesetzt, in Teheran wurden die Universität und die Technische Hochschule geschlossen, nachdem sie zuvor von Militär besetzt worden waren. Überall wurden Verhaftungen vorgenommen, am 11.5. wurden in Teheran, wo die Auseinandersetzungen schon mehrere Tage dauerten, 2.000 Soldaten gegen die Demonstranten eingesetzt. Inzwischen hat sich die Zahl der Toten auf mindestens 20 erhöht, in Quom allein 9. Bekanntlich spiegeln diese Angaben keineswegs das tatsächliche Ausmaß der neuerlichen Morde gegen Oppositionelle wieder. Inzwischen wurde bekannt, daß bei den Auseinandersetzungen Ende März mindestens 70 bis 80 Menschen ums Leben kamen, in Täbriz, wo es im Februar zu einem großen Aufstand kam, waren es mindestens 400 . Bisher ist das Schah-Regime immer härter gegen die Protestaktionen der Bevölkerung vorgegangen. Dieses Vorgehen hat aber nur die Wut und den Widerstand gegen das Schah-Regime erhöht. Es ist zu erwarten, daß die letzten Proteste nur der Anfang weiterer Kämpfe sind. Ganz offensichtlich haben sich auch die Geistlichen (schiitischer Klerus) entschlossen, den Kampf gegen das Schah-Regime unvermindert fortzusetzen. In einem Interview mit „Le Monde" (6.5.) hat der im irakischen Exil lebende höchste schiitische Geistliche, Khomeiny, gesagt: *„Die letzten Unruhen sind nur die Anfänge einer gigantischen Explosion"*. In diesem Interview grenzte er sich allerdings sehr scharf gegen jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab. Er greift den Schah als *„rückschrittlichen"* Diktator an, die individuellen Freiheiten seien zerstört, *„es gibt weder freie Wahlen, noch eine richtige Presse, noch Parteien. Der Schah hat der Verfassung Gewalt angetan und ernennt die Abgeordneten selbst, politische Gruppierungen sind verboten; es gibt keine richterliche Unabhängigkeit und keine kulturellen Freiheiten mehr"*. Als Ursache für die derzeitigen Unruhen nannte Khomeiny die *„Verschlechterung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen und die allgemeine und schwerwiegende Ausdehnung der Repression"*. In seinem Brief – die Texte Khomeinys stoßen bei seinen Anhängern auf großen Widerhall – propagierte Khomeiny die Ermordung des Schah („Guardian", 11.5.78, „Le Monde", 12.5. 78).

„Schwarze und rote Reaktionäre"

Gerade die breite Teilnahme fortschrittlicher Teile des Klerus an den Widerstandsaktionen der Bevölkerung wird vom Schah-Regime dazu benutzt, die ständigen Aufstände als von reaktionären Geistlichen bestimmt hinzustellen, denen die „Modernisierung" des Staates zu schnell ginge, die gegen die Emanzipation der Frau und die vom Schah-Regime gepriesene Land„reform" wären, da gerade der Klerus im Zuge der Landreform enteignet worden sei. Tatsächlich ist es so, daß diese vielgepriesene Land„reform", bei der der Staat den Großgrundbesitzern das Land abgekauft und mit Aufpreis an die Bauern weiterverkauft hat, die Lage der Bauern erheblich verschlechtert hat. Sie sind gar nicht in der Lage, die Raten für das Land zu bezahlen und sind gezwungen, in die Städte abzuwandern, wo sie in den Slums an Rande des Hungertodes leben müssen. Diese elende Lage der Bevölkerung und die ständig gesteigerte politische Repression ist es, die zu den Aufständen führte.

Als weiterer Beleg für den „reaktionären" Charakter der Aufstände wird gern angeführt, daß sie von Moscheen ausgehen. Tatsächlich ist es so, daß die Moscheen heute der einzige relativ geschützte Versammlungsort für die Bevölkerung sind. Versammlungen in Universitäten oder selbst in Privathäusern werden immer wieder durch blutige Überfälle von Polizei, Militär und SAVAK aufgelöst. In Wirklichkeit ist es so, daß der Protest gegen das Schah-Regime heute von der bürgerlichen Opposition bis zu den Linken reicht.

„Gegenmaßnahmen" des Schah-Regimes

Die Opposition gegen das Schah-Regime hat inzwischen eine derartige Breite und Militanz erreicht, daß kaum zu erwarten ist, daß eine gewisse Liberalisierung, wie sie von Teilen der bürgerlichen Intellektuellen verlangt wird, den Widerstand gegen das Sehah-Regime und die elenden Lebensverhältnisse brechen wird. Es zeichnet sich ab, daß das Schah-Regime mit noch gesteigerter Härte und Brutalität versuchen wird, den Widerstand im Blut zu ersticken.

Zu den derzeitigen Unruhen erklärte die iranische Regierung, daß sie *„der kleinen Minderheit von Personen ohne Gesetz und Glauben, die seit sechs Monaten das Land in Unordnung bringen"* den Kampf ansagen werde. Die Regierung werde zukünftig gegen *„Unordnung, Meuterei und Subversion vorgehen und die Urheber der Unruhen bestrafen"* („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 12.5.).

Es ist klar, daß das Schah-Regime mit neuen Verhaftungswellen, mit Morden und Terror versuchen wird, den Widerstand zu brechen. Das ist ihm aber bis heute nicht gelungen! Der Schah, der gern nur von „einigen" Unruhestiftern und subversiven Elementen spricht, sah sich bei den jetzigen Unruhen sogar gezwungen, seine Reise nach Ungarn und Bulgarien zu verschieben.

Als weitere „Gegenmaßnahme" werden gezielt Terrorbanden nach argentinischem Muster aufgestellt. Schon im November ließ der Schah Militär und SAVAK-Schläger in Zivil gegen die Demonstranten in Teheran vorrücken, während die Polizei den blutigen Auseinandersetzungen unter Schah-Gegnern und Schah-Anhängern ruhig zusah. Dieses Mittel des Terrors war ganz offensichtlich den massenhaften Aufständen in Qom, Täbriz und den gleichzeitigen Aufständen in vielen iranischen Städten nicht gewachsen. Schon nach den Unruhen Ende März wurde begonnen, die faschistische „Einheitspartei" (Rastakhiz-Partei) zu reorganisieren. Unter dem Motto *„Der Schah erwartet, daß wir die Freiheit schützen"* rief der Koordinator des „progressiven" Flügels der Einheitspartei die Bevölkerung zur Gründung von „Nationalen Aktionskomitees" auf, und zwar im ganzen Land. („Monitor-Dienst", 7.4.78). Bei diesen „Aktionskomitees" handelt es sich um bewaffnete Terrorbanden, die die Oppositionellen einschüchtern sollen. Schon am 9.4. explodierten bei drei bekannten Oppositionspolitikern, Mitglieder des im Dezember 1977 gegründeten „Komitees für Menschenrechte", Bomben, für die eine Organisation „Die Rache" verantwortlich zeichnete. Neben der Verbreitung von Terror fällt den Aktionskomitees auch die Aufgabe einer noch lückenloseren Bespitzelung der Bevölkerung zu. Gleichzeitig mit den Aktionskomitees wurde vom iranischen Außenministerium ein „Komitee zur Lenkung und Information der Perser im In- und Ausland" gegründet, das eng mit den „nationalen Aktionskomitees" – und natürlich der SAVAK – zusammenarbeiten und *„die verschiedenen Volksgruppen mit der anti-nationalen Provokation und den ausländischen Agenten vertraut"* machen soll („MD", 6.4.78).

Ob dieser Versuch der Einschüchterung und Ausrichtung der Bevölkerung Erfolg haben wird, bleibt angesichts des ständig wachsenden Widerstands und der ungelösten wirtschaftlichen Misere außerordentlich fragwürdig. Derzeit sieht es so aus, als ob die oppositionelle Bewegung weiter zunehmen wird und durch das Schah-Regime nicht so schnell zerschlagen werden kann. Dies wäre allerdings eine Situation, der die Imperialisten, allen voran der US-Imperialismus, der mit zigtausenden von Beratern das Schah-Regime unterstützt, nicht tatenlos zusehen werden. Die Iraner jedenfalls haben „ihre Furcht verloren".

Nahost-Kommission

Richtungskämpfe in Al Fatah

In einem Interview mit der Zeitung „New York Times" („NYT") vom 2.5.78 hat Yassir Arafat, Vorsitzender der PLO und Generalsekretär von Al Fatah, seinen Standpunkt zur palästinensischen Revolution dargelegt.

Die „NYT" berichtet: *„Die PLO hatte ursprünglich den Standpunkt, daß das gesamte Gebiet Palästinas, so wie es vor der Errichtung des Staates Israel 1948 bestand, ein säkularer demokratischer Staat werden solle. Dann, 1974, forderte der Palästinensische Nationalrat die Errichtung eines palästinensischen Staates auf jedem von Israel zurückeroberten Gebiet, d.h. voraussichtlich auf dem Jordanwestufer und Gaza. Heute bezog sich Arafat ausdrücklich auf den Vorschlag von 1974 . Er sprach arabisch, mit dem Vertreter der PLO in Libanon, Shatik el-Hout, als Übersetzer. Als Mr. Hout an einer Stelle von ‚der Errichtung eines palästinensichen Staates auf jedem befreiten Stück Land unserer Heimat' sprach, korrigierte ihn Mr. Arafat und sagte auf Englisch: „Befreit, oder von dem sich die Israelis zurückgezogen haben." Er wollte offensichtlich die Möglichkeit einer friedlichen Lösung klar machen."*

Er wurde gefragt, ob das bedeute, daß er eine Situation ins Auge fasse, *„in der Israel und ein palästinensischer Staaat unter der gegenseitigen Garantie der USA und der Sowjetunion zusammenleben könnten."* Er antwortete: *„Ich glaube, das ist die einzig mögliche Lösung."* Er wurde gefragt über die Befürchtungen Israels und seiner Freunde, daß ein solcher Staat eine tödliche Bedrohung für das Überleben Israels darstellen würde. *„Das ist eine große Lüge", sagte Mr. Arafat. „Nehmen wir an, daß ein solcher Staat gegründet worden ist. Würden Sie meinen, daß ein Staat, der von Null anfangen muß bei der Schaffung seiner Institutionen, seiner Wirtschaft, Kultur und bei den sozialen Problemen – würde ein solcher Staat irgendeine ernsthafte Bedrohung für Israel darstellen können?"*

Arafat beschwört mit seinen Aussagen ein Zukunftsbild, wo ein palästinensischer Kleinstaat neben Israel existiert und mit ihm den Kern einer Neuordnung des Nahen Ostens bildet. Arafat war bekanntlich einverstanden mit der Jerusalem-Reise Sadats, die ein ähnliches Ziel verfolgte: „ Die Zusammenarbeit jüdischen Genies mit arabischen Ressourcen" (Begin, vergl. AK 118). Ein palästinensischer Kleinstaat hätte als Ressourcen vor allem Arbeitskräfte anzubieten.

Dies ist eine bürgerlich-nationalistische Lösung, die für die Zionisten, Imperialisten und Reaktionäre „realistischer" ist als die Revolution, weil bei ihr die reaktionären arabischen Regimes und das zionistische Regime bestehen bleiben. Aber die arabischen Regimes haben gar kein Interesse an der Schaffung eines Palästinastaates. Und Arafat selbst glaubt nicht an die bevorstehende Verwirklichung seiner Koexistenz-Version: *„Gefragt, ob er Hoffnung auf eine annehmbare Übereinkunft mit Israel habe, sagte Mr. Arafat, er ‚bedaure sagen zu müssen', daß er ‚keine Hoffnung' habe, solange die jetzige israelische Politik anhalte."* Die Aussagen Arafats und anderer PLO-Führer zur Anerkennung Israels und zur möglichen Koexistenz mit Israel sind also nicht konkrete Zielsetzungen, sondern vor allem Mittel in der politischen Auseinandersetzung mit der revolutionären Linie im palästinensischen Widerstand.

Die revolutionären Kräfte im Nahen Osten streben eine umfassende arabischen Revolution an, die die reaktionären Regimes beseitigt; die mit den Imperialisten und Zionisten zusammenarbeiten. Nur im Rahmen einer solchen Revolution kann ganz Palästina befreit und ein demokratischer Staat von Juden und Arabern errichtet werden. Diese revolutionäre Position hat allerdings in den vergangenen Jahren eine Reihe von Niederlagen einstecken müssen. Zur Zeit ist der Imperialismus, Zionismus und die Reaktion in der Offensive und die Revolutionäre rechnen mit einer Arbeit von Jahrzehnten, um diese Entwicklung zurückzuschlagen. Der zionistische Einmarsch in Südlibanon ist das letzte Beispiel für diese Offensive und es ist nicht zufällig dieser Zeitpunkt, wo Arafat der revolutionären Ideologie die nationale Ideologie gegenüberstellt. Die Ablehnung der Revolution und des Guerillakrieges kommt auch in dem Interview zum Ausdruck. Arafat sagt: *„Was meinen Sie, was den Frieden mehr gefährdet: wenn die Palästinenser in der Lage bleiben, in der sie sich befinden, wo sie ihrer nationalen und Menschenrechte beraubt sind, wo sie hier und dort verstreut sind und überall schlecht behandelt werden, oder wenn sich die Palästinenser als normale Bürger ansiedeln, mit wiederhergestelltem nationalen Stolz und einer eigenen Fahne?"* Und der militärische Stabschef Abu Walid fügt hinzu: *„Jetzt sind wir eine Revolution. Aber wenn wir ein Staat werden, werden wir einen anderen Charakter annehmen. Vom Präsident dieses Staates bis zum kleinen Bürger wird jeder eifrig und sorgfältig sein und sich um die Sicherheit seiner Einrichtungen Sorgen machen. Hinzu kommt, daß von einem kleinen jungen Staat, der gerade gegründet wurde, niemals ein Guerillakrieg ausgehen könnte."*

Die Position Arafats wird sich allerdings bei den Zionisten nicht mit schönen Worten durchsetzen. Sie enthält den unlösbaren Widerspruch, daß selbst ein palästinensischer Kleinstaat nur über den bewaffneten Kampf erreichbar wäre und daß die Zionisten gerade den Staat einer bewaffneten Revolution mit allen Mitteln zu verhindern suchen würden. Es gibt deshalb eine Reihe auch von Führern der Fatah, die nicht an die Möglichkeit einer „friedlichen Lösung" glauben. Folgerichtig kommen diese Gegensätze an der Frage zum Ausbruch, ob man die UNO-Truppen in Südlibanon unterstützen oder bekämpfen solle. Bekanntlich verfolgen die UN-Truppen nicht ihre eigentliche Aufgabe, den Abzug Israels aus den besetzten libanesischen Gebieten sicherzustellen, sondern erklären, sie wollten verhindern, daß die Palästinenser in ihre Stützpunkte zurückkehren.

Die Leute um Arafat versuchen nun trotzdem eine Zusammenarbeit mit den UN-Truppen beim Widerstand und bei den fortschrittlichen libanesischen Kräften durchzusetzen. Demgegenüber erklärten z.B. die Fatah-Führer Abu Ijad und Abu Daud: *„Wir werden nicht aufhören, unsere israelischen Feinde anzugreifen. Niemand soll versuchen, uns dies zu verwehren und die PLO zum Stillhalten und Stillsitzen zu zwingen. Wir haben gegen Araber und Israelis gekämpft, wir werden auch gegen UN-Soldaten kämpfen, die sich uns in den Weg stellen. ..... Wir sind zur Überzeugung gelangt, daß alle Verhandlungen mit Israel nutzlos sind und Nachgiebigkeit sich nicht auszahlt."* („Die Zeit, 14.4.78)

Bei solchen Stellungnahmen handelt es sich offenbar nicht nur um das bewährte Spiel der PLO-Führung mit verteilten Rollen. Abu Daud und zwei weitere Fatah-Führer wurden von Arafat unter Hausarrest gestellt. *„Beide sind verdächtig, als Komplizen von Abu Daud an einem Plan teilgenommen zu haben, mit irakischer Unterstützung Arafat zu untergraben, indem sie in Südlibanon gegen die UN-Truppen kämpften. Alle drei wurden aus dem Revolutionsrat von Al Fatah ausgeschlossen, als ‚aufsässige Elemente', wie es ein PLO-Sprecher ausdrückte, weil sie darauf hinarbeiteten, daß Waffenstillstandsmoratorium zu Fall zu bringen, das der PLO-Führer mit UN-Generalsekretär Waldheim vor einer Woche ausgehandelt hatte. Zur gleichen Zeit wurde mitgeteilt, daß 130 Männer, die zu Abu Daud hielten, auf Befehl Arafats verhaftet worden waren."* („International Herald Tribune" - „IHT", 26.4.78) Die linken palästinensischen und libanesischen Kräfte werden sich hierdurch aber wohl kaum einschüchtern lassen.

Nahostkommission



Simon Malley, Chefredakteur von »afrique asie« zu Eritrea:

Gegen den Strom!

Simon Malley, Chefredakteur der Zeitschrift „afrique asie" kann wohl als der Europäer mit den zur Zeit besten Kontakten zu den führenden Kräften des fortschrittlichen Afrika bezeichnet werden. „afrique asie" bringt vierzehn-tägig Hintergrundberichte zu Ereignissen in Ländern der „Dritten Welt", wird besonders auch in Afrika sehr viel gelesen und hat beträchtlichen Einfluß.

Wir bringen im Folgenden ausführliche Auszüge aus einer zweiseitigen Stellungnahme Simon Malleys in der ersten Mainummer von „afrique asie", in der er sehr engagiert für die Unabhängigkeit Eritreas eintritt und eindringlich warnt vor dem Versuch, das Land zurückzuerobern oder Eritrea lediglich als „nationale Minderheit" mit begrenzten Autonomie-Rechten anzusehen. Noch mehr: Malley setzt einen „*Alarmschrei*" gegen eine solche Politik!

Diese Stellungnahme Malleys gegen die gegenwärtige sowjetisch-kubanische Politik am „Horn" von Afrika unterscheidet sich auch deutlich von Stellungnahmen fortschrittlicher afrikanischer Staaten wie etwa Mosambik und Angola, deren Presse ein ähnliches Engagement für die eritreische Sache bisher vermissen ließ.

Diese Situation führt dazu, daß Eritrea im fortschrittlichen Lager kaum Unterstützung findet. Angesichts dieses Zustandes kommt es uns allerdings geradezu scheinheilig vor, wenn von den Kräften , die die gegenwärtige sowjetische „Horn"-Politik unterstützen und Eritrea die notwendige Solidarität vorenthalten oder gar den Krieg gegen Eritrea unterstützen, der Einfluß des Imperialismus und der Reaktion auf Teile des eriträischen Widerstandes beklagt wird. Sie lassen Eritrea doch praktisch keine andere Alternative, als das Bündnis mit gefährlichen und konterrevolutionären Partner wie Sudan, Saudi-Arabien usw. einzugehen.

Etwas differenziertere Positionen scheinen hier lediglich die „Euro"-Revisionisten einzunehmen. So gibt es z.B. im Zentralorgan der französischen KP, „l'Humanite", einen langen Artikel über Eritrea von Robert Lambotte, in dem er – ohne allerdings die Sowjetunion und Kuba direkt zu nennen – die geplanten Mi-
Lambotte, in dem er – ohne allerdings die Sowjetunion und Kuba direkt zu nennen – die geplanten Mi-
litäraktionen gegen die eritreischen Kämpfer anprangert und eine „*Politische Lösung*" empfiehlt, „*die sowohl dem nationalen Selbstgefühl Eritreas als auch den Interessen beider Länder Rechnung trägt*".
(nach „Le Monde", 26.4.78)

Gerüchteweise war auch von einer vermittelnden Position der PCI zu hören.

So schreibt Gian Carlo Pajetta, Angehöriger der Nationalen Leitung und des ZK der PCI und als ihr außenpolitischer Sprecher geltend:
„Das Problem besteht nicht in der Frage, wer den „Sieg" davonträgt, sondern darin, Schwierigkeiten bei der Vermittlung für eine auf dem Verhandlungswege zu erreichende Regelung auszuräumen, die selbstverständlich nicht von außen aufgezwungen werden darf, sondern auf dem Wege neuer Treffen der beteiligten Kräfte erzielt werden muß, da festgestellt wurde, daß das Problem mit Waffen und um den Preis eines unnötigen Blutvergießens unmöglich gelöst werden kann."
(Nr. 7/78 der „Rinascita", lt. „Berliner Extradienst", 17.3.78)

Zu Beginn seiner Stellungnahme geht Malley auf die geschichtliche Entwicklung des Kampfes um Eritrea ein. Er verurteilt die UNO-Resolution vom Dezember 1950, in der die Zwangsföderation Eritreas mit dem äthiopischen Kaiserreich eingeleitet wurde. Er zieht den Vergleich zu ähnlich gearteten internationalen Problemstellungen jener Jahre – z.B. Palästina, wo hinter der Verweigerung der Unabhängigkeit für dieses Land immerhin eine starke internationale zionistische Lobby gestanden habe, oder aber auch z.B. Libyen und Somalia, die wie Eritrea Kolonien des italienischen Faschismus gewesen sind, jedoch ihre Unabhängigkeit erhielten. Malley fragt, warum hier so unterschiedlich entschieden wurde und kommt zu dem Schluß, daß die Interessen des US-Imperialismus dabei die entscheidende Rolle gespielt haben.

„Zweifellos hat der damalige US-Außenminister John Foster Dulles einige der Gründe für die imperialistische Strategie am Roten Meer sichtbar gemacht, als er 1950 im Verlauf der UNO-Debatten über die Eritrea-Frage erklärte: ‚Vom Standpunkt der strengen Gerechtigkeit aus gesehen, muß die Meinung des eritreischen Volkes berücksichtigt werden. Nichtsdestotrotz erfordern das strategische


Simon Malley bei Fidel Castro

Interesse (der USA) am Roten Meer, die Bedingungen der Sicherheit und des Friedens in der Welt, daß dieses Land an Äthiopien angeschlossen werden muß, welches unser Freund ist.'

Was Mr. Dulles freilich nicht erwähnte, war, daß die USA bereits Geheimverhandlungen mit dem Negus (Kaiser Haile Selassie) ein-
Was Mr. Dulles freilich nicht erwähnte, war, daß die USA bereits Geheimverhandlungen mit dem Negus (Kaiser Haile Selassie) ein-
geleitet hatten, die schließlich am 22. Mai 1953 in den Abschluß eines Vertrages einmündeten, der den USA riesige Militär- und Flugverkehrs-Möglichkeiten zugestand sowie die Eröffnung der Kagnew-Station, einer der wichtigsten amerikanischen Militärbasen der Welt, bei Asmara, der eritreischen Hauptstadt."

Im Folgenden beschreibt Malley die damalige Position der Sowjet-Union zur Eritrea-Frage:

„Jedoch wurde die amerikanische Resolution Nr. 390 nicht verabschiedet, ohne heftige Anklagen hervorzurufen von Seiten der Sowjet-Union, ihrer sozialistischen Verbündeten sowie der wenigen afrikanischen und asiatischen Länder, die der Vereinnahmung durch den Westen widerstanden hatten. Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, so war es **Andrei Vichinsky, Chef der sowjetischen UNO-Delegation, der eine richtiggehende Schlacht ausfocht gegen den amerikanischen Vorstoß. Er erklärte: ‚Eine solche Resolution beraubt das eritreische Volk seines heiligen Rechtes auf Selbstbestimmung, wie es auch in der Charta der UNO festgehalten ist. Kein Eritreer kann das akzeptieren!'** *(. . .) Es ist wahr, daß die Bemühungen der sozialistischen Länder und der Länder Asiens und Lateinamerikas nicht ganz vergeblich waren. Zumindest erkannte die UNO die eigenständige nationale Identität Eritreas an, sein Recht auf eine Verfassung, eine eigene Regierung, ein Parlament, eine Nationalfahne und zwei nationale Sprachen (Arabisch und Tigrinia)."*

Im Folgenden beschreibt Malley, wie Äthiopien – entgegen den UNO-Beschlüssen – in den kommenden Jahren der Zwangsföderation diese eritreischen Rechte Stück für Stück zerschlagen hat, bis es Eritrea schließlich ganz offiziell annektierte und zur „14. Provinz" Äthiopiens erklärte – ohne Volksbefragung, ohne ein nationales Referendum und vor allem ohne irgendein Eingreifen der UNO.

Dann würdigt Malley den eritreischen Widerstand, die Größe seiner bisherigen Opfer und seine Standfestigkeit.

Diese erste Hälfte der Stellungnahme Malleys, in der er nochmal die historische Berechtigung des eritreischen Befreiungskampfes aufrollt, entspricht in allen wesentlichen Punkten voll der Argumentation der eritreischen Befreiungskämpfer selbst!

Vor diesem Hintergrund schließlich geht Malley ein auf die aktuellen Feldzugsvorbereitungen des DERG und vor allem auch die scheinbar anti-reaktionären und anti-imperialistischen Begründungen, die von Seiten des DERG und seiner revisionistischen Bündnispartner dafür gegeben werden.

„Dieser historische Rückblick schien uns wichtig zu einem Zeit-
nistischen Bündnispartner dafür gegeben werden.
„Dieser historische Rückblick schien uns wichtig zu einem Zeit-
punkt, an dem die äthiopischen Truppen sich vorbereiten, eine große militärische Offensive gegen Eritrea zu starten „mit dem Ziel, die Separatistenbewegung zu zerschmettern". Nun denn: Weil wir gern anerkennen, daß die Beseitigung des korrumpierten, despotischen, blutrünstigen und repressiven Regimes von Haile Selassie tiefgreifende soziale und ökonomische Veränderungen in diesem feudalen Land in Gang gebracht hat; daß in Äthiopien tatsächlich eine wirklich revolutionäre Situation besteht; daß der DERG antiimperialistische Kräfte mit enthält, die sich nicht nur der nationalen und regionalen Realitäten bewußt sind, sondern ebenso der Widersprüche einer komplexen internationalen Entwicklung – gerade deshalb erlauben wir es uns, einen Alarmruf, eine Warnung auszustoßen. Ohne Zögern, ohne Zweideutigkeit, ohne Komplexe irgendeiner Art."

Die Einschätzung des DERG, die Malley hier gibt, erscheint uns falsch. Wir sind zwar auch der Meinung, daß in Äthiopien ein starker revolutionärer Prozeß eine antifeudale und antiimperialistische Umwälzung der Gesellschaft bewirkt hat. Wir meinen jedoch, daß der DERG in diesem Prozeß nicht die tatsächlichen revolutionären Kräfte der äthiopischen Bauern und Arbeiter repräsentiert, sondern vielmehr bestenfalls die Interessen einer aufstrebenden äthiopischen Bourgeoisie vertritt und zwar einer Bourgeoisie, die den Kampf der Massen in Äthiopien von Beginn an gefürchtet hat, die diesen Kampf mit terroristischen und bürokratischen Methoden „in den Griff" zu bekommen sucht. Die Erfahrung in Äthiopien wie auch z.B. nach vergleichbaren Volksbewegungen wie in Ägypten oder anderen Ländern Afrikas zeigt, daß von einer solchen Bourgeoisie die Kämpfe der Massen nur soweit toleriert werden, wie sie der Beseitigung überholter feudaler Strukturen usw. dienlich sind – wie sie sich zum Aufbau eines „moderneren" Staates funktionalisieren lassen – der dann nach aller bisheriger Erfahrung in nichts besseres mündet als einen neokolonialen Ausbeuterstaat.

„Wir sagen ganz einfach n e i n zum kolonialen Wiedereroberungskrieg gegen das eritreische Märtyrervolk! N e i n zur militärischen Lösung, die die Regierung von Mengistu Haile Mariam vorzuhaben scheint.

Gewiß – es ist uns klar, daß diese unsere Position aus verschiedenen Gründen von gewissen politischen und intellektuellen Kreisen nicht geteilt wird. Man sagt uns zum Beispiel, daß von dem Augenblick an, wo Äthiopien sich auf einen antiimperialistischen Weg gemacht hat, es notwendig sei, daß die nationalen Minderheiten, aus denen Äthiopien besteht, danach streben sollten, eine solide und homogene Front um ihre
wendig sei, daß die nationalen Minderheiten, aus denen Äthiopien besteht, danach streben sollten, eine solide und homogene Front um ihre
Regierung zu bilden, um ihr zu helfen, den westlichen, feudal-arabischen und nahöstlichen Anschlägen zu widerstehen. Man hat uns auch gesagt, daß die imperialistischen und feudalen Kräfte die eritreischen Befreiungsbewegungen schon unterhölt hätten, die dadurch Gefahr laufen, ein unabhängiges Eritrea in eine permanente Aggressionsbasis gegen die fortschrittlichen Anrainer am Roten Meer, wie Südjemen, Äthiopien usw. zu verwandeln. Man hat uns schließlich gesagt, daß man Mengistu eine neue Atempause gewähren müsse, damit er vor allem seine Regierung festigen könne – mit dem Ziel, seine Haltung später geschmeidig machen zu können, um „große Zugeständnisse gegenüber den 14 Provinzen, die Äthiopien bilden" gewähren zu können. Übrigens – hat man nicht verschiedentlich in Addis Abeba zu wiederholten Malen von einem Gesetz „in Vorbereitung" gesprochen, welches diesen Provinzen das Recht auf innere Autonomie in einem föderalen oder konföderalen Rahmen sichern würde?

Fidel Castro hat mir letztes Jahr in Havanna persönlich versichert, daß nach einer Regelung der Ogaden-Frage es den äthiopischen Führern möglich sein würde, in der Eritrea-Frage eine flexiblere Haltung einzunehmen. Zu keinem Zeitpunkt haben die vielen kubanischen Kader, die ich treffen konnte, die Möglichkeit einer irgendwie gearteten kubanischen Teilnahme am Krieg in Eritea angesprochen. In der Tat vergißt niemand, daß die bedeutendsten Kader des eritreischen Widerstands in Kuba trainiert und ausgebildet worden sind, aber ebenso auch in den palästinensischen Lagern, in Südjemen, in Syrien, im Irak und in anderen fortschrittlichen Ländern. Gewiß, andere Führer stehen auch im Dienste der arabischen Reaktion. Aber ihre Zahl ist winzig im Vergleich mit den wirklich revolutionären eritreischen Kräften. Und die Fotos und Schriften von Fidel Castro und von „Che" Guevara gibt es in allen von den Guerilleros befreiten Städten und Dörfern."

(Was diese letzte Aussage angeht, sind wir ebenfalls nicht so optimistisch wie Malley. Jedenfalls werden die Fotos und Schriften nicht mehr lange existieren, wenn diese befreiten Orte von Kubanern bombardiert werden.)

„Wir haben eine ganz einfache Antwort für diejenigen, die die militärische Wiedereroberung Eritreas verteidigen oder zumindest in der Versuchung sind, sie zu verteidigen: Natürlich ist es „militärisch" nicht ausgeschlossen, daß die äthiopischen Truppen, die von befreundeten Kräften unterstützt und ausgerüstet sind, den eritreischen Guerilleros schwere Verluste beibringen könnten. Sie könnten ohne Frage ein gutes Stück des Landes wiederbesetzen. Aber wäre das überhaupt eine lebensfähige und dauerhafte Lösung? Glaubt Addis Abeba denn wirklich allen Ernstes, daß seine Armee einen bewaffneten Widerstand auslöschen kann, der seit 17 Jahren existiert, Kämpfer, die wie der Fisch im Wasser sind, die mit der Bevölkerung verschmelzen? Und dann – was ist eigentlich das Wesen dieser „sozialistischen Revolution", deren Träger der DERG sein will, wenn er – um sich von mehreren Jahrhunderten der feudalen Unterdrückung, von fremder Vorherrschaft und Repression zu befreien – damit fortfährt, das eritreische Volk seiner nationalen Bestrebungen zu berauben? Und wie kann Eritrea eigentlich als eine nationale Minderheit Äthiopiens angesehen werden?

Die Verlängerung des Konflikts, die Bitterkeit und Enttäuschung, die sich schließlich bei den eritreischen Kämpfern einstellen werden – bringen nicht gerade sie das Risiko, von jenen feudalen und imperialistischen Kräften ausgebeutet zu werden, welche die äthiopische Regierung angeblich besiegen und zerschlagen will? Diktiert nicht vielmehr das vitale Interesse Äthiopiens seinen Führern, daß die somalischen und eritreischen Grenzen auf keinen Fall zu Herden
Diktiert nicht vielmehr das vitale Interesse Äthiopiens seinen Führern, daß die somalischen und eritreischen Grenzen auf keinen Fall zu Herden
der Spannung, der Unsicherheit und der ständigen Aufwiegelung werden dürfen? Und wenn der DERG will, daß seine Revolution sich den Respekt der fortschrittlichen und antiimperialistischen internationalen Öffentlichkeit erwirbt, muß dann nicht „dieser Schritt vorwärts" gemäß den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, auf den er sich beruft, ganz zwingend gerade jetzt erfolgen?

Wir denken, daß die Unabhängigkeit, die Souveränität und die sozialistischen Ziele der Länder am Horn von Afrika besser durch die Gründung einer wirklichen Union oder Konföderation gewahrt würden, um zu verhindern, daß diese strategische Zone am Roten Meer dem Einfluß der Beherrschung durch die westlichen Mächte verfällt. Aber um eine solche Union möglich zu machen – und das ist unserer Meinung nach auf lange Sicht unvermeidlich – darf sie nicht von oben, durch brutale Gewalt, durch den Krieg aufgezwungenwerden. Sie erfordert sowohl den Respekt gegenüber dem Recht auf Selbstbestimmung als auch gegenseitige und wechselseitige Zugeständnisse von allen Beteiligten im Zusammenhang einer dreifachen loyalen, freien und direkten Verhandlungsführung: Zwischen Eritreern und Äthiopiern; zwischen den letztgenannten und den Somalis; und schließlich zwischen allen Ländern am Horn von Afrika. Verhandlungen, deren vorrangiges Ziel es sein müßte, diese explosive Zone der Gier eines Imperialismus zu entreißen, dessen strategisches Interesse darin besteht, die Destabilisierung aller Regierungen und revolutionären Kräfte anzustiften und zu einem Dauerzustand zu machen.

Afrika-Kommission

Namibia
Blutiger „friedlicher" Übergang

Nach einjährigen Verhandlungen akzeptierte RSA-Chef Vorster scheinbar den neuesten Namibia-„Friedens"-plan der fünf imperialistischen Staaten USA, Kanada, BRD, Frankreich, und Großbritannien. Die bürgerlichen Kommentatoren bejubelten diese „spektakuläre Wende" der südafrikanischen Politik in den höchsten Tönen. Wenige Tage später überschritten südafrikanische Truppen die Grenze des illegal besetzten Namibia und stießen tief in angolanisches Gebiet vor. Es wurden Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und über 500 Zivilisten ermordet. Deutlicher als durch militärische Provokation konnte das Rassistenregime in Pretoria nicht zu verstehen geben, wie es die imperialistischen Vorschläge für einen „friedlichen Übergang" bewertet: Als Aufforderung zum totalen Krieg gegen die Befreiungskämpfer und ihre benachbarten Unterstützer, um gegen eine geschwächte Befreiungsbewegung eine neokoloniale „Unabhängigkeit" durchzusetzen. Zur gleichen Zeit läuft eine riesige Werbekampagne zugunsten der einheimischen Marionetten der DTA (aus der „Turnhallenkonferenz" von 1975/76 hervorgegangene Partei) die als „gemäßigte" Alternative breit propagiert wird. Verhandeln und Vorbereitung zur unfassenden Kriegsführung über die Grenzen Namibias hinaus sind also sich ergänzende Methoden der Rassisten. „Freie Wahlen" allerdings, selbst auf der Grundlage der für die namibianischen SWAPO so nicht



zu akzeptierenden Vorschläge der westlichen Fünfergruppe, kann das Rassistenregime nicht zulassen. Selbst von bürgerlichen Namibia-Experten werden die bei Wahlen zu erwartenden Stimmanteile der SWAPO gegenwärtig auf 70 - 80 % geschätzt („Africa-Spectrum", S. 258).

Mit dem Überfall auf Angola ist von dem Rassistenregime gezielt der (vorläufige) Abbruch der Verhandlungen provoziert worden. Die SWAPO-Delegation verließ umgehend New York und kehrte nach Sambia *ation, produziert durch die Invasion und die neuen Drohungen gegen die Volksrepublik Angola durch die faschistischen Truppen des rassistischen Südafrika mit ihren illegalen Basen in Grootfontein, Oshivelo, Walfisch-Bucht und anderen Teilen Namibias"* („Guardian", 8.5.78, Statement des UNO-Büros der SWAPO).

Der imperialistische Namibia-Plan

Seit ca. einem Jahr finden Gespräche zwischen den Rassisten, der „Fünfergruppe" und der SWAPO statt, nachdem die RSA mit der „Turnhallenkonferenz" eine „interne Lösung" nach rhodesischem Muster zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht durchsetzen konnte. Die „Turnhallenkonferenz" begann am 1. September 1975, währte 18 Monate und umfasste als Teilnehmer gekaufte schwarze Stammesführer sowie Vertreter der Kolonialmacht RSA, wie den Dirk Mudge, der die Nationale Partei Namibias vertrat. Der „Verfassungsentwurf" dieses erlauchten Kreises ist mittlerweile auf dem Misthaufen gelandet. Zu offensichtlich war die totale Abhängigkeit dieses Kreises von Pretoria, der selbst von der Presse der Siedler Namibias mit Hohn bedacht wurde: *„Tatsächlich erweckt es den Eindruck, als ob die Gespräche von Handlangern durchlöchert wären"* („Windhoek Advertiser", 17. 2.77, zit. nach ISSA „Namibia", Wissenschaftliche Reihe Nr. 7).

Immerhin ist es Vorster gelungen, mit diesem Kreis zu schinden und eine Vereinheitlichung der Marionettengruppierungen zu erreichen, die sich heute zur DTA zusammengeschlossen haben. Zugleich wurde die Schaffung stammesbezogener Verwaltungseinheiten (Bantustanpolitik) intensiviert, um die schwarze Bevölkerung Namibias gegeneinander auszuspielen. Von erheblicher Bedeutung ist ferner der Beschluß des „Verteidigungsausschusses" der Turnhallenkonferenz über den Aufbau einer Armee, die auf ethnischer (stammesbezogener) Basis durch das südafrikanische Militär ab 1. August 1977 ausgebildet wird.

Da den Imperialisten die „Turnhallenkonferenz" allein nicht eine ausreichende Basis für eine neokoloniale Lösung für Namibia zu sein schien und sie den Verhandlungsspielraum gegenüber der SWAPO für noch nicht „ausgeschöpft" hielten, intervenierten sie Anfang des Jahres 1977 mit einer diplomatischen Note an Südafrika. Die RSA reagierte mit einem (vorläufigen) Einfrieren der „Turnhallenkonferenz". Die Monate April und Mai 1977 waren dann gekennzeichnet durch intensive Beratungen zwischen den Rassisten und der imperialistischen „Fünfergruppe". Dieser selbsternannte Fünferkreis hat eigentlich keinerlei Legitimation, „Friedenspläne" auszuarbeiten, denn die UNO-Resolution von 1976 bezüglich Namibia fordert ganz eindeutig freie Wahlen unter Aufsicht der UNO, Rückzug der gesamten südafrikanischen Präsenz aus Namibia: Armee, Polizei, Administration; Freilassung aller politischen Gefangenen und Unverletzlichkeit der territorialen Integrität Namibias. Die Verhandlungsrunden der Imperialisten haben also keinen anderen Zweck, als die UNO-Resolution zu durchlöchern und Südafrika entgegenzukommen. Zugleich wird das politische Gewicht dieses Klüngels gegenüber der SWAPO in die Waagschale geworfen, um die SWAPO zu Kompromissen zu zwingen.

Bezeichnend war das erste Ergebnis der Verhandlungen zwischen Imperialisten und Rassisten: Mitte Juni 1977 verabschiedete das südafrikanische Parlament ein Gesetz, das den Staatspräsidenten Südafrikas ermächtigt, Namibia per Dekret und mittels eines berufenen Generaladministrators zu verwalten. Dieser Mann soll nach südafrikanischen u n d imperialistischen Vorstellungen die Kontrolle des Landes in der Übergangszeit bis zu den Wahlen ausüben. Der UNO-Beauftragte könnte allenfalls „Einspruch" gegen etwaige „Unregelmäßigkeiten" erheben („Welt", 2.5.78).

Das Amt des Generaladministrators ist von Südafrika sofort besetzt worden, bevor UNO oder SWAPO in die Verhandlungen einbezogen worden wären. Weiterhin schuf das Gesetz ebenfalls die juristische Grundlage für Eingliederung des Tiefwasserhafens Walfisch-Bucht in das Gebiet der RSA. Damit hat sich die RSA ein entscheidendes Faustpfand (in Übereinstimmung mit dem Imperialismus?!) bei der Dekolonisierung Namibias gesichert, völlig im Widerspruch zur UNO-Resolution.

Der jetzt von der imperialistischen Fünfergruppe präsentierte Plan trägt den Forderungen der RSA so weitgehend Rechnung, daß sie ihm zustimmen konnte, ohne daß dies etwas aussagen könnte über die tatsächlichen Absichten der Rassisten. Der Plan sieht im Gegensatz zur UNO-Resolution n i c h t den Abzug aller südafrikanischen Truppen, sondern das Verbleiben von 1.500 südafrikanischen Soldaten im besonders „unruhigen" Norden des Landes bis zur Beendigung des Wahlvorganges vor. Die Truppen der SWAPO sollen nach diesem Plan aufgelöst werden, während dies nicht für die faschistischen Polizeikräfte gelten soll, die Namibia terrorisieren. Eine „Friedenstruppe" der UNO soll mit 5.000 Soldaten den Gesamtablauf überwachen, für den der südafrikanische Generaladministrator hauptverantwortlich ist. Von entscheidender Bedeutung ist die Tatsache, daß im imperialistischen Plan nichts über die Zukunft der Walfisch-Bucht verlautet, was ein offenes Zugeständnis an die faschistische RSA bedeutet, die diesen wichtigen Hafen widerrechtlich für sich beansprucht. Über diesen einzigen Tiefwasserhafen Namibias werden 80 - 90 % des nationalen Export verschifft. Hier unterhält die RSA einen Militärstützpunkt, der Marine-, Luft- und Landeinheiten umfaßt. Ein englischer Journalist schrieb nach einem Besuch der Walfisch-Bucht treffend; *„Wer den Hafen kontrolliert, der kontrolliert Wirtschaft und Politik der Zentralregierung in Windhoek"* („Guardian", 3.5.78).

Was von der „Zustimmung" Vorsters zu diesem mit viel Getöse publizierten Plan zu halten ist, machen seine anschließenden „erklärenden" Äußerungen im „Parlament" von Cape Town deutlich. Erst nach einem vollständigen Waffenstillstand würde

hoek" („Guardian", 3.5.78).
Was von der „Zustimmung" Vorsters zu diesem mit viel Getöse publizierten Plan zu halten ist, machen seine anschließenden „erklärenden" Äußerungen im „Parlament" von Cape Town deutlich. Erst nach einem vollständigen Waffenstillstand würde

die RSA damit beginnen, ihre Truppen zu reduzieren. Die „Terroristen" müßten aufhören mit „Minenlegen, Entführungen und Töten", was im faschistischen Jargon die Forderung nach einem sofortigen Stop des Befreiungskampfes darstellt. Im gleichen Atemzug forderte er, daß die faschistischen Polizeikräfte „Recht und Ordnung" während der Übergangsperiode zu überwachen hätten. Während der imperialistische Plan den Abzug der restlichen RSA-Truppen aus Namibia spätestens eine Woche nach der Einsetzung einer Verfassungsversammlung vorsieht, will Vorster dieses von der Entscheidung der „neuen Regierung" in Windhouk abhängig machen!... (Nach „Guardian", 26.4. und „NZZ", 27.4.). Weitergehende „Konzessionen" lehnten er und sein Außenminister Botha entschieden ab. Es ist zu erwarten, daß das Pokern um diesen Plan analog dem „anglo-amerikanischen Plan" für Zimbabwe sich noch lange hinziehen wird und die Rassisten diese Zeit zu nutzen versuchen werden, die Bedingungen für eine „interne Lösung" auf ein breiteres Fundament zu stellen.

Die Haltung der SWAPO

Unmittelbar bevor der Plan der imperialistischen Fünfergruppe der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hat die SWAPO präzisiert, zu welchen Konzessionen sie bereit ist. Zum Verbleib der südafrikanischen Resttruppe: *„Diese Konzession machen wir, wenn diese 1.500 Mann starke ‚Resttruppe' nicht in Grootfontein und Oshivelo, sondern in Karasberg im südlichen Teil Namibias stationiert bleibt, von wo aus sie innerhalb einer Woche nach Feststellung der Wahlergebnisse nach Südafrika abgezogen werden. Nach bester Kenntnis der SWAPO sind ungefähr 50.000 Soldaten Südafrikas verstreut über ganz Namibia im Einsatz. Wir schlagen vor, daß mit Ausnahme von 1.500 Mann all diese Truppen aus Südafrika innerhalb von drei Monaten nach Abschluß eines Waffenstillstandsabkommens zwischen Südafrika und SWAPO abgezogen werden. ... Der (UNO)-Sonderbeauftragte soll verantwortlich sein für die Durchsetzung der gesamten Aufsicht und Kontrolle des politischen Prozesses und der Sicherheitsbestimmungen, die zur Unabhängigkeit führen sollen. Ein höhergestellter südafrikanischer Beamter kann diesem untergeordnet werden (...). SWAPO erkennt das prinzip, seine eigenen Kräfte der Beschränkung, Überwachung und Aufsicht der UN-Friedenstruppe in Namibia zu unterstellen, um sicherzustellen, daß das Waffenstillstandsabkommen effektiv durchgesetzt wird.*

Nach SWAPO-Ansicht muß der Abzug der südafrikanischen Truppen mit Ausnahme der sogenannten ‚Resttruppe' einhergehen mit dem Abbau der Bantustan-Stammesbehörden, der Sicherheitskräfte, der Bürgerarmeen, der Stammesarmeen, Kommandos und Schießklubs.

Insofern die südafrikanische Polizeitruppe paramilitärisch aufgebaut und Teil der südafrikanischen Armee ist, muß sie entwaffnet und unter die Kontrolle des UN-Sonderbeauftragten zum Zweck der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung unterstellt werden.

...Freilassung von politischen Gefangenen innerhalb von 2 Wochen" (nach Amtsantritt des UN-Sonderbeauftragten),

"...Namibias territoriale Integrität und nationale Einheit, einschließlich Walfisch-Bucht (ist) unverletzlich und nicht der Gegenstand von Verhandlungen" (SWAPO-Dokument lt. „ISSA", 4/78).

Die Zugeständnisse der SWAPO sind nicht unbeträchtlich, immerhin unterstellen sie sich vollständig den politisch fragwürdigen UNO-„Friedenstruppen" (man vergleiche die Rolle der UNO im Libanon), während die RSA immerhin über eigene (Elite-)Truppen während der Übergangszeit verfügen würde. Andererseits kommt der UNO eine ge-



wisse geschichtliche Verantwortlichkeit für Namibia (Treuhandgebiet der UNO) zu, die von der SWAPO nicht einfach ignoriert werden kann. Zudem ist die SWAPO als einzige legitime Vertreterin des Volkes von Namibia von der UNO anerkannt. Diese Tatsachen haben erheblichen Einfluß auf den konkreten Verlauf des Dekolonisierungsprozesses von Namibia, für den allerdings auch die simple Erkenntnis gilt, daß die entscheidenden Schlachten nicht am Verhandlungstisch geschlagen werden. Die ungebrochene Agressivität des faschistischen Regimes in Südafrika wird sich nicht durch Abkommen knebeln lassen, die auf Art und Weise des „Namibia-Plans" des Imperialismus zustande kommen. SWAPO-Vorsitzender Nujoma hat seine prinzipielle Bereitschaft bekundet, über den jetzt vorgelegten „Namibia-Plan" der Imperialisten weiter zu verhandeln, gleichzeitig werde die SWAPO ihren politischen und militärischen Befreiungskampf intensivieren („SZ", 10.4. 78).

Repression gegen die SWAPO – Werbekampagne der Marionetten

Die Begleitmusik zur „friedlichen Lösung" der Fünfergruppe ist der ständige Terror gegen SWAPO-Sympathisanten und insbesondere gegen die Bevölkerung des Nordens Namibias.

Im Mai 1976 wurde die Notstandsproklamation für das Ovamboland durch die Verhängung eines rigorosen Ausnahmezustandes ersetzt, der dieProvinzen Kavango und den Caprivi ebenfalls mit einbezog. Er stellte ca. 400.000 Menschen unter kriegsrechtsähnliche Zustände. Ende Januar 1977 wurde ein Gesetz verabschiedet, das dem Verteidigungsminister ermöglicht, in einem beliebigen Gebiet den Notstand auszurufen, womit Namibia juristisch (im Sinne des „Zivilverteidigungsgesetzes") zu einer Provinz Südafrikas wird. Allein in den vier Wochen vor Verkündigung des neuen Namibia-Plans wurden 28 „verdächtige" SWAPO-Mitglieder verhaftet („Times", 28.4.). Darunter befinden sich neun hohe SWAPO-Funktionäre. Die Verhaftungen und Einsperrungen werden nach den neuen „Sicherheitsbestimmungen" des Generaladministrators ohne Gerichtsurteil vorgenommen. Der Generaladministrator Steyn „begründete" diese Verhaftungen mit *„Aufrufen zur Gewalt und Versuchen zur Einschüchterung der Bevölkerung seitens der SWAPO"* („NZZ", 27.4.).

Daran ist nur das eine richtig, daß der Befreiungskampf in Namibia in den ersten Monaten des neuen Jahres einen erheblichen Aufschwung genommen und unter den Besatzern Namibias seinen Tribut gefordert hat. Allein in den letzten vier Monaten hatte die südafrikanische Armee in Namibia - nach offiziellen Angaben - 129 Minenexplosionen zu verzeichnen („Windhoek-Adviser", 14.3.78).

Gegenüber der verfolgten SWAPO erfreut sich die reaktionäre „Demokratische Turnhallenallianz" (DTA) natürlich der liebevollen Pflege der faschistischen Besatzer. Sie hat einen amtlich-offiziellen Charakter und wird von der Siedler-Verwaltung finanziert. Für sie gibt es keine repressiven Gesetze, im Gegenteil werden für sie regelrechte Werbekampagnen inszeniert. Dabei wird besonders an rückständig tribalistische Instinkte appelliert, indem die SWAPO zur reinen Ovamboorganisation verfälscht wird. Der Guardian-Reporter Mac Manus besuchte eine der Veranstaltungen der DTA unter Dirk Mudge und berichtete: *„Die DTA hat eine ausgedehnte und gut organisierte Kampagne eingeleitet, um ihr Programm im Land zu verbreiten. Doch scheint es weniger das Ziel der Veranstaltung zu sein, das Programm der DTA zu erläutern als vielmehr den Hauptrivalen, die SWAPO, zu verleumden. ... Zwischen Blumen und Transparenten sah man ein grausiges Plakat, daß das offenstehende Maul einer blubefleckten Hyäne zeigte, in dem sich der ausgemergelte Körper eines afrikanischen Kindes befand - unter einem russischen Hammer-und-Sichel-Mond. Das Tier war frech als SWAPO gekennzeichnet (...). Die DTA arbeitet hart, um die Aussicht einer Beherrschung durch die Ovambos bei den Minderheiten im Süden und im Zentrum des Landes zu verankern. ...Ihr Treffen bot jedoch mehr als nur endlose Reden über die Teufeleien der SWAPO"*, denn für die Besucher gab es kostenloses Essen: *„Gegrillte Steaks und Würstchen"*. Die Rückfahrt zu den berüchtigten „Townships" war kostenfrei und ein Tanzfest der DTA „rundete den Tag ab" (nach „Guardian", 2.5.78).

Trotz dieses erheblichen materiellen Aufwandes sind die Prognosen bezüglich der Wahlen für die DTA so miserabel, daß lt. „Guardian" (27.4.) Beobachter in Namibia zu der Auffassung neigen, daß die zweitgrößte Stimmenzahl nicht die DTA, sondern eine kleine, sich linksliberal gebende „Nationale Front Namibias" auf sich vereinigen könnte.

Afrikakommission



asien



Putsch in Afghanistan

Am 27.4.78 wurde nach längeren militärischen Auseinandersetzungen in Kabul (Hauptstadt) das feudalfaschistische Regime des Mohammed Daud gestürzt.

Anders als die hiesige Presse glauben machen will, hat es sich ganz offensichtlich nicht um einen reinen Militärputsch gehandelt. Den militärischen Kämpfen war eine gewaltige Zuspitzung der politischen Situation vorausgegangen. Nachdem Präsident Daud in den letzten Wochen mehrere Demonstrationen zusammenschießen ließ, zahlreiche oppositionelle Führer inhaftierte, kam es am 27.4.78 zu einer erneuten Demonstration. *„Der Umsturz hatte offensichtlich mit einer Demonstration vor dem Präsidentenpalast begonnen. Als Demonstranten versuchten, den Palast zu stürmen, eröffneten die Wachen das Feuer und töteten viele Menschen"* („SZ", 30.4.78). *„Es kam zu einer Demonstration vor dem Palast. Daud ließ Panzer auffahren"* („Hamburger Abendblatt", 29./30.4.78). Gegen diesen bevorstehenden Massenmord des Daud-Regimes wurde dann der putschende Teil des Militärs aktiv. Panzer und Luftwaffe forderten Daud auf, seine Panzer und Wachen zurückzuziehen und sich zu ergeben – als diese trotzdem das Feuer eröffneten, kam es zu heftigen Kämpfen zwischen den regimetreuen und den putschenden Militärs.

Nach Angaben der Presse dauerten die Kämpfe insgesamt ca 3 Tage – dann war der Widerstand des alten Regimes gebrochen.

Nach Angaben der neuen afghanischen Führung wurden bei den Kämpfen ca. 100 Menschen getötet, die hiesige Presse nennt Zahlen bis zu 200 Toten, getötet wurden Daud selber sowie seine treuesten Ergebenen („SZ", 30.4.78).

Nach den Berichten des afghanischen Rundfunks und der jugoslawischen Presseagentur Tanjug haben im ganzen Land sofort nach dem Putsch Massenversammlungen stattgefunden. *„Die Soldaten ... reden ungezwungen mit den Menschen und Aktivisten des neuen Regimes nutzen diese Versammlungen, um die ‚Ziele der Revolution' zu erklären"* („Tanjug"lt. „SWB", 6.5.78). Berichte von Versammlungen liegen praktisch aus allen afghanischen Provinzen vor, zumindestens aus Herat, Paktia, Parwan, Qandahar, Logar und Takhar („SWB", 5.5.78). In mehreren Provinzen ist von Versammlungen mit *„Tausenden von Menschen"* die Rede, so in Takhar, Logar und Qandahar („SWB", 5.5.78). Am 1. Mai wurde zumindest in Kabul eine Kundgebung abgehalten, in der der 1.Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse hervorgehoben wurde („SWB", 3.5.78).

„Auf dem Platz ... stehen Soldaten herum ... An den Kanonenrohren der Panzer hängen bunte Papiergirlanden. An den Gewehrläufen und Bajonetten stecken frische Blumen. So will man der Bevölkerung signalisieren, daß diese Demonstration der Macht nicht gegen sie gerichtet und daß der Spuk vorbei ist.

Die Bevölkerung – ganz Kabul scheint am heiligen Freitag auf den Füßen – begegnet dem martialischen Aufmarsch mit freundlich-interessierter Gelassenheit. Bärtige, Kaftane und Turbane tragende Zivilisten begrüßen die Soldaten mit traditionellen Wangenküssen ... Eine endlose Menge zwängt sich ... durch die Tore des Stadtpalastes, die zum ersten Mal für das Volk geöffnet sind" („FR", 9.5.78).



Panzer des putschenden Militärs fahren in Kabul auf

Am 2. Mai wurde offiziell die neue afghanische Führung benannt, die Regierung besteht aus 3 Militärs und 17 Zivilisten, die sich weitgehend aus der bisher illegalen „Chalk"-Partei rekrutieren. Die Chalk-Partei gilt als linke, reformistische Partei, die sich bisher weitgehend an der Politik der KPdSU orientierte und hat nach eigenen Aussagen ca. 50.000 Mitglieder im ganzen Land („FAZ", 8.5.78). Neben der neuen Regierung besteht als praktisch machtausübendes Organ ein „Revolutionsrat" – der sich offensichtlich politisch ähnlich zusammensetzt wie die Regierung.

Die Ziele und ersten politischen Maßnahmen der neuen Regierung

Die neue Regierung und der Revolutionsrat haben ihre politischen Zielvorstellungen definiert als *„demokratisch, islamisch, reformistisch und nicht paktgebunden"* („FR", 2.5.78). Der Staat wurde umbenannt in *„Demokratisch-Republikanischer Staat Afghanistan"* *„Nun wird die Demokratisch-republikanische Regierung Afghanistans keine Anstrengungen versäumen, um die Ausbeutung der Arbeitenden so schnell wie möglich zu beenden und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die notwendigen medizinischen Einrichtungen .. zu schaffen".* (Maiansprache, lt.„SWB", 3.5.78).

Als eine Grundlage für die so definierte Entwicklung gilt der islamische Glaube:*„Die innere Politik des militärischen Revolutionsrates der nationalen Streitkräfte gründet sich auf den Prinzipien der heiligen islamischen Religion und sichert Demokratie, Freiheit und Sicherheit des Einzelnen ..."* („SWB", 2.5.78).Außenpolitisch wird der Kurs festgelegt als *„aktiver und positiver Neutralismus, Unterstützung für Frieden in der Region und der ganzen Welt, gutnachbarschaftliche und freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern auf der Basis der friedlichen Koexistenz und in Respekt der Charta der Vereinten Nationen" („SWB", 2.5.78).*

Soweit die offiziellen politischen Aussagen. Die bisher eingeleiteten konkreten Maßnahmen lassen allerdings noch nicht erkennen, ob die angekündigte Politik auch durchgeführt wird oder ob es sich hierbei um demagogische Propaganda handelt.

Nach wie vor steht das Land unter Kriegsrecht und das Versammlungsverbot bleibt bestehen („FAZ", 8.5.78). Begründet wird dies heute mit „Aktivitäten von Konterrevolutionären". Nur dürfte klar sein, daß sich die Kräfte der alten Macht weniger durch Kriegsrecht als vielmehr durch eine breite Revolutionierung niederwerfen lassen – und dies bedeutet allerdings die Entfaltung von demokratischen Rechten und umfassenden politischen Freiheiten für die Bevölkerung!

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß die von der BRD aufgebaute Polizeitruppe (seit 20 Jahren lief ein Ausbildungsprogramm, „FAZ"' 2.5.78) entwaffnet und weitgehend aufgelöst wurde („FAZ", 10.5.78) – die Frage ist, was anstelle dieser Polizeitruppe tritt, Kriegsrecht und Militär oder bewaffnete Milizen?



Bisher wurde der gesamte Besitz der alten Herrscherfamilie Daud verstaatlicht („FR",6.5.78) und eine Schulreform durchgeführt. Diese Reform sieht allerdings nur die Abschaffung der Aufnahmeprüfungen für Oberschulen vor („FR",6.5.78). Angesichts von über 90% Analphetismus hat diese Reform sicher wenig Auswirkung für die breite Masse der Bevölkerung.

Angekündigt wurde eine *„durchgreifende Landreform, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die staatliche Führung von Wirtschaft und Handel"* („FAZ",8.5.78).

Ob in Afghanistan, mit einem Durchschnittseinkommen pro Kopf von 10 DM/Monat, wo 80% der Bevölkerung landlose Bauern oder Nomaden sind, über 90% der Bevölkerung Analphabeten sind, es kaum eine Industrie gibt und ansonsten noch völlig die feudal-faschistischen Unterdrückungsstrukturen vorhanden sind, die neue Führung tatsächlich an die Verwirklichung ihrer versprochenen Reformen geht, bleibt derzeit noch unklar.

Angesichts der Aufrechterhaltung des Kriegsrechtes, Versammlungsverbotes und nicht zuletzt auch der Stützung auf den Islam (der im Kern eine reaktionäre Ideologie darstellt!) ist die Skepsis angebracht, ob sich hier nicht die Nationalisten durchsetzen, die zwar Interesse an der Herausbildung kaptialtistischer Strukturen haben, nicht aber an der gründlichen demokratischen Veränderung der afghanischen Gesellschaft.

Asien-Australien Kommission

Grenzkonflikt Vietnam-Kampuchea

Trotz Vermittlungen und Friedensangeboten — die Kämpfe dauern an

Durch die Reise des jugoslawischen Außenministers Minic nach Hanoi und Phnom Penh wurde in den letzten Tagen wieder die Aufmerksamkeit auf den seit Anfang des Jahres offen ausgebrochenen Grenzkonflikt zwischen Kampuchea (Kambodscha) und Vietnam gelenkt. Nach wie vor kommt es an der Grenze zwischen den beiden indochinesischen Ländern fast täglich zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Alle Versuche, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu beenden, sind bisher gescheitert.

Kampuchea behauptet nach wie vor, Vietnam habe das Land angegriffen und wolle es einer „Indochinesischen Föderation" einverleiben. Vietnam wird als „Hauptfeind Nr. 1" angesehen. Die derzeitigen Führer Kampucheas leugnen völlig die gemeinsame kämpferische Vergangenheit der indochinesischen Völker und revolutionären Parteien. Sie schrecken dabei auch nicht davor zurück, offensichtliche Geschichtsverfälschungen zu begehen und vietnamesische Angriffe auf Kampuchea einfach zu erfinden. Das vietnamesische Außenministerium hat auf einer Pressekonferenz am 7.April noch einmal ausführliches Material zu den Vorwürfen der Führer Kampucheas veröffentlicht.

„Indochinesische Föderation"

„1930 wurde die Indochinesische Kommunistische Partei ins Leben gerufen, mit der historischen Mission, alle indochinesischen Nationen im Kampf für die vollständige Unabhängigkeit Indochinas und für Land für die Bauern zu führen". (aus den Dokumenten der Pressekonferenz, nach „SWB", 11.4.78).

Damals kämpften die Völker Indochinas gegen den gemeinsamen Feind, den französischen Kolonialismus. In dieser Situation entstand der Slogan „Indochina völlig unabhängig machen und zu einer Indochinesischen Föderation voranschreiten!" Im Geiste dieser Parole ergriffen die drei Völker 1945 die Macht und verjagten die japanischen Imperialisten. 1951 wurde die KP Indochinas offiziell aufgelöst und drei voneinander unabhängige Parteien entstanden, die aber weiterhin gemeinsam kämpften. Die Frage der Indochinesischen Föderation wurde nicht wieder aufgegriffen. Deshalb ist es recht absurd, wenn die Führer Kampucheas heute - nach fast 30 Jahren! - die damalige Parole ausgraben und der heutigen vietnamesischen Regierung unterschieben.

Die Regierung Vietnams hat dazu auf der Pressekonferenz noch einmal unmißverständlich erklärt: *„(1) ‚Die Indochinesische Föderation' ist eine Frage, die für immer in die Geschichte eingegangen ist. Seit 1954, nachdem Vietnam, Laos und Kampuchea ihre nationale Souveränität und territoriale Integrität wiedererlangten und internationale Anerkennung erlangten, ist sie nicht mehr von den Laoten, Kampucheanern oder Vietnamesen erwähnt worden. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus hochhaltend, versichert die Regierung der SRV nochmals, daß eine Frage der Indochinesischen Föderation nicht existiert"* (s.o.).

MERKWÜRDIGE „BEWEISE"

Während die Bilder von massakrierten vietnamesischen Familien um die Welt gingen und bereits einige ausländische Delegationen sich an Ort und Stelle von den Zerstörungen in vietnamesischen Grenzdörfern überzeugen konnten, sind die „Beweise" aus Kampuchea doch sehr merkwürdig. Aus dem Bericht eines jugoslawischen Journalisten, der mit einer Delegation eine Rundreise durch Kampuchea machte: *„Als wir uns näher an die vietnamesische Grenze bewegten, wurden uns als Beweis der Aggression hier und dort tote Büffel gezeigt, angeblich von den Vietnamesen getötet. Sie informierten uns auch über den ‚Bericht', daß 16 vietnamesische Stahlungetüme von hier niemals nach Hause zurückgekehrt seien, aber wir fanden keine Spur von ihnen. Unser Gastgeber sagte uns dann, daß die Bauern sie angesichts des Eisenmangels zu Pflügen, Hacken, Spaten und Behältern eingeschmolzen hätten, aber es ist interessant, daß wir in anderen Gegenden an Wracks von US-Panzern vorbeikamen , die seit einigen Jahren am Straßenrand gestanden hatten."* („SWB", 29.4.78).

Als weitere „Beweise" werden von Radio Phnom Penh ständig sogenannte „Geständnisse" angeblich gefangene vietnamesischer Soldaten, Offiziere oder Spione gesendet.Diese zeichnen sich durch ein teilweise wortwörtliches Wiederholen der bekannten Beschuldigungen aus („Indochinesische Förderation").

Ablenkungsmanöver

Neben ihren ständigen Angeboten, den Konflikt durch Verhandlungen zu lösen, geht die vietnamesische Seite in letzter Zeit allerdings auch in schärferem Ton auf die Ursachen der Auseinandersetzungen und der antivietnamesischen Propaganda der Führer Kampucheas ein. So wird immer wieder behauptet, Vietnam habe *„eine Reihe krimineller Aktivitäten zur Zerschlagung der Führung des Demokratischen Kampuchea"* versucht. Konkret werden *„September 1975, April und September 1976 und April und September 1977"* genannt (Radio Phnom Penh, nach „SWB", 3.5.78): Die vietnamesische Regierung sieht in diesen Behauptungen den Versuch, einen äußeren Feind aufzubauen, um von den Schwierigkeiten im Inneren abzulenken.Anscheinend haben zu den angegebenen Zeiten scharfe Säuberungsaktionen in der KPK stattgefunden, denen vor allem Verfechter der indochinesischen Solidarität zum Opfer fielen. Während die SRV in der Vergangenheit Kampuchea gegen Horrorstories der bürgerlichen Presse verteidigt hat, wird jetzt auch die Innenpolitik scharf kritisiert: *„Seit der Befreiung Kampucheas, haben die Machthaber in Phnom Penh eine Außenpolitik der verschlossenen Türen durchgeführt und sich auf einen selbstsüchtigen Chauvinismus gestützt. Ihre Absicht, die Geschichte zu verfälschen muß ebenfalls in dem Zusammenhang dieser Gesamtpolitik gesehen werden. Die Machthaber in Phnom Penh begehen einen Fehler, eine dipolmatische Politik durchzuführen, die darauf abzielt, den Interessen ihrer Innenpolitik äusserster Scheußlichkeiten zu dienen - das heißt einer Politik beschleunigter Unterdrückung und Verfolgung ihres eigenen Volkes und der Säuberungen gegen wahre Revolutionäre und Patrioten Kampucheas, die jetzt auf ihrem Widerstand gegen die falsche Politik beharren"* (Radio Hanoi, nach „SWB", 15.4.78)..

Asien/Australien-Kommission

»Nieder mit der Diktatur!«

Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Studenten und der Polizei kam es am 8 .5. in der südkoreanischen Hauptstadt Söul. Die Proteste richteten sich gegen die Wahl des sogenanten Parlaments, der „Nationalkonferenz für Wiedervereinigung",die am 19.5. stattfinden soll. Die Studenten riefen immer wieder„Nieder mit der Diktatur!". *„In einem Manifest riefen sie zum Boykott der für den 18.Mai angesetzten Wahlen für die Studentenparlamente auf. Kandidaten für die Wahl müssen die Politik Parks öffentlich unterstützen. Außerdem verlangten die Demonstranten Pressefreiheit, die Abschaffung des studentischen Verteidigungskorps, die Einstellung der von der Regierung angeordneten Überwachung der Universitätsgelände"* („Frankfurter Rundschau", 9.5.78).

Die Polizei des faschistischen Park-Regimes griff die Studenten mit Tränengas an und nahm mehrere von ihnen fest.

Asien-Australien-Kommission

»Kaiko soshi! Kuko funsai!« »Stoppt die Eröffnung! Zerschlagt den Flughafen!«



Diese Parolen wurden fast ununterbrochen während einer nationalen Demo durch die Tokioter Innenstadt von rund 10 000 Gegnern des neuen Internationalen Flughafens Narita gerufen. Zuvor fand eine Großkundgebung statt. Anlaß war der einjährige Todestag des Flughafengegners Kaoru Higashiyama, der neue Gesetzentwurf zur Sicherheit des Flughafens sowie die erneut angekündigte Eröffnung des Flughafens Narita zum 20.5.1978.

Trotz des strömenden Regens fand am 7.5.1978 imTokioter Stadtpark Yoyogi eine Großkundgebung gegen den Flughafen Narita unter Beteiligung zahlreicher Bürgerinitiativen sowie linker Organisationen und Gewerkschaften statt. Veranstalter war die Vereinigte Sanrizuka-Shibayama Liga der Flughafengegner (Oppositionsliga), nach den Ortsnamen so bezeichnet. Der Vorsitzende der Oppositionsliga, Issaku Tomura, erklärte in seiner Ansprache: „. . . **Unser Kampf ist bereits erfolgreich gewesen. Diesen Erfolg verdanken wir der sehr breiten Unterstützung durch die Bevölkerung. Die Staatsgewalt bietet zwar den Dialog an, ein solcher Dialog kommt für uns aber überhaupt nicht in Frage. Wir werden den Weg gehen, auf den wir vertrauen. Und auch die von der Regierung angedrohten Notgesetze werden uns daran nicht hindern. Die Guerilla-Strategie ist ein gerechter Kampf. Sollte die Eröffnung zum 20.5. nicht rückgängig gemacht werden, werden wir sie mit noch größerer Kraft als in der** drohten Notgesetze werden uns daran nicht hindern. Die Guerilla-Strategie ist ein gerechter Kampf. Sollte die Eröffnung zum 20.5. nicht rückgängig gemacht werden, werden wir sie mit noch größerer Kraft als in der **Schlacht vom 26.3. verhindern! . . .**"

Angesichts der in dem bereits 12jährigen Kampf gemachten Erfahrungen mit den äußerst brutalen Bulleneinsätzen und dem menschenverachtenden Staatsapparat, ist es nicht verwunderlich, daß die Reden fast aller Vertreter der verschiedenen Gruppen in dem gleichen militanten und entschlossenen Ton gehalten waren. **Dieses Zusammentreffen verschiedenster Gruppen (Anti-Flughafen-, Anti-AKW-, Umweltschutz-, Burakumin-, Kinder-, Baby-Initiativen, Frauengruppen, Einzelgewerkschaften, linke Organisationen usw. (die großen Parteien einschließlich der Sozialisten JSP und der Revisionisten KPJ hatten sich allerdings nicht beteiligt) zeigte, daß es hier nicht nur um den Kampf gegen den Flughafen Narita ging. Vielmehr waren sich die versammelten Flughafengegner bewußt, daß der Sanrizuka-Kampf (in Japan geläufige Bezeichnung des Kampfes gegen den Flughafen Narita) eine Schlüsselrolle für den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen den Aufbau eines Polizeistaates in Japan hat. Und die Tatsache, daß fast alle Demonstranten behelmt und mit Mundtüchern bekleidet waren („Brokdorf-Look") und die sehr kraftvollen Parolen von allen angenommen wurden („kuko funsai" heißt wörtlich, den Flughafen in Stücke zerschmettern bzw. pulverisieren), deutet daraufhin, daß eine militante Vorgehensweise von seiten der Flughafengegner zumindest im Fall Narita uneingeschränkt unterstützt wird.**

Im Anschluß an die fast zweistündige Kundgebung formierte sich ein Demonstrationszug zum etwa 8 km entfernten Stadtpark Hibiya durch die Innenstadt. Die sogar (gemessen an BRD-Verhältnissen) unvorstellbaren „Sicherheitsmaßnahmen" der Bullen, erklärt das Verständnis der Gewaltfrage bei den Flughafengegnern und die Notwendigkeit, auch bei Stadtdemonstrationen Schutzhelme und -masken tragen zu müssen. Der in Vierer-Reihen aufgestellte Demonstrationszug hatte nur eine Fahrspur zur Verfügung, und zu Beginn der Demonstration wurde er durch massiven Bulleneinsatz und teilweise auch durch Knüppeleinsatz Demonstrationszug hatte nur eine Fahrspur zur Verfügung, und zu Beginn der Demonstration wurde er durch massiven Bulleneinsatz und teilweise auch durch Knüppeleinsatz in Abständen von 200-300 m aufgerissen. Der Demonstrationszug wurde auf der gesamten Strecke von Bullen „begleitet", genauer gesagt, pro Vierer-Reihe des Demonstrationszuges war ein Bulle mit voller Ausrüstung abgestellt, der dicht am Rand einer jeden Demonstrationskette mitlief. Ferner waren an mehreren Punkten größere Bulleneinheiten, gepanzerte Fahrzeuge und Wasserwerfer aufgestellt. Bereits vor der Kundgebung wurden zahlreiche Kundgebungsteilnehmer an den Zugängen zum Yoyogi-Stadtpark von starken Bulleneinheiten kontrolliert und abgetastet. Nach Meldungen der bürgerlichen Zeitungen waren 3 000 Bullen der Kidotai (Spezialeinheit gegen Demonstrationen) im Einsatz, wobei die Zahl der Demonstranten mit nur 7 000 angegeben wurde („Yomiuri Shimbun", Tagesausgabe 8.5.78). Es muß einen wundern, daß es trotz dieses massiven provokatorischen Auftretens der Bullen nicht zu größeren Straßenschlachten gekommen war und „nur" 14 Demonstranten wegen „Behinderung bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben" festgenommen wurden.

Festung Narita

Weitere Aktionen gegen den Flughafen sind angekündigt. Die Oppositionsliga plant täglich Kundgebungen und Demonstrationen für die Zeit vom 18.-22.5. Am 20.5., dem vorgesehenen Eröffnungstag des Flughafens, dürfte es um das Flughafengelände wieder zu einer „Schlacht" kommen, die wohl nicht unblutig ausgehen wird. Dafür hat die Regierung schon gesorgt. Bis zum 20.5. sollen 13 000 Bullen der Kidotai aus allen Teilen des Landes nach Narita mobilisiert werden. Eine „kleine Truppe" der Bullen soll mit Pistolen bewaffnet werden („Yomiuri Shimbun", 10.5.78). Seit der Schlacht vom 26.3.1978 hat die japanische Regierung etwa 50 Millionen DM für den Ausbau der „Festung" Narita gegeben. Ähnlich wie die Atom-Festungen in Brokdorf,Grohnde,Kalkar und sonstwo ist ein 18km langer Doppelzaun um das Flughafengelän- den Ausbau der „Festung" Narita gegeben. Ähnlich wie die Atom-Festungen in Brokdorf,Grohnde,Kalkar und sonstwo ist ein 18km langer Doppelzaun um das Flughafengelän- de gezogen. Stacheldraht, elektronische Warnanlagen, in die Erde versenkte Stahlplatten, Werkschutz, Panzerwagen, Wasserwerfer, Polizeihunde usw. erinnern an KZs. Das Flughafengebäude selbst sowie zahlreiche weitere Einrichtungen, die selbst nicht einmal auf dem Flughafengelände sind, sind in gleicher Weise abgesichert. Es ist auch eine Absicherung der Eisenbahnstrecke von Chiba City nach Narita, auf der der Düsentreibstoff transportiert werden soll, mit Betonmauern vorgesehen. „Vorübergehend" sollen nur Fluggäste den Flughafen betreten, und es wird um Verständnis für die Unannehmlichkeiten durch mehrfache und gründliche Kontrollen sowie durch Verkehrsstauungen und längere Wartezeiten gebeten!

Die Regierung geht mit „Notmaßnahmen" gegen die Narita-Bewegung vor!

Schließlich wurde von der regierenden Liberaldemokratischen Partei LDP ein neuer Gesetzesentwurf für *„Notmaßnahmen zur Wahrung der Sicherheit des Neuen Internationalen Flughafens Tokyo"* vorgelegt. Dieses Gesetz ermöglicht die Konfiszierung oder den Abriß der „Einheitshütten(von den Flughafengegnern selbst errichtete Hütten für ihre Arbeit,z.Z. stehen etwa 35 solcher Hütten), oder anderer Gebäude, Türme usw., die die Sicherheit des Flughafens und Flugverkehrs gefährden könnten.
jeglichen Räumen durch „Extremisten" verboten werden! Das Gesetz bezieht sich auf Gelände im Umkreis von 3 km von Flug- bzw. Flughafeneinrichtungen überhaupt!

Schon jetzt werden in aller Eile Vorbereitungen getroffen, damit die „Säuberungen" der betroffenen Gebiete möglichst schnell und reibungslos über die Bühne geht.

Dieses neue Gesetz zeigt, daß es der Regierung daran liegt, angesichts der wachsenden Basisaktivitäten beispielsweise im AKW-Bereich hier ein Exempel zu statuieren und durch die massive Unterdrückung demokratischer Rechte und Einschüchterungsmaßnahmen den Widerstand in der Bevölkerung zu brechen. Das neue Gesetz ermöglicht der Polizei, schnel- die massive Unterdrückung demokratischer Rechte und Einschüchterungsmaßnahmen den Widerstand in der Bevölkerung zu brechen. Das neue Gesetz ermöglicht der Polizei, schnel- ler und wirksamer vorzugehen, und wenn es sich „nur" gegen „Extremisten" richtet, so meint es *„alle diejenigen, die in diesen Aktivitäten,* (Aktivitäten, die die Flug- bzw.Flughafensicherheit gefährden, Anm.AK) *engagiert sind oder sein könnten"* („Japan Times",5.5.78). Es liegt auch nicht fern, daß durch Rechtsauslegung die Beschränkung auf das Gebiet um Narita zur Farce wird,da zur Flugsicherheit der Maschinen, die in Narita starten und landen, und zu den Flughafeneinrichtungen auch die gesamten Flugschneisen bzw. strecken über japanischen Boden sowie Radaranlagen, Zubringer, Verkehrswege für den Transport des Düsentreibstoffs, Funkeinrichtungen usw. gehören, die alle außerhalb des 3km Umkreises von Narita liegen.

Ishii Tkeshi, ein Mitglied der Oppositionsliga:

„Unser Kampf in den vergangenen 12 Jahren hat uns unheimlich viel gelehrt. Wir haben erkannt, daß ,was für Gesetze es auch immer in diesem sogenannten Rechtsstaat gibt, die sind alle für ihren Gebrauch geschaffen, wenn sie Druck auf uns üben wollen, aber es gibt überhaupt keine,die uns vor einer solchen Unterdrückung schützen können. Vielmehr werden diese Gesetze, obwohl sie der Regierung viele Vorteile geben, niemals von der Regierung beachtet...

Wir haben gelernt, daß wir keine andere Wahl haben, als auf unser eigenes Urteilsvermögen zu vertrauen, daß wir auf das Volk vertrauen sollten statt auf die Regierung, und daß wenn wir weiterkämpfen, das Volk niemals unser Ziel mißverstehen und sich mit uns gegen die Staatsmacht erheben wird. ... Solange die Massen in der Bevölkerung Mißtrauen gegen die Regierung hegen und solange es Menschen in allen Teilen des Landes gibt, die weiterhin gegen die unerhörte und brutale Politik der Regierung kämpfen, wage ich zu behaupten, daß der Kampf in Sanrizuka unzerbrechbar ist!" (aus Fukushima Kikujiro: Report from a battleground Sanrizuka, 1967/1977,Tokyo 1977).

Während der vergangenen 12 Jahre des Sanrizuka-Kampfes sind 3 000 Menschen verhaftet worden, 200 sitzen noch in Haft, es gab über 7 000 verletzte Flughafengegner Während der vergangenen 12 Jahre des Sanrizuka-Kampfes sind 3 000 Menschen verhaftet worden, 200 sitzen noch in Haft, es gab über 7 000 verletzte Flughafengegner **und einen Toten. Insgesamt sind 500 000 Bullen der Kidotai bislang gegen die Demonstranten eingesetzt worden. Dennoch wird der Kampf weitergehen für eine bessere Umwelt, mehr Demokratie und Menschenrechte. Dabei ist jede Art von Unterstützung wichtig. Auch aus der BRD,wo Menschen unter den gleichen Bedingungen wie in Japan gegen AKWs, Unterdrückung der Frau, Abbau demokratischer Rechte, Faschisierung u.s.w. kämpfen. Schickt daher Solidaritätsgrüße an:**

United League of Sanrizuka and Shibayama Farmers against the New Tokyo International Airport
c/o Issaku Tomura, 115 Sanrizuka, Narita City, 286-01, Japan

Australien-Asien–Kommission





lateinamerika

Fußball ja - Folter nein

Die Solidaritätskampagne in der BRD hat das Auswärtige Amt und den DFB inzwischen zu einigen Reaktionen veranlaßt. Ignoriert wird »höherenorts«, daß die Kampagne inzwischen von über 200 Gruppen und Initiativen mit einheitlichen Forderungen getragen wird. Reagiert wird lediglich auf amnesty international. Amnesty wird auch in der Presse als alleiniger Träger der Kampagne dargestellt. Amnesty unterstützt und trägt aber die Forderungen der gesamten Kampagne, und die Aktivitäten der zahlreichen Gruppen haben wesentlich zur Publizität der Kampagne beigetragen.

ARGENTINE-1978



„Derjenige, der etwas nicht weiß, ist ein Dummkopf. aber derjenige, der etwas weiß und es nicht sagt, ist ein Verbrecher." Bertold Brecht.

Während das Auswärtige Amt bislang auf mehrere Schreiben der Informationsstelle Lateinamerika (Bonn) lediglich mit Eingangsbestätigungen reagierte, wurde immerhin gegenüber den Bundesvorsitzenden von amnesty die Zusicherung gegeben, daß man bereit sei, 500 politische Flüchtlinge aus Argentinien in der BRD aufzunehmen. Nachfolgende Anfragen im Bundestag wurden allerdings wesentlich verschwommener beantwortet: Die Bundesregierung sei immer und überall bemüht, sich gegen Menschenrechtsverletzungen einzusetzen, und so weiter und so fort... Eine solche Antwort kann nur als Aufforderung an alle Gruppen verstanden werden, sich massiv weiter für die Durchsetzung der Forderungen einzusetzen!

Das vom DFB zugesagte Gespräch mit amnesty hat inzwischen tatsächlich stattgefunden: mit zwei Vertretern von amnesty und einer gefolterten Argentinierin. Die Presse war von dem Gespräch ausgeschlossen und Neubergers einziger Kommentar nach zwei Stunden war:*»Von mir keine Antwort«* (»FR«, 12.5.). Aber die Tatsache allein, daß sich der stockreaktionäre DFB gezwungen sah, ein Gespräch mit amnesty zu führen, ist ermutigend für die Solidaritätsarbeit. Hatte doch der DFB nach den Stellungnahmen von Paul Breitner noch getönt:*»Über unser Auftreten in Argentinien benötigen wir keine Ratschläge, schon gar nicht von Herrn Breitner. Wir wissen selbst, wie wir uns zu verhalten haben«* (»Zeit«, 28.4.78).

In anderen europäischen Ländern ist die Argentinien-Solidarität auch außerhalb von Schweden, Frankreich und Holland, wo die Kampagnen für einen Boykott der WM sehr breit laufen, in Gang gekommen. In *Spanien* hat die kritische Presseberichterstattung über Argentinien erheblich zugenommen. Immerhin in einem Maße, daß Mitglieder des argentinischen Geheimdienstes in der spanischen Botschaft Recherchen über spanische Journalisten anstellen und je nach Ergebnis der Nachforschungen über ihre Akkreditierung für die WM in Buenos Aires entscheiden. Ein Berichterstatter der Zeitung »Cambio 16« wurde bereits abgelehnt und die Zeitung auch gleich in Argentinien verboten (»Westfälische Rundschau«, 8.4.78).

In *Österreich* gab es eine Fernsehdiskussion mit dem Präsidenten des österreichischen Fußballverbandes. Amnesty (und wohl auch andere Gruppen) sammeln unter anderm Unterschriften für die Freilassung aller politischen Gefangenen, Aufklärung über den Verbleib der Verschwundenen, und für eine internationale Untersuchung aller Gefängnisse und KZs. Die Fußballspieler sollen aufgefordert werden, sich von öffentlichen, politisch zu nutzenden Veranstaltungen fernzuhalten.

Der Fußballbund *Italiens* hat ähnlich wie der DFB Stellung genommen: *»Das ist doch klar, Sport und Politik sind zweierlei.«*

Leider gibt es selbst in Italien eine Reihe von Nationalspielern, die — ganz wie Berti Vogts — stramm auf der Linie ihres Verbandes sind. Fachetti, Dino Zoff, Roberto Bettega haben eine Unterschrift unter die amnesty-Forderung abgelehnt.*»Die Menschenrechte sind heilig. Es scheint mir nicht richtig, den Sport zu bemühen, um politischen Druck auszuüben«* (Dino Zoff). Für den Einsatz für die politischen Gefangenen in Argentinien haben sich Antonello Cuccureddo, Claudio Sala und Giancarlo Antognoni ausgesprochen:»... *niemand kann uns verbieten, das Interesse, das dieser sportliche Wettstreit in der Welt findet, dazu auszunutzen, auf die Verhältnisse in Argentinien aufmerksam zu machen.«*

Aus der *Welt des realen Sozialismus* wird die Argentinien-Solidarität natürlich nicht unterstützt, weil bedingungslos die Politik der KP Argentiniens unterstützt wird. Die »UZ« der DKP berichtet beispielsweise über Argentinien ausschließlich in Stellungnahmen der KPA, wie am 19.4., wo *»der von Präsident Videla getragene Plan zur Stärkung der nationalen Wirtschaft begrüßt«* wird, wo nochmal auf die *»Vorschläge«* (!!), die die KPA der Regierung schon Mitte '77 zur Sanierung der Wirtschaft gemacht habe, hingewiesen wird und wo

habe, hingewiesen wird und wo

schließlich aufgerufen wird, eine Demokratie zu schaffen, *»die die Möglichkeit einer zivilmilitärischen* (!) *Regierung eröffnet und die zu einer modernen* (!) *Verfassung führt«* (»UZ«, 19.4.78). Aus keinem Land des realen Sozialismus ist bislang irgend Stellungnahme zur Argentinien-Solidarität bekannt geworden, die weitestgehende Stellungnahme scheint die ungarische Nachrichtenagentur MTI abgegeben zu haben, die immerhin Paul Breitners Vorschlag, Videla den Handschlag zu verweigern, veröffentlicht hat.

Lateinamerika-Kommission

MARKTHALLE

Veranstaltungen während unserer Ausstellung

16.5.	19.30 Uhr	Eröffnungsveranstaltung mit Constantin Wecker, Los Andariegos, Patricio Zeoli und Gästen
18.5.	20.00 Uhr	"Verletzung der Menschenrechte in Argentinien" Veranstalter: amnesty international
19.5.	20.00 Uhr	"Waffenexport nach Argentinien - sichere Arbeitsplätze?" mit Peter Lock, Arbeitskreis Rüstung und Unterentwicklung
20.5.	20.00 Uhr	"Berlin 36 - Argentinien 78 nur ein sportliches Ereignis?" Leni Riefenstahls Film über die Olympiade '36, " FEST DER SCHÖNHEIT ". Ein Zeitgenosse erinnert sich: der Schriftsteller Erich Lüth.
21.5.	20.00 Uhr	"Kirche in Lateinamerika" Veranstalter: Communio Humana
23.5.	20.00 Uhr	"Argentinien auf dem Weg zur Atommacht" Veranstalter: BI - Rotherbaum
24.5.	20.00 Uhr	"Schriftsteller unter der Diktatur" es spricht Oswaldo Bayer (Argentinien)
26.5.	20.00 Uhr	COSAL - Filmreihe " DIE AAA" (Ein Film über die argentinische Todesschwadron.)
28.5.	11.00 Uhr	W M - Frühschoppen mit Travellin Jazzmen, Wolf Biermann, Helmut Frenz und vielen Gästen
28.5.	20.00 Uhr	Abschlußfest mit Jutta Weinhold Band, Abi Wallenstein, Aquarell, Straßentheater und Gästen

Die Schirmherren unserer Ausstellung sind:
Manfred Bissinger, Horst Gloy, Dorothee Sölle, Gerhard Weber, Joachim Ziegenrücker und Tillman Zülch.

Kontaktadresse für die Ausstellung:
Gunter Grote, Hamburg
Rappstraße 2
Tel.: 45 59 56

COSAL
Comitee zur Solidarität mit Argentinien und Lateinamerika

V.i.S.d.P. J.Friedrich

Eine zusätzliche Veranstaltung findet am 26.5. um 20.00 Uhr statt mit Vertretern des politischen Widerstands. Zugesagt hat ein Vertreter der CGTR (Gewerkschaften im Widerstand, die von den Montoneros gegründet wurden).

Nicaragua: Führer der sandinistischen Befreiungsfront verhaftet

Das deutsche Solidaritätskomitee mit Nicaragua in Göttingen ruft zu breiten Solidaritätsmaßnahmen auf:

„Durch ein Telegramm von Ernesto Cardenal (vergl. Interview mit Cardenal in AK 120) *haben wir erfahren, daß der Führer der FSLN (sandinistische Befreiungsfront) German Pomares in Honduras verhaftet wurde. Es besteht die akute Gefahr der Auslieferung an Nicaragua. Das würde nicht nur seinen Tod bedeuten, sondern auch ein schwerer Verlust für den Widerstand gegen das Somoza-Regime sein.*

Wir, das Deutsche Solidaritätskomitee mit Nicaragua bitten Sie, per Telegramm oder Luftpostbrief, den Staatschef von Honduras aufzufordern, ihm die Ausreise nach Mexiko, Panama oder Venezuela zu gestatten." Solidarität mit dem militanten Widerstand in Nicaragua!

Skandal: Argentinische Militärs in der BRD

In aller Stille und von der Linken leider völlig unbemerkt besuchte vor kurzem ein ganzer Lehrgang der Kriegsakademie des argentinischen Heeres auf einer abschließenden Ausbildungsreise die BRD und ihr „Schwesterinstitut", die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Die argentinischen Faschisten nahmen bei ihren Lob- und Danksagungen an die deutschen Kameraden kein Blatt vor den Mund:

„Es ist für uns als Soldaten, als Generalstabsoffiziere und als Argentinier eine Ehre in dieser Führungsakademie (Hamburg, die Red.) *zu sein. Die Führungsakademie setzt die Tradition der hochangesehenen Berliner Kriegsakademie fort ... Wir wollen unsere Dankbarkeit ganz besonders dafür bezeugen, daß wir zunächst vom preußischen Heer und heute von der modernen Bundeswehr Traditionen, die Hingabe an den Dienst und die Entschluß- und Handlungsfreudigkeit übernehmen konnten... !!"* („Lateinamerika-Nachrichten", 4.5.78).

Der westdeutsche Botschafter in Buenos Aires gibt Tips zum Verhalten in Argentinien

Botschafter Jänicke in einem Interview: *„Wir erwarten 5.000 deutsche Fußballbegeisterte ... ich glaube, daß sie ohne Sorge kommen können. Allerdings muß man sehen, daß der deutsche Besucher – wie jeder ausländische Besucher – sich darüber klar sein sollte, daß Argentinien noch immer in Folge der internationalen Terroristensituation (!) im Ausnahmezustand lebt und deswegen Zurückhaltung und Vorsicht im Auftreten geboten ist."* Zurückhaltung und Vorsicht im Auftreten hatten wohl die 27 Westdeutschen, die bis heute in Argentinien verschwunden, verhaftet oder ermordet sind, nicht an den Tag gelegt. Die westdeutsche Botschaft hatte in keinem Fall, weder im Fall Klaus Zieschank, der bis heute verschwunden ist, noch im Fall Elisabeth Käsemann, die von argentinischen Sicherheitskräften ermordet wurde, auch nur annähernd wirksame Maßnahmen zum Schutz der westdeutschen Staatsbürger ergriffen. Der Botschafter versichert aber im weiteren, daß dem Fußballfan wirklich nichts passieren könne, weil die Verhältnisse in Argentinien insgesamt recht zufriedenstellend sind:

„Man wird mit dem Schlagwort oder dem Klischee Militärdiktatur der sehr komplexen Lage in Argentinien nicht gerecht." Man müsse sehen, *„daß die Militärs nur ein Ziel haben, nämlich wieder die Macht in die Hände der Zivilisten zurücklegen zu können. Dies ist sogar schon zum Teil geschehen..."* („Lateinamerika-Nachrichten", 4.5.78). Und das ist ein Diplomat der „Sozial-Liberalen" Bundesregierung!

Lateinamerikakommission

„Argentinien Weltmeister - Videla an die Wand"

Die beiden Bomben, die Mitte Mai in Buenos Aires im WM-Pressezentrum und gegen die US-Botschaft hochgegangen sind, haben allerlei Unruhe und Fragen über die Sicherheit der WM aufgeworfen. Bisher hat keine politische Gruppe die Verantwortung für die Anschläge übernommen. Die Montoneros hatten vielmehr schon vor Monaten erklärt, daß sie keine bewaffneten Aktionen, die sich gegen die Einrichtungen, Spieler, Journalisten oder Zuschauer richten, unternehmen wollen, daß vielmehr alle militärischen Anschläge während der WM als Provokationen der Junta gewertet werden müßten.

In der Zeitung „Movimiento", Zeitung der Peronistischen Montonerobewegung (politische Partei der Montoneros) wird zum massenhaften Besuch der Fußball[illegible] und öffentlichen Fernsehübertragungen aufgerufen unter der Parole Argentine campeon – Videla al peredon (Argentinen Weltmeister , Videla an die Wand). *„Die Ränge müssen mit Leuten aus dem Volk gefüllt sein, damit Videla Pfiffe statt Beifall bekommt, damit die Hymne der Peronisten gesungen wird und nicht die der Unterdrücker, damit die Tore vom Jubel des Volkes gefeiert werden und nicht vom lahmen Klatschen der Oligarchen und Spitzel"* („Movimiento", nach „ila-Info", Nr. 15).

Die Möglichkeiten dazu sind besser als zunächst gedacht, nachdem 14 Tage vor WM-Beginn erst 8000 Eintrittskartenblöcke im Ausland verkauft und selbst für das Eröffnungsspiel noch 20 000 Karten zu haben sind, und die Eintrittspreise bereits gesenkt wurden. („FR", 13./14./15.5.78).

Erklärung der Montonero-Leitung

Am 24.3. wurde über einen illegalen Sender eine Erklärung der Montonero-Leitung verbreitet. Dort wird zunächst Stellung genommen zu den Versuchen der Junta, durch gefälschte Montonero-Erklärungen und durch Zusammenarbeit mit Verrätern aus den Reihen der Montoneros, Verwirrung und Resignation im linken Widerstand zu verbreiten – ähnlich wie es auch die chilenische DINA insbesondere in Bezug auf den MIR versucht hat. Der Montonero-Genosse Valenzuela berichtete in der Erklärung, daß er am 2.1. mit seiner Frau und seinem Sohn entführt wurde. Valenzuela wurde dann mit 14 anderen Verschwundenen gefangengehalten, die von den Militärs als kooperationswillig eingestuft waren. Unter der Drohung, daß man seine Frau und seinen Sohn umbringen werde, sollte Valenzuela gezwungen werden, gemeinsam mit den Militärs eine Pressekonferenz abzuhalten und einen „Friedensvertrag" zu unterschreiben, dessen Hauptinhalt sein sollte, daß die Volkskräfte vom Militär besiegt seien.

Im Rahmen dieses Vorgehens der Militärs, wurde Valenzuela auf eine Reise in andere lateinamerikanische Staaten mitgenommen. von dieser Reise gelang es ihm zu fliehen – wahrscheinluch um den Preis der Ermordung seiner Familie. Über den Verbleib seiner Frau und seines Kindes ist jedenfalls bis heute nichts bekannt.

Die Erklärung der Montonero-Führung dementierte eindeutig alle Veröffentlichungen der Junta über angebliche Kontakte zwischen Junta und Montoneros. Sie bot allen Genossen, die dem Druck der Folter oder der Geiselnahme von Familienangehörigen nicht standgehalten haben und zu Kollaborateuren geworden sind, an, sich bis Ende des Jahres bei der Partei zu melden, um öffentliche Erklärungen *„über alle Sachen, die sie in Gefängnissen, Konzentrationslagern und Folterkammern gesehen haben"* abzugeben.

Zur WM heißt es in der Erklärung *„Die Montoneros werden die Fußball-Weltmeisterschaft nicht boykottieren, jedoch keine Feuerpause während dieser Zeit einlegen"*.Dabei sind aber alle Aktionen *„streng verboten"*, die in der Nähe von Fußballstadien stattfinden oder die die körperliche Unversehrtheit von Spielern, Journalisten, Zuschauern, Touristen usw. beeinträchtigen könnten.

„Genossen, laßt uns alle Kräfte mobilisieren, damit das Volk diese WM gewinnt!
Erringen wir den Frieden im Kampf! Widerstand leisten ist Siegen!"
(„Movimiento", nach „ila-Info" 15).

Lateinamerika-Kommission



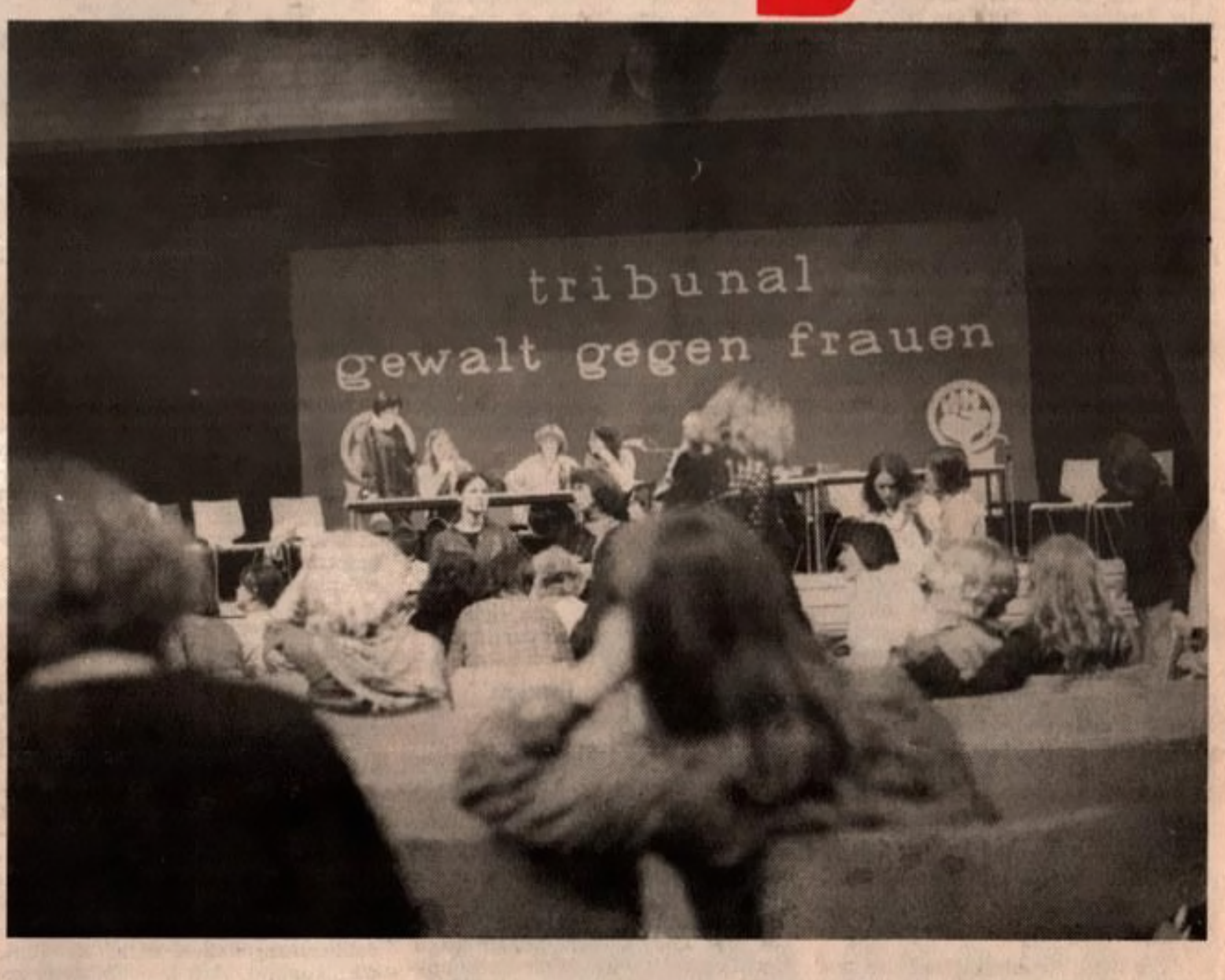


frauen



Kölner Frauenkongreß

Frauen, die Fäuste geballt – wir kämpfen gegen Gewalt



Unter dieses Motto könnte frau nachträglich den Kongreß stellen, der in Köln vom 28. bis 30.4. 1978 als „Tribunal Gewalt gegen Frauen" stattfand und auf Initiative der Kölner „Frauenbefreiungsaktion" (FBA) einberufen worden war. Zu allen Themen der Unterdrückung von Frauen waren Arbeitsgruppen vorgeschlagen worden, in die die teilnehmenden Frauen einen Tag lang all ihre Arbeits- und Diskussionsergebnisse einbringen konnten. Am Freitagabend wurde durch ein buntes Abendprogramm mit Rollenspielen, Informationen und anderen Beiträgen das Tribunal eingeleitet. Am Samstag teilten sich die Frauen in einzelne Arbeitsgruppen auf, die die verschiedenen Probleme der doppelten Unterdrückung von Frauen zum Inhalt hatten.

Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen wurden am Sonntag im Plenum in zehnminütigen Beiträgen jeder Gruppe zusammengetragen. Eine Diskussion war wegen der knapp gewordenen Zeit nicht mehr möglich. Am Sonntagabend fand dann als Abschluß des Kongresses eine Walpurgisnachtdemonstration unter der zentralen Parole „Frauen, die Fäuste geballt, wir kämpfen gegen Gewalt" statt. Es hatte vorher im Plenum noch eine Abstimmung über die zentrale Leitparole dieser Demonstration gegeben, da eine Gruppe von Lesben die Parole „Frauenliebe ist unsere Stärke" vorgeschlagen hatte und darauf bestand, daß diese Parole an der Spitze der Demonstration getragen werden sollte. Eine große Mehrheit der anwesenden Frauen entschied sich jedoch für die erstgenannte Parole, die in dieser Form auch die Stimmung des Kongresses insgesamt wiedergab: Wir lassen uns nicht unterkriegen, wir kämpfen weiter gegen unsere Unterdrückung, ob als Lesbe, als „Hetero"-Frau oder alleinstehend!

gen, wir kämpfen weiter gegen unsere Unterdrückung, ob als Lesbe, als „Hetero"-Frau oder alleinstehend!

Wir wollen im folgenden einen (durchaus nicht vollständigen) Überblick über die Ergebnisse einzelner Arbeitsgruppen geben. Die Auswahl hat nichts damit zu tun, daß wir andere AG's etwa nicht wichtig gefunden hätten – es war uns allerdings nicht möglich, alle Beiträge festzuhalten, so daß wir uns auf unsere mitgeschriebenen Informationen beschränken müssen. Die Kölner Frauen haben aber vor, die Beiträge, Ergebnisse und Forderungen der AG's in einer Dokumentation über den Kongreß vollständig zu veröffentlichen.

AG Gewalt in der Sexualität

War die Ankündigung der Arbeitsgruppe am Samstagvormittag noch von einigen Frauen so verstanden worden, daß dies eine Arbeitsgruppe ausschließlich zum Problem des Lesbischseins werden sollte, so wurde beim Zusammenkommen der Interessentinnen klar, daß die Motivation der Frauen sehr unterschiedlich war: Die einen wollten über ihre Schwierigkeiten mit Männern sprechen, andere über Unterdrückungsmechanismen in Zweierbeziehungen, und wieder andere über Unterdrückung in der Sexualität allgemein und im weitesten Sinne. Um allen Bedürfnissen optimal gerecht werden zu können, wurden mehrere Arbeitsgruppen zu diesem Thema eingerichtet, darunter eine AG nur für Lesben. Zwei der Arbeitsgruppen nannten sich „Scheiße im Kopf", um deutlich zu machen, daß Frauen sich im Lauf der Erziehung viel zu viel verschütten lassen, was dann dazu führt, die eigenen Bedürfnisse in der Sexualität zu unterdrücken und sich den Männern unterzuordnen. In der Diskussion sollte also rauskommen, wie wir durch die uns von Männern aufgezwungene Sexualität uns Gewalt antun, bzw. immer wieder unsere volle sexuelle Befriedigung selbst unmöglich machen. Eine Frau sagte provokatorisch: Sexuelle Befriedigung könnte frau auch über den Ellenbogen bekommen... Sie wandte sich damit gegen die allgemeine Orgasmus-fixierte Sexualität, die sich nur im Genitalbereich bewegt, und plädierte für Zärtlichkeit am ganzen Körper: Entspanntsein ist auch Sexualität! Gleichzeitig warnte sie davor, sexuelle Befriedigung auf irgendein Organ zu beschränken – es handele sich ja nicht um irgendein technisches Problem. Wichtig sei insgesamt, welche Beziehung die beiden Partner zueinander hätten und die würde auch bewirken, ob wir zu dieser Befriedigung kämen oder nicht. Voraussetzung dafür sei aber andererseits unsere eigene Selbstsicherheit, daß wir uns selbst mögen und akzeptieren mit unseren Wünschen. Wir müssen lernen, uns als Subjekt zu sehen – und die Frauenbewegung dafür als Unterstützung zu verstehen. Die Ausnutzung von Schwächesituationen bei Frauen durch Männer (unversehens findet sich frau auf der Matratze wieder) kann bei Frauen dazu führen, sich Männern vollständig zu verweigern und sich ausschließlich – auch sexuell – nur noch Frauen zuzuwenden. Viele solcher „Bewegungslesben" haben einfach keine Lust mehr, sich ständig mit Männern auseinanderzusetzen und auf ihre Fehler einzugehen, sie zu „missionieren". Eine Frau z.B. sagte, sie sei nicht länger bereit, Männer aufzubauen und ihr Mülleimer zu sein. Diesem Standpunkt wurde Etliches entgegengehalten: Frau wolle doch z.B. mit allen Menschen in ihrer Umgebung gut auskommen, und dazu sei eine ständige Auseinandersetzung unumgänglich. Wir würden uns belügen, wenn wir Männer generell ignorierten. Lesbischsein als Gegenstrategie könne nur für eine kleine privilegierte Minderheit eine Alternative darstellen – an Unterbezahlung und schlechten Ausbildungsbedingungen ändere sich dadurch ohnehin nichts. Außerdem gebe es auch in Lesbenbeziehungen Eifersucht, Konkurrenz und Drucksituationen. Und schließlich solle frau den Männern auch nicht so einfach die Möglichkeit zum Rückzug offenlassen.

Eine Frau sprach auch von einem Leistungsdruck innerhalb der Frauenbewegung, der frau zwinge, lesbisch zu sein. „Draußen werde ich nur mit Typ, hier nur mit Typin akzeptiert – ich will aber als Mensch akzeptiert werden!". Überwiegend wurde in der Gruppe (und insgesamt auch auf dem Kongreß selbst) die Meinung vertreten, daß wir eine bestimmte Form der Sexualität nicht zum Dogma erheben, sondern daß wir uns mit den Schwierigkeiten, die bei den verschiedensten Formen der Sexualität auftreten, auseinandersetzen müssen.

Die Lesbengruppe der AG Sexualität machte in ihrem Plenumsbeitrag deutlich, daß ihrer Meinung nach die Gewalt in der Sexualität nicht nur in Vergewaltigungen zum Ausdruck kommt, sondern daß es gerade gegen Lesben noch viel breiter gefächerte Formen der Gewalt gebe. Sie bemängelten in diesem Zusammenhang, daß es keinen Lesbenbeitrag auf der Eröffnungsveranstaltung am Freitagabend gegeben hat. Die Gewalt gegen Lesben sei eine ständige, sehr subtile Gewalt, nämlich in der Konfrontation mit der Heterosexualität. Lesben werden überall schief angeguckt, sie dürfen nicht leben, wie sie sind.

Zu besonderen Konflikten führt z.B. die Kinderfrage bei Lesben: Kommt es raus, daß eine Mutter lesbisch ist, riskiert sie, daß ihr sofort die Kinder weggenommen werden. Das bedeutet für die Mutter selbst eine ständige Verleugnung, nicht nur nach außen, sondern auch nach innen, gegen sich selbst. Dazu komme noch die Unterdrückung in den eigenen Reihen (innerhalb der Frauenbewegung): Lesbenzentren seien oft isoliert von anderen Frauenzentren, und die Verinnerlichung von männlichen Normen führe dazu, daß Lesben sich selbst oft ablehnen.

Die Frage des Lesbischseins als Strategie und politische Perspektive für Frauen im Kampf gegen ihre Unterdrückung war der einzige offen und direkt kontrovers ausgetragene Auseinandersetzungspunkt auf diesem Kongreß. Es wurde deutlich, daß es innerhalb der Frauenbewegung eine (nicht sehr starke) Fraktion von „militanten" Lesben gibt, die a u s s c h l i e ß l i c h lesbische Frauen als Kampfgefährtinnen akzeptieren, und die Frauen, die sich noch mit Männern auseinandersetzen, als langfristig untragbar für die Frauenbewegung ansehen.

AG Frauen im Beruf

Diese Gruppe mußte sich aufgrund der zahlreichen Teilnehmerinnen in vier Untergruppen teilen: Frauen im Betrieb und Gewerkschaft, arbeitslose Frauen, feministisches Bewußtsein im Beruf, Hausarbeit. In der ersten AG berichteteten die Frauen am Anfang von ihren eigenen Erfahrungen im Beruf und diskutierten dann Möglichkeiten, zum einen im Betrieb mit den Frauen eine Arbeit zu entwickeln, und zum anderen Möglichkeiten gewerkschaftlicher Arbeit. Dabei wurde an den Erfahrungen der Frauen im Betrieb deutlich, daß es gerade in Frauenbetrieben oder an Arbeitsplätzen, wo überwiegend Frauen arbeiten, besonders schwer ist, politische und gewerkschaftliche Arbeit zu machen, weil Frauen durch ihre Doppelbelastung und ihre frauenspezifische Erziehung zum Gehorsam es schwerer gemacht wird, sich überhaupt zur Wehr zu setzen. Trotzdem haben sich bei den diesjährigen Betriebsratswahlen offenbar mehr Frauen als bisher aufstellen lassen; in Baden-Württemberg kandidiert sogar zum ersten Mal eine reine Frauen-Liste in einem pharmazeutischen Betrieb (Byh Gulden, Konstanz). Zur Arbeit innerhalb der Gewerkschaften gab es kontroverse Meinungen. Auf der einen Seite vertraten Frauen, daß es notwendig sei, die Möglichkeiten zu nutzen, die die Gewerkschaften heute bieten, um Frauenprobleme einzubringen. Dabei bleibt allerdings die Frage offen, inwieweit das angesichts der Strukturen innerhalb der Gewerkschaften heute überhaupt etwas nutzt – haben doch z.B. die Frauenausschüsse keine Beschluß- und Durchsetzkraft und werden vielfach Ansätze einer gewerkschaftlichen Frauenarbeit direkt und massiv unterbunden (z.B. wurde in Bochum versucht, den Arbeitskreis Frauen aufzulösen). Die andere Position zur gewerkschaftlichen Frauenarbeit lehnte die Gewerkschaften heute von vornherein als Arbeitsbereich ab, weil sie durch ihre hierarchischen Strukturen die Arbeiter(innen) vom Kampf abhalten würden. Die kontroversen Standpunkte blieben erstmal so bestehen.

AG Medizin

In dieser Arbeitsgruppe waren viele Beratungsgruppen aus Frauenzentren. Fast alle Beratungsgruppen machen nur Abtreibungsberatung (mit Ausnahme von Bielefeld, wo die Frauen auch über Verhütungsmittel beraten werden). Da aus sehr vielen verschiedenen Städten Frauen da waren, konnten viele Erfahrungen ausgetauscht werden: Frauen aus Baden-Württemberg berichteten, daß es dort heute fast unmöglich sei, eine Abtreibung genehmigt zu bekommen. Z.B. gibt es seit einiger Zeit in Baden-Württemberg von den Kommunen ein Darlehen von 10.000 DM, wenn eine Frau ihr Kind austrägt – damit fällt die Begründung für eine soziale Indikation weg! Bei den Beratungsstellen sind die Frauen durchweg in den meisten Städten starkem Druck ausgesetzt. Finsterer sieht es nur noch in Bayern aus: Zum Teil werden in einzelnen Städten in Franken überhaupt keine Indidationen gestellt, oder – wenn frau diesen Spießrutenlauf geschafft hat – findet sich kein Bett für eine Abtreibung. Die einzige Stadt, in der frau noch einigermaßen zurechtkommen kann, ist München.

In Köln bekommen bei Pro Familia 95% der Frauen eine Indikation – allderdings unter genauer Überprüfung der Angaben der

Frauen. Abtreibungen werden dort mehr in Arztpraxen als in Krankenhäusern durchgeführt, was auch Einschränkungen mit sich bringt: Es wird nur bis zur achten Woche abgesaugt (mit anschließender Ausschabung!), danach nur noch ausgeschabt und immer nur unter Vollnarkose. Bei fünf Kliniken in Köln sind Abtreibungen möglich, allerdings nur mit der Ausschabungsmethode und unter nochmaliger Kontrolle aller Angaben, die frau gemacht hat. Außerdem werden bei allen Frauen, die in den Kliniken abtreiben lassen, routinemäßig Prostaglandine getestet. In Dortmund stellen sowohl Pro Familia als auch die Arbeiterwohlfahrt Indikationen. Aber auch hier ist die Abtreibungssituation in den Kliniken schlecht und es gibt nur zwei gute Ärzte, die ambulant Abtreibungen durchführen. Ähnlich ist die Situation in Bielefeld. In Göttingen werden Abtreibungen ausschließlich unter Anwendung von Prostaglandinen vorgenommen. Ebenso führen alle größeren Kliniken in Hamburg Abbrüche nur mit Prostaglandin-Anwendung durch. **Mancher Arzt macht seine Einwilligung zur Abtreibung abhängig von der Zustimmung der Frau zur gleichzeitigen Sterilisation.**

In der Arbeitsgruppe wurde noch ausführlich über die Frage diskutiert, ob wir heute noch Frauen nach Holland schicken sollen oder nicht. Dabei gab es Beispiele, wo Frauen in ihrer Beratungstätigkeit zwar die Frauen „durch die Institutionen" schicken, für sich selbst aber die Entscheidung für Holland fällen würden. Am vernünftigsten schien es, den Frauen reinen Wein einzuschenken bezüglich der Hindernisse, die sie in der BRD erwarten, auf der anderen Seite aber ihnen die Entscheidung selbst zu überlassen, welchen Weg sie vorziehen. Dazu kommt auch, daß die Abtreibungsbedingungen in Holland zum Teil schlechter geworden sind (in Amsterdam waren es z.B. vor zwei Jahren zwölf Frauen pro Tag, die abtrieben, heute sind es ca. 30 oder mehr) – dadurch wird nicht mehr so sorgfältig gearbeitet. Teilweise wird den Frauen auch in einigen Kliniken sofort bei der Abtreibung eine Spirale eingesetzt – ohne ihr Wissen!

Alle Frauen waren sich einig , daß die Beratungsgruppen sich untereinander wieder mehr koordinieren und auch ihre Arbeit mehr systematisieren müssen, z.B. unbedingt Ärztekarteien führen, um ihre miesen Praktiken öffentlich anprangern und schlechte Ärzte boykottieren zu können.

AG Familie

Für diese Arbeitsgruppe hatte eine Kölner Frauengruppe ein Papier vorbereitet, in dem es u.a. heißt: „*Im Jahre 1978 erfahren wir den massivsten Angriff auf die Frauen und die Frauenbewegung seit vielen Jahren. Einen subtilen, aber weitergreifenden Angriff, dessen Ziel es ist, das Leitbild der Frau als Mutter, Hausfrau, Krankenschwester und Erzieherin*

Frauenbewegung seit vielen Jahren. Einen subtilen, aber weitergreifenden Angriff, dessen Ziel es ist, das Leitbild der Frau als Mutter, Hausfrau, Krankenschwester und Erzieherin

wiederherzustellen. Insbesondere die CDU (obwohl sie von anderen Parteien stillschweigend unterstützt wird) quält sich darüber, daß die unentbehrliche Institution Familie in den letzten Jahren so gelitten hat. Berufstätige Frauen, mehr Ehescheidungen, relativ freie Abtreibungen haben es verursacht, daß die Grundlage unserer Gesellschaft stark angegriffen worden ist (Zitat CDU). (....) So wurde in Baden-Württemberg das Jahr 1978 von der CDU zum Jahr der Familie erhoben, unterstützt vom Bund katholischer Unternehmer. (...) Die CDU beabsichtigt, berufstätige Frauen zu bestechen durch das Angebot von DM 300,– Erziehungsgeld pro Monat nach der Geburt eines Kindes für ein Jahr, so daß Frauen ihren Beruf aufgeben und Kinder gebären. Sie hofft, dadurch bis zu 50.000 Arbeitsplätze für Familienväter zu gewinnen. (...) Laut Filbinger (CDU) sollen wir uns daran erinnern, daß unsere Frauen Leitbilder zu hören bekommen haben, die ihnen und den Kindern nicht gut getan haben. Aus diesem Grund starten wir die Aktion Familie 1978". Aus dieser Situation leiteten die Frauen die Notwendigkeit ab, in der ganzen BRD eine Kampagne gegen die reaktionäre Familienideologie zu entwickeln. Verbunden sein sollte damit auch die Forderung nach menschenwürdiger Arbeit und gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Auch die Hausarbeit soll einbezogen werden. Die Liste der Forderungen müsse in der Frauenbewegung insgesamt diskutiert werden, wobei das Ziel erstmal sei, „*ein neues Leitbild der Frau (zu schaffen) – unser Leitbild – das im kämpferischen Gegensatz zum Leitbild des Staates steht. (...) Die Wahl der Berufstätigkeit muß u n s e r e Wahl sein und nicht eine Frage ökonomischer Zweckmäßigkeit für den Staat. Unsere Arbeitsbedingungen müssen von uns festgelegt werden und uns nicht diktiert werden. (...) Frauen, laßt uns die drei großen ‚Ks' ersetzen durch ‚Kenntnis – Koordinierung – Kampf'* ". Über diesen Vorschlag der nationalen Kampagne gab es in dieser Arbeitsgruppe kontroverse Positionen. Einige Frauen waren der Meinung, es sei viel sinnvoller, in den einzelnen Städten Kampagnen und Aktionen zur reaktionären Familienideologie zu machen. Die weitere inhaltliche Diskussion bewegte sich um die Fragen Hausfrauenideologie und Arbeitslosigkeit und die Unmöglichkeit für Frauen, sich innerhalb ihrer Familie zu emanzipieren.

AG Gewalt gegen Frauen in der Rechtsprechung

In dieser Arbeitsgruppe wurden fünf Themenbereiche diskutiert Vergewaltigung, Arbeitsrecht, § 218, Terrorismus, Antidiskriminierungsgesetz. Zum Thema Vergewaltigung wurden die Schwierigkeiten der Beweisführung und die diskriminierenden Praktiken von Kripo und Gerichten bei den Vernehmungen diskutiert. Vielfach wird dabei die Anonymität der vergewaltigten Frauen nicht gewahrt, denn die Kripo gibt Informationen an die Presse weiter. Besondere Schwierigkeiten gibt es für Frauen, die innerhalb ihres Verwandtschaftskreises vergewaltigt werden, weil hier der familiäre Druck hinzukommt. Im Rahmen dieser Diskussion wurde die Westberliner Ini-

Frauen, die innerhalb ihres Verwandtschaftskreises vergewaltigt werden, weil hier der familiäre Druck hinzukommt. Im Rahmen dieser Diskussion wurde die Westberliner Ini-

tiative „Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen" vorgestellt, wo unter einer Telefonnummer jede Frau Tag und Nacht (bald soll allerdings nachts ein Anrufbeantworter laufen) Rat und Auskunft bekommen kann. Die Frauen beraten auch über juristische Schritte (Nebenklage vor Gericht, Schmerzensgeldansprüche...) und arbeiten mit einem Kollektiv von Anwältinnen zusammen. Die Arbeitsgruppe fordert, daß sich in anderen Städten ähnliche Initiativen bilden, um den Frauen zu helfen und nicht allein auf Frauenhäuser angewiesen zu sein!



Bei der Diskussion um die rechtliche Situation mit § 218 stand im Mittelpunkt, daß sich z.B. in Westberlin die bisher recht liberale Abtreibungspraxis massiv zu verschlechtern droht: zur Zeit wird ein „Entwurf zur Neuordnung des Berliner Landesgesetzes über den Schwangerschaftsabbruch" im Abgeordnetenhaus diskutiert und soll im Sommer 1978 verabschiedet werden. Dieses Gesetz regelt die Beratungstätigkeit zum § 218. Nach § 1 liegt der Zweck darin, die Lage von Mutter und Kind zu verbessern und zielt eindeutig auf eine Fortsetzung der Schwangerschaft ab. Die bisherigen Modellberatungsstellen sind gefährdet, denn ihre finanzielle Förderung durch den Bund läuft Ende 1978 aus. Die weitere Finanzierung muß dann durch die Länder erfolgen, was aber gesetzlich abgesichert sein muß. In dem Neuentwurf in Westberlin werden die Modellberatungsstellen nicht erwähnt, d.h. konkret, daß ihre Existenz gefährdet ist und damit für alle Frauen eine weitere Erschwerung der Abtreibung ins Haus steht. Material und Resolutionen, die diese Problematik betreffen, können beim Frauenzentrum Westberlin angefordert werden – auch in anderen Bundesländern wird uns ähnliches bald blühen!

Das Antidiskriminierungsgesetz

treffen, können beim Frauenzentrum Westberlin angefordert werden – auch in anderen Bundesländern wird uns ähnliches bald blühen!
Das Antidiskriminierungsgesetz

(ADG) ist ein Projekt, das in der Humanistischen Union seit einger Zeit diskutiert wird und sich teilweise am englischen „Sex Discrimination Act" orientiert. Die HU versucht, einen Katalog von Maximalforderungen zusammenzustellen, die Grundlage für ein ADG sein könnten. Der Entwurf soll den Tatbestand der Diskriminierung genau definieren und genau umreißen, welche Formen von Diskriminierung wo verboten werden sollen. Frau soll dadurch ein einklagbares Recht bekommen. Die Initiative ist auch auf dem Hintergrund zu sehen, daß die EG beschlossen hat, daß alle Mitglieder bis 1979 dafür sorgen müssen, daß im Bereich der Arbeit Diskriminierungen aufgrund des Geschlechtes per Gesetz verboten werden sollen. Bisherige Gebiete, die das Gesetz abdecken soll: Arbeitsbereich, Erziehungsbereich, Justiz/Strafvollzug, Werbung/Medien.

Der Katalog ist bisher noch unvollständig und auch in einigen Punkten strittig. Dabei wäre auch eine grundsätzliche Diskussion notwendig, inwieweit so ein Gesetz überhaupt sinnvoll ist oder ob es eventuell als Bumerang funktioniert und letztlich eher schadet als nutzt.

Die HU befürwortet im Großen und Ganzen ein solches Gesetz und auch die FDP-Frauen machen sich dafür stark. Da aufgrund des EG-Beschlusses auch von Seiten der Bundesregierung etwas in dieser Richtung wird getan werden müssen, steht es auch für die Frauenbewegung an, sich über Befürwortung oder Ablehnung dieses Gesetzes klar zu werden. Material kann bei der HU Berlin, Kufsteiner Straße 12, 1000 Berlin 62, angefordert werden.

AG Medien

Nur ein Teil der in dieser AG zusammengekommenen Frauen arbeitet

AG Medien

Nur ein Teil der in dieser AG zusammengekommenen Frauen arbeitet

selbst in Medienberufen, die Mehrheit gehörte zu den „Betrachterinnen des Produkts". Für die verschiedenen Medienbereiche waren Theater, Zeitung, Rundfunk, Werbung und Zeitschrift vertreten. Alle Frauen arbeiten mehrheitlich mit männlichen Kollegen zusammen. Das Beschäftigungsverhältnis für Schauspielerinnen z.B. beträgt am Theater 1 : 3, bestenfalls 2 : 3.

In bestimmten Berufen gibt es kaum Frauen, z.B. in Regie und Dramaturgie. Bei der Presse stehen 120 Redakteuren 10 - 15 Frauen gegenüber. Selbst bei „Brigitte", in deren Redaktion mehrheitlich Frauen arbeiten, ist z.B. der verantwortliche Redakteur für den Reportagenteil ein Mann.

Die Arbeit der Frauen wird insgesamt wesentlich kritischer beurteilt als die von Männern. Bei Theater und Film spielt zusätzlich die sexuelle Ausbeutung der Frauen eine große Rolle – Engagements kriegen viele nur übers Bett. Bei der Presse kämpfen Frauen manchmal jahrelang, um ein bestimmtes Thema durchzusetzen: z.B. kann jetzt endlich nach drei Jahren (!) Hartnäckigkeit eine Reportage über ein Behindertendorf am Bodensee in „Brigitte" erscheinen. Der Versuch einer Westberliner Frau, einen Film über das Kölner Tribunal für das Westberliner Fernsehen zu drehen, wurde aus finanziellen Gründen abgelehnt. Ein schon fertiger Filmbeitrag über einen Frauenkongress in Frankfurt wurde nicht ausgestrahlt.

In Film und Theater liegt die Rollenvergabe fast ausschließlich in Männerhand. Folglich suchen sich die Verantwortlichen die ihnen am meisten Sympathischen aus. Spruch eines Regisseurs: es müsse prinzipiell drin sein, daß er zu seiner Hauptdarstellerin einen „intimeren" Kontakt haben könne...

Eine kontroverse Diskussion gab es um die Frage, wie wir die Medien verändern können. Inwieweit kann es z.B. nützlich sein, eine alternative „autonome" Öffentlichkeit zu schaffen? Die meisten Frauen vertraten, daß die Frage so nicht stünde, frau käme schließlich heute nicht an den bestehenden Medien vorbei. Es komme darauf an, sie zu nutzen, wo es geht. Wir müßten z.B. viel mehr Leserbriefe schreiben – damit würde sicherlich nicht gleich der Sender umgekrempelt, aber oft werden massive Proteste in Kommentaren etc. wieder aufgenommen. Außerdem könnten wir zu verschiedenen Sendungen gemeinsame Aktionen machen, z.B. kann frau auch über eine Zeitlang das Programm beobachten und mit den Ergebnissen an die Öffentlichkeit treten.

Es wurde allgemein festgestellt, daß die meisten Frauen aus der Frauenbewegung sehr wenig über die Medien wissen und deswegen oft Scheu haben, sich ihrer zu bedienen. Die „Medienfrauen" sollten Informationen über ihre Arbeit an die Frauenbewegung weitergeben. Umgekehrt erwarten die Frauen mehr Informationen aus der Frauenbewegung. Ein erster Schritt in diese Richtung ist ein Treffen der ARD- und ZDF-Frauengruppen, das Anfang Oktober stattfinden soll. Eingeladen sind auch alle interessierten Frauen aus der Frauenbewegung.

Aus den zusammenfassenden Berichten der Arbeitsgruppen wird deutlich, daß die Frauenbewegung zu

interessierten Frauen aus der Frauenbewegung.
Aus den zusammenfassenden Berichten der Arbeitsgruppen wird deutlich, daß die Frauenbewegung zu

fast jedem Punkt des umfangreichen Gewaltkatalogs viel zu sagen hat und daß es eigentlich für viele dieser Bereiche sinnvoll wäre, sich im nationalen Rahmen über die einzelnen großen Arbeitsgebiete auseinandersetzen. Manche der Arbeitsgruppen haben das auch konkret ins Auge gefaßt (Beruf und Gewerkschaft, Medien, Beratungsgruppen....) Wir haben insgesamt von dem Kongress den positiven Eindruck mitgenommen, daß es möglich war, sich solidarisch und inhaltlich über die gemeinsame Arbeit innerhalb der Frauenbewegung auseinanderzusetzen. Wir sollten diesen Ansatz ausbauen und unsere aufgebauten Verbindungen nutzen, um unsere Zusammenarbeit weiter zu verbreitern und uns bald zu Diskussionen um einzelne Arbeitsbereiche wiedertreffen!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J.Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 17.500
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 0,50

Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonten Hamburg: 240 595, J. Reents

Einem Teil dieser Auflage liegt eine Beilage bei.

Fortsetzung von Seite 58

sprechung. Gremliza dazu in einem Brief an Degenhardt: **„verdammt schade"!**

Die wilden Vorwürfe ausgerechnet gegen „konkret" **(das für die DKP weißgott wohlmeinendste Presseorgan außerhalb ihres eigenen Firmenbereichs!!)** zeigen, daß man in der DKP-Spitze vollständig den Sinn für Maß und Ziel verloren hat. Da wird blind geholzt, wo immer sich ein Kritiker mausig macht. Da wird nicht einmal mehr der A n s c h e i n einer sachlichen Auseinandersetzung unternommen.

Es liegt auf der Hand, daß die DKP zu derartigen Keiftönen niemals greifen würde, wenn es z.B. um korrupte Gewerkschaftsführer ginge. Ganz im Gegenteil offenbar: Je mehr sich jemand der DKP verbunden fühlt und sich auch für diese Partei eingesetzt hat (wie es Gremliza und seine Kollegen wahrlich bis zur Selbstverleugnung getan haben), umso größere Frechheiten nehmen sich die DKP-Funktionäre ihnen gegenüber heraus! Anscheinend geben sie sich immer noch der Illusion hin, sie könnten die Betreffenden durch das Abspielen ihrer parteischulmäßigen Tiraden („Anpassung an die antikommunistische Staatsdoktrin" usw.) vielleicht zum Kuschen bringen. **Wie die DKP hier brutal und frech mit ihren engsten B ü n d n i s p a r t n e r n umspringt, d a s trägt dazu bei, heute dem Antikommunismus in Teilen der linken Intelligenz Stoff zu geben.** „Konkret" indessen scheint nicht mehr kuschen zu wollen. Aus dem Kommentar der „konkret"-Redaktion (Mai): *„Es gibt zwanzig gute Gründe, warum die DKP nicht über die Promille-Grenze hinauskommt. Einer davon ist, daß sie Dilletanten, wenn sie nur auf Linie sind, als bedeutende Kulturschaffende verkauft und jeden Kritiker als Antikommunisten beschimpft".*

9. Weltkongreß des WGB:

Risse im Revi-Lager

Vom 16. bis 23. April fand in Prag der 9. Weltkongreß des „Weltgewerkschaftsbunds" (WGB) statt. Der WGB wurde 1945 als übernationaler Gewerkschaftszusammenschluß im Weltmaßstab von den amerikanischen und sowjetischen Gewerkschaften gegründet. Mit Ausbruch des Kalten Krieges verließen die meisten westlichen Gewerkschaften unter Führung der amerikanischen CIO den WGB und gründeten 1949 die antikommunistische Spalterorganisation Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG). Als bedeutendste westeuropäische Gewerkschaft aus den kapitalistischen Ländern blieben die italienische CGIL, die französische CGT und der zypriotische Gewerkschaftsbund im WGB.

Der WGB wird heute von den revisionistischen Gewerkschaften dominiert, in erster Linie von den Staatsgewerkschaften der Länder des sogenannten „realen Sozialismus". Nach offiziellen Angaben beteiligten sich am 9. Weltkongreß des WGB insgesamt 350 Gewerkschaftsorganisationen aus 140 Ländern, die rund 260 Mio. Mitglieder vertreten. Wie viele davon Mitgliedsorganisationen sind, und wieviele nur als Beobachter und Gastdelegationen vertreten waren, war den Berichten der DKP-Presse nicht zu entnehmen. Die „Frankfurter Rundschau" schrieb am 17.4., der WGB habe 260 Mitgliedsorganisationen aus 125 Ländern, die 170 - 180 Mio. Mitglieder vertreten. Die reale politische Bedeutung und Mitgliederzahl vieler dieser Organisationen dürfte sich allerdings eher auf dem Niveau von „ML"-Parteien bewegen.

Der 9. Weltkongreß des WGB stand sehr im Zeichen der vom „Euro"-Revisionismus ausgelösten Risse in der revisionistischen „Weltbewegung":

– Die spanischen „Arbeiterkommissionen" hatten schon vor längerer Zeit angekündigt, daß sie nicht in den WGB eintreten wollen, sondern sich zunächst um die Mitgliedschaft im sozialdemokratisch dominierten „Europäischen Gewerkschaftsbund" bemühen wollen.

– Die von der italienischen „KP" dominierte CGIL war Mitte März aus dem WGB ausgetreten. Die CGIL hatte schon lange die Vorherrschaft der Staatsgewerkschaften des „realen

mühen wollen.

– Die von der italienischen „KP" dominierte CGIL war Mitte März aus dem WGB ausgetreten. Die CGIL hatte schon lange die Vorherrschaft der Staatsgewerkschaften des „realen

Sozialismus" im WGB und den Mangel an gewerkschaftlichen Rechten in den Ländern des „realen Sozialismus" kritisiert. Dazu die CGIL: *„Das im WGB dominierende Verständnis über Rolle und Aufgabe der Gewerkschaften der Partei und dem Staat in den sozialistischen Ländern unterordnet oder, in den kapitalitischen Ländern, den politischen Erfordernissen der sozialistischen Länder, macht die notwendige rücksichtslose Diskussion über neue Formen und Inhalte der gewerkschaftlichen Arbeit innerhalb des WGB unmöglich"* („Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus", 1/78).

Zum letzten Anstoß für ihren Austritt nahm die CGIL die Einberufung des 9. Weltkongresses des WGB ausgerechnet nach P r a g . Dies wurde von der CGIL vor dem Hintergrund des baldigen zehnten Jahrestags des sowjetischen Überfalls auf die CSSR (21.8.68) als **„Provokation"** bezeichnet.

– Die von der PCF dominierte französische CGT blieb zwar bisher Mitglied im WGB, übte aber scharfe Kritik an der Situation im WGB und an dessen Politik. An dem zu verabschiedendem Programm des WGB kritisierte die CGT *„die einseitig negative Darstellung der Lage der Arbeiterschaft im Westen und die kritiklose schönfärberische Präsentation der Situation im Osten"* und verzichtete demonstrativ auf eine weitere Mitarbeit in den Führungsgremien des WGB („FR", 17.4., 18.4.). So wollte es die „CGT als **„Warnung"** verstanden wissen, daß WGB-Generalsekretär Gensous (Mitglied der CGT) diesmal nicht erneut für diese Funktion kandidierte; seit Gründung des WGB 1947 hatte die CGT die Generalsekretäre gestellt.

Georges Seguy, Generalsekretär der CGT, erläuterte auf dem Kongreß die Kritik der CGT. So sagte er u.a., daß es **„Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und den Genossen in den Fragen der Menschenrechte und der gewerkschaftlichen Freiheiten in den sozialistischen Ländern"** gebe; diese Meinungsverschiedenheiten müßten innerhalb des WGB offen und ehrlich diskutiert werden können, *„da es sonst nur noch eine einseitige Verteidigung der Menschenrechte und Freiheiten geben und unsere Arbeit total gelähmt werden würde"* (nach „Welt", 19.4.).

Davon völlig unbeeindruckt verteidigte der sowjetische Gewerkschaftsvorsitzende Schibajew auf einer Pressekonferenz den WGB gegen die Vorwürfe der GGT: *„Weder die sowjetische noch andere Gewerkschaftsorganisationen aus den sozialistischen Ländern hätten jemals Druck auf andere Mitgliedsorganisationen ausgeübt. Im WGB seien alle Mitglieder auf demokratischer Basis organisiert, und jeder könne offen seine Ansichten aussprechen und vertreten. Auch der Vorwurf, die Gewerkschaften der sozialistischen Länder seien regierungstreu, treffe nicht zu"* („FR", 20.4.).

Seguy kündigte an, daß die CGT nach Ablauf eines Jahres erneut überprüfen will, ob bis dahin Veränderungen im WGB eingetreten sind, die der CGT eine weitere Mitgliedschaft

Seguy kündigte an, daß die CGT nach Ablauf eines Jahres erneut überprüfen will, ob bis dahin Veränderungen im WGB eingetreten sind, die der CGT eine weitere Mitgliedschaft

noch sinnvoll erscheinen lassen. Entschiedener äußerte sich die CGIL, die durch einen ihrer Sekretäre, Bonoccini, erklären ließ, es gebe keine Chance, den WGB von innen zu verändern (nach „Le Monde", 19.4.).

Der WGB-Kongreß im Spiegel der Revi-Presse

Die revisionistische Presse war in bekannter Manier bemüht, die Auseinandersetzungen zu beschönigen und ihren Inhalt zu verschweigen. Dazu gehörte auch, daß die Rede von Georges Seguy in der R' W-Presse an entscheidenden Punkten gekürzt wurde, worüber sich Seguy in scharfer Form beschwerte. Die CSSR-Nachrichtenagentur „Ceteka" faßte die Rede Seguys so zusammen: *„Georges Seguy ... äußerte sich anerkennend über die gute Vorbereitung des gegenwärtigen Kongresses ... Georges Seguy brachte auch den Standpunkt der CGT zur weiteren Tätigkeit des WGB zum Ausdruck"* (17.4., nach „Monitor-Dienst", 19.4.).

Ähnlich „informativ" war die DKP-Presse. So konnte man der „UZ" vom 19.4. entnehmen, Seguy habe *„von Differenzen zwischen den Gewerkschaften kapitalistischer und sozialistischer Länder gesprochen".* I n h a l t l i c h blieb der Leser auf Rätseln angewiesen, falls er sich nicht schon an den dürren und tendenziös zurechtgemachten Berichten der bürgerlichen Presse notdürftig „informiert" hatte.

Den Vogel schoß die DKP-nahe „DVZ" ab, die triumphierend meldete: **„Der WGB zeigt sich vitaler denn je"** (27.4.). Vom Austritt der CGIL wurde in diesem Artikel nur behauptet, er sei *„aus Gründen der Gewerkschaftseinheit in Italien vollzogen worden"* und habe *„auf dem Kongreß keine Rolle gespielt".*

Über Seguy hieß es, arg „verkürzt", er habe gefordert, *„daß Gewerkschaften immer und unter allen Bedingungen in Kontraposition zu Regierung und Staat stehen müßten".* Das ist falsch, denn im „realen Sozialismus" *„könnten sich die Gewerkschaften nicht schematisch ebenso verhalten wie unter kapitalistischen Verhältnissen ... Sie hätten für die Lösung vorhandener Konflikte andere, neue, durchaus wirksame Instrumente"* („DVZ", 27.4.). Damit soll seitens der DKP wieder einmal gerechtfertigt werden, daß die Werktätigen in den Ländern des sogenannten „realen Sozialismus" noch nicht einmal über die einfachsten gewerkschaftlichen Rechte verfügen, wie etwa das Organisationsrecht und das Streikrecht. Angeblich sind diese, so die These der DKP, im „realen Sozialismus" „ü b e r f l ü s s i g"! ...

Sind solche Rechte erst einmal „überflüssig", so ist es natürlich für den „realen Sozialismus auch völlig normal", wenn etwa von den 43 Gründungsmitgliedern einer „Freien Gewerkschaft der Sowjetunion" mittlerweile 14 in Heilanstalten oder Gefängnissen verschwunden sind vergl. AK 126 und „Spiegel" 15/78)!

Wie es um den inneren Zustand der bestehenden Gewerkschaften im RGW bestellt ist, macht exemplarisch ein an den Weltkongreß des WGB

vergl. AK 126 und „Spiegel" 15/78)!

Wie es um den inneren Zustand der bestehenden Gewerkschaften im RGW bestellt ist, macht exemplarisch ein an den Weltkongreß des WGB

gerichtetes Schreiben der Charta 77 deutlich. Darin wird auf Unvereinbarkeitsbeschlüsse der tschechoslowakischen Gewerkschaften und die Berufsverbote in der CSSR hingewiesen: *„Wir sind der Überzeugung, daß man den Kampf gegen die Arbeitsdiskriminierung und für alle bürgerlichen Rechte nicht nur auf die kapitalistischen Länder beschränken kann. Die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung ist es, überall dort gegen das Unrecht zu kämpfen, wo es erscheint. Es ist z.B. unmöglich, das Berufsverbot in der Bundesrepublik Deutschland wirksam und glaubwürdig abzulehnen, und dabei die gleichen Tatsachen in der Tschechoslowakei zu übersehen. Es ist bedauerlich, daß die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung (der CSSR) als Mitglied des WGB in dieser Hinsicht ihre Aufgaben nicht erfüllt"* („FR", 22.4.).

RGW-Kommission

Sympathisanten des "Eurokommunismus" in Ungarns KP?

Auf einer zweitägigen Sitzung des ZK der ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei Ende April in Budapest hat sich die Parteiführung mit einer Resolution indirekt für eine Existenzberechtigung des sog. »Eurokommunismus« ausgesprochen. Jede »kommunistische Partei« müsse entsprechend den nationalen Notwendigkeiten und unabhängig handeln können:

«Es ist das Recht und die Pflicht jeder Schwesterpartei, unabhängig und schöpferisch zu handeln, in Anwendung der Lehren des Marxismus-Leninismus und der allgemeinen Gesetze der sozialistischen Revolution und des Aufbaus ...«

Dabei müßten »Besonderheiten« und »Traditionen« berücksichtigt werden. Es sei eine *»...Selbstverständlichkeit, daß die Parteien, die ihre Aktivitäten in unterschiedlichen Umständen ausüben und unabhängig ihre Strategien und Taktiken verwirklichen, Antworten auf neue Fragen der Entwicklung suchen.«*

Es komme so notwendigerweise zu *»Diskussionen«* und *»Meinungsverschiedenheiten«* etc.

Allerdings sollte jede Partei *»nationale mit internationalen Interessen vereibaren«* (»FR«, 24.4.78).

Auf der ZK-Sitzung verlor zudem der bisherige »2. Mann« in der ungarischen Parteiführung, Bela Biszku, sein Amt im Sekretariat des ZK. An seiner Stelle rückte der von Springers »Welt« als *»Technokrat«* eingeschätzte Karoli Nemeth. Für die »Welt« ist er jedenfalls ein stärkerer Garant für Ungarns *»relativ gemäßigte Innenpolitik«* als sein Vorgänger (28.4.78).

Ungarns Revisionisten haben in ihrer praktischen Politik im Grunde viele Annäherungspunkte zum »Eurokommunismus«. Allerdings muß die ungarische Führung ihre Schritte unter Berücksichtigung der Abhängigkeiten zur Sowjetunion und zum RGW »wohl dosiert« unternehmen. Dennoch konstatiert Springers »Welt« bezüglich der eingangs zitierten Resolution *»... ein interessantes Symptom für ein Land, in dem es immer noch sowjetische Besatzungs-Truppen gibt«* (»Welt«, 28.4.78).

RGW-Kommission

Aus der Welt des »realen Sozialismus«

Jugoslawien

Zu zwanzig Jahren Haft verurteilt wurde in Belgrad im April **Mileta Perovic** (55). Perovic war angeklagt, er sei Generalsekretär der angeblich von ihm gegründeten illegalen KP Jugoslawiens gewesen. Er habe deren Statut und Programm ausgearbeitet und „detaillierte Anweisungen zu subversiver politischer Tätigkeit" gegeben.

Weiter wurde ihm vorgeworfen, er habe Anweisungen zur Beschaffung von Waffen und zur Aufstellung bewaffneter Gruppen gegeben. Dieser Vorwurf wurde damit erstmals in einem Prozeß gegen Mitglieder der illegalen KP erhoben. Dieser Vorwurf scheint in erster Linie das scharfe Urteil gegen Perovic rechtfertigen zu sollen. Indessen ist darauf zu verweisen, daß auch ohne solche Vorwürfe bereits über 100 (angebliche) Mitglieder der illegalen KP verurteilt wurden, in der Regel zu Strafen zwischen 7 und 15 Jahren! Vlado Dapcevic, der eine **führende Funktion in der illegalen KP gehabt haben soll, wurde vor einiger Zeit sogar zum Tode verurteilt und dann zu 20 Jahren Haft „begnadigt".**

Nach wie vor bleibt festzustellen, daß außer dem KB die Gefangenenhilfsorganisation ‚amnesty international' die einzige ist, die in der BRD über die politischen Gefangenen der illegalen KP in Jugoslawien informiert. Alle sonstigen „Dissidenten"-Freunde (Jusos, SB, „Osteuropa-Komitees, Jungdemokraten, Trotzkisten usw.) schweigen einträchtig! Wie lange wollen sie das noch durchhalten?...

Polen

Die Polizei behindert weiterhin die Treffen der oppositionellen „Fliegen der Universität", indem sie deren Sprecher immer wieder vorübergehend festnimmt und die Treffs (in Privatwohnungen) auflöst. Einer der bekanntesten polnischen „Dissidenten", **Adam Michnik**, wurde im April erneut festgenommen und erst 48 Stunden später wieder freigelassen. **Das war nunmehr die siebente Festnahme Michnik's innerhalb von 10 Wochen!** (nach „Welt", 17.4.78).

•

Ein „**Komitee für die Schaffung freier Gewerkschaften**", das am 23. Februar dieses Jahres erstmals auftrat, hat im April einen Aufruf an die polnischen Arbeiter verbreitet, sich in Fabrik-Zellen zu organisieren, Programm und Statut des Komitees zu diskutieren („il manifesto", 16.4.78).

CSSR

Der frühere Prager Theaterdirektor **Ota Ornest** wurde im April vorzeitig aus der Haft entlassen. Ornest war im Oktober 1977 zusammen mit **Jiri Lederer, Frantisek Pavlicek** und **Vaclav Havel** zu jeweils dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Ihnen wurde insbesondere die Unterstützung der „Charta 77" vorgeworfen.

Ota Ornest hatte sich von den Herrschenden bereits im November mit einer reumütigen Selbstkritik im Fernsehen vorführen lassen. Daraufhin war ihm schon im Januar die Strafe um ein Jahr vermindert worden. Mit der vorzeitigen Entlassung findet die Belohnung ihren Abschluß („Le Monde", 22.4.78).

•

Frantisek Kriegel, ehemals Mitglied des Präsidiums der KP der CSSR und Vorsitzender der Bündnisorganisation ‚Nationale Front', einer der zentralen Politiker des ‚Prager Frühlings' 1968, wurde vom ZK der spanischen KP als ehemaliger Spanien-Kämpfer *„für seinen Beitrag zur Freiheit und Unabhängigkeit Spaniens"* eingeladen, zu einem ehrenvollen Empfang nach Madrid zu kommen („Le Monde", 22.4.78). Kriegel hatte kurz zuvor im „Spiegel" geschildert, wie er mit anonymen antisemitischen Schmähbriefen (*„Es ist unbegreiflich, wie lange ein Judenschwein hier stinken kann", „Unser Volk glaubt Juden schon lange nicht mehr"*) bedacht wird („Spiegel", 17.4.78).

•

Die Delgation der französichen Gewerkschaft CGT (der KP nahestehend) beim Kongreß des revisionistischen ‚Weltgewerkschaftsbundes' in Prag (Artikel dazu an anderer Stelle dieses AK), nutzte die Gelegenheit, um offiziell mit Vertretern der ‚Charta 77' zusammenzutreffen. Eines der Themen : **Berufsverbote in der CSSR!** („Le Monde", 26.4.78)

Rene Duhamel, Sekretär der CGT, gab nach der Rückkehr aus Prag folgende Erklärung ab:

„In Übereinstimmung mit der Delegation der CGT hatte ich die Gelegenheit, mich längere Zeit mit mehreren Sprechern der ‚Charta 77' zu unterhalten:

- *Karel Bartosek, Historiker (jetzt Arbeiter auf einer Pumpstation);*
- *Jiri Cutka, Professor für Geschichte (jetzt Maurer);*
- *Thomas Urba, Psychologe;*
- *Julius Tomin, Philosoph (seit drei Jahren arbeitslos);*
- *Prokop Voskovek, Theater-Regisseur und Schriftsteller (jetzt Nachtwächter in einem Hotel);*
- *Marta Kubisowa, Sängerin;*
- *Jan Moravec, Filmregisseur;*
- *Rudolf Slansky, Wirtschaftsingenieur, Sohn des früheren Generalsekretärs der tschechoslowakischen KP, der während der großen ‚Säuberungen' der 50er Jahre hingerichtet wurde.*

Diese Personen gehören verschiedenen Generationen an, sie haben die unterschiedlichsten Meinungen und Weltanschauungen, sie kommen aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten, aber alle sind sie engagiert für dieselbe Idee eines Sozialismus in Freiheit. Sie haben mir Beweise für die Realität repressiver Maßnahmen wegen Meinungsdelikten vorgetragen.

Während der Diskussion kam klar heraus, daß gewisse Kampagnen in den westlichen Ländern, denen sich liebend gern die Feinde des Sozialismus anschließen, nicht nur nicht den Unterzeichnern der ‚Charta 77' helfen, sondern daß sie deren Sache Schaden zufügen, indem sie den wahren Charakter ihrer Aktivitäten verfälschen.

Als Antwort auf diese Information habe ich erinnert an die Verurteilung der Invasion der CSSR durch Truppen des Warschauer Pakts 1968 durch die CGT, ebenso wie unsere grundsätzlichen Positionen zur Frage der Freiheit und der Menschenrechte in den sozialistischen Ländern..."

(„Le Monde", 4.5.78)

Ein weiteres Ergebnis dieser Kontakte ist eine Erklärung der CGT gegen Berufsverbote in der CSSR. Es heißt dort, daß in der CSSR Menschen aus politischen Gründen nicht in ihren erlernten Berufen arbeiten dürften. Und: *„Die Handarbeit als mögliche Strafe gegen Werktätige anderer Berufe anzusehen, ist der Rolle, die die Theorien und die Ideen des Sozialismus der Handarbeit beimessen, völlig fremd"* („Le Monde", 5.5.78)

DDR

Der DDR-Wirtschaftsjurist Prof. Wolfgang Seiffert hat sich im April entschlossen, in der BRD zu bleiben. Bemerkenswert ist dabei der persönliche Hintergrund: **Seiffert war 1953 wegen seiner Tätigkeit für die in der BRD verbotene KPD-Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend" (FDJ) verhaftet worden. 1955 wurde er zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. 1956 gelang ihm dann die Flucht in die DDR.** („Tagesspiegel", 22.4.78).

•

Beim 8. Schriftstellerkongreß der DDR Ende Mai werden mehrere bekannte Autoren fehlen. Darunter sind u.a. Stefan Heym, Rolf Schneider, Günter Kunert, Christa Wolf, Ulrich Plenzdorf und Klaus Schlesinger. Sie waren vor einiger Zeit unangenehm aufgefallen, als sie sich offen mit Wolf Biermann solidarisierten. **(„Tagesspiegel", 27.4.78).**

Sowjetunion

Massendemonstrationen in Tiflis, der Hauptstadt der Sowjetrepublik Georgien, zwangen die Moskauer Zentralregierung, einen beabsichtigten Angriff auf die Rechte des georgischen Volkes zunächst rückgängig zu machen.

In Georgien leben rund 67% Georgier, 20% Russen, der Rest verteilt sich auf andere Völker. Die bisherige Verfassung der Sowjetrepublik Georgien, hatte die Bestimmung enthalten, daß Georgisch Staatssprache ist und daß dessen Anwendung in den staatlichen Institutionen, in der Kultur, an den Schulen usw. zu fördern ist. Dieser Passus sollte jedoch aus einer Neufassung der Georgischen Verfassung ersatzlos gestrichen werden. Dies hätte in der Praxis die von der Moskauer Zentralregierung betriebene „Russifizierungs"-Politik gegenüber den nicht-russischen Völkern der Sowjetunion begünstigt. Mehrere Tausend Menschen demonstrierten daraufhin in Tiflis. Ergebnis: **Die Verfassungsänderung wurde erst einmal zurückgenommen!** („Frankfurter Rundschau", 20.4.78; „Le Monde", 20.4.78).

Das georgische Volk (ca. 3,5 Mio.) hat der Moskauer Zentralregierung seit langem Schwierigkeiten bereitet. Dies hat sich seit der offiziellen Verdammung Stalins (Stalin war Georgier) vor allem in einer weit verbreiteten Verehrung Stalins ausgedrückt.

U.a. in Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Verfassungsänderung wurde im April der georgische Filmregisseur Avtadil Imnaze in Tiflis verhaftet, seine Wohnung wurde von der Polizei durchsucht. Imnaze hatte sich u.a. für die Freilassung des georgischen Schriftstellers und Wissenschaftlers Zviad Gamsakhurdia eingesetzt, der zusammen mit dem Musikprofessor Merab Kostava seit rund einem Jahr im Gefängnis ist – unter der Anschuldigung der „antisowjetischen Agitation und Propaganda". („Tagesspiegel", 7.4.78, „Welt", 29.4.78)

•

Wegen „antisowjetischer Tätigkeit" wurde der Littauer Balys Gayaukas, in Haft seit April 1977, am 14. April dieses Jahres in der littauischen Hauptstadt Vilna zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt. Gayaukas hatte angeblich Gelder aus einem von Solschenizyn gegründeten Fond an die Verwandten inhaftierter „Dissidenten" weitergeleitet. Er hatte dabei u.a. mit dem bekannten jüdischen „Dissidenten" Alexander Ginsburg zusammengearbeitet, der in Untersuchungshaft ist und dessen Prozeß demnächst ansteht. („Le Monde", 18.4.78).

•

Der nach zweijähriger Verbannung in Sibirien freigelassene sowjetische „Bürgerrechtler" Andrej Twerdochlebow (37), ehemaliger Sekretär der Moskauer Sektion von ‚amnesty international', wurde im April erneut festgenommen. Ihm wird ein Verstoß gegen die sowjetischen Paßvorschriften vorgeworfen. Strafandrohung: Gefängnis bis zu einem Jahr. („Tagesspiegel", 23.4.; FR, 24.4.78).

•

Auf den von Victor Feinberg (Sowjetunion), Vasil Paraschiv (Rumänien) und Edmund Baluka (Polen) veröffentlichten Appell an die Arbeiterbewegung Westeuropas (vgl. Abdruck des Textes in AK 126) haben die französischen Gewerkschaften positiv geantwortet: Am 18. April kamen Vertreter von CGT, CFDT, FO und FEN zusammen, um gegen die Repression in den Ländern des sogenannten „realen Sozialismus" zu protestieren und ihre Solidarität auszudrücken.

Sehr ungnädig kommentierte die sowjetische Staatszeitung „Prawda" dieses gewerkschaftliche Treffen: Es sei ein „**provokatorisches Spektakel" gewesen!** („Le Monde", 20.4. und 23.4.78).